Johanna Klatt,
Robert Lorenz (Hg.)

Manifeste

Geschichte und Gegenwart des politischen Appells

[transcript]
Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Johanna Klatt, Robert Lorenz (Hg.)
Manifeste

Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung
zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen
Herausgegeben von Franz Walter | Band 1

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Johanna Klatt, Robert Lorenz (Hg.)

Manifeste

Geschichte und Gegenwart des politischen Appells

[transcript]

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/.
Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2010 transcript Verlag, Bielefeld

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Lektorat: Katharina Rahlf
Satz: Johanna Klatt, Robert Lorenz
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-1679-8
PDF-ISBN 978-3-8394-1679-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: *info@transcript-verlag.de*

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Inhalt

**Politische Manifeste.
Randnotizen der Geschichte oder Wegbereiter
sozialen Wandels?**
Johanna Klatt / Robert Lorenz | 7

**„…das Volk aber liegt vor ihnen
wie Dünger auf dem Acker."
Der „Hessische Landbote" als politisches Manifest
des 19. *und* 20. Jahrhunderts**
Benjamin Seifert | 47

**Eine Welt zu gewinnen.
Entstehungskontext, Wirkungsweise und Narrationsstruktur
des „Kommunistischen Manifests"**
Philipp Erbentraut / Torben Lütjen | 73

**Die Kunst des Manifestierens.
Marinetti und das „Futuristische Manifest"**
Matthias Micus / Katharina Rahlf | 99

**Das „Manifest der 93".
Ausdruck oder Negation der Zivilgesellschaft?**
Ulf Gerrit Meyer-Rewerts / Hagen Stöckmann | 113

**Zivilgesellschaft zwischen Freude und Frustration.
Der Aufruf von Intellektuellen zur Enteignung der Fürsten 1926**
Robert Lorenz | 135

**Deutsche Volksfront ohne Volk.
Manifeste des Widerstandes**
Jens Gmeiner / Markus Schulz | 169

**Die „Göttinger Erklärung" von 1957.
Gelehrtenprotest in der Ära Adenauer**
Robert Lorenz | 199

**Manifeste als Tabubruch und Diskussionsanstoß.
„Tübinger Memorandum" und „Ostdenkschrift"**
Lisa Rohwedder | 229

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Manifest der Friedensbewegung im Herbst der Kanzlerschaft Schmidt. Der „Krefelder Appell“ von 1980
Franz Walter | 255

Das „Heidelberger Manifest“ von 1981. Deutsche Professoren warnen vor „Überfremdung des deutschen Volkes“
Andreas Wagner | 285

„Aufbruch 89 – NEUES FORUM“. Der Katalysator der friedlichen Revolution
Michael Lühmann | 315

Letzter Kampf der alten Linken. Die „Erfurter Erklärung“
Oliver D’Antonio | 347

Vom Manifest zum Dialog. „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“
Alexander Hensel / Sören Messinger | 377

Voraussetzungsreiches, aber schlagkräftiges Instrument der Zivilgesellschaft. Wesensmerkmale politischer Manifeste
Johanna Klatt / Robert Lorenz | 411

Autorinnen und Autoren | 443

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Politische Manifeste

Randnotizen der Geschichte oder Wegbereiter sozialen Wandels?

JOHANNA KLATT / ROBERT LORENZ

ANNÄHERUNG AN EIN PHÄNOMEN

Streift man mit einem geschichtlich interessierten Blick durch die Historie der letzten zweihundert Jahre, so stößt man gar nicht einmal selten auf Ereignisse, die mit dem Wort „Manifest“ in Verbindung gebracht werden. Denn Manifeste sind verlässlich zu historisch brisanten Daten anzutreffen. Dann, wenn es um gesellschaftlichen Umsturz, verbrecherischen Krieg oder gar drohende Vernichtung der Menschheit geht – man denke nur an das Kommunistische Manifest 1848, den Aufruf „An die Kulturwelt“ 1914, den Appell anlässlich des Volksentscheids zur Fürstenenteignung 1926, die Göttinger Erklärung 1957 oder „What we’re fighting for“ mitsamt der Reaktion aus Deutschland anlässlich des US-amerikanischen „Anti-Terrorkriegs“ im Jahr 2002. Insoweit scheinen Manifeste bevorzugt in Phasen gesellschaftlicher Bewegung, politischen Konflikts, instabiler Verhältnisse aufzutauchen. Wie ausgiebige Beobachtung zeigt, „massieren sich die Manifeste quantitativ während politischer Krisen“[1]. Allein dieser Status des historiographisch auffälligen Phänomens macht sie als besondere Form der öffentlichen Meinungsartikulation für die Forschung bereits hinreichend attraktiv. Schließlich „haften an den Höhen und Niederungen der Weltgeschichte“ häufig auch die „mitreißenden Manifeste und Proklamationen“, welche von den „dramatischen oder demagogischen Affekten ihrer Zeit erfüllt“ waren.[2] Die Untersuchung von Manifesten erscheint deshalb schon aus historischer Perspektive als eine reizvolle Aufgabe.

1 Malsch, Friedrich Wilhelm: Künstlermanifeste. Studien zu einem Aspekt moderner Kunst am Beispiel des italienischen Futurismus, Weimar 1997, S. 71.

2 Peter, Karl Heinrich (Hg.): Proklamationen und Manifeste, Stuttgart u.a. 1964, S. 15 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Wissenschaft differenziert gemeinhin in literarische, künstlerische und politische. Gleichwohl: Während zu den ersten beiden Kategorien durchaus wissenschaftlich publiziert worden ist, liegen zu letzterer so gut wie keine systematischen Betrachtungen vor – im Vergleich zu ihren Pendants wurde sie bislang sträflich ignoriert. Jedenfalls mangelt es der Wissenschaft bis dato sowohl einer analytischen Auseinandersetzung mit politischen Manifesten als gesellschaftlichem Phänomen in Deutschland wie auch einer präzisen Definition.[3] Verwunderlich ist das schon, liegt doch der historische Ursprungsort von Manifesten gerade in der Politik.[4] Diese urtümliche Herkunft aus dem politischen Leben ist es, die eine eingehende Untersuchung politischer Manifeste nicht nur angebracht erscheinen lässt, sondern geradewegs verlangt, nachdem doch deren Mutationen in der Kunst- und Literaturwelt bereits die wissenschaftliche Aufmerksamkeit einiger Forscher auf sich gezogen haben. Der vorliegende Band versucht sich keineswegs an der herkulischen Aufgabe, diese klaffende Forschungslücke gänzlich zu füllen, aber doch wenigstens daran, einige Pfeiler für eine Brücke einzuziehen.

Die historische Metamorphose des politischen Manifests: zum Forschungsstand

Was weiß man eigentlich über die Herkunftsgeschichte des Manifest-Begriffs? Neben der kaufmännischen Bezeichnung für einen Ladungsbrief im Handel oder des nautischen Wortgebrauchs im Seerecht als „beglaubigtes Zertifikat über geladene Güter“[5] setzte sich „Manifest“ historisch „als Bezeichnung einer gewichtigen, feierlich-öffentlichen Erklärung in einer wichtigen Angelegenheit“ durch. Mit der Zeit erfuhr es eine Begriffsausdehnung: „Während ‚Manifest’ zunächst die Erklärung eines Fürsten oder einer Staatsregierung bezeichnet, in welcher zu einer wichtigen Angelegenheit, insbesondere zu (bevorstehenden) Kriegsakten, Stellung bezogen wird, sei es als öffentliche Verlautbarung oder im diplomatischen Verkehr, findet die Bezeichnung ‚Manifest’ in der Folgezeit außerdem Anwendung als Um-

3 Der wohl simpelsten Definition zufolge zeichnen sich politische Manifeste dadurch aus, dass „mehr oder weniger bedeutende Personen öffentlich in schriftlicher Form zu einem politischen Ereignis, bzw. zu politisch-sozialen Zuständen Stellung beziehen“; Schultz, Joachim: Literarische Manifeste der „Belle Epoque“. Frankreich 1886 - 1909. Versuch einer Gattungsbestimmung, Frankfurt am Main/Bern 1981, S. 30.

4 Vgl. Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 114.

5 Hier und folgend zitiert nach Fähnders, Walter: „Vielleicht ein Manifest“. Zur Entwicklung des avantgardistischen Manifestes, in: Asholt, Wolfgang/ders. (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation“: Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997, S. 18-38, hier S. 19.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schreibung einer politischen Stellungnahme, die von anderen Personen oder Gruppierungen ausgeht“[6].

Im ausgehenden 16. Jahrhundert dienten politische Manifeste der Veröffentlichung herrschaftlichen Willens, der sich „in Form von Verordnungen, Gesetzen, Erklärungen, Erlassen und Proklamationen“[7] zu artikulieren pflegte. Dies war die Anfangszeit politischer Manifeste, in der sie „Forum der Kommunikation im weitesten Sinne“ waren, mit dem Zweck, in einem „offenen oder schwelenden Konflikt eine breite Öffentlichkeit über die eigenen Ansichten zu informieren, mit dem eigenen politischen Programm zu konfrontieren und auf diese Weise zu agitieren“.[8] Sie fungierten als obrigkeitsstaatliches „Instrument der Information und öffentlicher Legitimierung königlicher Machtpolitik“. Mit Manifesten unterrichteten politische Autoritäten ihre Untertanen über längst vollzogene Entscheidungen, über abgeschlossene Prozesse. Im 17. Jahrhundert vollzog sich, avantgardistisch in Frankreich, ein erster Wandel.[9] Das aufkommende Zeitungswesen und der damit verbundene Zuwachs konkurrierender Informationsträger trugen zur Emanzipation des französischen Königshofs vom Medium des Manifests bei. Der König unterhielt nunmehr ein Zeitungsmonopol, mit dem er die Macht des gedruckten Worts erheblich umfänglicher kontrollieren und ausüben konnte. Unter dieser Bedingung prägten Manifeste neue Merkmale aus und bewahrten sich durch Wandel ihre gesellschaftliche Funktion: Erstens waren sie programmatisch auf eine längere Sicht angelegt, insofern keine situativen Stellungnahmen mehr; zweitens drückte sich dadurch eine politische Position der Verfasser aus, die hinter dem Manifest standen; drittens schließlich wandelte sich das Manifest von einem Verkündungs- zu einem Propagandainstrument absolutistischer Herrschschaft, die damit ihre Machtstellung zu konsolidieren suchte.

Im Frankreich der frühen Revolutionsjahre endete deshalb die „Zeit des Manifests als Forum legislativer und legitimierender hoheitlicher Akte“[10]. Im krassen Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Macht forderte die gestürzte Monarchie damals die revoltierende Bevölkerung zur Aufgabe und Wiedereinsetzung des Königs auf. Diese Aufforderung wie auch die Androhung drakonischer Strafen entsprach allerdings nicht mehr dem programmatischen, vollziehenden Charakter vorheriger Herrschermanifeste. Im Gegenteil entbehrte dieser Akt der Verzweiflung jeglicher politischer Autorität, das Manifest war nunmehr zum Medium der Opposition, der Minorität ge-

6 Berg, Hubert v.d./Grüttemeier, Ralf: Interpretation, Funktionalität, Strategie. Versuch einer intentionalen Bestimmung des Manifests, in: dies. (Hg.): Manifeste: Intentionalität, Amsterdam/Atlanta 1998, S. 7-38, hier S. 21.

7 Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 32.

8 Hier und folgend ebd., S. 49.

9 Zum Folgenden vgl. ebd., S. 50 u. S. 56 f.

10 Ebd., S. 61.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

worden.[11] Es wandelte sich damit erneut, erstmals waren Manifeste zu einem profanen „Instrument des Meinungskrieges, zum Sprachrohr oppositioneller und marginaler Interessengruppen“[12] herabgesunken, wodurch sie letztlich die „machtpolitische Marginalität“[13] ihrer Urheber signalisierten. In jenen Tagen des Bürgerkriegs erhielt das politische Manifest – ausgerechnet in der Hülle seiner klassischen Funktion als Herrscherpostulat, das lediglich einen beschlossenen Hoheitsakt kommunizierte – eine gesellschaftliche Rolle, die noch in der Gegenwart ausgeübt wird. Es trug jetzt „zur Klärung der Interessenlage“ im öffentlichen Meinungsstreit bei und schuf in der Politik „mittelbar Voraussetzungen zu praktischen Lösungen“. Des Weiteren wiesen sich die Urheber des Manifests durch Unterschrift am Ende des Textes aus, wohingegen das Herrschermanifest die offizielle Autorenschaft bereits im Titel bekannt hatte. Kurzum: Politische Manifeste hatten zum Ende des 18. Jahrhunderts die Gestalt eines massenmedialen Kommunikationsträgers angenommen.[14] In der Zeit der Französischen Revolution, der politischen Krise also, wurden Manifeste zur „Domäne revolutionärer politischer Bewegungen, die in der Regel außerhalb des politischen Systems stehen“[15]. Sie wurden „parteiisch“, verloren „den kommunikativen Charakter früherer Zeiten“ und zählten als „Organ minoritärer Interessengruppen“[16] fortan zu den „propagandistischen Waffe[n] im Meinungskrieg der Öffentlichkeit“[17].

Das politische Manifest entwickelte auf dieser Basis während des 19. Jahrhunderts seine Grundcharakteristika, reifte zu einem Medium der Dissidenz, auch der Subversion, kurzum: der Opposition und bildete „seine Funktion als Sprachrohr partikularer und marginaler Interessen und Überzeugungen gattungshaft“[18] aus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Beispiel dienten Manifeste der politischen Linken „zur Mobilisierung der Arbeiterschaft, der Förderung ihres Zusammengehörigkeitsgefühls und verbunden damit der Etablierung einheitlicher Sprachregelungen“[19]; auch zur Austragung ideologischer Flügelkämpfe und als „Versuch, die politisch-theoretischen Positionen zu klären und zu erklären“.

Anhand der Durchsicht eines anthologischen Manifest-Kompendiums wagte vor einiger Zeit der Literaturwissenschaftler Joachim Schultz eine Typologisierung politischer Manifeste. Danach gebe es erstens die „öffentliche Erklärung eines Herrschers zu politischen Ereignissen“, zweitens „Manifeste, die im Zusammenhang einer Erhebung gegen die legitime Macht

11 Vgl. ebd., S. 60 f.
12 Ebd., S. 61.
13 Ebd., S. 67.
14 Vgl. ebd., S. 65.
15 Hier und folgend ebd., S. 67.
16 Ebd., S. 239.
17 Ebd., S. 67.
18 Ebd., S. 84.
19 Hier und folgend ebd., S. 72.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

geschrieben wurden“ (Revolutionsmanifeste), drittens „die Darstellung der Ziele einer politischen Gruppe“ und viertens „die öffentliche Erklärung oder Stellungnahme einer oder mehrerer Personen, die nicht an der politischen Macht beteiligt sind, zu einem politischen Ereignis“.[20] Darauf aufbauend, konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf den vierten Typus, will aber den zweiten und dritten gegebenenfalls miteinschließen. Hier behandelten Manifesten können auch revolutionäre Intentionen inne wohnen; zudem wird der Begriff der politischen Gruppe auf außerinstitutionelle, oppositionell agierende Zusammenschlüsse bezogen.

Politische Manifeste als Bereicherung des Arsenals zivilgesellschaftlicher Aktion?

Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit

Politische Manifeste sollen an dieser Stelle als Möglichkeiten verstanden werden, die Öffentlichkeit zivilgesellschaftlich zu beeinflussen, Informationen und Diskursimpulse zu liefern. Dazu bedarf es zunächst jedoch einer genaueren Klärung, was in diesem Band unter den schillernden Begriffen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit überhaupt verstanden wird und welche Funktionen ihnen zufallen.

Eine in der aktuellen Zivilgesellschaftsdebatte leitgebende Definition liefern Dieter Gosewinkel und Jürgen Kocka, nach denen „[...] ‚civil society‘ refers a) to the community of associations, inititatives, movements and networks in a social space related to, but distinguished from, government, business and the private sphere; b) to a type of social action which takes place in the public sphere and is characterized by non-violence, discourse, self-organisation, recognition of plurality and orientation towards generals goals and civility; c) a project with socially and geographically limited origins and universalistic claims which changes while it tends to expand, socially and geographically.“[21]

Die vorliegende Untersuchung politischer Manifeste orientiert sich in erster Linie an der ersten, „bereichslogischen“[22] Definitionsebene „a)“ von Zivilgesellschaft, die als eine außerhalb von Staat, Wirtschaft und Privatleben befindliche Sphäre verstanden wird. Auf ein (durchaus umstrittenes)[23]

---

20 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 23 f.

21 Keane, John/Kocka, Jürgen: Editors' Preface, in: Keane, John (Hg.): Civil society: Berlin Perspectives, New York 2006, S. vii-ix, hier S. vii.

22 Zu diesen Definitionen (bereichs- und handlungslogische Ebene) vgl. Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/Daele, Wolfgang v.d./Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft – national und transnational. Einleitung, in: dies. (Hrsg): Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004, S. 11-28.

23 Zur Diskussion um die angeblich vernachlässigten „Schattenseiten” von Zivilgesellschaft vgl. Chambers, Simone/Kopstein, Jeffrey: Bad Civil Society, in: Political Theory, Jg. 29 (2001) H. 6, S. 837-865 sowie Roth, Roland: Die dunklen Sei-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

normatives Definitionskriterium im Sinne einer demokratisch entwickelten, „zivilen“ Gesellschaft wird an dieser Stelle aufgrund der Schwierigkeiten einer exakten Eingrenzung bewusst verzichtet.[24] Dies erlaubt die wertfreie Betrachtung auch von Manifesten, die kulturell und politisch intolerant, gar xenophob wie auch extremistisch und – ob in Demokratie oder Diktatur – systemverneinend sind. Trotz dieser Absage an ein normatives Verständnis von Zivilgesellschaft können ihr demokratietheoretisch durchaus gewisse Aufgaben zugeschrieben werden, die den Einzelfalluntersuchungen dieses Bandes als Referenz dienen sollen und im Folgenden noch näher erläutert werden. Es geht also im Wesentlichen um die Frage, inwieweit politische Manifeste in der Lage sind, zivilgesellschaftliche Funktionen wahrzunehmen.

Das Zivilgesellschaftsverständnis Alexis de Tocquevilles mit seinem Fokus auf die politische Rolle von Zivilgesellschaft[25] kann hierbei als Orientierung dienen, sieht es doch in den Assoziationen und Netzwerken der Zivilgesellschaft ein Mittel gegen die Despotie der Mehrheit. In Tocquevilles Vorstellung von Zivilgesellschaft sollen politische Gruppen quasi als Zwischeninstanzen und Instrumente verschiedener Minderheiten die jeweilige Mehrheit kontrollieren und herausfordern.[26] Diese „expansive“[27] Auffassung schließt einerseits politische Parteien, andererseits auch die Presse mit ein,

ten der Zivilgesellschaft: Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16 (2003) H. 2, S. 59-73.

24 Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages arbeitet demgegenüber mit einer normativen Definition (die Termini „Bürger-“ und „Zivilgesellschaft“ werden in diesem Zusammenhang synonym behandelt): „Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbstorganisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können.“ Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag: Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002, S. 59.

25 De Tocqueville betone die „Priorität des Politischen“, so Villa, Dana: Tocqueville and Civil Society, in: Welch, Cheryl B. (Hg.): The Cambridge companion to Tocqueville, Cambridge u.a. 2006, S. 216-244, hier S. 225. Vgl. überdies Llanque, Marcus: Zivilgesellschaft und zivile Macht: Tocqueville und die politische Funktion der Assoziationen, in: Gosewinkel, Dieter/Reichardt, Sven (Hg.): Ambivalenzen der Zivilgesellschaft. Gegenbegriffe, Gewalt und Macht, WZB Diskussionspapier Nr. SP IV 2004-501, S. 42-52, online einsehbar unter: http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2004/iv04-501.pdf [eingesehen am 10.04.2009].

26 Vgl. Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985 [im Original von 1835 bzw. 1840 (zweiter Band)], S. 105 f.

27 Villa, 2006 (s. Anm. 25), S. 225.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„the latter making possible discussions of political issues by large numbers of people dispersed over great distances".[28] Aus konzeptuellen Überlegungen umfasst die vorliegende Arbeitsdefinition politischer Manifeste zwar nicht jegliche mehr oder minder periodischen Erzeugnisse von Parteien (etwa Manifest-ähnliche Programmschriften und politische Reden) oder der Presse (Zeitungen und Zeitschriften). Das politische Manifest wird hier als ein zunächst eigenständiges Objekt der Zivilgesellschaft verstanden. Obzwar immer noch ein Teil der Zivilgesellschaft – mitsamt ihren Funktionen, Möglichkeiten und ihrer Verantwortung – lassen sich dem politischen Manifest ganz ähnliche Maßstäbe anlegen, wie man dies bei der Zivilgesellschaft insgesamt tun könnte. Zu diesen Maßstäben gehört neben der obig beschriebenen freiheitsverbürgenden und repräsentativen Funktion auch die der öffentlichen Diskussion, des Austauschs von Meinungen und gegebenenfalls deren Übertragung auf das politische System. Zivilgesellschaft habe in der Vergangenheit mit dem „Aufgreifen von neuen Themen und einer hohen Sensibilität für die Wahrnehmung und Identifizierung neuer Problemlagen" immer wieder eine „Alarmfunktion" erfüllt.[29] Entsprechend beschreibt Jürgen Habermas ihre Rolle als eine Zusammensetzung „aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen", welche „die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten".[30] Habermas zufolge stabilisierten Manifestanten – bzw. jegliche zivilgesellschaftlichen Akteure, die Diskussion in der Öffentlichkeit anregen – dabei gleichzeitig die politische Öffentlichkeit. Denn die rechtlichen Bedingungen für Öffentlichkeit und Meinungsvielfalt einer Gesellschaft reichten allein nicht aus, vielmehr bedürfe es der beständigen Praxis und Erneuerung von öffentlichen politischen Debatten.[31]

In der Forschung wird Öffentlichkeit „als Arena konzipiert, in der verschiedene Akteure mit ihren Problemdefinitionen um Aufmerksamkeit kon-

28 Ebd.

29 Hier und folgend Simsa, Ruth: Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger zur Lösung gesellschaftlicher Probleme – Zwischen Demokratisierung und Instrumentalisierung, in: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (Hg.): Europäische Integration als Herausforderung – Rolle und Reform der sozialen Dienste in Europa, Frankfurt am Main 2001, S. 23-40, hier S. 34.

30 Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1998, S. 443.

31 „Die Institutionen und rechtlichen Gewährleistungen der freien Meinungsbildung ruhen auf dem schwankenden Boden der politischen Kommunikation derer, die sie, in dem sie davon Gebrauch machen, zugleich in ihrem normativen Gehalt interpretieren, verteidigen – und radikalisieren." Ebd., S. 447.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kurrieren“[32]. Erst die Öffentlichkeit gestattet Sprechern unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche – Wissenschaftler, Politiker, Militärs u.a. –, zu Wort zu kommen, und liefert somit die Grundlage für eine produktive Kontroverse.[33] Der Öffentlichkeit wird eine fundamentale Bedeutung für das Funktionieren von Demokratie beigemessen. Sie hat, wiederum nach Habermas, nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Aufgabe, Probleme aus der „Lebenswelt“ aufzunehmen, sie „überzeugend und *einflussreich* [Herv.i.O.] zu thematisieren und mit dem Ziel einer Einwirkung in Prozesse des politischen Systems wirksam zu problematisieren“.[34] Zu diesem Zweck muss „das Publikum der Bürger“ „*überzeugt* [Herv.i.O.]“ werden, denn „die Spieler in der Arena“ verdanken ihren Einfluss nicht zuletzt „der Zustimmung der Galerie“.[35] Außer-systemische Akteure können so möglicherweise auch durch den Rückgriff auf politische Manifeste „Macht“ im Arendtschen[36] Sinne generieren.

Mithin beinhaltet der aufgeklärte Begriff von Öffentlichkeit ein „normatives Element: Die aufklärerische Rede von Öffentlichkeit meint immer auch, die Dinge des Staates sollen offen, d.h. einer Allgemeinheit zugänglich sein, sie *sollen* [Herv.i.O.] an das Räsonnement der Bürger, an deren Meinungen gebunden werden.“[37] Kritische Öffentlichkeit verheißt die Chance, „politischen Machtgebrauch transparenter zu machen, demonstrative Publizität zu entzaubern, Politik und Konzepte jenseits etablierter Machtentfaltung und Machtkonkurrenz in die Diskussion offener Zukunftsfragen hineinzutragen“[38]. Zwar sei der Wahlakt – die demokratische Anwendung von Öffentlichkeit – ein nicht-öffentlicher, geheimer, Vorgang, doch müsse sich der Wähler zur Herausbildung seiner Präferenzen für den Urnengang zumindest potenziell informieren können.[39]

---

32 Vgl. Waldherr, Annie: Gatekeeper, Diskursproduzenten und Agenda-Setter – Akteursrollen von Massenmedien in Innovationsprozessen, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 171-195, hier S. 173.

33 Vgl. ebd., S. 187 f.

34 Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 435.

35 Ebd., S. 440 sowie S. 461 f.

36 Vgl. Arendt, Hannah: Macht und Gewalt, München u.a. 1995, insbesondere S. 45.

37 Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Müller-Doohm, Stefan/Neuman-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 31-89, hier S. 32.

38 Ebbighausen, Rolf: Inszenierte Öffentlichkeit und politischer Skandal. Arkanpolitik und ihre Grenzen unter den Bedingungen von bürgerlichem Verfassungsstaat und Parteiendemokratie, in: Göhler, Gerhard (Hg.): Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995, S. 231-239, hier S. 238.

39 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 39.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Angesichts dieser schlagenden Bedeutung von Öffentlichkeit bleibt herauszufinden, welchen Anteil politische Manifeste an der Erfüllung dieser Aufgaben von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft haben? Ob sie mit der „Beeinflussung von Wahrnehmungsmustern und der Kreation neuer Themen und Bedeutungszusammenhänge“ zur „gesellschaftsverändernden Wirkung der Zivilgesellschaft“ beitragen[40] oder es gar vollbringen, das Kräfteverhältnis[41] zwischen Zivilgesellschaft und politischem System (zumindest zeitweise) zu beeinflussen?

Von der politischen Monomanie öffentlicher Meinung

Neben der Öffentlichkeit existiert in der Forschung das Konstrukt der öffentlichen Meinung. Was aber konkret unter „öffentliche Meinung“ zu fassen ist, erscheint bei der Durchsicht einschlägiger Literatur alles andere als eindeutig. Sie ist jedenfalls nicht die demoskopisch gemessene Zustimmung der Bundesbürger zu den Parteien oder politischen Themen.[42] Die demoskopische Messung ist lediglich statistisches Aggregat von Einzelmeinungen,[43] wohingegen eine in sich geschlossene Meinung der Bevölkerung eigentlich gar nicht existiert. Eher bezeichnet der Begriff Auffassungen, die in der Arena öffentlicher Kommunikation voraussichtlich mit breiter Zustimmung rechnen können, prägnant ausgedrückt: „eine Meinung, die sich in den Arenen öffentlicher Meinungsbildung durchgesetzt hat und insofern ‚herrschende‘ Meinung darstellt“[44]. Von der Politik *gegen* die öffentliche Meinung beschlossene Maßnahmen können schwerlich mit einem plebiszitären Rückhalt rechnen,[45] weshalb erfolgversprechende Aktionen einer möglichst großen Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung bedürfen. Ihrer gilt es sich daher zu bemächtigen, will man „das Volk belehnen oder belügen, öffentliche Anerkennung oder öffentliche Verurteilung herbeiführen, terrorisieren oder beschmeicheln, anfeuern oder abschrecken und die Massenan-

40 Hier und folgend Simsa 2001 (s. Anm. 29), S. 34.

41 Vgl. Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 458.

42 Die öffentliche Meinung dürfe nicht mit Resultaten der Umfrageforschung verwechselt werden; vgl. Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 438.

43 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 42.

44 Ebd.

45 Zu diesem Abschnitt vgl. Schenk, Michael/Pfenning, Uwe: Individuelle Einstellungen, soziale Netzwerke, Massenkommunikation und öffentliches Meinungsklima: Ein analytisches Interdependenzmodell, in: Müller-Doohm/Neuman-Braun (Hg.) 1991 (s. Anm. 37), S. 165-184, hier S. 181; Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 80; Gerhards, Jürgen: Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland?, in: Göhler (Hg.) 1995 (s. Anm. 38), S. 149-177, hier S. 151 f. „Die Kopplung der Positionen – und oftmals der Existenz – der Entscheidungsträger an die Wählerschaft sichert eine Sensibilität gegenüber der veröffentlichten Meinung.“ Ebd., S. 169.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sicht, das Massengefühl und den Massenwillen überhaupt in irgend welche Bahnen lenken“[46].

Denn kaum jemand behält wohl die öffentliche Meinung gleichermaßen penibel im Auge wie die politischen Akteure.[47] Weil die gänzliche Erfassung der Bedürfnisse und Interessen der Bürger ein aussichtsloses Unterfangen darstellt, die politischen Wahlpräferenzen der Bürger sich zu einem wesentlichen Teil aber über die Rezeption öffentlicher Meinung einstellen, wird Politikern durch die sorgfältige Analyse massenmedialer Publikationen die Chance eingeräumt, das Defizit „unvollkommener Information“ zu kompensieren. Politische Akteure beobachten ganz aufmerksam den Mediendiskurs zu unterschiedlichen Themen, um diesem Wissen über die Bürgeranliegen zu entlocken.[48] Anders ausgedrückt orientieren konkurrierende Politiker ihr Handeln an dem, was sie gerade für die öffentliche Meinung halten. Denn im „Einklang mit der Öffentlichkeit zu stehen, verleiht […] das Prestige allgemeiner Legitimität.“[49] Sicherlich reagieren Politiker nicht automatisch mit „panikartiger Unterwerfung unter den vermeintlichen Volkswillen“[50]; doch nicht selten ergreift die Politik Maßnahmen erst dann, wenn sie in einem bestimmten Ausmaß von Medienaktivitäten dazu herausgefordert wird.[51] Obwohl die Öffentlichkeit für sich genommen mangels „konsensbildende[r] bzw. konsensersetzende[r] Strukturen“ über keine eigenen politischen Entscheidungsbefugnisse gebietet und infolgedessen auf die Resonanz der politischen Akteure angewiesen ist, gewinnt die öffentliche Meinung vor diesem Hintergrund eine kaum zu überschätzende Bedeutung für den politischen Prozess, weil sie in aller Regel Einfluss auf die Handlungsweisen politischer Entscheidungsträger zeitigt. Im Konsens mit öffentlicher Meinung zu stehen, bietet politikexternen Kräften somit Möglichkeiten zur Beeinflussung politischer Akteure.

46 Schäffle, Albert: Die geistige Reaktion der Massen auf die Autorität: Oeffentlichkeit, Publikum, öffentliche Meinung und Tagespresse (im Original von 1896), in: Pöttker, Horst: Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien, Konstanz 2001, S. 114-126, hier S. 125; vgl. auch S. 121 ff.

47 Vgl. Kepplinger, Hans Mathias: Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg im Breisgau/München 1998, S. 146.

48 Vgl. Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 172.

49 Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 31.

50 Kepplinger 1998 (s. Anm. 47), S. 152.

51 Vgl. Laubenthal, Barbara: „Der Tod braucht keine Papiere“ – Die Rolle der Printmedien bei den Protesten illegaler Einwanderer in Spanien, in: Pfetsch/Adam (Hg.) 2008 (s. Anm. 32), S. 266-284, hier S. 269.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Umgekehrt wird in modernen Gesellschaften auch das politische Geschehen überwiegend massenmedial vermittelt.[52] Meist kann ein Thema deshalb erst dann einen Anspruch auf geltend machen, Bestandteil der öffentlichen Meinung zu sein, wenn es Eingang in die Medien gefunden hat. „Die Medien und ihr Publikum konstituieren damit das offene Kommunikationsforum Öffentlichkeit."[53] Medien „definieren Themen und sie strukturieren Entscheidungen"[54], sind „Diskursproduzenten", indem sie „Fakten gewichten oder mehr oder weniger Raum für die Bewertungen und Einschätzungen anderer Akteure geben"[55], sie erweitern zudem „unser Problembewusstsein und unser Diskursuniversum"[56]. Durch Schlagzeilen und Kommentare prägen sie die Meinung ihrer Rezipienten und strukturieren Reflexionen, Gedanken und Vota vor.[57] Zwar legen sie nicht fest, was Menschen denken, aber wenigstens beherrschen sie weitgehend das „Agenda-Setting".[58] Was erst einmal prominent in den Medien zirkuliert, kann nur schwerlich wieder vertrieben werden.[59] Massenmedien entgrenzen Kommunikation, indem sie einen Kanal zwischen gesellschaftlichen Akteuren – zu denen die Regierung ebenso gehört wie die Wissenschaft – und dem einzelnen Rezipienten – dem Zeitung lesenden Bürger zum Beispiel – legen. Sie stellen eine „kommunikative Verbindung"[60] zwischen Elite und Bevölkerung her, verknüpfen gesellschaftliche Teilbereiche – wie Politik und Wissenschaft – miteinander und ermöglichen diesen Interaktion.[61] In Systemen

52 Vgl. Eilders, Christiane: Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle, in: ebd., S. 27-51, hier S. 32 ff.

53 Ebd., S. 32.

54 Kepplinger, Hans Mathias: Systemtheoretische Aspekte politischer Kommunikation, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1986, S. 172-189, hier S. 175.

55 Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 179.

56 Bucher, Hans-Jürgen: Die Medienrealität des Politischen. Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen, in: Frevert, Ute/Braungart, Wolfgang (Hg.): Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004, S. 268-303, hier S. 281.

57 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 41.

58 Vgl. Bösch, Frank/Frei, Norbert: Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung, in: dies. (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 7-23, hier S. 18; Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 40 f.

59 Vgl. dazu Kepplinger 1986 (s. Anm. 54), S. 183.

60 Peters, Hans Peter: Massenmedien als Vermittler zwischen Experten und Nichtexperten, in: Kerner, Max (Hg.): Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen u.a. 1996, S. 61-88, hier S. 81.

61 Vgl. zum Folgenden Bucher 2004 (s. Anm. 56), S. 282; Frevert, Ute: Politische Kommunikation und ihre Medien, in: dies./Braungart (Hg.) 2004 (s. Anm. 56), S.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Gesellschaften, die demokratischer Willensbildung feindlich gesonnen sind und in denen politische Entscheidungsfindung diktatorisch abläuft, freie Meinungsäußerung unterdrückt und die Presse zensiert wird, nehmen sich die Chancen zivilgesellschaftlicher Einflussnahme umgekehrt umso geringer aus. In jedem Fall können mittels der Massenmedien große Teile der Bevölkerung mit einem vergleichsweise geringen Aufwand erreicht und beeinflusst werden. Mediale Öffentlichkeit ist für politische Manifeste deshalb ein eigentlich überlebensnotwendiges Biotop wie auch ein vielversprechender Möglichkeitsraum, kann sich ihnen aber genauso gut als kaum überwindbare Barriere entgegenstellen.

„Le manifeste n'existe pas dans l'absolu": Versuch einer Definition

Der erratische Entwicklungsverlauf des Manifest-Begriffs spiegelt sich in dessen Etymologie wider, die sich ihrerseits in den unterschiedlichen Definitionen der deutschen Wörterbücher ausdrückt: So stand „Manifest" noch in der 1979er Fassung des *Brockhaus* für „die öffentl. Erklärung, z.B. einer Regierung (→ Proklamation) oder einer Partei (Wahl-M.)" und wandelte sich 2006 zu „Grundsatzerklärung, öffentlich dargelegtes Programm einer Kunst- oder Literaturrichtung, einer polit. Partei, Gruppe o.Ä."[62]. Die ursprüngliche Wortbedeutung hingegen ergibt sich aus dem lateinischen „manifestare", was dem deutschen Verb „offenbaren" entspricht.[63]

Für Aktionen mit dem Gattungscharakter eines Manifests existieren erwartungsgemäß mannigfaltige Begriffsvariationen. Zunächst: Anhand der offiziellen, von den Autoren gewählten Selbstbezeichnung lässt sich der politische Manifest-Charakter nicht recht bestimmen.[64] In den seltensten Fällen erschienen Manifeste unter ihrer Selbstbezeichnung, sondern waren ganz oft Thesen, Credos, Appelle, Erklärungen, Pamphlete, Proklamationen und Deklarationen, bis hin zu offenen Briefen. Der Begriff des Manifests kommt vielfach erst rezeptionshistorisch zur Anwendung; so ist der Aufruf „An die Kulturwelt" erst in der Nachbetrachtung als „Manifest der 93" in die Geschichte eingegangen. Verschafft man sich einen spontanen Eindruck von der vielseitigen Verwendung des Manifest-Begriffs, so kommt man nicht umhin zu glauben, beinahe willkürlich lasse sich alles Mögliche als Mani-

7-19, hier S. 12; Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 458; Peters 1996 (s. Anm. 60), S. 84.

62 Siehe Brockhaus, 18. Aufl. 1979 sowie Brockhaus, 21. Aufl. 2006; vgl. zu diesem Absatz auch Berg, Hubert v.d.: Zwischen Totalitarismus und Subversion. Anmerkungen zur politischen Dimension des avantgardistischen Manifests, in: Asholt/Fähnders (Hg.) 1997 (s. Anm. 5), S. 58-80, hier S. 59 f.

63 Bzw. „manifestatio" als lateinischem Begriff für die Offenbarung eines Willens.

64 Vgl. hier und folgend Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 19-22.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fest etikettieren,[65] gewissermaßen: Nicht überall wo „Manifest“ drauf steht, muss auch „Manifest“ drin sein. Der Manifest-Begriff ist also häufiger eine Fremddeutung statt eine Eigentitulierung. Demgegenüber gibt es eine ungeahnte Anzahl von Texten, die man – trugen sie nicht den Namen „Manifest“ – mitnichten dieser besonderen Gattung zuordnen würde.[66] Als Definitionskriterium eignet sich die ursprüngliche Benennung folglich nicht.

Der etymologische Irrweg wie auch die eingangs erwähnte Metamorphose des Manifests in seiner politischen Praxis deuten bereits an, dass es dem Begriff „Manifest“ einer genaueren, allgemein bekannten und akzeptierten Definition ermangelt, eine solche angesichts einer sich beständig wandelnden Gestalt mithin vielleicht sogar unmöglich ist. Manifeste waren dynamisch und facettenreich, nicht aber statisch und monoton. Die Schwammigkeit und Unschärfe des Begriffs illustrieren nicht zuletzt Zusätze wie „Manifeste ou proclamation“ oder „Manifeste ou lettre“, denen es in früheren Zeiten bedurfte.[67] Oder wie Claude Abastado so trefflich resümiert: „Le manifeste n'existe pas dans l'absolu“[68]. Dadurch freilich können sich beliebige Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit mit dem hochtrabenden und Wichtigkeit verheißenden Attribut des Manifests dekorieren. Und daraus erklärt sich wohl auch die ungeheure Zahl an Schriften mit der Eigenbezeichnung „Manifest“. Dies macht es allerdings umso schwieriger, ex post, also nach dem Erscheinen hunderter, gar tausender Manifest-Schriften, eine grundlegende Definition zu erarbeiten. Denn eine Definition dient zuallererst der Abgrenzung; sie soll dem zu untersuchenden Phänomen die Schemenhaftigkeit nehmen, es durch klare Konturen deutlich erkennbar machen. „Politisches Manifest“ könnte ansonsten alles Mögliche etikettieren: Bücher, Zeitungsartikel, Interviews et cetera. Natürlich handelt es sich dabei notwendigerweise um einen Kompromiss. Auch diese Arbeit erfasst das Phänomen bzw. den Begriff des „Politischen Manifests“ nicht mit universaler Gültigkeit, ist sprichwörtlich gewiss nicht der Weisheit letzter Schluss. Stattdessen soll die hiesige Definition dazu dienen, einen Anfang zu machen und den Untersuchungsgegenstand behutsam Gestalt annehmen zu lassen. Dabei geht es insbesondere um die Aufstellung von Grenzmarken für eine vorläufige Orientierung auf dem Forschungsfeld. Um überhaupt eine plastische Vorstellung von politischen Manifesten gewinnen zu können, müssen erst einmal durch Einzelfallanalysen präzisere Kriterien gewonnen, Variablen und Hypothesen erkundet werden. Denn die intensive Beschäftigung mit einem Forschungsgegenstand kann „Anregungen liefern oder Wege weisen sowie zu neuen Hypothesen führen, die man prüfen kann und die das Mate-

65 Vgl. auch Berg/Grüttemeier 1998 (s. Anm. 6), S. 17.

66 Vgl. Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 33.

67 Vgl. Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 32.

68 Zitiert nach ebd., S. 27.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rial im ganzen verständlicher machen“[69]. Insofern lohnt möglicherweise auch die Betrachtung von Werken, die eventuell nicht in all ihren Aspekten dem vorliegenden Begriff vom „politischen Manifest“ standhalten. Dass dabei die Grenzen zum Teil offen sind, ist ein leider unvermeidliches Manko, das einerseits der forschungstechnischen Handhabbarkeit wegen toleriert werden muss, für das andererseits aber der mögliche Erkenntnisgewinn entschädigen soll. Kurzum: Der vorliegende Band macht es sich zur Aufgabe, im Zuge neugieriger Exploration die politologische „Terra incognita“ politischer Manifeste zu kartographieren.

Um das politikwissenschaftlich weitgehend ignorierte Phänomen „Manifest“ in einem Netz von Parametern theoretisch einfangen zu können, stellt sich in einem ersten Schritt unweigerlich die Grundfrage: Was sind eigentlich die markantesten Charakteristika eines Manifests? Denn der Status politischer Manifeste als historiographisch auffällige Phänomene hat bislang nicht verhindern können, dass sie aktuell noch einer politologischen Begriffsbestimmung harren. Wie bei menschlichen Persönlichkeiten auch, gestaltet sich die exakte Erfassung der charakterlichen Identität eines Manifests jedoch äußerst schwierig. Nicht zuletzt, weil die Genese des politischen Manifests mit der Geburtsstunde von „politischer Öffentlichkeit“ und der Presse- und Medienlandschaft zusammenfiel. Es kann daher immer nur eine Annäherung, ein mit Schwachstellen behafteter Versuch sein, Verständnis für das Wesen des Objekts zu erlangen. Um allerdings kein völlig konturloses Gebilde vor Augen zu haben, gilt es freilich, Einschränkungen vorzunehmen, die vielen Manifest-Kandidaten den Manifest-Status verweigern.

Als die notwendige Bedingung einer Manifest-Schrift soll das Ziel vorausgesetzt werden, die Öffentlichkeit zu erreichen. Manifeste sollten – gleich, ob sie an die gesamte Menschheit oder eine einzelne Person gerichtet sind – zumindest prinzipiell jedem Bürger zugänglich sein. Dass die Verbreitung einer Manifest-Schrift von einer repressiven Staatsmacht eventuell unterdrückt und polizeilich bekämpft wird, soll hier kein Ausschlusskriterium bilden. Ausschlaggebend ist die von den Manifestanten erwünschte Zugänglichkeit eines Manifests, weniger die in der Realität praktisch mögliche und tatsächlich erreichte.

Als gleichfalls schwer erweist es sich, die Orte der Distinktion gegenüber anderen Publikationsgenres zu lokalisieren – also an welchen Punkten sich der Typus des politischen Manifests von, sagen wir, dem gewöhnlichen Buch oder dem alltäglichen Zeitungskommentar unterscheiden lässt. Nicht jede öffentliche Meinungsäußerung darf als Manifest gelten, obschon sich in

69 Aydelotte, William O.: Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Geschichte und Soziologie, Königstein im Taunus 1984, S. 259-282, hier S. 275. Zu dieser Ansicht vgl. auch Garceau, Oliver: Forschung über den politischen Prozeß, in: Schmidt, Robert H. (Hg.): Methoden der Politologie, Darmstadt 1967, S. 34-64, hier S. 64.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

jeder Zeitungskolumne, jedem Statement irgendwie eine Auffassung des Verfassers „manifestiert". Joachim Schultz gelangte in seiner Betrachtung der literarischen Manifest-Gattung zu der Einsicht, dass Manifeste weniger an ihren äußeren Merkmalen als an ihrer Funktion zu identifizieren seien.[70] Diese Perspektive schließt längere und kürzere wie auch poetische und prosaische Texte ein. Manifeste sind Ausdrucksweisen, die – anders als ein Zeitungskommentar oder ein Buchkapitel – nicht zum gewöhnlichen Inhalt der Medien gehören, die sie transportieren. In Abgrenzung etwa zu professionellen Journalisten, die für ihre Zeitung im Rahmen eines regulären Beschäftigungsverhältnisses arbeiten, oder zu einer als wissenschaftliche Facharbeit erkennbaren Analyse, geben sich politische Manifeste als eine nicht alltägliche, unkonventionelle Darstellungs- und Artikulationsform zu erkennen, die vor allem auch den Kommunikationsgewohnheiten der Manifestanten weitgehend fremd ist.[71] Sie sind nicht Ergebnis berufsmäßiger Journalistenproduktion, kommen nicht im kryptischen Gewande eines wissenschaftlichen Traktats daher; sie liegen außerhalb gewohnter Arbeits- und Kommunikationsroutinen der Manifestanten, stellen eine exotische Publikationsvariante dar; sie sind nicht formaler Bestandteil deren normaler Berufsausübung; sie kommen unter eigeninitiativer Verwendung unüblicher Ausdrucksmittel zustande, sind keine Folge eines kommerziellen Auftrags durch die Medien. Als einmalige, außergewöhnliche Aktion haftet einem politischen Manifest letztlich eine für dessen Manifestanten berufs- und professionsuntypische Extravaganz an.

Politische Manifeste zeichnen sich der hier vorliegenden Definition zufolge überdies durch eine pointierte Forderung aus, die sich vor allem in der kämpferischen Sprachcodierung ausdrückt.[72] Der Duktus ist nicht selten feierlich, pathetisch, instruktiv oder in ernster Sorge gehalten und von einem appellierenden Impetus befeuert; der Stil ist oftmals ein „imperativischer und apodiktischer"[73], der Streitbarkeit signalisiert.

---

70 Vgl. Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 228 f.

71 Der allgemeine Charakter von Manifesten als exotische Ausdrucksform zeigt sich beispielhaft an Künstlermanifesten, die sich als ein „Medium der Selbstdarstellung und Selbstreklame" entpuppten, das ein Publikum anvisierte, welches „mit genuin künstlerischen Formen im Normalfall nicht erreichbar ist" und das durch eine „entsprechende Plazierung das Interesse einer Öffentlichkeit [beanspruchte], die über das traditionelle Kunstpublikum hinausreicht"; Eisenhuber, Günther: Manifeste des Dadaismus. Analysen zu Programmatik, Form und Inhalt, Berlin 2006, S. 166.

72 Die folgenden Überlegungen verdanken sich auch der Inspiration durch Schwitalla, Johannes: Deutsche Flugschriften 1460-1525. Textsortengeschichtliche Studien, Tübingen 1983, S. 19 ff.; überdies wurden Kriterien literarischer Manifeste adaptiert, vgl. dazu Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 36 sowie S. 185-197.

73 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 228.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sie sollten des Weiteren mit einem Bezug zu einer gegenwartsrelevanten Problematik aufwarten, der Kritik an einem bestehenden Zustand Ausdruck verleihen, eine Einstellungsänderung zum betreffenden Gegenstand intendieren, dezidiert für ein Lösungs-, Argumentations- oder Reformkonzept Partei ergreifen und auf Grundlage dessen konkrete Erwartungen, bisweilen auch energische Handlungsaufforderungen formulieren. Sie sind Bestandteil des Versuchs, aus einem außerpolitischen Raum der Gesellschaft kommunikativ in den Innenraum der Politik hineinzuwirken. Im Manifest wird – vielfach durch superlativische Wortwahl – zwischen „eigener und gegnerischer Anschauung scharf getrennt, der eigene Standpunkt wird zum Dogma erhoben, der gegnerische Standpunkt wird scharf kritisiert“[74]. „Postulieren, Proklamieren, die Verkündung von Vorstellungen, die Vermittlung von Autorintentionen“[75] kennzeichnen Manifeste ebenso wie der „Transport von Intentionsäußerungen, die öffentliche Darlegung programmatischer Zielsetzungen“. Der Leser wird „mehr oder weniger massiv dazu aufgefordert, die verkündeten Tendenzen zu akzeptieren und andere Tendenzen abzulehnen“[76]. Politische Manifeste widmen sich hinsichtlich ihres Kommunikationszwecks keinen „poetischen Vertextungsabsichten“[77]; somit zählt weniger die literarisch-rhetorische Konzeption des Textes als „eine pragmatische Funktion, die sich in etwa als die Vermittlung von Intentionen, die öffentliche Darlegung programmatischer Überlegungen umschreiben lässt“[78]. Literaturwissenschaftlich werden sie als „performative Sprechakte“ verstanden, „mit deren Äußerung eine bestimmte Handlung vollzogen wird, etwa ein Urteil gefällt, eine Erklärung abgegeben, eine Forderung gestellt“ wird.[79] Manifeste beabsichtigen offenkundig, durch einen gedankenschweren Impuls einen gesellschaftlichen Prozess auszulösen und diesen in seiner Entwicklung durch Empfehlungen und Handlungsanweisungen bereits vorzustrukturieren, ein Stück weit Interpretations- und Reflexionsprozesse der Rezipienten im Sinne der Autoren auch zu steuern. Kunstwerke zum Beispiel gaben viel zu oft die impliziten Botschafter ihrer Schöpfer nicht preis. Die Künstler versuchten daher über Manifeste, diese Diskrepanz zwischen beabsichtigter und erreichter Intentionenvermittlung zu kompensieren

74 Ebd., S. 171. Der Gebrauch von „Kampfmetaphern“, die deutlich machen: „man kämpft für etwas und man kämpft gegen etwas“, verleihen Manifesten gelegentlich eine martialische Note; ebd., S. 185.

75 Berg, Hubert v.d.: Das Manifest – eine Gattung? Zur historiographischen Problematik einer deskriptiven Hilfskonstruktion, in: ders./Grüttemeier (Hg.) 1998 (s. Anm. 6), S. 193-225, hier S. 199.

76 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 36.

77 Der Begriff ist entlehnt aus Schwitalla 1983 (s. Anm. 72), S. 26 f.

78 Berg/Grüttemeier (s. Anm. 6), S. 17.

79 Eisenhuber 2006 (s. Anm. 71), S. 165.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und entstandene Verwirrung auszuräumen.[80] Weil Manifeste zudem einer rechtlichen Sanktionsgewalt entbehren, somit keinen unmittelbaren Zwang auf ihr Publikum ausüben können, müssen sich Manifeste auf die Macht der Rhetorik verlassen. Dies – Kritik, Änderungswunsch und Alternativenbenennung – sind drei fundamentale Kriterien zur Identifizierung auch eines politischen Manifests.

Schlussendlich sollen Manifeste von Einzelpersonen, einer Gruppe oder auch Organisation namentlich unterzeichnet sein, damit klar wird, wessen Stellungnahme sich eigentlich „manifestiert".[81]

Der Germanist Walter Fähnders benennt – abgeleitet von einer gängigen Duden-Definition – Programmatik, Öffentlichkeit, Eindeutigkeit und Gruppencharakter als die „vier essentials" von Manifesten.[82] Daran anknüpfend seien hier noch einmal abschließend die Definitionskriterien kurz aufgezählt, durch die sich politische Manifeste auszeichnen: erstens öffentliche Zugänglichkeit, zweitens eine aus Sicht der Manifestanten unkonventionelle und nicht berufsmäßige Ausdrucksform, drittens die Kritik an Gegenwartszuständen sowie der Aufforderung zu alternativem Handeln und schließlich viertens die namentliche Signatur einer Gruppe oder von einzelnen Personen.

Von der Kompromisshaftigkeit einer Fallauswahl

Es gehört gewiss zum deprimierenden Wesensmerkmal von Definitionen, dass der von ihnen beschriebene Idealtypus in der Realität kein genaues Abbild findet. Auch die vorliegende Kennzeichnung politischer Manifeste wird hinsichtlich der Fallauswahl kritischen Gemütern gehörige Kompromissbereitschaft abverlangen. Denn einige der ausgewählten Manifeste zeichnen sich durch eine Abweichung vom Definitionsideal aus. So ist beispielsweise „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus" für sich genommen ein unselbstständiges Antwort-Manifest, dessen Bedeutung sich erst in Kombination mit dem US-amerikanischen Auslöser-Manifest „What we're fighting for" erschließen lässt; wiederum andere wie der „Aufruf an die Kulturwelt" tragen starke Züge staatlicher Propaganda; das Futuristische Manifest ist zudem erst aus dem Ausland kommend im deutschen Diskurs eingekehrt.

Was die Fallauswahl betrifft, so lässt sich aufgrund der ungeheuren Fülle von Manifesten eine allumfassende Kompilation freilich nicht bewerkstel-

80 Vgl. hierzu Berg 1998 (s. Anm. 75), S. 198. „Die Bezeichnung eines Textes oder Werkes als Manifest bildet somit eine diskursive Strategie, die darauf angelegt ist, Krisen der Intentionalität zu bewältigen, wieder Zugriff auf Intentionen zu bekommen." Ders./Grüttemeier 1998 (s. Anm. 6), S. 28.

81 Eine Ausnahme stellen Manifeste dar, die unter repressiven Bedingungen auf eine Unterzeichnung verzichten mussten.

82 Vgl. Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 21.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ligen. Praktikable Forschung muss sich mit dem Odium der Selektion arrangieren. Die getroffene Auswahl versucht, gleichermaßen ein breites Spektrum an unterschiedlichen Manifest-Typen wie auch an geschichtlichen Epochen abzudecken und auf diese Weise ein möglichst großes Erkenntnispotenzial zu erschließen, mit dessen Ausbeute sich zukünftige Forschung auch anderen Einzelfällen zuwenden kann. Zudem wurde darauf geachtet, ob die Fälle Möglichkeiten bieten, weitere Gesichtspunkte wie das Ausmaß zeitgenössischer Debatte oder die Führungsperformanz politischer Elite zu beleuchten. Die in diesem Band behandelten Manifeste sollen ausschließlich zu einer potenziell brisanten Thematik Stellung nehmen, welche gesamtgesellschaftliche und epochenspezifisch „wichtige", auf sozialen Wandel hindeutende und menschlich existenzielle Problemkomplexe berührt – Krieg und Frieden, Freiheit, Überleben sowie die Veränderung der staatlichen Ordnung fallen darunter.[83] Weil politische Manifeste überdies seit der Französischen Revolution vorwiegend jenseits institutionalisierter Macht gebräuchliche Mitteilungsmedien sind,[84] der analytische Blick dieses Sammelbands auf Manifeste als Einflussinstrumente zivilgesellschaftlicher Aktion fokussiert, sollen ausschließlich Schriften mit oppositionellem Charakter und dissidenter Absicht gegen institutionalisierte Herrschaft behandelt werden; des Weiteren nur solche, deren Urheber im Rahmen der Manifest-Aktion nicht als Politiker in Erscheinung treten oder politische Mandatsträger und Amtsinhaber sind. Hier behandelte Manifeste werden unter dem engen Blickwinkel zivilgesellschaftlicher Opposition betrachtet. Und nicht zuletzt folgt dieses Sortiment forschungspragmatischen Überlegungen, denn sowohl die Prominenz der Autoren als auch einschneidende gesellschaftliche Ereignisse ermöglichen den Rückgriff auf ein reichhaltiges Quellen- und Literaturmaterial.

Was den Untersuchungszeitraum anbelangt, so gebietet ebenfalls ein gesunder Forschungspragmatismus, zur Beschränkung der möglichen Fallzahl bestimmte Grenzen festzulegen. Enige Indizien sprechen für eine grobe Eingrenzung. Der zeitliche Rahmen soll in Abhängigkeit der Beschaffenheit politischer Kultur und medialer Öffentlichkeit gewählt werden.[85] Untersucht werden sollen Manifeste von Anfang des 19. bis zur Gegenwart des 21. Jahrhunderts. Denn erst das beginnende 19. Jahrhundert hat eine Entwicklungsstufe des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses erklommen,

83 Dieses Kriterium hat sich bereits bei der systematischen Untersuchung von Flugschriften bewährt; vgl. Schwitalla 1983 (s. Anm. 72), S. 14.

84 Vgl. nochmals Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 67 und S. 239.

85 Die Kopplung an ein spezifisches Entwicklungsstadium von medial vermittelter Öffentlichkeit legen verwandte Forschungsarbeiten nahe; siehe Carrier, Hubert: Conclusion. Pour une définition du pamphlet: Constantes du genre et caractéristiques originales des textes du XVIe siècle, in: Centre V. L. Saulnier. Université de Paris-Sorbonne (Hg.): Le pamphlet en France au XVIe siècle, Paris 1983, S. 123-136, hier S. 134 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

welche für politische Manifestation – nach der hier gültigen Definition – elementare Rahmenbedingungen bereit hält und auf der zugleich die politische Kultur durch die zunehmende Verwirklichung demokratischer Axiome wie Gewaltenteilung, Volkssouveränität und Meinungsfreiheit einem liberalen Rechts- und Verfassungsstaat entgegen strebte.[86] Darunter fallen erstens die Entwicklung technischer Verfahren zur Herstellung von Massendruckerzeugnissen und eine auf diesem florierenden Zeitungswesen fußenden Öffentlichkeit, zweitens eine durch ein expandierendes Bildungswesen fortgeschrittene Alphabetisierung der Bevölkerung, drittens die Herausbildung eines politisierten, aristokratischen Herrschaftsanspruch anfechtenden Bürgertums sowie viertens die Überwindung absolutistischen Willkürregiments. Allesamt Faktoren also, welche die Demokratiemündigkeit wie auch Demokratiefähigkeit der Bevölkerung begründeten und eine mediale Infrastruktur, vermittels derer sich öffentliche Information nicht mehr bloß indirekt über Mundpropaganda, Geschwätz und Gerücht verbreitete, der Zugang zu politischer Publizistik erheblich offener und das staatliche Meinungsmonopol überwältigt worden war.[87]

In einer weitgehend analphabetisierten Gesellschaft hatte es zur Kompensation einer geringen Zahl von Lesekundigen unter der Bevölkerung noch privilegierter Herrschaftsressourcen bedurft; Kaiser und Könige sicherten sich die öffentliche Meinungsführerschaft, indem hoheitliche Akte im ganzen Land auf öffentlichen Plätzen von eigens ausgesendeten Herolden verlesen wurden.[88] Da eine vergleichbare Kommunikationslogistik von zivilgesellschaftlichen Akteuren üblicherweise nicht vollbracht werden kann, setzt die wenigstens prinzipiell mögliche Verbreitung unabhängiger und eigeninitiativer Texte ein bestimmtes Bildungsniveau der Öffentlichkeit wie auch die Existenz kostengünstiger Massenmedien voraus. Massenkommunikation verlangt nach einer Infrastruktur, welche die Möglichkeit zu einer „breitflächigen und kontinuierlichen Beeinflussung der öffentlichen

86 Zum Folgenden vgl. u.a. Lersch, Edgar: Die Bedeutung der alten und neuen Medien für Wirtschaft und Gesellschaft. Zum Stand der Forschung und methodische Vorüberlegungen, in: Pohl, Hans (Hg.): Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft, Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 87, Stuttgart 1989, S. 459-485, hier S. 473-478. Im 19. Jahrhundert wurde Deutschland „zu einem Land der Schulen“; Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1993, S. 451. Überdies vollzog sich in jenem Säkulum „der gewaltige Aufstieg der Wissenschaften zu einer das Leben und die Welt umgestaltenden Großmacht“; ebd., S. 484.

87 Vgl. hierzu Brockmann, Thomas: Die Konzilsfrage in den Flug- und Streitschriften des deutschen Sprachraumes 1518-1563, Göttingen 1998, hier S. 36 f.; Halasz, Alexandra: The marketplace of print. Pamphlets and the public sphere in early modern England, Cambridge 1997, S. 1 f.

88 Vgl. Malsch 1997 (s. Anm. 1), S. 48.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Meinung“[89] einräumt. Wohl am wichtigsten ist hierbei die schier existenzielle Abhängigkeit politischer Manifeste von Medien als massenwirksamen Transportmitteln. Denn im Gegensatz zu Flugschriften, die sich beispielsweise im vordemokratischen Zeitalter mangels eines massenmedialen Systems als ein enorm wichtiges Forum der öffentlichen Auseinandersetzung erwiesen,[90] stellen Manifeste kein selbstständiges Medium dar, sind keine autonome Publikationsform – was ihre Verbreitung in unfreien Gesellschaften wie dem nationalsozialistischen Deutschland oder der Deutschen Demokratischen Republik ungemein erschwerte. Während es sich bei Flugschriften selbst um Medien handelt, definieren sich Manifeste anhand ihres Inhalts.

Wenn nun aber eine massenmedial vermittelte Öffentlichkeit so wichtig ist, weshalb dann die Betrachtung von politischen Manifesten, die unter der erschwerenden Bedingung einer staatlich reglementierten oder noch schwach entwickelten Öffentlichkeit entstanden? Nun, auch diese haben ihre Berechtigung, könnten Manifeste doch zu deren Überwindung beitragen. Weil diktatorische Systeme wie die DDR – ein System, das sich „durch einen extremen Grad herrschaftsgeleiteter Kontrolle seiner inszenierten Öffentlichkeit auszeichnete“[91] – mit repressiven Einrichtungen wie dem Ministerium für Staatssicherheit zwar versuchen, Öffentlichkeit zu zerstören, die nicht herrschaftskonform, sondern regimekritisch ist, muss ohnehin davon ausgegangen werden, dass Manifeste in einem derart ungemütlichen Klima so gut wie keine Erfolgschancen besitzen. Der Zugang zu den Bürgern wird abweichenden Meinungen systematisch verwehrt und entsprechende Versuche können infolgedessen nur rebellisch, konspirativ und unter hohem persönlichem Risiko gewagt werden. Doch gerade in solchen Fällen, wenn sich „öffentliche Meinung ihr letztes Refugium im Flüsterwitz“ suchen muss und sich eigentlich nur „nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ bilden kann,[92] ist aus demokratischer Perspektive eine sogenannte „Gegenöffentlichkeit“ wichtig. Diese speist sich aus oppositionellen Schrifterzeugnissen, die zur offiziellen Doktrin staatlicher Institutionen konträre Alternativen anbieten, tabuisierte Missstände benennen oder gar zur Revolution aufrufen. Manifes-

89 Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 54.

90 Vgl. Brockmann 1998 (s. Anm. 87), S. 34 ff. „Erst die Fähigkeit, deutsche Texte zu lesen, gab den direkten Zugang zu einer überregionalen, teils reichsweiten Öffentlichkeit frei, wie sie durch das Aufkommen des Buchdrucks und die gleichzeitig entwickelten Weisen der Verbreitung von Druckschriften […] entstanden war.“ Ebd., S. 36.

91 Klein, Thomas: Heimliches Lesen und staatsfeindliches Schreiben. Bemerkungen zu Zensur und Gegenöffentlichkeit in der DDR der achtziger Jahre, in: Lokatis, Siegfried/Sonntag, Ingrid (Hg.): Heimliche Leser in der DDR, Berlin 2008, S. 57-65, hier S. 57.

92 Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart u.a. 1973, S. 179.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

te erscheinen daher als besonders prädestinierte Vehikel von kritischer Gegenöffentlichkeit und umso mehr spricht für ihre Untersuchung auch in politischen Systemen mit eingeschränkter Öffentlichkeit.

Im frühen 19. Jahrhundert konstituierte sich in Deutschland ein politisiertes Bürgertum, das als „geistig-moralische Bewegung" einen „verdeckten Herrschaftsanspruch" besaß[93] und einen „ungehinderten öffentlichen Diskurs"[94] durch „freies Zusammenwirken von Bürgern in und für öffentliche Angelegenheiten"[95] einforderte, somit eine zivile Gegenmacht zu feudalen und aristokratischen Autoritätsstrukturen darstellte. Zur Jahrhundertwende kamen Geburtsjahrgänge auf, deren „Erwartungs- und Wertehorizonte" sich im Vergleich zu ihren demographischen Vorgängerkohorten verändert hatten und die in einem „gesellschaftlichen Selbstverständnis auf[wuchsen], das immerhin für eine klare antiabsolutistische und antietatistische Stoßrichtung" stand[96] und einem Glauben an die „Veränderbarkeit"[97] der Welt anhing. In Deutschland brach das „Zeitalter der großen politischen Bewegungen" an, das von einem „Kampf der Ideen davon, wie Staat und Gesellschaft aussehen sollen", geprägt wurde und der politische Parteien hervorbrachte.[98] Man begann, sich einer gemeinsamen Nationalität bewusst zu werden, und es vollzog sich der erste – freilich staatlich verordnete – Modernisierungsschub, welcher die Ablösung der ständischen Ordnung und analog dazu die Entfaltung einer bürgerlichen Gesellschaft hervorbrachte, in der rechtliche Gleichheit unter Staatsbürgern wie auch das antiständische Leistungsprinzip bestimmend waren, in der sich auch soziale Schichten ausdifferenzierten, in der erstmals massiv zivilgesellschaftliche Assoziation praktiziert wurde.[99]

Diese Entwicklungen waren als Mindestmaß an gesellschaftlichem Kommunikationspotenzial die Voraussetzungen für politische Manifestation im hier gemeinten Sinne. Ohne einen einigermaßen entwickelten Kommunikationsraum, ohne eine über die sozialen Eliten hinausreichende Politisierung und Alphabetisierung wäre politische Manifestation viel zu exklusiv, als dass sie dem Untersuchungsinteresse gerecht werden könnte. Die hier

93 Ruppert, Karsten: Bürgertum und staatliche Macht in Deutschland zwischen Französischer und deutscher Revolution, Berlin 1997, S. 33.

94 Ebd., S. 31; vgl. dort insgesamt zur Herausbildung bürgerlicher Öffentlichkeit S. 29-33 und zum Folgenden S. 35-38.

95 Nipperdey 1993 (s. Anm. 86), S. 267.

96 Kaschuba, Wolfgang: Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800. Kultur als symbolische Praxis, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Eine Auswahl, Bd. 2: Wirtschaftsbürger und Bildungsbürger, Göttingen 1995, S. 92-127, hier S. 96 f.

97 Nipperdey 1993 (s. Anm. 86), S. 267.

98 Ebd., S. 286.

99 Vgl. hierzu Nipperdey, Thomas: Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 50 f.; ders. 1993 (s. Anm. 86), S. 255-271.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vorgenommene Grenzziehung erfolgt somit aufgrund zivilisatorischer Entwicklungen und historischer Ereignisse.

Mit dem Hessischen Landboten Georg Büchners (u.a.) aus dem Jahr 1834 beginnt der Fallkatalog dieses Bandes im Übrigen mit einem bedeutungsvollen Manifest. Denn mit Büchner trat zum ersten Mal in Deutschland „ein Demokrat nicht für die geistigen Güter der Gebildeten ein, sondern für die materiellen der Armen und Unwissenden“[100] und markierte damit im Vormärz den Beginn einer zivilgesellschaftlichen Zeitenwende.

GEDANKEN ZUR FALLANALYSE

Die Untersuchung der im Folgenden benannten Aspekte politischer Manifeste fühlt sich forschungsstilistisch der „Göttinger Schule“ verpflichtet.[101] Sie verfolgt daher einen interaktionistischen Analyseansatz, der das Phänomen aus dem wechselweisen Zusammenspiel von Personen, politisch-gesellschaftlich-historischem Umfeld und dem strukturellen Rahmen heraus zu verstehen sucht. In diesem Kontext versucht sie sich an einem Portrait von Individuen, ihren pointierten Aktionen in Form politischer Manifeste und der Frage, wie diese möglicherweise auf *policy* – damit auf Politik und Geschichte – einwirkten. Dieser Band nimmt darüber hinaus die Bedeutung von politischen Manifesten für die zivilgesellschaftliche Kultur in Augenschein.

Die Manifestanten

Als Manifestanten sollen hier die Unterzeichner bzw. Urheber eines Manifests verstanden werden. Es gibt eine ganze Reihe von Aspekten, die sich innerhalb dieser Rubrik untersuchen ließen. Manifeste sind in der Regel mit einzelnen Namen unterschrieben, manchmal aber auch mit der Bezeichnung einer Organisation oder Institution – in bestimmten Fällen können sie auch anonym oder pseudonym erscheinen. Es liegt daher nahe, zuerst das Profil des Unterzeichnerkollektivs oder der dahinterstehenden Organisation – der Manifestantenschaft also – zu ergründen. Wie ist die Autorität der Manifestanten beschaffen, was sind ihre individuellen Ressourcen? Spezifische Sozialcharakteristika wie Prestige, Renommee, Zertifikate, Glaubwürdigkeit, Meriten, Prominenz, Status, Kompetenz et cetera können die medialen „ga-

100 Karl Emil Franzos zitiert nach Hauschild, Jan-Christoph: Georg Büchner: Bilder zu Leben und Werk. Eine Ausstellung des Heinrich-Heine-Instituts, Düsseldorf 1987, S. 39 ff.

101 Vgl. hierfür beispielhaft Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael: „Politische Führung“ und Parteivorsitzende. Eine Einleitung, in: dies. (Hg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland von 1949-2005, Wiesbaden 2005, S. 11-21.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tekeeper“, die „Türsteher, welche den Zutritt zu den Medien gewähren“[102], überwinden helfen und dadurch eine privilegierte öffentliche Verbreitung ermöglichen.[103] Sie könnten einem Manifest-Text unabhängig von dessen inhaltlichem Gehalt aber auch Zugänge zu bestimmten Gesellschaftsgruppen öffnen und ihm ein sonst womöglich unerreichbares Zustimmungspotenzial erschließen. In der Prominenz von Akteuren beispielsweise sehen Medienforscher ein regelrechtes Kapital, um massenmediale Zuwendung für eigene Angelegenheiten zu erheischen.[104] Auch die Zugehörigkeit zu einer Fachelite steigert den Erkenntnissen der Medienforschung zufolge die Chance, eigene Anliegen über die Medien vermittelt in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen. Besonders Wissenschaftler sind imstande, ihren Aussagen eine „moralische bzw. wissenschaftliche Dignität“ und vermittels ihrer Ausstrahlung der Aktion eine „Illuminierung“ zu verleihen, weil man ihnen eben zutraut, gesellschaftlich bedeutsame Sinnfragen in ein allgemeines Interesse zu stellen und zu beantworten.[105] Wie überhaupt der Status des Kommunikators einer Meinung, in diesem Fall also der Manifestanten, eine wichtige Determinante zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist;[106] bevorzugen doch Journalisten „statushohe Informationsquellen“[107]. Namen und Persönlichkeiten, wie auch deren Autorität und soziale Merkmalsausprägung wären somit Garanten von Seriosität oder Lieferanten von Renommee und Glaubwürdigkeit. Gelingt es Manifestanten beispielsweise, die mit ihren Namen verknüpfte Anhänger- und Sympathisantenschaft auch für das Manifest zu mobilisieren? Kurz: Wie effektiv profitiert das Manifest von den Ressourcen seiner Verfasser und Unterzeichner?

Hinter dem Namen verbirgt sich zudem in vielen Fällen eine Expertenrolle, die mit der unterzeichnenden Persönlichkeit verbunden werden kann. Passen fachliche Qualifikation sowie assoziierter Expertenstatus der Manifestanten thematisch zu dem Inhalt des Manifests, so könnte dies der Textbotschaft eine zusätzliche Autorität wie auch Legitimation verleihen. Umgekehrt ist zu fragen, ob die Akzeptanz eines Manifests schwindet, wenn sich die Manifestanten auf einem qualifikatorisch fremden Feld einmischen, das sich ihrer originären Fachkenntnis entzieht. Und verdankt das Manifest

102 Hagen, Lutz M.: Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion, in: Publizistik, Jg. 37 (1992) H. 4, S. 444-460, hier S. 456.

103 Zu „gatekeepern“ vgl. Waldherr 2008 (s. Anm. 32). Wie Habermas bemerkt, käme bei dem Einfluss auf Öffentlichkeit auch „das Ansehen von Personengruppen und Experten, die ihren Einfluss in speziellen Öffentlichkeiten erworben haben“, zum Einsatz; Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 440.

104 Vgl. hier und folgend Peters, Birgit: Prominenz. Eine soziologische Analyse ihrer Entstehung und Wirkung, Opladen 1996, S. 109 ff.

105 Ebd., S. 110 f.

106 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 67.

107 Der Begriff findet sich bei Peters 1996 (s. Anm. 60), S. 67.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

seine Wirkung letztlich eher seinem Inhalt oder am Ende doch nur seinen Unterzeichnern?

Reizvoll ist obendrein die Frage, ob politische Manifeste ein typisches Medium, ein besonders affines Artikulationsinstrument eines bestimmten Sozialtyps sind. Steht das Manifest aufgrund seiner ihm eigenen Komponenten – Distribution an die Öffentlichkeit, Prominenz der Unterzeichner, Formulierung des Inhalts u.a. – und den damit verbundenen Anforderungen an die individuellen Kompetenzen der Manifestanten vielleicht nur einer elitären Sozialschicht zur Verfügung? Existieren sozialstrukturell prädestinierte Personenkreise, denen für das Zuwegebringen eines Manifests unerlässliche Befähigungen genuin zu eigen sind, und bilden also Manifeste letztlich eine exklusive Möglichkeit der gesellschaftlichen Einflussnahme?

Es kursieren überdies Manifeste, die an ihrem Ende eine zum Teil monströse Anzahl von Unterzeichnern versammeln. Ist diese bisweilen opulente Anhäufung von Namen aber unbedingt förderlich oder vermindert sie am Ende gar kontraproduktiv den Manifest-Erfolg? Im Gegenzug ließe sich überlegen, ob erst eine bestimmte Anzahl von einschlägigen Namen für die beabsichtigte Resonanz zu sorgen weiß?[108]

Manifestanten lassen sich mit Seiteneinsteigern in die Politik vergleichen, die man gemeinhin als innovative und gewinnbringende Ergänzung und Auffrischung des professionellen, über die Parteien gesteuerten Politikgeschäfts, als Medikament zur Therapierung der Politikverdrossenheit preist. Denn Manifestanten sind aufgrund ihrer außerpolitischen Herkunft im Grunde genommen politische Quereinsteiger für den Moment. In dem kurzen Augenblick der Manifest-Aktion werden sie politisch aktiv, engagieren sie sich temporär in einer für sie ansonsten fremden Sphäre der Gesellschaft.[109] Als Laien kennen sie vermutlich die Funktionsmechanismen des politischen Betriebs nicht genügend, um unvorteilhafte Handlungen, mithin fatale Fehler vermeiden und sich gegen den Widerstand der attackierten Politiker durchsetzen zu können.[110] Aber ist die Herkunft aus einem politikexternen Gebiet nicht gerade eine überaus ergiebige Quelle von Glaubwürdigkeit, Zustimmung und Empathie von Seiten der Bevölkerung? Müssten die gemeinhin als politikverdrossen etikettierten Bürger, denen man in zuverläs-

108 Vgl. Ruf, Oliver: „Sie wittern die Konjunktur“, in: die tageszeitung, 04.03.2003.

109 Cobb, Ross und Ross unterscheiden zwischen drei verschiedenen Modellen der Einwirkung neuer Themen auf die politische Agenda. In diesem Zusammenhang ist die dritte „zivilgesellschaftliche“ Einflussschneise relevant, das „outside initiative model“; vgl. Cobb, Roger/Ross, Jennie-Keith/Ross, Marc: Agenda Building as a comparative political process, in: The American Political Science Review, Jg. 70 (1976) H. 3, S. 126-138, hier insbesondere S. 128-132.

110 Vgl. Lorenz, Robert/Micus, Matthias: Die flüchtige Macht begabter Individualisten, in: dies. (Hg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 487-504.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

siger Regelmäßigkeit demoskopisch eine notorische Unzufriedenheit mit den vermeintlich eigennützig handelnden, in drastischeren Fällen sogar korrumpierten Berufspolitikern attestiert, nicht ganz besonders mit außerpolitischen Autoritäten eines anderen, moralisch besser bewerteten Gesellschaftsbereichs wie der Wissenschaft oder der Kultur sympathisieren; noch dazu wenn diese sich im Rahmen eines Manifests – implizit oder explizit – öffentlich über die Handlungsweise der Politik(er) empören?

Und weshalb eigentlich wird man überhaupt zu einem Manifestanten? Eine wichtige Aufgabe der Fallanalyse besteht – soweit möglich – in der Erkundung von Beweggründen einzelner Manifestanten sowie der Konstitutionsbedingungen der Manifestantenschaft. Waren es in altruistischer Manier vollführte Akte der couragierten Moral oder eher egoistisch durchtränkte Motive, welche das Handeln der Manifestantenschaft bestimmten? Literarische Manifeste zum Beispiel dienten ihren Urhebern seit dem 18. Jahrhundert zum Gewinn öffentlicher Aufmerksamkeit und Popularität, zur Herstellung von Sichtbarkeit ihrer Werke in einem durch Gruppenbildungen und Konkurrenzkämpfen verschärften Karriereumfeld.[111] Literarische Manifeste erwiesen sich seinerzeit als geeignetes Medium politisch Stellung beziehender Intellektueller, um in „kurzen Texten ihre Anschauungen zu proklamieren", gestalteten sich dadurch als „doktrinärer Text, mit dem versucht wird, den Leser an die verkündeten Theorien zu binden".[112] Versuchten also auch die Protagonisten politischer Manifest-Aktionen persönlich zu profitieren; wie stark gehorchte der Prozess politischer Manifestation einem rationalen Karrierekalkül, verbargen sich darin von den eigentlichen Forderungen des Manifests abgekoppelte Absichten? Oder zumindest: Inwieweit wirkte sich die Teilnahme an einer Manifest-Aktion auf den weiteren Lebensweg und Karriereverlauf aus?

Und wie verläuft letztlich die Rekrutierung der Manifestantenschaft? Denn aller Wahrscheinlichkeit nach gehört nur ein Bruchteil einer Manifestantengruppe zu den antreibenden Initiatoren, literarischen Verfassern und geistigen Urhebern, zum „Inner Circle" der Manifest-Aktion.[113] Wie steht es um den Grad an interner Kooperation; ist die Zusammenarbeit mehrerer Personen unbedingt notwendig oder bei der Manifest-Erstellung eher hinderlich? Wie verläuft das Manifestieren überhaupt, welche Koordinationskunst ist erforderlich, wie sieht die Logistik eines Manifests aus?[114]

111 Vgl. Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 227.

112 Ebd., S. 228.

113 Literatur-Manifeste wurden in der Regel im Namen mehrerer Autoren veröffentlicht und auch inhaltlich mitgetragen, wenngleich sie konkret von nur einer Person verfasst worden waren, daher lediglich der Eindruck einer Kollektivarbeit erweckt wurde; vgl. ebd., S. 176-182.

114 Das Futuristische Manifest aus dem Jahr 1909 beispielsweise war „generalstabsmäßige Lancierung" und folgte einer „den Effekt durchkalkulierenden Logik"; Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 23.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gibt es unabhängig von der Zahl der Unterzeichner einen kleinen Zirkel, in dem die Rollen von Initiator, Autor und Organisator klar verteilt sind, ja vielleicht sein müssen? Welches Maß an Komplementarität der Fähigkeiten innerhalb der Gruppe erfordert ein wirkungsvolles Manifest? Unter welchen Umständen verläuft die Akquisition von weiteren Manifestanten, bedarf es besonderer Ressourcen der Angehörigen des „Inner Circle", um über diese Kerngruppe hinaus weitere potente Unterstützer anzuheuern? Denkbar wäre zum Beispiel, dass Inhaber von Prominenz als Testimonials, als Multiplikatoren, fungieren.

Handelt es sich weiters bei den Manifestanten um eine bereits in anderen Kontexten zusammengetretene Gruppe von Personen mit ähnlicher Vita, biographischen Gemeinsamkeiten, gar konspirativ um eine enge Clique? Oder hat sich der Zusammenschluss ad hoc ergeben, wodurch die Gruppierung etwas Spontanes, unter Umständen aber auch Zerbrechliches darstellt? Wie wirken sich etwaige Zentrifugalkräfte auf die Manifestanten und ihren inneren Zusammenhalt aus; Personenbündnisse, die nur lose miteinander verkoppelt sind, können sich mitunter schnell auflösen und die Aktion scheitern lassen. Kurzum, ein Fokus auf die Unterzeichner, ihre wechselseitigen Beziehungen und ihre Ressourcenausstattung erscheint aus vielerlei Gründen angebracht.

Thema, Inhalt und Rhetorik politischer Manifeste

Betrachtet man das Manifest als solches, so bietet sich auf den ersten Blick die Frage nach Inhalt und Thema an. Woraus ergibt sich eigentlich die Attraktion des Manifests, weshalb ist es vielleicht spröde, langweilig und wenig sensationell? Genügt es, ein virulentes Thema aufzugreifen, eine kontroverse, wenngleich noch nicht abschließend geklärte Frage zu beantworten und durch eine gewiefte Aktion in der Öffentlichkeit zu platzieren und zu aktualisieren, sie gleichsam für eine politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung „manifest" zu machen? Überdies ist hinsichtlich des Wirkungserfolgs von Manifesten interessant, ob die im Text formulierten Ziele eher utopischer Natur oder kurz- bis mittelfristig realisierbar sein sollten. Scheitern und verschwinden Manifeste sehr schnell bei einer zu großen Realitätsferne oder gründet sich ihr langfristiger Einfluss gerade auf eine gleichfalls langfristig gültige Zielsetzung, eine Begeisterung auslösende Vision? In diesem Zusammenhang lässt sich auch fragen, wie stark Manifeste in ihrer Wirkung von einem konkreten Gegenwartsereignis beschränkt werden, ob sie sich beispielweise durch zeitlosere Inhalte davon emanzipieren können.

In einem zweiten Schritt ließe sich der textliche Aufbau, die strukturelle Anordnung einzelner Manifest-Komponenten, prüfen. Wie ist das Manifest hinsichtlich Passagen und literarischer Stilelemente komponiert? Kommen „gute" Manifeste vielleicht nicht ohne eine besondere Inszenierung aus; zum Beispiel entweder über eine außergewöhnlich attraktive literarische Äs-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

thetik oder ein raffiniertes Arrangement des Inhalts?[115] Gibt es ein probates Schema, eine Dramaturgie des Manifests, etwa indem in der Manier klassischer Rhetorik zuerst Aufmerksamkeit erregt (attentum parare), dann eine von Übertreibungen (amplificatio) und Gegnerdiskreditierung (indignatio) garnierte Argumentation (argumentatio) folgt, welche in die affektive Stimulation des Publikums mündet?[116] Filippo Tommaso Marinetti – gewiss der Pionier schlechthin unter sich als professionell und versiert wahrnehmenden Manifest-Schreibern – bezeichnete die „präzise Anklage" und die „genau dosierte Beschimpfung" als unverzichtbare Bestandteile eines funktionierenden Manifests und stellte gar eine Art von Maßnahmenkatalog für politische Manifestation auf.[117] Auch die Titelwahl des Manifests gelte es laut Marinetti ganz besonders zu beachten. An diesem Aspekt ansetzend, wäre festzustellen, inwieweit die Selbstbezeichnung – etwa als „Manifest", „Memorandum", „Erklärung" et cetera – die Wirkung mitbestimmt. Der Begriff Manifest schien jedenfalls eine Zeit lang Gewähr für öffentliche Wahrnehmung zu bieten; vermutlich weil ihm aufgrund der historischen Funktion der königlichen Kundgebung eine ehrfurchtsvolle, herrschaftliche Konnotation beigemessen wurde.

Sodann die sprachliche Codierung. Es ist vorstellbar, dass Manifeste allein aufgrund eines übertrieben elaborierten und argumentativ überfrachteten Textes sozial exklusiv wirken und sich in ihrer Reichweite von selbst einschränken, indem sie für bestimmte Sozialgruppen schlichtweg unverständlich sind. Welche rhetorischen Stilmittel – Ironie, Parodie und Sarkasmus zum Beispiel – angewendet werden, welches literarische Naturell dem Text inne wohnt – ob er beispielsweise durch eine herausragende Eloquenz besticht oder durch eine esoterische Terminologie und höhere Bildung voraussetzende Fremdworte exkludierende Kommunikationsbarrieren errichtet – soll daher ebenfalls untersucht werden.

Manifestanten als zivilgesellschaftliche Gladiatoren in der medialen Arena

Dieses Buch fragt u.a. nach der zivilgesellschaftlichen Funktion politischer Manifeste. Welche Bedingungen aber müssen gegeben sein, damit ein Manifest überhaupt Zugang zur öffentlichen Debatte findet,[118] konkreter: in

115 Vgl. ebd., S. 30.

116 Vgl. hierzu Ottmers, Clemens: Rhetorik, Stuttgart u.a. 1996, S. 54-64.

117 Vgl. hier und folgend Fähnders 1997 (s. Anm. 5), S. 25 ff.

118 Hierbei geht es nicht um eine „Diskursanalyse" der öffentlichen Debatte im Sinne Michel Foucaults, sondern der Fokus liegt auf dem politischen Manifest als potenzieller Initiator öffentlicher Debatten. Zu den entsprechenden verschiedenen Forschungsansätzen vgl. Kerchner, Brigitte: Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick, in: dies./Schneider, Silke (Hg.):

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zeitungen abgedruckt und rezipiert wird? Für die Beantwortung dieser Frage bietet sich ein interdisziplinärer Rückgriff auf die medienwissenschaftliche Nachrichtenwerttheorie an. Dieser Theorie zufolge existieren diverse Faktoren, die ein Ereignis aufweisen sollte, um auf eine möglichst große Medienresonanz stoßen zu können.[119] Denn um die Relevanz einer Nachricht für ein nach Möglichkeit großes Publikum mit Bedacht antizipieren zu können, verlassen sich die Verantwortlichen in den Redaktionsstuben auf Ereignismerkmale, von denen ein hoher Nachrichtenwert zu erwarten ist. Davon am bedeutsamsten ist wohl die „Personalisierung" von Begebenheiten. Personalisierte Informationen werden von den Medien ganz besonders favorisiert, denn „unabhängig von den zu vermittelnden Inhalten sind Köpfe eher gefragt als Institutionen, werden personalisierte Inhalte den abstrakten vorgezogen"[120]. Anerkanntermaßen wichtig bei einer „wertvollen" Meinung ist überdies die „Thematisierung", denn „die großen Nachrichtenthemen sind immer Ereignisse mit Krisensymptomen; Vorgänge, die eine manifeste oder latente Bedrohung zentraler Werte und Ordnungen des Systems bergen"[121]. Weisen Themen existenzielle und langfristig gültige Bezüge auf, rekurrieren sie zudem auf allgemein geteilte Werte der Gesellschaft, so ist ihnen die Zustimmung der öffentlichen Meinung fast schon sicher.[122] Weitere Faktoren kommen bei der Bestimmung des Nachrichtenwerts hinzu: Je größer die Zahl der von dem Thema betroffenen Personen ist, desto höher fallen „Nähe und Relevanz" aus. In der Medienberichterstattung werden zudem Sachverhalte privilegiert, die sich in politischen Zentren abspielen und in die „führende politische Repräsentanten"[123] verwickelt sind – gestattet doch die Diskussion des Themas in „offenen und konfliktreichen politischen Arenen" den Journalisten, „dramatische Narrative zu konstruieren".[124] Sodann „Dynamik, Aktualität und Valenz": Unerwartete Ereignisse, die mit einem Überraschungseffekt aufwarten, ein unvorhergesehenes und für die Allgemeinheit relevantes Risiko von großer Aktualität bergen sowie Konflikt und Schaden androhen, laden den Nachrichtenwert noch einmal gehö-

Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S. 33-67.

119 Vgl. Laubenthal 2008 (s. Anm. 51), S. 268.

120 Peters 1996 (s. Anm. 104), S. 110. „Man kann den Nachrichtenwert auch als Eigenschaft von Personen und Gruppen, nicht nur als Eigenschaft von Ereignissen betrachten." Hagen 1992 (s. Anm. 102), S. 456.

121 Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg im Breisgau/München 1976, S. 120.

122 Vgl. hier und folgend ebd., S. 80 f.; Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 49.

123 Schulz 1976 (s. Anm. 121), S. 82.

124 Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 188.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rig auf.[125] Geschehnisse mit aggressiven, wenigstens aber kontroversen Bestandteilen werden von den Medien, jedenfalls was ihren Meldungsgehalt anbelangt, ausgesprochen willkommen geheißen. Eine Konkretisierung des Themas bewirkt überdies medientheoretischen Erkenntnissen zufolge „die Herstellung eines lebensweltlichen Bezugs zwischen dem Problem und den alltäglichen Erfahrungen der Bürger", der die persönliche Betroffenheit des Individuums und die „Einsicht in die ‚Aufdringlichkeit' des Problems" erhöht.[126] Die Bereitschaft, der angebotenen Problemdefinition und -lösung zu folgen, wird sich in einem solchen Fall erhöhen. Aber nicht nur das. Gelingt es zudem, glaubwürdig eine Verschärfung des Problems für die Zukunft zu prognostizieren, verstärken sich Dringlichkeit und Druck auf die politischen Verantwortungsträger.[127] Den Fallstudien dieses Bandes obliegt nunmehr die Einschätzung, wie stark die Nachrichtenwertfaktoren jeweils ausgeprägt waren.

Ferner lässt sich nach möglichen Abnutzungserscheinungen politischer Manifeste fragen – nach dem Zeitpunkt ihres Wirkungsverlusts, dem Beginn ihrer Trivialisierung. Enervieren sie mit der Zeit ein von ständigen Kundgebungen, Appellen und Proklamationen zunehmend malträtiertes Publikum? Kann man ein an sich interessantes, gar spektakuläres Sujet vielleicht sogar öffentlich ruinieren, indem man die Bevölkerung irgendwann penetrant langweilt und desensibilisiert? Literarische Manifestanten handelten sich jedenfalls im Zuge einer Überproduktion von Manifest-Schriften den Vorwurf ein, einem „Hang zur Reklame" erlegen und nicht mehr „zu einer ernsthaften künstlerischen Tätigkeit" fähig zu sein, nachdem jedem Schwall von Manifestationen eine mindestens ebenso große Anzahl von gegnerischen Stellungnahmen folgte.[128] Es lässt sich folglich erahnen, dass ein Manifest keine geistlose Alltagserscheinung mit der inflationären Häufigkeit von Nachrichtenmeldungen sein darf, um nicht der Gleichgültigkeit eines gelangweilten und überreizten Publikums anheim zu fallen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach publizistischer Konkurrenz durch andere Manifestationen.

Die Umfeldbedingungen

Via Manifestation äußern sich Personen, Gruppen oder Organisationen unterschiedlichster Provenienz in der Öffentlichkeit zu einer bestimmten Thematik, einer Frage oder drängenden Kontroverse. Doch gerade die Herkunft

125 Vgl. dazu Schulz 1976 (s. Anm. 121), S. 82; Ruhrmann, Georg: Risikokommunikation und die Unsicherheiten der Gentechnologie. Entwicklung, Struktur und Folgeprobleme, in: Müller-Doohm/Neuman-Braun (Hg.) 1991 (s. Anm. 37), S. 131-164, hier S. 145.

126 Hier und folgend Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 72.

127 Zu diesem Aspekt siehe ebd., S. 73.

128 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 229.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Manifestanten, ihr historischer Kontext, sind in die Analyse mit einzubeziehen. Völlig isoliert von dem gesellschaftlichen Hintergrund, lediglich beschränkt auf die klassische kommunikationstheoretische Wechselwirkung von Sender, Botschaft und Empfänger sollte man den Vorgang des Manifestierens nicht betrachten. Eine derart verengte Sichtweise würde wichtige Einflussfaktoren fahrlässig ignorieren. Denn sicherlich können Manifeste nicht zu jedem Zeitpunkt gleichermaßen reüssieren. Ihr Erfolg und Misserfolg stehen höchstwahrscheinlich in Abhängigkeit äußerer Rahmenbedingungen, bestimmter Situationskonstellationen, die sich aus dem gesellschaftlichen Klima, dem Esprit sozialer Bewegung oder einfach nur dem „Zeitgeist" zusammensetzen.

So zum Beispiel die Beschaffenheit und Situation des politischen Systems, auch die Lage der Regierung wie der Zustand der Opposition. Die Demokratie durchlief im Verlauf deutscher Geschichte diverse Entwicklungsstadien, bis hin zur Totaldemontage durch den Nationalsozialismus, um sich letztlich erst in der Bundesrepublik nach 1945 beständig zu entfalten. Jedenfalls bemächtigten sich ihrer im Geschichtsverlauf mal mehr, mal weniger stark autokratische Elemente. Sodann gab es reichlich Phasen des Umbruchs, gesellschaftliche Übergangsprozesse, in denen sich Systemtransformationen vollzogen und Zäsuren ereigneten: etwa nach den beiden Kriegsenden von 1918 und 1945 oder im Zuge der „Wende" zur Deutschen Einheit. Ist das politische System beispielsweise gerade erst seiner Geburtsstunde entwachsen und durchläuft es eine kritische Konsolidierungsphase wie nach der Bismarck'schen Reichsgründung zu Beginn der 1880er Jahre, ab 1919 in der Republik von Weimar, nicht zuletzt dem gesamtdeutschen Staat im Zuge der Wiedervereinigung 1989/90, bieten sich politischer Manifestation vielleicht andere Opportunitäten als im besinnlichen Ambiente weniger turbulenter Zeitabschnitte.

Im Rahmen einer Kontext- bzw. Konstellationsanalyse sollen die Fallstudien herausfinden, welche Faktoren jenseits des Inhalts und der Unterzeichner des Manifests für dessen Wirkungsgeschichte verantwortlich sind, inwieweit das gesellschaftliche Kolorit zeitgenössisch auf den Manifest-Akt abfärbte. Benötigt man zum Beispiel das viel zitierte Gelegenheitsfenster, einen historisch einmalig vorhandenen gesellschaftlichen Chancenraum; müssen unterschwellige Strömungen von Interessen oder Ängsten, die von den Manifestanten für ihre Zwecke gezielt kanalisiert werden können, gesellschaftlich bereits vorhanden sein; oder bedarf es politischer Geschehnisse, die eine öffentlichkeitswirksame Skandalisierung konkreter Akteure erlaubt?

Unzweifelhaft wandelte sich auch die Rolle der Medien, veränderten sich doch fortwährend ihre Form und Technologie, hat sich die mediale Bandbreite durch die Ergänzung der klassischen Druckvarianten Zeitung, Zeitschrift und Flugblatt um Funk- und elektronische Medien wie Radio, Fernsehen und Internet sogar revolutionär erweitert. Zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert erhöhte sich die Erreichbarkeit der Bürger einer Gesell-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schaft immens, stieg die Verfügbarkeit von Informationen rapide an und in der Gegenwart längst zu selbstverständlichen Rechtsinstitutionen trivialisierte Errungenschaften wie die Presse- und Meinungsfreiheit waren nicht zu allen Zeiten gleichermaßen gegeben. Verschiedene Entwicklungsstufen der Medien wie auch zensurpolitische Konjunkturen führten in Verbindung mit unterschiedlichen politischen Systemen zu einer im Geschichtsverlauf wechselvollen Medienwelt und Öffentlichkeit. Zudem stellt sich die Frage, wie es Manifesten gelang, unter der Bedingung eines zunehmenden Informationsflusses, ja geradezu eines Aufmerksamkeit hemmenden Overkills an Nachrichten und Meldungen überhaupt noch wahrgenommen zu werden. Manifeste sahen sich über die Zeit hinweg also mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Verbreitung und des Zugangs zu den Adressaten konfrontiert, unterlagen jeweils anderen medialen Restriktionen und Kommunikationsbarrieren, aber eben auch Chancen.

Manifeste und ihre Wirkungsgeschichte

Um gesellschaftlichen Einfluss und historische Bedeutsamkeit eines politischen Manifests beurteilen zu können, bedarf es einer möglichst breiten Analyse seiner Wirkungsweise. Erstens die Unterzeichner: Sie haben einen naturgemäßen Einfluss auf das Manifest. Doch wie wirkt sich seinerseits das Manifest auf die Manifestanten aus? Können zum Beispiel durch die namentliche Unterstützung des Manifests die Unterzeichnenden nachhaltig diskreditiert und in ihrem Renommee empfindlich beschädigt werden? Denn mit der Beteiligung an einem Manifest setzt man seine Unterschrift verbindlich unter das an die Öffentlichkeit zu übermittelnde Papier, unterstützt es damit in all seinen inhaltlichen Aspekten und rhetorischen Formulierungen, steht auf einer Seite mit den weiteren Unterzeichnern und wird womöglich ein Leben lang mit der Aktion in Verbindung gebracht werden. Andersherum: Inwieweit profitieren die Unterzeichner auch – vor allem im Abgleich mit ihren vorgeblichen Motiven – von der Beteiligung an der Manifest-Aktion? Kurz: Welche Konsequenzen erbringen Manifeste ihren Initiatoren und Unterstützern hinsichtlich Status und Karriere?

Welche Folgen zeitigt überdies die gemeinsame Manifest-Aktion, was geschieht im Anschluss? In welchem Ausmaß erreichen Manifeste – gewollt oder ungewollt – beispielsweise eine dauerhafte Gruppenbildung innerhalb des Manifestantenkreises; ist der Akt des gemeinsamen Manifestierens zugleich der Konstitutionsmoment einer zusammengeschweißten, schlagkräftigen und einflussreichen Equipe, die ihre Stärke und Macht aus dem akkumulierten Prestige, Status, Renommee et cetera ihrer Einzelmitglieder schöpft; geht aus ihm womöglich eine langfristige Allianz und Aktionseinheit hervor?

Zweitens wäre nach der historischen Relevanz des Manifests selbst zu fragen. Welches historiographische Schicksal ereilt es, in welcher Weise und Häufigkeit wird es im weiteren Zeitverlauf rezipiert? Versickert es als

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

punktuelles Ereignis effektarm im enzyklopädischen Nirwana oder wird es durch ein Aktualitätspotenzial, wie es etwa bei der gegen Atomwaffen Stellung beziehenden Göttinger Erklärung oder dem systemkritischen Kommunistischen Manifest zu vermuten ist, immer wieder in Erinnerung und somit in öffentliche Diskurse gerufen? Auch sind Fälle vorstellbar, in denen sich der Status eines Manifests erst in der Gegenwart einstellt und dadurch rückblickend überschätzt wird, da es zeitgenössisch kaum Beachtung fand.

In diesem Band sind Manifeste als eine Spielart zivilgesellschaftlicher Intervention in die Politik konzipiert. Es stellt sich somit drittens die Frage nach dem politischen Einfluss, den Reaktionen der professionellen Politik. Welche Handlungen rief es hervor? Machte es zum Beispiel ein Krisenmanagement politischer Entscheidungsträger nötig; kam es zum konstruktiven Dialog oder zur destruktiven Konfrontation zwischen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren? Liegt im Instrument des Manifests unter diesem Aspekt womöglich auch etwas Gefährliches – etwa wenn es soziale Konflikte in eine Eskalation treibt, durch Intransigenz polarisiert? Protest in Form eines Manifests artikuliert sich auf den ersten Blick äußerst gesittet und akademisch. Manifeste könnten dadurch eventuell eine pazifizierende Wirkung entfalten und die Austragung von Konflikten in friedliche Bahnen lenken. Interessant ist nicht zuletzt die Frage nach der *policy*-Wirksamkeit. Es gilt dabei herauszufinden, ob politische Manifeste tatsächlich Politik verändernde Kräfte entfalten, die Protagonisten der politischen Legislative wie Exekutive gehörig unter Druck setzen und zur Abänderung deren ursprünglicher Agenda zwingen.

Überdies bleibt fünftens zu fragen, ob die Manifeste Replik anderer (zivil-)gesellschaftlicher Kräfte wie Gewerkschaften, Kirchen oder Vereine hervorriefen und sich daraus eine fruchtbare Pluralität zugunsten einer zivilgesellschaftlich belebten Debatte ergab oder dem Manifest durch die mediale Aufmerksamkeitskonkurrenz eher die Schau gestohlen wurde.

Welchen Rumor vermögen Manifeste – sechstens – in der Medienwelt zu verursachen? Wie lange verblieben die zu untersuchenden Manifeste in der öffentlichen Diskussion, wann und weshalb verfiel das Interesse an ihnen; wie wirkte es sich auf die Medienmacher selbst aus – beispielsweise als Fundus sensationeller Geschichten, Bezugspunkt intellektueller Profilierung in den Kommentarspalten oder auch der Überbrückung einer Nachrichtenflaute?

Gesellschaftliche und demokratische Funktionen

Aufklärung, Enthüllung und Inspiration

Für die Demokratie ist gesunde Meinungsvielfalt geradezu elementar. Denn immerhin gestattet sie eine auf Argumente gestützte Abwägung politischer Entscheidungen. In einem politischen System, das den Bürger zum Souverän erhebt, ist der freie Austausch von Auffassungen, der Widerstreit unterschiedlicher Alternativen schlechterdings unverzichtbar. Über die Messbar-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

keit der Qualität eines demokratischen Systems wird zwar eifrig diskutiert – sie erscheint sehr schwierig, ermangelt es doch einer Klarheit über die anzulegenden Maßstäbe.[129] Obgleich sich konstatieren lässt, dass die Güte – mit anderen Worten die positive oder negative Ausprägung – einer für die Demokratie zentralen Dimension für die Beurteilung von Demokratiequalität ein gutes Maß sein kann – wie zum Beispiel die Befähigung zur demokratiemündigen Ausübung des Wahlrechts auf Basis eines umfangreichen Kenntnisstands über das Regierungshandeln. In Demokratien muss sich die Politik jederzeit der Legitimation durch die Bürger unterwerfen. Ihr Handeln bedarf aus diesem Grund „öffentlicher Darstellung, Begründung und Rechtfertigung“[130]. Wie aber soll Politik diese Legitimation durch Kommunikation erhalten, wenn der einzelne Staatsbürger über mancherlei Brisanz politischen Handelns vielleicht nicht hinreichend informiert ist, gar über einzelne Handlungen nicht einmal Kenntnis besitzt, geschweige dass er durch Wissen um Pro- und Kontra-Argumente zur kritischen Auseinandersetzung befähigt ist? Können politische Manifeste virulent vorhandenen oder akut aufgetretenen, bislang aber nicht öffentlich debattierten Problemen eine Bühne bereiten, ihnen als Impulsgeber politische Repräsentanz und mediale Aufmerksamkeit verschaffen? Die „Göttinger Sieben“ – um ein prominentes Beispiel zu bemühen – trugen mit ihrer Protestation im Jahr 1837 im vormärzlichen Deutschland zur Schärfung eines verfassungsstaatlichen Denkens bei.[131] Vor diesem Hintergrund erscheint die Vorstellung keineswegs vermessen, politische Manifeste könnten durch die Tilgung öffentlicher Diskussionsdefizite zur Stärkung staatsbürgerlichen Urteilsvermögens beitragen.

Aus dieser Perspektive eigneten sich politische Manifeste als Quell der Inspiration für gesellschaftlich bedeutsame Politikinhalte, als Impulsgeber für anschließend gesellschaftlich nachgefragte Politik und Lieferant konkreter Politikvorschläge, derer sich die professionellen Politikeliten bedienen könnten. Als ein spezifischer Typus aus dem Repertoire zivilgesellschaftlicher Akteure sind politische Manifestanten folglich auf ihren Anteil an der Belebung von Demokratie hin zu untersuchen.

---

129 Vgl. dazu Kaina, Viktoria: Die Messbarkeit von Demokratiequalität als ungelöstes Theorieproblem. Zum PVS-Forums-Beitrag von Marc Bühlmann, Wolfgang Merkel, Lisa Müller und Bernhard Weßels, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008) H. 3, S. 518-524.

130 Sarcinelli, Ulrich: Mediale Politikdarstellung und politische Kultur. 10 Thesen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 5/1996, S. 265-280, hier S. 268.

131 Die Protestation der „Göttinger Sieben“ ist von Göttinger Studenten in tausendfacher Zahl vervielfältigt und in ganz Deutschland verteilt worden; vgl. Thadden, Rudolf v.: Die Göttinger Sieben zwischen Universität und Öffentlichkeit, in: Machinek, Angelika (Hg.): Dann wird Gehorsam zum Verbrechen. Die Göttinger Sieben: Ein Konflikt um Obrigkeitswillkür und Zivilcourage, Göttingen 1989, S. 13-31, hier S. 27.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ein anderes Publikationsgenre – Pamphlete nämlich – stellte bereits in früheren Zeiten seine Eignung als Medium der Transparenz unter Beweis. Pamphlete waren in der Lage, politische Debatten aus dem Arkanbereich der Politik – aus den geheimnisvollen Hinterzimmern der Parlamente, Kanzleien und Ministerien also – herauszuholen und der zuvor ausgeschlossenen Öffentlichkeit zu unterbreiten.[132] Sie leisteten insofern Inklusion, erweiterten den Kreis der Diskussionsteilnehmer und öffneten die politische Sphäre dem bürgerschaftlichen Diskurs. Enthüllung von Geheimpolitik und Aufklärung über Denken und Handeln politischer Verantwortungsträger könnten auch demokratieförderliche Funktionen politischer Manifeste seien.

Überdies problematisieren Manifeste einen spezifischen Sachverhalt, warnen vor gefahrvollen Entwicklungen oder echauffieren sich über missliche Zustände. Aus dieser Perspektive besitzen sie das Potenzial, eine Themenkarriere anzustoßen. Ganz oft wurden gesellschaftsrelevante Themen und Risikokontroversen wie jene über Atomkraft, Wettrüsten oder Genforschung nicht zuerst von „Exponenten des Staatsapparats, der großen Organisationen oder gesellschaftlichen Funktionssysteme“[133], sondern von zivilgesellschaftlicher Seite her der öffentlichen Debatte zugänglich gemacht. Um in der Öffentlichkeit bestimmte Deutungen und Meinungen durchzusetzen, alarmierende Zustände ins Bewusstsein zu rufen, sind „Themenunternehmer“ bzw. „Framesponsoren“ nötig, welche dem Thema in der öffentlichen Wahrnehmung zum Durchbruch verhelfen.[134] Probleme werden erst zu einem öffentlichen Thema, sobald sie die Ebene des Einzelnen verlassen und verallgemeinerbar sind, von Teilöffentlichkeiten als bedeutsam erkannt werden.[135] Gelingt dies, steht fortan nicht mehr das Thema selbst, sondern nur noch diesbezügliche Meinungen und Entscheidungen zur Disposition. Günstige Bedingungen für eine mediale Themenkarriere herrschen insbesondere vor, sobald „Grundfragen der menschlichen Existenz und ethische Grenzen berührt“[136] werden. Ob sich politische Manifestanten als treffliche Themenunternehmer erweisen, wäre somit ein weiterer Aspekt der Fallanalysen.

132 Vgl. hierzu Halasz 1997 (s. Anm. 87), S. 4; Nevitt, Marcus: Women and the pamphlet culture of revolutionary England, 1640-1660, Aldershot u.a. 2006, S. 3 ff.

133 Habermas 1998 (s. Anm. 30), S. 461.

134 Vgl. Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 44 (1994) H. 39, S. 11-20, hier S. 14; Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 174.

135 Vgl. Pfetsch 1994 (s. Anm. 134), S. 12. Niklas Luhmann versteht Themen als „entwicklungsfähige Sinnkomplexe“; zitiert nach ebd., S. 11.

136 Hier und auch für das Folgende vgl. Waldherr 2008 (s. Anm. 32), S. 190.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Assistenz bei der Rollen- und Pflichterfüllung

Denkt man bei Manifesten zumindest an die Möglichkeit, sie könnten Demokratie vitalisieren, so muss man auch der Überlegung nachgehen, ob sie bestimmten Akteuren bei der Erfüllung gesellschaftlich zugeschriebener Rollen, Aufgaben und Pflichten assistieren können. So wird zum Beispiel in der Politikwissenschaft die Zusammenfassung von Meinungen und Interessen einer Vielzahl von Bürgern zu politischen Positionen gerne als eine der wichtigsten Funktionen von Parteien genannt. Als intermediäre Organisationen bündeln diese Forderungen einzelner Teile einer Gesellschaft und artikulieren sie konzentriert im politischen Raum.[137] Sie bewältigen somit die Pluralität von zahlreichen Einzelinteressen und gewährleisten die parlamentarische Repräsentanz diverser gesellschaftlicher Gruppen und sozialer Schichten. Bereits die Ur-Manifeste aus den enragierten Tagen der Französischen Revolution ermöglichten den Revolutionären, „ihre Ansichten und Forderungen kundzutun“[138]. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts avancierten Manifeste zu einer probaten Textsorte, ja „zu einem unentbehrlichen Mittel, um politische Ziele zu verkünden und durchzusetzen, die zuvor in der Gruppe erarbeitet und diskutiert worden waren“.

Empfehlen sich Manifeste unter Berücksichtigung des Geschichtsverlaufs somit langfristig als Träger einer – den Parteien ähnelnden – gesellschaftlich rationalen Funktion, indem sie Meinungen konzentriert bündeln, sie an einem Ort prägnant zusammenfassen und auf diese Weise ein diffuses Stimmengewirr öffentlich geäußerter Stellungnahmen verhindern? Könnten politische Manifeste aufgrund ihrer intermediären sowie Herrschaft kontrollierenden Leistungen unter Umständen nicht auch ein demokratieförderliches Surrogat versagender Politikinstanzen sein?

Medien obliegt die Pflicht, wahlberechtigten Staatsbürgern vermittels einer intensiven Berichterstattung Entscheidungsgrundlagen für die Ausübung des aktiven Wahlrechts zu liefern. Nachrichtenmeldungen, Essays, Kommentare et cetera: Diese alltäglichen Medienelemente sollen die Mitglieder einer Gesellschaft zu demokratischem Handeln befähigen, indem sie informieren, alarmieren, kritisieren und aufklären. Zu fragen ist nun, inwiefern Manifeste die Medien in dieser reichlich verantwortungsvollen Aufgabe unterstützen können – durch die Bereitstellung exklusiven Spezialwissens, geheimer Informationen, intellektueller Gesellschaftsinterpretationen, origineller Reformideen, neuartiger Wirklichkeitsdeutungen. Auch Manifeste sind als Warner und Mahner, Informanten und Innovationslieferanten vorstellbar. Zudem weisen Medien vielerlei Defizite auf. Da zum Beispiel die Kommentatoren der Tagespresse erfahrungsgemäß ihr Öffentlichkeitsprivi-

137 Zu diesem Aspekt vgl. Alemann, Ulrich v.: Organisierte Interessen in der Bundesrepublik (unter Mitarbeit von Reiner Fonteyn und Hans-Jürgen Lange), Opladen 1987, S. 187 f. Nicht umsonst stehen Parteien unter besonderem Schutz des Grundgesetzes.

138 Hier und im Folgenden Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 228.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

leg nur selten für die Etablierung eines bislang in den Medien unterrepräsentierten Themas nutzen und in aller Regel nicht als Advokaten ressourcenarmer Akteure auftreten,[139] könnte dies von politischen Manifestationen zivilgesellschaftlich ausgeglichen werden – können diese doch als „ungewöhnliche Maßnahmen", die große Publikumsaufmerksamkeit verheißen, mitunter sehr kommentarwürdig sein.

Auch Expertenwissen wird eine soziale Funktion beigemessen.[140] Es gehört nämlich zu den „edelsten" Aufgaben von Experten, zur Demokratiemündigkeit der Bürger beizutragen. Seriös über die Performanz von Politikern urteilen zu können, verlangt nach Fachwissen: Besonders Demokratien seien „auf die vorstrukturierenden Entscheidungshilfen von Experten angewiesen, heute angesichts der irreversiblen Großtechnologien mehr denn je"[141]. Schon Theodor Geiger wies der Wissenschaft einen konstruktiven Auftrag zu, „Ratgeberin und Wegweiserin der Staatsmacht"[142] zu sein. Geht man davon aus, dass sich oftmals eine Diskrepanz zwischen Informationsangebot und Informationsbedürfnis als das Hauptproblem des Dialogs von Öffentlichkeit und Wissenschaft erweist,[143] drängt sich der Gedanke auf, dass auch hier politische Manifeste für Abhilfe sorgen können. Denkbar ist auch, dass zum Beispiel Wissenschaftler ihr ansonsten kaum zu überblickendes, für Laien noch dazu fachlich schwer verständliches Oeuvre im Rahmen eines Manifests komprimieren, sprachlich wie argumentativ in eine plausible Einfachheit überführen. So ließen sich in der öffentlichkeitsscheuen Gelehrtenstube gewonnene Erkenntnisse, die von politischer Relevanz sind, aus der Intimsphäre wissenschaftlichen Diskurses in die Öffentlichkeit transferieren.

Manifeste könnten überhaupt dazu dienen, komplexe gesellschaftliche Phänomene mit wissenschaftlicher Expertenkenntnis, intellektuellem Genius oder allgemein mit einem spezialisierten Insiderwissen – kurz: der Analysefähigkeit ihrer Verfasser – ans Tageslicht zu befördern, zu erklären, deuten und einer breiten Masse an Bürgern zugänglich zu machen. Literarische Manifeste dienten bestimmten Denkschulen und Diskussionszirkeln zur Veröffentlichung ihrer komplizierten Diskursresultate, indem sie „bereits in kleinem Kreis bekannte Theorien auf einen allgemein verständlichen Nen-

139 Vgl. hier und folgend Eilders 2008 (s. Anm. 52), S. 29 f. und S. 46; Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 71/Fußnote 38.

140 Vgl. dazu Schmidt-Tiedemann, K. Joachim: Experten und Bürger – Über die Teilung der Verantwortung für Technikfolgen, in: Kerner (Hg.) 1996 (s. Anm. 60), S. 27-43, hier S. 31 f.

141 Beiner, Marcus: Bürger und Fachleute an einem Tisch – Zum Verhältnis von Demokratietheorie und Expertentum, in: ebd., S. 113-130, hier S. 114.

142 Geiger, Theodor: Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft (im Original von 1949), in: Pöttker 2001 (s. Anm. 46), S. 416-472, hier S. 443.

143 Vgl. hierzu Peters 1996 (s. Anm. 60), S. 78 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ner“[144] herunterbrachen. Insoweit könnten politische Manifeste ein latentes Informationsbedürfnis der Bevölkerung saturieren und eine Kommunikation zwischen Laien und Fachelite herstellen, gewissermaßen eine höhere Erkenntniswelt ihrer Verständnis erschwerenden Esoterik entkleiden.

Wider die Tyrannei der Mehrheit

Qualifizierten sich politische Manifeste als ein geeignetes Kommunikationsmittel gesellschaftlicher Minderheiten für die Kontaktaufnahme mit der Mehrheitsgesellschaft, wären sie in der Lage, zwischen gesellschaftlichen Teilöffentlichkeiten kommunikative Brücken zu spannen, Kontakte zu knüpfen, ja Verständnis und Interesse zu wecken. Denn auch die zuvor schon erwähnten Pamphlete bewährten sich in der Historie als demokratietheoretisch interessante Artikulationsbehelfe sozialer Minorität.[145]

Zumal, die Idee eines elektoralen Regimes wie der Demokratie besteht gemeinhin in der Begrenzung von Willkür der politisch Herrschenden. Um aber einer etwaigen Tyrannei der Mehrheit vorzubeugen, sollten auch Minderheitspositionen Eingang in die politische Debatte finden. Eine solche „Contestatory Democracy“ bezeichnet ein Konzept, das als eine Möglichkeit der Artikulation minoritärer Stellungnahmen ein unvoreingenommenes „forum in which relevant interests are taken equally into account“[146] denkt. Wird nun öffentliche Meinung nicht von politischen Akteuren aufgegriffen, „kann es sich ereignen, dass sich im Namen institutionell vernachlässigter Meinungen und Forderungen die mit ihnen identifizierten Teile der Öffentlichkeit mobilisieren – Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen“[147]. Schließlich heißt es, Öffentlichkeit vermöge Themen zu politisieren, unzulängliche Politik zu kompensieren, einfallsreiche Impulse zu geben und überraschende Gestaltungskräfte zu entfalten. „Öffentlichkeit erinnert auch an das, was die Institutionen ausschließen, und ist insofern Impulsgeber für gesellschaftliches Lernen.“[148] Es liegt an dieser Stelle nicht gänzlich fern, auch bei politischen Manifesten – sofern sie in die Öffentlichkeit dringen – derlei Fähigkeiten zu vermuten. Inwieweit also können politische Manifeste

144 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 168.

145 Vgl. Achinstein, Sharon: Women on Top in the Pamphlet Literature of the English Revolution, in: Women’s Studies, Jg. 24 (1994) H. 1-2, S. 131-163; Newman, Richard/Rael, Patrick/Lapsansky, Philip (Hg.): Pamphlets of Protest. An Anthology of Early African-American Protest Literature, 1790-1860, New York/London 2001, S. 26 f.

146 Pettit, Philip: Republican freedom and contestatory democratization in: Shapiro, Ian/Hacker-Cordón, Casiano (Hg.): Democracy's Value, Cambridge 1999, S. 163-190, hier S. 179. „It is a power of contesting public decisions on the grounds that they do not answer adequately to certain avowable, perceived interests […]“; ebd., S. 180.

147 Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 80.

148 Ebd., S. 63.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine Variante dieser „kontestatorischen Demokratie“ als Sonderform demokratischer Kontrolle durch die Bürger sein und eine Repräsentation unterrepräsentierter Themen und Meinungen zuwege bringen?

Verwandtschaft zu sozialen Bewegungen

In mancher Hinsicht ähneln politische Manifeste in ihren Funktionsweisen sozialen Bewegungen. Soziale Bewegungen bewirken durch „Mobilisierung“ einen „Prozess, durch den latente Energie für kollektives Handeln verfügbar gemacht wird“[149]. Ferner erfüllen sie eine „Frühwarnfunktion“, indem sie der Regierung politische Probleme ankündigen; ebenso eine „Legitimationsfunktion“, indem ihre Existenz den Beweis für die demokratische Möglichkeit offener Artikulation von Kritik und Beschwerden antritt; und schließlich vermögen sie „Eliten aus sonst nicht repräsentierten gesellschaftlichen Bereichen“ zu rekrutieren.[150] Als appellative bzw. demonstrative Aktion“[151] könnten auch politische Manifeste, sozialen Bewegungen ähnelnd, sich mit der Öffentlichkeit zu einer „Empörungsgemeinschaft“[152] verbünden und Interessenallianzen mit sozialen Kräften wie Kirchen und Gewerkschaften schmieden, bei Bürgern wie auch politischen Entscheidungsträgern Einstellungsänderungen oder gar Handlungen veranlassen, somit sozialen Wandel anstoßen und wiederum soziale Bewegung auslösen.

Obzwar sich das Manifest der Vorwürfe erwehren muss, es „vergewaltige den Leser und verfälsche durch sein ausschließliches Pro und Contra den dargestellten Sachverhalt“, erweist es politischen Systemen doch vielleicht in der Tat einen Dienst, indem „durch aggressive Manifeste eine Bewegung, eine Diskussion entsteht, wenn in einem Manifest neue Ideen zugänglich und damit kritisierbar gemacht werden“.[153] Kurzum: Genügend Gründe sprechen dafür, ausgewählte politische Manifeste zu betrachten, mit einem Portrait zu würdigen und zu fragen, *inwiefern sie zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht erweitern oder limitieren*.

*

Der vorliegende Band ist am Göttinger Institut für Demokratieforschung entstanden. Die freundschaftliche Atmosphäre, verlässliche Hilfsbereitschaft und der inspirierende Meinungsaustausch dort haben die Arbeit zu den „Manifesten“ gewiss erleichtert. Insbesondere das Kolloquium hat sich dabei einmal mehr als eine unschätzbar große Hilfe erwiesen – darunter fallen sowohl die kritischen Anmerkungen im Plenum als auch die ausgelassene

149 Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt am Main u.a. 1988, S. 189.

150 Dazu ebd., S. 385.

151 Ebd., S. 280.

152 Gerhards/Neidhardt 1991 (s. Anm. 37), S. 70.

153 Schultz 1981 (s. Anm. 3), S. 230.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Heiterkeit in der vertrauten Stammtischrunde. Und hinter all dem steht Franz Walter. Ihm sind wir zu großem Dank verpflichtet – hat er uns doch zur ausgiebigen Auseinandersetzung mit den „Manifesten“ ermutigt, zu jeder Zeit Vertrauen entgegengebracht und die zur Arbeit nötigen Freiräume gewährt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„…das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker."

Der „Hessische Landbote" als politisches Manifest des 19. *und* 20. Jahrhunderts

BENJAMIN SEIFERT

EINLEITUNG

„Die soziale Revolution ist noch nicht fertig; wer eine Revolution zur Hälfte vollendet, gräbt sich selbst sein Grab."[1] Diese Worte legte Georg Büchner dem „unbestechlichen" Agitator der Französischen Revolution, Maximilien de Robespierre, in seinem Drama „Dantons Tod" in den Mund. Dabei dürften ihm persönlich die angesprochenen Konsequenzen schmerzhaft vertraut gewesen sein. Wenige Monate vor ihrer Niederschrift, im Frühsommer 1834, hatte Büchner zusammen mit dem Pfarrer Friedrich Ludwig Weidig eine politische Flugschrift verfasst, in der er die verarmte Landbevölkerung im süddeutschen Großherzogtum Hessen zur Revolution aufrief. „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!" – diese abgewandelte Losung der jakobinischen Revolutionsarmeen hatte Büchner seinem Manifest vorangestellt, in dem er mit den politischen Verhältnissen in der Heimat hart ins Gericht ging. Auf Heller und Pfennig genau rechnete er den Bauern in dem rund acht Druckseiten umfassenden Pamphlet die Ausbeutung durch die autoritäre Regierung in Darmstadt vor. Die Obrigkeit des Großherzogtums wertete die Schrift ihrerseits als derart bedrohlich für ihre staatliche Substanz, dass sie rücksichtslos gegen die Urheber und deren Unterstützer vorging. Nach einem Verrat, der aus dem Kreis der wenigen Mitwisser begangen wurde, schlug die Staatsmacht zu. Diejenigen, die nicht verhaftet wurden und die

1 Siehe den Ausspruch Maximilien de Robespierres im 1. Akt von Dantons Tod; zitiert nach Büchner, Georg: Dantons Tod, Ein Drama, in: Poschmann, Henri (Hg.): Georg Büchner, Sämtliche Werke, Briefe und Dokumente, Bd. 1, Dichtungen, Frankfurt am Main 1992, S. 11-91.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nächsten Jahre in den hessischen Zuchthäusern verbringen mussten – der Verfasser Weidig sollte diese Haft nicht überleben –, mussten aus Hessen fliehen. In dieser Situation schrieb Büchner, der Hauptautor des „Hessischen Landboten" – so hatte Weidig die Flugschrift getauft –, sein Revolutionsdrama „Dantons Tod" – eine kühle Abrechnung mit dem, was Ideologien aus Menschen und ihren einstigen Idealen machen können.[2] Diese Ambivalenz im Denken Büchners, der einerseits mit seinem Manifest die hessischen Bauern zur Revolution gegen den autoritären Staat bewegen wollte und nun anderseits mit der Revolution selbst ins Gericht ging, beschäftigt Literaturwissenschaftler und Historiker bis heute. Dabei ist es gerade dieser konstanten Aufmerksamkeit zu verdanken, dass das Manifest des Hessischen Landboten – als „erstes Zeugnis moderner politischer Agitation"[3] – in den unterschiedlichen Phasen und ideologischen Lagern in der deutschen Geschichte immer wieder neu interpretiert und instrumentalisiert wurde.

Als ein in seinem zeitlichen Kontext radikales Manifest stellt der „Landbote" einen bemerkenswerten Fall dar: War er doch zu seiner Zeit mit seiner Absicht, eine Revolution der Bauern in Hessen auszulösen, gescheitert, aber dennoch in der Lage, seine Wirkungsmächtigkeit bis weit in das 20. Jahrhundert hinein zu entfalten. Dies lässt sich exemplarisch an der Büchner-Rezeption in der DDR zeigen, in der besagtes Manifest für die staatspolitische Erziehung instrumentalisiert und sein Urheber als „revolutionärdemokratischer Dichter" vereinnahmt wurde.[4] Nicht anders, wenn auch nicht von staatlicher Seite, geschah dies in der Bundesrepublik. Dort war es vor allem der Publizist Hans Magnus Enzensberger, der im Jahr 1965 vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges und der kubanischen Revolution den Hessischen Landboten auf eine neue, eine globale Stufe stellte. In seiner Interpretation betonte Enzensberger die Aktualität des Manifests im Hinblick auf existierende autoritäre und totalitäre Systeme in der ganzen Welt, wodurch der Hessische Landbote gerade für die studentische Protestbewegung jener Zeit zu einem starken Bezugspunkt wurde.[5]

2 Vgl. hierzu Holmes, Terence M.: The rehearsal of revolution: Georg Büchner's politics and his drama Danton's Tod, Bern u.a 1995; Thorn-Prikker, Jan: Revolutionär ohne Revolution, Interpretation der Werke Georg Büchners, Stuttgart 1978.

3 Grass, Günther: Über das Selbstverständliche, Rede anlässlich der Verleihung des Georg-Büchner-Preises, in: Jahrbuch der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Heidelberg 1965, S. 92-108, hier S. 96.

4 Vgl. Riewoldt, Otto F.: „…der Größten einer als Politiker und Poet, Dichter und Revolutionär." Der beiseitegelobte Georg Büchner in der DDR, in: Arnold, Heinz Ludwig (Hg.): Georg Büchner III, München 1981, S. 218-235, hier S. 224.

5 Vgl. Goltschnigg, Dietmar (Hg.): Georg Büchner und die Moderne: Texte, Analysen, Kommentar, Bd. 2: 1945-1980, Berlin 2002, S. 11.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

FRANZÖSISCHE FREIHEIT UND HESSISCHE ENGE: KONTEXT UND AKTEURE

Warum aber entschloss sich der zwanzigjährige Medizinstudent Georg Büchner aus Gießen, Sohn aus bürgerlichem Hause, ein Manifestant gegen den Staat, ein Revolutionär zu werden? Was war seine Motivation, aber auch die der Mitwisser und Freunde, allen voran des Butzbacher Theologen und Rektors der dortigen Lateinschule Friedrich Ludwig Weidig, der Büchners Urtext noch maßgeblich ändern sollte? Allen dürfte schließlich die Konsequenz ihres Handelns, das Aufbegehren gegen einen Staat Metternichscher Prägung, bewusst gewesen sein. Zumal die meisten von ihnen, mit Ausnahme des jungen Büchner, bereits ihre Erfahrung in der Untergrundarbeit gesammelt hatten, ja Weidig sogar als einer der führenden Köpfe der Opposition Süddeutschlands galt und unter ständiger Beobachtung der staatlichen Spitzel stand.

Der Hessische Landbote war zunächst die Tat eines Einzelnen. Georg Büchner hatte 1831 sein Studium der Medizin in Straßburg begonnen und sah sich im November 1933 lediglich durch eine staatliche Regelung, welche die Beendigung des Studiums an einer heimatlichen Universität vorsah, gezwungen, nach Hessen zurückzukehren. Auf den jungen Studenten müssen die beengten Zustände in seiner autoritär regierten Heimat beklemmend gewirkt haben, hatte er doch in den Jahren während seines Studiums das liberale Straßburg mit seinem bürgerlich-republikanischen Charakter kennengelernt. Büchner war keineswegs allein mit seiner Abneigung gegen das hessische Establishment. Spätestens mit der französischen Juli-Revolution von 1830, in der eine breite Koalition aus liberalem Bürgertum, Arbeitern, Studenten und Handwerkern den Bourbonenkönig Karl X. in nur drei Tagen zur Abdankung gezwungen hatte, war deutlich geworden, dass auch in den süddeutschen Kleinstaaten die Möglichkeiten für eine solche Kooperation unzufriedener Kräfte unabhängig von Stand und Klasse zumindest theoretisch gegeben waren. Anders als 1789 beschränkten sich die politischen Veränderungen 1830 zwar auf Frankreich, dennoch war die politische Strahlkraft für alle anderen liberalen Bewegungen in Europa immens.

In Oberhessen entlud sich, vom französischen Vorbild getragen, die Wut der Landbevölkerung auf die Zentralregierung sogar mit aller Gewalt. Besonders die innerdeutschen Zollschranken, die speziell im unterentwickelten Hessen den Ausbau einer effektiven Handels- und Produktionspolitik im Weg standen, erregten den Zorn breiter Bevölkerungsschichten, von bürgerlichen Händlern bis zu einfachen Handwerkern. Seinen deutlichsten Ausdruck fand dieser Protest in der Erstürmung der Hanauer Zollstation 1830. Erst durch massiven militärischen Einsatz gelang es der Darmstädter Regierung unter Führung des ultrakonservativen Ministers du Thil, die Aufstände in Oberhessen, die streckenweise in Bauernerhebungen von mehreren tau-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

send Teilnehmern gipfelten, niederzuschlagen.[6] Im Großherzogtum Hessen-Darmstadt war das Jahr 1830 aber auch in doppeltem Sinne Schicksalsjahr. Mit dem Tod des greisen Großherzogs Ludwig I. ging eine Ära zu Ende. Sein Sohn und Nachfolger Ludwig II. verpasste die Chance, sich in jenem Krisenjahr politisch zu profilieren, und blieb, politisch ziellos, im Schatten du Thils zurück, den man als einen beispielhaften Vertreter der Metternichschen Restaurationspolitik ansehen kann. Ihm gelang es, seine Machtposition zu festigen und durch Verordnungen die Kompetenzen des Landtages zu beschneiden. Die Opposition zeigte sich von ihrer parlamentarischen Vertretung enttäuscht, hatte doch nach dem Tod des Monarchen die Chance bestanden, die Macht dieses Gremiums auszuweiten. Wenn Georg Büchner vier Jahre später im Hessischen Landboten schrieb, dass der Landtag sich zu einem langsamen Fuhrwerk entwickelt hätte, dass man Herrscher und Regierung höchstens noch in den Weg schieben könnte, so bezog er sich auf die Geschehnisse des Jahres 1830.[7]

Das Großherzogtum Hessen-Darmstadt befand sich zu Beginn der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts folglich fest in der Hand einer autoritären Administration, die jegliche liberalen Strömungen mit aller Härte verfolgte. Eine Allianz aus Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Schichten, wie sie 1830 die Bourbonenherrschaft in Paris zu einem Ende geführt hatte, blieb für die Restaurationspolitik des „Systems Metternich" weiterhin ein Schreckgespenst, das es unter allen Umständen zu bekämpfen galt. Es verwundert also nicht, dass die Burschenschaften, die sich 1832 auf der Hambacher Burg zu einem nationalen Festakt versammelten, mit aller Härte verfolgt wurden. Gleichzeitig schuf das Vorgehen gegen solche „staatsgefährdende Umtriebe" auch den Nährboden für radikale Bewegungen im Untergrund, zumal sich die bürgerliche Opposition im Landtag in der direkten Auseinandersetzung mit der Regierung als nicht-durchsetzungsfähig diskreditiert hatte. Einen neuen Höhepunkt erreichten die revolutionären Umtriebe in Hessen mit dem sogenannten „Frankfurter Wachensturm" am 3. April 1833. Eine Gruppe von rund fünfzig Personen, größtenteils Mitglieder und Sympathisanten der akademischen Burschenschaften, versuchte, durch die Erstürmung zweier Frankfurter Polizeiwachen eine Initialzündung für eine nationale Erhebung in ganz Deutschland auszulösen. Die schlecht vorbereitete Aktion wurde allerdings verraten, die erhoffte Erhebung der verarmten

6 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 2: Von der der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution". 1815 – 1845/49, München 1987, S. 351.

7 Vgl. Franz, Eckhart G.: Im Kampf um neue Formen – Die ersten Jahrzehnte des Großherzogtums Hessen, in: Georg Büchner, Revolutionär, Dichter, Wissenschaftler 1813-1837, Ausstellungskatalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Mathildenhöhe Darmstadt, 2. August bis 27. September 1987, S. 38-48, hier S. 44.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Landbevölkerung blieb aus und die überlebenden Revolutionäre mussten, sofern sie sich einer Verhaftung entziehen konnten, ins Ausland fliehen.[8]

Trotz ihres fulminanten Scheiterns waren die Frankfurter Ereignisse für das politische Denken Georg Büchners von zentraler Bedeutung; waren doch viele seiner ehemaligen Schulkameraden und Bekannten direkt oder indirekt in die Vorbereitung und Durchführung der Aktion verstrickt und in ihrem Nachgang verhaftet worden. Diejenigen, die sich bei der Rückkehr Büchners in seine hessische Heimat wieder auf freiem Fuß befanden, führten ihn nun in die konspirativen Kreise der Opposition ein. So kam Büchner bald nach seiner Ankunft in Gießen in Kontakt mit Mitgliedern der sich inzwischen selbstaufgelösten Burschenschaft „Germania“ und anderer Verbindungen, die 1833 maßgeblich am gescheiterten „Wachensturm“ beteiligt gewesen waren. In diesem oppositionellen Zirkel sollte für ihn vor allem die Freundschaft mit dem aus der Nähe von Butzbach stammenden Pfarrerssohn August Becker von besonderer Bedeutung sein. Becker hatte bereits einschlägige Erfahrungen in der Verteilung von „subversiven Schriften“ gesammelt und verfügte über gute Kontakte zu verschiedenen oppositionellen Kreisen. Er war ein glühender Verehrer Maximilien de Robespierres und Antoine de Saint-Justs – eine gedankliche Verbindung, die er erst Jahre später beenden sollte. Becker war es auch, der den jungen Medizinstudenten Büchner mit Friedrich Ludwig Weidig bekannt machte, in dessen Auftrag er seit Jahren politisch tätig war.[9]

Der Konrektor der Butzbacher Lateinschule hatte in Gießen Theologie studiert und sich im Zuge der Befreiungskriege einer lokalen Verbindung angeschlossen. Seine dort entstandene enge Verbindung zu dem nationalrevolutionären Burschenschafter Karl Follen und dessen Idealen eines Konglomerats von „jakobinisch-kosmopolitischem, aufklärerisch-rationalistischem Ideengut einerseits und romantisch-irrationalem Mystizismus andererseits“[10] sollte ihn zeitlebens prägen. Schon im Jahr 1820 war der korporierte Student zum ersten Mal aktenkundig geworden, als er wegen des Verdachts „staatsgefährdender Umtriebe“ gerichtlich vorgeladen wurde. In der Folgezeit nicht weniger politisch aktiv, stieg er zu einer der zentralen Führungsfiguren der in der Illegalität arbeitenden Opposition im Großherzogtum auf. An der Vorbereitung des Hambacher Festes von 1832 beteiligt, wurde er nach dem „Frankfurter Wachensturm“ von 1833 unter dem Verdacht der Mitwisserschaft festgenommen. Ein deutliches Zeichen, dass er

8 Vgl. Beier, Gerhard: Arbeiterbewegung in Hessen: Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984), Frankfurt am Main 1984, S. 56 f.

9 Vgl. Hauschild, Jan-Christoph: Georg Büchner, Reinbek bei Hamburg 2004, S. 58.

10 Grab, Walter/Mayer, Thomas Michael: Georg Büchner und die Revolution von 1848. Der Büchner Essay vom Wilhelm Schulz aus dem Jahr 1851. Text und Kommentar, Königstein im Taunus 1985, S. 27.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Staatsgewalt bereits als konspirativer Kopf in Hessen-Darmstadt bekannt war, auch wenn ihm in diesem konkreten Fall nichts nachgewiesen werden konnte.[11] Unzweifelhaft ist, dass er seit den restaurativen Bundesbeschlüssen von 1832 – eine Reaktion auf das Hambacher Fest – zu einem glühenden Verfechter eines deutschen Einheitsstaates und zu einem Befürworter eines gewaltsamen Umsturzes mutierte. Dies war sicherlich der zentrale Überlappungspunkt mit der politischen Weltsicht Georg Büchners. Weidigs zahlreiche Reisen im süddeutschen Raum hatten ihm Kontakte mit Oppositionellen verschafft, die ihm nun bei der Produktion und Verbreitung mehrerer Flugschriften in kurzer Folge behilflich waren. So war er mit großer Wahrscheinlichkeit Urheber zweier Flugschriften im November 1833 und im Januar und März 1834, in denen er bereits versuchte, sich direkt an die notleidende Landbevölkerung zu wenden.[12]

Mit diesem erfahrenen Agitator verabredete Büchner, eine politische Flugschrift zu verfassen, die dann mit seiner Unterstützung vervielfältigt und unter das Volk gebracht werden sollte. Büchner, der nach seiner Rückkehr aus Straßburg den Drang verspürte, politisch aktiv zu werden, war auf die Kontakte und Ressourcen Weidigs unbedingt angewiesen. Zu diesen Ressourcen zählten zum einen der Zugang zu einer leistungsfähigen Druckmaschine, mit der auch in kurzer Zeit eine große Anzahl von Flugschriften produziert werden konnte; und zum anderen eine Basis von vertrauenswürdigen Mitarbeitern, die sich an der zeitaufwändigen Verteilung beteiligten. Beides hatte Weidig im Angebot. Allerdings zeigte sich bald, dass es erhebliche politische Differenzen zwischen dem „Berufsrevolutionär“ Weidig und dem „Bewegten“ Büchner gab, die ihre Zusammenarbeit zunehmend erschwerten.[13]

„WENN IN UNSERER ZEIT ETWAS HELFEN SOLL, SO IST ES GEWALT.“[14] MOTIVATION UND PHILOSOPHIE

Georg Büchner war bereits durch seine Studienzeit in Straßburg mit den Vorstellungen der Französischen Revolution in engen Kontakt gekommen. In Straßburg hatte er auch von dem Sturz des Königs in Paris erfahren – wenn auch nicht direkt, so doch aus erster Hand von daran beteiligten Freunden. Büchner stand unter dem „Eindruck des ungeheuren französi-

11 Vgl. Büchner, Georg/Weidig, Ludwig: Der Hessische Landbote, Texte, Briefe, Prozeßakten, Frankfurt am Main 1974, S. 54.

12 Vgl. Hauschild 2004 (s. Anm. 9), S. 55 ff.

13 Vgl. Hauschild, Jan-Christoph: Georg Büchner: Biographie, Stuttgart 1993, S. 313 ff.

14 Brief Georg Büchners an die Familie vom 05.04.1833, abgedruckt in: Büchner/Weidig 1974 (s. Anm. 11), S. 65.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Lehrgangs“[15]; er glaubte daran, die bestehenden Verhältnisse in der als eng und bedrückend empfundenen Heimat durch eine revolutionäre Aktion beseitigen zu können. Eine solche Revolution, davon war Büchner überzeugt, bedurfte der Unterstützung der Massen. Denn nicht nur die Einführung der hessen-darmstädtischen Verfassung im Jahr 1820 war erst durch eine breite gesellschaftliche Solidarisierung aller Schichten zustande gekommen, sondern auch die Französische Revolution konnte nur aufgrund einer solchen Allianz erfolgreich gewesen sein. Über sein politisches Denken gab Georg Büchner in seinen Briefen vor allem an seine Eltern in Darmstadt und an seine Verlobte Wilhelmine Jaegle in Straßburg Auskunft. Dabei wird die Ambivalenz in seinem Denken deutlich, war er doch, anders als viele seiner Kommilitonen, die sich später maßgeblich an der Verbreitung des Hessischen Landboten beteiligen sollten, nicht blind für den „Terreur“ im Nachgang der Revolution von 1789 und deren langfristige Erfolge. So schrieb er Anfang Januar 1834 an die Verlobte nach Straßburg:

„Ich studierte die Geschichte der Revolution. Ich fühlte mich wie zernichtet unter dem gräßlichen Fatalismus der Geschichte. Ich finde in der Menschennatur eine entsetzliche Gleichheit, in den menschlichen Verhältnissen eine unabwendbare Gewalt, allen und keinen zu verlieren. Der einzelne nur Schaum auf der Welle, die Größe ein bloßer Zufall, die Herrschaft des Genies ein Puppenspiel, ein lächerliches Ringen gegen ein ehernes Gesetz, es zu erkennen das Höchste, es zu beherrschen unmöglich. Es fällt mir nicht mehr ein, vor den Paradegäulen und Eckstehern der Geschichte mich zu bücken. Ich gewöhnte mein Auge ans Blut. Aber ich bin kein Guillotinenmesser.“[16]

In den Augen Büchners war die liberale Bourgeoisie, die bei der Revolution von 1789 mit dem Anspruch angetreten war, im Interesse Aller zu handeln, am Ende als einzige Gewinnerin aus eben jener Revolution hervorgegangen. Ebenso hatte es sich in Frankreich bei dem erst wenige Jahre zurückliegenden Juli-Umsturz zugetragen. Die genauere Beobachtung der zeithistorischen Entwicklungen ließen Büchner an den häufig geäußerten Zielen des liberalen Bürgertums, das sich gerne einen allumfassenden sozialen Anstrich gab, zweifeln. Hier lag auch die Begründung für den später entstehenden Hessischen Landboten, in dem sich Büchner ganz gezielt an die große Masse des Volkes wenden wollte, um eine Veränderung der Verhältnisse von unten und eben nicht durch die liberale und bürgerliche Opposition in den Landtagen zu bewerkstelligen. Denn diese, das hatte die Geschichte in seinen Augen gezeigt, war ja ohnehin nur auf die Wahrung ihrer bürgerli-

15 Mann, Golo: Georg Büchner und die Revolution, Rede anlässlich der Verleihung des Georg-Büchner-Preises, in: Jahrbuch der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung 1968, Heidelberg/Darmstadt 1969, S. 88-103, hier S. 95.

16 Brief Georg Büchners an Wilhelmine Jaegle im [November 1833?], abgedruckt in: Büchner/Weidig 1974 (s. Anm. 11), S. 67 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chen Standesrechte und deren Ausweitung gegenüber der meist adeligen Obrigkeit aus. Vor dem Hintergrund der sozialen Situation in den ländlichen Gebieten Oberhessens, gepaart mit dieser persönlichen Erfahrung, vertrat Büchner nun offen die Position, dass nur noch radikale Aktionen etwas bewirken könnten. Die bürgerlich-liberale Opposition, wie sie im Landtag, aber auch im lokalen städtischen Bürgertum vertreten war, war in seinen Augen für eine solche Radikalisierung nicht zu gebrauchen. Gleiches galt für die studentischen Verbindungen, die ihm allzu elitär und zu sehr vom einfachen Volk entrückt erschienen, als dass von ihnen wirklich ein revolutionärer Funke hätte überspringen können. Über das revolutionäre Potenzial des Gießener Bürgertums merkte er beispielsweise lapidar an: „Die Leute gehen ins Feuer, wenn's von einer brennenden Punschbowle kommt!"[17]

Zentrales politisches Vorbild wurde für ihn die „Société des Droits de l'homme et du citoyen", die „Gesellschaft der Menschenrechte", die er in Straßburg als politisches Funktionskomitee kennengelernt hatte und die in ihrer politischen Ausrichtung stark durch die frühkommunistischen Lehren François Noël Babeufs und Filippo Buonarrotis geprägt war.[18] Büchner hatte sich Ostern des Jahres 1834 abermals nach Straßburg begeben und war dort Zeuge geworden, wie sehr die organisierten Gegner der Juli-Monarchie in der Lage waren, der an sich gefestigten Zentralgewalt zuzusetzen. Gleichwohl bekam er durch die Berichte seiner Freunde mit, wie die Aufstandsversuche der Handwerker in den französischen Metropolen Lyon und Paris mit aller Härte niedergeschlagen wurden.[19] Diese Erfahrungen waren der Auslöser, dass sich Büchner bald nach seiner Rückkehr an die Gründung einer namensgleichen Organisation in Gießen und in seiner Heimatstadt Darmstadt machte. Seine „Gesellschaft der Menschenrechte" sollte das leisten, was nach Ansicht des jungen Medizinstudenten die akademischen und die – von ihm verachteten – liberalen Burschenschaften nicht hatten leisten können: den Zusammenschluss der gebildeten Gruppen mit den einfachen Leuten aus dem Volk, wie Handwerker, Bauern etc. Den einigenden Kern sollte dabei lediglich die gemeinsame Forderung nach einer radikalen Umwälzung der bestehenden Verhältnisse bilden, die unabhängig von Stand und Klasse angestrebt wurde. Ganz im Stil einer revolutionären Partei mit

17 Brief Georg Büchners an die Familie am 19. November 1833, abgedruckt in: ebd., S. 67.

18 François Noël Babeuf trat nach Ende der Französischen Revolution vehement für deren Fortführung auf Basis einer „revolté des pauvres contre les riches" ein; vgl. Schütte, Uwe: Die Poetik des Extremen: Ausschreitung einer Sprache des Radikalen, Göttingen 2006, S. 186.

19 Vgl. Mayer, Thomas Michael: Die „Gesellschaft der Menschenrechte" und der Hessische Landbote, in: Georg Büchner: Revolutionär, Dichter, Wissenschaftler 1813-1837, Ausstellungskatalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Mathildenhöhe Darmstadt, 2. August bis 27. September 1987, Basel u.a. 1987, S. 168-186, hier S. 168.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

festgefügter Organisation, mit Abteilungen und Sektionen sollte das Ziel eines republikanischen Umsturzes ins Auge gefasst werden.[20] Aber gerade in ihrer neuartigen, hierarchischen Organisationsform stand die von Büchner gegründete Gesellschaft bereits von Anfang an im Gegensatz zu dem bereits vorhandenen, namentlich von Friedrich Ludwig Weidig propagierten Modell von losen Verbindungen einzelner oppositioneller Personen. So ist es nicht verwunderlich, dass auch die beiden Gruppen, die „Gesellschaft der Menschenrechte“ auf der einen, die Weidigs auf der anderen, ein eher distanziertes, misstrauisches Verhältnis zueinander entwickelten. Angesichts der Tatsache, dass es eine Vielzahl personeller Überschneidungen in den beiden Kreisen gab, war dies eine denkbar schlechte Ausgangslage. Die Spaltung der neuen oppositionellen Bewegung in Hessen hatte schon begonnen, noch bevor sie sich richtig konstituierte.[21]

Bereits vor der Gründung der beiden Gruppen hatte sich Büchner mit Verve an die Niederschrift seines ersten und einzigen politischen Werkes gemacht. Dabei verfolgte er ein klares Ziel: Durch die eingehende Betrachtung der zahlreichen früheren Flugschriften, die nicht nur in Hessen-Darmstadt kursierten, hatte er ein grundlegendes Manko erkannt, was die angestrebte Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile betraf. Büchners Gedankengang machte der später verhaftete Mitverschwörer August Becker in seinem Verhör deutlich. So habe Büchner die Nutzlosigkeit der vorherigen Flugschriften darin erkannt, dass sie sich auf klassische liberale Forderungen gestützt hätten, wie die Pressefreiheit oder Fragen des Parlamentarismus. Mit solchen Problemen, so die Meinung Büchners, hätte man allenfalls eine kleine elitäre Schicht ansprechen können, die, wie gesagt, das Feuer nur aus der Punschbowle kannte. Becker zufolge stand für Büchner außer Frage: Sollte „jemals die Revolution auf eine durchgreifende Art ausgeführt werden, so kann und darf das bloß durch die große Zahl des Volkes geschehen, durch deren Ueberzahl und Gewicht die Soldaten gleichsam erdrückt werden müssen. Es handelt sich also darum, diese große Masse zu gewinnen, was vor der Hand nur durch Flugschriften geschehen kann.“[22] Um dies zu erreichen, wollte Büchner die Bauern als notwendige Träger der angestrebten Revolution dort abholen, wo sie seiner Ansicht nach am zugänglichsten waren, nämlich beim Geld. Nach der Aussage seines Mitverschwörers war er der Meinung, dass man ihnen zeigen und vorrechnen müsse, „daß sie einem Staate angehören, dessen Lasten sie größtenteils tragen müssen, wäh-

20 Zu den Gründungsmitgliedern zählten August Becker, der Büchner wenige Monate zuvor mit Ludwig Weidig bekannt gemacht hatte, Karl Minnigerorde, Sohn des Darmstädter Hofgerichtspräsidenten sowie eine Handvoll Gießener und Darmstädter Bürger, darunter auch einige Handwerksmeister; vgl. Mayer, Hans: Georg Büchner und seine Zeit, Frankfurt am Main 1972, S. 156 f.

21 Vgl. Hauschild 2004 (s. Anm. 9), S. 76 f.

22 Verhör August Becker vom 01.09.1837, abgedruckt in: Büchner/Weidig 1974 (s. Anm. 11), S. 119.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rend andere den Vortheil daraus beziehen“[23]. Denn um einen radikalen Umsturz zu bewerkstelligen, davon war Büchner überzeugt, musste man die materiellen Interessen des Volkes mit denen der Revolution vereinigen.[24] An dieser Haltung lässt sich bereits der zentrale Unterschied zwischen der politischen Konzeption Georg Büchners und der Friedrich Ludwig Weidigs festmachen, der ihr kurzes gegenseitiges Verhältnis entsprechend strapazieren sollte. Denn Weidig, auf dessen Hilfe Büchner unbedingt angewiesen war, war im Gegensatz zu diesem ein Verfechter eines unbedingten Klassenkompromisses.[25] Eine radikale Abrechnung mit dem die Beamtenschaft tragenden Bürgertum, wie sie Büchner nun in seinem Manuskript vornahm, hätte er niemals unterstützen können.

DER HESSISCHE LANDBOTE: EIN POLITISCHES MANIFEST

Den Text, den Büchner im Frühjahr 1834 in fieberhafter Eile niederschrieb, redigierte und ergänzte später Friedrich Ludwig Weidig daher nicht ganz überraschend. Doch auch mit dessen Änderungen blieb der Text ein sprachliches Fanal, das seine radikale revolutionäre Absicht deutlich vor sich hertrug. Nach wie vor wurde der Umsturz der bestehenden staatlichen Ordnung gefordert, allerdings auch ohne mögliche Alternativen zum bestehenden System aufzuzeigen. Zwar geschah dies bildhaft, häufig verklausuliert, gerade durch Weidigs Änderungen an manchen Stellen gar subversiv, aber dennoch war die Intention stets erkennbar – „[…] dann wühlt ihr euren Tyrannen ein Grab“[26].

Über Weidigs Kontakte hatte sich Büchner eine umfangreiche Statistik mit Zahlen über die Staatsausgaben des Herzogtums besorgen lassen, die ihm bei seiner Argumentation als Grundlage diente.[27] Diese Form des Aufbaus war bei politischen Flugschriften jener Zeit nicht neu, vielmehr dürfte sich Büchner seine Art der Agitation bei frühsozialistischen Schriften Babeufs und Louis-Auguste Blanquis abgeschaut haben, mit denen er in seiner Zeit in Straßburg in Kontakt gekommen war.[28] Was bei Büchner jedoch im Vergleich zu etwaigen Vorgängern neu war, war die „konsequente

23 Ebd., S. 118.

24 Vgl. ebd., S. 120.

25 Vgl. Ruckhäberle, Hans-Joachim: Flugschriftenliteratur im historischen Umkreis Georg Büchners, Kronberg im Taunus 1975, S. 102.

26 „Der Hessische Landbote“ Darmstadt, im Juli 1834, in: Poschmann, Henri (Hg.): Georg Büchner, Sämtliche Werke, Briefe und Dokumente, Bd. 2, Schriften, Briefe, Dokumente, Frankfurt am Main 1999, S. 53-66, hier S. 66.

27 Vgl. Hauschild 2004 (s. Anm. 9), S. 59 f.

28 Vgl. Schütte 2006 (s. Anm. 18), S. 179.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

persuasive Integration“[29] der statistischen Daten in einen argumentativen Gesamtzusammenhang. Die Zahlen über die verschwenderischen Ausgaben des Herzogtums standen bei ihm nicht mehr als einzelne Anklagepunkte im Text, vielmehr wurden sie als der eigentliche Grund für die materielle Not der Bauern entlarvt.[30] Indem der Text den verschiedenen Ausgaben des Staates, die detailliert für den Leser ausgebreitet wurden, die schreiende Not der Landbevölkerung gegenüberstellte, sollte den Bauern ihre tatsächliche Bredouille erst begreifbar gemacht werden. So führte der Hessische Landbote als einen der ersten Anklagepunkte an:

„Im Großherzogtum Hessen sind 718.373 Einwohner, die geben an den Staat jährlich an 6.363.436 Gulden, als

Direkte Steuern	2.128.131 Fl.
Indirekte Steuern	2.478.264 "
Domänen	1.547.394 "
Regalien	46.938 "
Geldstrafen	98.511 "
Verschiedene Quellen	64.198 "
	6.363.436 Fl.

Dies Geld ist der Blutzehnte, der vom Leib des Volkes genommen wird. An 700.000 Menschen schwitzen, stöhnen und hungern dafür. Im Namen des Staates wird es erpreßt, die Presser berufen sich auf die Regierung, und die Regierung sagt, das sei nötig, die Ordnung im Staat zu erhalten. […] 700.000 Menschen bezahlen dafür 6 Millionen, d.h. sie werden zu Ackergäulen und Pflugstieren gemacht, damit sie in Ordnung leben. In Ordnung leben heißt hungern und geschunden werden.“[31]

In bildlich-metaphorischer Sprache wurde der Gegensatz von Staatsausgaben und materiellem Elend, von armen Bauern und reicher Oberschicht betont und sogar noch weiter verschärft, als dies durch die Aufrechnung der Staatsausgaben bereits der Fall war. Dies verlieh dem gesamten Text den Charakter einer radikalen, aufwiegelnden Abrechnung. Damit wurde bei Büchner und Weidig die Sprache zum revolutionären Instrument.

„Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigne Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihm mit den Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bau-

29 Knapp, Gerhard Peter: Georg Büchner, Stuttgart 2000, S. 70.

30 Vgl. ebd., S. 69 f.

31 „Der Hessische Landbote“, Erste Botschaft, Darmstadt, im Juli 1834, in: Poschmann (Hg.) 1999 (s. Anm. 26), S. 53-66, hier S. 54.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Aecker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.“[32]

Der Hessische Landbote griff damit frontal die Regierung in Darmstadt, den König und die ihm untergebene Beamtenschaft an. In einer an Thomas Hobbes' Leviathan und Gemälde von Hieronymus Bosch erinnernden Bildsprache erhielt die Obrigkeit einen dämonisch-haltlosen Charakter. Die Bauern wurden zum Opfer, zum Rohstofflieferanten der herrschenden Kaste:

„Der Fürst ist der Kopf des Blutigels, der über euch hinkriecht, die Minister sind seine Zähne und die Beamten sein Schwanz. […] Geht einmal nach Darmstadt und seht, wie die Herren sich für euer Geld dort lustig machen, und erzählt dann euren hungernden Weibern und Kindern, daß ihr Brod an fremden Bäuchen herrlich angeschlagen sey, erzählt ihnen von den schönen Kleidern, die in ihrem Schweiß gefärbt, und von den zierlichen Bändern, die aus den Schwielen ihrer Hände geschnitten sind, erzählt von den stattlichen Häusern, die aus den Knochen des Volks gebaut sind […]“[33]

Diese Art von Duktus war im Vergleich zu früheren und zeitgenössischen Flugschriften neu und machte die Modernität des Textes aus. Mit einer in höchstem Maße bildlichen Sprache wandte sich der Hessische Landbote an das einfache Volk, thematisierte er dessen Not, dessen Hunger. Hier ging es nicht mehr nur um abstrakte politische Forderungen, wie Pressefreiheit, Wahlrecht oder die Unabhängigkeit der Justiz. Vielmehr wurden vorhandene Ressentiments und Vorurteile gegenüber dem Staat geschickt mit den „harten Fakten“ des statistischen Zahlenwerks verknüpft. Die anvisierten Leser des Manifests erfuhren nichts wirklich Neues, vielmehr wurde ihnen der Grund für ihre persönliche Lebenssituation, nämlich die Gier der Herrschenden, in populistischem Stil vor Augen geführt. Der Hessische Landbote geriet auf diese Weise zu einer bildlichen Generalabrechnung mit dem gesamten System, das, so der Tenor, nur durch einen geschlossenen Aufstand der geknechteten Bevölkerung beseitigt werden könne. Ob aber die ungebildeten Bauern mit Büchners Bildsprache, die heutige Betrachter nicht seltenbeeindruckt, überhaupt etwas anfangen konnten, bleibt dabei allerdings fraglich.

Als Büchner seine erste Version bei Friedrich Ludwig Weidig in Butzbach ablieferte, damit dieser den handschriftlichen Text an einen Drucker weiterleiten konnte, trat der Gegensatz in der politischen Konzeption der beiden Konspirateure deutlich zu Tage. Weidig war zwar von dem, was ihm Büchner geschickt hatte, durchaus angetan, sah freilich bei zentralen Passa-

32 Ebd., S. 53 f.

33 Ebd., S. 58 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen des ihm vorliegenden Textes dringenden Korrekturbedarf.[34] Aus seiner politischen Weltsicht heraus konnte er Büchners politischen Rundumschlag mit dessen bewusster Schärfe gegen das liberale, besitzende Bürgertum nicht akzeptieren. Gleichzeitig dürften Weidig auch Zweifel gekommen sein, ob eine in einer derart metaphorisch-literarischen Sprache gehaltene Flugschrift bei den einfachen Menschen – die meisten waren ohnedies des Lesens nicht mächtig und somit auf einen Vorleser angewiesen – überhaupt erfolgreich sein konnte. Weidig war davon überzeugt, dass, wenn es zu einer erfolgreichen Umwälzung der bestehenden Verhältnisse kommen sollte, es einer ausnahmslosen Zusammenarbeit *aller* Klassen und Schichten bedurfte. Ähnlich wie Weidig erkannte auch Büchner eine solche Notwendigkeit, lehnte eine konkrete Hinarbeit auf eine entsprechende gesamtgesellschaftliche Koalition, die auch Teile des liberal-besitzenden Bürgertums mit einbeziehen sollte, aber als utopisch ab. Denn Büchner war von der Janusköpfigkeit des bürgerlichen Establishments, das in seinen Augen hauptsächlich am Erhalt und Ausbau seiner eigenen Machtposition interessiert war, überzeugt. Weidig hingegen dachte da grundlegend anders. In einem seiner zahlreichen Verhöre im Darmstädter Gefängnis beschrieb der inhaftierte Mitverschwörer August Becker die politische Haltung Weidigs mit den Worten: „Er [Weidig, d. Verf.] hatte den Grundsatz, daß man auch den kleinsten revolutionären Funken sammeln müsse, wenn es dereinst brennen solle; er war unter den Republikanern republikanisch und unter den Constitutionellen constitutionell“.[35]

Vor diesem Hintergrund können die weiteren, Weidig zugeschriebenen Pamphlete „Bauern-Conversationslexikon“ sowie „Leuchter und Beleuchter für Hessen oder des Hessen Nothwehr“ als exemplarisch für dessen politische Haltung angeführt werden. Zwar wandte auch er sich darin, ähnlich wie Büchner in den ihm zugeschriebenen Textpassagen des Hessischen Landboten, an die einfache Bevölkerung, mit dem Ziel ihr revolutionäres Potenzial zu aktivieren. Doch vermied er gleichzeitig jeglichen Angriff auf andere gesellschaftliche Gruppen, die auch nur hypothetisch als mögliche Unterstützer einer solchen Bewegung hätten fungieren können. Büchner war in dieser Hinsicht wesentlich radikaler, da er auf die Befindlichkeiten des liberal-besitzenden Bürgertums keine Rücksicht mehr nehmen wollte. In seinen Ausführungen wollte er sogar mit einem gezielten Angriff auf „die Reichen“ die Wut der Bauern auf die besitzende Klasse schüren. Doch dieser Versuch wurde von Weidig, in seiner Absicht als Integrator aufzutreten, vereitelt.

Weidig war davon überzeugt, dass man sich für eine erfolgreiche Veränderung der bestehenden Verhältnisse jeglicher Unterstützung, aus welcher

34 Vgl. Mayer, Hans: Georg Büchner und seine Zeit, Frankfurt am Main 1988, S. 178.

35 Verhör August Becker vom 01.09.1837, abgedruckt in: Büchner/Weidig 1974 (s. Anm. 11), S. 121.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gesellschaftlichen Schicht sie auch immer kommen mochte, bedienen müsse. Seine Änderungen in Büchners Manuskript deuteten daher auch allesamt in diese Richtung. Zunächst ergänzte Weidig Büchners Text um einen Vorbericht, der eine praktische Funktion, eine Art Bedienungsanleitung für das vorliegende Manifest, enthielt:

„Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gehenkt, ja sogar der, welcher die Wahrheit liest, wird durch meineidige Richter vielleicht ge[str]aft. Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, folgendes zu beobachten:
1. Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vor der Polizei verwahren;
2. sie dürfen es nur an treue Freunde mittheilen;
3. denen, welchen sie nicht trauen, wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen;
4. würde das Blatt dennoch bei Einem gefunden, der es gelesen hat, so muß er gestehen, daß er es eben dem Kreisrath habe bringen wollen;
5. wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.“[36]

Diese Warnung kam nicht von ungefähr, hatte doch Weidig bereits seine Erfahrungen mit dem autoritären Regime in Darmstadt gemacht und war sich der Konsequenzen einer Entdeckung – und sei es auch nur im Falle eines zufälligen Besitzes – eines gedruckten Exemplars bewusst. Der Butzbacher Rektor ging in seinen Änderungen aber noch deutlich weiter und schaffte es sogar, die ursprünglich von Büchner intendierte Stoßrichtung in wesentlichen Aspekten, wohlgemerkt ohne eine Rücksprache mit dem Autor, abzuändern. Die augenfälligste Modifikation war die bereits erwähnte Ersetzung von Büchners negativ konnotierter Bezeichnung „die Reichen“ durch „die Vornehmen“. Da sich die Kritik nun nicht mehr pauschal an die Besitzenden, sondern viel spezieller gegen die Aristokratie wandte, sollte das Manifest in den Augen der Integrationsfigur Weidig auch für Angehörige des besitzenden Bürgertums akzeptabel sein. Zudem löschte Weidig jegliche Kritik an der liberalen Partei bzw. schwächte diese in ihrer Form deutlich ab.[37] Gleichzeitig unterfütterte er den von Büchner im Stil einer Abrechnung geschriebenen Text an zahlreichen Stellen mit ausladenden Bibelzitaten und Gleichnissen. Auch wenn der Büchner’sche Ur-Text nicht mehr erhalten ist, so lassen sich die unterschiedlichen Anteile der beiden Autoren – einerseits durch eine Text- und Stilanalyse, anderseits durch die Aussagen

36 „Der Hessische Landbote“ Darmstadt, im Juli 1834, in: Poschmann (Hg.) 1999 (s. Anm. 26), S. 53.

37 Vgl. Verhör August Becker vom 01.09.1837, abgedruckt in: Büchner/Weidig 1974 (s. Anm. 11), S. 122.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verhafteter Mitverschwörer – mit einiger Sicherheit identifizieren.[38] So dominierte Weidigs Stil, der in vielen Punkten an eine Predigt erinnerte, den letzten Teil des Manifests, nachdem der maßgeblich von Büchner beherrschte erste Teil mit seiner statistischen „Abrechnung“ bereits geendet hatte. In beinahe schon alt-testamentarischem Duktus wetterte der Butzbacher Theologe in „seinem“ Abschnitt gegen die Fürsten – „die Presser“ –, die in seinen Augen Deutschland und dessen Einwohner zu Sklaven gemacht hatten:

„Der Herr wird ihre [der Fürsten, d. Verf.] Zwingburgen zerschmeißen und in Deutschland wird dann Leben und Kraft, der Segen der Freiheit wieder erblühen. Zu einem großen Leichenfelde haben die Fürsten die deutsche Erde gemacht, wie Ezechiel im 37. Capitel beschreibt: ‚Der Herr führte mich auf ein weites Feld, das voller Gebeine lag, und siehe, sie waren sehr verdorrt.‘ […] Und des Herrn Wort wird auch an Deutschland sich wahrhaftig beweisen, wie der Prophet spricht: ‚Siehe, es rauschte und regte sich und die Gebeine kamen wieder zusammen, ein jegliches zu seinem Gebein. – Da kam Odem in sie und sie wurden wieder lebendig und richteten sich wieder auf ihre Füße, und ihrer war ein sehr groß Heer.‘“[39]

Auf den ersten Blick lässt eine derart offensive biblische Sprache vermuten, dass Weidig nicht aus seiner erlernten Rolle als Kanzelprediger auszubrechen vermochte; auf den zweiten Blick steckte hinter dieser christlichen Auflockerung des Büchner-Textes aber wohl doch propagandistische Taktik. Denn Weidig, der die Menschen in den ärmlichen Gegenden Oberhessens aus seiner täglichen Arbeit aus eigener Anschauung her kannte, wusste von deren strengem religiösen Weltbild und Glauben. Die Absicht Büchners, diese einfachen, erzgläubigen Menschen mit einer – sprachlich ohne Zweifel brillanten – statistischen Rechnung zu überzeugen, musste in Weidigs Augen zum Scheitern verurteilt gewesen sein. So liegt die Vermutung nahe, dass Weidig durch zusätzlich eingefügte christliche Verweise den Text für die anvisierte Leserschaft lesenswert und verständlich gestalten wollte. Die überarbeitete und schließlich publizierte Version endete mit dem – ebenfalls religiös begründeten – Aufruf zur Revolution:

„Ihr wühltet ein langes Leben die Erde auf, dann wühlt ihr euren Tyrannen ein Grab. Ihr bautet die Zwingburgen, dann stürzt ihr sie, und bauet der Freiheit Haus. […] „Herr, zerbrich den Stecken unserer Treiber und laß dein Reich zu uns kommen, das Reich der Gerechtigkeit. Amen.“[40]

38 Vgl. Mayer, Thomas Michael: Büchner und Weidig – Frühkommunismus und revolutionäre Demokratie. Zur Textverteilung des „Hessischen Landboten“, in: Arnold, Heinz Ludwig (Hg.): Georg Büchner I/II, Sonderband der Reihe text + kritik, München 1979, S. 16-298.

39 „Der Hessische Landbote“ Darmstadt, im Juli 1834, in: Poschmann (Hg.) 1999 (s. Anm. 26), S. 64 f.

40 Ebd., S. 66.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Als Büchner von den Änderungen Weidigs erfuhr, war er angeblich „außerordentlich aufgebracht“ und weigerte sich zunächst, die überarbeitete Version „als die seinige an[zu]erkennen“.[41] Trotzdem beteiligte er sich weiterhin aktiv an den geplanten Aktionen, ja er selbst war es sogar, der das Manuskript zu einem von Weidig genannten Drucker nach Offenbach brachte. Es ist anzunehmen, dass Büchner die Änderungen Weidigs an seinem Text nur duldete, weil Weidig über die notwendigen Ressourcen und Kontakte für eine Vervielfältigung und Verteilung, im konkreten Fall die Verbindung zu einem verschwiegenen Drucker, verfügte.[42] Von diesem wurde das Manuskript sodann mithilfe einer Presse vervielfältigt. Die erste, in schlechter Druckqualität hergestellte Auflage betrug zwischen 1.200 und 1.500 Exemplaren.[43] Ende Juli 1834 wurde die Charge von einigen wenigen Helfern, die meisten von ihnen waren Mitglieder in einer der beiden Sektionen der „Gesellschaft der Menschenrechte“, abgeholt und zu den vorgesehenen Verteilstellen im oberhessischen Raum gebracht.[44] Noch bevor die wenigen Exemplare ihren Bestimmungsort erreichten, wurde die Aktion jedoch von einem langjährigen Mitarbeiter Weidigs verraten und die ersten Ausfertigungen bereits auf dem Transport abgefangen. Diejenigen Mitwisser, die nicht verhaftet wurden, konnten sich einer Ergreifung durch Flucht entziehen. Büchner, der von den Behörden nicht direkt mit dem Druck des „Landboten“ in Verbindung gebracht werden konnte, verdankte es vor allem seiner eigenen Selbstsicherheit im Auftreten vor der Polizei, dass er zunächst auf freiem Fuß bleiben konnte. Erst als im darauffolgenden Frühjahr in einer neuen Verhaftungswelle zahlreiche Verschwörer festgenommen wurden – unter ihnen auch August Becker –, sah sich Büchner nach einer Vorladung vor den Amtsrichter zur Flucht nach Straßburg und später nach Zürich gezwungen, wo er zwei Jahre später einer Typhuserkrankung erlag. Friedrich Ludwig Weidig sollte Büchner nur um wenige Tage überleben. Als vermeintlicher Kopf der Konspiration verhaftet, kam er nach zwei Jahren Haft unter erbärmlichen Bedingungen und ungeklärten Umständen Ende Februar 1837 in seiner Zelle ums Leben. Sein Tod, der im wesentlichen den Misshandlungen des Untersuchungsrichters Georgi zugerechnet wurde, löste auch Jahre später, im Wesentlichen durch eine Publikation von Friedrich

41 So die Aussage August Beckers; Verhör August Becker vom 01.09.1837, abgedruckt in: Büchner/Weidig 1974 (s. Anm. 11), S. 123.

42 Vgl. Kickartz, Eberhard: „Der Rote Becker“. Das politisch-publizistische Wirken des Büchner-Freundes August Becker (1812 - 1871), Darmstadt u.a. 1997, S. 28.

43 Vgl. Mayer, Thomas Michael: Die Verbreitung und Wirkung des „Hessischen Landboten“, in: Georg Büchner Jahrbuch, Jg. 1/1981, S. 68-111, hier S. 88; sowie Hauschild 1993 (s. Anm. 13), S. 317.

44 Vgl. Knapp 2000 (s. Anm. 29), S. 72.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wilhelm Schulz aus dem Jahr 1843, eine breite Diskussion über staatliche Willkür aus, die bis in die Revolution von 1848 hineinreichen sollte.[45]

EINE WIRKUNGS-GESCHICHTE: KONKRETES SCHEITERN UND LANGFRISTIGE BEDEUTUNG

Die wenigen Exemplare des Hessischen Landboten, die von der Gruppe im August und September 1834 in Umlauf gebracht werden konnten, verfehlten ihr primäres Ziel, einen Aufstand der Landbevölkerung zu entfachen. Zu groß war die Angst der einfachen Bauern, dass die Regierung und ihre Spitzel einer der verbotenen Flugschriften in ihrem Besitz habhaft werden konnten, sodass sie erhaltene Exemplare sofort bei der Polizei abgaben. Auch die besagte Neuauflage des Manifests, die auf Initiative Friedrich Ludwig Weidigs im November 1834 in kleinerer Menge und einem veränderten Verteilungsgebiet kursierte und deren Inhalt in wenigen Punkten von dem Marburger Dozenten Leopold Eichelberg verändert worden war, verfehlte ihre Wirkung. Gleichzeitig kann diese hochriskante Aktion – die ersten Mitwisser waren zu diesem Zeitpunkt bereits verhaftet worden – aber auch als Hinweis darauf gelten, wie groß die Resonanz auf das Manifest in den oppositionellen Kreisen war.[46] So wurde im Nachhinein besonders der große Verbreitungsraum des „Landboten“ – von „rund 20 Orten im Großherzogtum und Kurherzogtum“ ist die Rede[47] – im Vergleich mit vormaligen Flugschriften erwähnt. Trotz dieser relativ großen geographischen Reichweite kann über die indirekte Wirkung des Hessischen Landboten aus heutiger Sicht nur spekuliert werden. So bleibt unmöglich zu klären, inwieweit der Inhalt des Manifests unter der Hand durch Abschreiben oder mündliche Überlieferung, was seinerzeit aufgrund der gewöhnlich geringen Auflagen von politischen Flugschriften eine gängige Praxis war, in der Bevölkerung weiter verbreitet wurde.

August Becker beschrieb in seinem Verhör Georg Büchners Stimmung im Hinblick auf den offenkundigen Misserfolg des Hessischen Landboten: „Als er hörte, dass die Bauern die meisten gefundenen Flugschriften abgeliefert hätten, als er vernahm, dass sich auch die Patrioten gegen seine Flugschrift ausgesprochen, gab er alle seine politischen Hoffnungen in Bezug auf ein Anderswerden auf.“[48] Doch auch wenn der Hessische Landbote als

45 Vgl. Schulz, Friedrich Wilhelm: Der Tod des Pfarrers Dr. Friedrich Ludwig Weidig. Ein aktenmäßiger und urkundlich belegter Beitrag zur Beurteilung des geheimen Strafprozesses und der politischen Zustände Deutschlands, Zürich/Winterthur 1843.

46 Vgl. Knapp 2000 (s. Anm. 29), S. 72.

47 Mayer 1981 (s. Anm. 43), S. 102.

48 Verhör August Becker vom 01.10.1837, abgedruckt in: Büchner/Weidig 1974 (s. Anm. 11), S. 124.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Revolutionsaufruf gescheitert war und seine Urheber und Verbreiter resigniert die Flucht ins Exil antreten oder im Gefängnis sitzen mussten, so ist seine Wirkung in den kommenden 150 Jahren deutscher Geschichte nicht zu unterschätzen. Bereits in einem 1839 verfassten Untersuchungsbericht wurde der „Landbote" im Vergleich mit anderen Flugschriften jener Zeit als „die bei weitem gefährlichste und strafbarste"[49] bewertet. So betonten auch August Becker und Friedrich Ludwig Weidig die Wirkung des Textes in Abgrenzung zu vorangegangenen Flugschriften. Von Becker ist nach seiner Haftentlassung gar die Behauptung belegt, dass allein der Landbote „zum Verständnis und Herz des Volkes gelangt"[50] sei und auch Weidig äußerte, dass sich ihm gegenüber zahlreiche Bauern beeindruckt gezeigt hätten.

Wie brisant die Flugschrift auch viele Jahre nach ihrem Erscheinen eingestuft wurde, lässt sich in ihrem ersten Wiederabdruck nach der Verteilung ablesen. So findet sich in den von Büchners Bruder Ludwig im Jahr 1850 herausgegebenen „Nachgelassenen Schriften" lediglich eine stark gekürzte Fassung unter dem Titel: „Der …...sche Landbote". Für eine gefahrlose Beschäftigung mit dem revolutionären Manifest brauchte es freilich noch etwas Zeit und nicht zuletzt die Gründung eines deutschen Staates, der die zahllosen Kleinstaaten in sich vereinte. Folglich wurde die politische Seite des hessischen Vormärzdichters erst im Kaiserreich wiederentdeckt. Die erste Gesamtausgabe seiner Werke aus dem Jahr 1880 enthielt auch einen Neuabdruck des Hessischen Landboten. Dass das darin Gesagte noch immer Potenzial für eine politische Auseinandersetzung bot, zeigt sich in der folgenden Diskussion, die auch zur ersten Einzeledition des Manifests seit seiner Drucklegung führte. Ihren Anstoß fand diese Publikation in einem anonymen Leserbrief in der *Leipziger Volkszeitung*, in welchem der Autor des „Landboten" als „Sturmglocke der Revolution" glorifiziert wurde. Dieser Artikel löste in sozialdemokratischen Kreisen eine heftige Diskussion aus, die sich im Wesentlichen um die Frage drehte, inwieweit es sich bei dem Hessischen Landboten um ein wegweisendes sozialistisches Manifest handelte. Der sozialdemokratische Abgeordnete im Hessischen Landtag, Eduard David, Urheber besagter Einzeledition, versuchte mit einem Neuabdruck zu zeigen, dass dieses Manifest den Ehrentitel der ersten „socialistischen Flugschrift" eben nicht verdiene. In seinen Augen war der Hessische Landbote nämlich zu sehr von einem plumpen Klassenhass getragen und hatte sich für diesen Titel durch die Tatsache diskreditiert, dass sich die Autoren ausschließlich an die ländliche Bevölkerung und nicht an das städtische Proletariat gewandt hatten.[51] Dass das Großherzogtum Hessen zum Entstehungszeitpunkt des Manifests von der Ausprägung eines nennenswerten In-

49 Mayer 1981 (s. Anm. 43), S. 102.

50 Goltschnigg (Hg.) 2002 (s. Anm. 5), S. 515.

51 Vgl. Goltschnigg, Dietmar (Hg.): Georg Büchner und die Moderne, Texte, Analysen, Kommentar, Bd. 1: 1875-1945, Berlin 2001, S. 30 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dustrieproletariats noch weit entfernt war, spielte in Davids Argumentation allerdings keine weitere Rolle.

Dass Georg Büchner aufgrund des Hessischen Landboten vermehrt mit frühkommunistischen und sozialistischen Autoren in Verbindung gebracht wurde, zeigt sich auch an anderer Stelle. So firmierte Büchner in einer Darstellung der deutschen Arbeiterbewegung aus dem Jahr 1885 ganz offen als einer der ersten Agitatoren für eine „sozial-republikanische Revolution“, zu deren Zweck allein er den Hessischen Landboten als eine Flugschrift von „fürchterlich aufreizendem, sozialistischem Charakter“ verfasst habe.[52] Selbst der nationalistisch-konservative Historiker Heinrich v. Treitschke konnte eine gewisse Anerkennung vor der Sprachgewalt des Hessischen Landboten nicht verbergen und ließ sich in seiner „Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert“ dazu hinreißen, sie als „Meisterstück gewissenloser demagogischer Beredsamkeit“[53] zu bezeichnen.[54] Diese Konjunktur der Anerkennung setzte sich auch über das Ende des Kaiserreichs und die Novemberrevolution von 1918 fort. In den ersten Jahren der Weimarer Republik häuften sich die Publikationen und Neuauflagen zum literarischen und politischen Leben Georg Büchners. Sein „Hessischer Landbote“ – die Mitarbeit Weidigs wurde meist geflissentlich ignoriert – ließ Büchner dabei vermehrt zu einem frühen Fixpunkt für das linke, intellektuelle Milieu der jungen Republik avancieren. So resümierte der Vorreiter des literarischen Expressionismus und Mitglied im Soldatenrat, Kurt Pinthus, in seinem Aufsatz „Georg Büchner – Der Revolutionär“ von 1919, dass Büchner „den Beginn des deutschen Sozialismus und zugleich den großen Bogen von diesem Beginn bis zur jetzigen Propagierung kommunistischer Ideen bezeichnet“[55]. Eine solche Vereinahmung Büchners als streitbarem Geist für Sozialismus, Menschenrechte und kommunistischem Vordenker entsprach damals durchaus dem Zeitgeist der linken Avantgarde. Einen harten Bruch erlebte dieses Denken zwangsläufig in der Zeit des Nationalsozialismus, in welcher der vormärzliche Revolutionär Büchner mit Verachtung gemieden und der Hessische Landbote, links-sozialistischer Umtriebe verdächtig, auf dem Index der verbotenen Schriften landete. Dass aber auch oder gerade in dieser Zeit die Botschaft des Hessischen Landboten für Einzelne immer noch von Bedeutung war, zeigte sich in der Arbeit des Schriftstellers und späteren Büchnerpreisträgers Hans Erich Nossack, der 1935 ein Theaterstück mit

52 Adler, Georg: Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf die einwirkenden Theorien, Breslau 1885, S. 7-10, zitiert nach ebd., S. 29.

53 Treitschke, Heinrich v.: Der radikale Atheist (1889), abgedruckt in: ebd., S. 149-151, hier S. 150.

54 Vgl. Wittkowski, Wolfgang: Georg Büchner, Persönlichkeit, Weltbild, Werk, Heidelberg 1978, S. 98.

55 Pinthus, Kurt: Georg Büchner – Der Revolutionär, in: ders. (Hg.): Georg Büchner: „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“, Berlin 1919, S. 5-9, hier S. 8.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dem Titel „Der hessische Landbote“ verfasste, mit dem Ziel eben jene „geschichtlichen Parallelen“ zwischen der Zeit Büchners und dem herrschenden Terrorregime des Nationalsozialismus aufzuzeigen.[56]

Eine Wiederbelebung erfuhr das Werk von Georg Büchner erst nach dem Zweiten Weltkrieg, in erster Linie durch Neuinterpretationen des Revolutionsdramas „Dantons Tod“. In diesem Zuge wurde auch dem Manifest des Hessischen Landbote als „erste[m] Zeugnis moderner politischer Agitation“[57] große Aufmerksamkeit zuteil. Die erste und zugleich deutlichste Rezeption erfuhr die Flugschrift zunächst allerdings auch hier wieder „nur“ in politischen Kreisen. In den Jahren nach Kriegsende wählten die sich wiederorganisierenden hessischen Kommunisten den Titel des Manifests von 1834 für ihr regelmäßig publiziertes Zentralorgan aus. In ihren Augen hatte Büchners Flugschrift nichts an Aktualität eingebüßt, auch seine Sprache war für sie nach wie vor der passende Ausdruck für die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur.[58] Doch anders als in ihren Rezeptionsphasen in den 1920er Jahren und während des Kaiserreichs wurde die von Büchner und Weidig verfasste Flugschrift in beiden deutschen Staaten nach 1949 nicht mehr nur von einer kleinen gesellschaftlichen Gruppe oder einer elitären politischen Klasse diskutiert. Vielmehr erlangte der Hessische Landbote im Westen wie im Osten einen vergleichsweise hohen öffentlichen Bekanntheitsgrad. So genoss das Manifest in der DDR vor allem in den Schulen eine starke Aufmerksamkeit und war neben Büchners „Woyzeck“ schon früh Pflichtlektüre. Beispielhaft kann hier die Bewertung des Manifests in einer pädagogischen Zeitschrift aus dem Jahr 1971 gelten, in welcher der „Landbote“ als geeignet betrachtet wird, den Schülern deutlich zu machen, dass es sich bei der Beherrschung der Sprache um einen elementaren Bestandteil sozialistischer Tugenden handele. Georg Büchner wurde in diesem Sinne ganz als „revolutionär-demokratischer Dichter“ vereinnahmt, der Hessische Landbote zu seinem politischen Paradewerk, das lediglich durch Redigationen des Pfarrers Friedrich Ludwig Weidig verwässert worden war.[59] Dass sich die sozialistische Führung mit anderen Werken, allen voran Büchners revolutionskritischem Hauptwerk „Dantons Tod“, eher schwer tat, mag verständlich erscheinen. Gleichzeitig beförderte diese Distanz aber auch eine Fokussierung auf den Hessischen Landboten als revolutionäres Manifest, bei dem Versuch, Büchner als einen wirklich nationalen, revolutionären Dichter in den Dienst des Staates zu stellen.

56 Das Manuskript zu „Der Hessische Landbote“ von Hans Erich Nossack ist nicht erhalten; vgl. Goltschnigg (Hg.) 2002 (s. Anm. 5), S. 56 ff.

57 Grass 1965 (s. Anm. 3), S. 96.

58 Vgl. Goltschnigg, Dietmar (Hg.): Georg Büchner und die Moderne, Texte, Analysen, Kommentar, Bd. 3: 1980-2002, Berlin 2004, S. 75

59 Vgl. Riewoldt 1981 (s. Anm. 4), S. 223 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anders verhielt es sich in der Bundesrepublik, wo der Revolutionär Büchner und mit ihm auch der Hessische Landbote erst im Verlauf der 1960er Jahre wiederentdeckt und entsprechend politisiert wurden. Herausragend war in diesem Kontext ein Aufsatz Hans Magnus Enzensbergers, der die anschließende breite Rezeption des Landboten, vor allem in der studentischen Protestbewegung, einleitete und maßgeblich prägte. In direkter Anlehnung an Büchner konstatierte Enzensberger eine tiefe Zweideutigkeit aller bürgerlichen Politik zwischen 1815 und 1848. Wie Büchner sah er die Ursachen darin, dass ihre Exponenten die Unzufriedenheit des Volkes gegen die herrschende Aristokratie auszunutzen trachteten, gleichzeitig aber beim „Establishment“ Deckung gegen die radikalen Forderungen des „Pöbels“ suchten. Einerseits hätten die Liberalen die oppositionelle Agitation unterstützt, andererseits hätten sie sich aber auch von jeder Aktion, die „zu weit ging“, distanziert.[60] Enzensberger versuchte nun, diese Einsicht Büchners auf seine Zeit zu übertragen, und fand im Hessischen Landboten einen entsprechenden Anknüpfungspunkt, um Büchners Systemkritik in die Moderne zu überführen. So resümierte Enzensberger:

„Die alte Schrift [der Hessische Landbote, d.Verf.] hat heute in unserem Land Leser, aber keine Adressaten. Denn an passive Beobachter und reiche Nutznießer war sie nicht gerichtet. Mithin spricht sie nicht zu, sondern gegen uns. Heute ist jeder Gedanke Büchners denen zugedacht, die vor uns ‚wie Dünger auf dem Acker liegen‘. Was 1834 Winkelpolitik war, ist zur Weltpolitik geworden. Was der Gießener Student und der Butzbacher Landpfarrer schrieb, geht heute eine Milliarde Menschen an. Was 1964 am Landboten gilt, gilt nicht für Hessen, es gilt für den Nahen Osten, den indischen Subkontinent und Südostasien, für große Teile Afrikas und für viele Länder des lateinischen Amerikas.“[61]

Auf diese Weise wurde der Hessische Landbote mit seiner radikalen, sprachgewaltigen Ablehnung jeglicher staatlichen Ausbeutung und Unterdrückung zum geeigneten Interpretationsschema aktueller globaler Missstände. Er wurde zum Beweis dafür, dass sich das bundesrepublikanische Bürgertum – das „Establishment“ – auch aus einer geschichtlichen Perspektive nicht gewandelt hatte. Wurden früher die Bauern im eigenen Land für den eigenen Status geopfert, so waren es in dieser Neuinterpretation mehr als 130 Jahre später die Menschen in der sogenannten „Dritten Welt“. Wie weit dieser Bedeutungswandel in der von Enzensberger vorgenommenen Wiederbelebung des „Landboten“, die sich im Wesentlichen aus Artikeln in der Zeitschrift *Kursbuch* speiste, Eingang in eine öffentliche Diskussion fand, wird an der starken Beschäftigung mit dem Stoff in Kreisen der außer-

60 Vgl. Büchner/Weidig 1974 (s. Anm. 11), S. 43 f.

61 Enzensberger, Hans Magnus: Der Hessische Landbote. Zwei Kontexte, 1965, abgedruckt in: ders.: Deutschland, Deutschland unter anderem. Äußerungen zur Politik, Frankfurt am Main 1967, S. 122.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

parlamentarischen Opposition deutlich. Der Hessische Landbote gehörte bald nach der Neu-Kontextualisierung von Enzensberger zu der Standardlektüre in den Gruppen der Berliner APO. Wie stark das Manifest in Kreisen der studentischen Linken rezipiert wurde, lässt sich schlaglichtartig an Schriften Peter-Paul Zahls und, darauf Bezug nehmend, Rudi Dutschkes aufzeigen. In dem von Zahl herausgegebenen Periodikum *zwergschul-ergänzungshefte* machte der Schriftsteller, der kurz darauf nach einem Schusswechsel mit der Polizei festgenommen werden sollte, Büchner zu einem zentralen Vordenker einer sozialistischen Revolution. Indem er Büchner in eine Reihe mit Karl Marx und den „Landboten" in eine Reihe mit dessen „Kommunistischen Manifest" stellte, unterstrich Zahl die Bedeutung dieser beiden Manifeste für alle Unterdrückten der Welt, denn „für diese haben diese über hundert Jahre alten Schriften grelle Aktualität"[62]. Rudi Dutschke beschrieb in seiner Reflexion über Peter-Paul Zahl aus dem Jahr 1979 eine ganz ähnliche Sichtweise und betonte zusätzlich die Bedeutung des Büchner-Manifests in seinem zeithistorischen Kontext gerade mit Hinblick auf die persönliche Situation, in die sich die damals Beteiligten wissentlich gebracht hatten:

„‚Friede den Hütten, Krieg den Palästen', wer von uns Anfängern der ersten APO-Bewegung wußte damit nichts anzufangen?! Denn es war zu erblicken und abzusehen: nicht Büchner-Weidig-Typen, sondern solche in der Tradition des für den Tod von Weidig verantwortlichen Georgi standen erneut an zentralen Stellen der herrschenden Institutionen."[63]

In diesem Zitat wird eine weitere Ebene in der „Landboten"-Rezeption jener Zeit deutlich. Neben dem konkreten politischen Inhalt, dem revolutionären Gestus und der tatsächlichen Absicht, die in dem Manifest ihren Ausdruck fand, ging es auch um die politische Motivation der Manifestanten und die Bereitschaft, ihr Leben für die revolutionäre Sache aufs Spiel zu setzen. Büchner und vor allem der im Gefängnis gestorbene Weidig wurden als Manifestanten gegen den autoritären Staat zu Vorbildern und Helden, der häufig verkannte Butzbacher Pfarrer durch seinen gewaltsamen Tod gar zu einem Märtyrer der Revolution.

Nach dem Ende der akuten Phase der deutschen Studentenbewegung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre verlor der Hessische Landbote an politischer Relevanz. Allerdings blieb er in der weiteren Büchner-Forschung ein wichtiger Bezugspunkt, war er doch die einzige politische Schrift des hessischen Dichters. Eine neue Generation von Wissenschaftlern, die ihrerseits unter dem Lehrgang von „68" stehen und standen, trug dazu bei, eine neuer-

62 Zahl, Peter-Paul: Nachwort, in: „zwergschul-ergänzungshefte", H. 4/1968, abgedruckt in: Goltschnigg (Hg.) 2002 (s. Anm. 5), S. 81 f.

63 Dutschke, Rudi: Georg Büchner und Peter-Paul Zahl oder: Widerstand im Übergang und Mittendrin, 1979, abgedruckt in: ebd., S. 474-492, hier S. 474.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lich veränderte Sichtweise auf Büchners Manifest und seine darin zum Ausdruck kommende politische Überzeugung in Forschung und Öffentlichkeit zu etablieren. Von einer gelegentlich anzutreffenden Marginalisierung im Vergleich zu Büchners Bühnenwerken, die häufig auf der Betrachtung des Hessischen Landboten als eruptivem Ausbruch eines jugendlichen Heißsporns fußte, kann nicht mehr die Rede sein. Vielmehr wird das Manifest des Hessischen Landboten heutzutage übereinstimmend zu den wichtigsten politischen Flugschriften der Vormärz-Zeit gezählt.[64]

SCHLUSSFOLGERUNG

Der Aufruf des Hessischen Landboten ereignete sich, verglichen mit vielen anderen in diesem Sammelband vorgestellten politischen Manifesten, unter besonders schwierigen Bedingungen. In einer Zeit entstanden, in der eine kritische politische Meinung nur in der Klandestinität oppositioneller Untergrundarbeit existieren konnte, war die politische Flugschrift das einzige Instrument, um staatliche Zensur und Repression zu umgehen. Sie war somit die einzige Möglichkeit, die persönliche politische Meinung und Zielsetzung der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Den politischen Umständen im Großherzogtum Hessen-Darmstadt um das Jahr 1834 war es geschuldet, dass der Autor, oder besser: die Autoren zu ihrem eigenen Schutz im Dunkeln bleiben mussten. Ihre Tarnung konnte sie freilich nicht lange schützen. Somit konnte der Hessische Landbote im Grunde kein Manifest sein, in dem gewichtige Namen dem Text eine zusätzliche Autorität und seinem Anliegen größeres Gewicht verleihen.

Dies trifft allerdings nur teilweise zu. Der „Landbote“ zieht seine langwirkende Kraft doch hauptsächlich aus dem Namen lediglich eines seiner Urheber, dem gefeierten Dichtergenie Georg Büchner, der mit seinen wenigen Werken der deutschen Literatur maßgeblich den Weg in die Moderne gewiesen hat. Ohne die Verkopplung mit dem Autor von „Dantons Tod“, „Woyczek“ und „Leonce und Lena“ wäre der Hessische Landbote den gleichen Weg des Vergessens gegangen, den auch die anderen Flugschriften jener Zeit nahmen. Folglich ist die Rezeption des Manifests in den unterschiedlichen Phasen der deutschen Geschichte mit dem berühmten Autor zu erklären.

Dass das 1834 erschienene Manifest des Hessischen Landboten mit seinem als modern betitelten Ansatz, eine Umwälzung der politischen Verhältnis durch direkte Ansprache des einfachen Volkes auszulösen, nur auf den ersten Blick wirklich neu und im wahrsten Sinne des Wortes „revolutionär“

64 Zu wichtigen Werken der neueren Büchner-Forschung zählen u.a. die auch in diesem Text zitierten Publikationen von Thomas Michael Mayer und die Büchner-Biographie von Jan-Christoph Hausschild sowie das von Dietmar Goltschnigg herausgegebene Kompendium „Georg Büchner und die Moderne“.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

war, tritt bei dieser Betrachtung häufig in den Hintergrund. Auf den zweiten Blick standen Georg Büchner und noch viel mehr der häufig zu Unrecht vergessene Friedrich Ludwig Weidig mit ihrer Hinwendung an die verarmte Landbevölkerung vielmehr in einer Tradition ihrer Zeit.[65] Denn das politische Manifest hatte sich spätestens seit der Französischen Revolution als politisches Agitationsmittel etabliert und war bereits zum geeigneten Medium geworden, um die staatliche Zensur und das obrigkeitsstaatliche Spitzelsystem zu übergehen. Dabei bot das restaurative Großherzogtum Hessen für die von Büchner angestrebte Radikalisierung der einfachen Bevölkerung eine gänzlich abweichende Ausgangssituation. Denn anders als beispielsweise in Preußen, wo nach wie vor der Adel eine dominierende Stellung inne hatte, stellte hier die bürgerliche Beamtenschaft die maßgebliche Führungsschicht des Landes. Anders wären die Konflikte zwischen den beiden Autoren des Manifests um dessen Kompromissfähigkeit auch im bürgerlichen Lager und die letztendlich in entscheidenden Punkten veränderte Schlussversion des Hessischen Landboten nicht zu erklären. Weidigs Versuch, Büchner in seiner Radikalität zu bremsen, bekommt vor diesem Hintergrund weniger den Anschein des Opportunismus im Umgang mit möglichen Verbündeten, sondern erscheint vielmehr als Ausdruck für politisches Gespür. Dieses findet sich auch im publizistischen Werk Weidigs wieder, der mit seinen Flugschriften bereits die Bauern direkt angesprochen hatte, anders als Büchner weniger radikal und immer um Kompromissfähigkeit bemüht. Gleichzeitig glänzte der „Landbote“ aber gerade durch seinen agitatorischen, demagogischen, ja infernalischen Sprachstil und strahlte so weit über die an Flugschriften nicht arme Vormärz-Zeit – Weidigs Pamphlete eingeschlossen – hinaus.

Das von Büchner begonnene und von Weidig beendete Manifest verfügt gerade aufgrund dieser Vermischung über einen besonderen Charakter. Auf der einen Seite ist da Büchners durch mächtige Bilder aufgeladene statistische Rechnung, die den Bauern ihr Elend in Abgrenzung zu ihren Herren in Darmstadt vorrechnete. Auf der anderen Seite ist da Weidigs biblische Sprache, welche die Bauern in ihrer tiefen Religiosität berührte und Büchners Zahlenwerk auch emotional begreifbar machte. In dieser Vermischung aus Sachlichkeit und religiöser Emotionalität steckte das große und gefährliche Potenzial des Hessischen Landboten. Darüber waren sich die Urheber genauso im Klaren wie ihre staatlichen Gegenspieler. Bei ersteren wurde dies anlässlich der riskanten Neuauflage des Manifests im November 1834 deutlich, bei den letzteren in ihrem harschen Vorgehen gegen die Akteure. Dass die Staatlichkeit so brutal auf das Manifest reagierte, dürfte dabei auch in seinem Publikationszeitpunkt begründet sein. Denn mit seinem Erscheinen im Jahr 1834 stand das Manifest am Beginn der „heißen Phase“ des politischen Vormärzes. Nach Juli-Revolution, „Frankfurter Wachensturm“ und den von Büchner miterlebten Aufständen in Frankreich, war es mit seiner

65 Vgl. Wittkowski 1978 (s. Anm. 54), S. 99.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

revolutionären Sprache deutlicher Ausdruck eines neuen politischen Bewusstseins und somit auch ein Fingerzeig auf die Revolution von 1848. Schließlich sollte der „Landbote“ in der Tat in diesem Kontext nicht eine einmalige Aktion, sondern vielmehr den Auftakt zu einer Serie von politischen Schriften bilden. Dies lässt jedenfalls die Gründung einer eigenen Organisation von Gleichgesinnten, die „Gesellschaft der Menschenrechte“, durch Büchner vermuten. Pläne Büchners zum Kauf einer eigenen Druckmaschine sowie die Unterschrift des Hessischen Landboten mit den Worten „Erste Botschaft“ deuten ebenfalls in diese Richtung.[66]

Auch wenn der Hessische Landbote als politisches Manifest mit seinem konkreten Ziel scheiterte, so ist er doch ein Paradebeispiel dafür, wie niedergeschriebene – insofern manifestierte – politische Meinungen überleben und ihre Wirkungsmächtigkeit über lange Zeit entfalten können. Auch wenn die Urheber mit dem Hessischen Landboten ihr ersehntes und hochgestecktes Ziel einer radikalen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung nicht erreichen konnten, schufen sie doch ein politisches Manifest, das die Zeiten überdauerte. Zwar verfehlte es in den unterschiedlichen Phasen der Geschichte, wie von Enzensberger zu Recht konstatiert, stets seine Adressaten – selbst noch zur Zeit seiner größten Rezeption in den 1960er Jahren. Gleichzeitig blieb es dennoch mit erstaunlicher Kontinuität Bestandteil der Diskussion.

Sein revolutionsauslösendes Potenzial, über das der Hessische Landbote zweifellos verfügte, konnte er folglich nie ausspielen. Weder zur Zeit seiner Entstehung und noch viel weniger zur Zeit seiner „Neu-Entdeckung“ im 20. Jahrhundert. In erstem Fall war die Repression des autoritären Staates zu groß und im zweiten der gesellschaftliche Wille zur radikalen Umkehr schlichtweg nicht vorhanden. Trotz allem firmierte der „Landbote“ aber als Ideen- und Impulsgeber für die verschiedensten Arten systemkritischer Debatten von 1848 bis weit in die bundesrepublikanische Geschichte hinein und war zumindest auf diese Weise – erfolgreich.

66 Vgl. Schütte 2006 (s. Anm. 18), S. 191.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eine Welt zu gewinnen

Entstehungskontext, Wirkungsweise und Narrationsstruktur des „Kommunistischen Manifests“

PHILIPP ERBENTRAUT / TORBEN LÜTJEN

Vielleicht bei keinem anderen Dokument der Weltgeschichte ist die Kluft zwischen seiner augenblicklichen Wirkung, die praktisch gleich Null war, und dem gewaltigen Nachruhm, den es erlangte, so groß wie beim „Manifest der Kommunistischen Partei“. Bereits Friedrich Engels bemerkte, das Manifest habe „einen eignen Lebenslauf gehabt“[1]. Als die 23-seitige Broschüre Anfang des Jahres 1848 in London erschien, war sie zunächst ein glatter Reinfall und wurde außerhalb eines kleinen Kreises sozialistischer, noch halb geheimbündlerischer Feierabend-Revolutionäre so gut wie gar nicht wahrgenommen. Über den geistigen Horizont und das politische Bewusstsein der meisten Zeitgenossen gingen die theoretischen Einsichten Karl Marx’ und Friedrich Engels’ schlichtweg hinaus. Auch die Agenten der preußischen Geheimpolizei ahnten nicht, welch geistiges Dynamit sie da in Händen hielten: Der erste legale Nachdruck des Manifests in Deutschland erschien ironischerweise ausgerechnet in einem Diensthandbuch von 1853, das die Polizei eigentlich zu Schulungszwecken für den internen Gebrauch herausgegeben hatte.[2]

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich das Kommunistische Manifest, wie das kleine Werk von Beginn an ebenfalls kurz genannt wurde, weltweit millionenfach verkauft. Längst ist es über das sozialistische Lager und die Arbeiterbewegung hinaus zu einem allgemein akzeptierten Klassiker des politischen Denkens aufgerückt und hat Eingang in die Hitparaden der Weltliteratur gefunden. Angeblich existieren inzwischen annähernd so viele Manifest- wie Bibel- oder Koranexemplare. Wirklich zählen kann das ohnehin

1 Engels, Friedrich: Vorrede [zur deutschen Ausgabe von 1890], in: Marx, Karl/ders.: Werke [im Folgenden: MEW], Bd. 4, Berlin 1959, S. 584.

2 Siehe Wermuth, Carl G./Stieber, Wilhelm: Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts (Berlin 1853), Nachdruck Hildesheim 1969.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

niemand mehr. Doch wird man die wenigen noch existierenden Erstausgaben in den großen Bibliotheken dieser Welt vergeblich suchen. Sie sind auf dem bürgerlichen Markt bibliophiler Kostbarkeiten längst zur gewinnträchtigen Kapitalanlage mit bis zu sechsstelligen Verkaufspreisen avanciert und verschwinden nur allzu häufig in den Tresoren privater Sammler.[3]

Der liberale amerikanische Philosoph Richard Rorty stellte das Heftchen in seiner Bedeutung gar auf eine Stufe mit dem Neuen Testament. Beides seien „Dokumente der Inspiration“[4], in denen Schulkinder lesen sollten, um etwas über Moral und Brüderlichkeit zu lernen. Die Geburtsurkunde des Kommunismus eine Lehrbuchlektion in Sachen Nächstenliebe? Das schärfste Schwert der Revolution ein Konsens-Dokument des akademischen Establishments? Gegen eine solche Geste der Umarmung durch den siegreichen „Klassenfeind“ hätten sich die beiden Verfasser, die unter dem Kapitalismus offen die gewaltsame Umwälzung aller bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse propagierten, mit Sicherheit gesträubt.

Doch in der Tat bezeugt die neue ideologische Unbefangenheit – zum 150. Jubiläum des Manifests erschienen auch in der bürgerlichen Presse durchaus wohlwollende Nachrufe[5] –, dass der Text nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges an unmittelbarer politischer Brisanz und utopischer Sprengkraft eingebüßt hat. Zu einem historischen Fossil ist das Kommunistische Manifest dennoch nicht erstarrt. Dafür ist es noch immer zu gegenwärtig. Die Gewissheit und Zuversicht, die es ausstrahlt, sein kämpferisch-revolutionärer Impetus, die kühnen, einprägsamen Sätze, mit denen ein geradezu faszinierend vereinfachtes Bild der Menschheitsgeschichte gezeichnet wird, dazu die messerscharfe Analyse der kapitalistischen Dynamik bis hin zu den atemberaubend aktuell anmutenden Passagen zur Globalisierung der Märkte – all das ist viel zu mitreißend und aufwühlend, als dass irgendein Leser, gleich ob angezogen oder abgestoßen, sich dieser Faszination ohne weiteres entziehen könnte.

Ernst Nolte nannte das Manifest daher einmal zu Recht „das umfassendste, packendste und emotionalste Programm, über das irgendeine Partei jemals verfügt hat“[6]. Nüchtern im Pathos, präzise in seiner Monumentalität und ohne aufgesetzten Schwung erblickte Iring Fetscher in der vormärzlichen Kampfschrift gar ein sprachliches Kunstwerk, das nicht nur gedank-

3 Vgl. Kuczynski, Thomas: Das Kommunistische Manifest (Manifest der Kommunistischen Partei) von Karl Marx und Friedrich Engels. Von der Erstausgabe zur Leseausgabe. Mit einem Editionsbericht, Trier 1995, S. 78.

4 Rorty, Richard: Das Kommunistische Manifest 150 Jahre danach. Gescheiterte Prophezeiungen, glorreiche Hoffnungen, Frankfurt am Main 1998, S. 13 f.

5 Vgl. Ritter, Henning: Aussicht auf das große Lebensgesetz. Das Kommunistische Manifest nach 150 Jahren: Schwärmerei für den Weltmarkt und Anleitung zur politischen Untreue, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.1998.

6 Nolte, Ernst: Marxismus und industrielle Revolution, Stuttgart 1983, S. 349.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lich, sondern auch stilistisch seiner Zeit voraus gewesen sei.[7] Dagegen stöhnten Kritiker, es bedürfe ganzer Bibliotheken von Büchern, um die in diesem Text konzentrierte Verdrehtheit in ihren ursprünglichen Quellengrund zurückzuwenden: „Kein Wort ist wahr, aber jedes davon wurde wirksam. Kein Satz läßt sich kontextkonform beweisen, aber jeder von ihnen wurde millionenfach geglaubt.“[8]

Was also ist das Geheimnis seines Erfolges? Der Auflösung dieses wirkungsgeschichtlichen Rätsels ein bescheidenes Stück näher zu kommen, ist das Anliegen dieses Beitrags. Dazu sollen (1) einige biographische Beobachtungen vorangestellt werden, um den intellektuellen und politischen Standort unserer Manifestanten um die Jahreswende 1847/48 zu lokalisieren. Anschließend geht es (2) konkret um die Frage, wie das Manifest entstand. Es folgen (3) Ausführungen zu Struktur, Inhalt und Stil des Textes, um (4) auf Wirkung und Rezeptionsgeschichte zurückzukommen. Im Schlussteil des Aufsatzes sollen die gewonnenen Ergebnisse kurz zusammengefasst und einige weiterführende Überlegungen zum Sozialismus als Schriftkultur angestellt werden. War es nur Zufall, dass ein Text wie das Kommunistische Manifest ausgerechnet von einer Bewegung hervorgebracht wurde, die ein buchstäblich sinnliches Verhältnis zum gedruckten Wort entwickelt hatte?

AUF DEM WEG ZUM MANIFEST: DIE REVOLUTIONÄRE PARTNERSCHAFT

Als sich in Europa seit der Mitte des 18. Jahrhunderts eine neue Form von bürgerlicher Öffentlichkeit ausprägte, begann auch der Aufstieg eines neuen Personentypus: Der Intellektuelle betrat die Bühne. Natürlich hatte es zu allen Zeiten Menschen gegeben, die als Interpreten und Sinnproduzenten hervorgetreten waren. Doch für den historischen Auftritt des Intellektuellen, wie wir ihn heute kennen, musste dann doch eine andere historische Kulisse her: Erst als die Kirchen endgültig ihr Deutungsmonopol verloren hatten, die feudalen Gesellschaftsstrukturen brüchig wurden, der politische Diskursraum sich dadurch beträchtlich erweiterte und zudem auch noch bald ein Lesepublikum entstand, das es den Produzenten von Texten zumindest theoretisch möglich machte, von den eigenen literarischen Erzeugnissen zu leben, fanden die „men of ideas“ jene günstigen Umweltbedingungen vor, die sie zu Figuren machten, die der neuen Zeit maßgeblich ihren Stempel aufdrückten.[9]

7 Siehe Fetscher, Iring: Nachwort, in: Karl Marx und Friedrich Engels. Manifest der Kommunistischen Partei, Stuttgart 2005, S. 81.

8 Kernig, Claus Dieter: Sozialismus, Stuttgart 1979, S. 218.

9 Vgl. das noch immer maßgebliche Buch über den Aufstieg des Intellektuellen von Coser, Lewis: Men of Ideas. A Sociologist’s View, New York 1969.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Karl Marx und Friedrich Engels waren fraglos prototypische Vertreter dieser Spezies. Man wird freilich weder bei ihnen noch bei anderen sozialistischen Klassikern sehr viel über die Rolle der Intelligenz oder die gesellschaftliche Bedeutung des Intellektuellen nachlesen können, abgesehen von einigen späteren Versuchen bei Antonio Gramsci oder Max Adler.[10] Schließlich konnte die Emanzipation der Arbeiterklasse – abgesehen von all den anonymen Kräften der Geschichte, die da stets im Hintergrund wirkten – nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. In Wahrheit aber natürlich spielten Intellektuelle bei der Formierung der sozialistischen Bewegung eine kaum zu unterschätzende Rolle. Sie wurden die Verkünder, Konstrukteure und Navigatoren einer neuen revolutionären Gegenwelt.

Zumindest im deutschen Frühsozialismus hatte zunächst noch stark der Typus des autodidaktischen Handwerksgesellen vom Schlage Wilhelm Weitlings die intellektuelle Bühne beherrscht.[11] Marx und Engels standen prototypisch für die baldige intellektuelle Dominanz einer anderen historischen Figur: der des bürgerlichen Konvertiten, der mit seiner eigenen Herkunft gebrochen hatte und alle Hoffnungen auf Überwindung der seiner Ansicht nach verurteilenswerten Gegenwart in das Proletariat setzte, das oft in hymnischer Weise überhöht und idealisiert wurde.[12]

Ob Karl Marx und Friedrich Engels wirklich mit allem Bürgerlichen gebrochen hatten, das ist eine durchaus umstrittene Frage, denn in vielerlei Hinsicht waren sie natürlich typische Exponenten des bürgerlichen Zeitalters. Zumindest aber hatten sie wohl mit jener bürgerlichen Existenz gebrochen, die andere ihnen zugedacht hatten.[13] Karl Marx, der Spross einer jüdischen und dann zum Protestantismus konvertierten Familie, hatte eigentlich in die Fußstapfen seines Vaters treten und Jura studieren sollen. Damit hatte er in Bonn und dann schließlich Berlin auch begonnen, jedoch schnell die Lust daran verloren, sich stattdessen zum Philosophen berufen gefühlt und war letztlich in der preußischen Landeshauptstadt in das Gravitationsfeld der Junghegelianer geraten. 1841 promovierte er in Jena über die epikureische Naturphilosophie. Ein Jahr später – seine Familie mochte den aus ihrer Sicht liederlichen Lebensstil ihres Sohns nicht länger finanzieren – begann Marx' Arbeit bei der *Rheinischen Zeitung*. Damit war er Journalist gewor-

10 Vgl. Laqueur, Walter: Die Ideologen der Revolution, in: Hoffmann, Kurt (Hg.): Macht und Ohnmacht der Intellektuellen, Hamburg 1968, S. 42-60.

11 Vgl. Walter, Franz, Die SPD. Biografie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009.

12 Vgl. ebd.

13 Natürlich ist die Literatur zum Leben der Manifestanten schier uferlos und schlicht nicht mehr länger zu überblicken – von der Beschäftigung mit den theoretischen Schriften ganz abgesehen. Dieser kurze biographische Abriss stützt sich vor allem auf folgende Arbeiten: Körner, Klaus: Karl Marx, Stuttgart 2008; Wheen, Francis: Karl Marx, München 2002; Bleuel, Hans Peter: Friedrich Engels. Bürger und Revolutionär, München 1984; Hammen, Oscar: Die roten 48er. Karl Marx und Friedrich Engels, Frankfurt am Main 1972.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den; gleichzeitig aber war es der Einstieg in die Gesellschaftskritik und eine Karriere als Revolutionär. Marx entdeckte die soziale Frage als Zukunftsfrage.

Bei der *Rheinischen Zeitung* hatte ihm 1842 auch Friedrich Engels das erste Mal seine Aufwartung gemacht. Viel anzufangen wusste der distanzierte Marx mit dem zwei Jahre jüngeren Engels freilich noch nicht. Dabei war auch Engels, der Sohn eines westfälischen Fabrikanten, in Berlin mit den Junghegelianern in Berührung gekommen und hatte wie Marx an den Debatten im sogenannten „Dokturclub“ teilgenommen. Verächter der konservativen, reaktionären Ordnung waren beide; auf dem Weg zum Revolutionär war der zwei Jahre jüngere Engels allerdings schon einen Schritt weiter. Das Gymnasium hatte er auf Anweisung des Vaters 1837 ein Jahr vor dem Abitur verlassen, um eine Ausbildung bei einer Bremer Exportfirma anzutreten. Die Ausbildung und die folgende Arbeit im väterlichen Unternehmen absolvierte er mit ähnlich geringer Begeisterung wie Marx sein Jura-Studium. Auch Engels schrieb lieber Gedichte, war ein Freund der schönen Literatur und hatte überdies ebenfalls die Philosophie für sich entdeckt, war alles in allem zum Bohème wohl prädestinierter als zum Textilfabrikanten. Und Engels begann, etwas früher als Marx, sich zum Kommunisten zu entwickeln. Ausgerechnet Moses Hess, über den er und Marx später ganze Kübel voller Spott auskippen sollten, hatte bei dieser Entwicklung einigen Einfluss gehabt.

Eine verlorene Zeit waren die Jahre in den Fußspuren seines Vaters nicht. Denn ab 1842 arbeitete Engels in der familieneigenen Baumwollspinnerei in Manchester – zu jener Zeit das Zentrum des sich erst entwickelnden Industriekapitalismus. Dort konnte er gleichsam wie in einer Kristallkugel bereits die Zukunft der kapitalistischen Industriegesellschaften erkennen, mit ihrem krassen Gegensatz zwischen blühender Prosperität einerseits und den teils elenden Lebensverhältnissen der Arbeiterklasse andererseits. In seinem Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ verarbeitete Friedrich Engels diese Erfahrungen auf durchaus plastische Art.

Als Engels im August 1844 aus England nach Deutschland zurückkehrte, machte er einen Umweg über Paris, um Marx wiederzutreffen, der dorthin emigriert war, um sich um die Redaktion der *Deutsch-Französischen Jahrbücher* zu kümmern. Dieses Mal ging ihr Treffen anders aus. Schon aus der Entfernung hatten beide die Schriften des jeweils anderen schätzen gelernt und einen lebhaften Briefwechsel unterhalten. Und nun, während Engels zehn Tage in Paris blieb, wo beide nicht nur theoretisierten, sondern auch gebührend die Zerstreuungen der geistigen Hauptstadt der Welt genossen, stellte sich, wie Engels später schrieb, „unsere vollständige Übereinstimmung auf allen theoretischen Gebieten heraus“[14]. Dies war nicht nur der Beginn einer fruchtbaren Arbeitsbeziehung, sondern auch einer lebenslan-

14 Engels, Friedrich: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: MEW, Bd. 21, S. 212.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen Freundschaft. Marx war eigentlich kein großer Menschenfreund. Entweder langweilten die Menschen ihn, weil er glaubte, sie seien ihm intellektuell nicht gewachsen. Oder aber er achtete sie intellektuell, geriet aber irgendwann mit ihnen aneinander, weil sie seine Ansichten nicht teilten. Engels war einer der Wenigen, bei dem das anders war. Denn diesem brachte Marx zum einen durchaus intellektuellen Respekt entgegen. Andererseits aber stellte Engels den Primat des Älteren in allen theoretischen und ökonomischen Angelegenheiten niemals in Frage. Überhaupt war die Freundschaft nicht ganz gleichgewichtig: Gewiss, Marx respektierte und schätzte Engels; Engels seinerseits aber verehrte, bewunderte, ja vergötterte Marx fast. Dass Engels außerdem dem chronisch abgebrannten Marx finanziell zeitlebens unter die Arme griff, mag der Stabilität der Freundschaft vielleicht nicht abträglich gewesen sein.

Die ideengeschichtliche Genese der Marx-Engels'schen Kooperation soll hier nicht im Vordergrund stehen. Wichtig aber ist im Hinblick auf das Manifest, dass in den Werken, die dieser revolutionären Partnerschaft entsprangen, schon vor 1848 alles Wesentliche entwickelt war. Vor allem die „Deutsche Ideologie", die Marx und Engels zum Zwecke der eigenen Selbstvergewisserung 1845 gemeinsam verfassten, ist hier zu nennen. Durch sie erfolgte nicht nur der endgültige Bruch mit den Junghegelianern, schälte sich nicht nur die Vorstellung einer totalen gesellschaftlichen und politischen Umwälzung heraus, die Marx' und Engels' revolutionären Impetus über den Erwartungshorizont ihrer früheren Mitstreiter weit hinaustrieb. Vor allem war dort die Methode des „Historischen Materialismus", aus der sich später die gesamte marxistische Geschichtsphilosophie ableitete, bereits dargelegt worden.

In praktisch-politischer Hinsicht sind die Fährten, welche die beiden in jenen Jahren legten, so eindeutig nicht. Jedenfalls war ihre materialistische Geschichtsauffassung nicht so mechanistisch verkürzt, dass ihnen nicht bewusst gewesen wäre, dass auch den klügsten Ideen durch energisches Handeln erst zum Durchbruch verholfen werden musste. Marx selbst hatte zur Politik jedenfalls ein unverkrampftes Verhältnis, wenngleich er selbst sich nie als „Politiker" bezeichnet hätte.[15] Er tummelte sich in einigen liberalbürgerlichen Vereinigungen, die er nicht nur als Plattformen zur Verbreitung seiner Ideen für geeignet hielt, sondern in denen er zu diesem Zeitpunkt auch noch potenzielle Bündnispartner vermutete. Doch zweifelsohne strebten Marx und Engels vor allem in der sich entwickelnden sozialistischen Bewegung eine Führungsrolle an. Und dafür galt es, aktiv zu werden, denn an intellektuellen Konkurrenten bestand wahrlich kein Mangel. In den verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Zirkeln jener Zeit begegneten sich zahlreiche Personen, die wie Marx und Engels überzeugt waren, die Zukunft gesehen zu haben. Noch gab es kein programmatisch unumstrittenes Zentrum, noch keinen festen Kanon, keine über allen stehenden

15 Vgl. Schieder, Wolfgang: Karl Marx als Politiker, München 1991.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Führungsfiguren, die aus den diversen Strängen eine autoritative Version hätten weben können. Der Sozialismus war nicht nur als Bewegung, sondern auch als politische Ideologie noch eine amorphe Angelegenheit.

Die Hauptbemühungen von Marx und Engels konzentrierten sich seit Anfang 1846 zunächst auf den Aufbau eines internationalen Netzes sogenannter kommunistischer „Korrespondenz-Komitees“. Gedacht wurde dabei an einen lockeren, internationalen Verbund, der die publizistische Verbreitung des Kommunismus koordinieren sollte. Es war kein sonderlich erfolgreicher Versuch. Außer in Brüssel entstanden nur in London und (wahrscheinlich) in Köln solche Büros. In den übrigen Zentren des europäischen Frühsozialismus, allen voran in Paris, stieß die Initiative von Marx und Engels hingegen auf wenig Begeisterung. Als wesentlich folgenreicher erwies sich Anfang 1847 ihr Eintritt in den „Bund der Gerechten“, der bereits 1836 in Frankreich unter maßgeblicher Führung von Wilhelm Weitling und Karl Schapper gegründet worden und als Geheimbund organisiert war – „halb Propagandaverein, halb Verschwörung“[16], wie Engels später meinte. Als x-beliebige Mitglieder freilich sahen sich Marx und Engels nicht. Vielmehr bestand wohl von vornherein die Absicht, die anderen von ihren Anschauungen zu überzeugen. So kam es tatsächlich. Im Juni 1847, beim ersten Londoner Kongress des „Bundes“, an dem Friedrich Engels teilnahm, erfolgte die Umbenennung in „Bund der Kommunisten“ und von da wurde auch der Einfluss des Denkens Marx’ und Engels’ immer deutlicher, sodass sie bald schon eine dominierende Stellung einnahmen.

WIE DAS MANIFEST ENTSTAND

Die entscheidenden Diskussionen, die letztlich zur Annahme der wissenschaftlichen und politischen Grundüberzeugungen Marx’ und Engels’ führten, spielten sich bereits einige Monate später auf dem zweiten Kongress des „Bundes der Kommunisten“ ab, der von Ende November bis Anfang Dezember 1847 ebenfalls in London stattfand. Hier erhielt Marx den Auftrag zur Ausarbeitung eines „Manifests der kommunistischen Partei“, dessen Endfassung er – entgegen der landläufigen Meinung – allein, und eben nicht gemeinsam mit Engels, niederschrieb.[17]

16 Engels, Friedrich: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: MEW, Bd. 21, S. 207.

17 Zum Forschungsstand bezüglich der konkreten Entstehungsbedingungen des Manifests vgl. Marxhausen, Thomas: Kommunistisches Manifest. (Bearbeiteter) Vorabdruck eines HKWM-Stichwortes, in: Utopie kreativ, H. 201-202 (Juli/August)/2007, S. 708–723; Meiser, Wolfgang: Das Manifest der Kommunistischen Partei vom Februar 1848. Zur Entstehung und Überlieferung der ersten Ausgabe, in: MEGA-Studien, H. 1/1996, S. 66-107; Kuczynski 1995 (s. Anm. 3).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gleichwohl hat sich in der Forschung die Konvention etabliert, beide Autoren als Verfasser zu nennen,[18] die auch nach wie vor berechtigt erscheint. Zum einen werden damit Engels' inhaltliche Vorarbeiten des Jahres 1847 gewürdigt – der „Entwurf eines Kommunistischen Glaubensbekenntnisses" sowie die Formulierung der „Grundsätze des Kommunismus" –, in denen er zentrale Aussagen der endgültigen Fassung des kommunistischen Programmpapiers vorwegnahm. Zum anderen stammen offenbar auch der Vorschlag für den konkreten Titel sowie die schließlich gefundene literarische Form von Friedrich Engels.[19] Außer dem Erstdruck, der anonym erschien, trugen alle zu Lebzeiten der Freunde herausgegebenen Ausgaben des Manifests beide Verfassernamen.[20] Marx selbst bekräftigte später übrigens mehrfach die Ko-Autorenschaft Engels'.[21] Zudem behaupteten beide Autoren an verschiedenen Stellen ihres Werkes fälschlicherweise, gemeinsam den Auftrag zur Abfassung erhalten zu haben.[22]

Vom zweiten Bundeskongress der Kommunisten sind außer den verabschiedeten Statuten keine unmittelbaren Zeugnisse wie Protokolle, Teilnehmerlisten oder ausführlichere Berichte überliefert. Der genaue Verlauf lässt sich daher nicht mehr rekonstruieren. Selbst das Datum der gesamten Veranstaltung ist nicht ganz gesichert,[23] wobei die meisten Experten den Zeitraum vom 29. November bis 8. Dezember 1847 veranschlagen. Eine häufig zitierte Quelle in diesem Zusammenhang ist eine Erinnerung Engels' aus dem Jahr 1885:

„Der zweite Kongreß fand statt Ende November und Anfang Dezember desselben Jahres [1847]. Hier war auch Marx anwesend und vertrat in längerer Debatte – der Kongreß dauerte mindestens 10 Tage – die neue Theorie. Aller Widerspruch und Zweifel wurde endlich erledigt, die neuen Grundsätze einstimmig angenommen und Marx und ich [sic!] beauftragt, das Manifest auszuarbeiten."[24]

18 Für die alleinige Nennung Marx' als Verfasser plädieren in neuerer Zeit – soweit erkennbar – lediglich Stammen, Theo/Classen, Alexander (Hg.): Karl Marx, das Manifest der Kommunistischen Partei: kommentierte Studienausgabe, Paderborn 2009.

19 Förder, Herwig et al. (Hg.): Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien [im Folgenden BdK], Band 1, 1836–1849, Berlin 1983, S. 612.

20 Eine umfassend kommentierte Bibliographie aller Manifest-Ausgaben bis zum Ende des Ersten Weltkriegs findet sich bei Andréas, Bert: Le Manifeste Communiste de Marx et Engels. Histoire et Bibliographie 1848-1918, Mailand 1963.

21 Vgl. MEW, Bd. 14, S. 439; Marx, Karl/Engels, Friedrich: Gesamtausgabe [im Folgenden MEGA2], Bd. I.10, Berlin 1977, S. 445.

22 Vgl. z.B. MEW, Bd. 4, S. 573 f. u. S. 578; MEW, Bd. 19, S. 98; MEW, Bd. 21, S. 216.

23 Meiser 1996 (s. Anm. 17), S. 78 ff.

24 MEW, Bd. 21, S. 215 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auch Marx entsann sich später noch genau der „heftigen mehrwöchentlichen Debatten“ auf dem Kongress.[25] Allerdings waren die beiden Philosophen im Vorfeld der Tagung auch in Sachen politischer Tricksereien nicht ganz untätig gewesen, sodass sie schon recht optimistisch nach England aufbrechen konnten – „as this time we shall have it all our own way“[26]. Bereits im Oktober 1847 hatte Engels seinem Freund stolz von einer gelungenen Eulenspiegelei berichtet, die ihm größeren Einfluss auf die Programmdiskussion verschaffte:

„Dem Mosi [Moses Hess] hab' ich, *ganz unter uns*, einen höllischen Streich gespielt. Er hatte richtig ein gottvoll verbessertes Glaubensbekenntnis durchgesetzt. Vorigen Freitag nun nahm ich dies im Kreise vor, Frage für Frage, und war noch nicht an der Hälfte angekommen, als die Leute sich für satisfaits erklärten. *Ohne alle Opposition* ließ ich mich beauftragen, ein neues zu entwerfen, was nun nächsten Freitag im Kreis wird diskutiert und *hinter dem Rücken der Gemeinden* nach London geschickt werden. Das darf aber natürlich kein Teufel merken, sonst werden wir alle abgesetzt, und es gibt einen Mordsskandal.“[27]

Und kurze Zeit darauf ging erneut ein einschlägiger Brief nach Brüssel ab: „Gestern abend war Deputiertenwahl [die Wahl der Pariser Delegierten zum zweiten Bundeskongress der Kommunisten]. Nach einer höchst konfusen Sitzung wurde ich mit 2/3 gewählt. Ich hatte diesmal gar nicht intrigiert [...].“[28] In seiner privaten Korrespondenz lästerte Engels bisweilen auch über die „Schlafmützigkeit und kleinliche Eifersucht“ der Pariser Bundesmitglieder und scheute nicht davor zurück, die Genossen heimlich als „Kerls“, „Esel“, „echte Straubinger“ oder „alternde Knochen“ zu diffamieren.[29]

Aus diesen wenigen, heute eher amüsant zu lesenden Passagen aber einen generellen Gegensatz zwischen Marx und Engels auf der einen und dem „Bund der Kommunisten“ auf der anderen Seite konstruieren zu wollen und von einer Überwältigung der Londoner Führung durch die intellektuelle Übermacht der Marx'schen Gruppe zu sprechen, scheint doch zu weit hergeholt.[30] Schließlich war der endgültigen Abfassung des Manifests eine alles in allem sogar mehrjährige Programmdiskussion innerhalb der emigrierten deutschen Arbeiterbewegung vorausgegangen.[31] Auch sprechen die überlie-

25 MEW, Bd. 14, S. 439.

26 Brief Engels an Marx vom 23./24. November 1847, in: BdK 1, S. 612.

27 Brief Engels an Marx vom 25./26. Oktober 1847, in: ebd., S. 586.

28 Brief Engels an Marx vom 14./15. November 1847, in: ebd., S. 610.

29 Brief Engels an Marx vom 14. Januar 1848, in: ebd., S. 651.

30 So aber die lange Zeit einflussreiche Darstellung bei Na'aman, Shlomo: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten in Deutschland in der zweiten Phase seines Bestehens, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 5 (1965), S. 5-82.

31 Vgl. Hundt, Martin: Die Programmdiskussion im Bund der Kommunisten, in: ders. (Hg.): Bund der Kommunisten 1836–1852, Berlin 1988, S. 181-190; Nettlau, Max: Londoner deutsche kommunistische Diskussionen, 1845. Nach

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ferten Erinnerungen der Kongressteilnehmer an die Heftigkeit der in London geführten Debatten sowie die schiere Dauer der Tagung eher für zähe Überzeugungsarbeit als einen politischen Überraschungscoup. Am Ende der Auseinandersetzungen sollte ein gemeinsam zu verantwortendes „Manifest der kommunistischen Partei" stehen, also ein offizielles Strategiepapier, das demnach verschiedene politische Auffassungen zu vereinigen hatte und nicht lediglich Ausdruck der persönlichen Ansichten Marx' und Engels' sein konnte.[32] Zumindest die führenden Köpfe des Kommunistenbundes hatten den historischen Materialismus zu diesem Zeitpunkt rezipiert. Dies bezeugen zum Beispiel die deutlich von den Ideen des noch gar nicht erschienenen Manifests getragenen Reden, die im Rahmen eines Festabends des Londoner Arbeiterbildungsvereins am 7. Februar 1848 in Abwesenheit von Marx und Engels gehalten wurden.[33] Das Parteiprogramm war übrigens ganz und gar nicht dazu bestimmt, die Äonen zu überdauern, sondern sollte laut den Statuten des Bundes der Kommunisten bereits auf dem nächsten planmäßigen Kongress, also schon im August 1848, durch ein neues ersetzt werden,[34] wozu es aufgrund der revolutionären Ereignisse aber nicht mehr kam.

Trotz seiner prominenten Rolle in der Entstehungsgeschichte wird der „Bund" selbst im abschließenden Text kein einziges Mal erwähnt. Die Präambel enthüllt lediglich, „Kommunisten der verschiedensten Nationalität" hätten sich „in London versammelt und das folgende Manifest entworfen". Zudem fehlen – wie bereits kurz erwähnt – in der Erstausgabe die Namen der beiden Verfasser. Der Grund hierfür wurde später von Marx und Engels enthüllt. Der „Bund der Kommunisten" sei seinerzeit eine internationale Arbeitervereinigung gewesen, die „unter den damaligen Verhältnissen selbstredend nur eine geheime" habe sein können.[35] Schon in den „Grundsätzen" war Engels deshalb auf den Schutz der Organisationsstrukturen bedacht gewesen und hatte die Parteipolitik der Kommunisten nur „soweit sie vors Publikum gehört"[36] erörtert.

Nach dem Ende des Bundeskongresses in London reiste Marx nach Brüssel zurück. Doch anstatt sich nun sofort konzentriert an den Schreibtisch zu setzen, erledigte er zunächst eine Reihe weiterer, thematisch verwandter Arbeiten für die „Association Démocratique" und die Brüsseler „Deutsche Arbeiter-Gesellschaft". Außerdem befand sich seine Familie um den Jahreswechsel 1847/48 in großen Geldnöten. Alles in allem betrachtete

dem Protokollbuch des C.A.B.V., in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Jg. 10 (1922), S. 362-391.

32 Vgl. Schieder 1991 (s. Anm. 15), S. 57.

33 Siehe BdK 1, S. 659-670.

34 Siehe ebd., S. 629.

35 Engels, Friedrich: Vorwort zur deutschen Ausgabe des Manifests von 1872, in: MEW, Bd. 18, 1973, S. 95.

36 Brief Engels an Marx vom 23./24. November 1847, in: BdK 1, S. 612.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Marx die Abfassung des Manifests offenbar „als eine Aufgabe unter vielen“[37], die ihm jedenfalls nicht so vordringlich wichtig erschien, dass er dafür alle anderen Verpflichtungen beiseitegeschoben hätte. Ein Grund hierfür mag auch in der Jahre später geäußerten Überzeugung liegen, dass Parteiprogramme „nicht der geeignete Ort sind für neue wissenschaftliche Entdeckungen“[38].

Seine Säumigkeit trug dem viel beschäftigten Autor einen Rüffel seiner Auftraggeber in sprödestem Funktionärsdeutsch ein, der wegen der späteren Weltbedeutung des Manifests heute nur noch kurios anmutet. Am 25. Januar 1848 wies die Zentralbehörde des „Bundes der Kommunisten“ in London die Kreisbehörde Brüssel an,

„dem B[ruder] MARX anzuzeigen, daß, wenn das Manifest der kommunistischen Partei, dessen Abfassung er auf *letztem* Kongreß übernommen, nicht bis Dienstag 1. Februar d. J. in London angekommen ist, weitere Maßregeln gegen ihn ergriffen werden. In dem Fall, daß B[ruder] MARX das Manifest nicht abfaßt, verlangt die Centralbehörde augenblickliche Zurücksendung der ihm vom Kongreß zugestellten Dokumente.“[39]

Die einzig erhalten gebliebene Konzeptseite mit zahlreichen Streichungen und Korrekturen sowie Teile eines ursprünglichen Planentwurfes, der für die Endfassung noch einmal erheblich modifiziert wurde, machen jedoch deutlich, wie sehr Marx noch in diesen Tagen mit seinem Stoff rang. Gleichwohl wurde er wahrscheinlich kurz nach Erhalt der Mahnung tatsächlich fertig, da am 31. Januar Engels in Brüssel eintraf und bei einem noch nicht vollendeten Manuskript spätestens jetzt aufs Tempo gedrückt hätte. Wie und wann das Manuskript dann an seinen Druckort London gelangte – durch einen Boten oder per Post – ist unbekannt.

Das Titelblatt der Erstausgabe trug den Vermerk „Veröffentlicht im Februar 1848“. Der genaue Termin ist jedoch umstritten.[40] Marx und Engels legten allerdings mehrfach Wert auf die Feststellung, das Manifest sei vor dem Ausbruch der Februarrevolution in Frankreich – also vor dem 22. Februar 1848 – publiziert worden.[41] Bei der Drucklegung war aber keiner von

37 Kuczynski 1995 (s. Anm. 3), S. 49.

38 Brief Marx' an Hyndmann vom 2. Juli 1881, in: MEW, Bd. 35, S. 203.

39 MEGA, Band III.2, Berlin 1979, S. 384 sowie BdK 1, S. 654.

40 Kuczynski geht von einem Publikationsdatum nicht vor dem 29. Februar und sehr wahrscheinlich erst am 1. März 1848 aus, weshalb der Aufdruck „Veröffentlicht im Februar 1848“ aus seiner Sicht zumindest „eine leichte Irreführung“ enthielt; vgl. Kuczynski 1995 (s. Anm. 3), S. 63. Meiser hingegen datiert den Druck der ersten Exemplare auf den 18. oder 19. Februar 1848 und bestätigt somit die Auslieferung der Schrift vor der Februarrevolution; vgl. Meiser 1996 (s. Anm. 17), S. 93 f.

41 Vgl. z.B. MEW, Bd. 4, S. 573 u. S. 578.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

beiden persönlich anwesend gewesen. So schwankten ihre Erinnerungen an den Veröffentlichungstermin später und je nach Anlass zuweilen auch beträchtlich.[42]

Die „in der Office der ‚Bildungs=Gesellschaft für Arbeiter' von J. E. Burghard" gedruckte 23-seitige Erstausgabe („Bu23") erschien in deutscher Sprache mit einer Gesamtauflage von wenigstens 2000 Exemplaren, von denen allein am 18. März 1848 1000 nach Paris gingen.[43] Etwa zur gleichen Zeit wurden 100 Hefte nach Amsterdam geschickt. Außerdem tauchten Exemplare in London, der Schweiz, Belgien, Deutschland und Schweden auf.[44] Von März bis Juli 1848 wurde das Manifest etappenweise in der *Deutschen Londoner Zeitung* (DLZ), dem demokratischen Organ deutscher Emigranten, abgedruckt. Möglicherweise hat ausgerechnet der adlige Eigentümer der DLZ, der exilierte Herzog Karl II. v. Braunschweig, den Bundesmitgliedern mit einer verdeckten Parteispende in Höhe von fünfzig Pfund auch finanziell unter die Arme gegriffen, um Druck und Vertrieb des umstürzlerischen Blättchens zu unterstützen. Diese seltsame Koalition wollte der Herzog offenbar nutzen, um in den zu erwartenden politischen Unruhen mithilfe deutscher Kommunisten seinen Thron zurückzuerobern. Bei entsprechendem Einsatz des Geldes wäre somit sogar eine Gesamtauflage des Erstdruckes von mindestens 10.000 Exemplaren denkbar.[45] Die bereits für 1848 angekündigten Veröffentlichungen in fünf weiteren Sprachen konnten dagegen bislang nicht nachgewiesen werden.[46]

GESCHICHTSGLAUBE UND IMMUNISIERUNGSSTRATEGIEN: STRUKTUR, INHALT UND STIL DES KOMMUNISTISCHEN MANIFESTS

In den Staaten des „real existierenden Sozialismus" galt als verdächtig, wer das Manifest primär unter literarischen Gesichtspunkten analysierte. Solcherlei tat nämlich nur der „Klassenfeind", der sich in seiner ideologischen Verblendung die Wirkung des Textes einzig mit dem verführerischen Stil der Schrift erklären konnte. In Wahrheit aber natürlich, so hieß es dort, war das Manifest so erfolgreich, weil es, nun ja – eben *wahr* war. Tatsächlich sind es vermutlich Stil, formaler Aufbau wie Inhalt, die alle gleichermaßen den Siegeszug des Manifests erklären. Oder vielleicht ist das etwas unge-

42 So meinte Engels etwa im Vorwort zur italienischen Ausgabe von 1893, das Manifest sei „auf den Tag genau mit dem 18. März 1848" zusammengefallen; MEW, Bd. 4, S. 589. In der Vorrede zur russischen Ausgabe von 1882 war vom Dezember 1847 die Rede gewesen; vgl. MEW, Bd. 4, S. 575.

43 Siehe BdK, S. 735.

44 Vgl. Kuczynski 1995 (s. Anm. 3), S. 76 f.

45 Vgl. Meiser 1996 (s. Anm. 17), S. 97 f.

46 Vgl. ebd., S. 66 und grundlegend Andréas 1963 (s. Anm. 20), S. 14-18.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nau; denn an vielen Stellen, davon wird noch die Rede sein, koinzidieren alle drei Elemente in kongenialer Weise. In jedem Fall wird man alle drei Elemente gleichermaßen zu beachten haben, um die Wirkung dieses kleinen Büchleins zu verstehen.

Das Manifest gliedert sich im Ganzen in vier Teile: Der erste Teil, „Bourgeois und Proletarier“, ist eine Darlegung der Geschichtstheorie von Marx und Engels, in der die bekannte Menschheitsgeschichte als eine Abfolge von Klassenkämpfen geschildert wird und die Autoren die Entstehung und Funktion der kapitalistischen Produktionsweise darlegen; der zweite Teil „Proletarier und Kommunisten“ stellt die Ziele der „Partei der Kommunisten“ dar, nennt die Mittel zu ihrer Erreichung und setzt sich mit den Vorwürfen der Bourgeoisie an die Kommunisten auseinander; im dritten Teil „Kommunistische und sozialistische Literatur“ behandeln Marx und Engels – mit einigem Mut zur Lücke – die übrigen ideologischen Strömungen in der sozialistischen Bewegung; im vierten und letzten Teil „Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien“ benennt das Manifest die unterschiedlichen Bündnisoptionen der Partei der Kommunisten und schließt mit der Fanfare: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“.

Die weltgeschichtliche Bedeutung des Manifests verbirgt sich allerdings vor allem im ersten Teil, „Bourgeois und Proletarier“. Denn dort stößt man auf etwas sehr Erstaunliches: Das Manifest, offiziell gedacht als eine Art Parteiprogramm des „Bundes der Kommunisten“, beginnt nämlich nicht mit der empörten Anklage, es erläutert auch nicht zunächst die Ziele der „Partei“ der Kommunisten. Das alles wird kommen: Aber es kommt viel später; erst in dem Augenblick, so hat es Umberto Eco einmal beschrieben, da die Erzählung den Leser längst verführt und berauscht hat.[47]

Stattdessen erzählt das Manifest dem Leser zuerst eine Geschichte, oder um es im Jargon moderner Wissenschaftsdiskurse zu sagen: Das Kommunistische Manifest ist nachgerade das Paradebeispiel eines „Narrativs“. Marx und Engels wussten im Übrigen sehr genau, was sie taten. Denn ursprünglich hatten sie beim formalen Aufbau ihrer Auftragsarbeit an die Katechismus-Form gedacht. Das war zu jener Zeit – als die neuen Vernunft-Ideologien zum neuen Weltanschauungs- und Bekenntnisgegenstand wurden – ein populäres Genre zur Verbreitung der eigenen Ideen gewesen. In der Regel wurden im Katechismus Wahrheiten in einem Frage-und-Antwort-Spiel autoritativ vermittelt, es waren Glaubenssätze zum Nachsprechen.[48] Den beiden Autoren schien diese Vorgehensweise offenkundig nicht geeignet, denn am 23. November 1847 hatte Engels an Marx geschrieben: „Ich glaube, wir tun am besten, wir lassen die Katechismusform weg und

47 Siehe Eco, Umberto: Über den Stil des Kommunistischen Manifestes, in: ders.: Die Bücher und das Paradies. Über Literatur, München 2006, S. 32-36, hier S. 36.

48 Vgl. Stammen/Classen (Hg.) 2009 (s. Anm. 18), S. 21 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

titulieren das Ding Kommunistisches Manifest. Da darin mehr oder weniger Geschichte erzählt werden muß, passt die bisherige Form gar nicht.“[49] Eine Geschichte erzählten Marx und Engels dann in der Tat – wahrscheinlich *die* Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.

Im Grunde basieren alle Erzählungen auf sehr ähnlichen Elementen.[50] Da ist zum einen natürlich – das ist denkbar banal – der Plot, die Handlung und ihr Ende, auf das alles fluchtpunktartig zuläuft. Marx und Engels erzählen die Menschheitsgeschichte als Abfolge von Klassenkämpfen von der antiken Sklavenhaltergesellschaft, den mittelalterlichen Feudal-Verhältnissen bis hin zur bürgerlichen Gesellschaft ihrer Gegenwart. Das freilich war noch keine Lesart der Historie, die den Sozialisten jener Zeit unvertraut gewesen wäre. Interessanter und origineller ist da schon ein anderes Element, das stets am Anfang einer gelungenen Erzählung steht: die Einführung in die „Dramatis personae“ – die Protagonisten und Akteure, die vor den Augen des Publikums oder des Lesers ihre Rollen zu erfüllen haben. Beim Manifest sind das natürlich die Bourgeoisie auf der einen und das Proletariat auf der anderen Seite. Indes: Während mit dem Proletariat der Held der Handlung feststeht, verhält es sich mit der Schurkenrolle ein wenig komplizierter; im Grunde bleibt sie unbesetzt, denn es ist nicht der moralische Widerspruch der Kontrahenten, aus dem das Manifest seine Spannung zieht. Wichtig ist nur, wie bei allen Erzählungen, dass die Antagonisten sich in gewisser Hinsicht ebenbürtig sind, denn sonst verlöre ihre Begegnung jeden Reiz. Und fraglos hat es das Proletariat in Gestalt der Bourgeoisie mit einem Gegenspieler von besonderem Kaliber zu tun: Eine Klasse, die in der Geschichte eine „höchst revolutionäre Rolle“[51] gespielt hat, die „kolossalere Produktivkräfte“ schuf als „alle vergangenen Generationen zusammen“[52], und dabei Wunderwerke vollbrachte, größer als „ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen“[53].

Das ist keine Anklage, sondern eine Hymne auf die Leistungen der Bourgeoisie, deren großer Bewunderer insbesondere Marx zweifelsohne war. Nun hätte sich eine Moralisierung für Marx und Engels schon aus dem schlichten Grund verboten, dass sie die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus von den Arbeiten der utopischen Sozialisten abgrenzen wollten. In ihrer Welt herrschten daher die Gesetzmäßigkeiten, nicht die moralischen Urteile. Wo alle Beteiligten in einem Klima eiskalter Sachlichkeit handeln, braucht es nicht mehr das Glasperlenspiel der normativen Kritik.

Vor allem aber, und das ist in Wahrheit das Entscheidende, verbirgt sich in diesem Rückzug der Autoren als moralische Richter das geniale Moment

49 BdK 1, S. 612.

50 Vgl. Smith, Christian: Moral Believing Animals. Human Personhood and Culture, Oxford 2003.

51 MEW, Bd. 4, S. 464.

52 Ebd., S. 467.

53 Ebd., S. 465.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

des Manifests: Das Manifest nimmt die Menschen in die Geiselhaft der Geschichte. Denn bei dem Drama, das Marx und Engels aufführen, hat ein jeder die Rolle zu spielen, die ihm zugedacht ist. Und mehr als für alle anderen gilt das für die Bourgeoisie, die irgendwann von ihrer eigenen Revolution verschlungen und damit, wie alle herrschenden Klassen vor ihr, von der Bühne der Geschichte wird abtreten müssen. Denn während die Macht der Bourgeoisie scheinbar unaufhaltsam wächst, während sie sich unendlich bereichert, bringt sie sich in Wahrheit um Kopf und Kragen. Schließlich, so der nicht untypische martialische Ton des Manifests, hat sie selbst die „Waffen geschmiedet“[54], mit denen sie dereinst bezwungen werden wird; längst ist sie dabei, ihre eigenen „Totengräber“[55] heranzuziehen. Denn in ihrer Gier und dem Zwang zur Expansion lässt sie das Heer elender Proletarier anwachsen bis der Augenblick erreicht ist, an dem der revolutionäre Umschlag unweigerlich erfolgen muss. Die Kunst des kontrafaktischen, dialektischen Denkens: Genau das hält Claus Kernig für die größte Leistung des Manifests und gleichzeitig für den Grund seines globalen Siegeszuges.[56] Das Manifest vermittelte gerade durch die Beschreibung eines nur scheinbar paradoxen Geschichtsverlaufs den Eindruck, dass es so kommen *musste,* weil der Sieg des Proletariats einfach *unausweichlich* war. Das Manifest bot damit eine Rückversicherung gegen künftige Rückschläge: Je blühender die Geschäfte der Bourgeoisie liefen, desto sicherer konnte man sein, dass die revolutionäre Situation nahte. Auch kleinere Niederlagen waren notwendige Etappen auf dem Weg zum Sieg, wie Marx und Engels bei ihrer Schilderung der Steigerung der revolutionären Intensität in der Periode vermehrter Auseinandersetzungen aufzeigen: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“[57] Der Text transportierte damit genau jenen unbezwingbaren Glauben, der alle erfolgreichen ideologischen Bewegungen auszeichnet: die Überzeugung, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen und irgendwann für die Mühsal und die Leiden der Gegenwart entlohnt zu werden.

Schließlich findet man im Manifest einen Mechanismus, der in die Struktur fast aller erfolgreichen ideologischen Texte eingebaut scheint. Denn Ideologien, so schrieb es einmal Hans Freyer, bedienen sich stets eines Präventionsmechanismus: Sie nehmen die zu erwartenden Angriffe bereits vorweg und wenden sie gegen ihre Gegner, immunisieren damit die eigene Anhängerschaft gegen die „Lügen“ und „Entstellungen“ der anderen Seite.[58] Im Manifest gelingt das in meisterhafter Weise mithilfe eines fingierten Dialogs. Den Kommunisten, so Marx und Engels, wird vorgeworfen,

54 Ebd., S. 468.

55 Ebd., S. 474.

56 Vgl. Kernig 1979 (s. Anm. 8).

57 Ebd., S. 471.

58 Vgl. Freyer, Hans: Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1955.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sie wollen das Vaterland abschaffen? Was für ein perfider Vorwurf, denn: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann Ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“[59] Ihr entsetzt euch darüber, fragen Marx und Engels, dass wir das Eigentum aufheben wollen? Wie absurd, denn: „in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. […] Ihr werft uns mit einem Wort vor, dass wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.“[60]

Es gibt noch andere Aspekte, welche die Wucht und Überzeugungskraft des Kommunistischen Manifests erklären. Da wäre zum einen die Tatsache, dass der Film, den Marx und Engels vor dem geistigen Auge ihrer Leser abspielen, in ungeheurer Geschwindigkeit abläuft – das gilt für den Inhalt des Manifests ebenso wie für seinen Duktus, der den Anschein gibt, als sei der Text in einer „einzigen schöpferischen Eruption“[61] geschrieben worden. Tatsächlich ist die Schrift in einer für die deutsche Literatur des 19. Jahrhunderts ungewöhnlichen Weise verfasst: Die Sätze sind in der Regel knapp, die Absätze kurz und im Zusammenspiel mit einer oft militanten, martialischen Metaphorik („schwere Artillerie“, „Chefs ganzer industrieller Armeen“, „Vernichtungskrieg“) verleiht das dem Manifest seinen hämmernden Rhythmus.

Doch der Stil ist es eben nicht allein. Mochten Marx und Engels in manchen Teilen ihrer Schrift den Verhältnissen auch weit voraus sein – in ihrer Prosa der Dynamik und Beschleunigung sind sie fraglos prototypische Herolde der Moderne, die 1848 längst über Europa hereingebrochen ist.[62] Der Agent der Beschleunigung ist dabei natürlich die Bourgeoisie. Sie „jagt“ auf der Suche nach Absatz für ihre Produkte über die ganze Erdkugel und sorgt dafür, dass dabei kein Stein auf dem anderen bleibt. Während frühere sozioökonomische Formationen dazu tendierten, die einmal etablierten Produktionsverhältnisse statisch festzuschreiben, kann die Bourgeoisie laut dem Manifest gar nicht anders, als alle bestehenden Verhältnisse ständig zu revolutionieren, sie lebt in einer, wenn man so will, permanenten Revolution:

„Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen früheren aus. Alle fest eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst,

59 MEW, Bd. 4, S. 479.

60 Ebd., S. 477.

61 Hobsbawm, Eric: Einleitung, in: Das Kommunistische Manifest. Eine moderne Edition, Hamburg und Berlin 1998, S. 22.

62 Vgl. Berman, Marshall: All that is Solid Melts into Air: The Experience of Modernity, New York 1982.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht [...].“[63]

Wie Marshall Berman es in seinem Buch klug herausgearbeitet hat, ist es aber nicht nur die „Verdampfungs-Metapher“, die das Manifest zu einem prototypisch modernen Text macht. Da wäre des Weiteren die Dichotomie zwischen „Verhüllung“ und „Enthüllung“, die sich durch zahlreiche Stellen des Manifests zieht und die man ebenfalls als eine typische Denkfigur der Moderne deuten könnte, die im Zuge der Aufklärung bestrebt ist, die Illusionen und Irreführungen früherer Epochen hinter sich zu lassen, um sich der Untersuchung der einen, unteilbaren und zweifelsfreien Realität zuzuwenden.[64] Marx und Engels beschreiben, wie im bürgerlichen Zeitalter der Schleier der Tradition zerrissen würde, sodass die Menschen endlich die Wahrheit erkennen könnten: Unbarmherzig habe die Bourgeoisie alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Bindungen gekappt, sie im „eiskalten Wasser egoistischer Berechnung“[65] ertränkt und kein anderes Band zwischen den Menschen als das „nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘“[66] übrig gelassen; selbst dem Familienverhältnis habe sie seinen „rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt“[67].

Schließlich haben sich Marx und Engels in ihrer Metaphorik einiger Zutaten bedient, die zu ihrer Zeit auch in der populären Belletristik den Publikumserfolg garantieren sollten. So sehen sowohl Peter Osborne[68] als auch Thomas Marxhausen[69] Elemente der „Gothic Novel“, des Schauerromans, im Manifest. In der Tat lauern hier allerlei übersinnliche und gruselige Gestalten. Da ist natürlich zum einen das „Gespenst“[70] des Kommunismus, das umgeht in Europa und Opfer einer „heiligen Hetzjagd“ wird; die Bourgeoisie wiederum gleicht dem „Hexenmeister“[71], der die von ihm entfesselten Kräfte nicht auf ewig wird bändigen können und seine eigenen „Totengräber“[72] produziert.

63 MEW, Bd. 4, S. 465.

64 Vgl. Berman 1982 (s. Anm. 62).

65 MEW, Bd. 4. S 464.

66 Ebd.

67 Ebd., S. 465.

68 Vgl. Osborne, Peter: Remember the Future? The Communist Manifesto as Historical and Cultural Form, in: Socialist Register (1998), S. 190-204.

69 Vgl. Marxhausen 2007 (s. Anm. 17).

70 MEW, Bd. 4, S. 461.

71 Ebd., S. 467.

72 Ebd., S. 474.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

VOM LADENHÜTER ZUM LONGSELLER: WIRKUNG UND REZEPTIONSGESCHICHTE DES MANIFESTS

Ein halbes Jahrhundert nach dessen Erscheinen berichtete Friedrich Leßner über die angeblich euphorische Aufnahme des Manifests unter den Londoner Bundesmitgliedern:

„Als das kommunistische Manifest einige Tage vor der Pariser Februar-Revolution in London in deutscher Sprache im Druck erschien, da glaubten die Meisten von uns, die Zeit der Freiheit und Gerechtigkeit sei für immer herangekommen. Mit welchen Hoffnungen wir erfüllt waren, mit welcher Begeisterung wir dann das Manifest aufnahmen, mit welchem Eifer wir es studierten, ist nicht zu beschreiben. Obgleich wir damals den gigantischen Inhalt noch nicht ganz verstehen konnten, fühlten wir doch, daß hier ein Meisterwerk vorlag.“[73]

Inwiefern die Genossen die Ankunft des Manifests tatsächlich als quasireligiöses Erweckungserlebnis erfuhren, kann dahingestellt bleiben. In der breiten Öffentlichkeit blieb das Programm zunächst jedenfalls völlig unbeachtet. Und auch auf die deutsche Linke verfehlte es seine unmittelbare Wirkung. Darauf deutet allein schon die Tatsache hin, dass sich für die gesamte Revolutionszeit in Deutschland kein einziger Nachdruck nachweisen lässt. Der Restbestand der Anfang 1848 in London gedruckten Exemplare reichte offenkundig aus, um die Nachfrage zu befriedigen.[74] Wie aber lässt sich dieser kolossale Fehlstart des späteren Weltbestsellers erklären?

Das Manifest war seiner Zeit nicht einfach nur in intellektueller und stilistischer Hinsicht voraus. Vielmehr verhielt es sich geradezu autopoietisch zur Lebenswelt seines adressierten Publikums. Entgegen der erklärten Absicht ihrer Verfasser gerieten einige Passagen völlig außer Zeit und Raum, buchstäblich utopisch, und mussten somit anfänglich ins Leere laufen. Um nur ein einziges Beispiel zu nennen: Wenn Marx und Engels vom Proletariat als der „ungeheuren Mehrzahl“ sprachen, von Menschen, „die keine Produktionsmittel besitzen und gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um zu existieren“, so hatten sie mit ihrer Beschreibung offenkundig die spezifische Industriearbeiterschaft Englands vor Augen. Mitte des 19. Jahrhunderts entsprach diese Gruppe in ganz Mitteleuropa aber nur einem kleinen Teil der Gesamtbevölkerung. Vor allem in Deutschland steckte die Industri-

73 Leßner, Friedrich: Aus der Entstehungszeit des kommunistischen Manifestes. Persönliche Erinnerungen, in: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1 (1897) H. 10, S. 556-560, hier S. 557 f.

74 Siehe Kuczynski 1995 (s. Anm. 3), S. 138.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

alisierung bekanntlich noch in den Kinderschuhen.[75] Abgesehen von Urformen gewerkschaftlicher Betätigung gab es hierzulande bis 1848 keine schlagkräftige, (sich) selbst bewusste Arbeiterbewegung – was nicht zuletzt an der staatlichen Unterdrückungspolitik während der Reaktionszeit lag. Vor Vereinigungsverboten und Pressezensur, Schikanen und Spitzeleien waren nach dem „Hambacher Fest“ viele politisch Aktive ins Exil geflohen. Hinzu kam, dass auf der Agenda der deutschen „Achtundvierziger“ die Beantwortung der „sozialen Frage“ nicht an prominenter Stelle stand. Unter den 812 Abgeordneten der Paulskirche fand sich kein einziger Sozialist.[76] So aber fehlte den Klängen, die das Manifest anschlug, 1848 noch der Resonanzboden einer entgegenkommenden, sich ja gerade erst entwickelnden, für die sozioökonomischen Problemlagen hinreichend sensiblen Öffentlichkeit.

Zu allem Überfluss machte der Verlauf der revolutionären Phase einige konkrete Voraussagen des Manifests augenblicklich obsolet. Marx und Engels waren vom Ausbruch der Februarrevolution in Paris überrascht worden. Den nächsten Zusammenstoß zwischen Feudalismus und Bourgeoisie hatten die beiden Strategen offenbar auf der anderen Seite des Rheins erwartet. So heißt es im Manifest ausdrücklich: „Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht“. Und angesichts der vermeintlichen Stärke des deutschen Proletariats könne der bevorstehende Sieg der Bourgeoisie „nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution“[77] sein.

Nun ist es weder in Deutschland noch in einem anderen reifen Industrieland jemals zu einer proletarischen Revolution gekommen. Ganz im Gegenteil zerstoben in der Revolution von 1848/49 auch die politischen Hoffnungen des vormärzlichen Liberalismus, vor allem die Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie mit verfassungsmäßig garantierten Grundrechten und Freiheiten. Das deutsche Bürgertum erwies sich als weit weniger revolutionär, als Marx und Engels gehofft hatten. Es ließ sich von den Kommunisten auch nicht zu energischem Vorgehen antreiben. Vielmehr

75 Vgl. die faktenreiche Darstellung dieser Verhältnisse bei Kocka, Jürgen: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990.

76 Siehe Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“. 1815 – 1845/49, München 1996, S. 740.

77 MEW, Bd. 4, S. 493. Schieder hat allerdings darauf aufmerksam gemacht, dass die Formel, Deutschland stehe am Vorabend einer Revolution, eine Standardfloskel deutscher Emigranten im Vormärz gewesen sei. Er mutmaßt deshalb weiter, Marx habe die populäre Prophezeiung lediglich als Konzession an die ungeduldigen Arbeiterführer mit in das Programm hineingenommen; vgl. Schieder 1991 (s. Anm. 15), S. 28 u. S. 38.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verband es sich aus Angst vor einer Radikalisierung der Revolution bereits frühzeitig mit den Mächten der Reaktion.[78]

So führte die (zufällige) Gleichzeitigkeit der Veröffentlichung des Manifests mit der Revolution von 1848 paradoxerweise nicht zu einer Aktualisierung der Schrift, sondern eher zu ihrer „Schnell-Historisierung“[79]. Wegen der Plötzlichkeit und Wucht der Ereignisse konnte das Programm unmittelbar nach seinem Erscheinen innerhalb der eigenen Reihen nicht gründlich und systematisch diskutiert werden und nach dem Sieg der Reaktion war es für einen größeren Kreis bis auf Weiteres in seiner Wirkung suspendiert.

Dennoch diente das Manifest unmittelbar im Anschluss an die gescheiterte Revolution zumindest in Teilen der Arbeiterbewegung erstmals als „grundlegendes Studienmaterial“ (Martin Hundt). Im Londoner „Kommunistischen Arbeiterbildungsverein“ hielt Marx Ende 1849 Vorträge darüber. In Köln wurde ebenfalls mit dem Manifest gearbeitet und im „Genfer Arbeiterverein“ propagierte Wilhelm Liebknecht dessen Inhalte. Zudem gingen die Bundesmitglieder dazu über, neu Eintretende nicht mehr auf die Statuten, sondern auf das Manifest zu vereidigen.[80] In diesem Sinne meldete ein Genosse an Marx: „Es war unsre Bibel, auf welche wir schwören ließen.“[81] Nicht zufällig stieg ab 1850 die Nachfrage, insbesondere nach der Märzansprache der Zentralbehörde, in der hervorgehoben wurde, dass die Auffassung des Bundes, „wie sie [...] im ‚Kommunistischen Manifeste‘ niedergelegt war, als die einzig richtige sich erwiesen hat“[82].

So kam es im November des Jahres 1850, kurz nach der Spaltung des „Bundes der Kommunisten“, zu einem fast zeitgleichen Neuabdruck eines Auszugs des Manifests in der Revue der *Neuen Rheinischen Zeitung* in Hamburg und der ersten englischen Übersetzung in George Julian Harneys „Red Republican“ in London. Beide Veröffentlichungen nannten nun erstmals auch die Namen der zwei Verfasser. Für eine erhebliche Erweiterung des Wirkungskreises sorgte dann die Publikation der dreißig-seitigen Zweitausgabe („Bu30“), die um die Jahreswende 1850/51 in einer Stückzahl von ca. 15.000 Exemplaren illegal in Köln gedruckt und in ganz Deutschland verbreitet wurde. Zur Tarnung war die gesamte Auflage rückdatiert und mit dem Impressum der Erstausgabe versehen worden, weshalb die Forschung

78 Vgl. Kuhn, Axel: Die deutsche Arbeiterbewegung, Stuttgart 2004, S. 54 f.

79 Ritter, Henning: Aussicht auf das große Lebensgesetz. Das Kommunistische Manifest nach 150 Jahren: Schwärmerei für den Weltmarkt und Anleitung zur politischen Untreue, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.1998.

80 Siehe Hundt, Martin: Geschichte des Bundes der Kommunisten 1836-1852, Frankfurt am Main 1993, S. 408.

81 Brief Roland Daniels an Marx vom 19. Juli 1850, in: BdK 2, S. 237.

82 Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März [1850], in: MEW, Bd. 7, S. 244.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lange zu Unrecht davon ausging, es handle sich bei „Bu30“ um einen verbesserten Londoner Nachdruck aus dem Jahr 1848.[83]

In den 1850er und 1860er Jahren erschien das Manifest zwar in einigen weiteren halb- und illegalen Auflagen. Wirklich „entdeckt“ wurde die Schrift aber erst 1872, als es im Leipziger Hochverratsprozess gegen die Führer der deutschen Sozialdemokratie August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Adolf Hepner verlesen wurde, was den Sozialdemokraten erstmals die Möglichkeit eröffnete, den Text als Teil des veröffentlichten Verhandlungsprotokolls legal in großer Stückzahl unter die Leute zu bringen.[84] Auf Drängen der Genossen, vor allem Wilhelm Liebknechts, und als Reaktion auf die Zeit der „Pariser Kommune“ stimmten Marx und Engels nach einigem Zaudern einer neuen Separatausgabe des Manifests zu, die noch im selben Jahr erschien. In einem wahrscheinlich von Engels hastig zusammengezimmerten Vorwort, dem ein gewisser Widerwille durchaus anzumerken war, räumten die beiden Autoren zwar ein, das Programm sei „stellenweise veraltet“. Allerdings hätten „die allgemeinen Grundsätze [...] im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit“. Außerdem sei das Manifest bereits ein „geschichtliches Dokument, an dem zu ändern wir uns nicht mehr das Recht zuschreiben“[85]. In der Tat war es wohl weniger der vermeintliche Respekt vor dem eigenen weltbedeutenden Werk, der bei der Weigerung den Ausschlag gab, den Text nach 24 Jahren noch einmal grundlegend „um[zu]ficken“ (Marx). Vielmehr steckten Marx und Engels einmal mehr bis über beide Ohren in der Arbeit und waren ohnehin der Ansicht, das Manifest habe für die Gegenwart der Arbeiterbewegung nurmehr historischen Wert und sei für den aktuellen Agitationsgebrauch nicht mehr tauglich.[86]

Auf Umschlag und Titelblatt der deutschen Ausgabe von 1872 wurde aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ nun „Das Kommunistische Manifest“. Der Grund für den offiziellen Namenswechsel – intern hatte Engels ja bereits 1847 die Kurzbezeichnung ins Spiel gebracht – lag sicherlich darin, dass es in Deutschland nach der Auflösung des „Bundes der Kommunisten“ im Jahr 1852 keine politische Organisation mehr gab, die sich als „kommunistisch“ bezeichnete. Die Anhänger von Marx und Engels hatten sich 1869 in Eisenach unter dem Logo „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ versammelt. Dass man mit der Umbenennung vor allem die deutschen Verhältnisse im Auge hatte, lässt sich auch daran erkennen, dass die ausländischen Ausgaben im 19. Jahrhundert fast durchweg die Überschrift „Manifest der Kommunistischen Partei“ in der jeweiligen Landessprache beibehielten, während der Kurztitel in Deutschland bis 1933 von allen Linken (Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten) verwendet wurde.[87]

83 Siehe Meiser 1996 (s. Anm. 17), S. 106 f.

84 Siehe Hobsbawm 1998 (s. Anm. 61), S. 12.

85 MEW, Bd. 4, S. 573 f.

86 Siehe Kuczynski 1995 (s. Anm. 3), S. 198 f.

87 Siehe ebd., S. 200.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dass ein kommunistisches Grundsatzprogramm überhaupt von Sozialisten und Sozialdemokraten akzeptiert wurde, hing damit zusammen, dass sich die Bedeutungen der Begriffe im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einander annäherten. Diese Entwicklung wurde im Kaiserreich von Seiten des Staates bewusst oder unbewusst vorangetrieben. So verbot das Sozialistengesetz von 1878 ohne weitere Unterscheidung „sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische" Vereine. Innerhalb der Arbeiterbewegung sah sich Engels dennoch von Zeit zu Zeit gezwungen, das Namenswirrwarr zu entflechten und den Mitstreitern begreiflich zu machen, warum Marx und er sich nicht „Sozialdemokraten" nannten[88] und ihr gemeinsamer Text schlecht „sozialistisches Manifest" heißen konnte.[89]

Obwohl die Ausgabe von 1872 für sich genommen noch nicht die erhoffte Breitenwirkung erzielte, setzte der Text in den folgenden Jahrzehnten, mitgerissen vom rasanten Aufstieg der neuen Arbeitermassenparteien, zu einem beispiellosen Siegeszug um die Welt an. Bis zur Oktoberrevolution 1917 war er bereits in mehreren hundert Ausgaben und ungefähr dreißig Sprachen erschienen, am häufigsten auf Russisch (siebzig), Deutsch (55), Englisch (34) und Französisch (26), aber auch schon in exotischen Übersetzungen wie Armenisch, Chinesisch oder Norwegisch.[90] Lenin jubelte: „Dieses kleine Büchlein wiegt ganze Bände auf: Sein Geist beseelt und bewegt bis heute das gesamte organisierte und kämpfende Proletariat der zivilisierten Welt."[91] So übertrieb Engels sicher nicht, als er das Manifest schon 1888 als „das weitest verbreitete, internationalste Werk der ganzen sozialistischen Literatur" feierte, „das von Millionen Arbeitern von Sibirien bis Kalifornien anerkannt wird"[92].

Interessanterweise hat Eric Hobsbawm anhand der Protokolle der SPD-Parteitage berechnet, dass ausgerechnet die deutschen Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende vergleichsweise wenige Exemplare drucken ließen – zwischen 1895 und 1905 angeblich gerade einmal 16.000 Stück, was angesichts der mehreren hunderttausend Mitglieder und Millionen Wähler der Partei nicht gerade für eine flächendeckende Verbreitung innerhalb und im Umfeld der Organisation sprechen würde. Zum Vergleich: Das „Erfurter Programm" von 1891 erschien in einer Auflage von 120.000 Exemplaren. Hobsbawm möchte damit sagen, „dass Größe und Einfluss der sozialdemokratischen und Arbeiterparteien und die Auflagenhöhe des Manifests keineswegs einander entsprachen"[93]. Engels hatte diesen Punkt freilich ganz anders gesehen und erblickte in der knappen Broschüre, ohne falsche Bescheidenheit, sogar eine Art Seismographen des industriellen Fortschritts in

88 Siehe MEW, Bd. 22, S. 417 f.

89 Siehe MEW, Bd. 4, S. 580.

90 Vgl. Andréas 1963 (s. Anm. 20).

91 Lenin, W.I.: Friedrich Engels, in: Werke, Bd. 2, S. 10.

92 MEW, Bd. 4, S. 580.

93 Hobsbawm 1998 (s. Anm. 61), S. 14.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Welt. In dem Maße, wie dieser voranschreite, wachse unter den Arbeitern auch das Verlangen nach Aufklärung und somit die Nachfrage nach dem Manifest, weshalb der „Entwicklungsgrad der großen Industrie in jedem Land mit ziemlicher Genauigkeit abgemessen werden kann an der Zahl der in der Landessprache verbreiteten Exemplare des ‚Manifests‘“[94]. Gleichwohl darf der Grad theoretischer Durchdringung des historischen Materialismus bei einem durchschnittlichen Mitglied einer marxistischen Massenpartei der „Zweiten Internationale“ (1888-1914) sicherlich nicht überschätzt werden.

Die Situation veränderte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Mit Lenin, und später mit Stalin, gelangte international ein neuer Typus des Parteiführers zum Durchbruch, der neben der Politik gleichzeitig als wichtiger Theoretiker auftrat und seine Entscheidungen auf Grundlage „marxistischer Analysen“ rechtfertigte. In den Parteien der „Dritten Internationale“ (1919-1943) erwartete man nun auch von unteren Funktionären und einfachen Mitgliedern theoretische Kenntnisse der reinen Lehre, was die Verbreitung der Texte von Marx und Engels weiter beflügelte. Anlässlich seines hundertjährigen Jubiläums wurde das Manifest 1948 dann auch im Westen in hohen Auflagen und mit Vorworten angesehener Akademiker veröffentlicht. Obwohl der Kalte Krieg bereits begonnen hatte, galt der Text nicht länger nur als klassisches Dokument des Marxismus. Er war vielmehr „ein politischer Klassiker schlechthin“ (Hobsbawm) geworden, der sogar davon profitierte, dass eine der beiden Supermächte für sich in Anspruch nahm, die marxistische Ideologie zu repräsentieren. Dieser Umstand steigerte seinen Einfluss auch auf die westliche politische Wissenschaft erheblich. Die Arbeiten von Marx und Engels wurden in die Curricula der Universitäten aufgenommen und fanden unter den Intellektuellen der sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts ihr enthusiastischstes Publikum.[95]

Für die deutsche Arbeiterbewegung wurde das Manifest nach 1945 dagegen zu einem Symbol der Spaltung. Die hierzulande nach dem Zweiten Weltkrieg herausgegebenen Ausgaben unterschieden sich allein rein äußerlich. Während die Kommunisten – in der DDR ebenso wie in der alten Bundesrepublik – der Praxis der Sowjetunion folgten und die lange Bezeichnung „Manifest der Kommunistischen Partei“ benutzten, knüpften die anderen Ausgaben, vor allem jene der SPD, an die frühere Kurzbezeichnung an.[96] In der sowjetischen Besatzungszone wurde das Manifest allein zwischen November 1945 und Juni 1946, also innerhalb von nur acht Monaten, 700.000 mal veröffentlicht, mehr als in den 100 Jahren zuvor in ganz Deutschland. Bis Ende der 1980er Jahre soll sich die Zahl der insgesamt in der DDR herausgegebenen Exemplare dann auf sage und schreibe sieben Millionen be-

94 MEW, Bd. 4, S. 587.

95 Siehe Hobsbawm 1998 (s. Anm. 61), S. 15 ff.

96 Vgl. Kuczynski 1995 (s. Anm. 3), S. 200.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

laufen haben.[97] Die marxistische Geschichtsschreibung reklamierte das rechtmäßige Erbe des Manifests als „unversiegbaren Kraftquell der Arbeiterklasse“[98] für die SED und zog eine direkte Legitimationslinie zurück über die KPD in der Weimarer Republik, Erfurt 1891 und Eisenach 1869 bis hin zum „Bund der Kommunisten“, in dem sie die erste revolutionäre proletarische Partei erblickte.[99] Dementsprechend erbittert fielen die Angriffe gegen „imperialistische und rechtssozialdemokratische Ideologen“[100] aus, die den Parteistatus des Kommunistenbundes in Frage stellten oder es wagten, dessen historische Bedeutung bei der Entstehung des Manifests und in der Revolution von 1848/49 zu relativieren.

ZUM SCHLUSS: REVOLUTIONÄRES BEWUSSTSEIN UND DIE SCHRIFTKULTUR DES SOZIALISMUS

So hat das Kommunistische Manifest fürwahr einen langen Weg zurückgelegt – vom kaum beachteten Pamphlet zweier nach Anerkennung strebender Revolutionäre zum inoffiziellen Gründungsdokument einer der wirkungsmächtigsten Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts. In der Tat lässt sich der zwar späte, dann aber umso vollständigere Siegeszug des Manifests allein aus seiner politischen und historischen Kontextualisierung nicht hinreichend erklären. Gewiss, als der Marxismus für die meisten europäischen Arbeiterparteien zur offiziellen Weltanschauung wurde, bot sich das Manifest schon deswegen an, weil es aufgrund seiner Kürze leichter zu popularisieren war als andere Arbeiten des ansonsten sehr sperrigen Marx’schen Werkes. Und in den Staaten des „real existierenden Sozialismus“ wurde es auch darum so stark rezipiert, weil es eben nicht nur das genialische Traktat zweier exaltierter Außenseiter war. Als offizielle Auftragsarbeit des „Bundes der Kommunisten“ bezeugte das Manifest eine Kontinuitätslinie, welche die repressiven Staatsparteien des Ostblocks als legitime Nachfahren einer

97 Vgl. Merkel, Renate: Einführung in Marx’ und Engels’ Schrift „Manifest der Kommunistischen Partei“, Berlin 1986, S. 6.

98 Dlubek, Rolf/Nagl, Editha/Werchan, Inge: Ein unversiegbarer Kraftquell der Arbeiterklasse. Zur Wirkungsgeschichte des Kommunistischen Manifests in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 15 (1973), S. 197-228.

99 Vgl. Bartel, Horst/Schmidt, Walter: Zur Entwicklung der Auffassungen von Marx und Engels über die proletarische Partei, in: Bartel, Horst et al. (Hg.): Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S. 7-101, hier S. 30 ff.

100 Dlubek, Rolf: Das Kommunistische Manifest in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Bartel, Horst et al. (Hg.): 125 Jahre Kommunistisches Manifest und bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49, Berlin 1975, S. 23-41.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

aus dem Untergrund operierenden revolutionären Bewegung auszuweisen schienen.

Und doch: In diesen wenigen Seiten liegt bis heute auch ein Zauber, der sich allen historischen und soziologischen Erklärungsversuchen verweigern will. Die einprägsame Metaphorik, die kontrafaktische Denkweise, durch die das Manifest einen unbedingten Geschichtsglauben vermittelte, der Beschleunigungsstrudel, den es auch mit seinen stilistischen Mitteln erzeugte – das alles erklärt, dass es selbst aus dem Konvolut der unzähligen Weltverbesserungsschriften des 19. Jahrhunderts noch einsam herausragt.

Bei aller Singularität steht das Manifest anderseits jedoch auch stellvertretend für das Zeitalter der großen Erzählungen. Es ist überdies womöglich auch kein Zufall, dass gerade aus der Kultur des Sozialismus ein solcher Text hervorging. Das Kommunistische Manifest wird häufig mit dem Koran und der Bibel verglichen, doch in einem Punkt ist der Unterschied sehr markant: Während die heiligen Schriften der Weltreligionen von vielen laut gesprochen, doch nur von wenigen gelesen wurden – sie also einem Zeitalter entstammen, in dem aufgrund der nur sehr partiellen Alphabetisierung weiterhin die mündliche Überlieferung dominierte –, betrat das Manifest die historische Bühne im Jahrhundert der Schriftlichkeit, als Texte von vielen Menschen bereits selbst gelesen werden konnten.

Auch darin war der Sozialismus natürlich ein legitimes Kind der Moderne, denn er war wohl im buchstäblichen Sinne eine „Schriftkultur“. In der Arbeiterbewegung besaß vor allem das Buch lange etwas Heiliges; für die ersten Generationen bildungsbeflissener sozialdemokratischer Facharbeiter dokumentierte ein volles Buchregal noch den sozialen Aufstieg – erst zum Ende des 20. Jahrhunderts wechselten die Statussymbole merklich ins Profane. Für viele Aufsteiger aus dem Milieu der Arbeiterbewegung schien der aussichtsreichste Weg aus den Fabrikhallen eine feste Anstellung als Redakteur bei einer der zahlreichen Parteizeitschriften zu sein. Und es waren, nicht nur in Deutschland, vor allem eben jene Parteiredakteure, über die im Milieu der Arbeiterbewegung die ideologische Selbstverständigung funktionierte. Unlängst erst hat Régis Debray darauf hingewiesen, dass das besondere Verhältnis der sozialistischen Bewegung zum geschriebenen Wort jedoch nicht nur in der Pionierarbeit vieler Journalisten, Schriftsteller und sonstiger intellektueller Textproduzenten zum Ausdruck kommt, sondern viel eher noch in der erstaunlichen Zahl von Schriftsetzern, Buchhändlern und Bibliothekaren: So scheint von Anfang an ein buchstäblich sinnliches Verhältnis zur Schrift entstanden zu sein.[101] Lesen bedeutete ein Stück Emanzipation und Befreiung und auch deswegen sahen es viele Gründungsväter der Arbeiterbewegung als ihre primäre Aufgabe an, andere zum Lesen zu animieren. „Hast Du vergessen, dass das Buch dein Befreier ist?“, mahnt der Dichter

101 Debray, Régis: Socialism: A Life Cycle, in: New Left Review, Jg. 46 (Juli/August 2007), S. 1-13, online einsehbar unter: http://www.newleftreview.org/?view=2676 [eingesehen am 05.06.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

jenen französischen Arbeiter, der in Victor Hugos Gedicht „A qui la faute“ die französische Nationalbibliothek in Brand stecken will.

Und in gewisser Hinsicht war es tatsächlich das Medium selbst, das von Bedeutung war: die Art wie es funktionierte und was es im Bewusstsein eines Menschen verändern konnte. Wer liest, auch das hat Debray jüngst in Erinnerung gerufen, der ist gezwungen, den Strom alltäglichen Lebens anzuhalten oder wenigstens zu verlangsamen.[102] Das Lesen verschafft eine Autonomie und Distanz zu den Dingen, die reine visuelle Bilderwelten und auch die Kommunikation von Angesicht zu Angesicht niemals bieten können. Lesen verlangt die Fähigkeit, zwischen Abstraktion und Anschaulichkeit wechseln zu können, erfordert in besonderer Weise Phantasie und Imaginationskraft. Durch das Lesen kann daher ein ganz und gar atemberaubender und radikaler, ja unerhörter Gedanke wachsen: dass die Welt vielleicht auch eine ganz andere sein könnte und dass fast alles in ihr, einschließlich ihrer vordergründig natürlichen Beschaffenheit, in Wahrheit von Menschenhand gemacht und daher auch von Menschenhand geändert werden kann. „Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern“, heißt es in den letzten Sätzen des Manifests. „Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“ Wer das Kommunistische Manifest auch heute noch mit frischen Augen liest, der bekommt eine Ahnung, in welch grandioser Weise das Wort einmal den Sinn für andere Möglichkeiten und radikale Alternativen schärfen konnte. „150 Jahre Kommunistisches Manifest sind 150 Jahre Tabula rasa und Zerstörungswünsche“, raunte der linke Schriftsteller Robert Misik zum Jubiläum 1998. Es war wehmütig gemeint – heute, da jene andere Welt, von der Marx und Engels schrieben, außerhalb unserer Vorstellung liegt.

102 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Kunst des Manifestierens

Marinetti und das „Futuristische Manifest“

MATTHIAS MICUS / KATHARINA RAHLF

„Lustvolle Zerstörung“ titelte die *Zeit*, die *Berliner Morgenpost* rief „Größe und Wahn der Kunst“ in Erinnerung und der *Tagesanzeiger* besann sich auf eine Zeit, als „die Kunst schnell und modern sein wollte“[1] – im Jahr 2009 feierte das „Futuristische Manifest“ seinen 100-jährigen Geburtstag. Und in Deutschland fand sich so gut wie keine Tageszeitung, die diesem Datum nicht einen eigenen Artikel widmete. Offenbar ist die Faszinationskraft dieses Schriftstücks auch nach einem Jahrhundert noch groß genug, um die Feuilletonredaktionen der deutschen Medien in seinen futuristischen Bann zu ziehen.[2] Schließlich könne man in der Gegenwart „überall futuristische Spuren“[3] finden, weshalb die Futuristen selber über diese „großartige Zeit“ „lauthals schwärmen“ würden. Und obgleich man sich heute vermutlich über diese „Hetzer! Fanatiker! Brandgefährliche Barbaren!“[4] empören würde, folgt der beschämte Einwand: Im Grunde „stehen [die Futuristen] uns nahe, viel näher, als uns lieb sein kann. […] Sie haben die kruden Manifeste ja nur geschrieben; wir aber leben danach: [Fast alles von heute] haben die Futuristen vorweggenommen.“[5] Auch die *tageszeitung* bescheinigte dem

1 Klüver, Henning: Als die Kunst schnell und modern sein wollte, in: Der Tagesanzeiger, 17.02.2009; Rauterberg, Hanno: Lustvolle Zerstörung, in: Die Zeit, 12.02.2009; Lepenies, Wolf: Größe und Wahn der Kunst, in: Berliner Morgenpost, 23.02.2009.

2 Auch die *Süddeutsche Zeitung*, der *Tagesspiegel*, gar das *Manager Magazin* veröffentlichten Jubiläumsbeiträge, im Rundfunk waren Sonderbeiträge zu hören und im Berliner Martin-Gropius-Bau konnte man in der zweiten Jahreshälfte die Ausstellung „Sprachen des Futurismus“ besichtigen, begleitet von einem opulenten Katalog; vgl. dazu Berliner Festspiele GmbH (Hg.): Die Sprachen des Futurismus. Literatur, Malerei, Skulptur, Musik, Theater, Fotografie, Berlin 2009.

3 Rauterberg, Hanno: Lustvolle Zerstörung, in: Die Zeit, 12.02.2009.

4 Ebd.

5 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

futuristischen Programm eine nach wie vor „große[] Aktualität“[6]; der Theologe Jochen Wagner pries das Manifest gar als „Evangelium der Moderne“[7]. Angesichts martialischer Zeilen wie: „Wir wollen den Krieg verherrlichen – diese einzige Hygiene der Welt“ oder: „Wir wollen die Liebe zur Gefahr besingen“ sowie des zutiefst nationalistischen und chauvinistischen Tonfalls, der aus Aufforderungen zur Verherrlichung des „Militarismus, des Patriotismus“ und der „Verachtung des Weibes“ spricht, sind solche Elogen zumindest fragwürdig. Die Interpretation des Futurismus als erstaunlich zutreffende Prophezeiung aber hat zweifellos ihre Berechtigung.

Ein Mann dürfte sich wohl, würde er noch leben, über diese Jubiläumseuphorie ganz besonders freuen: Filippo Tommaso Marinetti. Ihm nämlich verdankt sich das Phänomen „Futurismus“. Mit solch überbordendem Selbstbewusstsein gesegnet, derart maßlose Vorstellungen unverhohlen öffentlich kundzutun, waren er und seine skrupellosen Ambitionen die treibende Kraft hinter der futuristischen Bewegung.[8] In gewisser Weise war Marinetti einzigartig. Der selbsterklärte Manifestier-Virtuose, der als Literat eigentlich der zivilgesellschaftlichen Sphäre entstammte, kommerzialisierte unter Rückgriff auf sein stattliches Privatvermögen binnen kurzer Zeit die Kultur des Manifeste-Schreibens, indem er zielgerichtet den Idealismus seiner Anhänger instrumentalisierte. Die erfolgreiche Erlangung zeitgenössischen wie historischen Ruhmes bezeugt den karrieristischen Profit, den Marinetti aus dem politischen-künstlerischen Manifestieren zu schlagen wusste. Es ist daher sicherlich nicht übertrieben, ihn als Experte des Manifestierens zu bezeichnen. Als solche ist sein Fall eine ausführlichere Betrachtung wert.

MODERNITÄTSVISIONEN: ZEITGEIST UM 1900

Das „Manifest du Futurisme“ prangte erstmalig am 20. Februar 1909 auf der Titelseite der französischen Tageszeitung *Le Figaro*. Erst drei Jahre später, im April 1912, erschien es, in deutscher Übersetzung und als gekürzte Fassung, in der Berliner Kunstzeitschrift *Der Sturm*. Während dieses in Deutschland eher mit bescheidener Wirkung von den Zeitgenossen registriert wurde, auch deutschsprachige Zeitungen heute durchweg das Figaro-Jubiläum zelebrieren, schaffte es das Futuristische Ur-Manifest des Jahres 1909 – viele weitere sollten noch folgen – in die Annalen der Weltgeschich-

6 Schramme, Thomas: Wir fühlen uns aus Stahl erbaut, in: die tageszeitung, 18.02.2009.

7 Wagner, Jochen: Alles ist knapp: Leben, Raum, Zeit. Drum gib GAS!, in: Welt am Sonntag, 15.02.2009.

8 Vgl. bspw. Lönne, Karl Egon: Die Futuristische Bewegung als Wegbereiter des italienischen Faschismus, in: Zeitgeschichte, Jg. 18 (1990/91), H. 5-6, S. 109-122, hier S. 112.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

te. Wie aber kam es dazu, nur wenige Jahre vor der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“[9], dem Ersten Weltkrieg?

Fortschritt, Mobilität, Moderne – diese Begriffe charakterisieren prägnant die Zeit um 1900. Eine Zeit, in der unentwegt neue Erfindungen einander jagten, permanent Geräte und Maschinen den technischen Entwicklungsstand vorantrieben und den Alltag von Grund auf umkrempelten. Elektrisches Licht, Automobile und Straßenbahnen veränderten spürbar das Erscheinungsbild der Städte. Alles wurde heller, schneller und lauter. In diesem unruhigen Stadium der westeuropäischen Gesellschaften rollte der Fortschritt „wie eine Dampfwalze durch die Geschichte, Erfindungen […] revolutionierten […] das Leben überhaupt“[10] – alles schien möglich, dem Zukunftsoptimismus waren keinerlei Grenzen gesetzt[11] und die „vom Fortschrittswahn elektrisierte[n] Massen erhoben um 1900 Zukunftsvorhersagen zum Volkssport – je schriller, desto besser“[12]. Revolutionäre Neuerungen versetzten die Menschen in einen zukunftsoptimistischen Taumel, die Jahrtausendwende markierte eine kulturell pulsierende Phase ekstatischer Freude an Phantasie, eine „Ära, in der jedermann Visionär sein konnte“[13].

VON FRUSTRATION UND AMBITION: WIE MARINETTI BEGANN, MANIFESTE ZU SCHREIBEN

Inmitten dieser stürmischen Hochkonjunktur gesellschaftlicher Visionen fristete ein italienischer Bürgersohn ein unbefriedigtes Dasein: Marinetti. Als Spross wohlhabender Eltern entstammte er dem gehobenen italienischen Bürgertum.[14] Sein Vater war ein international gefragter Anwalt, der sein ohnehin stattliches Vermögen gerüchteweise durch dubiose Quellen, darunter Einkünfte aus ägyptischen Bordellen, erklecklich aufgebessert hatte. Mit diesem Familienhintergrund war Marinetti ein mondäner Lebensstil bereits in die Wiege gelegt. 1876 Alexandria geboren, verbrachte er dort seine Kindheit und frühe Jugend, kam dabei aber schon früh mit der Sprache und

9 Wehler, Hans-Ulrich: Notizen zur deutschen Geschichte, München 2007, S. 28.

10 Grothe, Solveig: Vision Possible, in: Spiegel Online/einestages, 26.06.2009, online einsehbar unter: http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/4378/vision_possible.html [eingesehen am 09.08.2010].

11 Vgl. Blom, Phillip: Der taumelnde Kontinent. Europa 1900 bis 1914, München 2009, S. 303.

12 Grothe, Solveig: Vision Possible, in: Spiegel Online/einestages, 26.06.2009, online einsehbar unter: http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/4378/vision_possible.html [eingesehen am 09.08.2010].

13 Ebd.

14 Zur Biographie Marinettis, seiner Jugend und dem familiären Hintergrund vgl. bspw. Demetz, Peter: Worte in Freiheit. Der italienische Futurismus und die deutsche literarische Avantgarde 1912-1934, München 1990, S. 43 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kultur Frankreichs in Berührung. Denn, wie damals typisch für den begüterten italienischen Nachwuchs, erfolgte seine Erziehung auf Französisch. Früh war ihm auch ein rebellischer Hang zur Aufmüpfigkeit zu eigen, der sich auf der alexandrinischen Jesuitenschule zeigte, die er aufgrund „religionskritischer Aktivitäten“ verlassen musste und zum Abschluss seiner Schullaufbahn nach Paris wechselte. Nach dem Abitur beabsichtigte er zunächst, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten und begann ein Studium der Rechtswissenschaften in Mailand. Offenbar behagte ihm die ebenso bedächtige wie pedantische Beschäftigung mit Paragraphen jedoch wenig und die Aussicht auf eine juristische Karriere daraufhin noch viel weniger. Der literarisch gebildete Marinetti kehrte also der Anwaltslaufbahn ohne konkrete Berufsaussicht den Rücken zu, siedelte zurück nach Paris und gab sich dort fortan ausschließlich seinem bisherigen „Hobby“ hin: der Poesie.

Schon zuvor hatte sich Marinetti mit der französischen Diskussion um den „vers libre“ beschäftigt und beabsichtigte nun, maßgeblich zur Fortentwicklung dieser Theorie der reimlosen Dichtung beizutragen. Bescheiden war Marinetti nie: Völlig frei von Selbstzweifeln fühlte er sich dazu berufen, den lebhaften Diskurs französischer Literaten „in die stagnierenden italienischen Verhältnisse [zu] lenken“[15]. Gleichzeitig begann er, der sich selbstbewusst als höchst talentierter Literat begriff, mit großem Eifer eigene Gedichte zu verfassen. Dass diese Werke innerhalb der Zunft keineswegs als brillant galten, ja zuweilen eher belächelt wurden, störte ihn – zunächst – wenig. Schließlich war er, anders als die meisten seiner Künstlerkollegen, aufgrund des umfangreichen väterlichen Erbes nicht darauf angewiesen, sich mit seiner Dichtkunst auch den Lebensunterhalt zu verdienen und konnte sich so den musischen Luxus einer unrentablen Freizeitbeschäftigung leisten.[16] Und wie gezeigt, war er mit einem so „ungeheuren Glauben an sich selbst gesegnet“[17], dass er für ausbleibenden Erfolg nicht etwa mangelndes Talent seinerseits, sondern ausschließlich Ignoranz und Unfähigkeit seiner Kritiker verantwortlich machte. Und so reagierte der junge Marinetti auf die mangelnde Anerkennung seines Schaffens auch nicht etwa mit einem Rückzug aus den Künstlerkreisen – er beschloss, im Gegenteil, nun obendrein in anderen Sparten aktiv zu werden und stürzte sich in der festen Absicht, die Aufmerksamkeit nicht weniger als der gesamten Kulturszene auf sich zu ziehen und dabei bekannt und berühmt zu werden, mit Elan in neue Ausdrucksformen.[18]

15 Ebd., S. 45.

16 Vgl. ebd., S. 28.

17 Blom 2009 (s. Anm. 11), S. 300 ff.

18 Im Übrigen war Marinetti selbst eine äußerst hektische Erscheinung: Er „blickte schnell herum, mit raschen, funkelnden, vielleicht misstrauischen, aufgeregten Augen in einem weichen, sich immer wieder spannenden und festigenden blassen Gesicht“; vgl. Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 53.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Als das Mittel, das ihm für dieses ambitionierte Unterfangen am geeignetsten schien, sah er das Manifest. Ließen sich damit doch gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens war für Marinetti ein Manifest als solches bereits ein künstlerisches Erzeugnis und somit eine geeignete Möglichkeit, literarisches Können unter Beweis zu stellen. Zweitens konnte er hier unmissverständlich seine künstlerischen Ideen präsentieren. Drittens war ein Manifest zudem für ihn als unterzeichnender Verfasser eine willkommene Gelegenheit, Aufmerksamkeit auf die eigene Person zu lenken und Werbung in Sachen „Marinetti“ zu machen. Ein geradezu kindlich-naiver Glaube an die eigene künstlerische Begabung bescherte der Menschheitsgeschichte also ihren ersten Manifest-Unternehmer.

War er ein eher zweit- oder drittklassiger Künstler und wäre er wohl ein noch unbedeutenderer Jurist geworden, so verstand er sich auf sein neues Betätigungsfeld, das Manifestieren, doch ausgesprochen gut. Ja, Marinetti wusste den Zeitgeist dieser „Schlüsselepoche, in der sich die Welt stärker veränderte als in jeder Etappe der Menschheitsgeschichte zuvor“[19], geradezu perfekt für seine Interessen zu nutzen. Die Gesellschaft befand sich nicht bloß in einem turbulenten Zustand schneller Bewegung, berauschte sich nicht allein an technischen Sensationen wie dem „rasende[n] Automobil, das sich zuletzt wie in einem James-Bond-Film über die Erde erhebt“[20]. In Italien brach sich ein intellektueller Nationalismus Bahn, Patriotismus und Militanz bestimmten die Mentalität vieler Menschen am Vorabend des Ersten Weltkriegs.[21]

HYSTERISCHER ZERSTÖRUNGSFUROR UND OMNIPOTENTER CHAUVINISMUS

In eben dieses „geistige Klima brach nun der Futurismus ein mit seinen marktschreierischen Parolen, seinen Propagandamethoden und seiner unverhohlenen Begeisterung für diese industrialisierte, dynamische und brutale Welt“[22]. Marinetti bot einen ideologischen Rahmen für das ziellose Aufbruchs- und Umsturzverlangen seiner italienischen Landsleute. Und die nihilistische Bohème adaptierte das als „futuristisch“ firmierende Gedankengut unverzüglich und begeistert. Denn Marinetti attackierte frontal die

19 Grothe, Solveig: Vision Possible, in: Spiegel Online/einestages, 26.06.2009, online einsehbar unter: http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/4378/vision_possible.html [eingesehen am 09.08.2010].

20 Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 53.

21 Vgl. Schieder, Wolfgang: Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland, Göttingen 2008, S. 61 f.

22 Eltz, Johanna: Der italienische Futurismus in Deutschland, 1912-1922, Bamberg 1986, S. 131.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„morsche bürgerliche Gesellschaft Europas“[23] und kündete feierlich von der Zerstörung ihrer fundamentalen Institutionen – so agitierte er „gegen die Monarchie und das Papsttum, aber auch gegen den bürgerlichen Parlamentarismus und die Republik“[24]. Sein Manifest reflektierte die damalige Stimmung, erfasste exakt den Zeitgeist und dessen Sujets.[25] Denn auch der Futurismus „rühmt […] die Großstadt als den Ort, an dem moderne Werte geschaffen werden“[26], bestätigte das allerorten vorhandene Gefühl, vor einer historischen Wende zu einem neuen Zeitalter zu stehen. Er betrieb jene „Maschinenanbetung“[27], die viele seiner Leser selbst zelebrierten. Das Futuristische Manifest mutete auf diese Weise seinerseits wie eine Maschine an, eine „Dampfwalze, die alles platt machte, ohne Sinn für das Wohin der planierten Gegenwart“[28]. Meisterhaft fasste das Manifest die zeitgenössische Technikeuphorie in markante Worte, schlug dabei aber auch eine noch schrillere, fast hysterische Tonlage an und steigerte die Faszination von Geschwindigkeit, Umsturz und Gewalt ins Extreme. Kein Wunder also, dass „zahlreiche Leser begeistert von dieser kraftvollen Prosa“ waren, denn „endlich wurden die Werte der alten Garde gestellt, und das nicht in einem kleinen Gedichtband, sondern in einer Zeitung mit einer Auflage von mehreren hunderttausenden Exemplaren“[29]. Besonders bei der – männlichen – Jugend stieß das Manifest auf offene Ohren, spiegelte es doch genau das Lebensgefühl der jungen Generation wider:[30] den chauvinistischen „Nexus zwischen schnellen Maschinen und sexueller Potenz“[31], die naive Gewaltverherrlichung und avantgardistische Abkehr von den überkommenen Institutionen oder den enthusiastischen Aufbruch ins Ungewisse.

DYNAMISCH, SIMULTAN UND AGGRESSIV: STILPRINZIPIEN DER FUTURISTISCHEN KUNST

Auch und gerade für etliche Künstler war Marinettis Manifest – gewissermaßen als Verschriftlichung ihres künstlerischen Wirkens – von großer Attraktivität und wurde zum Referenzpunkt einer modernitätsfixierten Künst-

23 Ebd., S. 12.

24 Schmidt-Bergmann, Hansgeorg: Die Anfänge der literarischen Avantgarde in Deutschland. Über Anverwandlung und Abwehr des italienischen Futurismus, Stuttgart 1991, S. 77.

25 Vgl. u.a. Lönne 1990/91 (s. Anm. 8), S. 110.

26 Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 35.

27 Blom 2009 (s. Anm. 11), S. 300 ff.

28 Schramme, Thomas: Wir fühlen uns aus Stahl erbaut, in: die tageszeitung, 18.02.2009.

29 Blom 2009 (s. Anm. 11), S. 300 ff.

30 Vgl. Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 37.

31 Blom 2009 (s. Anm. 11), S. 318.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lerszene. Maler wie Giacomo Balla gerierten sich „mit echt futuristischer Geringschätzung für das Alltägliche“ und „waren nicht an ihrem Objekt interessiert, das nichts weiter war als ein vergänglicher Moment in der Masse, sondern nur an der reinen Bewegung, deren Träger dieses Objekt war“.[32] Sie verkörperten den Futurismus mit seinem destruktiven Gestus, dem zufolge „auch in der alltäglichen Realität nichts stabil und beständig sein konnte“, hervorragend. Und für sie kam das Futuristische Manifest wie gerufen, konnten sie mit ihm doch eine mentale Allianz eingehen. Der Futurismus war eine Kunstgattung, der sie sich sinnerfüllt verschreiben konnten, waren doch ihre Arbeiten gänzlich futuristisch: „zerrissen, durchzuckt von ungeordneten und unverdauten Informationen und Bildelementen, die als Geräusch, Collage, Zitat oder Zufallsfunde sich in ihre Texte … drängten, vibrierende Formen und implodierende Figuren, deren innerster Kern aus nichts bestand als aus einer brabbelnden Masse an zufälligen Objekten, Gestalten und Eindrücken, eine explodierende Supernova aus verbalem Schrapnell“[33]. Das künstlerische Grundprinzip, das dem Futurismus zugrunde lag, lässt sich – natürlich stark vereinfacht – auf die beiden Begriffe „Dynamik“ und „Simultaneität“ herunterbrechen. Statt romantisch-verklärter Naturdarstellungen, detailgetreuer Wiedergabe statischer Szenen in der Malerei oder, vor allem in der Literatur, dem Befolgen starrer Regeln, etwa einer festgelegten Versmaß-Systematik, sollte nun „die Wirklichkeit in die Kunst“ gebracht werden. Der Futurismus hielt nichts vom esoterischen Abtauchen in subjektive Innerlichkeit – der Künstler sollte sich in die alltägliche Realität stürzen und diese genauso energiegeladen, in all ihren gleichzeitigen Bewegungen und Brüchen wiedergeben – Konfrontation statt Kontemplation also. Zu den bevorzugten Motiven gehörten Maschinen und Fahrzeuge, Schauplatz war immer wieder die Großstadt. In Gedichten versuchte man, das alte Formkorsett abzuschütteln, an dessen Stelle nun „onomatopoetische Elemente“ traten, Aneinanderreihungen lautmalerischer Silben, man vertonte die Klangwelt der modernen Welt. Den Fortschritt zeigen mit seiner ganzen Unaufhaltsamkeit, seinem Tempo – und mit seiner Härte und Brutalität – das war das Ziel der Futuristen. Und so kehrten auch Referenzen an die Szenerie des „modernen“ Krieges immer wieder – denn kaum etwas symbolisierte aus Futuristen-Sicht die Moderne so gut wie technisch perfektionierte Kriegsmaschinerie und stakkatoartige, alles durchdringende Gewehrsalven. Diese Gewaltfixierung, der typisch aggressive Gestus[34] waren dabei höchst affirmativ; man wollte nicht etwa auf die Schattenseiten des Großstadtlebens aufmerksam machen, auf moralische Verderbtheit oder Gefühlskälte, d.h. negative Fortschrittsfolgen anprangern, wie es beispielsweise die Expressionisten taten. Schließlich bejahte, ja zelebrierte man die Moderne mit all ihren Exzessen – und wollte sie weiter auf die Spitze treiben.

32 Hier und folgend ebd., S. 302.

33 Ebd., S. 329.

34 Vgl. bspw. Lönne 1990/91 (s. Anm. 8), S. 109.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In elf Postulaten wurden die Forderungen und Prinzipien des Futurismus zu Papier gebracht – von der „Schönheit der Geschwindigkeit“ und der des Kampfes ist die Rede, auch von der „Liebe zur Gefahr“ oder der „Vertrautheit mit Energie“. Die futuristische Literatur lebe von der „angriffslustige[n] Bewegung“, in der Dichtung gehe es um „Mut, Kühnheit und Auflehnung“, überhaupt wolle man „die Museen, die Bibliotheken und die Akademien jeder Art zerstören“ – denn schließlich könne ein „Werk ohne aggressiven Charakter […] kein Meisterwerk sein“. Gesteigert münden diese Umbruchszenarien in die Feier der „vielstimmige[n] Flut der Revolutionen“. Doch erst durch die Formulierung „Wir wollen …“ erhielt das Manifest den Charakter eines Gemeinschaft suggerierenden Appells. Charakteristisch für die gewaltfixierte Radikalität, die polarisierende Identitätsschöpfung und den revolutionären Anspruch auf Umwälzung der Gesellschaft ist dabei folgender vielzitierter Satz: „Wir wollen den Krieg verherrlichen – diese einzige Hygiene der Welt –, den Militarismus, den Patriotismus, die Vernichtungstat der Anarchisten […].“ Für Marinetti jedenfalls, den Kopf des Futurismus, „erschöpfte sich die neue Kunst nicht in einem neuen Stil“, sie stellte für ihn zweifellos „eine sozial-ästhetische Tendenz, ein Mittel der Revolte gegen die bürgerliche Orientierung am Vergangenen und Überlebten“ dar. Strebte er doch nach einer „Verbindung von Kunst und Politik“ mit dem Ziel einer „gesteigerte[n] Ästhetisierung des politischen Lebens“ – forderte also mehr Möglichkeiten der Einflussnahme in gesellschaftspolitischen Angelegenheiten, d.h. Macht, in den Händen (futuristischer!) Künstler. Ebenso unzweifelhaft bildeten diese eine Avantgarde. Wird der avantgardistische Anspruch forciert, so besteht eine solche Gruppierung „weiterhin darauf, nicht nur die Kunst zu erneuern, sondern die ganze Gesellschaft. [Und] Veränderung der gesellschaftlichen Realität mittels Zerstörung der traditionellen künstlerischen Formen.“

(SELBSTÜBERSCHÄTZTE) AVANTGARDE IN KUNST UND GESELLSCHAFT

Die Futuristen waren also nicht nur eine künstlerische, sondern auch eine gesellschaftliche Avantgarde – oder wollten es jedenfalls sein. Zumindest „seinem eigenen Anspruch nach war der Futurismus eine umfassende Bewegung, eine ästhetische und politische Weltanschauung“. Einlösen konnten sie diesen selbstherrlichen Anspruch jedoch nur bedingt. Zwar ist nicht zu leugnen, dass in „diesem sowohl nach innen als auch nach außen gerichteten Aktionismus ein politisches Krisenbewusstsein zum Ausdruck kam“, welches charakteristisch war für das Italien zwischen 1900 und 1914, dass der Futurismus trefflich gesellschaftliche Stimmungen antizipierte und sich passgenau mit einem gerade entstehenden „intellektuellen Nationalismus“

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verband.[35] Dennoch blieb es meist bei diesem bloßen Aktionismus, die Futuristen schwärmten von einer „großen Zukunft“, konnten jedoch „keinerlei elaboriertes Zukunftsprogramm vorweisen“, auch mangelte es ihnen an einer „tragfähigen Organisationsstruktur.“ Die verbale Überfülle korrespondierte nicht mit einem entsprechenden Ausmaß an greifbaren Aussagen. Der fehlende „Sinn für das Wohin der planierten Gegenwart“ ließ „hellsichtige Zeitgenossen“ schon früh skeptisch werden ob der Tragfähigkeit der futuristischen Ideen.[36] Doch auch an anderen Stellen neigte der Futurismus dazu, sich selbst zu diskreditieren. Im Gegensatz zur Schwammigkeit beim politischen Programm zeichneten sich Anweisungen zur künstlerischen Programmatik durch große Exaktheit und Detailfülle aus. Beispielsweise hatte der Futurismus die Befreiung von überkommenen Vorschriften in der Poesie gefordert – um nun eben solche selbst aufzustellen. Denn so apodiktisch, wie sie ihre Leitsätze präsentierten, ließen diese kaum Raum für andersgeartete Vorstellungen, verfielen ebenfalls in Pedanterie und pressten die Dichtkunst nur in ein frisches Muster; schließlich ist die allzu dogmatische Ablehnung (alter) Autoritäten meist nichts anderes als eine neue autoritäre Vorgabe. Derartige Paradoxien finden sich im Futurismus, seinen Schriften und Programmatiken zuhauf.

HINTER GITTERN MIT DEM DUCE: DIE ERSTAUNLICHE KARRIERE EINES MANIFEST-VIRTUOSEN

Für Marinetti erwies sich das Manifest jedoch letztlich als ein exzellentes Karrierevehikel. Es machte den vormals erfolglosen Literaten „in der italienischen Kulturszene mit einem Schlag bekannt“[37]. In Lexika firmiert er heute als Begründer einer einflussreichen Kunstrichtung, des Futurismus. Der „Duce“ Benito Mussolini machte ihn 1924 zu seinem Kultusminister, 1929 erhob in die Akademie Italiens zu ihrem Mitglied.[38] Kein Wunder, schließlich war Marinetti geschickt vorgegangen und hatte bei jedem seiner Schritte stets sein persönliches Renommee im Blick – und seine Mitgliedschaft ausgerechnet in einer königlich protegierten Institution zeigt, dass er die noch im Manifest polemisch kritisierte Akademisierung ebenso wie seine prinzipielle Ablehnung tradierter Systemelemente im Augenblick eines möglichen Statusgewinns schnell und unbekümmert ignorieren konnte. Obwohl die futuristischen Postulate meist mit „wir“ begannen, was eigentlich

35 Vgl. auch Lönne 1990/91 (s. Anm. 8), S. 109 f.

36 Schramme, Thomas: Wir fühlen uns aus Stahl erbaut, in: die tageszeitung, 18.02.2009.

37 Schieder 2008 (s. Anm. 21), S. 58.

38 Vgl. Eltz 1986 (s. Anm. 22), S. 38. Man spottete „auf den revolutionären Marinetti, der sich mit einem Male Mitglied der königlichen Akademie nennen darf“; Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 41.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf eine Verfassergruppe schließen lässt, war das Manifest doch nur mit einem einzigen Namen unterzeichnet: F. T. Marinetti. Filippo Tommaso Marinetti hatte die Publikation tatsächlich im Alleingang verfasst.[39] Natürlich gab es viele künstlerisch aktive und erfolgreiche Futuristen, von denen einige auch Folgemanifeste verfassten und die sich zum Teil mit Marinetti überwarfen und eigene Deutungen des Futurismus zu etablieren suchten, doch blieb stets Marinetti der Protagonist und die Personifikation des Futurismus – und seiner Manifeste. Insoweit stellt er geradezu den Prototyp eines professionellen Manifestanten dar.

Dennoch benötigte Marinetti eine gewisse Anzahl von Personen, die er als Anführer dominieren konnte. Er schuf sich deshalb eine Gruppe aus Anhängern einer von ihm mitkonzipierten, ja: *manifestierten* Kunstrichtung. In dieser Gruppe setzte er eine Hierarchie durch, an deren Spitze er sich stellen und die er, vielbeachtet und –gerühmt, nach außen vertreten konnte. Gerade im Kunstmetier waren Manifeste hierfür ein oft gebrauchtes Mittel: Denn sie „verpflichten die Mitglieder auf das Programm der Gruppe, simulieren in gewisser Weise den Initiationsprozess und dienen zugleich als Propagandamaterial zur Anwerbung weiterer Anhänger“[40]. Auch Marinetti diente das Manifest als theoretisches, einigendes Band, als Elixier eines Esprit de Corps. Es machte ihn schlagartig zum „Gründer, Direktor und Koordinator der Bewegung“[41]. Und diesen öffentlich erkennbaren Status verteidigte er anschließend vehement. Innerhalb der futuristischen Gemeinschaft agierte er in der despotischen Manier eines kleinen Diktators, der auf alles ein Auge haben wollte, jeden Text redigierte und auf diese Weise manisch „seine unangefochtene Autorität zu wahren“[42] suchte. Dies ging allerdings auf Kosten des Zusammenhalts der Gruppe. Anfängliche Mitstreiter wie Carrà oder Severini zogen, von der ständigen Bevormundung zunehmend genervt, von dannen, um – im nun emanzipierten Selbstverständnis, im Gegensatz zu den „Marettianern“ wahre Futuristen zu sein – eigene Manifeste zu schreiben.[43]

Davon unberührt entwickelte sich Marinetti „zu einem Spezialisten für Manifeste. Aus seiner Feder sind […] Dutzende von Manifesten geflossen und mindestens noch einmal so viele von anderen Autoren hat er redigiert. Es gibt kaum einen Bereich der ästhetischen Produktion, aber auch keinen des gesellschaftlichen Lebens, zu dem M[arinetti] nicht per Manifest Stellung bezogen […] hätte.“[44] Er professionalisierte sich regelrecht zu einem hauptberuflichen Manifestanten und schuf sich seinen einfach eigenen Ex-

39 Vgl. Lönne 1990/91 (s. Anm. 8), S. 114.

40 Malsch, Friedrich W.: Künstlermanifeste. Studien zu einem Aspekt moderner Kunst am Beispiel des italienischen Futurismus, Weimar 1997, S. 173.

41 Ebd., S. 173.

42 Ebd., S. 175.

43 Vgl. ebd., S. 173; vgl. außerdem Eltz 1986 (s. Anm. 22), S. 36.

44 Malsch 1997 (s. Anm. 40), S. 116.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

pertenrang.[45] Sogar Kritiker differenzierten zwischen dem Schriftsteller und dem Maler Marinetti – ersterem wurde Talent attestiert, letzterer galt als weit weniger begabt.[46]

Marinettis Vorgehensweise kann im geschichtlichen Rückblick tatsächlich imponieren. Erstens traf er, wie gesagt, den Nerv der Zeit. Zweitens nutzte er raffiniert das Avantgarde-Konzept für seine Zwecke. Schließlich will sich „jede Avantgarde […] vom Vorhergehenden radikal abgrenzen, will ‚neu' sein im totalen Sinne.“[47] Marinetti instrumentalisierte die Verlockung, sich als Avantgarde zu begreifen und an einer mutmaßlichen Zäsur der Kunstgeschichte teilzuhaben. Auch kanalisierte er die Energien einer vom Fortschrittsoptimismus übermannten Gesellschaft und bot in einer hektischen Umwelt eine Kollektividentität. Der Selbstanspruch, „absolute Originalität“[48] zu besitzen und als eine „ästhetische und politische Weltanschauung“[49] unverwechselbar zu sein, war zweifelsohne attraktiv und verhieß elitäre Distinktion. Als Futurist war man „vorne“, gewissermaßen bereits in einer übermorgigen Zukunft angekommen; auch konnte man sich einer konkreten Gruppe zurechnen, die sich an der „Spitze der europäischen Kunst“[50] wähnte. Dass der Futurismus eigentlich selbstbetrügerisch war, zählte da wenig und konnte von Marinettis Show überdeckt werden – denn obwohl das Manifest eine radikale Abkehr von Systematischem und Konventionellem postulierte, präsentierte es seine Ansichten rundum systematisch und konventionell in Form eines dreizehn Vorschriften umfassenden Katalogs.

Drittens gelang Marinetti, andere Akteure für seine selbstentworfene Künstlergemeinde zu interessieren. So etwa Politiker. Zumindest tendenziell dienten sich die Futuristen dem italienischen Faschismus Mussolinis an, versprachen sich von dessen Machtantritt die Verwirklichung ihrer Ideen in einem neuen Staat, mit einer neuen Gesellschaft.[51] Bereitwillig ließ sich insbesondere Marinetti von den Faschisten weltanschaulich in Dienst nehmen, kandidierte sogar auf einer ihrer Wahllisten und begab sich im Rahmen eines – allerdings nur drei Wochen währenden – Gefängnisaufenthalts in ein gemeinsames Märtyrertum mit Mussolini.[52] Die Hinwendung zur jungen faschistischen Bewegung wirkte plausibel; in ihrem aggressiven und totalitären Gebaren schien sie einem politischen Pendant des Futurismus zu entsprechen. Marinetti freilich tat gut daran, denn die Kameraderie mit den auf-

45 Vgl. ebd., S. 239 f.

46 Siehe Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 20.

47 Schieder 2008 (s. Anm. 21), S. 57.

48 Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 28.

49 Schmidt-Bergmann 1991 (s. Anm. 24), S. 77.

50 Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 16 f.

51 Siehe Eltz 1986 (s. Anm. 22), S. 35.

52 Vgl. Schieder 2008, S. 71 (s. Anm. 21); Schramme, Thomas: Wir fühlen uns aus Stahl erbaut, in: die tageszeitung, 18.02.2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

strebenden Faschisten bot die Chance, zur „Staatskunst“ eines neuen Italien zu avancieren. Später ließ er dann auch keine Gelegenheit aus, an die Wegbereiterrolle seiner Futuristen für das neue Regime zu erinnern.

PR IN EIGENER SACHE: CABRIO-FAHRTEN UND OHRFEIGEN

Viertens aber wusste Marinetti für sein Projekt systematisch die Medien zu nutzen. Mit der Entscheidung für das politische Manifest hatte er zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein damals zeitgemäßes und zweckdienliches Mittel gewählt, um sich in einer vorwiegend von Druckerzeugnissen hergestellten Öffentlichkeit zu präsentieren sowie Reputation und Prestige zu erwerben.[53] Neiderfüllt sahen ihn jene Rivalen in die „Reklametrompete“[54] pusten, die mit ihm um die öffentliche Aufmerksamkeit konkurrierten. Futuristen, so merkten Kritiker an, wären eben „Fanatiker des lauten Erfolgs um jeden Preis“[55] und Marinetti sei „kein Dichter, kein Künstler“[56], sondern „ein Unternehmer“. Marinetti brachte eine „breit angelegte Werbekampagne ins Rollen“[57], in welcher das im *Figaro* publizierte Manifest nur eine Etappe war. Für seinen persönlichen Anspruch, prominent und geachtet zu werden, musste er ja auch aus den kleinen Zirkeln des hermetischen Kunstbetriebs spektakulär ausbrechen und suchte insofern den Kontakt zu möglichst vielen Bevölkerungsschichten.[58] Dazu betrieb er enormen logistischen Aufwand:[59] Seine Manifeste ließ er massenhaft in den Straßen plakatieren und als Flugblätter verteilen, in den Presseredaktionen oder bei anderen Multiplikatoren trudelten sie als Faltblätter ein; zusätzlich engagierte er professionelle Sprecher, die seine futuristischen Leitsätze auf diversen Veranstaltungen und in Theatern verlasen. Obendrein publizierte er Sammelbände futuristischer Manifeste, damit auch ältere Schriften ja nicht in Vergessenheit gerieten und mit denen er gezielt die Rezeption des Futurismus, seine historische Bewertung, steuern“[60] wollte. Etliche Manifeste seiner Abkömmlinge wurden zudem unter der strikten Redaktion Marinettis nachbearbeitet.

53 Vgl. Malsch 1997 (s. Anm. 40), S. 186.

54 Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 25.

55 Ebd., S. 18.

56 Ebd., S. 54.

57 Malsch 1997 (s. Anm. 40), S. 107 f.

58 Marinetti war der „erste, der die Wirkung seines Manifestes gezielt auf ein breiteres Publikum als das literarische im engeren Sinn anlegt“; ebd., S. 105.

59 Siehe ebd. S. 117.

60 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sein „strategisches und werbetechnisches Genie“[61] überließ nichts dem Zufall. Um den begehrten VIP-Status zu erreichen, konnte er auf ein umfangreiches Repertoire wirksamer wie aufsehenerregender PR-Methoden zurückgreifen. Er arrangierte seine Ausstellungen selbst, hielt Vorträge und Lesungen, suchte Meinungsmultiplikatoren persönlich auf und inszenierte sensationelle Aktionen – dazu gehörte beispielsweise eine rasante Fahrt im offenen Cabriolet durch die kaiserliche Reichshauptstadt Berlin, während der er mit dem Ruf: „Eviva Futurista!“[62] futuristische Flugblätter und Plakate in eine staunende Zuschauermenge warf. Marinetti liebte die Provokation, denn sie verschaffte ihm Aufmerksamkeit. Seine Auftritte gestaltete er als Polithappenings, bei denen es auch mal zu Handgreiflichkeiten oder zur Beschimpfung des Publikums kommen konnte.[63] Unter der Ägide Marinettis fielen die Futuristen überdies durch ein extravagantes Erscheinungsbild auf, gerieten dabei allerdings mitunter zu albernen Gecken. Marinetti und sein Kompagnon Boccioni hüllten sich mondän in Smoking und Havelock und benahmen sich im Umfeld sittsamer Bürger zügellos. Andere trugen futuristisch kreierte Anzüge, die schwarzweiß und diagonal zugeschnitten waren.[64] Auch konnte es passieren, dass Boccioni aus dem Nichts heraus Passanten ohrfeigte,[65] ferner ist überliefert, dass Marinetti seinen Kritiker Ardengo Soffici und dessen Redaktionskollegen der *La Voce* in einem Florentiner Café aufsuchte und sie in der spätpubertären Rage eines Halbstarken mit Stockschlägen und Ohrfeigen bedachte.[66] Futuristische Soirées waren nicht weniger spektakulär – „jeden Abend wurden die Weingläser nach dem letzten Schluck an die Wand geschmissen“[67]. Bloß niemals bescheiden und unauffällig zu sein, lautete eine von Marinettis zentralen Devisen, um nicht der Belanglosigkeit anheimzufallen oder gar langweilig zu wirken.

BEWEGUNG GESCHEITERT, MARINETTI ERFOLGREICH

Insgesamt verkettete Marinetti irreversibel seinen Namen mit der Kunstgattung. Seine „Omnipräsenz“ suggerierte den Status eines „offiziellen Sprecher[s] einer kollektiven Meinung“ und führte zu der „Gleichsetzung: Futurismus=Marinetti“.[68] Und dies war wohl auch die nachhaltigste Wirkung des Futurismus. Der „Aktionismus in Permanenz war für die Futuristen iden-

61 Schmidt-Bergmann 1991 (s. Anm. 24), S. 108 f.; vgl. auch Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 14.

62 Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 14.

63 Vgl. Schieder 2008 (s. Anm. 21), S. 59.

64 Vgl. Demetz 1990 (s. Anm. 14), S. 29.

65 Vgl. ebd., S. 15.

66 Vgl. ebd., S. 23 f.

67 Ebd., S. 15.

68 Eltz 1986 (s. Anm. 22), S. 128.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tisch mit Modernität“ – dies genügte jedoch nicht, um tatsächlich eine breite und schlagkräftige gesellschaftspolitische Bewegung in Gang zu setzen oder gar aufrechtzuerhalten. Denn das „große Ganze“ und der „konkrete Plan“ blieben, verpackt in weitschweifige und übersteigerte Formulierungen, weitgehend nebulös. Doch da hatte Marinetti längst überdauernde Bekanntheit erlangt und sich in der Tat wenigstens eine zeitlang ihm Glanz der einst – während der unerfüllten Schriftstellerexistenz – herbeigesehnten Berühmtheit sonnen können. Zweifelsohne war er der Hauptprofiteur futuristischer Kunst: Weder entfaltete der Futurismus eine gesellschaftsrevolutionierende Kraft, noch entwickelte er eine tragfähige Organisationsstruktur, blieb mit kaum mehr als siebzig Anhängern lediglich eine „diffus[e] Bewegung“[69]. Marinetti freilich sprach von einer futuristischen „Bewegung“.[70] Darin lag wohl das größte Talent des künstlerisch Begabungslosen: Etwas real gar nicht Existentes selbstbewusst zu manifestieren.

69 Schieder 2008 (s. Anm. 21), S. 68.

70 Vgl. ebd., S. 69.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das „Manifest der 93“

Ausdruck oder Negation der Zivilgesellschaft?

ULF GERRIT MEYER-REWERTS / HAGEN STÖCKMANN

EINLEITUNG

Am 18. September 1914 erschien in der *Times* eine Erklärung britischer Intellektueller mit dem Titel „Britain’s Destiny and Duty. Declaration by Authors. A Righteous War“. Gegenstand des Textes war vor allem eine massive Kritik an der deutschen Kriegsführung in Belgien mit dem Vorwurf der Barbarei. Am selben Tag wie in Großbritannien wurde die britische Erklärung unter dem Titel „British Authors condemn Germany“ erstmals in der *New York Times* abgedruckt. Zeitgleich war die informationstechnische Anbindung des Deutschen Reiches an Amerika stark eingeschränkt, seitdem Großbritannien die deutschen Überseekabel gekappt hatte, und so entwickelte sich gleich zu Beginn des Krieges in Deutschland die (berechtigte) Furcht, die Deutungshoheit über den Kriegsausbruch an Großbritannien zu verlieren. Die Unterzeichnerschaft mit so berühmten Namen wie H. G. Wells, Rudyard Kipling oder Arthur Conan Doyle verlieh dem Text zusätzliche Autorität und Publizität.

Die britische Erklärung wurde in einem sachlichen und argumentativen Stil verfasst. Die Verletzung der Neutralität Belgiens durch das Deutsche Reich wurde als moralische und praktische Rechtfertigung des britischen Kriegseintritts dargestellt:

„When Belgium in her dire need appealed to Great Britain to carry out her pledge this country’s course was clear. She had either to break faith, letting the sanctity of treaties and the rights of small nations count for nothing before the threat of naked force, or she had to fight. She did not hesitate, and we trust she will not lay down arms till Belgium’s integrity is restored and her wrongs redressed.“[1]

1 „Britain’s Destiny and Duty. Declaration by Authors. A Righteous War“, in: The Times, 18.09.1914, S. 3.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Empörung unter deutschen Intellektuellen rief die These hervor, es sei zu unterscheiden zwischen dem militaristischen, inhumanen Preußentum und der durchaus bewundernswerten deutschen Kultur. Während die britischen Autoren dies möglicherweise durchaus als Verteidigung für ihre zum Teil befreundeten oder zumindest bewunderten deutschen Kollegen intendiert haben könnten, wurde die „Zwei-Deutschland-These" im Reich als Versuch wahrgenommen, einen Keil zwischen den deutschen Staat und seine Kulturträger zu treiben.

Am 4. Oktober 1914 erschien das Manifest „Aufruf ‚An die Kulturwelt!'", unterzeichnet von insgesamt 93 prominenten Vertretern[2] des deutschen Kulturbetriebs, in allen großen Tageszeitungen des Deutschen Reiches. Noch vor seinem Abdruck im Inland wurde der in zehn Sprachen übersetzte Text ins Ausland gesandt, darunter vierzehn neutrale Staaten, in denen die öffentliche Meinung beeinflusst werden sollte.

Der „Aufruf ‚An die Kulturwelt!'" stellt thematisch einen Versuch dar, die Deutungshoheit über die Kriegsschuldfrage, die Verletzung der Neutralität Belgiens und über die Wertung des deutschen Militarismus – nicht zuletzt in der kulturellen Sphäre – vor allem in den neutralen Staaten zu gewinnen, zu denen zu diesem Zeitpunkt immerhin auch noch die USA zählten. Gemein sind „Britain's Destiny" und dem „Aufruf", dass die Unterzeichner aus unterschiedlichen politischen und religiösen Richtungen stammten, sich also die Politik des „Burgfriedens"[3] auch in der Unterzeichnerschaft manifestierte. Dennoch zeigt das „Manifest der 93" einen anderen Stil und sozio-kulturellen Hintergrund der Manifestanten als sein britisches Pendant. Verglichen mit dem durchaus offensiven, argumentierenden Stil von „Britain's Destiny" ist der Aufruf zwar inhaltlich eher defensivrechtfertigend, doch im sprachlichen Duktus aggressiver. Hierin zeigen sich nicht nur kulturelle Hybris und deutsches Sendungsbewusstsein, sondern auch der unbedingte Versuch, die eigene politische und gesellschaftliche Form – selbst irrational – zu verteidigen.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass das Manifest der 93 vor dem Hintergrund der sich militarisierenden wilhelminischen Gesellschaft als Ausdruck einer weitgehend staatskonformen akademischen Kaste zu erklären ist. Die Intention der Verfasser, die öffentliche Meinung in den gegnerischen Nationen zugunsten Deutschlands zu beeinflussen, scheiterte. Im Ausland erschien das Manifest nurmehr als Bekenntnis der deutschen Akademiker zur deutschen Kriegsführung, im Kaiserreich hingegen reihte es sich ein in den allgemeinen Tenor der Kriegsbegeisterung. Der oppositionelle Charakter des Manifests bestand nur gegenüber dem gegnerischen Ausland, einen Diskurs vermochte es nicht zu initiieren.

2 Daher später auch bekannt als Manifest der 93.

3 „Burgfrieden" meint die zeitweilige Niederlegung innenpolitischer und gesellschaftlicher Konflikte im Kaiserreich während des Ersten Weltkrieges.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

SPRACHLICHE UND INHALTLICHE ANALYSE

Bei dem „Aufruf“ handelt es sich also um einen stark ideologisch gefärbten, nicht rational argumentierenden Text. Schon äußerlich ist er entscheidend anders als „Britain’s Destiny“: Auf Faksimiles sind nach der proklamatorischen, groß gedruckten Überschrift „AN DIE KULTUR-WELT!“ vor allem die insgesamt sechs fett gedruckten Satzanfänge mit dem Wortlaut „**Es ist nicht wahr,** [Herv.i.O.]“ auffällig, die den Text in Abschnitte strukturieren. So entsteht eine thesenartige Form, die inhaltlich jedoch nicht eingehalten wird, sondern im Gegenteil eher antithetisch ist in dem Sinne, dass der Widerspruch gegen die ausländische Propaganda den Inhalt determiniert. Laut des ebenfalls in die Entstehung des Aufrufs involvierten Berliner Bürgermeisters Georg Reicke sollte der Text formal sogar auf die 95 Thesen Martin Luthers anspielen.[4]

Eingeleitet wird der Text jedoch von einem Abschnitt, der die inhaltlich defensive Ausrichtung deutlich macht. So ist die Rede von einem „Protest gegen die Lügen und Verleumdungen, mit denen unsere Feinde Deutschlands reine Sache in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe zu beschmutzen trachten“. Und weiter heißt es: „Der eherne Mund der Ereignisse hat die Ausstreuung erdichteter deutscher Niederlagen widerlegt.“[5] Neben der schwülstigen und verklausulierten Ausdrucksweise wird schon in diesen ersten Sätzen der apodiktische Charakter des „Aufrufs“ deutlich: Der „eherne Mund der Ereignisse“ (sprich: die Tatsachen) hat den vollendeten Beweis der Auslandslügen angetreten und diese „widerlegt“ – um welche Tatsachen und welche dadurch widerlegten „Niederlagen“ es sich handelt, wird nicht explizit ausgeführt.

Die sechs oben genannten Abschnitte befassen sich nun mit die Kriegsführung betreffenden, konkreten Punkten, in folgender Reihenfolge: Kriegsschuldfrage, Verletzung der Neutralität Belgiens, Verbrechen gegen belgische Zivilisten, Zerstörung der Stadt Löwen, Verletzung des Völkerrechts, Differenz zwischen Militarismus und Kultur. Dabei ist bereits mit dem jeweils ersten Satz („Es ist nicht wahr“) klar, dass hier nicht über den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe gegen die deutsche Kriegsführung *verhandelt* werden soll; stattdessen werden sämtliche Punkte entweder rundweg abgestritten oder mit schlichter Notwendigkeit begründet. Ein Postulat der Unfehlbarkeit liegt dem Text zugrunde, der dazu passend biblische Formulierungen verwendet. Generell wird der gegnerischen Propaganda vorgeworfen, in einer Doppelmoral zu argumentieren sowie die wahren Vorgänge zu verdrehen und unzulässig gegen Deutschland zu wenden. So seien Frankreich und

4 Vgl. Ungern-Sternberg, Jürgen v./Ungern-Sternberg, Wolfgang v.: Der Aufruf „An die Kulturwelt!“. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg; mit einer Dokumentation, Stuttgart 1996, S. 51.

5 Dieses und die folgenden Zitate aus dem Manifest der 93 zitiert nach ebd., S. 144 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Großbritannien ebenfalls bereit gewesen, die Neutralität Belgiens zu verletzen, nur sei Deutschland dabei eben schneller gewesen. Die Massaker an der belgischen Zivilbevölkerung seien somit lediglich die gerechte Strafe gegen „Verbrechen" von „Meuchelmördern" gewesen; es habe sich nicht um Zivilisten, sondern um Freischärler gehandelt.

Aufschlussreich ist der Abschnitt über die Zerstörung der Stadt Löwen. Zunächst wird die Unausweichlichkeit betont, mit der „schweren Herzens" Vergeltung durch „Beschießung eines Teils der Stadt" geübt werden musste; das „berühmte Rathaus" sei jedoch „gänzlich unversehrt" geblieben. Schließlich heißt es:

„Sollten in diesem furchtbaren Kriege Kunstwerke zerstört worden sein oder noch zerstört werden, so würde jeder Deutsche es beklagen. Aber so wenig wir uns in der Liebe zur Kunst von irgend jemand übertreffen lassen, so entschieden lehnen wir es ab, die Erhaltung eines Kunstwerks mit einer deutschen Niederlage zu erkaufen."

Neben der nochmals betonten Notwendigkeit der deutschen Kriegsführung tritt hier deutlich ein kulturelles Überlegenheitsgefühl zutage: Kein anderes Volk liebe die Kunst so sehr wie das deutsche; doch selbst diese Liebe halte die Deutschen nicht davon ab, wenn nötig auch Kunstwerke zu opfern (vermutlich spielt der Text an dieser Stelle auf die Zerstörung der Universitätsbibliothek in Löwen an). Hierin deutet sich das Primat des Militärischen vor der Kultur an.

Der „Aufruf" schließt mit drei immer kürzer werdenden Absätzen, von denen der letzte nur noch aus einem Satz besteht. Hier nehmen die patriotischen und feierlichen Formulierungen noch einmal Fahrt auf – der Kampf werde zu Ende gekämpft von einem „Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle". Auch die Burgfriedenspolitik findet noch einmal Erwähnung, wenn von der Verbrüderung der Deutschen „ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei" die Rede ist.

So zeigt der Text ein widersprüchliches Verhältnis von Gegenstand und Wortwahl: In der Sache eine Verteidigungsrede, ist der sprachliche Duktus – wie bereits angedeutet – dennoch überaus kriegerisch. Die apodiktischen Formulierungen lassen keinerlei Diskurs zu, sondern stehen für sich. Insofern suggeriert der Text eine geradezu religiöse Mission, die um jeden Preis erfüllt werden muss; aus der Verteidigungsrede wird so ein nationalistisches Pamphlet, das in den neutralen Ländern vielerlei Reaktionen ausgelöst hat, jedoch keinerlei Sympathiegefühle.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ZUR ENTSTEHUNG DES AUFRUFS ‚AN DIE KULTURWELT!‘ UND ANDERER MANIFESTE

Die Idee und der Entwurf des Manifests der 93 entstanden in einem komplizierten Geflecht persönlicher Beziehungen und Interessen. Schon an der Vorbereitung des Textes wirkten neben Akademikern und Schriftstellern auch staatliche Akteure mit, wie etwa der Chef des Nachrichtenbüros des Reichsmarineamtes, Kapitän zur See Heinrich Löhlein. Wie schon der später gebräuchliche Name Manifest der 93 andeutet, unterzeichnete eine relativ große und durchaus heterogene Gruppe von Männern des deutschen Kulturbetriebes den Aufruf. Ab dem 19. September 1914 wurden per Telegramm potenzielle Unterzeichner angeschrieben bzw. von den Initiatoren persönlich angesprochen. Ausgenommen waren von Anfang an Pazifisten wie Albert Einstein[6]: Der sich konstituierende Zirkel reichstreuer Intellektueller war von Beginn an exklusionistisch und unternahm keinerlei Versuche, ideologische Gegner von den eigenen Positionen zu überzeugen.

Die nach ihren politischen Zugehörigkeiten (ausgenommen die Sozialdemokratie) und auch Konfessionen immer noch sehr uneinheitliche Unterzeichnerschaft, die ein „Who’s Who der Kunst und Wissenschaft“[7] war, lässt sich allerdings auf einige wesentliche Akteure herunter brechen, die an der Entstehung beteiligt waren. Die ursprüngliche Initiative ist auf den Kaufmann Erich Buchwald zurückzuführen, der sich unter dem Eindruck eines Artikels des *Berliner Tageblatts* über die britische Kriegspropaganda vom 9. September 1914 an den Schriftsteller Hermann Sudermann wandte. Als Hauptverfasser des Textes gilt der Schriftsteller Ludwig Fulda.[8]

Erschrocken über die fatale Außenwirkung, distanzierten sich einige der Unterzeichner bald von dem „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“, so zum Beispiel Max Planck. Dabei handelte es sich jedoch um keine allgemeine Tendenz der Manifestanten. Ebenso wenig richtig wäre es, den Unterzeichnern eine überhitzte Begeisterung zu unterstellen, die ihrer bis Kriegsbeginn gesammelten internationalen Erfahrung oder gar dem Engagement mancher Manifestanten in Friedensbewegungen entgegenliefe. So haben wir es

„keineswegs nur mit ‚weltfremden‘ Gelehrten und Künstlern zu tun, wenn ihnen auch mehrheitlich in ihrem Selbstverständnis als ‚überparteilich-interessenfreie Interpreten des Gewissens der Nation‘ […] ein Grundzug des ‚Unpolitischen‘ gemeinsam war,

6 Einstein sollte jedoch noch bei einem Gegenmanifest eine Rolle spielen, wie im Folgenden noch gezeigt werden wird.

7 Brocke, Bernhard vom: Wissenschaft und Militarismus. Der Aufruf der 93 ‚An die Kulturwelt!‘ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg, in: Calder, William M./Flashar, Hellmut/Lindken, Theodor (Hg.): Wilamowitz nach 50 Jahren, Darmstadt 1985, S. 649-719, hier S. 657.

8 En detail rekonstruiert in: v. Ungern-Sternberg/v. Ungern-Sternberg 1996 (s. Anm. 4), S. 17 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

des Unpolitischen im Sinne eines Verzichtes auf aktive und verantwortliche Teilnahme an der Tages- und vor allem Parteipolitik“[9].

Was die Motivation der Unterzeichner betrifft, sind insofern weniger politische Motive als vielmehr nationalistische Beweggründe anzunehmen.

Entscheidend für die Genese des Manifests ist jedoch der historische Kontext: Ende August 1914 zerstörten deutsche Truppen die belgische Stadt Löwen. Die Aktion sollte ein Exempel gegen mögliche Aufstände im besetzten Belgien statuieren, doch offenbar war man sich in der deutschen Heeresleitung nicht der fatalen Außenwirkung einer solchen Aktion bewusst gewesen; so forderte das Deutsche Reich die Einhaltung der Haager Landkriegsordnung von 1907 und mit äußerster Konsequenz wurden „Francstireurs“ bzw. Freischärler verfolgt[10]. Jedoch hatte Deutschland das Völkerrecht mit der Besetzung des neutralen Belgiens zuerst gebrochen; das harsche Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung und der Verlust bedeutender Kulturgüter der kleinen Universitätsstadt, die sich bereits in deutscher Hand befand, goss zusätzlich Öl in das Feuer der alliierten Propaganda, löste aber auch tatsächliche Empörung nicht nur in den Ländern der Entente aus. Während der deutsche Reichskanzler Theobald v. Bethmann-Hollweg den Einmarsch in Belgien vor allem mit strategischen Überlegungen begründete,[11] nahm der Diskurs darüber zunehmend moralische Züge an. Die Berichte über „deutsche Kriegsgräuel“ rührten an das deutsche Selbstverständnis als Kulturnation – Gräueltaten und Unmenschlichkeit waren hier eigentlich mit dem russischen Kriegsgegner assoziiert, dessen „Horden“ im späteren Aufruf ebenso Erwähnung fanden wie „Neger“,[12] womit auf die afrikanischen Einheiten der französischen Armee angespielt wurde. Somit stellen die Reaktionen der Auslandspresse und der alliierten Propaganda auf die Vorkommnisse in Löwen einen wesentlichen Auslöser für den „Aufruf“ dar.

Nun ließen sich natürlich auch Konformitätsdruck und/oder karrieristische Motive[13] für die Unterschrift einiger der 93 vermuten. Zwar ist dies nicht in jedem Fall überprüfbar oder auszuschließen, doch spricht zumindest

9 Vom Brocke 1985 (s. Anm. 7), S. 659.

10 Was auch der – vor allem gefühlten – Angst vor Angriffen aus dem Hinterhalt seit dem Deutsch-Französischen Krieg geschuldet war.

11 So zum Beispiel am 4. August 1914 vor dem Deutschen Reichstag.

12 Zur Genese der Dichotomie von europäischer „Culturwelt“ und „asiatischen Horden“ vgl. Osterhammel, Jürgen: Die Entzauberung Asiens. Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert, München 1998, S. 210 ff.

13 Es gibt nur einen gesicherten Fall, in dem die Unterschrift von einem angesprochenen Kulturschaffenden verweigert wurde; siehe v. Ungern-Sternberg/v. Ungern-Sternberg 1996 (s. Anm. 4), S. 24. Für das karrieristische Motiv könnte auch der unten geschilderte „Fall Nicolai“ sprechen, der am Negativbeispiel zeigt, dass Kritik an der deutschen Kriegsführung überaus karriereschädigend sein konnte.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bei den Initiatoren eines gegen eine solche Vermutung: In den Briefwechseln und Notizen aus dem Entstehungsprozess der Schrift ist ein bemerkenswerter Glaube an die Erfolgsaussicht des Aufrufs festzustellen; nämlich im Ausland, wenn es schon nicht möglich war, dort Verständnis für die deutsche Kriegsstrategie zu erzeugen, so sollte doch wenigstens die Einheit von deutschem Militarismus und deutscher Kultur glaubhaft gemacht und so die „Zwei-Deutschland-These“ entkräftet werden. Im Rahmen einer Vorarbeit zu dem Aufruf bemühten sich Fulda und die involvierten staatlichen Stellen, valide Informationen über „Gräueltaten“ der Kriegsgegner zu sammeln, um so deren Vorwürfe gegen das deutsche Militär zu widerlegen.[14] Löhlein bot Fulda und Sudermann für ihre Arbeit sogar Räumlichkeiten im Reichmarineamt an.[15]

Hierin liegt eine geradezu groteske Fehleinschätzung: Der Gedanke, dass der Aufruf als ein Eingeständnis des deutschen „Gesinnungsmilitarismus“[16] der alliierten Propaganda ein willkommener Anlass sein könnte – und schließlich auch war –, fortan die Unterscheidung zwischen einem „guten“ Kulturdeutschland und einem militaristischen Preußen-Deutschland aufzugeben und das Deutsche Reich nun generell als militaristisch zu brandmarken, scheint den Verfassern nicht gekommen zu sein. So konnte die Behauptung der Einheit von Kultur und Militär zwar glaubhaft gemacht werden, aber gewiss nicht im ursprünglich intendierten Sinne.

Freilich war der „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“ kein Einzelfall. Es folgten, gerade in den ersten Wochen des Krieges, weitere Solidaritätsbekundungen wie die thematisch sehr ähnliche „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ vom 16. Oktober 1914, verfasst von dem Berliner Altphilologen Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff. Auch in dieser spielte die Identität von Kultur und Militarismus die entscheidende Rolle. Während die Verfasserschaft der Erklärung hier eindeutiger zugeordnet werden kann als beim „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“, ist die Masse der Unterzeichner schier unüberschaubar: Mit rund 4000 Unterschriften nahezu *aller* Hochschullehrer *aller* deutschen Universitäten ist die Erklärung das deutlichste Zeugnis dafür, dass sich der überwiegende Teil der deutschen Hochschullandschaft mit dem deutschen Militär solidarisch erklärte.

Seine herausragende Bedeutung entwickelte der „Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘“, neben der hier erstmals klar formulierten Verortung der konservativen Kultureliten in der deutschen Kriegspolitik, vor allem durch den frühen Zeitpunkt seiner Publikation. Davon abgesehen war der Aufruf weder der radikalste Ausdruck der engen wechselseitigen Beziehungen zwischen den Bildungseliten und dem deutschen Machtstaat, noch konnte er die größte Unterzeichnerschaft für sich in Anspruch nehmen, wie die „Erklä-

14 Vgl. ebd., S. 19.

15 Vgl. ebd., S. 25 f.

16 Böhme, Klaus (Hg.): Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1975, S. 8.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rung der Hochschullehrer“ zeigte. Am 20. Juni 1915 erschien eine weitere Intellektuelleneingabe, die sogenannte „Seeberg-Adresse“, benannt nach ihrem Mitinitiator, dem Berliner Theologen Reinhold Seeberg, der auch zu den Unterzeichnern des „Aufrufs“ gehörte. Die „Seeberg-Adresse“ wurde von 352 Hochschullehrern unterzeichnet und entwickelte textlich ein alldeutsches Annexionsprogramm par excellence,[17] in dem Forderungen nach der Ausweitung des deutschen Territoriums in alle Himmelsrichtungen gestellt wurden. Auffällig ist hier der antislawische Affekt: Vor allem das Russische Reich wurde darin aufgrund seines hohen Bevölkerungswachstums als Bedrohung geschildert, der man nur durch die direkte Kontrolle eines möglichst weiten osteuropäischen Gebiets und die Errichtung eines „Ostwalls“ begegnen könne.[18]

Insofern ist es keineswegs der Fall – entgegen späterer Distanzierungen vieler Unterzeichner des Manifests der 93 (s.o.), die den Text zum Teil nicht einmal kannten, als sie sich zur Unterschrift bereit erklärten –, dass es bald nach der ersten Kriegsbegeisterung eine allgemeine Tendenz zu ruhigeren und versöhnlicheren Tönen gegenüber den deutschen Kriegsgegnern gegeben hätte. Im Gegenteil: Selbst die Gegenerklärung zur radikalen „Seeberg-Adresse“ von dem Berliner Historiker Hans Delbrück, eines erklärten Gegners der Alldeutschen, richtete sich nur gegen die oben genannten Annexionsforderungen. Die Notwendigkeit des Krieges wurde auch hier nicht infrage gestellt – Deutschland werde nach dem Krieg seinen „Siegespreis“[19] durchaus beanspruchen dürfen.

Wie dominant die Befürworter des Krieges unter Akademikern waren, zeigt auch der „Fall“ von Georg Friedrich Nicolai[20], eines Berliner Medizinprofessors, Pazifisten und ärztlichen Beraters der Kaiserin. Er schrieb[21] wenige Tage nach dem Erscheinen des „Aufrufs ‚An die Kulturwelt!‘“ als direkte Reaktion darauf den „Aufruf an die Europäer“, worin er an die Solidarität unter den europäischen Nationen appelliert. Es fanden sich nur vier Unterzeichner: Neben Nicolai und Albert Einstein außerdem der „Privatgelehrte“ Otto Buek sowie der Astronom Wilhelm Foerster, Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft. Schlussendlich erschien der Aufruf erst 1917 in einer nicht autorisierten Form bei einem Schweizer Verlag. Obwohl der „Aufruf an die Europäer“ an zahlreiche Hochschullehrer verschickt worden war, fand er keine weiteren Unterzeichner. Für Nicolai bedeutete spätestens die Veröffentlichung seines Aufrufs einen deutlichen Karriereknick; selbst nach dem Krieg war es ihm nicht mehr möglich, an einer deut-

17 Vgl. ebd., S. 19 u. S. 125-135.

18 Vgl. ebd., S. 125-135.

19 Ebd., S. 137.

20 Siehe Zuelzer, Wolf: Der Fall Nicolai, Frankfurt am Main 1981.

21 Nach eigener Aussage zusammen mit Albert Einstein; vgl. v. Brocke 1985 (s. Anm. 7), S. 683.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sche Hochschule zu arbeiten – nationalistische Studenten verhinderten, dass er seine Veranstaltungen abhalten konnte.[22]

AUSSENPOLITISCHE STOSSRICHTUNG UND REAKTIONEN DES AUSLANDES

In erster Linie richtete sich der Aufruf (in oppositioneller Gegnerschaft) an das Ausland – dafür spricht allein die Veröffentlichung in zehn verschiedenen Sprachen. Vornehmliches Anliegen der Verfasser war, der englischen Kriegspropaganda zu widersprechen und eine eigene Version der Ereignisse in der Öffentlichkeit zu lancieren. Darüber hinaus artikulierte das Manifest eine moralische Entrüstung und den Vorwurf an die ausländischen Regierungen, akademischen Einrichtungen und Gelehrten, der deutschen Nation Unrecht anzutun. Auf Seiten der Verfasser schwang mit hoher Wahrscheinlichkeit die Hoffnung mit, durch diesen Aufruf die öffentliche Stimmung innerhalb der feindlichen Staaten zum Kippen zu bringen. Mit dem Manifest sollte somit vermittelt werden, dass hier die deutsche Wissenschaft – die zu diesem Zeitpunkt durchaus Achtung auf internationaler Ebene besaß – ihr ganzes Gewicht für die deutsche Nation in die Waagschale wirft, was die Intellektuellen der anderen europäischen Nationen dazu veranlassen sollte, mäßigend auf die Regierungen ihrer Länder einzuwirken. Dass dieser Versuch ein Fehlschlag war, zeigen die Reaktionen in der europäischen und amerikanischen Presse sowie internationaler akademischer Einrichtungen.

Das Manifest der 93 hatte eine enorme Wirkung im Ausland und erschütterte die Beziehungen zu europäischen und amerikanischen Akademikern, soweit diese noch nach der Mobilmachung aufrechterhalten worden waren. Mit dem „Aufruf an die Kulturwelt“ manövrierten sich die deutschen Gelehrten zielsicher in die Isolation. Die Reaktionen auf den „Aufruf an die Kulturwelt“ bewegten sich von beißendem Spott bis zu tiefer Entrüstung über den offen demonstrierten Kulturchauvinismus der Intellektuellen im Kaiserreich.

Vor dem Kriegsausbruch 1914 war die internationale Gelehrtenrepublik kein erst zu erreichendes Ziel internationaler Gremien und Bildungsreformen, sondern alltägliche Realität. Im Zeitalter des Imperialismus war die internationale Gelehrtenvernetzung das verbindende Element. Der Austausch unter Gelehrten und Wissenschaftlern zahlreicher Nationen war rege, man rezipierte einander, begegnete sich auf internationalen Kongressen und vertiefte die Beziehungen in Professorenaustauschen wie dem deutsch-amerikanischen Besuchsprogramm. Schon im Vorfeld des Krieges fand die sogenannte „These von den zwei Deutschland“ besondere Verbreitung: Bereits seit Langem fand das ökonomische und sozialpolitische Organisationsvermögen des Kaiserreiches in England viele Bewunderer, die Schwäche

22 Vgl. ebd., S. 682 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

des deutschen Liberalismus hingegen viele Kritiker. Das britische Verhältnis zum Deutschen Reich war stets von der Furcht vor zu großer deutscher Stärke sowie von einer grundlegenden Affinität zu Deutschland als Kulturnation geprägt. Der „Zwei-Deutschland-Theorie" folgend, unterschied man in Großbritannien zwischen einem Deutschland des preußischen Militarismus und einem Deutschland der kultivierten, intellektuellen Dichter und Denker.[23]

Zwar fielen die Antworten von englischer Seite sehr differenziert aus, doch von dem hybriden Deutschlandbild verabschiedeten sich auch die Engländer, gerade weil im Manifest der 93 diese Trennung aufgehoben wurde. Die Verbundenheit vieler britischer Gelehrter mit der deutschen Wissenschaftslandschaft hatte noch vor Kriegseintritt Großbritanniens Ausdruck in einem „Scholars' Protest Against War With Germany" gefunden, in dem sich britische Intellektuelle gegen einen Krieg mit dem Deutschen Kaiserreich ausgesprochen hatten:

„We regard Germany as a nation leading the way in Arts and Sciences, and we have all learnt and are learning from German Scholars. War upon her in the interest of Serbia and Russia will be a sin against *civilization*".[24]

Natürlich stieß dieser Versuch, den Kriegseintritt Großbritanniens trotz der Verletzung der belgischen Neutralität zu verhindern, indem man mit der Überlegenheit der deutschen Kultur argumentierte, auf Widerstand. So auch in „Britain's Destiny and Duty":

„The views, inculcated upon the present generation of Germans by many celebrated historians and teachers, seem to us both dangerous and insane. Many of us have dear friends in Germany, many of us regard German culture with the highest respect and gratitude; but we cannot admit that any nation has the right by brute force to impose its culture upon other nations, nor that the iron military bureaucracy of Prussia represents a higher form of human society than the free constitutions of Western Europe."[25]

Selbst noch in der Auseinandersetzung mit den deutschen Gelehrtenmanifesten betonte die „Antwort an die deutschen Professoren" vom 21. Oktober

23 Zu dieser Unterscheidung vgl. Hoeres, Peter: Krieg der Philosophen. Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg, Paderborn 2004, S. 131-156; vgl. auch Kuropka, Joachim: „Militarismus" und das „Andere Deutschland". Zur Entstehung eines Musters britischer Deutschlandinterpretation, in: Wendt, Bernd-Jürgen (Hg.): Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts, Bochum 1984, S. 103-124.

24 Scholars' Protest Against War With Germany, in: The Times, 01.08.1914.

25 Britain's Destiny and Duty. Declaration by Authors. A Righteous War, in: The Times, 18.09.1914.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1914 in der *Times*, die von 117 britischen Gelehrten unterzeichnet wurde, die „deep and real admiration for German scholarship and science“, um später aber auch unmissverständlich klar zu machen, dass man es nun mit einem anderen Deutschland zu tun habe:

„[U]nder the baleful influence of a military system ans ist lawless dreams of conquest, she [d.i. Germany] whom we once honoured now stands revealed as the common enemy of Europe and of all people which respect the Law of Nations. We must carry on the war on which we have entered. For us, as for Belgium, it is a war of defense, waged for liberty and peace.“[26]

In Frankreich hingegen war das Manifest Wasser auf die Mühlen der antideutschen Propaganda. Westlich des Rheins galt die deutsche Wissenschaft ohnehin seit Langem als willfähriges Instrument des preußischen Wilhelminismus. Die Entgegnungen auf den „Aufruf“ waren die Fortführung eines alten Gegensatzes, der noch aus dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 stammte. Die von Seiten Deutschlands propagierte Überlegenheit als Kulturnation stieß bereits zu dieser Zeit auf wenig Gegenliebe und konstituierte den Gegensatz zwischen deutscher Kultur und der „civilisation“ der anderen europäischen Nationen, insbesondere Frankreichs.[27] Französische Gelehrte griffen den Topos vom deutschen Barbaren in ihren Gegenschriften auf. Gemäßigte Stimmen, wie die Antwort der fünfzehn französischen Universitäten vom 3. November 1914, waren eher die Ausnahme. Dort hieß es in einem sachlichen Ton:

„que la civilisation est l’œuvre non pas d’un peuple unique, mais de tous les peuples, que la richesse intellectuelle et morale de l’humanité est créée par la naturelle variété et l’interdépendance nécessaires de tous les génies nationaux.“[28]

Dem allgemeinen Tenor entsprechend ist die Stellungnahme der Université cathologique de Paris, die heftig gegen das Manifest der 93 protestierte:

26 Reply to German Professors. Reasoned Statement of British Scholars. Origin and Conduct of the War, in: The Times, 21.10.1914.

27 Vgl. Paul, Harry W.: The Sorcerer’s Apprentice. The French Scientist’s Image of German Science 1840-1919, Gainesville 1972, S. 77 f.; ebenso Hilgers-Schell, Hannelore/Pust, Helga: Culture und Civilisation im Französischen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Sprachwissenschaftliches Colloquium (Bonn) (Hg.): Europäische Schlüsselwörter. Wortvergleichende und wortgeschichtliche Studien, Bd. III: Kultur und Zivilisation, München 1967, S. 1-30.

28 Manifeste des Universités françaises aux Universités des Pays neutres. En réponse à la protestation des Universités allemandes (3 novembre), in: Revue scientifique 52 (5.-12. Dez. 1914), S. 203.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Eh bien, non! Votre voix est celle de l'erreur, d'une erreur que nous nous refusons à croire volontaire. Et pour prouver ce que nous affirmons, nous nous appuyons, nous sur les documents diplomatiques publiés par les diverses puissances, sur des enquêtes conduits avec le plus grand souci de l'exactitude, sur ce que nous avons vu de nos yeux, documents qui établissent d'une façon péremptoire que l'Allemagne a prémédité la guerre et a fait échouer toutes les tentative de conciliation; enquêtes et constatations qui nous donnent le droit de protester de toutes nos forces, à la face du monde, contre les actes abominables par lesquels l'armée allemande a fait reculer la civilization jusque'aux invasions des barbares."[29]

Doch nicht nur die deutsche Schuld am Kriegsausbruch und das barbarische Vorgehen gegen die belgische Bevölkerung wollte man auf französischer Seite festgestellt sehen, auch die kulturelle Überlegenheit der Deutschen bezweifelte man vehement, wie die Académie des Sciences in ihrer Antwort vom 3. November 1914 festhielt:

„[…] que les civilisations latine et anglos-saxonne sont celles qui ont produit depuis trois siècles la pluspart des grandes découvertes dans les sciences mathématiques, physiques et naturelles, ainsi que les autres pricipales inventions du XIX^{e} siècle".[30]

In Russland fand das Gegenmanifest „À notre patrie et au monde civilisé tout entier" unterdessen die Unterstützung von 1.100 Gelehrten und Künstlern. Das Manifest konstatierte, Deutschland sei zu den „Altären seiner grausamen Nationalgötter zurückgekehrt"[31].

Auch der Hauptadressat des „Aufrufs" und mithin die größte neutrale Macht, die USA, sah in den machtpolitischen Erwägungen der Generalität des deutschen Heeres die größte moralische Hypothek des Deutschen Reiches, während sie den Waffengang der anderen europäischen Nationen zum Schutz der kleinen Staaten als europäischen Freiheitskampf wertete. Der „Aufruf" galt den amerikanischen Intellektuellen als Zeugnis blanken Zynismus und die sich selbst zugeschriebene Rolle als Schutzmacht gegen die asiatisch-russische Zivilisation empfand man dort als Anmaßung.[32] Stellte sich vielen amerikanischen Professoren und Intellektuellen das Deutsche Reich – in dem viele von ihnen selbst studiert und gelernt hatten – bis zu diesem Zeitpunkt als sich liberalisierendes und demokratisierendes Land dar

29 Baudrillart, Alfred (Hg.): La guerre Allemande et le Catholocisme, Paris 1915, S. 280-286 (für die Zitate siehe S. 281 f.).

30 Protestation de l'Académie des Sciences. Dans sa séance du 3 novembre, in: Le Temps, 04.11.1914, zitiert nach v. Brocke 1985 (s. Anm. 7), S. 667.

31 Appel des Intellectuels russes 'à notre patrie et au monde civilisé tout entier'. Signé par 1100 des plus éminents représentants de la Science, des Lettres et des Arts en Russie. (nach „L'Opinion" vom 21. Nov.), in: Jaulmes, Theodor: „Ignorance?, Inconscience?... ou hypocrisie?", Paris 1914, S. 39.

32 Vom Brocke 1985 (s. Anm. 7), S. 676.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

– insbesondere wegen seiner auch im Vergleich zu Amerika freien Lehre an den Hochschulen[33] –, kehrte sich dieses Bild nun ins Gegenteil um.

DIE INTELLEKTUELLE UND KULTURELLE SPHÄRE IM KAISERREICH

Die Metapher von den „german mandarins“[34] ist für wenige Kontexte so passend wie für die Kriegsbegeisterung und die Solidaritätsbekundungen Intellektueller bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Im geradezu metaphysischen Gefühl der „Ideen von 1914“ erfüllte der Großteil – wenn auch nicht die Gesamtheit – der Kultureliten eine selbst gewählte, staatstragende Funktion, indem er aktiv und meist unaufgefordert Partei für die deutsche Kriegspolitik ergriff. Die Professoren fühlten sich „dazu aufgerufen, die Kriegsanstrengungen der Nation mit geistigen Waffen zu unterstützen und der deutschen Kriegspolitik eine zusätzliche moralische Legitimation zu verschaffen“[35].

Nun war politische Betätigung, die nach heutigem Verständnis Partei-, Ausschuss- und Gremienarbeit umfassen würde, vor allem unter Universitätsgelehrten im Jahr 1914 wenig üblich. Der Schlüssel hierfür liegt in dem seit 1870/71 gewandelten Verhältnis zwischen dem preußischen Staat, seinem Militär und seinen Bürgern. Das enorme Prestige, welches das Militär im Kaiserreich genoss, hatte es sich im Deutsch-Französischen Krieg erworben, als ihm mit militärischer Macht das gelang, was die intellektuellen und bürgerlichen Revolutionäre 1848 nicht geschafft hatten: die deutschen Staaten – wenn auch ohne Österreich – dauerhaft, in einem festen Gefüge zu einigen. Zusammen mit dem politischen Konformitätsdruck des Kaiserreiches war somit der Boden für eine universitäre Gelehrtenschaft bereitet, die „ein umfassendes Legitimationssystem des Bestehenden“[36] erarbeitete: „Gesellschaftspolitisch wurden die Universitäten zu Bastionen des Status quo“ und die „liberale Gelehrtengestalt, wie sie etwa Theodor Mommsen und

33 Vgl. ebd. Man bedenke außerdem den Antisemitismus der Oberklasse an den Universitäten der Ostküste, der Juden den Zugang zu Ordinarien weit schwieriger machte als zur selben Zeit im wilhelminischen Reich; vgl. dazu auch Wechsler, Harold S.: The qualified student. A History of selevtive College Admission in America, New York 1977.

34 Ringer, Fritz K.: The decline of the German mandarins. The German academic community 1890-1933, Harvard 1969.

35 Mommsen, Wolfgang J.: Bürgerliche Kultur und künstlerische Avantgarde. Kultur und Politik im deutschen Kaiserreich 1870-1918, Frankfurt am Main 1994, S. 117.

36 Böhme 1975 (s. Anm. 16), S. 4.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Rudolf Virchow verkörperten, verschwand im Laufe der achtziger Jahre fast völlig."[37]

Diese Entwicklung nur auf Zwang und Legitimitätsdruck zurückzuführen, griffe jedoch zu kurz. Die gesellschaftlich integrativen Momente, die selbst dem Kaiserreich mit seinen starken Spannungen zwischen einzelnen Milieus und Klassen zu Eigen waren, dürfen hier nicht unterschätzt werden. Eines dieser entscheidenden Momente ist eine militärpolitische Wende Kaiser Wilhelms II. 1890: In diesem Jahr „stellte [er] dem ‚Adel der Geburt' den ‚Adel der Gesinnung' offiziell zur Seite […]. Dreiundzwanzig Jahre später stammten dann bereits sieben von zehn preußischen Offizieren aus bürgerlichen Familien."[38] Hierin liegt eine weitere, entscheidende Verschränkung des bürgerlichen Standes mit dem überkommenen preußischen Feudalsystem, das sich damit nur so weit wie nötig den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen anpasste.

Auch die Professorenschaft rekrutierte sich zumeist aus der (begüterten) bürgerlichen Gesellschaft und hatte ihren festen Platz im Machtgefüge des Kaiserreiches. Durch die „Ersatz-Nobilitierung des Doktorgrades" schuf sich die Kulturelite ein Instrument, um „das Unterlegenheitsgefühl des Zivilisten in einer Gesellschaft, die ihre normativen Lebensideale vom Militärischen empfing, zu kompensieren."[39]

Daraus wird auch erklärlich, dass die Professoren durchaus über ein Selbstverständnis der geistigen Autonomie verfügten, obwohl sich ihre Rekrutierungsmechanismen wesentlich an der politischen Loyalität zur Herrscherdynastie orientierten.

In diesen Entwicklungen löst sich ein scheinbares Paradox auf: Einerseits ist ein schwindender politischer Einfluss der kulturellen Eliten im 2. Kaiserreich zu beobachten, der auf der Einsicht in die machtpolitischen Gegebenheiten beruhte und somit auch auf politischem Zwang. Andererseits setzten sich seit 1871 konservative, dem preußischen Staat loyal ergebene Eliten an den Universitäten durch, die auf die eingeengten politischen Partizipationsmöglichkeiten nicht durch völligen Rückzug von politischen Themen reagierten, sondern sich als Legitimatoren und Träger der Gesellschaftsordnung des Reiches positionierten.

Die universitären Gelehrtendiskurse färbten so auch auf die kulturelle Sphäre des Kaiserreichs insgesamt ab. Es entstand eine spezifische Art des Honoratiorentums; Künstler, Privatgelehrte und andere Größen des Geisteslebens übernahmen die Prämissen des oben genannten „Legitimationssystems", was auch ein Schnitt durch die Unterzeichnerschaft des Manifests der

37 Ebd.

38 Frevert, Ute: Das Militär als Schule der Männlichkeiten, in: Brunotte, Ulrike (Hg.): Männlichkeiten und Moderne. Geschlecht in den Wissenskulturen um 1900, Bielefeld 2008, S. 57-75, hier S. 59 f.

39 Böhme 1975 (s. Anm. 16), S. 6.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

93 zeigen würde[40]. Hierin offenbart sich eine zivilgesellschaftliche Entwicklung, die nicht neben oder gar entfernt vom Staat stattfand, sondern stets positiv Bezug auf diesen nahm. Die „german mandarins“ waren somit – wie ihre fernöstlichen Pendants – sowohl Kulturträger als auch staatliche Repräsentanten.

KULTUR UND MILITARISMUS

Vor diesem Hintergrund ist auch die positive deutsche Umwertung des Begriffs „Militarismus“ zu sehen, der zuvor als Fremdbezeichnung und Kampfbegriff geprägt worden war:

„Dies änderte sich mit Ausbruch des Krieges. Bereits im Oktober wurde der Begriff ‚Militarimus‘ als Eigenbezeichnung für die Institution des Heeres und den gesamten Staatsaufbau übernommen; der ‚Militarismus‘ wurde als Legitimation und Erklärung des Kaiserreiches und sehr schnell als des ‚deutschen Wesens‘ herangezogen.“[41]

Wie bereits gezeigt, war dies vor allem der als Affront aufgefassten britischen These von den „zwei Deutschland“ geschuldet. Die positive Umdeutung des Militarismusbegriffs sollte somit ein wesentliches Charakteristikum der Gesellschaft des Kaiserreichs rechtfertigen und als kulturellen Eckpfeiler des deutschen Staates hervorheben. Damit waren die Professoren des Kaiserreichs in hohem Maße an der Entstehung des nationalistischen Klimas beteiligt, auch ohne direkten politischen Einfluss zum Beispiel durch Parteimitgliedschaften auszuüben.

Seit den 1890er Jahren ist also, nicht zuletzt durch die o.g. militärsoziologische Entwicklung, neben dem herkömmlichen preußisch-aristokratischen Militarismus eine neue, politisch radikalere, bürgerliche Variante zu verzeichnen, die in „(klein-)bürgerlichen Agitationsverbänden“ organisiert war, „deren rührigste der Alldeutsche Verband, der Deutsche

40 Generell lässt sich feststellen, dass die Kunstschaffenden insgesamt in der Mehrheit waren, abgesehen davon gab es keine besondere Häufung. Ihnen folgten die Naturwissenschaftler. Möglicherweise waren die Künstler durch die Manifest-Tradition ein besonders Manifest-affiner Typ. Insgesamt bildeten die Professoren mit 63 Lehrstuhlinhabern unter den Unterzeichnern die überragende Mehrheit. Die These vom akademischen Honoratiorentum, das sich, seiner Stellung dankbar, zum Fürsprecher deutscher Politik machte, stimmt insofern mit den Zahlen überein.

41 Conze, Werner/Geyer, Michael: Militarismus, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 1-47, hier S. 39 f., zitiert nach v. Ungern-Sternberg/v. Ungern-Sternberg 1996 (s. Anm. 4), S. 58.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Flottenverein und der Deutsche Wehrverein waren".[42] In diesen Verbänden spielten die deutschen Akademiker eine durchaus wichtige Rolle – ohne allerdings in den Führungsgremien ausschlaggebend zu sein – und trugen somit zur strukturellen Durchdringung der Gesellschaft mit nationalistischem Gedankengut quer durch alle (bürgerlichen) Schichten bei. Gerade die intellektuelle Legitimierung des Nexus Militarismus-Kultur-Nationalismus verschaffte diesem die außerordentliche Wirkmacht bei Kriegsausbruch. Die scheinbare Spontaneität, mit der die Solidaritätsbekundungen von Personen des öffentlichen Lebens erfolgten, gründete auf vorauseilender Autorestriktion der Kultureliten lange vor 1914; es handelt sich bei deren Kriegsagitation also keineswegs um ein emergentes Phänomen. Diese Entwicklung spann sich weiter durch den zusätzlichen Rechtfertigungsdruck, den die alliierte Propaganda mit der Unterscheidung zwischen Kultur und Militarismus traf. So entwickelten sich aus den ursprünglich defensiven Stellungnahmen in einer autosuggestiven, sich radikalisierenden Spirale immer neue, oft historisch hergeleitete Argumente, um den spezifischen Charakter der deutschen Gesellschaftsverfassung nicht nur als Sonderweg, sondern als überlegenes Kulturmodell darzustellen. Hier nimmt die Militarisierung von Wissenschaft und Bildung eine zentrale Rolle ein – das „Militär als Schule der Nation" war nun auch wörtlich zu nehmen. Es verteidigte nicht nur die Autonomie der deutschen Kultur, sondern Wissenschaft und Militär wurden zu sich gegenseitig beeinflussenden Vorbildern erklärt, wenn etwa Wilamowitz-Moellendorff

„unterstrich, daß die „Maschine" – gemeint war der Heeresapparat – nur durch eine geistige Kraft in Gang gehalten werden könne. […] Die tiefe Verwandtschaft von Heer und Wissenschaft sah er darin, daß Aufgaben, die über die Kraft des einzelnen hinausgingen, Organisation erforderten und daß man in beiden Bereichen mit der eigenen Person furchtlos für seine Sache eintreten müsse und den Kampf nicht scheuen dürfe."[43]

Und der Gelehrte Ludwig Stein bemerkte: „Das deutsche Heer ist in seiner einzigartigen Organisation lebende Geometrie, fleischgewordene Wissen-

42 Berg, Christa: Militär und Militarisierung. Einleitung, in: dies. (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. IV: 1870-1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, München 1991, S. 502. Siehe auch Bruch, Rüdiger v.: Gelehrtenpolitik. Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. Und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 115 f.

43 Maurer, Trude: Universitas militans. Von der Militarisierung der deutschen Universität im späten Kaiserreich zur Rechtfertigung des Militarismus im Ersten Weltkrieg, in: dies. (Hg.): Kollegen – Kommilitonen – Kämpfer. Europäische Universitäten im Ersten Weltkrieg [Buch zur Tagung vom 22.-25. September 2005], Stuttgart 2006, S. 57-74, hier S. 68 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schaft. Die Seele aller Wissenschaft aber ist Exaktheit.“[44] Mit diesen Umwertungen und Wechselbezügen von Militarismus und Kultur fand die Militarisierung der Gesellschaft und die positive Umdeutung des Begriffs Militarismus einen vorläufigen Höhepunkt.

ZUM „PARADOX DER ZIVILGESELLSCHAFT“

Weder die Absicht der Verfasser, Verständnis und sogar Zustimmung für die deutsche Politik und Kriegsführung zu erzeugen, ließ sich realisieren; noch kann man sagen, dass das Manifest dazu beigetragen habe, die zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht der Unterzeichnerklientel zu erweitern.

Die Ursachen für das Scheitern können zum Verständnis beitragen, welche Voraussetzungen ein Manifest mitbringen muss, um nicht dasselbe Schicksal zu erleiden. Die Gründe für diese Einschätzung sollen im Folgenden ausgeführt werden.

Zunächst einmal zeigt sich – übereinstimmend mit der Einleitung dieses Bandes – am Beispiel des „Aufrufs an die Kulturwelt“, dass die normative Definition von Zivilgesellschaft zu optimistisch ist, wenn sie zivilgesellschaftlicher Betätigung aus seiner Struktur heraus schon eine enge Nähe zu Werten wie Zivilität, Toleranz und Frieden bescheinigt. Die Frage, ob Manifeste als Ausdruck zivilgesellschaftlicher Betätigung genuin eine „global affinity with peace, democracy and human rights“[45] haben, kann nur verneint werden. Das Manifest sah sich keineswegs Toleranz und der Aufrechterhaltung von Frieden verpflichtet. Michael Walzer sieht in der Zivilgesellschaft aufgrund des Fehlens ihr eigener integraler Ideologien wie Nationalismus oder Sozialismus zwar ein „setting of settings“: all are included, none is preferred“ [46], doch anhand des „Manifests der 93“ ist zu erkennen, dass diese demonstrative Offenheit schon im Entstehungskontext der Schrift zu vermissen ist. Pazifistische Positionen kamen von vornherein nicht in Betracht, aber auch eine konstruktive Auseinandersetzung mit den von britischer Seiter vorgebrachten Argumenten beispielsweise fand nicht statt. Der „Aufruf“ war in sich bereits die Absage an eine Gleichwertigkeit der verschiedenen Nationen Europas und propagierte die Überlegenheit der deutschen Kultur. Zusammen mit der exklusionistischen Stoßrichtung gegen Pazifisten und Skeptiker im Inland ist das Manifest keineswegs mehr als ein Zeugnis von Toleranz zu nehmen.

---

44 Stein, Ludwig: Die Umwertung des Begriffs Militarismus, in: Nord und Süd 153, [ohne Ortsangabe] 1915, S. 261-267, hier S. 266, zitiert nach Maurer (Hg.) 2006 (s. Anm. 43), S. 69.

45 Trentmann, Frank: Introduction. Paradoxes of Civil Society, in: ders. (Hg.): Paradoxes of civil society: new perspectives on modern German and British history, New York 2000, S. 3-46, hier S. 6.

46 Zitiert nach ebd., S. 21.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Selbstregulation ist also keineswegs schon immer Garant für Pluralität. Frank Trentmann findet für das Verhältnis dieser „zwei Zivilgesellschaften" eine treffende Metapher, wenn er schreibt:

„That the associational structure allowing society to regulate more and more of its own affairs could be transformed into policing points to the significance of distinguishing between the institutional body of the civil society and the blood flowing in its veins."[47]

Der „Residualdefinition"[48] folgend, ist der „Aufruf an die Kulturwelt" hingegen zweifelsohne das Produkt zivilgesellschaftlicher Akteure und folglich der zivilgesellschaftlichen Sphäre zuzurechnen.

Die Unterzeichner gaben ihre Unterschriften weder als Angehörige der Regierung, der Wirtschaft noch als Privatleute, sondern ausdrücklich als Repräsentanten des Wissenschaftsbetriebs. Trotzdem gelang es den Manifestanten nicht, die zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht auf diesem Wege zu erweitern.

Das liegt zum einen daran, dass der Duktus des Manifests in der Wahrnehmung der ausländischen Adressaten zu harsch wirken musste. Dies belegen zahlreiche Reaktionen aus dem Ausland. So aggressiv der Aufruf formuliert war, sowenig war er geeignet, eine Debatte in Gang zu setzen: Wie die stilistische Analyse zeigt, handelt es sich um eine Verkettung von Verneinungen, was im Übrigen auch von französischer Seite scharfsinnig bemerkt und interpretiert wurde. Wilfrid Monods, Professor an der Faculté de théologie protestante in Paris, bemerkte zum „Aufruf": „On ne peut pas répondre au Manifeste par des arguments, car il est lui même une réponse, une série de négations."[49]

Zu den Gründen auf stilistischer Ebene treten jene, die in den Personen der Manifestanten selbst zu suchen sind. Verblüffend am „Aufruf" ist ja eben, dass es von Seite der Manifestanten tatsächlich die Erwartung gab, dass, indem sie – als Kulturschaffende Deutschlands quasi über der Tagespolitik stehend – die „Zwei-Deutschland-Theorie" bestritten und sich zum Militarismus bekannten, der deutschen Politik und Kriegsführung der Nimbus von Gerechtigkeit und Legitimität verliehen werden könne.

Diese Strategie ging nicht auf. Obwohl die Kompetenz und das soziale und berufliche Prestige gemeinhin die Überzeugungskraft der jeweiligen Akteure in der „öffentlichen Arena" und die Durchschlagskraft ihrer Argumente zu erhöhen vermögen, wirkten sich diese Eigenschaften in diesem

47 Ebd., S. 22.

48 Vgl. hierzu Gosewinkel, Dieter et al.: Zivilgesellschaft – national und transnational. Einleitung, in: dies. (Hrsg): Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004, S.11-28.

49 Monod, Wilfrid: Le manifeste des quatre-vingt treize, in: Revue chrétienne 61, 1914, S. 646 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

speziellen Fall gegenteilig aus: Die Unterzeichner des Manifests vermehrten durch ihr Prestige nicht die Schlagkraft ihres Engagements, sondern schmälerten im Gegensatz durch ihr Engagement in dieser Sache ihr Prestige. Hier zeigt sich, dass der Veröffentlichung eines Manifests immer auch die Abwägung zwischen dem eigenen persönlichen (diskursiven) Kapital und den Image-Kosten vorausgehen sollte. Diese Rechnung ging im Falle des „Aufrufs“ zu Ungunsten der Manifestanten auf: Die vertretenen Positionen waren im Ausland zu unpopulär, als dass der Status der Manifestanten genügend Überzeugungskraft hätte haben können.

Ein dritter Grund liegt in der speziellen gesellschaftlichen Entstehungssituation des Manifests: Angenommen, das Manifest der 93 hätte gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Belgien argumentiert und einen Krieg abgelehnt. Im Ausland wäre eine solche Schrift mit Begeisterung aufgenommen worden. Dass es in Deutschland aber viele Unterzeichner gefunden hätte, ist unmöglich. Wie bereits erwähnt, gab es diesen Fall in Form von Nicolais pazifistischem Manifest „Aufruf an die Europäer“, das genau vier Unterzeichner fand.[50]

Der Grund dafür liegt in der überwiegend staatstreuen Haltung der deutschen Kultureliten. Das Manifest der 93 war zwar im Sinne oppositioneller Gegnerschaft gegen die Vorwürfe der ausländischen Presse und Regierungen gerichtet, doch darf man die affirmative Disposition des Manifests nicht unterschätzen. Durch die Vereinzelung in einer „Welt von Feinden“ konstruierte das Manifest die deutsche Nation als „Kulturvolk“, dessen Mitglieder sich dadurch auszeichnen, dass sie ein Bekenntnis zu einer nicht näher bestimmten Gemeinschaft „deutscher Kultur“ ablegen. Tatsächliche Kriterien für die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft gibt es freilich nicht. Zwar fand seit Immanuel Kant die Unterscheidung zwischen Kultur und Zivilisation immer wieder Verwendung – Zivilisation ist bei ihm eine Art soziale Artigkeit und Manierlichkeit, während die Kultur erst Voraussetzung zur wahrhaften Moral sei –[51] doch eine tatsächliche Auffüllung mit konkreten Inhalten erfuhr der Begriff nicht. Auch bei Helmuth Plessner bleibt das, was die deutsche „Kultur“ eigentlich sein soll, nebulös:

„Kultur, der deutsche Inbegriff für geistige Tätigkeit und ihren Ertrag im weltlichen Felde, ist ein schwer zu übersetzendes Wort. Es deckt sich nicht mit Zivilisation, mit Kultiviertheit und Bildung oder gar Arbeit. Alle diese Begriffe sind zu nüchtern oder zu flach, zu formal bzw. ‚westlich‘ oder an eine andere Sphäre gebunden. Ihnen fehlt die Schwere, die trächtige Fülle, das seelenhafte Pathos, das sich im deutschen Be-

50 Neben Georg Friedrich Nicolai selbst waren dies außerdem Albert Einstein, Otto Buek und Wilhelm Förster.

51 Siehe Kant, Immanuel: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht (1784). Akademie-Ausgabe, Bd. 8, o.O., S. 26.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wußtsein des 19. und 20. Jahrhunderts mit diesem Wort verbindet und seine oft empathische Verwendung verständlich macht."[52]

Diese Strategie der Gemeinschaftsbildung als Bekenntnis zu einem Kollektiv, dessen Wesenskern unbestimmt bleibt, um die Möglichkeit zur Inklusion gewünschter und vor allem zur Exklusion unerwünschter Individuen offen zu halten und flexibel zu gestalten, erinnert stark an Andersons Konzept der „Imagined Communities". Diese Gemeinschaften sind

„vorgestellt, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen […] werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert"[53]. Aber sie sind ebenso „begrenzt […], weil selbst die größte von ihnen […] in genau bestimmten, wenn auch variablen Grenzen lebt, jenseits derer andere Nationen liegen. […] Selbst die glühendsten Nationalisten träumen nicht von dem Tag, da alle Mitglieder der menschlichen Rasse ihrer Nation angehören werden."[54]

Hingegen waren zumindest die Unterzeichner nach Veröffentlichung des Manifests auf die pronationalistische Haltung festgelegt und konnten sich nicht ohne Weiteres wieder distanzieren oder hatten nicht mehr die Möglichkeit, kritische Haltungen einzunehmen – was ihre zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht weiter einschränkte.

Dem Manifest der 93 *konnte* gewissermaßen kein Erfolg beschieden sein: Einerseits war die Empörung, die das Manifest sowohl in der Sache als auch in der Form im Ausland erregte, vorhersehbar gewesen. Andererseits erlaubte der gesellschaftliche Hintergrund des Wilhelminismus kein regierungskritisches Manifest, dem auch breitere Unterstützung beschieden gewesen wäre. Bezüglich des „Aufrufs an die Kulturwelt" bleibt festzuhalten, dass das Manifest – hätte es als schlagfertiges *und erfolgreiches* Instrument zivilgesellschaftlicher Opposition funktionieren sollen – etwas voraussetzt, was es als Genre erst erzeugen soll: Nämlich ein Klima, das es ermöglicht, auch kritische Minderheitenpositionen öffentlich wirksam vertreten zu können.

52 Plessner, Helmuth: Die Verspätete Nation, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. VI, Frankfurt am Main 2003, S. 84.

53 Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt am Main 1988, S. 14 f.

54 Ebd., S. 15.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

FAZIT

Es ist deutlich geworden, dass sich das Manifest der 93 in eine spezifisch deutsche Bildungstradition einordnet und sich in seiner unkritischen Form gegenüber der Politik des Kaiserreichs aus der gesellschaftlichen Stellung der deutschen Gelehrten erklärt.

Wie gezeigt werden konnte, muss das Manifest als Phänomen zivilgesellschaftlichen Engagements keineswegs immer zivilisierend, liberalisierend oder demokratisierend wirken, sondern kann – angepasst an den jeweiligen politischen Raum – auch als Mitteilungsorgan fungieren, um der Forderung nach einer Militarisierung oder *Entzivilisierung* Ausdruck zu verleihen. Auch eine gewisse Staatsferne der Manifestanten ist keine Prämisse, wie anhand der Einflussnahme durch staatliche Stellen im Fall des „Aufrufs ‚An die Kulturwelt!‘“ gezeigt worden ist. Mit anderen Worten: Das Manifest als Ausdrucksform bleibt nicht der Opposition vorbehalten.

Des Weiteren lässt sich festhalten, dass der Inhalt des Manifests nicht in erster Linie ausschlaggebend für seine Wirkweise sein muss. Beim Genre des Manifests hat man es vielmehr mit einem Gestus zu tun: Verstanden als eine Art Sprechakt, sagt das Manifest durch seine ihm eigene Form eben mehr als das, was in ihm steht. Seine Form und sein Ausdruck sind jene der moralischen Erregung; seine Wirkung ist gerade aufgrund des Erregungstons explosiv.

Wenn auch noch von deutscher Seite darauf gehofft wurde, die öffentliche Meinung in den neutralen Staaten mit dem „Aufruf“ beeinflussen zu können, geht es den Verfassern und Unterzeichnern in erster Linie um die Demonstration einer Gesinnung, für die man mit der gesamten *persona* einsteht. Insofern zeigt sich am Manifest der 93 als Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements ein spezieller *Typus von Politik*, der auf die moralische Entrüstung abstellt. Hier konstituiert sich quasi eine *manifesto-policy*, wie sie bereits in dem „Tamworth manifesto“[55] Niederschlag fand, das wohl den Prototyp des Manifests darstellt. Dieser zeichnet sich durch die Auslassung parteipolitischer Entscheidungsfindungsprozesse aus und stellt nicht zuletzt deswegen auch ein geeignetes Mittel für jene dar, die nicht den politischen Zirkeln angehören, um die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen bzw. – wie im vorliegenden Fall – zu stützen. Im Manifest findet der moralische Appell das Vehikel zur Überbrückung der Parteiensphäre, deren diskursive Gesetze dem verfolgten Anliegen womöglich abträglich wären, weil diese die Forderungen an Prägnanz und Durchschlagskraft beraubten.

Somit stellt das Manifest der 93 in seinem strukturgeschichtlichen Rahmen einen besonderen Manifest-Typus dar, der zivilgesellschaftliche Struk-

55 Beim „Tamworth manifesto“ handelt es sich um ein politisches Manifest, das 1834 von dem britischen Politiker Sir Robert Peel verfasst wurde. Die herausragende Eigenschaft dieses Manifests war, dass es sich direkt an eine intendierte Wählerschaft wandte.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

turen zwar voraussetzt, aber nicht bestärkt. Die Exklusionsmechanismen im Entstehungsprozess des Manifests zeigen, dass zivilgesellschaftliche Organisation keineswegs auf Offenheit der Struktur oder Gleichberechtigung der Mitglieder beruhen muss. Das Manifest als Textgattung erweist sich hiermit als hochgradig abhängig von seinem historischen Rahmen sowie seiner Manifestantenschaft, das Genre stellt für sich genommen noch keinen demokratisierenden Ausdruck dar.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zivilgesellschaft zwischen Freude und Frustration

Der Aufruf von Intellektuellen zur Enteignung der Fürsten 1926

ROBERT LORENZ

Raffgierig reckt sich aus dem Hinterhalt eine klauenartige Fürstenhand nach dem Volksvermögen, doch stoppt sie die wachsame Faust eines rechtschaffenen Arbeiters. In solch martialischen Bildern jedenfalls illustrierten unzählige Propagandaplakate[1] eine der konfliktreichsten politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik: die Frage nach einer materiellen Enteignung der ehemaligen Fürsten des deutschen Kaiserreichs.

In ihrer kurzen Lebenszeit von weniger als fünfzehn Jahren bot die Weimarer Republik so einiges an politischem Drama auf. Zu diesem geschichtlich beeindruckenden Ereignisreichtum steuerte ausgerechnet jene Gruppe einen hervorstechenden Akt bei, die von der Republik eigentlich überwunden worden war: die Angehörigen der ehemaligen Fürstenhäuser. Das Ganze in Kürze: Mitte der 1920er Jahre geriet die Weimarer Demokratie durch eine schwer lastende „Hinterlassenschaft der Novemberrevolution“[2] einmal mehr in eine innenpolitische Bredouille, für die im Wesentlichen ihre Geburtshelfer verantwortlich zeichneten. Es war ja schließlich kein einfaches Unterfangen gewesen, die konstitutionelle Monarchie durch eine demokratische Ordnung unter dem zusätzlichen Druck einer insbesondere für Wirtschaft und Bevölkerung erschütternden Kriegsniederlage zu ersetzen. Weder die provisorische Regierung des „Rats der Volksbeauftragten“, die von dem SPD-Vorsitzenden und späteren Staatsoberhaupt Fried-

1 Siehe SPD-Flugzettel: Den Fürsten keinen Pfennig!, in: Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB), NL Kuczynski, Kuc7-1-2-1751a.

2 Jung, Otmar: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“, Frankfurt am Main/New York 1989, S. 49.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rich Ebert geleitet wurde, noch die anschließend einberufene Nationalversammlung hatten 1918/19 die Gunst der politischen Umbruchsituation für eine langfristigen Bestand versprechende Regelung zu nutzen vermocht. Als Problem erwies sich der Umgang mit den Besitztümern der Herrscherhäuser, die sich nicht immer von dem privaten Familienbesitz trennen ließen. So verfügten in den Revolutionswirren die demokratisch gesinnten Landesregierungen per Gesetz, dass große Teile des Fürstenvermögens – Schlösser, Ländereien, Gemälde etc. – in Staatsbesitz übergehen sollten. Dabei handelte es sich jedoch mitnichten um eine vollständige Enteignung gestürzter Monarchen, wie man sie sich für eine Revolution einstiger Untertanen vorstellen mag, vielmehr beließen die Regierungen den Fürstenhäusern immer noch stattliche Reichtümer. Jedoch: Die Gesetze waren zumeist in der unmittelbaren Übergangszeit von der konstitutionellen Monarchie zur Demokratie beschlossen worden, ihre Gültigkeit durch die anschließend verabschiedete Reichsverfassung nicht ausdrücklich bestätigt worden. Nach 1919 bestand eine veritable „Rechtsunsicherheit", denn: „Keine Notverordnung oder Übergangsbestimmung regelte in der neuen Verfassung die Frage der Fürstenvermögen."[3] Für gewiefte Juristen war es daher kein Problem, die 1918/19 durchgeführten Konfiskationen anzufechten und eine Rückgabe der enteigneten Güter und Vermögenswerte einzufordern. Es stand nun im verfassungsrechtlichen Ermessen der Gerichte, die Enteignungen zu bestätigen oder für ungültig zu erklären.

Allerdings waren die deutschen Richter zumeist keine sonderlich euphorischen Advokaten des demokratischen Systems von Weimar. Weil die Judikative der Republik mindestens skeptisch, wenn nicht sogar feindlich gegenüberstand, nutzte sie jeglichen Spielraum der Verfassung aus, um die gesellschaftlichen Eliten des Kaiserreichs zu begünstigen. Die Fürstengeschlechter bemerkten diese „konstant einseitigen Gerichtsurteile"[4] und begannen in immer mehr Ländern, gegen den Staat zu prozessieren.[5] Und tatsächlich: Jedesmal entschieden die Gerichte zugunsten der Fürsten,[6] schon bald drohten dem Staat Unsummen von Entschädigungsgeldern. Die Gerichte kompensierten durch eine bestimmte Gesetzesauslegung in ihren Urteilen

3 Horstmann, Holger: „Keinen Pfennig den Fürsten!". Der Volksentscheid zur Fürstenenteigung 1926, in: Hannoversche Geschichtsblätter, Jg. 45 (1991), S. 87-144, hier S. 89.

4 Ebd., S. 91.

5 Vgl. Pleyer, Hildegard: Politische Werbung in der Weimarer Republik. Die Propaganda der maßgeblichen politischen Parteien und Gruppen zu den Volksbegehren und Volksentscheiden „Fürstenenteignung" 1926, „Freiheitsgesetz" 1929 und „Auflösung des Preußischen Landtages" 1931, Münster (Dissertation) 1959, S. 19.

6 Vgl. dazu Stentzel, Rainer: Zum Verhältnis von Recht und Politik in der Weimarer Republik. Der Streit um die sogenannte Fürstenenteignung, in: Der Staat, Jg. 39 (2000) H. 2, S. 275-297, hier S. 283-291.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Weimarer Verfassung, die in Abgrenzung zu jenem System entworfen worden war, in welchem die Fürstenhäuser noch eine staatliche Institution dargestellt hatten. „Auf diese Weise wurde ein Teil des revolutionären Umbruchs negiert.“[7] In der Öffentlichkeit sorgte das, juristisch ausgedrückt: „methodisch selektive Vorgehen“, dem auch die Reichsregierung keinen gesetzlichen Einhalt gebot, schon bald für Unmut. Weshalb sollte beispielsweise der preußische Staat – immerhin von Sozialdemokraten regiert – die einst so revolutionär vertriebenen Hohenzollern mit Hunderten Millionen Reichsmark abfinden?

Gleichzeitig versagte die Politik an der Notwendigkeit, den Freiraum der Gerichte mit Gesetzen einzuschränken. Selbst nach mehrmonatigem Beratschlagen fand das Parlament zu keiner gesetzlichen Lösung; lediglich das sogenannte „Sperrgesetz“ wurde beschlossen, welches sämtliche laufenden Gerichtsverfahren bis Ende Juni 1926 zur Pause zwang.[8]

In der Bevölkerung erhoben sich vergleichsweise heftige öffentliche Proteste gegen eine Entschädigung der enteigneten Fürsten, die allerdings im Reichstag keine parlamentarische Entsprechung fanden. Einzig die KPD brachte am 25. November 1925 einen Gesetzentwurf ein, der die entschädigungslose Enteignung vorsah, im Parlament angesichts der Mehrheitsverhältnisse freilich keinerlei Aussicht auf Erfolg besaß. Weil die Sozialdemokraten noch auf eine Regierungsbeteiligung hofften und zudem möglichst auf Abstand zu den Kommunisten bleiben wollten, herrschte im linken Lager diesbezüglich obendrein Uneinigkeit – obwohl die gemeinsame Wählerbasis der KPD-Position zuzuneigen schien, wovon etliche spontane Protesteruptionen in einigen Städten des Reichs kündeten.[9]

Alle staatlichen Gewalten schienen folglich in dieser Sache zu versagen: die Judikative, die einseitige Urteile fällte; die Legislative, die kein Gesetz zuwege brachte; und die Exekutive, die Bereitschaft zeigte, den fürstlichen Forderungen nachzugeben. Hier tat sich nun eine breite Lücke für zivilgesellschaftliche Intervention auf: Eine stagnierende Arbeit der professionellen Politik, eine schwache parlamentarische Repräsentanz der Gegner einer Fürstenabfindung und eine als unzulänglich empfundene Rechtspraxis des Gerichtswesens boten ausreichenden Anlass zur zivilgesellschaftlichen Tat.

7 Dieses und folgendes Zitat ebd., S. 293 u. S. 283.

8 Vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 104 f.

9 Vgl. ebd., S. 102.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

EIN INTELLEKTUELLEN-AUFRUF ALS „AUSSCHUSS-WARE“: ZUM HINTERGRUND DES MANIFESTS

Am 25. Januar 1926 marschierte ein gewisser Dr. Kuczynski mit zwei weiteren Männern an seiner Seite auf das Reichsinnenministerium zu, um dort einen für die Zulassung eines Volksbegehrens benötigten Gesetzentwurf einzureichen – die beiden Männer waren der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann und der SPD-Vorsitzende Otto Wels. Was war geschehen? Zunächst: Es gab einen Unterschied zwischen den Initiatoren des Manifests und den Unterzeichnern – beide stimmten nicht überein. Denn der Aufruf entsprang einer Organisation, die eigens zum Anlass des Plebiszits gegründet worden war: der „Ausschuß zur Durchführung des Volksbegehrens für entschädigungslose Enteignung der Fürsten“.[10] Die Initiative zur Gründung dieses Wortungetüms war am 14. Dezember 1925 mit einer Einladung zu einer „unverbindlichen Vorbesprechung“[11] von der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ (DLfM) ergangen.[12] Aus ihr bezog der Ausschuss seine organisatorischen und vor allem personellen Ressourcen. Ihr Geschäftsführer, Otto Lehmann-Rußbüldt, verschickte im Dezember 1925 Einladungen an diverse zivilgesellschaftliche Organisationen zu einer Vorbesprechung, welche sodann in den Räumlichkeiten der Liga stattfand. Die Initiatoren hatten den Eindruck von einer „Volksbewegung“ gewonnen; nun sollte geklärt werden, wie man diese für einen Volksentscheid nutzen könnte, „damit die vorhandene Stimmung nicht erlahmt, sondern ausgenützt und gesteigert wird“[13]. Denn die Weimarer Verfassung ermöglichte erstmals in der Geschichte des Deutschen Reichs die Ausübung direkter Demokratie. Via Volksbegehren, bei dem ein Zehntel der wahlberechtigten Bürger für einen bestimmten Gesetzentwurf stimmen musste, konnte ein Volksentscheid herbeigeführt werden; votierte hier wiederum die Hälfte aller Wahlberechtigten für den Gesetzentwurf, so konnte dieser am Parlament vorbei Rechtsgültigkeit erlangen – für zivilgesellschaftliche Akteure ergab sich daraus eine

10 Vgl. hierzu allgemein Jung, Otmar: Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, Teil II, Hamburg 1996, S. 672-67 u. S. 716-734.

11 Siehe Schreiben von Otto Lehmann-Russbüldt vom 14.12.1925, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-2.

12 Vgl. Holl, Karl: Ludwig Quidde (1858-1941). Eine Biografie, Düsseldorf 2007, S. 385 ff.; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 672 f. Eine Auflistung der Mitgliedsorganisationen findet sich auch bei Kuczynski, Jürgen: René Kuczynski. Ein fortschrittlicher Wissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1957, S. 159 f.

13 Schreiben Rabolds vom 12.01.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc-8-7-9.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

reizvolle Chance, politischen Einfluss auszuüben und sich von dem Volkswillen legitimieren zu lassen.[14]

Der Ausschuss fungierte als eine Anlaufstelle für zivilgesellschaftliche Organisationen, die vor dem Hintergrund versagender Gerichte und Parlamente gewillt waren, ein Volksbegehren anzustrengen; und er entstand aus der parteienskeptischen Überzeugung heraus, „dass die Frage der Fürstenabfindungen, mindestens zur Vorsorge, in jedem Falle unabhängig von den politischen Parteien, unverzüglich in die Hand genommen werden muss“[15], sowie der Angst, dass „die Enteignung durch unentschlossene Parteien und die Trägheit der Masse sabotiert wird“[16]. Schon bald bot er ein kurioses Sammelsurium aus etwa vierzig Organisationen des linken Spektrums auf, vom „Republikanischen Anwaltsbund“, über den „Verein sozialistischer Ärzte“, bis hin zum „Physiokratischen Kampfbund“.[17] Die SPD blieb dem Ausschuss aufgrund ihrer Rivalität zur KPD fern und hatte sich auch mehrere Wochen einem gemeinsamen Gesetzentwurf verweigert. Erst als sich die Parteispitze dem Druck der sozialdemokratischen Basis nicht mehr zu entziehen vermochte, lenkte sie ein und erklärte sich zu einer kurzfristigen Zusammenarbeit mit den Kommunisten und den Zivilgesellschaftern bereit.[18] Daraufhin zog der Ausschuss den bereits beim Innenministerium eingereichten Entwurf zugunsten eines neuen, unter sozialdemokratischer Beteiligung stehenden zurück. Insgesamt entstand diese Organisationsplattform fungieren, auf der sich zivilgesellschaftliche Akteure unabhängig von politischen Parteien in der Fürstenfrage koordinieren konnten.

Die Organisationsarbeit verrichteten Personen, die in zivilgesellschaftlicher Aktion bereits erprobt waren. Exemplarisch hierfür steht Robert René Kuczynski. Ihn wählten die Mitgliedsorganisationen zum Ausschuss-Vorsitzenden, weshalb alsbald vom Kuczynski-Ausschuss die Rede war. Er hatte zusammen mit Helene Stöcker, die im Gegensatz zu Kuczynski auch zur Manifestantenschaft gehörte, die DLfM zum Engagement in der Fürstenfrage veranlasst und auch das Einladungsschreiben unterzeichnet. Nachdem der 1878 geborene Kuczynski in den Genuss einer renommierten Ausbildung gekommen war – er hatte bei dem berühmten Wirtschaftswissenschaftler Lujo Brentano studiert und promoviert –, machte er sich als Statistiker und Demograph einen eigenen Namen. Seit 1906 leitete er das Statisti-

14 Vgl. Schüren, Ulrich: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978, S. 61 f.

15 Siehe Zirkularschreiben vom 21.12.1925, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-4.

16 Kürschner, Artur (Interview mit Robert Kuczynski): Beim Fürstenenteigner, in: Neues Wiener Journal, 04.04.1926.

17 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 722 ff.

18 Vgl. ebd., S. 1034; Schüren 1978 (s. Anm. 14), S. 73-87.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sche Amt Berlin-Schöneberg und verfasste international beachtete Studien.[19] Zwei Wesenszüge schienen ihn für die Leitung einer Organisation wie den Kuczynski-Ausschuss prädestiniert zu haben. Erstens entwickelte er schon früh eine Abneigung gegen übermäßigen Reichtum. So hegte er eine außerordentliche Antipathie gegen seinen Vater, einen im Handel mit Geld zu einem Millionenvermögen gekommenen Bankier. Seine Politikvorschläge waren politisch links: So hielt er nach dem Krieg eine Besteuerung der Reichen für sinnvoll und plädierte 1920 für eine – ebenfalls – entschädigungslose Enteignung der Ruhrindustriellen. So verwunderte es nicht, wenn er sich 1926 in seinen Reden mit politisch linker Rhetorik über die „Junkerfrechheit" der „davongelaufenen Fürsten" mokierte, die „unbekümmert um das Elend der Massen, an dem sie die Hauptschuld tragen, ihre gierigen Hände nach geraubtem ‚Besitz' ausstrecken" würden.[20] Und zweitens widersetzte er sich mit Vorliebe Autoritäten. Seine Renitenz zeigte sich etwa im Umgang mit Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums, denen gegenüber er als Experte auf seiner einmal für sachlich richtig befundenen Meinung unumstößlich beharrte; oder in der 1920 von der sozialdemokratischen Regierung einberufenen Sozialisierungskommission, in der er in kindlicher Weise seine Streitlaune in wüsten Wortgefechten mit politischen Größen wie Hugo Stinnes oder Walther Rathenau auslebte. Bei Industriekapitänen wie Emil Kirdorf galt der widerspenstige Kuczynski als „maßlos frech"[21].

Politisiert wurde Kuczynski durch seine wissenschaftliche Arbeit, die ihm ein Bewusstsein für die Verelendung größerer Teile der Bevölkerung vermittelte.[22] Dieses kundige Wissen um soziale Missstände und Verwerfungen musste in ihm einen politischen Antrieb aktiviert haben. Denn Kuczynski begann in der Weimarer Republik, sich zivilgesellschaftlichem Engagement zuzuwenden. Sein erster großer „Kampf" war eine Kampagne gegen die Wohnungsnot Berlins im Jahre 1912, in dem er ebenfalls mit einem Ausschuss zusammenarbeitete, welcher professionelle Politik – in Form der SPD, vertreten etwa durch Karl Liebknecht – und zivilgesellschaftlich engagierte Persönlichkeiten – wie Käthe Kollwitz, Hans Delbrück und Max Liebermann – vereinte. Ferner setzte er sich als Publizist und Redner intensiv für die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland ein, trat beispielsweise im Herbst 1924 mit Reden sechzehn Mal in diversen französischen Städten auf.[23] In pazifistischer Mission durchreiste er Europa und en-

19 Vgl. hier und im Folgenden Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 11-36 u. S. 51-59.

20 Zitiert nach ebd., S. 99.

21 Zitiert nach ebd., S. 65.

22 Zum Folgenden vgl. ebd., S. 35-65 u. S. 118 ff.

23 Vgl. Scheer, Friedrich-Karl: Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1981, Fußnote 3/S. 461; vgl. auch das Buch von Kuczynski: Wenn Friedensfreunde reden. Vorträge in Frankreich, Berlin 1924.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gagierte sich im „Deutschen Friedenskartell“.[24] Später wandte er sich gegen den italienischen Faschismus, und als die Weimarer Republik in ihren letzten Atemzügen lag, trugen Plakate, die zum einheitlichen Kampf gegen die extreme Rechte aufriefen, auch Kuczynskis Unterschrift. Noch im Exil, in das er sich 1933 begab, um an der London School of Economics seine demographischen Studien fortzusetzen, übernahm er 1943 auf Anfrage von Kommunisten den Vorsitz in einem Initiativausschuss der „Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien“, an deren Präsidiumsspitze er schon bald darauf stand.[25] Damit versuchte er sich nach 1926 erneut als Manager einer Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten unter Beteiligung bürgerlicher Kräfte, diesmal aller Gegner des nationalsozialistischen Regimes unter Adolf Hitler. Wie damals 1926 sollte auch 1943 ein Aufruf entstehen, diesmal an „Deutsche in Armee und Heimat“. Die Leitung des Ausschusses war für Kuczynski somit lediglich eine, gleichwohl bedeutsame Station innerhalb einer ganzen Serie von zivilgesellschaftlichem Aktionismus.

Kuczynski war hierfür der richtige Mann. Zu jeder Sekunde des Tages war er von einem schier manischen Leistungszwang elektrisiert. Arbeitswütig investierte er seine gesamte Zeit in seine Studien oder sein politisches Engagement; seine Hochzeitsreise hatte er in der Hauptsache genutzt, um auf Sizilien Untersuchungen über Kinderarbeit in Schwefelminen anzustellen.[26] Mit seiner beträchtlichen Erfahrung als Funktionär diverser zivilgesellschaftlicher Organisationen wie der DLfM oder der „Internationalen Arbeiterhilfe“ (IAH) war es ihm ein Leichtes, Versammlungen einzuberufen, Tagesordnungen auf- und umzusetzen, zusätzliche Unterstützer zugewinnen, notwendige Korrespondenz zu führen und politische Kommunikation zu betreiben. Überdies war Kuczynski im Umgang mit Politikern erfahren, hatte er es doch oft genug mit Parteigranden zu tun gehabt und verkehrte er in erlauchten Kreisen der politischen Elite. Des Weiteren war Kuczynski fleißiger Publizist. 1919 hatte er seine eigene Zeitschrift, die *Finanzpolitische Korrespondenz*, gegründet, 1923 folgte die zweisprachige *Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz*, die sich bei Journalisten aufgrund ihrer Informationsfülle einiger Beliebtheit erfreute.[27]

Den Ausschuss leitete Kuczynski entschlossen, unerschrocken und souverän.[28] So zögerte er nicht, das Volksbegehren bei den Behörden auch ohne die SPD zu beantragen, nachdem diese zu lange mit ihrer Entscheidung ge-

24 Siehe Kessler, Harry Graf: Das Tagebuch. Achter Band 1923-1926, Stuttgart 2009, S. 414 u. S. 429; Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 74.

25 Vgl. hierzu Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 127-150.

26 Siehe ebd., S. 29.

27 Vgl. ebd., S. 62 f. u. S. 73.

28 Siehe hierzu Habedank, Heinz: Der Feind steht rechts. Bürgerliche Linke im Kampf gegen den deutschen Militarismus (1925-1933), Berlin 1965, S. 32; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 679, S. 687 ff., S. 941-946 u. S. 695 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wartet hatte. Kuczynski berief Besprechungen ein und leitete Diskussionen; mit seinen Mitarbeitern verrichtete er hochgradig professionelle Organisationsarbeit – sie setzten Komitees zu strittigen Fragen ein, erarbeiteten Richtlinien, gaben Pressekonferenzen und verschickten regelmäßige Rundschreiben, in denen sie den Aktivisten Instruktionen erteilten.[29] Er koordinierte die Öffentlichkeitsarbeit, indem er beispielsweise Broschüren herausgab, in denen renommierte Autoren die Forderungen des Ausschusses argumentativ untermauerten, erweiterte die Antifürstenallianz, indem er weitere Unterstützerorganisationen akquirierte, organisierte öffentliche Veranstaltungen – und kümmerte sich um das Manifest.

Denn der Kuczynski-Ausschuss beabsichtigte, über das Wählerpotenzial der linken Parteien hinaus Unterstützung zu gewinnen. Neben der Gründung eines eigenen Organs, den *Mitteilungen*, und lokaler Ableger der Organisation beschloss der Ausschuss im Januar 1926, einen Aufruf zu veröffentlichen. Kuczynski und seine Leute richteten hierfür ein Redaktionskomitee ein und holten sich die Unterschriften prominenter Unterstützer ein, indem sie den Text – dessen Autor aller Wahrscheinlichkeit nach der Schriftsteller Wilhelm Herzog war – in den Wochen vor seiner Veröffentlichung potenziellen Unterzeichnern zukommen ließen.[30]

Nach dem Willen des Ausschusses sollte dieses Manifest ein originelles Element der laufenden Kampagne zur Fürstenenteignung sein. Auch im weiteren Verlauf ging es dem Ausschuss stets um „die Gewinnung von prominenten und einflussreichen Persönlichkeiten für die Mitarbeit“[31]. Diese betrieben Kuczynski und sein Stellvertreter, der kommunistische Medienmogul Willi Münzenberg, bereits mit sehr viel Phantasie: Neben Plakaten, Handzetteln und allerhand Schriften ließen sie sogar einen Film mit dem programmatischen Titel: „Keinen Pfennig den Fürsten“ drehen, den Berliner Kinos spielten; weitere technologisch damals geradezu avantgardistische Ideen wie ein Rundfunkbeitrag und eine Laufschriftwerbung scheiterten entweder an Behördenwiderstand oder Geldmangel.[32] Weil das erfinderische Duo Kuczynski und Münzenberg ohnehin sämtliche Register der zeitgenössischen Medienkommunikation zog, durfte ein Manifest natürlich nicht feh-

29 Siehe hierfür Protokoll der Ausschusssitzung vom 6. Januar 1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-6; Protokoll der Sitzung des Ausschusses vom 2. Februar 1926, in: ebd., Kuc8-7-22; Einladungsschreiben des Reichsausschuss für Fürstenenteignung vom 25.02.1926, in: ebd., Kuc8-7-35; Rundschreiben Nr. 6 des Reichsausschuß für Fürstenenteignung vom 18.03.1926, in: ebd., Kuc8-7-91; Reichsausschuß für Fürstenenteignung (Hg.): Richtlinien für die Tätigkeit der Ortsausschüsse für Fürstenenteignung, in: ebd., Kuc8-7-77.

30 Siehe Schreiben Rabolds an Kuczynski vom 15.02.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-32; vgl. auch Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 733.

31 Rundschreiben Nr. 5 des Reichsausschuß für Fürstenenteignung vom 18.03.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-91.

32 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 946.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

len. Kuczynski und seine Mitstreiter glaubten nämlich, der „Belebung der Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung würde es außerordentlich dienen, wenn führende Persönlichkeiten der geistigen Berufe sich dieser Aktion anschließen würden“[33]. Darüber hinaus war das Manifest aus Sicht der Aktivisten eine von vielen Varianten, um in der Öffentlichkeit Unterstützung für ihr Anliegen zu mobilisieren. Viele traten als Redner bei Versammlungen und Kundgebungen auf oder appellierten in Zeitungsbeiträgen. So redeten Hiller, Oestreich und Stöcker in der Reichshauptstadt zum „Volksentscheid gegen Kriegsgefahr“ oder die Feministinnen Thea Persius und Gertrud Baer forderten in Zeitungsbeiträgen: „Frauen! Auf euch kommt es an! Heraus und an die Urne!“.[34] Der Aufruf war somit Produkt einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die Akteure betrieben, für die derlei Angelegenheiten reine Routine darstellten. Mitnichten war er das Ergebnis einer Initiative von Intellektuellen, die spontan vom „Schwung der Massenbewegung“ ermutigt worden war.[35]

„DEN FÜRSTEN KEINEN PFENNIG!“: DIE STIMMUNGSLAGE IN DER BEVÖLKERUNG

Dem Anschein nach handelte es sich bei der Rückerstattung von staatlich beschlagnahmtem Fürstenvermögen zunächst nur um eine juristische Streitigkeit. Eine ganz besonders brisante Kontroverse entzündete sich daran erst durch die damalige Situation im Deutschen Reich. In einer gesellschaftlichen Atmosphäre florierender Wirtschaft und allgemeiner Prosperität hätten sich wohl nur einige Dogmatiker ob der staatlichen Versöhnungshaltung düpiert und zu größerem Widerstand herausgefordert gefühlt. In den Jahren 1925/26 allerdings sprachen zwei Gründe dagegen. Zum einen hatten Krieg und Inflation quer durch alle Schichten eine regelrechte Myriade an wirtschaftlichen Opfern hinterlassen: Ersparnisse waren getilgt, Ehegattinnen und Kinder zu Witwen und Waisen gemacht worden. Kaum jemand im Deutschen Reich, der sich seinerzeit nicht selbst gleichfalls zum Empfang staatlicher Entschädigungszahlungen berechtigt fühlte. Dass man unter den Folgewirkungen des Kriegs litt, war gewiss eine Sache; doch dass davon bestimmte Sozialgruppen – die Fürsten – ausgeschlossen werden sollten, eine ungleiche Verteilung der Kriegslasten erfolgte, musste den Benachteiligten als eine besonders boshafte Frechheit des Staats vorkommen und auf

33 Zitiert nach ebd., Fußnote 83/S. 733.

34 Siehe Flugzettel für Oeffentliche Kundgebung des Deutschen Friedenskartells zum „Volksentscheid gegen Kriegsgefahr“ am 10. Juni 1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc7-1-2-1762; siehe auf der Titelseite: Frauen an Frauen!, in: Dresdner Volkszeitung, 18.06.1926, in: ebd., Kuc 8-7-158.

35 Diese Deutung findet sich bei Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 37.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ablehnung stoßen.[36] Zum anderen war das soziale Klima in Deutschland bereits rau, Millionen von Menschen benötigten finanzielle Alimentierung aus der staatlichen Kasse. In den deutschen Metropolen grassierte arge Wohnungsnot und die Arbeitslosenzahlen explodierten. Zwischen November 1925 und Februar 1926 erhöhte sich die Zahl derjenigen, welche vom Staat „Hauptunterstützung" (vergleichbar mit einer Arbeitslosenhilfe) bezogen, von 360.000 auf zwei Millionen. Selbst Haushalte, in denen Erwerbstätige lebten, konnten in vielen Fällen nicht ausreichend Butter und Brot kaufen, schätzungsweise acht Millionen Deutsche lebten an der Hungergrenze.[37]

Und nun meldeten sich plötzlich Fürsten zu Wort – ihrerseits lediglich Relikte eines untergegangenen Systems und ohnedies immer noch äußerst wohlhabend –, die millionenschwere Geldzahlungen als Entschädigung für verlorenen Besitz reklamierten – und die Justiz des neuen demokratischen Staats sprach ihnen hierfür auch noch Legitimation zu! Dabei waren die Fürsten nach der Novemberrevolution gar nicht mal als bedauernswerte Clochards zurückgeblieben. Ein Beispiel: Die sächsischen Wettiner hatten im Juni 1924 mit der sozialdemokratisch geführten Landesregierung unter Max Heldt eine Übereinkunft getroffen, die ihnen Vermögenswerte in Höhe von 100 Millionen Reichsmarkt beließ, der abgedankte König Friedrich August III. war auch nach 1918 der reichste Sachse.[38] Es wirkte schlechterdings „absurd, wenn im siebten Jahr nach dem Ende der Monarchie eine schaumburg-lippische Nebenlinie ein Paragium gerichtlich erstritt"[39]. Denn damit stellte sich eine eklatante Gleichzeitigkeit ein: Während in den Haushalten vieler Bürger finanzielle Not herrschte, schraubten die abgedankten Herrscherhäuser ihre Ansprüche „höher und höher"[40]. Keine Frage: Der erfolgreich verlaufende Kampf der Fürsten um ihre alten Vermögen hatte das Zeug zum Skandal. In Anbetracht gemeinsam zu verantwortender Kriegsfolgen sowie einer sozialen und ökonomischen Krise, unter der große und unterschiedliche Teile der Bevölkerung kollektiv litten, herrschten 1925/26 für ein politisches Manifest schier ideale Voraussetzungen: skandalöse Ansprüche einer zahlenmäßig kleinen Personengruppe (die Fürsten) und eine schichtenübergreifende Betroffenheit (von sozialer Not).

Die Manifestanten konnten sich des Weiteren auf einen breiten Konsens heterogener Gruppen stützen. Kleinbauern, Inflationsgeschädigte, Rentner, Erwerbslose, Kriegsversehrte und die Hinterbliebenen im Krieg gefallener

36 Vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 97.

37 Vgl. ebd., S. 96 f.; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 671; für statistische Daten siehe die Tabelle bei Schüren 1978 (s. Anm. 14), S. 90.

38 Vgl. Pfeiffer, Siegfried: „Keinen Pfennig den Fürsten!". Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten 1925/1926 in Dresden, in: Jahrbuch zur Geschichte Dresdens, (1986), S. 39-46, hier S. 39 f.

39 Jung 1989 (s. Anm. 2), S. 52.

40 Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 11.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Soldaten: Die gemeinsame Empfindung, dass den Fürsten keine Entschädigung zustehe, überbrückte die Differenzen in Herkunft, Status und Habitus und berechtigte zu der Hoffnung, die für ein erfolgreiches Volksbegehren nötigen Stimmen von vier Millionen Bürgern könnten tatsächlich zustande kommen.[41] Dass die Haltung der ehemaligen Aristokraten, welche sich in den Augen nicht Weniger 1918 einfach davongestohlen hatten und nun trotz ihrer immer noch stattlichen Besitztümer zulasten einer notleidenden Bevölkerungsschicht vom öffentlichen Haushalt Geld en masse verlangten, trefflich zum moralischen Skandal taugte und betroffenen Bürgern dies von staatlicher Seite politisch kaum zu vermitteln war, hatte Kuczynski erkannt.[42] Denn noch bevor sich die Initiatoren des Volksentscheids zur Konstituierung einer gemeinsamen Organisation einfanden, hatte sich das Zustimmungspotenzial bereits messen lassen. Zum Beispiel an den Teilnehmerzahlen diverser Demonstrationen und Kundgebungen: Am 8. Dezember 1925 skandierten bei einem Aufmarsch 50.000 Berliner Beamte Parolen wie: „Den Fürsten wirft man Millionen hinterher, wir Beamten hungern dafür umso mehr“.[43] Dem KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann schenkten wenige Tage später 70.000 Menschen im Berliner Lustgarten ihre Aufmerksamkeit. In der Tat hatte sich „eine Unruhe quer durch das Volk entwickelt“, das Thema enragierte selbst „Schichten, die sich ansonsten eher apathisch zu verhalten pflegten“[44]. Als im Februar 1926 vom Steuerdruck zorngeschwängerte Mosel-Winzer das Finanzamt von Berncastel stürmten, ließ sich die politische Aufgeschlossenheit auch mittelständischer Gruppen für die „sinnlich erfahrbare Parole“[45] der KPD: „Keinen Pfennig den Fürsten!“ erahnen. Und wenngleich die Zahl der Sympathiebekundungen, die den Ausschuss erreichten – die kommunistische Presse sprach von „hunderttausenden“[46] Zuschriften –, eine hochgegriffene Schätzung sein sollte, so ließ sich doch auf ein enormes Potenzial spekulieren.

41 Vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 104; Kaufhold, Karl Heinrich: Fürstenabfindung oder Fürstenenteignung? Der Kampf um das Hausvermögen der ehemals regierenden Fürstenhäuser im Jahre 1926 und die Innenpolitik der Weimarer Republik, in: Schulz, Günther/Denzel, Markus A. (Hg.): Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 2002 und 2003, St. Katharinen 2004, S. 261-285, hier S. 266 f.

42 Kuczynski fasste die Grundlage aller Zustimmung trefflich zusammen: „Dem gesunden Rechtsempfinden des deutschen Volkes widerspricht es vielmehr, dass seine Fürsten, die sich vor jeder Verantwortung drückten, heute – von allem erdenklichen Luxus umgeben – ein sorgenfreies Leben führen.“ Zitiert nach Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 99.

43 Vgl. hier und folgend Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 666.

44 Ebd., S. 1060.

45 Schüren 1978 (s. Anm. 14), S. 94.

46 O.V.: Demonstriert gegen die fürstlichen Räuber!, in: Die Rote Fahne, 24.01.1926. Zuvor war noch von 5.000 Zuschriften die Rede gewesen; vgl. Schü-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zudem bezog sich das Manifest auf einen Sachverhalt, der zu „lebhaften zeitgenössischen Diskussionen“[47] führte, „über ein halbes Jahr hinweg die innenpolitische Szenerie“[48] dominierte, ja „das überragende innenpolitische Thema des Jahres 1926“[49] war. Keine Partei, die um Einfluss im Reich bemüht war, konnte es sich leisten, nicht Stellung zu beziehen. Dies entband die Manifestanten von der Aufgabe, den Gegenstand ihres Postulats erst noch besonders zu umwerben, weswegen sie sich allein darauf konzentrieren konnten, die politischen Einstellungen einer Masse bereits interessierter Bürger zu prägen.

Darüber hinaus boten sich die Parteien des linken Lagers als leistungsfähige Unterstützer an. Die Öffentlichkeitsarbeit besonders von SPD und KPD zum Volksbegehren und -entscheid war eine machtvolle Ressource, übernahmen die beiden Arbeiterparteien doch die materielle Organisationsarbeit und ermöglichten damit einen kostenlosen Rückgriff auf die Logistik zweier professionalisierter Parteiapparaturen. Die KPD ließ ihre Propagandamaschine auf Hochtouren laufen. Die Kommunisten, finanziell weit weniger potent als ihre sozialdemokratischen Genossen, kompensierten ihre Geldnot durch ein phantasievolles Improvisationstalent.[50] Sie führten Straßentheater auf und boten Musiker dar, ließen eine heitere Jahrmarktsstimmung aufkommen, organisierten auf der Spree einen Korso aus Hunderten von Booten linker Sportvereine und Demonstrationen, die allein aus Radfahrern bestanden. Mit der polemischen Aufforderung: „Keinen Pfennig den Fürsten!“ hatte die KPD überdies schnell den idealen Slogan für ihre politische Agitation gefunden, der an Schwarzen Brettern, in Toilettenräumen und Garderoben in den Betrieben prangte. Auch die SPD überschüttete die Bürger mit all ihrer organisatorischen Kraft mit einer ungeheuren Papierflut, die Informationen über die Rechtschaffenheit der Fürstenenteignung enthielt und forderte: „Den Fürsten keinen Pfennig!“. Zehntausende Versammlungen wurden abgehalten, 108 Millionen Papiere – Flugzettel, Plakate und Broschüren – gedruckt. Statistisch erhielt jeder stimmberechtigte Reichsbürger bis zum Abschluss des Referendums zweieinhalb sozialdemokratische Drucksachen. Ein skandalisierender Vergleich der Besitzstände der Bürger mit den vorgeblichen Reichtümern der ehemaligen Fürsten – namentlich der exilierte Kaiser Wilhelm II. – sollte unter den Stimmberechtigten die moralische

ren 1978 (s. Anm. 14), Fußnote 53/S. 72; siehe o.V.: 5000 Zustimmungserklärungen beim Kuczynski-Ausschuß!, in: Die Rote Fahne, 10.01.1926.

47 Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 261; vgl. allgemein zur großen politischen Bedeutung des Themas ebd., S. 274 f.

48 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 87.

49 Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Düsseldorf 2002, S. 418.

50 Hierzu vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 104-111; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 955; Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 89 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Empörung ob der aristokratischen Raffgier zum Sprießen bringen.[51] Zwischen 1,5 und zwei Millionen Reichsmark kostete all dies.[52] Die Parteiorganisation der SPD jedenfalls stellte sich anno 1926 vollständig in den Dienst des Referendums. Beide Parteien, SPD und KPD, organisierten auf öffentlichen Plätzen großer Städte Kundgebungen und Demonstrationszüge, an denen nicht selten jeweils über 10.000 Bürger teilnahmen; auch druckten und verteilten sie die Einzeichnungslisten, um das Unterschriftenquorum für ein Volksbegehren zu erfüllen.

Freilich war nicht alles rosig. Vielmehr unterlag das Manifest einigen Restriktionen. Erstens betraf dies die Parteien des linken Lagers. Mochten sich SPD und KPD mit all ihrer Organisationskraft auch noch so sehr für die gemeinsame Akquisition von Stimmen ins Zeug legen, ihre spontane Allianz war brüchig und keineswegs spannungsfrei. In Wirklichkeit wollten die SPD-Führer ihre Partei so weit wie möglich von der KPD entfernt wissen; in den Städten hielten die Parteirhetoren ihre Reden separat voneinander, insgesamt vertrat man auf Seiten der SPD einen „Standpunkt der klaren Abgrenzung“[53]. Und ja: Die Strategie der KPD war in der Tat eine subversive, beabsichtigte sie doch mit der zunächst nur punktuellen Kooperation der beiden Parteien „die Loslösung von Arbeiterschichten aus der SPD und die Einbindung von Teilen des Mittelstands in das Proletariat unter Führung der KPD“[54].

Zweitens existierte zur Fürstenenteignung eine organisierte Gegnerschaft, die ihrerseits einigen propagandistischen Aufwand trieb, um Volksbegehren und -entscheid zum Scheitern zu bringen. Während sich die Linksliberalen von der DDP dazu entschlossen hatten, die Entscheidung dem Gewissen der Bürger anheimzustellen,[55] positionierten sich DVP, DNVP und das Zentrum als entschiedene Gegner. Die DVP wertete eine Enteignung als einen schwerwiegenden Angriff auf den Privatbesitz der Bürger, der sich mit der liberalen Mentalität ihrer Anhänger nicht zu vertragen schien.[56] Ähnlich dachte die Parteiführung des Zentrums im Hinblick auf ihre katholische Zielgruppe, indem sie sich auf das christliche Gebot „Du sollst nicht stehlen“ berief. In gleicher Weise stellten die Deutschnationalen von der DNVP die Fürsten auf eine Ebene mit dem gemeinen Bürger, deren beider Privatbesitz des staatlichen Schutzes bedürfe. Die DNVP bildete mit der NSDAP und der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei eine „geschlossene

51 Vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 125; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 948; Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 60-80.

52 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), Fußnote 40/S. 948.

53 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 107.

54 Ebd., S. 106 f.

55 Vgl. Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 110; zum Folgenden vgl. insgesamt Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 112.

56 Vgl. hier und folgend Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 112 ff., S. 122 u. S. 136.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Front gegen den ‚Beraubungsantrag'"[57], die durch gemeinsame Arbeitsausschüsse zudem in lose Kooperation mit der DVP trat. Damit hatten sich die politisch rechts stehenden Parteien des Reichstags in einem Lager zum gemeinsamen Kampf gegen die Linksparteien versammelt. Hinzu gesellten sich, quasi als zivilgesellschaftlicher Widerpart zum Kuczynski-Ausschuss, Interessenorganisationen des deutschen Adels, etwa in Form der „Vereinigung für einen rechtlichen Ausgleich des Staates mit dem preußischen Königshause", deren Geschäftsführer vorgefertigte Presseartikel an wohlgesonnene Zeitungsredaktionen verschickte und die den Druck von Broschüren und Flugblättern finanzierte.[58] Nicht minder aggressiv als ihr Kontrahent von den Linken intonierte die rechte Gegenpropaganda: „Keine Stimme für den Volksentscheid!", denn es sei „nicht wahr, dass die Fürstenhäuser irgend einen Deutschen berauben wollen".[59] Die Aussicht, mit der entschädigungslosen Beschlagnahmung von Gütern könne ein Präzedenzfall für sozialistisches Staatshandeln geschaffen werden, versetzte auch die übrigen Blaublütigen in ganz Deutschland in Angst. Als ob der Adel wie in alten Zeiten geschlossen hinter seiner Elite, den Fürsten, stand, sabotierten Organisationen wie der „Landbund" die Abstimmung in agrarischen Gebieten, in denen häufig noch aristokratische Verhältnisse anzutreffen waren. Offen ausliegende Listen, durch welche sich die Enteignungsbefürworter relativ einfach identifizieren und anschließend sanktionieren ließen, begünstigten dies.[60]

Überhaupt die Ängste Besitzender: In der Enteignungsfrage kam es „zu einer ungewöhnlichen Gleichsetzung fürstlicher und bürgerlicher Interessen"[61]. Schließlich gab es trotz allem noch genügend Menschen in Deutschland, die entweder bislang nicht unter den Krisenwirkungen litten oder als unternehmerische Hasardeure sogar von ihnen profitierten. Wie die Adligen fürchteten auch sie, dass sie irgendwann einmal die Maßnahmen eines sozialistisch orientierten Gesetzgebers ereilen könnten.

VON DER GIER RÄUBERISCHER FÜRSTEN UND DER NOT DES DEUTSCHEN MICHELS: DAS MANIFEST

Der Text des Aufrufs war verständlich, prägnant und entschieden formuliert, skandalisierend im Tonfall, ohne dabei einem weltanschaulichen Duktus verpflichtet zu sein. Virtuos bespielte das Manifest die Klaviatur der sozialmoralischen Empörung: Ausgerechnet zu einer „Zeit, in der breite Schichten des Volkes schlimmer darben als im Kriege […] des wirtschaftlichen

57 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 129.

58 Vgl. ebd., S. 112; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 735 ff.

59 Siehe beispielhaft ZLB, NL Kuczynski, Kuc 8-7-108.

60 Vgl. Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 280 ff.

61 Stentzel 2000 (s. Anm. 6), S. 293.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tiefststandes und der allgemeinen Verarmung wagen es die ehemaligen Fürsten, Vermögensansprüche in Höhe von mindestens drei Milliarden Goldmark an den Staat zu stellen“[62]. Mit dieser weitgehend ideologiefreien Sichtweise konnten sich auch bürgerliche Rezipienten anfreunden. Ihre Legitimation versuchte diese Forderung aus der juristischen Praxis der Gerichte zu beziehen, die „sich als willfährig genug erwiesen“ hätten, „*für* die Fürsten und *gegen* die notleidenden Volksmassen zu entscheiden“, gegen den sprichwörtlichen Deutschen Michel also. Das Manifest akzentuierte insbesondere den augenfälligen Missstand, dass ausgerechnet die Fürsten, die „an dem Unglück Deutschlands in erster Linie mitschuldig sind“, Milliardengelder zu kassieren drohten, wohingegen „der Staat die Opfer des Krieges und der Inflation mit Bettelpfennigen zu entschädigen wagt“. Weiterhin suggerierte der Text seinen Rezipienten, dass sie sich im Konsens mit „Millionen Deutsche[n] aus allen politischen Lagern und allen sozialen Schichten“ wähnen könnten. Ultimativ, aber keineswegs utopisch forderten die Manifestanten, die „*entschädigungslose Enteignung*“ der Fürstenhäuser vorzunehmen und die Gelder im Gegenzug „den durch Krieg und Inflation schwer geschädigten Schichten zuzuführen“. Das Manifest schloss mit der dezidierten Ankündigung seiner Unterzeichner, sich in die „Massenbewegung“ einzureihen und dem Volksentscheid zuzustimmen.

DIE INTELLEKTUELLE CRÈME DE LA CRÈME DER LINKEN SZENE: DIE MANIFESTANTENSCHAFT

Pazifistische Militärs und politische Nicht-Politiker

Über vierzig Personen überwiegend kultureller Berufsgruppen hatten den Aufruf unterzeichnet – dies allerdings nicht zufällig. Beim Gros der Manifestanten handelte es sich zwar nicht um eine Schar hauptberuflicher Politiker, aber eben auch keinesfalls um zivilgesellschaftliche Novizen. Mithin waren es in politischer Aktion hinlänglich erfahrene Persönlichkeiten, die seit einiger Zeit schon ihre Profession und/oder Prominenz nutzten, um ihre politischen Auffassungen in der Öffentlichkeit zu platzieren und in der Bevölkerung Unterstützung für ihre Anliegen zu gewinnen. Die Beteiligung an dem Aufruf entsprach bei Vielen voll und ganz einer kontinuierlichen politischen Aktivität, war gewissermaßen nur logisch. Kurt Tucholsky und Helene Stöcker sind vielleicht die besten Beispiele für den pazifistisch, antimonarchisch, sozialistisch gesinnten Intellektuellen, der idealtypisch die Manifestantenschaft des Fürstenaufrufs charakterisiert.

62 Der Aufruf ist u.a. abgedruckt in: Karl, Heinz: Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die Enteignung der Fürsten (1925/1926), Berlin 1957, S. 84 f.; Hervorhebungen wurden in den Zitaten beibehalten; als Manuskript zu finden in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-71.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lange vor dem März 1926 war Tucholsky als Publizist, Redner und Funktionär von Organisationen wie dem „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“, dem „Republikanischen Reichsbund“ oder der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ öffentlich in Erscheinung getreten, zumal auf deren äußeren linken Flügeln.[63] Denn Tucholsky gehörte zu den strengsten Kritikern der Gesellschaftsverhältnisse, weshalb sich der Manifest-Inhalt zur Fürstenfrage ganz vorzüglich in sein politisches Oeuvre fügte. Vor den Fürsten hatte er sich andere Alteliten des Kaiserreichs als Gegner ausgeguckt, zum Beispiel das Offizierskorps, das er insbesondere für die Verbreitung der „Dolchstoßlegende“ öffentlich kritisierte.[64] Einer seiner größten Feinde war der Reichswehrchef Hans v. Seeckt, der ihm als Inkarnation des preußischen Militarismus und revanchistischer Organisator einer verdeckten Wiederaufrüstung zutiefst zuwider war. Schon 1922 hatte er die Gerichte ihrer „Klassenjustiz“ und „Rache an der neuen Zeit“ wegen an den Pranger gestellt,[65] das Jahr darauf die gesellschaftliche Vermögensverteilung kritisiert, indem er über das Leben „in einer Raffke-Republik, oben Öl, unten Wasser“ schimpfte, in dem der Reichtum nur einem kleinen, oberen Teil der Gesellschaft gehöre, während der untere Teil „physisch und psychisch unterernährt“ dahinvegetiere.[66] Die Behörden observierten Tucholsky, den sie in ihren Akten als jemanden, der „für Aktivierung und Radikalisierung“ stünde; er selbst sah die Sozialdemokraten im Angesicht herrschender Klassen als parlamentarische Versager, derentwegen es in Deutschland „schärfster politischer Resistenz“ bedürfe.[67] Seine Biographin Bemmann charakterisiert Tucholsky als „vehement in der Attacke, rückhaltlos im Aussprechen von Wahrheiten und Haltungen“, der „für das andere Deutschland“ kämpfte und „in seiner Überzeugung keinen Schritt zurück“ ging.[68] Seine künstlerische und literarische Schaffenskraft stellte Tucholsky in Form von satirisch-polemischen Gedichten und Zeitungs- wie Zeitschriftenbeiträgen vollends politischen Bewegungen und Organisationen zur Verfügung, mit denen er weltanschaulich sympathisierte.[69] Der Aufruf zur Fürstenenteignung war keineswegs Tucholskys Debüt in solchen Dingen, vielmehr hatte er sich in

63 Vgl. Bemmann, Helga: Kurt Tucholsky. Ein Lebensbild, Berlin 1990, S. 234 f. u. S. 349.

64 Siehe ebd. 1990, S. 235 f.

65 Zitiert nach ebd., S. 237; vgl. auch King, William John: Kurt Tucholsky als politischer Publizist. Eine politische Biographie, Frankfurt am Main/Bern 1983, S. 147-156.

66 Zitiert nach Bemmann 1990 (s. Anm. 63), S. 238.

67 Zitiert nach ebd., S. 349.

68 Bemmann 1990 (s. Anm. 63), S. 352 f.

69 Vgl. Heimlich, Rüdiger: Das andere Deutschland Kurt Tucholskys, in: Harth, Dietrich/Schubert, Dietrich/Schmidt, Ronald Michael (Hg.): Pazifismus zwischen den Weltkriegen. Deutsche Schriftsteller und Künstler gegen Krieg und Militarismus 1918-1933, Heidelberg 1985, S. 79-90.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den Jahren davor bereits an einigen Aufrufen beteiligt, etwa denen des „Republikanischen Reichsbunds“ oder der „Deutschen Liga für Menschenrechte“.[70] Die Fürstenenteignung fiel genau in die Blütezeit seines lebhaften Engagements für gesellschaftliche Veränderungen durch Politik. Mit Tucholsky und den anderen Manifestanten war es wie mit der KPD, die in der Fürstenfrage „eine gute Gelegenheit zur Agitation gegen das herrschende System“[71] erblickte.

Ein besonders enthusiastisches Zoon Politikon war überdies Helene Stöcker.[72] 1869 geboren, eignete sie sich in ihren ersten Lebensdekaden eine gehörige Portion Eigensinn an und war immer bereit, sich unbeugsam gegen Zustände aufzulehnen, die ihr Gerechtigkeitsempfinden herausforderten. Anstatt eine höhere Töchterschule zu besuchen, wie es sich für junge bürgerliche Frauen im wilhelminischen Deutschland eigentlich geziemt hätte, trat sie gegen den Willen ihrer Eltern in ein Lehrerinnenseminar ein. Gegen alle gesellschaftlichen Widerstände setzte sie ihren außergewöhnlichen Bildungsweg mit einem Hochschulstudium und anschließender Promotion fort. Geprägt von der österreichischen Friedensaktivistin Bertha v. Suttner und den vielen sozialen Barrieren und Diskriminierungen, die sie aufgrund ihres Geschlechts zu nehmen und erdulden hatte,[73] verschrieb sie sich pazifistischem und feministischem Engagement. Im Falle Stöckers führte das zu einer regen Tätigkeit: 1892 trat sie der „Deutschen Friedensgesellschaft“ bei, 1896 nahm sie am „Internationalen Frauenkongreß“ in Berlin teil, seit 1898 besuchte sie regelmäßig die Generalversammlungen des „Bundes Deutscher Frauenvereine“ oder die „Deutschen Pazifistenkongresse“ und die „Internationalen Weltfriedenskongresse“, war 1902 Gründungsmitglied des Verbandes für Frauenstimmrecht“ und 1905d es „Bundes für Mutterschutz“, war Mitglied der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ oder der „Liga für koloniale Unterdrückung“, hielt einschlägige Referate zu Themen wie

70 Vgl. Bemmann 1990 (s. Anm. 63), S. 239 u. S. 266; Brief Tucholsky an Jacobsohn vom 20.10.1925, in: Jacobsohn, Siegfried: Briefe an Kurt Tucholsky. 1915-1926. „Der beste Brotherr dem schlechtesten Mitarbeiter“ (hrsg. von Richard v. Soldenhoff), München/Hamburg 1989, S. 331. Im August 1921 unterstützten Einstein, Kollwitz und Grosz einen Aufruf des „Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland“, mit dem Ziel, eine internationale Arbeiterhilfe zu mobilisieren; vgl. Surmann, Rolf: Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921 - 1933, Köln 1982, S. 29.

71 Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 263.

72 Siehe hierzu den biographischen Überblick in: Rantzsch, Petra: Helene Stöcker (1869 - 1943). Zwischen Pazifismus und Revolution, Berlin 1984, S. 192-212.

73 In Glasgow hatte sie eine schmerzliche Liebesbeziehung zu einem verheirateten Mann als dessen Konkubine erlitten; auf dem Campus als Frau eine eher exotische Erscheinung, ertrug sie Erniedrigungen durch Kommilitonen und Professoren; vgl. ebd., S. 33 u. S. 37.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Ehe und Konkubinat“, „Die deutsche Politik im Krieg“ oder „Deutschland, Rußland und der Weltfriede“. Sobald es irgendwo eine namhafte Veranstaltung zu Frieden und Frauen gab, war Stöcker mit von der Partie. Als Frauenrechtlerin, die sich für Recht auf Wahlbeteiligung, Bildung, Berufstätigkeit und sexuelle Freiheit stark machte, und vehemente Kriegsgegnerin, die jedweden Kampf gegen gesellschaftliche Ursachen dies Militarismus – zu denen sie auch die Aristokratie, insoweit die Fürstenhäuser rechnete – aufnahm, war Stöcker eine regelrechte Veteranin zivilgesellschaftlicher Aktion.

Bei fast sämtlichen weiteren Manifestanten verhielt es sich nicht anders: Sie waren bereits vor dem März 1926 politisch hochaktiv gewesen und hatten sich für ihre politischen Überzeugungen ins Zeug gelegt, allerdings nicht in Parteien, sondern als Einzelpersonen.[74] So Albert Einstein, seit 1922 Nobelpreisträger, der in den 1920er Jahren an der Seite von Intellektuellen etliche Aufrufe und Manifeste aus der Überzeugung heraus unterschrieb, gesellschaftlichen und politischen Missständen mit öffentlicher Kritik entgegenschreiten zu müssen.[75] Oder der marxistische Zoologie-Professor Julius Schaxel, der in der Novemberrevolution einem Arbeiter- und Soldatenrat angehört hatte, durch seinen Kampf gegen eine auf mehr Demokratie angelegte Hochschulreform auf dem Jenaer Campus zum isolierten Renegaten wurde und der die Hinwendung von Intellektuellen zur Öffentlichkeit als Möglichkeit ansah, für die marxistischen Ideen und Ideale Massenunterstützung zu mobilisieren.

Und so ließe sich diese Aufzählung der leidenschaftlich politischen Manifestanten fortsetzen – hier nur noch die illustrativsten: Der ehemalige Marinestabsoffizier und anschließend zur Schriftstellerei konvertierte Lothar Persius hatte schon lange vor dem Manifest begonnen, gegen seine revanchistischen Kameraden in aller Öffentlichkeit die Notwendigkeit von Abrüstung zu predigen.[76] Paul Oestreich gehörte zwischen 1921 und 1926 dem Vorstand der „Deutschen Friedensgesellschaft“ an und besaß das Parteibuch der SPD Und setzte sich im „Bund Entschiedener Schulreformer“ für eine demokratisierende Reform des deutschen Schulwesens ein.[77] Erwin Piscator und George Grosz standen beispielhaft für jene Kulturschaffenden, die sich im post-kaiserzeitlichen Deutschland der politischen Kunst verschrieben, bei

74 Vgl. hierzu Fricke, Dieter: Julius Schaxel. 1887-1943. Leben und Kampf eines marxistischen Deutschen Naturwissenschaftlers und Hochschullehrers, Jena 1964, S. 13-33; Goenner, Hubert: Einstein in Berlin. 1914-1933, München 2005, S. 305-311; Pflug, Günther: Albert Einstein als Publizist 1919-1933, Frankfurt am Main 1981, S. 16 f. u. S. 25 ff.

75 Siehe hierfür Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 160.

76 Kommunistisch-tendenziöse Literatur rühmte ihn als jemanden, der „die deutschen Chauvinisten und Militaristen scharf angriff“. Siehe ebd., S. 99.

77 Zu Oestreich vgl. Lütgemeier-Davin, Reinhold: Oestreich, Paul, in: Asendorf, Manfred/Bockel, Rolf v. (Hg.): Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Stuttgart/Weimar 1997, S. 462 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der sie der politischen Botschaft eindeutig den Vorrang vor der künstlerischen Form einräumten. „Zeichnungen und Gedichte waren nicht mehr orientiert an künstlerischen Postulaten, sondern an politischer Wirksamkeit. Der Inhalt bestimmte die Form.“[78] Grosz' Zeichnungen nahmen zu aktuellen politischen Themen Stellung, in ihnen drückte sich seine Kritik an der Gesellschaft, die Vorstellung Deutschlands als einem Untertanenstaat aus.[79] Beliebte Objekte seiner Darstellungen waren sogar ausgerechnet jene Gruppen, die von einer radikalen Fürstenenteignung profitieren sollten: „Er hat das Berlin der Nachkriegszeit gezeichnet, mit seinen Kriegskrüppeln, Schiebern, Huren, Zuhältern, seinen arbeitslosen Proletariern und seinen arbeitslosen Generälen […] er hat die Großen der Finanz und die Kleinen mit dem über Nacht entwerteten Sparkonto gezeichnet, die blind und böse nach ‚dem Feind' Umschau hielten, den sie für ihr Missgeschick haftbar machen könnten.“[80] Käthe Kollwitz erstellte Plakate für politische Kampagnen, so etwa für die „Internationale Arbeiterhilfe“, die sich für die hungernde Bevölkerung Russlands einsetzte, und illustrierte linkspolitische Zeitschriften wie die *Arbeiter Illustrierte Zeitung aller Länder* oder *Das Neue Rußland* – wie im Übrigen auch ihre Mit-Manifestanten Heinrich Zille, Max Pechstein und George Grosz.[81] In ihrem Atelier fand 1919 die illegale Gründung der Jugendinternationalen statt, 1931 unterschrieb sie ein Protestschreiben gegen die Ermordung von Schriftstellern durch das chinesische Chiang-Kai-shek-Regime und im Februar 1933 einen „Dringenden Appell“, der zum Zusammenschluss von KPD und SPD gegen die NSDAP aufforderte. Und auch Max Barthel versuchte Anfang der 1920er Jahre in seiner Publikationstätigkeit für die Internationale Arbeiterhilfe, auf die durch die Auswirkungen des blutigen Bürgerkriegs hungernde Bevölkerung Russlands aufmerksam zu machen und für Hilfsmaßnahmen zu werben, aber auch Sympathien für die Kommunistische Partei zu erwecken.[82]

Bei der Manifestantenschaft handelte es sich folglich um eine Gruppierung außerordentlich Manifest-affiner Persönlichkeiten. Darüber hinaus kannten sich aber auch die meisten untereinander, waren einander spätestens über eine Ecke vertraut. Erstens war dies durch gemeinsame Publikationsarbeit bzw. berufliches Zusammenwirken geschehen. Ein auffälliger Her-

78 Piscator, Erwin: Von der Kunst zur Politik, in: Boeser, Knut/Vatková, Renata (Hg.): Erwin Piscator. Eine Arbeitsbiographie in 2 Bänden. Band 1. Berlin 1916-1931, Berlin 1986, S. 12-17, hier S. 17.

79 Vgl. Sahl, Hans: George Grosz oder Die Vertreibung aus dem Paradies, in: Grosz, George/ders./Riha, Karl (Hg.): So long mit Händedruck. Briefe und Dokumente, Hamburg 1993, S. 7-24, hier S. 9 ff.

80 Ebd., S. 17.

81 Zu Kollwitz vgl. Kneher, Jan: „Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden“: Käthe Kollwitz - eine Künstlerin kämpf für eine Friedenswelt, in: Harth/Schubert/Schmidt (Hg.) 1985 (s. Anm. 69), S. 203-216, hier S. 212 f.

82 Vgl. Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 51 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kunftsort der Manifestantenschaft war neben der DLfM zweifellos *Die Weltbühne*.[83] Tucholsky arbeitete für sie von Paris, Franz Carl Endres von der Türkei aus; Persius, Adolf Behne, Hans Reimann, Hans Siemsen und – ganz besonders – Kurt Hiller zählten gleichfalls zu ihrer illustren Autorenriege – und Jacobsohn stand über allen als ihr Herausgeber. Tucholsky redigierte die Texte Kuczynskis, der seit 1924 Mitarbeiter der *Weltbühne* war.[84] Gemeinsame Publikationsarbeit verrichteten auch Eduard Fuchs, Kurt Kersten, Stöcker und Behne für die 1924 gegründete Zeitschrift *Das neue Rußland*;[85] Grosz illustrierte mit seinen verstörenden Zeichnungen die Schriften Reimanns; und Kollwitz, Zille, Kersten, Behne und Tucholsky schrieben und zeichneten ihren Frust über die Missstände in der Gesellschaft u.a. gemeinsam in der Zeitschrift *A-I-Z* (*Arbeiter Illustrierte Zeitung*) von der Seele, die ihre Autoren als „eine Waffe zum geistigen Selbstschutz der breiten werktätigen Massen"[86] verstanden, die aber auch Willi Münzenberg verlegte, der stellvertretende Vorsitzende des Kuczynski-Ausschusses.

Zweitens rührten die persönlichen Bekanntschaften aus einer gemeinsamen Organisationsarbeit und vereint verfolgten Zielen. Einstein, Kollwitz, Kuczynski, Stöcker und Tucholsky gehörten zu den führenden Mitgliedern der DLfM. Ihnen bot diese vorwiegend pazifistisch engagierte Organisation, die auf das politische Leben mit Denkschriften und anderen Publikationen einwirkte,[87] einen geeigneten Rahmen, um ihrem politischen Aktionsdrang ein Ventil zu verschaffen. Tucholsky und Johannes R. Becher gehörten zu den achtzehn Schriftstellern, die 1925 die „Gruppe 25" gründeten, die sich als „Teil der ‚geistesrevolutionären Bewegung unserer Zeit' verstand"[88] und der bald auch George Grosz und Erwin Piscator beitraten. Stöcker und Hiller kannte man in Berlin bereits einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg als eine regelrechte „Kampfgemeinschaft" für feministische und pazifistische

83 Im Urteil der Historiker fiel deren permanente Kritik an der Weimarer Republik „gnaden- und alternativlos" aus; Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914 – 1949, München 2003, S. 479; vgl. auch King 1983 (s. Anm. 65), S. 66-72.

84 Siehe Brief Tucholsky an Jacobsohn vom 10.11.1925, in: Jacobsohn 1989 (s. Anm. 70), S. 334; ebd., S. 541.

85 Vgl. Huonker, Thomas: Revolution, Moral & Kunst. Eduard Fuchs: Leben und Werk, Zürich 1985, S. 156; Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 43.

86 Clara Zetkin zitiert nach Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 104.

87 Zur DLfM vgl. Fritsch, Werner: Deutsche Liga für Menschenrechte (DLfM) 1922-1933, in: Fricke, Dieter et al. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 1, Alldeutscher Verband Deutsche Liga für Menschenrechte, Leipzig 1983, S. 749-759.

88 Vgl. Bemmann 1990 (s. Anm. 63), S. 350.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ziele.[89] Auch Kollwitz und Kuczynski waren einander schon vor dem Krieg begegnet und hochachteten sich seitdem. Als Statistikexperte hatte sich Kuczynski 1912 als Versammlungsredner für den „Propaganda-Ausschuß für Groß-Berlin" zur Verfügung gestellt, der seinerzeit die öffentliche Aufmerksamkeit auf die miserablen Wohnverhältnisse der überfüllten Reichshauptstadt zu lenken suchte. In jenem Ausschuss saß u.a. Kollwitz. Eine exakte Berechnung Kuczynskis und eine emotional berührende Grafik Kollwitz' zierten ein überall in Berlin prangendes, später vom Polizeipräsidenten verbotenes Plakat.[90] Und zu guter Letzt hatten einige der Manifestanten die geheime Finanzierung der Reichswehr aufgedeckt. Dabei handelte es sich um den ehemaligen Marineoffizier Lothar Persius, der 1925 an dem von der Deutschen Liga für Menschenrechte veröffentlichen „Weißbuch über die Schwarze Reichswehr" mitschrieb, und um Siegfried Jacobsohns *Weltbühne*, welche die konspirativ von der Reichswehr betriebenen Gründungen paramilitärischer Organisationen enthüllte.

Schließlich bestand drittens in unterschiedlichem Ausmaß auch eine private Bekanntschaft. Dass Tucholsky 1924 als Korrespondent der *Weltbühne* die Hauptstadt des von ihm gescholtenen Deutschland in Richtung Paris verlassen und dem „verschleißenden tagesjournalistischen Arbeitsprozess"[91] entfliehen konnte, hatte ihm sein Chef und enger Freund, Siegfried Jacobsohn, durch die Einrichtung eines neuen Arbeitsplatzes ermöglicht. Freunde waren auch Tucholsky und der Schauspieler Paul Graetz – eine Größe der damaligen Theater- und Kabarettszene Berlins und Protegé des Regisseurs Max Reinhardt; Tucholsky schrieb für Graetz Chansons, die dieser dann vortrug, und widmete ihm sogar Gedichte.[92] Oder Pechstein und Grosz, die sich im gemeinsamen Hass auf den Militarismus angefreundet hatten.[93] Piscator und Grosz waren seit den hektischen Tagen der „Novemberrevolution" in Berlin enge Kompagnons. Zusammen diskutierten sie eifrig, wie man politische Einstellungen mit dem Medium der Kunst wohl am besten zum Ausdruck bringen könnte, schwärmten für Karl Liebknecht und unterstützten den Spartakusbund. „Russland war unser Ideal", so bekannte Piscator später.[94] Waren nicht alle auf gleiche Weise in persönlicher Sympathie miteinander verbunden, so kannte und respektierte man sich doch als Teil einer zwar nicht kleinen, aber immer noch überschaubaren Gesellschaft der links-

89 Vgl. Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 196.

90 Vgl. hier und folgend Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 37 ff. u. S. 42; siehe auch Kollwitz, Käthe: Die Tagebücher (hrsg. von Jutta Bohnke-Kollwitz), Berlin 1988, S. 636.

91 Bemmann 1990 (s. Anm. 63), S. 266 ff.

92 Vgl. Tucholsky, Kurt: Kurt Tucholsky. 1890-1935. Ein Lebensbild (hrsg. von Richard v. Soldenhoff), Berlin 1985, S. 268.

93 Siehe Pechstein, Max: Erinnerungen (hrsg. von Leopold Reidemeister), München 1963, S. 114.

94 Siehe dazu Piscator 1986 (s. Anm. 78), S. 15 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

intellektuellen Elite Berlins.[95] Und die wenigen Fälle, in denen eine persönliche Abneigung das Verhältnis trübte, spielte keine Rolle mehr, sobald es gegen den gemeinsamen Gegner, gegen die „Reaktionäre“ ging.[96]

Insgesamt waren die Manifestanten von dem Ansinnen geleitet, der in ihren Augen versagenden Politik und Justiz ein zivilgesellschaftliches Korrektiv entgegenzusetzen. Sie alle glaubten sich einer wahrhaftigen „Volksbewegung“ gegenüber, der es bloß noch die politische Richtung zu weisen galt. Speziell Kuczynski versuchte mit seinem Ausschuss und der Volksgesetzgebung, Parlament und Regierung so stark unter Druck zu setzen, dass sie nicht mehr um eine gesetzliche Enteignung umhin kommen würden. Ihm war klar, dass selbst ein erfolgreicher Volksentscheid binnen kürzester Zeit vom Parlament mit einem Gegengesetz wieder konterkariert werden konnte. Ihm ging es um ein unübersehbares Zeichen, das sogar „selbstherrliche parlamentarische Parteien“[97] nicht einfach würden ignorieren können: „Neunzehn Millionen Stimmen sind selbst dann nicht in den Wind zu schlagen, wenn die letzte Million fehlt. Die Regierung muss auf die Massen Rücksicht nehmen. […] Unser Ziel wird erreicht.“ Insofern kreierte das Manifest allerdings eine Illusion von der Volksgesetzgebung und hätte im Falle eines erfolgreichen Volksentscheids die Verdrossenheit ob des politischen Systems nur noch weiter erhöht.

So weit zu den Motiven. Doch noch etwas fällt auf: Über vierzig Unterschriften von Schriftstellern, Film-, Theater- und Zeichenkünstlern, Universitätsprofessoren, Klerikalen und aus dem Dienst geschiedenen Offizieren zählte das Manifest. Doch barg diese äußerliche Verschiedenheit eine innere Ähnlichkeit. Dies betraf nicht nur die bereits erwähnte Übereinstimmung in der politischen Meinung und dem zivilgesellschaftlichen Engagement. Vor allem ähnelten sich die biographischen Verläufe innerhalb der Manifestantenschaft erstaunlich stark. Die meisten Unterzeichner wurden entweder durch den Ersten Weltkrieg oder die grassierende Not größerer Bevölkerungsteile politisiert. Während der Weimarer Republik gehörten sie Zirkeln

95 Tucholsky kannte auch Persius, Reimann und Zille persönlich, Jacobsohn und Herzog speisten hin und wieder zusammen Mittag; siehe Brief Tucholsky an Jacobsohn vom 10.08.1923, in: Jacobsohn 1989 (s. Anm. 70), S. 156; Brief Tucholsky an Jacobsohn vom 14.01.1925, in: ebd., S. 249; ebd., S. 547.

96 Einige Unterschriften lassen sich ferner durch die Führungsrolle erklären, die einige Manifestanten in Mitgliedsorganisationen des Kuczynski-Ausschusses bekleideten. Darunter fallen Helene Stöcker, die im Vorstand der DLfM saß, Leonard Nelson, seines Zeichens Kopf des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“ (ISK) und Paul Oestreich, der den „Bund entschiedener Schulreformer“ führte.

97 Hier und folgend Kürschner, Artur (Interview mit Robert Kuczynski): Beim Fürstenenteigner, in: Neues Wiener Journal, 04.04.1926. „Druck auf den Reichstag!“, lautete die Devise; Rundschreiben Nr. 5 des Reichsausschuß für Fürstenenteignung vom 18.03.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-91.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

an, die das demokratische System verteidigen oder es zugunsten einer kommunistischen Variante verändern wollten, in jedem Fall aber die ehemaligen Machteliten und Apologeten des Kaiserreichs zum Feind erkoren hatten. Sie gelangten zu gemeinsamen Interpretation und erlebten dieselbe Wirklichkeit, sehr häufig traf sich ihr politisches Engagement zu denselben Anlässen. Die meisten von ihnen standen in Konflikt mit Behörden, lieferten sich erhitzte Kämpfe mit einer feindlich gesinnten Presse, sahen sich in der Zeit der Weimarer Republik als Leidensgenossen kollektiv Repression und Diffamierung, nach 1933 Unterdrückung und Verfolgung durch das NS-Regime ausgesetzt. Nach der „Machtergreifung" begaben sie sich in die Emigration, wo sie ihre Opposition zunächst gegen die Diktatur Hitlers, später auch für die Beendigung des von Deutschland entfachten Kriegs fortsetzten.

Beispielsweise keifte die konservative Presse gegen den „Ungeist" Piscators, welcher mit seinem „Parteitheater" „tote Soldaten auf den Kehrichthaufen" werfe und machte ihn zum Synonym für Verachtenswertes: bei Grosz, der „Piscator mit Zeichenstift", der Gott verhöhne; bei Tucholsky, der „Piscator des Schrifttums", der mit seiner Feder Seelen vergifte; und bei Kerr, einem „Piscator der Kritik", der alle anderen „Piscatoren" „grüßt und ermuntert".[98] Und Kuczynski verleumdete die rechtsextreme Presse als „galizischen Juden".[99] Albert Einstein wurde durch den Ersten Weltkrieg politisch erweckt, weil er die Kriegsbegeisterung seiner Landsleute für verabscheuungswürdig hielt, und Helene Stöcker, weil sie der Krieg zwischen vermeintlich zivilisierten Kulturvölkern zutiefst erschütterte.[100] Hiller und Schaxel standen 1918/19 an der Spitze von Arbeiterräten, Eduard Fuchs und Hermann Duncker kämpften zur gleichen Zeit an der Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Spartakusbund.[101] Auch wurden die Manifestanten kollektiv Opfer des NS-Regimes, durch KZ-Internierung, Flucht, Vertreibung und Eigentumsverlust. Ein Großteil der Manifestantenschaft fand sich daher nach 1933 im Ausland wieder, nicht wenige setzten ihre zivilgesellschaftlichen Aktivitäten fort. Hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen, Werthaltungen, ihrem Politisierungsgrad also, und der Kontinuität ihres oppositionellen Handelns erschienen die Manifestanten als eine weitläufig homogene Gruppe, deren Entstehung trotz ihrer Größe kaum mehr verwundert.

Kurzum: Die Zugehörigkeit zu einer Szene bürgerlicher Intellektueller mit besonderen politischen Einstellungen war im Falle dieses Manifests nicht nur berufungsförderlich, sondern voraussetzend, wurde die Manifestantenschaft doch nicht offen rekrutiert, sondern selektiv. Denn der mit ex-

98 Siehe Piscator, Erwin: Der Kaufmann von Berlin. Berlin 1929, in: Boeser/Vatková (Hg.) 1986 (s. Anm. 78), S. 244-252, hier S. 250.

99 Zitiert nach Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 716.

100 Vgl. Pflug 1981 (s. Anm. 74), S. 27 ff.; Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 199.

101 Vgl. Huonker 1985 (s. Anm. 85), S. 135-152.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zellenten Multiplikatoren wie Stöcker und Kuczynski bewehrte Ausschuss ließ den Aufruf nur in ausgesuchten Kreisen zirkulieren, in denen untereinander ein gewisses Maß an Vertrauen und Solidarität herrschte.[102] Die private, berufliche und zivilgesellschaftliche Verbundenheit, die zwischen den Manifestanten bestand, erleichterte es dem Manifest ungemein, zu Unterzeichnern zu kommen – schließlich unterschrieb man gerne einen Aufruf, den ein Freund, Kollege und Mitstreiter empfahl.

Ressourcen und Restriktionen

Die Manifestantenschaft wusste einige Ressourcen aufzubieten, um für Unterstützung zu werben. Allen voran Kurt Tucholsky, der im linken Lager eine große Popularität genoss, die er sich als mitreißender Redner erarbeitet hatte.[103] Er verlieh dem Anliegen des Manifests zusätzliche Publizität, indem er beispielsweise in der proletarischen Satirezeitschrift *Der Knüppel* ein Gedicht mit dem provokanten Titel: „Wollt ihr die die Dummen sein?", veröffentlichte, welches die mobilisierenden Zeilen enthielt: „Fürsten raus – ! / Es ist hohe Zeit! / Alle Mann auf Deck! / Zum Volksentscheid –!"[104] Hiller, Oestreich und Stöcker stellten sich der Enteignungskampagne als prominente Redner zur Verfügung.[105] Jacobsohn und Kerr zählten in den 1920er Jahren zur „Elite der deutschen Theater- und Literaturkritiker"[106]. Auch Herzog, Hiller und Kersten waren damals nicht etwa bedeutungslose Randfiguren, sondern „linke Prominenz"[107]. Viele nutzten ihr Renommee zur Meinungsmultiplikation: Kurt Hiller brachte eine Resolution ein, mit welcher er erreichte, dass der Ausschuss des „Deutschen Friedenskartells" am 17. Mai 1926 doch noch „alle organisierten Pazifisten zum Ja beim Volksentscheid aufforderte". Und Paul Oestreich setzte im Friedenskartell die Ausrichtung einer Massenkundgebung durch.[108] Darüber hinaus besaßen die Manifestanten allesamt, wie bereits geschildert, eine herausragende Erfahrung im Publizieren politischer Meinung.

Das soziale und politische Profil der Manifestantenschaft war jedoch monoton. Obgleich mit Persius und Endres beispielsweise zwei hochrangige Ex-Militärs dazu zählten, waren diese aufgrund ihrer Biographie gänzlich unfähig, in militäraffinen Gruppen Unterstützung für den Aufruf einzuwerben. Denn weil sie pazifistische Kritik am deutschen Militärwesen und des-

102 Siehe Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 733.

103 Vgl. Bemmann 1990 (s. Anm. 63), S. 238. Tucholsky unterzeichnete das Manifest zwar mit einem seiner Pseudonyme, Ignatz Wrobel, jedoch kannten ihn seine „Fans" hierunter.

104 Siehe ebd., S. 354.

105 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 962.

106 Wehler 2003 (s. Anm. 83), S. 501.

107 Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 734. Das folgende Zitat ebd., S. 961.

108 Vgl. ebd., S. 962.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sen Ausstrahlungskraft auf die Gesellschaft übten, Angriffe auf militärische Heldenfiguren wie Alfred v. Tirpitz oder Erich Ludendorff unternahmen und die Öffentlichkeit über geheime Bestrebungen der Reichswehr wie zum Beispiel der illegalen Unterstützung von paramilitärischen Organisationen aufklärten, waren sie in den Augen des Offizierskorps verräterische Abtrünnige, die es zu bestrafen galt.[109] Und Walter Loeb, der auf den ersten Blick als finanziell arrivierter Wirtschaftsberater und ehemaliger Bankdirektor bürgerliche Schichten zu repräsentieren schien, war bekennender Marxist, der Enteignungen zugunsten der Allgemeinheit verfocht.[110] Die Manifestantenschaft bot Namen auf, mit denen allenfalls dort eine verstärkte Unterstützung gewonnen werden konnte, wo ohnehin bereits eine starke Sympathie für das Manifest-Anliegen bestand. Die Manifestantenschaft glich einer Liste des „Who-is-who" der linken Prominenz, sie enthielt Namen von Personen, welche die SPD bekanntermaßen auf dem Parteienspektrum eher rechts als links verorteten. Dadurch aber verstärkte ihr sozialstrukturelles Erscheinungsbild lediglich die inhaltliche Nähe des Manifest-Textes zum linken Lager, statt sie zu kompensieren und dadurch Personengruppen zu integrieren, die in ihrer politischen Haltung normalerweise mit SPD und KPD nichts zu tun hatten. Aristokratisch und nationalkonservativ gesinnten Zeitungen war es bei dieser Ansammlung von bekennenden Marxisten, Sozialisten und kommunistischen Parteimitgliedern ein Leichtes, zu einem Boykott des „sozialistischen Begehrens"[111] aufzurufen und vor der „Macht Moskaus"[112] zu warnen. Und wie hätte der Verdacht auf kommunistische Agentur auch widerlegt werden sollen – schließlich waren die Unterzeichner ja auch alle große Sympathisanten von Marx, Engels und Lenin?[113] Das Ziel des Kuczynski-Ausschusses, damit also auch des Manifests, „vor allem die Schichten heran[zu]holen, die die von den Parteien (SPD und KPD) nicht erfasst werden können"[114], konnte auf diese Weise nur schwer erreicht werden.

109 Vgl. Schaerer, Simon: Franz Carl Endres (1878-1954) – Kaiserlich-osmanischer Major, Pazifist, Journalist, Schriftsteller, in: Wette, Wolfram (Hg.): Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1933, Bremen 1999, S. 231-245; Steinkamp, Peter: Kapitän zur See a.D. Lothar Persius (1864-1944) – Ein Seeoffizier als Kritiker der deutschen Flottenpolitik, in: ebd., S. 99-109.

110 Vgl. dazu Später, Jörg: Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902-1945, Göttingen 2003, S. 291.

111 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 112.

112 O.V.: Die Große Linke, in: Gewissen, 05.04.1926.

113 Siehe Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 155 f. u. S. 173.

114 Reichsausschuß für Fürstenenteignung (Hg.): Richtlinien für die Tätigkeit der Ortsausschüsse für Fürstenenteignung, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-77.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der Kampf geht weiter

Gemessen an dem Anspruch und der Vermutung, Teil einer lebhaften Volksbewegung zu sein, verschwand der Kuczynski-Ausschuss nach dem gescheiterten Volksentscheid sang- und klanglos von der Bildfläche. Zusammen mit der gleichzeitigen Abkehr von SPD und KPD zerbrach die zuvor noch entschlossene Organisation, erlahmte nach etwa einem Jahr im Herbst 1926 auch die soziale Bewegung gegen die Fürstenabfindung. Nur noch einzelne Manifestanten bemühten sich um eine politische Fortführung der Initiative. So Siegfried Jacobsohn, der am 16. November 1926 in der *Weltbühne* den Versuch unternahm, mit einem neuerlichen Plebiszit – diesmal auf Landesebene – eine kurz zuvor getroffene Vereinbarung des preußischen Staats mit dem Hohenzollernhaus rückgängig zu machen.[115] Leute wie Jacobsohn oder auch der einstige Redakteur der *Mitteilungen* des Kuczynski-Ausschusses, Emil Rabold, stemmten sich gegen plötzliche „das Nachlassen der Kräfte“[116]. Jacobsohn starb allerdings am 2. Dezember 1926 – und mit ihm das Vorhaben eines Volksbegehrens in Preußen.

Allerdings fanden sich viele der Manifestanten anlässlich anderer Aktionen zusammen. Dies war freilich weniger ein Resultat des gemeinsam geübten Protests gegen die staatliche Fürstenabfindung, sondern eher das Ergebnis aufrechterhaltener Kontinuität – schließlich hatten sich ja die meisten auch vor 1926 in dieselben Projekte eingebracht, denselben Organisationen angehört und zu denselben Themen Stellung bezogen. Und so ging es 1926 auch weiter. Die Schriftsteller Hiller, Stöcker und Tucholsky gründeten im Juli 1926 die „Gruppe Revolutionärer Pazifisten“ (GPR), welche die kapitalistische Gesellschaftsordnung als Ursache von Krieg zu bekämpfen trachtete und sich dem Ziel einer „sozialen Revolution“[117] verschrieb.[118] Noch ein solcher Zirkel war der „Club 1926 e.V.“, Gesellschaft für Politik, Wissenschaft und Kunst, den die Künstler Grosz, Pechstein und Piscator 1926 ins Leben riefen, dem sich Hiller und Stöcker anschlossen und der ein Treffpunkt bürgerlicher Pazifisten war.[119] Im Januar 1928 entstand der „Volks-Film-Verband“, in dem sich Kulturschaffende gegen zunehmende Unterdrückungsversuche des Staats solidarisierten; seine Gründungsmitglieder waren u.a. Kollwitz, Piscator, Kerr, Becher, Tucholsky und Zille.[120] 1928 wurde

115 Vgl. hierzu Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 1044-1047.

116 Ebd., S. 1045; siehe auch Arbeitsprogramm des Reichsausschusses (o.D.), in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-78.

117 Stöcker zitiert nach Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 206.

118 Zu der Gruppe vgl. allgemein Bockel, Rolf v.: Ein Beispiel: Die „Gruppe Revolutionärer Pazifisten“, in: Harth/Schubert/Schmidt (Hg.) 1985 (s. Anm. 69), S. 43-46.

119 Vgl. Fricke, Dieter/Fritsch, Werner: Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) 1892-1933, in: Fricke et al. (Hg.) 1983 (s. Anm. 87), S. 667-699, hier S. 685 f.

120 Vgl. Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 183.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der *Eulenspiegel* gegründet, welcher Gruppen zu erreichen suchte, „die durch die Kampagnen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten und für die Bildung der Einheitsfront der Werktätigen mobilisiert worden waren", und dessen Arbeit sich als „Kampf gegen die Reaktion" verstand.[121] Zur Redaktion gehörten u.a. Becher, Grosz, Kollwitz, Tucholsky und Zille. Abseits solcher regelmäßigen Verbindungen gab es zu sporadischen Ereignissen eine wiederholte Zusammenarbeit einiger Manifestanten in der Öffentlichkeit. Etwa 1927, als der Vorstand der „Volksbühne" seine selbstauferlegte Verpflichtung zu politischer Neutralität in einer Inszenierung Piscators verletzt sah und den vermeintlichen Delinquenten in aller Öffentlichkeit mit einer heftigen Rüge maßregelte.[122] Daraufhin erschien ein Text, in dem sich eine Reihe der deutschen Kulturelite mit Piscator solidarisch erklärte. Mit dabei war so gut wie jeder Künstler, der auch ein Jahr zuvor den Aufruf zur Fürstenenteignung unterzeichnet hatte: Becher, Eysoldt, Georg, Grosz, Herzog, Kerr, Kersten, Pechstein, Siemsen und Tucholsky. Als die KPD 1928 ein erneutes Volksbegehren, diesmal gegen den politisch umstrittenen Bau eines Panzerkreuzers, anstrengte, unterschrieben Pechstein und Kerr einen Aufruf „Gegen Panzerkreuzer! Für Fortschritt und Kultur! Für Beseitigung sozialer Not und Ungerechtigkeit!"; auch Hiller, Stöcker und Tucholsky setzten sich mit der GPR für das Plebiszit ein.[123] Ferner waren einige Manifestanten während des NS-Regimes in die „Volksfront" involviert, so Becher, Schaxel und Stöcker.[124] Der marxistische Unternehmer Walter Loeb war während des Zweiten Weltkriegs „Spiritus Rector der aus Sozialisten bestehenden antideutschen Verlagsgesellschaft ‚Fight for Freedom'"; im März 1942 unterschrieb er eine Erklärung, die Thesen zur jüngsten Geschichte Deutschlands und der Sozialdemokratie enthielt.[125]

121 Ebd., S. 126.

122 Siehe „Solidarität mit Piscator", in: Boeser/Vatková (Hg.) 1986 (s. Anm. 78), S. 130 f.; insgesamt ebd. S. 129 ff.

123 Vgl. Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 137; Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 127.

124 Siehe Fricke 1964 (s. Anm. 74), S. 52. Die „Volksfront" unternahm als Ansammlung deutscher Exilanten zumeist sozialistischer Provenienz den Versuch, die deutsche und internationale Öffentlichkeit auf den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes aufmerksam zu machen und Entwürfe für ein postnationalsozialistisches System zu unterbreiten; vgl. hierfür auch den Beitrag von Jens Gmeiner und Markus Schulz in diesem Band.

125 Zu Loeb vgl. Später 2003 (s. Anm. 110), S. 288-291, für das Zitat siehe S. 158.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ERFOLG IM SCHEITERN: VON VIERZEHN MILLIONEN DEUTSCHEN „SCHWEINEHUNDEN“

Der Einfluss des Manifests auf die politischen Geschehnisse lässt sich kaum exakt messen. Nicht zuletzt wegen der geringen medialen Resonanz, die der Aufruf erzielte. Er erschien lediglich in Organen von Organisationen, die entweder direkt mit dem Kuczynski-Ausschuss verwoben waren oder sich mit diesem in enger Kooperation befanden, insgesamt also entweder tendenziös, gering aufgelegt oder regional beschränkt waren: Beispielsweise erschien der Aufruf-Text in den ausschusseigenen *Mitteilungen* vom 5. März 1926, im *Vorwärts* vom 6. März, in der *Schwäbischen Tagwacht*, ebenfalls einer sozialdemokratischen (Lokal-)Zeitung am 10. März und als „Aufruf deutscher Geistesarbeiter“ in der kommunistischen *Neuen Zeitung* in Thüringen.[126] Eine Rezeption durch neutralere Redaktionen erfolgte nicht, wohl da der überwiegend von profilierten Linksliberalen unterzeichnete Aufruf nichts sonderlich Spektakuläres an sich hatte, vielmehr gewöhnlicher Bestandteil der damals üblichen Propaganda war. Die Manifestanten waren weithin dafür bekannt, derlei zivilgesellschaftliche Interventionen in die Politik zu unterstützen, sie bestätigten lediglich den Eindruck, den man bereits von ihnen hatte. Bei den meisten handelte es sich gleichsam um Wiederholungstäter, die ihre bürgerschaftliche Courage in der Vergangenheit bereits mehrfach unter Beweis gestellt hatten. Insofern lässt sich durchaus ein Abnutzungseffekt erkennen, noch dazu verstärkt durch die damalige Publikations- und Debattenkultur, in der ein solcher Aufruf eher trivial wirkte.

Medial ohne nennenswerte Konsequenz, war der Kuczynski-Ausschuss politisch hingegen zum Teil äußerst erfolgreich. Im März 1926 wurden die für das Volksbegehren benötigten vier Millionen mit abgebeben 12,5 Millionen bei Weitem übertroffen, die Gazetten der Unterstützer des Aufrufs jubilierten über den „Volkssieg über Fürstenhabgier“[127]. Der über den endgültigen Erfolg richtende Volksentscheid vom 20. Juni 1926 scheiterte jedoch, statt der erforderlichen zwanzig hatte es nur vierzehn Millionen positive Voten gegeben.[128] Der abgedankte Kaiser Wilhelm II. ließ aus seinem niederländischen Exil verlautbaren: „Also gibt es 14 Millionen Schweinehunde in Deutschland.“[129] Elektoral war dies dennoch ein beeindruckender Erfolg, überstieg das Ergebnis doch die Wählerzahlen, welche die Parteien, die eine Enteignung befürworteten, bei Reichstagswahlen üblicherweise gewärtigen konnten.[130] Die Linksparteien hatten im Verbund mit außerparlamentari-

126 Vgl. Fricke 1964 (s. Anm. 74), Anm. 98/S. 58; Jung 1996 (s. Anm. 10), Fußnote 84/S. 733.

127 Emil Rabold in der *Weltbühne* zitiert nach Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 119.

128 Vgl. hierzu Richter 2002 (s. Anm. 49), S. 426; Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin 1982, S. 301 f.

129 Zitiert nach Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 141.

130 Vgl. ebd., S. 120 u. S. 140.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Organisationen, mit dem Kuczynski-Ausschuss zumal, lagerferne Zustimmung erreicht. Bevölkerungsgruppen wie die katholischen Anhänger der Zentrumspartei hatten ihr Stimmrecht entgegen ihren konventionellen Verhaltensmustern ausgeübt.

Was die Politik der Reichsregierung und die Entscheidungen des Reichstags betraf, so blieb das Vorhaben allerdings folgenlos. Ein Volksgesetz war nicht zustande gekommen, auch fürderhin kam es auf nationaler Ebene zu keiner Einigung. Die Länder trafen nun, bis 1933, mit den jeweiligen Fürstenhäusern Vergleichsvereinbarungen. In Preußen beispielsweise einigten sich Staat und Hohenzollernhaus auf einen Vergleich, der das einstige Königs- und Kaisergeschlecht mit einem standesgemäßen Grundbesitz und fünfzehn Millionen Reichsmark abfand.[131] Verdrossen konstatierte Carl v. Ossietzky im Januar 1927: „Heute haben die Hohenzollern ihr Geld, und Niemand spricht mehr davon. Typischer Verlauf einer Volksbewegung in Deutschland."[132]

Weitaus bedeutsamere Konsequenzen als für die Politik zeitigte das Manifest für seine Initiatoren und Unterzeichner. Sie erlangten oder steigerten ihre historiographische Gewichtigkeit. Mal ehrlich: Wer würde sich noch, jenseits wissenschaftlicher Fachzirkel, an den Statistiker und Ökonomen Robert René Kuczynski erinnern? Aus heutiger Sicht reicht er wohl nicht an die Prominenz seines Sohnes Jürgen heran, der einst zu den Vorzeigewissenschaftlern der DDR gehörte. Doch in der Erzählung deutscher Geschichte fällt sein Name nicht selten in Zusammenhang mit der Kontroverse um die Fürstenenteignung, die konzentriert in den Jahren 1925/26 innenpolitisch ausgetragen wurde. Als eine der spektakulärsten und lehrreichsten Anwendungen direktdemokratischer Instrumente in der deutschen Geschichte war der dazugehörige Volksentscheid von historischer Bedeutung. Und so auch Kuczynski und die anderen Manifestanten. Sobald historische Darstellungen auf das Ereignis des Plebiszits zur Fürstenenteignung zu sprechen kommen, ist fast automatisch von dem Aufruf der Intellektuellen- und Kultur-Elite die Rede. Verantwortlich zeichnen dafür die heute wie damals prominenten Namen der Manifestanten: Käthe Kollwitz, Kurt Tucholsky, George Grosz, auch Heinrich Zille und erst Recht Albert Einstein sind kulturelle Berühmtheiten sowohl ihrer Zeit als auch der jüngeren deutschen Geschichte, die somit vielen Menschen auch im 21. Jahrhundert noch bekannt sein dürften. Daher bietet sich für Historiker der Verweis auf eine ihrer Aktionen – eben den Aufruf zur Fürstenenteignung – immer wieder an, während dem Manifest selbst kaum eine besondere Wirkung auf die damaligen Ereignisse zugeschrieben wird. In den 1950er Jahren versuchte Jürgen Kuc-

131 Vgl. ebd., S. 143

132 Zitiert nach Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 1048. „Eine endgültige reichsgesetzliche Lösung fand erst unter totalitären Vorzeichen statt", als sich die NS-Machthaber einem Gesetz vom 1. Februar 1939 die vollständige Verfügungsgewalt über den Fall sicherten; Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 144.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zynski unter den begünstigenden Voraussetzungen des vorgeblichen „Arbeiter- und Bauernstaats“ DDR, seinen Vater posthum zu einem heldenhaften Kämpfer der Arbeiterbewegung zu verklären. Natürlich: Nichts dokumentierte die suggerierte „Parteinahme für die Ausgebeuteten und Unterdrückten – gegen die herrschende Klasse der Imperialisten, der Monopolkapitalisten“[133] besser als R. R. Kuczynskis Organisationsarbeit in der Fürstenfrage. Und noch zu Lebzeiten firmierte er als der „Fürstenenteigner“ und „Sieger“ des Volksbegehrens,[134] stand er im Blickpunkt von Journalisten, die ihn als exzellenten „Kenner der deutschen Wirtschaft und der des Auslandes“ lobten und ein gezeichnetes Portrait abdruckten.[135] Auch für die anderen Manifestanten war die Teilnahme am Aufruf eine weitere Trophäe für zivilgesellschaftliches Engagement, die sich nunmehr in biographischen Lexikonartikeln bestaunen lässt. Hiller, Stöcker, Einstein oder Tucholsky: Allesamt konnten sie mit dem Manifest ihre zivilgesellschaftliche Aktionsvita komplettieren und aufwerten.

Prädikat „demokratisch-wertvoll“: zur zivilgesellschaftlichen Bedeutung des Manifests

Auch ohne politischen und öffentlichen Erfolg leistete das Manifest keinen geringen Beitrag zur politischen Kultur. Erstens stärkte es entgegen des Trends zur staatlichen Unterdrückung die öffentliche Meinungspluralität. Obwohl zu strenger Neutralität angehalten, sabotierten die Behörden in einigen Teilen des Reichs nämlich die Auslage der Einzeichnungslisten für Volksbegehren und –entscheid oder erschwerten durch bürokratische Schikanen die Eintragung.[136] Nicht wenige Beamte waren den alten aristokratischen Machtverhältnissen noch loyal verhaftet und erachteten das Plebiszit als einen ungebührlichen Angriff der Kommunisten auf die staatliche Ordnung. Die Manifestanten stemmten sich mit ihrem Aufruf gegen diese illegale Manipulation, indem sie die Bürger öffentlich zur Beteiligung an dem Plebiszit aufforderten.

Zweitens bereicherte das Manifest die politische Diskussion jenseits von Parteien und Parlamenten, lieferte es doch politisch interessierten Bürgern Diskussionsstoff und gab ihnen Argumentationsmaterial an die Hand. Denn die „Auseinandersetzungen, die Volksbegehren und Volksentscheid auslösten, erfassten die politisch interessierten Teile des Volkes, lösten dabei oft

133 Siehe hierfür Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 84.

134 Siehe Kürschner, Artur (Interview mit Robert Kuczynski): Beim Fürstenenteigner, in: Neues Wiener Journal, 04.04.1926.

135 Siehe o.V.: Ein Vorkämpfer für die entschädigungslose Fürstenabfindung: Dr. R. Kuczynski, in: Letzte Politik, H. 3/1926, S. 1.

136 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 128; auch Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 267; Brief Borgius an Kuczynski vom 13.03.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-38; Dokument: Die Sabotage der Behörden, in: ebd., Kuc8-7-79.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

grundlegende Diskussionen aus und ermöglichten so eine intensive Behandlung des Gegenstandes im vor- und außerparlamentarischen Raum“[137].

Das Manifest erbrachte, drittens, den Nachweis zivilgesellschaftlicher Lebendigkeit. Die Volksgesetzgebung ermöglichte dem politisch mündigen Bürger, „seine Sorgen und Nöte ebenso wie seine Wünsche und Hoffnungen an einem konkreten Gegenstand zu artikulieren“[138]. Wenn es sich dabei auch freilich um ein Ideal handelte, so traten die Manifestanten doch in der privaten Rolle von Staatsbürgern auf, die eben dies taten: die politischen Spielräume, die ihnen die Verfassung gewährte, auszunutzen.

Viertens artikulierte das Manifest die Meinung eines gewichtigen Teils der Bevölkerung. Hatten sich bis dahin allein professionelle Politikinstanzen und juristische Experten mit der Fürstenfrage befasst,[139] so entrissen die Manifestanten den Parteien das Thema und veröffentlichten eine politische Argumentation, die dem außerparlamentarischen Raum der Zivilgesellschaft entstammte. Die Befürworter einer Enteignung waren im Parlament unterproportional vertreten; schließlich überschritt die Kontroverse die Parteigrenzen und ließ auch etliche Wähler bürgerlicher Parteien für den Gesetzesentwurf der Kommunisten votieren. Dieses klaffende Repräsentanzdefizit wurde, wenn auch nur zu Teilen, durch die Manifestanten um Kuczynski überbrückt. Als Initiatoren und Unterstützer eines plebiszitären Gesetzesentwurfs platzierten sie die Meinung vieler Bevölkerungsgruppen in der Öffentlichkeit und im politischen Prozess.

Der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ oder der „Allgemeine Deutsche Beamtenbund“ riefen zur Unterstützung des Plebiszits auf; gleiches taten USPD, SPD und KPD. Abseits von Gewerkschaften und Parteien, die damals, in Zeiten intakter Milieus, kaum mehr als ihre eigene Klientel zu mobilisieren vermochten, bot das Manifest – so ließe sich fünftens annehmen – mit seinen Unterzeichnern die Chance, auch in milieufernen Schichten um Unterstützung zu werben, insoweit die am politischen Prozess beteiligten Akteure im Sinne einer vorteilhaften Symbiose zu ergänzen.

Sechstens kanalisierte das Manifest Partei(en)verdrossenheit. Emil Rabold etwa, der als Geschäftsführer des Kuczynski-Ausschusses mittelbar zur Manifestantenschaft zählte, frohlockte angesichts des beantragten Volksbegehrens über die Möglichkeit, nun endlich den „raffsüchtigen Fürsten einen Generalmarsch zu blasen“, worin die „Gesetzesschuster und Angstmeier verstaubter Parteistuben“,[140] zu denen in Anbetracht ihrer zaudernden Haltung zum Volksentscheid wohl auch die SPD gerechnet werden muss, bislang nicht in der Lage gewesen wären. Symptomatisch für diese Haltung war auch jene des Schriftstellers Wilhelm Herzog, der sich über den „Opportunismus und die Feigheit der sozialdemokratischen Führer“ jener

137 Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 269.

138 Ebd., S. 276.

139 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 1060.

140 Zitiert nach Schüren 1978 (s. Anm. 14), S. 97.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zeit echauffierte und diese des Pakts mit „Nationalisten“ und „kaiserlichen Generälen“ bezichtigte.[141] Und Kuczynski triumphierte nach dem erfolgreichen Volksbegehren auf einer Versammlung, man hätte „über den Reichstag gesiegt, weil dieser in der Abfindungsfrage versagt hat“[142]. Folglich kann man von einem nicht unerheblichen Anti-Parteienaffekt und Parlamentsverdruss einiger Manifestanten ausgehen. Vielen von ihnen waren die Kommunisten in manchen Punkten zu radikal, die Sozialdemokraten hingegen zu kompromissbereit. Auch der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe konnte sich mit dem Aufruf weitaus entschiedener, ja leidenschaftlicher zu Wort melden, als dies die Haltung der Parteiführung zuließ.

Und schließlich siebtens war das Manifest für politisierte Kulturschaffende eine für die damalige Zeit idealtypische Möglichkeit, ihre Meinungen und Forderungen zu veröffentlichen und einen punktuellen Eingriff in die Politik vorzunehmen. Es bot den hauptberuflich außerhalb der Politik stehenden Künstlern, Schriftstellern und Universitätsprofessoren eine vergleichsweise unkomplizierte Gelegenheit, sich öffentlich in die politische Debatte einzubringen, ohne gleich in den dauerhaften Parteibetrieb eingespannt oder von einer Organisation vereinnahmt zu werden. Weil es eine flexible Plattform für zivilgesellschaftlich ausgeübte Politik bildete, ermunterte es zu politischem Engagement.

Nicht zu verachten war im Übrigen die motivierende Kraft, die von dem Aufruf ausging. Denn zivilgesellschaftliche Akteure des linken Lagers hatten es in der Weimarer Republik keineswegs leicht: Ein im Ersten Weltkrieg zu unsterblichem Ruhm gelangter Feldmarschall war Staatsoberhaupt, Regierungen lösten in scheinbar immer schnellerer Abfolge aneinander ab und die im Kaiserreich dominanten Kräfte wiedererstarkten umso rascher. In der Bevölkerung gab es noch genug Vorbehalte gegen Demokratie und Parlamentarismus und der Einfluss bestimmter Machteliten des Kaiserreichs war ungebrochen. Gerade weil Stöcker und Co. sich solchermaßen energisch, tapfer und rege außerparlamentarisch engagierten, wurde ihnen eine große Frustrationstoleranz abverlangt – blieben doch die meisten ihrer Projekte ohne das erstrebte Resultat. Bis 1926 war Helene Stöcker nach etlichen Jahren politischer Arbeit ob deren Wirkungslosigkeit längst eine verzweifelte Gestalt.[143] Der grelle Kontrast zwischen Hoffnung und Realität bei Angelegenheiten wie dem Völkerbund, der an den ihm zugedachten Aufgaben regelmäßig scheiterte, hatten vermeintliche Erfolge oft genug als tatsächliche Träumereien entwertet.[144] Dass Stöcker sich sogar über eine Reise in das

141 Herzog, Wilhelm: Menschen, denen ich begegnete, Bern/München 1959, S. 85.

142 O.V.: Was nun? – Der Volksentscheid!, in: Berliner Volks-Zeitung, 30.03.1926.

143 Vgl. Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 28 f.

144 Vgl. Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 117 f. Nicht umsonst bewunderte sie die Sowjetunion als einen hehren Versuch, „etwa von der Sehnsucht und den

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eisige Russland freute, wo sie in der Beobachtung der dort neu entstehenden Gesellschaft eine Ersatzbefriedigung für Veränderung fand, die ihr bislang verwehrt worden war; und dass Grosz in den 1930er Jahren „durch die seines Erachtens geringe Wirksamkeit von Karikatur und Satire, die weder der Zerfall der Arbeiterbewegung, noch das Erstarken des Faschismus aufhalten konnte, desillusioniert und verbittert“[145] war, zeigt vor allem eines: Selbst noch so energische Zivilgesellschafter brauchen ab und an Erfolgserlebnisse, um sich immer wieder aufs Neue für ihre Aktionen aufraffen zu können.

Ein solches war die Beteiligung an der sozialen Bewegung gegen die Fürsten. Das erfolgreiche Volksbegehren und das passable Abstimmungsergebnis des Volksentscheids, insgesamt der Beweis, endlich auch einmal über linkspolitische Schichten hinaus Wirkung erzielt zu haben, ließ Stöcker und ihre Mit-Manifestanten „mit neuem Mut, mit wachsendem Vertrauen in die Kraft der Massen ihren Kampf fortsetzen“[146]. Insofern es als eine Quelle kurzzeitigen Erfolgsgenusses vor Frustration und Apathie bewahrte, trug das Manifest zur Revitalisierung zivilgesellschaftlicher Kräfte bei.[147]

Träumen der Menschen in die Wirklichkeit zu übersetzen“; zitiert nach ebd., S. 120.

145 Neugebauer, Rosa: George Grosz und sein Verhältnis zu Militarismus und Krieg, in: Harth/Schubert/Schmidt (Hg.) 1985 (s. Anm. 69), S. 147-162, hier S. 159.

146 Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 134.

147 Emil Rabold, ein Mitstreiter Kuczynskis, bekannte etwa: „Eine herrliche Aktion ist in Fluß gekommen. Das Volksbegehren ist da.“ Zitiert nach Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 37.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Deutsche Volksfront ohne Volk

Manifeste des Widerstandes

JENS GMEINER / MARKUS SCHULZ

„Wer draußen steht, sieht manches besser."[1] Diese Überzeugung teilten sicherlich viele Mitstreiter einer sich aufeinander zu bewegenden Opposition im französischen Exil aus Arbeitervertretern, Gewerkschaftern, Parteien und Intellektuellenzirkeln gegen den Nationalsozialismus. Doch auch wenn Emil Kirschmann diese Worte erst 1938 an die Leitung der Exil-SPD in Prag richtete, hatte diese Bewegung, die als „Lutetia-Kreis" nicht nur in Paris auf sich aufmerksam machen sollte, wesentlich früher Fahrt aufgenommen. Die Vertreter dieses Kreises sahen die Wirklichkeit Hitler-Deutschlands wohl klarer und kritischer als die deutsche Bevölkerung. Aber sie sahen diese eben nur aus der Perspektive des Exils, nicht aus der konkreten alltäglichen Erfahrung vor Ort. Diese Ambivalenz prägte auch die publizistische Widerstands- und Aufklärungsarbeit dieses heterogenen Bündnisses verschiedener Lager in der Emigration. Der programmatische und sinnstiftende Höhepunkt kann für das Jahr 1936 konstatiert werden. Standen sich im Vorfeld der Bemühungen Sozialdemokraten, Kommunisten und bürgerliche Vertreter noch unversöhnlich gegenüber – eine Erblast aus den Wirren der Weimarer Republik –, so gelang es im Pariser Hotel „Lutetia" doch immerhin, Vertreter von Exil-SPD und -KPD sowie bürgerliche Intellektuelle an einen Tisch zu bekommen. Und schließlich wandte man sich gemeinsam mit Protesterklärungen und Denkschriften an die Öffentlichkeit, in der das Modell einer deutschen „Volksfront" gegen Hitler-Deutschland Anwendung finden sollte. „Volksfront" soll in diesem Beitrag als unscharfes antifaschistisches Bündnis „von der Arbeiterschaft bis hin zu den Konservativen gegen NS-Diktatur

1 Emil Kirschmann in einem Schreiben an die Sopade am 11. Februar 1938. Das Zitat bildet ebenfalls den Titel der Biographie desselben; Redmer, Axel: Wer draußen steht, sieht manches besser: Biographie des Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann, Birkenfeld 1987.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Krieg, für Demokratie, Menschenrechte und Frieden“[2] im Pariser Exil verstanden werden.

Wie kam es aber zur Bildung dieser Opposition im Exil; welche Motive, welche Biographien hatten die Vertreter dieser doch so heterogenen Volksfront? Und was bedeutete diese personelle und organisatorische Heterogenität für die Gestaltung und Breitenwirkung der veröffentlichten Dokumente? Konnten diese demonstrativen Aufrufe die deutsche Gesellschaft und das Ausland für den Terror des Nationalsozialismus sensibilisieren und einen politischen Wandel initiieren?

Der in Paris gegründete „Lutetia-Kreis“ veröffentlichte seine Gedanken und Überzeugungen in einer Vielzahl von Aufrufen, Appellen und Manifesten, von denen hier chronologisch vier aus dem Jahre 1936 stammende hinsichtlich des Inhalts, der Rhetorik und der Wirkung auf die Zivilgesellschaft genauer analysiert werden sollen. Im Fokus dieses Beitrages steht somit die Frage nach der Breitenwirkung der Manifeste der Volksfront, die eng mit den Rahmenbedingungen im In- und Ausland sowie den Akteuren der Volksfront verwoben ist.

DAS SCHWERE ERBE VON WEIMAR

Der Aufbau einer schlagkräftigen „Volksfront“, die sich zum Ziel gesetzt hatte, verschiedene politische Lager der deutschen politischen Emigration zusammenzuführen und für den Kampf gegen Hitler-Deutschland zu mobilisieren, stand schon zu Beginn unter keinem günstigen Stern. Trotz der erlittenen Verfolgungen, Erniedrigungen und kollektiven Haftstrafen, denen die Mitglieder und Funktionäre der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD nach der Regierungsübernahme Adolf Hitlers ausgesetzt waren, schien eine gemeinsame Aktionsfront der verhassten Brüderparteien im Exil zunächst schwer zu realisieren. Die verhärtete Frontstellung zwischen SPD und KPD,

2 Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Lexikon des Widerstandes 1933-1945, München 1994, S. 199. Die deutschen Volksfrontbemühungen wurden angeregt durch Entwicklungen in Frankreich, wo sich die *Fronte populaire* unter Léon Blum 1935 und ein Jahr später in Spanien die *Frente Popular* konstituierte. Zum Begriff der Volksfront und seiner Genese vgl. insbesondere Langkau-Alex, Ursula: Zur Genesis des Begriffes „Volksfront“ 1932 bis 1934/35, in: Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): Soziale Bewegungen. Geschichte und Theorie. Jahrbuch 1: Arbeiterbewegung und Faschismus, Franfurt am Main 1986, S. 82-105. In diesem Beitrag soll der Begriff der „Volksfront“ nur für die deutschen Einigungsbemühungen im Pariser Exil und den „Lutetia-Kreis“ verwendet werden. Die Berliner Widerstandsgruppe „Deutsche Volksfront“ unter Hermann Brill bleibt hierbei größtenteils unberücksichtigt. Vgl. zum Leben Hermann Brills und seines Widerstands insbesondere Overesch, Manfred: Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die sich bereits in der Vorkriegszeit herauskristallisiert und während der Weimarer Republik nicht nur parteipolitisch verfestigt, sondern auch tief in die Köpfe der Menschen eingegraben hatte,[3] war auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten weiterhin prägend für die Politik der Arbeiterparteien und deren Vertreter im Exil.

Während die Kommunisten die Sozialdemokratie auch nach dem formalen Verbot der SPD und der Auflösung der Gewerkschaften als „Sozialfaschisten" sowie Stütze einer bourgeoisen Politik und Gesellschaftsordnung diffamierten und sie als Hauptfeind einer wirklich proletarischen Revolution ansahen,[4] betrachteten umgekehrt große Teile der Sozialdemokratie die Kommunisten als wesensverwandt mit der aufkommenden NS-Diktatur – stellte doch die KPD die elementaren Grundvoraussetzungen des Rechtsstaates in Frage. Zwar gab es durchaus gemeinsames Vorgehen von SPD und KPD auf parlamentarischer Ebene, aber ein Bündnis beider Parteien zu einer gemeinsamen Kampfleitung war ausgeschlossen.[5] Die sozialen, politischen und religiösen Konfliktlinien der deutschen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre überdauerten auch die Emigration und belasteten die Zusammenarbeit der heterogenen Exilgruppierungen in den Gastländern erheblich.

Einer gemeinsamen Volksfront der geflohenen Parteifunktionäre und Auslandsdeutschen gegen das NS-Regime waren somit bereits Grenzen gesetzt und sie wurde zudem dadurch erschwert, dass wichtige politische und gesellschaftliche Gruppen und deren Vertreter sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren schienen. Bedeutende Repräsentanten des politischen Katholizismus wie Heinrich Brüning hielten sich im Ausland von der Politik fern. Und auch Liberale sowie Konservative erhoben nur selten ihre Stimmen. Eine breite gesellschaftliche Front und repräsentative Gesamtvertretung der Auslandsdeutschen, die ein Gegengewicht zum deutschen Faschismus zumindest verbal artikulieren konnte, blieben unter der Last der Weimarer Vergangenheit anfangs illusorisch. Willy Brandt, der die schweren Zerwürfnisse der Exildeutschen aus eigener Anschauung kannte, schrieb in seinen Memoiren wie folgt: „Man hätte ironisch feststellen können, das Exil sei eine Fortsetzung von Weimar mit anderen Mitteln."[6]

---

3 Zur Weimarer Sozialdemokratie vgl. insbesondere Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn 1987.

4 Vgl. Weber, Hermann: Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur „Brüsseler" Parteikonferenz, in: Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 73-85, hier S. 74 f.

5 Vgl. Mühlen, Patrick v.z.: Die SPD zwischen Anpassung und Widerstand, in: ebd., S. 86-98, hier S. 90 f.

6 Brandt, Willy: Links und frei. Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S. 141.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Von vorkämpferischer und exemplarischer Bedeutung war dagegen vor allem die Etablierung einer französischen Volksfront kommunistischer, sozialistischer und radikalbürgerlicher Organisationen, die auf einem am 23. Juni 1935 abgehaltenen Solidaritätstag die deutschen antifaschistischen Parteien und Organisationen aufforderten, endlich ihre Kräfte zusammenzuschließen und gegen den Faschismus mit vereinten Mitteln zu kämpfen.[7] Insbesondere deutsche Intellektuelle und Schriftsteller, die sich in Frankreich niedergelassen hatten, stimmten diesen Ausführungen zu und forcierten die Bildung eines „Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront". Speziell Heinrich Mann, der Frankreich nicht nur als literarisches, sondern auch als politisches Vorbild ansah, war von der Einigung der antifaschistischen französischen Volksfront überzeugt und forderte auch die deutschen Parteiführer und Intellektuellen auf, „endlich mit den überlebten Klassenvorurteilen Schluss zu machen, die Kräfte im Kampf gegen den Faschismus zu vereinen"[8]. Analog zur französischen Volksfront, in der Literaten und Politiker gemeinsam gegen den Faschismus agierten, begannen nun auch bei deutschen Schriftstellern im Exil die ideologischen Vorbehalte langsam zu schwinden.

Essentiell für diesen Annährungsprozess der verschiedenen Gruppierungen in Frankreich wurden gleichwohl die Kurskorrektur und der Sinneswandel der Komintern-Führung auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im August 1935. Der gegen die Sozialdemokratie geäußerte Vorwurf des Sozialfaschismus wandelte sich in Folge der strategischen und organisatorischen Schwäche der Kommunisten zu einem Bündnisangebot an die Sozialdemokraten und bürgerlich-demokratischen Kräften in den jeweiligen Ländern. Statt eines zentralistischen Organisationsaufbaus, der in Deutschland so gut wie nicht mehr existiere, sollten kleine dezentrale Einheiten den Widerstand nun eigenverantwortlich organisieren.[9]

Die illegale KPD bestätigte diesen Kurs auf ihrer Brüsseler Konferenz, die eigentlich in der Nähe Moskaus stattfand und deren Name gewählt wurde, um die Nationalsozialisten zu verwirren. Während die KPD-Führung in den Exilländern nun an der Durchführung von Volksfrontausschüssen arbeitete, beharrte der Exil-Vorstand der SPD (Sopade) jedoch auf der kategorischen Ablehnung einer Einheits- und Volksfrontpolitik mit der KPD. Die Sopade setzte sich vor allem gegen den Führungsanspruch der KPD zur Wehr und sah in deren Bekundung einer Einheitsfront nur eine vorüberge-

7 Vgl. Langkau-Alex, Ursula: Versuch und Scheitern der deutschen Volksfront, in: Exil H. 2/1986, S. 19-37, hier S. 21.

8 Pawek, Karl: Heinrich Manns Kampf gegen den Faschismus im französischen Exil 1933-1940, Hamburg 1972, S. 104.

9 Vgl. Herlemann, Beatrix: Kommunistischer Widerstand, in: Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt am Main 1994, S. 29-41, hier S. 34.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hende Notdemonstration, die aber nichts an den revolutionären Fernzielen der Kommunisten verändert hätte.[10]

Bedeutsam und katalysierend für die Idee einer Volksfront war der „Erste internationale Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur" im Juni 1935 in Paris. An diesem nahmen 250 Schriftsteller verschiedener politischer und weltanschaulicher Richtungen aus 398 Ländern teil, die über ihre Ansichten hinsichtlich des Faschismus, des Sozialismus in der Sowjetunion und der sich konstituierenden französischen Volksfront diskutierten.[11] Anknüpfend an den Schriftstellerkongress hatte es mehrere lose Zusammenkünfte zwischen verschiedenen Exildeutschen meist pazifistischer und bürgerlicher Gesinnung gegeben, die sich aber durchaus bewusst waren, dass eine breite Volksfront ebenso die parteipolitischen Vertreter von SPD, KPD und des Zentrums einschließen musste und einer organisatorischen Form des vorläufigen Volksfrontausschusses bedurfte.[12]

Der „Vorläufige Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" lud am 26. September 1935 zu seiner ersten Sitzung im Pariser Hotel „Lutetia", dessen Name der Kreis fortan trug. Während KPD und SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) mit offiziellen Vertretern an dem Vorläufigen Ausschuss teilnahmen, beteiligten sich aufgrund der fortwährenden Skepsis des Parteivorstandes der Exil-SPD gegenüber einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten nur Einzelpersonen der SPD.

Eine erste engere Kooperation zwischen einigen Exilgruppen war mithilfe der Komiteearbeit somit vorerst geglückt – auch wenn konstatiert werden musste, dass die Sopade als größte und wichtigste Auslandsvertretung den Kurs einer geeinten Volksfront mit der KPD nicht unterstützte. Zugleich war neben den bürgerlichen Intellektuellen, die allerdings größtenteils keiner bürgerlichen Partei angehörten, die katholische Opposition nur minimal vertreten und eingebunden. Der Kitt dieses vorläufigen, heterogenen Bündnisses bestand im Großen und Ganzen wohl darin, Solidarität für die Opfer des Terror- und Mordregimes zu üben und das Ausland über die innerdeutsche Situation zu informieren.

10 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Zur Strategie und Taktik der KPD/SED. Aktionseinheit, Einheitsfront, Volksfront, Bündnispolitik, Bonn 1982, S. 23.

11 Vgl. Langkau-Alex 1986 (s. Anm. 7), S. 19.

12 Vgl. dies.: Volksfront für Deutschland?, Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" 1933-1936, Berlin 2004, S. 163.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ORGANISATOREN, VERMITTLER UND ELITEN DES FRAGILEN BÜNDNISSES

Der „Amnestieappell", der auf der „Lutetia-Konferenz" am 2. Februar 1936 von der Vollversammlung angenommen wurde, stellte gewissermaßen den Ausgangspunkt für eine geplante publizistische Volksfront in der Emigration dar. Zu den bedeutendsten Teilnehmern der „Lutetia-Konferenz" gehörten Rudolf Breitscheid, Max Braun und Jacob Walcher für die Sozialisten, Heinrich Mann, Leopold Schwarzschild und Georg Bernhard für die bürgerlich-demokratische Gruppe, Wilhelm Kiefer und Otto Prick für die Katholiken sowie Willi Münzenberg und Walter Ulbricht für die Kommunisten. In ihnen drückte sich die heterogene Personalkonstellation der Volksfront aus, die auch maßgeblich die publizistische Arbeit und das Wirken beeinflusste.

Heinrich Mann: medienwirksames Gesicht und Vorreiter der Volksfront

Legt man den Fokus auf die über 100 Teilnehmer der Vollversammlung, wird jedoch schnell evident, dass von einer Einheits- oder gar repräsentativen Volksfront der deutschen Emigrationsgruppen im Nachhinein keine Rede sein kann, obwohl sich dort zahlreiche politische Exil-Gruppen und Persönlichkeiten versammelt hatten.[13] Die Vollversammlung bestand größtenteils aus Intellektuellen – hauptsächlich Schriftstellern – und mehr oder weniger prominenten Einzelpersönlichkeiten, von denen zwar ein nicht zu leugnender Ausstrahlungseffekt ausging, der aber wie im Fall Heinrich Manns eher auf das Gastland Frankreich als auf Deutschland wirkte.

Heinrich Mann, als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns 1871 in Lübeck geboren, verkörperte wohl persönlich und literarisch das, was man einen nonkonformistischen, gesellschaftskritischen und hochgradig idealistischen Zeitgenossen nennt. Bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges war er einer der wenigen Schriftsteller gewesen, welche die nationalistische Rechtfertigung des Krieges ablehnten und auf dem Ideal des Humanismus und der Völkerverständigung beharrten.[14] Sein Roman „Der Untertan" stellte als wichtiges literarisches Werk dieser Zeit den nationalistischen, militaristischen und obrigkeitsstaatlichen Zeitgeist innerhalb der deutschen Gesellschaft bloß und sorgte mit seiner Veröffentlichung im Jahre 1918 für vielerlei Kontroversen. Mann glaubte an die Möglichkeit des bürgerlichen Intellektuellen, als moralischer Erzieher der Massen auftreten und Aufklärung betreiben zu können.[15] Manns Impetus verkörperte den Anspruch, Literatur

13 Zu der genauen Teilnehmerliste siehe ebd., S. 331-335.

14 Vgl. Herden, Werner: Wege zur Volksfront. Schriftsteller im antifaschistischen Bündnis, Berlin 1978, S. 155.

15 Vgl. Jöckel, Wolf: Heinrich Manns ‚Henri Quatre' als Gegenbild zum nationalsozialistischen Deutschland, Worms 1977, S. 35.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Sprache als kritisches Gegenbild zu den herrschenden Verhältnissen zu etablieren, um dadurch gesellschaftliche Missstände sichtbar zu machen und letztlich zu überwinden.

Dieser Idealismus, der aus Manns literarischem und personellem Wirken sprach, wurde für die Arbeit der Volksfront unverzichtbar, galt es doch, eine klare Gegenposition zum nationalsozialistischen Regime zu entwerfen. Wolfgang Jöckel hat sinngemäß dazu ausgeführt: „Der enge Zusammenhang von Gesellschaftskritik und der Gestaltung von Gegen- und Vorbildern gilt also für Heinrich Manns gesamtes Werk. Heinrich Mann war deshalb auch in besonderem Maße dazu prädestiniert, der im Exil immer wieder erhobenen Forderung nach Positivität entsprechend ein Gegenbild zum nationalsozialistischen Deutschland zu schaffen."[16]

Darüber hinaus verschaffte sich Heinrich Mann durch sein literarisches und politisches Schaffen und durch unermüdliches Engagement für die Einheitsfront große Anerkennung bei den Arbeiterparteien. Bereits während der Reichspräsidentenwahl 1932 hatte Mann in einem Mahnruf an die deutschen Arbeiterparteien appelliert, eine Einheitsfront gegen den erstarkenden Faschismus zu bilden. Für ihn war die Volksfrontpolitik nicht nur ein parteitaktischer Winkelzug, sondern ein vom humanistischen Ideal durchzogener Demokratieansatz – eine „neue Art von demokratischer Praxis, die mit seiner Definition des Intellektuellen eine Humanisierung des Menschen anstrebte"[17]. Neben seiner Prominenz, die vor allem die ausländischen Medien auf die Belange der deutschen Einheitsfront lenken sollte, war er zudem über den Verdacht parteipolitischer Bindungen erhaben.[18] Als überparteilicher Präsident des Volksfrontausschusses und authentischer Unterstützer der Einheitsfront konnte er als Vermittler und Integrator zwischen den heterogenen Gruppierungen wirken und als politischer Schriftsteller maßgeblichen Einfluss auf die Diskussion und Argumentation nehmen. Ohne Übertreibung kann wohl festgehalten werden, dass der Volksfrontausschuss und dessen Manifeste und Deklarationen ohne Heinrich Mann gar nicht erst zustande gekommen oder schon früh gescheitert wären. Mann schrieb selbst in seiner Autobiographie: „Dem Comité der Volksfront schulde ich die Anerkennung, dass es mir meine vermittelnde Haltung zwischen den Parteien eher dankte als übelnahm. Ein Sozialdemokrat ging so weit, mir zu sagen, ich wüsste wohl nicht, dass ich das Ganze zusammenhalte."[19]

Neben seiner Integrationsfunktion kamen ihm noch weitere wichtige Aufgaben zu. Zum einen genoss er beste Kontakte zu internationalen und französischen Schriftstellern und der dortigen Volkfrontbewegung, mit deren Hilfe er der deutschen Volksfront medialen Zugang gewährleisten konn-

16 Ebd., S. 43.

17 Jasper, Willi: Heinrich Mann und die Volksfrontdiskussion, Bern/Frankfurt am Main 1982, S. 131.

18 Vgl. Pawek 1972 (s. Anm. 8), S. 108.

19 Zitiert nach Jasper 1982 (s. Anm. 17), S. 146.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

te.[20] Schon auf dem „Ersten Internationalen Schriftstellerkongress“ im Jahre 1935 galt er als „Goethe-Deutscher“, repräsentierte also das andere kreative und schöpferische Deutschland. Zum anderen war er ein außerordentlicher Kenner der französischen Kultur, Geschichte und Sprache, was ihn im Exil doch von anderen Emigranten unterschied. Somit kann Heinrich Mann durchaus als öffentlichkeitswirksamer und sprachlicher Türöffner zum Emigrationsland Frankreich angesehen werden.

Willi Münzenberg: Organisator und Promoter

Wilhelm Münzenberg, dessen Biographie sich wie eine Gebrauchsanweisung für die Installation einer Grammophonnadel liest, die alte Töne mit neuer Musik verbinden soll, stand schon als Kind in Erfurt und Gotha vor dem Dilemma, immer irgendwie dazwischen zu stehen. Bereits sein Vater hatte als unehelicher Sohn eines Adeligen und eines Mädchens aus unteren Schichten zwischen den Klassen gestanden. Die innere Zerrissenheit des Vaters übertrug sich natürlich auch auf Wilhelm, der in der Dorfschänke seine ersten politischen Erfahrungen erwarb und zudem die Kunst erlernte, mit Menschen umzugehen.[21]

Als junger Mann, stark von sozialistischen Vorstellungen geprägt, machte er sich auf Wanderschaft und landete schließlich als Hausbursche in der Zürcher Josef-Apotheke. In der Schweiz fand er schnell Kontakt zu dem Kreis um Lenin und wurde dort hauptamtlicher Sekretär der Sozialistischen Jugend. Bereits 1917 wurde er während einer Arbeiterdemonstration verhaftet und für fünf Monate inhaftiert. Dies war nicht sein letzter Aufenthalt im Gefängnis, den er seinem politischen Engagement zu verdanken hatte. Schließlich wurde er im Zuge der Oktoberrevolution als „mißliebiger Ausländer“ aus der Schweiz ausgewiesen – der Kontakt zu Lenin und dessen Kreis blieb bestehen.[22]

Dieser Mann war ein unglaublich begabter Organisator – ein Genie auf dem Gebiet, das wir heute Öffentlichkeitsarbeit nennen. Und sein Talent verhalf ihm auch bald zum Erfolg: Ende 1919 wurde er der erste Sekretär der „Kommunistischen Jugend-Internationale“. Zudem gründete er die „Internationale Arbeiterhilfe“. Seine Stärke war vor allem das Organisieren von Kongressen, auf denen Bündnisse gegen den Imperialismus, Krieg und Faschismus geschlossen wurden. Nach dem Reichstagsbrand 1933 floh Willi Münzenberg, wie viele andere seiner Mitstreiter auch, in das Exilland der damaligen Zeit schlechthin: nach Frankreich.[23] Dort gelangte er 1933 nach

20 Vgl. Herden 1978 (s. Anm. 14), S. 195 f.

21 Vgl. Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 20 f.

22 Vgl. Brandt 1982 (s. Anm. 6), S. 151 f.

23 Vgl. Schulz, Tilman: Münzenberg, Willi, in: Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd. 18, Berlin 1997, S. 553 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Paris, wo er durch die Fürsprache Heinrich Manns sehr schnell Kontakte zu linken Intellektuellen knüpfen konnte.

Im „Lutetia-Kreis“ tätig, entdeckte Münzenberg schnell, dass ein Zusammenfinden der beiden Arbeiterparteien für den gemeinsamen Kampf – eine Einheitsfront – zur damaligen Zeit schier unmöglich schien. Wie nur wenige wussten, besaß er das persönliche Vertrauen von Georgi Dimitrow an der Spitze des Komintern-Apparates in Moskau. Dieser verlangte besonders von der in Prag ansässigen SPD-Führung gemeinsame Appelle.[24] Die Disparitäten der verfeindeten Gruppen waren vor allem durch eine verschärfte Berührungsangst, resultierend aus den zwischenparteilichen Konflikten der Weimarer Republik, geschürt. Münzenberg hatte den Schneid, auf den anderen zuzugehen und freundliche Worte zu finden – auch in der Gefahr hin, abgewiesen zu werden. Indem er sich als Kommunist eigenmächtig auf die SPD zubewegte, gab er auch der eigenen Partei jene Entscheidungssouveränität zurück, die sie Jahre zuvor der Komintern geopfert hatte. Er verstand die Beschlüsse des VII. Weltkongresses und die damit verbundene Aufhebung der „Sozialfaschismusthese“ und versuchte diese auch zu realisieren. Er erstrebte die Volksfront auf Grundlage völliger Glaubens- und Gewissensfreiheit und erklärte die Politik der deutschen Kommunisten für falsch. Er legte „Beichte“ ab und überzeugte nicht durch „opportunistische Grundsatzlosigkeit“, die ihm Herbert Wehner immer wieder vorwarf.[25] Er war furchtlos und hatte keine Kontaktscheu, souverän hielt er diesen heterogenen Kreis zusammen – er war dessen konsensbildende Seele. Kurt Kersten, der produktive Publizist und gute Freund Münzenbergs, hatte mit seiner Feststellung unbedingt Recht, im „Ausschuss zur Vorbereitung der deutschen Volksfront“ wäre die größte Zahl unterschiedlicher politischer Organisationen, Gruppen und Personen vereint gewesen und dieser Ausschuss hätte sich zumindest zu Beginn der Volksfrontarbeit als repräsentative Vertretung der politischen deutschen Emigration betrachten können – auch wenn der sozialdemokratische Parteivorsitzende seinen Beitritt offiziell versagt hatte.[26] Und Münzenberg hielt dieses politische Ungetüm zusammen.

Was Münzenberg im „Lutetia-Kreis“ praktizierte, war eigene bündnispolitische Kontinuität. Kein anderer KPD-Führer konnte nach den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern an so solide, vertrauensvolle und ungetrübte Verhältnisse zu bedeutenden Intellektuellen anknüpfen wie er. Er vermittelte immer das Gefühl von Aufrichtigkeit – das war das Geheimnis seines Erfolges. Beispielsweise gelang es ihm, den großen, aber

24 Vgl. Wessel, Harald: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin – Die Jahre 1933 bis 1940, Berlin 1991, S. 86.

25 Siehe Wehner, Herbert: Erinnerungen (unveröffentlichtes Manuskript), in: Gross 1967 (s. Anm. 21), S. 293 (s. Anm. 21).

26 Vgl. Wessel 1991 (s. Anm. 24), S. 88 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auch eigensinnigen Lion Feuchtwanger zur Mitarbeit im „Lutetia-Kreis“ zu gewinnen.[27]

Münzenberg war somit der Prototyp eines Vermittlers.[28] Zwar hatte Heinrich Mann formal den Vorsitz der deutschen Volksfront, aber Willi Münzenberg spannte geschickt die Fäden im Hintergrund und versuchte, alte Wunden zu versorgen.

Rudolf Breitscheid: zwischen den Stühlen

Rudolf Breitscheid repräsentierte sinnbildlich einen parteipolitischen Grenzgänger, was sowohl für seine Arbeit in der Volksfront als auch für sein ganzes Leben Geltung besitzen dürfte. Zuerst in linksliberalen Vereinigungen aktiv, stieß er 1912 im Rheinland zur SPD. Er blieb gleichwohl dem Liberalismus verpflichtet und sah in diesem die Notwendigkeit zur Förderung der sozialen Freiheit für die unterprivilegierten Schichten. Nach dem Ersten Weltkrieg machte sich Breitscheid als Außenpolitiker einen Namen und begleitete Gustav Stresemann auf Reisen zum Völkerbund nach Genf.[29] Als außenpolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion setzte er sich für die Westorientierung und die Versöhnung mit Frankreich ein.[30] Wie Heinrich Mann faszinierte ihn die Vorstellung eines geeinten, friedliebenden Europas. Als Typus verkörperte Breitscheid eher einen schreibenden und redenden Politiker, der weniger durch seine Taten als vielmehr durch seine Schriften auffiel.[31] Der promovierte Nationalökonom hatte zudem journalistische Erfahrung als Redakteur bei verschiedenen liberalen Zeitungen gesammelt. Willy Brandt vermerkte später – natürlich auf subjektiven Beobachtungen gestützt –, dass Rudolf Breitscheid „mehr als andere Mitglieder der alten Parteiführung die Frage quälte, ob man wirklich alles versucht und ausgelotet habe, das hätte dazu verhelfen können, die Machtübernahme Hitlers zu verhindern“[32]. Diese Frage schien Breitscheid auch im französischen Exil nicht loszulassen.

Rudolf Breitscheid lehnte jedoch lange eine Beteiligung an der „Zusammenfassung einer Reihe von literarischen und halbpolitischen Vereinen und einiger Einzelpersonen“[33] ab. Breitscheid, der quasi sinnbildlich zwischen den Fronten der einheitswilligen, sozialdemokratischen Emigranten in Paris und der strikten Ablehnung einer Einheitsfront mit den Kommunisten

27 Vgl. ebd., S. 96.

28 Vgl. ebd., S. 95 f.

29 Vgl. Brandt 1982 (s. Anm. 6), S. 153.

30 Vgl. hierzu Cavaillé, Marie-Dominique: Rudolf Breitscheid et la France 1919-1933, Frankfurt am Main 1995.

31 Vgl. Pistorius, Peter: Rudolf Breitscheid 1874-1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Nürnberg 1970, S. 2.

32 Brandt 1982 (s. Anm. 6), S. 154.

33 Zitiert nach Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 166.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

seitens des Parteivorstandes der SPD in Prag stand, machte lange Zeit keinen Hehl daraus, dass er den „Lutetia-Kreis“ als pseudopolitisch ansah, da dieser neben den Kommunisten insbesondere intellektuelle Solisten ohne politische Legitimation beherbergte. Wie sollte denn eine Volksfront etabliert werden, wenn vornehmlich Einzelgänger ohne Amt und politische Ausstrahlung daran teilnahmen? Im Grunde dürfte die Abneigung des Sozialdemokraten Breitscheid gegen die Intellektuellen wohl aus der organisationsfernen und individualistischen Art resultiert haben, die er ihnen zuschrieb. Zugleich vernahm Breitscheid aber auch, dass die Kommunisten die unpolitischen Intellektuellen immer stärker auf ihre Seite zogen. Da sich die Exil-Führung der SPD der Verantwortung zur Bildung einer Volksfront entzog, ergriff Breitscheid als Privatperson die Initiative und verständigte sich ohne Legitimation durch die Sopade mit den Kommunisten vor Ort.[34] Zuerst eine Kooperation zwischen der KPD, SPD und der SAP favorisierend, konnte sich Breitscheid aber doch von Münzenberg überzeugen lassen, dass eine breitere Koalition notwendig war, um weitere Kräfte zukünftig einzubinden.

Max Braun: glaubwürdiger Vorkämpfer der Volksfront

Der im Jahre 1892 in Neuss geborene Mathias Josef Braun entstammte einer kleinbürgerlichen, katholisch geprägten Familie. Sozialisiert und aufgewachsen in der rigiden und reglementierten Lebenswelt des katholischen Milieus, emanzipierte sich der lebensfrohe und weltoffene Junge bereits in der Schulzeit. Er legte später in Opposition zur katholischen Kirche seine beiden christlichen Vornamen ab und wendete sich nach der Lehrerausbildung der Kommunalpolitik zu. Max Braun galt schon zu Beginn seiner Parteikarriere nicht nur äußerlich betrachtet als „Lebemann“, der gerne sang, lachte und tanzte. Seiner Erscheinung und seinem Auftreten hafteten allerdings bürgerliche Eloquenz und intellektuelle Wesenszüge an, was innerhalb der Sozialdemokratie oftmals belächelt wurde. Im Gegensatz zu den meist puritanisch anmutenden blassen Gestalten der preußischen Sozialdemokratie strahlte Braun eine gewisse barocke, katholische Lebensfreude und Wesensart aus, die ihn auch in der preußisch dominierten Sozialdemokratie zum Sonderling machte. Max Braun war gleichwohl begabter Redner und Schreiber, der sich dem Ideal des demokratischen Erbes der Französischen Revolution verpflichtet sah. Seine linksrheinische Herkunft verstärkte seine radikaldemokratischen Überzeugungen, war doch hier die Prägung durch die französische Demokratiebewegung spürbarer als in anderen Gebieten Deutschlands. Im Jahre 1923 wurde Max Braun in das Saarland abgeordnet, wo er fortan als Redakteur der sozialdemokratischen *Volksstimme* und spä-

34 Vgl. Pistorius 1970 (s. Anm. 31), S. 360 f.; Freyberg, Jutta v./Hebel-Kunze, Bärbel: Die deutsche Sozialdemokratie in der Zeit des Faschismus, in: Freyberg, Jutta v. et al. (Hg.): Geschichte der Sozialdemokratie 1863-1975, Köln 1975, S. 180-241, hier S. 231.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter dann als erster Parteivorsitzender der Saar-SPD an richtungsweisenden Entscheidungen mitwirkte.[35]

In den folgenden Jahren des Aufstiegs der Nationalsozialisten erfuhr Braun den NS-Terror am eigenen Leibe, als er im Jahre 1935 zusammen mit der KPD, Linkssozialisten und katholischen Kreisen ein breites Einheitsbündnis forcierte, um das Saarland weiterhin unter Kontrolle des Völkerbundes zu halten. Braun scheiterte mit seinen Bemühungen um eine Einheitsfront, gab aber den Glauben an ein überparteiliches Bündnis gegen die Nationalsozialisten auch ohne Unterstützung der Sopade nicht auf und wurde im August 1935 Mitglied des „Lutetia-Kreises". Als Vertreter der saarländischen SPD genoss Max Braun in der französischen Emigration hohes Ansehen unter den Exil-Gruppen, hatte er doch als Vorkämpfer gegen das faschistische Deutschland bereits im Saarland seinen Einheitswillen unter Beweis gestellt. Darüber hinaus hatten die saarländischen Sozialdemokraten einzigartige organisatorische und publizistische Strukturen im französischen Exil aufgebaut, die es ermöglichten, nach Deutschland – natürlich eingeschränkte – Verbindungen zu halten.[36] Gerhard Paul konstatiert daher über den leidenschaftlichen Kampf Brauns für die Einheitsfront: „Für die SOPADE ist Max Brauns Saar-Experiment gescheitert; für ihn selbst ist es ein Opfer für Terror und Manipulation geworden. Einer Neuauflage der sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront widmet er daher im französischen Exil schon bald wieder seine ganze Kraft."[37]

Volksfront der Intellektuellen und Parteifunktionäre

Obgleich die obig beschriebenen Manifestanten und Akteure der Volksfront nur ein kleines Destillat dieser heterogenen Gruppierung darstellen und natürlich damit keine Repräsentativität gewährleistet werden kann, lassen sich für sie dennoch exemplarisch einige gemeinsame Kompetenzen, Ressourcen und Charakterzüge aufzeigen. Alle Akteure entstammten der politischen, literarischen und intellektuellen Elite, wobei besonderes Augenmerk auf die sprachlichen und rhetorischen Kompetenzen gerichtet werden sollte. Heinrich Mann verkörperte als anerkannter Literat wohl den offensichtlichsten Beweis dafür, aber auch Max Braun, Rudolf Breitscheid und Willi Münzenberg, die als Redakteure oder Verleger agierten oder agiert hatten, waren vor allem schreibende Politiker, welche die Kraft und die Gestaltungsmacht der Sprache als politisches Mittel in das Zentrum stellten. Zugleich lässt sich festhalten, dass sich bei allen Akteuren, ob sie parteipolitisch gebunden waren oder nicht, eine flexible, undogmatische und autonome Eigenart herauskristallisierte, die eine unentbehrliche Bedingung für die Zusammenarbeit in

35 Vgl. allgemein zum Wirken und Leben Max Brauns Paul, Gerhard: Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert 1987.

36 Vgl. ebd., S. 130.

37 Ebd., S. 99.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einer heterogenen Exil-Volksfront darstellte. Organisationshörige und unkritische Parteisoldaten wären für die Arbeit der Volksfront Sprengstoff gewesen. Die betrachteten Biographien der Akteure legen es nahe, dass sich größtenteils Grenzgänger und Querdenker für dieses Bündnis eigneten. Hinzu kam, dass die Akteure der Volksfront – sofern sie überhaupt als politische Vertreter auftraten – Funktionäre oder meist politische Einzelpersonen darstellten, die nur einen geringen Einfluss auf die Organisation ausübten und diese sie nicht binden konnte oder wollte. Die Sozialdemokraten unter ihnen beteiligten sich dabei ohne Rückendeckung des Exil-Parteivorstandes, präsentierten also nur ihre eigene Person und konnten keine starke Breitenwirkung in die Organisation entfalten. Eine solche Position erforderte neben einem starken Glauben an die geeinte Kraft der antifaschistischen Einheitsfront ausdrücklich auch Kritikfähigkeit an der eigenen Organisation, persönliche Weitsicht, ja gar eine Zukunftsvision, die es wert war, überparteilich mit früheren Rivalen zu kämpfen. Darüber hinaus war die Volksfront aber auch auf Akteure angewiesen, die genügend organisatorisches Vorwissen besaßen, aber auch finanzielle Ressourcen und Kontakte zu politischen und gesellschaftlichen Kreisen im In- und Ausland vermitteln konnten. Heinrich Mann und Willi Münzenberg waren dafür prädestiniert.

Die Rekrutierung der Volksfrontakteure und Manifestanten folgte daher einer Art Parteienproporz unter Mitwirkung zahlreicher Intellektueller und Parteifunktionäre. Wollte man nach außen eine gewisse Repräsentativität der Exil-Gruppen ausstrahlen, bedurfte es auch einer solchen Praxis. Paris diente dabei als intellektuelles Gravitationszentrum der deutschen Emigration, in dem sich nicht nur wichtige Verlage und Zirkel konstituierten, sondern auch zahlreiche Parteifunktionäre und Schriftsteller niederließen und austauschten.

Problematisch gestaltete sich allerdings die Tatsache, dass keiner der emigrierten Arbeiter, die ein Drittel der deutschen Emigranten in Frankreich stellten, an der „Lutetia-Konferenz“ am 2. Februar 1936 oder anderen Versammlungen der Volksfront teilnahm.[38] Die propagierte Volksfront aller Exilgruppen war damit zwar nicht im Wortsinne ad absurdum geführt worden, aber sie stellte ein reines Elitenprojekt dar, das weniger von gesellschaftlichen Gruppen, als vielmehr von bekannten Einzelpersönlichkeiten getragen wurde. Heinrich Mann vermerkte dazu selbstkritisch in seinen Memoiren: „Der erste falsche Schritt: die 50 000 geflüchteten Proletarier blieben aus der Rechnung – praktisch und persönlich. Kein Arbeiter saß in dem Komitee, dessen Vorsitzender ich war.“[39]

38 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 166.

39 Mann, Heinrich: Ein Zeitalter wird besichtigt. Erinnerungen, Frankfurt am Main 1988, S. 420.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

DIE DOKUMENTE DER VOLKSFRONT: PUBLIZISTISCHER WIDERSTAND AUS DEM PARISER EXIL

Die *Freiheits-Korrespondenz* vom 4. Februar 1936 signalisierte als erste Zeitung ein wenig Hoffnung, indem dort als richtungsweisendes Zeichen einer geeinten Volksfront die „Kundgebung an das deutsche Volk" veröffentlicht wurde. Der Kampf gegen den drohenden Krieg und gegen das Hitler-Regime war offenkundig noch nicht vollends zum Erliegen gekommen. Widerstand gegen die NS-Diktatur hatte sich formiert, wenn auch nicht im Deutschen Reich selbst, sondern in Frankreich.[40]

Und Paris hatte Vorteile: Auf der einen Seite war es gerade für den von außen agierenden Widerstand besonders wichtig, schnell in das Heimatland zurückzukehren, um dort an Aktionen gegen das Regime teilzunehmen; zudem brauchte man eine schnelle Rückzugsmöglichkeit. Auf der anderen Seite verschaffte die Genfer Konvention allen Eingereisten – ob legal oder illegal – die Möglichkeit, einen Pass zu beantragen.[41] Im Folgenden sollen nun die wichtigsten Dokumente dieser Exil-Volksfront aus dem Jahre 1936 chronologisch näher untersucht werden. Beginnend mit der großen „Lutetia-Konferenz" vom 2. Februar soll der Bogen vom „Amnestieappell" bis zum „Freiheit-Frieden-Brot-Appell" vom 21. Dezember gespannt werden.[42]

Amnestieappell

So wie die Volksfrontbemühungen generell, stellte auch der am 2. Februar 1936 von der Vollversammlung der „Lutetia-Konferenz" einstimmig angenommene „Amnestieappell" ein Dokument dar, das vor allem den gemeinsamen Willen und die Verantwortlichkeit aller oppositionellen Deutschen im Exil für eine gemeinsame Amnestieaktion unterstreichen und primär das

40 Die Anzahl der nach Frankreich emigrierten Deutschen ist aufgrund unterschiedlicher Berichte schwierig zu ermitteln. Besonders zu berücksichtigen sind die ca. 3.000-4.000 Emigranten aus dem Saarland. Allgemein kann von 35.000-40.000 Menschen ausgegangen werden, die ihren Weg nach Frankreich fanden. Davon waren ca. 3.000 Sozialdemokraten, 1.000 Katholiken, 2.000 Pazifisten, 300 SAP-Mitglieder und 7.400-9.500 weltanschauliche Gegner. Die Zahl der nicht rassistisch motivierten Emigranten lag zwischen 20,5 und 27,6 Prozent. Es waren aber besonders junge Männer, Arbeiter und Facharbeiter; vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 61 ff.

41 Vgl. ebd.

42 Sämtliche Dokumente sind auch aufgeführt in: Langkau-Alex, Ursula: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Bd. 3: Dokumente zur Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Chronik und Verzeichnisse, Berlin 2005.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ausland über den Terror im Inneren Deutschlands informieren wollte.[43] Nicht umsonst nannten die Teilnehmer das Manifest „An Alle", um damit, trotz aller weltanschaulichen Unterschiede, für eine Einigung der Exilgruppen zumindest auf Basis der elementarsten Menschenrechte zu plädieren. Im Gegensatz zur Propaganda der Nationalsozialisten versuchten die Teilnehmer der Konferenz, das wahre, entmenschlichte Deutschland abzubilden und mithilfe einer stark moralisierenden und emotionalen Rhetorik das Ausland mit den zahlreichen Opfern im nationalsozialistischen Deutschland zu solidarisieren.

Die Menschenrechtsverletzungen unter der NS-Herrschaft sollten publik gemacht und in den medialen Fokus gerückt werden. So hieß es beispielsweise: „Die deutschen Machthaber betrügen Euch, Männer und Frauen der ganzen Welt! Sie täuschen Euch in Worten, Reden, internationalen Verhandlungen und Veranstaltungen einen Staat vor, der wie jeder andere wäre, und Zustände, in denen sich es leben ließe. Das ist nicht wahr!"[44] Zugleich erklang in dem Manifest ein dezidiert humanistischer Unterton, der schonungslos darlegte, wie wenig Gewicht die Grundrechte des einzelnen Menschen in der rassistischen NS-Ideologie in Deutschland besaßen. Den Kern des Manifests stellte gleichwohl die Forderung nach Amnestie aller Gegner des gegenwärtigen deutschen Regimes dar. Die persönliche Identifikation mit den Opfern der NS-Diktatur und die Betonung der Menschlichkeit über alle konfessionellen, politischen und geographischen Grenzen hinweg sollten insbesondere das Ausland emotional und moralisch erreichen und für die unerträglichen Zustände des deutschen Faschismus sensibilisieren. Es galt, der unmenschlichen, gewalttätigen Barbarei der Nationalsozialisten die solidarische Humanität entgegenzusetzen. „Ob Christen, Juden, Sozialisten oder Demokraten, Euresgleichen sind alle deutschen Opfer; gerade die Verschiedenartigkeit zeigt Euch, dass auch ihr darunter wäret. Befreit den Gefangenen, der schon verzweifelt! Reißt den Todgeweihten vom Richterblock fort! Beweist Kerkermeistern und Henkern, dass Ihr die Stärkeren seid, dass die vereinigte Macht der menschlich Fühlenden sogar die schreckliche Gewalt des Bösen brechen und entwaffnen kann! Fordert die Amnestie!"[45]

Die Publikation des Amnestie-Manifests war für den dritten Jahrestag des Reichstagsbrandes geplant. Damit sollte es wohl einen symbolischen Gegenpol zur Machtergreifung der Nationalsozialisten darstellen und an das wahre Wesen der NS-Diktatur erinnern. Was mit dem Reichstagsbrand in Deutschland begann, hatte mit flammender Gewalt innerhalb dreier Jahre die Grundfesten der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dermaßen erschüttert, dass es unausweichlich erschien, die ausländische Öffentlichkeit über den Terror in Deutschland zu informieren, um die Stimme der Menschlich-

43 Vgl. das Manifest „An Alle", zuerst abgedruckt in: Gegen-Angriff, 22.02.1936, S. 2.

44 Ebd.

45 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

keit einheitlich einzufordern. Die Hoffnung auf eine politische Verbesserung in Deutschland beruhte dementsprechend auf der Existenz einer geeinten antifaschistischen Einheitsfront im Ausland. Bevor das Manifest von der Vollversammlung am 2. September 1935 angenommen wurde, hatten deshalb einige Repräsentanten der Arbeiterparteien gefordert, den Text umzuarbeiten, um die antifaschistischen Gruppen im Ausland zu weiteren Maßnahmen zu bewegen. Das Manifest wurde gemäß dieser Forderungen noch in der Nacht von einer Redaktionskommission umgearbeitet und von der Vollversammlung einstimmig angenommen.[46]

Kundgebung an das deutsche Volk

Während sich also der „Amnestieappell" vor allem nach außen richtete, konzentrierte sich die zweite Deklaration der „Lutetia-Konferenz" vom 2. Februar 1936 – „Die Kundgebung an das deutsche Volk" – auf die Binnenperspektive Deutschlands.[47] War die Verabschiedung und Ausarbeitung des „Amnestieappells" noch vergleichsweise ruhig über die Bühne gegangen, kristallisierten sich im Vorfeld der zu verfassenden „Kundgebung" die verschiedenen Auffassungen zu den ideologischen, politischen und taktischen Positionen wieder heraus. Während der „Amnestieappell" weniger die zukünftigen innenpolitischen Konzeptionen tangierte und stärker auf einer Solidaritäts- und Amnestieforderung beruhte, sollte die „Kundgebung" zumindest eine grobe politische Richtung nach dem Ende der NS-Herrschaft weisen, die freilich mehr eine Kompromissformel darstellte, als einen großen programmatischen Wurf verkörperte. Der Streit über den Inhalt der Deklaration und die ausartenden Diskussionen drohten eine gemeinsame Erklärung jedoch scheitern zu lassen. Am Ende wurde die Vorlage der Erklärung der bürgerlichen Demokraten unter maßgeblichem Einfluss von Heinrich Mann mit zwei Änderungen verabschiedet.[48] Mann hatte sich dabei wieder nicht nur als persönlicher, sondern vor allem auch als inhaltlicher Vermittler erwiesen. Insofern lässt sich durchaus konstatieren, dass der Manifestationsprozess mehr einem inhaltlich balancierten Drahtseilakt als einer spontanen Bekundung glich. Besondere Bedeutung kam dabei auch Willi Münzenberg und Max Braun zu, die unablässig für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Kundgebung geworben und in Einzelgesprächen Überzeugungsarbeit für die Deklaration geleistet hatten.

Daher war es nicht verwunderlich, dass die „Kundgebung" in ihren politischen und vor allem wirtschaftlichen Forderungen eher vage blieb. Vor allem das Demokratieverständnis der Kommunisten, die trotz ihres taktischen Schwenks Eingeständnisse an Sozialdemokraten und Bürgerliche

46 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 338.

47 Vgl. „Kundgebung an das deutsche Volk", in: Freiheits-Korrespondenz, 04.02.1936.

48 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 349.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

machten, überzeugte viele Teilnehmer keineswegs und machte eine klare Stellungnahme des heterogenen Bündnisses schwierig.

Inhaltlich warnte die „Kundgebung“ unter anderem vor der drohenden Gefahr eines deutschen Eroberungskrieges gegen die Völker Europas und forderte einen Zusammenschluss aller Oppositionellen in Deutschland, um diesem Schreckensszenario die Stirn zu bieten. So hieß es: „Angesicht dieses Schrecknisses, das Deutschland selbst und die übrige Welt mit Zerstörung bedroht, wird eindringlich festgestellt, dass der Ausbruch oder Nichtausbruch des Verderbens vielleicht davon abhängt, ob und in welchem Grade die Widerstände sich im deutschen Volke verbreitern und zusammenschließen.“[49]

Während einige Teilnehmer lieber gar keine Resolution gesehen hätten, weil die Ausführungen zur Demokratie auslegbar waren und wohl mehr Schein als konkrete Substanz einer Volksfront dahintersteckte, begrüßten andere das Dokument als – freilich minimalen – richtungsweisenden Ansatz. Ursula Langkau-Alex, die renommierteste Kennerin der Volksfront und ihrer Dokumente, bezeichnet die „Kundgebung“ als „ein Gemisch aus humanitärem, liberalem, sozialpatriotischem und kultursozialistischem Gedankengut“[50] und auch Gerhard Paul formuliert zum Ergebnis der Konferenz: „Der Grundtenor auch dieser Konferenz: erst Einheit, dann Klarheit. Um diese Einheit nicht zu gefährden, werden inhaltlich-politische Programmdiskussionen vermieden. Die KPD rückt mit Präzisierungen ihrer Vorstellungen von der demokratischen Republik nicht heraus.“[51] So wie die Zusammensetzung der Volksfront auch, atmete diese Deklaration den Geist einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Kompromissformel, die rhetorisch und programmatisch hatte abgeschwächt werden müssen, um einstimmig von allen Teilnehmern der Konferenz angenommen werden zu können. Ein politisch-institutioneller Rahmen war hieraus nicht ableitbar, bis auf die Verpflichtung zur Solidarität und den Kampf gegen das nationalsozialistische Terror-Regime mitsamt seinem geplanten Angriffskrieg.

Rückblickend ist auch festzustellen, dass sich die „Kundgebung“ und der zugrundeliegende Forderungskatalog von der sozialen und politischen Wirklichkeit der meisten Menschen in Deutschland deutlich unterschieden. Die „Kundgebung“ attestierte „eine tiefe und einheitliche Sehnsucht aller Deutschen, ausgenommen der direkten Nutznießer des Systems, nach dem Ende dieses Terror und nach Wiederherstellung der elementarsten Menschenrechte [...]“[52]. Dieses Zerrbild der deutschen Alltagserfahrung war in besonderem Maße der exilbedingten Isolation von der Massenbasis und den einseitigen Informationslieferungen der konspirativen Kreise im Inland geschuldet. Die Verfasser unterschätzten – trotz aller Repression gegen die

49 „Kundgebung an das deutsche Volk“, in: Freiheits-Korrespondenz, 04.02.1936.

50 Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 350.

51 Paul 1987 (s. Anm. 35), S. 138.

52 „Kundgebung an das deutsche Volk“, in: Freiheits-Korrespondenz, 04.02.1936.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Opposition in Deutschland – die Macht des wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs in Deutschland, der zwar hauptsächlich auf den Rüstungsboom zurückzuführen war, aber im Gegensatz zur letzten Phase der Weimarer Republik vor allem für die Arbeiterklasse neue Zukunftschancen beinhaltete.[53] Beide Dokumente wurden in Zeitungen und Zeitschriften der Emigranten sowie des Auslandes und der Komintern veröffentlicht. Publikationen in öffentlichen Presseerzeugnissen der Sopade blieben hingegen aus, was nicht nur eine weiträumigere Verbreitung der Dokumente verhinderte, sondern auch deren Repräsentativität einschränkte.

Betrachtet man außer den inhaltlichen Forderungen auch die Einflüsse auf den Zugang zur öffentlichen Debatte, wird deutlich, dass beide Dokumente ihr Ziel einer gemeinsamen publizistischen Aufklärung nicht erreichten. Ein Grund dürfte sein, dass darauf verzichtet wurde, unter beide Dokumente die Unterschriften der Teilnehmer zu setzen. Stattdessen vermerkte man in der Vorbemerkung zur „Kundgebung an das deutsche Volk“: „Über hundert Vertreter des freiheitlichen deutschen Bürgertums und der deutschen Arbeiterschaft aller Richtungen, die Anfang Februar 1936, drei Jahre nach dem Beginn des gegenwärtigen deutschen Regimes, zu einer Tagung im Ausland versammelt, beschließen ihre Prüfung und Aussprache einmütig wie folgt […].“[54] Die Anonymität der Personen und Organisationen wurde damit legitimiert, „dass weitere Bemühungen um den Anschluss anderer Organisationen und Gruppen erfolgen sollten“[55]. Man versuchte also, die Forderungen der Dokumente, nicht aber die dahinter stehenden Personen ins Zentrum zu stellen. Diese Strategie war durchaus verständlich, lag der Fokus der Volksfront doch nicht auf einer personellen oder organisatorischen Einheit, sondern vielmehr auf allgemeinverbindlichen politischen Zielen und Grundforderungen, die es im gemeinsamen Kampf gegen die NS-Herrschaft zu untermauern galt.

Letztendlich gelang es aber gerade nicht, ohne konkrete Unterschriften und genaue Organisationsbekundungen weitere Organisationen und Gruppen im Exil längerfristig an dieses fragile Bündnis zu knüpfen. Obwohl vor allem das Amnestie-Manifest auch außerhalb des „Lutetia-Kreises“ breite Zustimmung gefunden hatte. Schon in der Frühphase der Volksfrontarbeit kristallisierte sich heraus, dass öffentlich wirksame Deklarationen nicht nur zentrale allgemeine Forderungen implizieren mussten, die ein breites Bündnis verschiedener Gruppen ermöglichten, sondern vielmehr auch Unterschriften und eindeutige Bekundungen der sympathisierenden Organisationen diesen Dokumenten Klarheit und auch eine gewisse repräsentative Autorität vermitteln konnten, die gegen die forcierte Propaganda der NS-Regierung bitter benötigt wurden.

---

53 Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 103.

54 „Kundgebung an das deutsche Volk“, in: Freiheits-Korrespondenz, 04.02.1936.

55 Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 12), S. 351.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

WEITERE BEMÜHUNGEN OHNE VERHANDLUNGSFÜHRER

Am 7. März 1936 erfolgte die Besetzung des Rheinlandes durch die deutsche Wehrmacht. Hitler hatte sie offiziell als Reaktion auf die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandsvertrages veranlasst, um so einerseits die Souveränität des Reiches über die Westgrenze hinaus wieder herzustellen und andererseits die Versailler Friedensbedingungen weiter zu revidieren. Dies bot den Exilintellektuellen und Arbeiterführern genug Anlass, weitere Appelle an das deutsche Volk zu richten.

Noch keine fünf Wochen alt, aber dennoch aktionsfähig war zum Zeitpunkt der Rheinlandbesetzung beispielsweise der „Aktionsausschuss für Freiheit in Deutschland". Dieser verfasste einen Appell an das deutsche Volk, der allerdings nur als Fetzen einer sich wiederentwickelnden Sammlungsbewegung angesehen werden kann, da selbiges zugleich viele andere politische Gruppen und Parteien taten.[56] Die bereits gebildete Programmkommission hatte sich obendrein am Vorabend der Besatzung zerstritten und beschloss, vorerst nicht mehr zu tagen. Gleichwohl ergriffen Rudolf Leonhard und Helmut Hirsch vom Aktionsausschuss die Initiative und verfassten am 8. März 1936 eine Erklärung, die zugleich in den tonangebenden liberalen Tageszeitungen Frankreichs, dem *Pariser Tageblatt* und *Le Temps*, abgedruckt wurde, danach noch in anderen Presseorganen der Emigration und des Auslandes.[57]

Die eigentlich tonangebenden Verhandlungsführer glänzten dabei durch Abwesenheit: Wilhelm Koenen war nach Prag zurückgekehrt, Franz Dahlem und Münzenberg weilten in Moskau und Heinrich Mann zog es nach Nizza. Dennoch gelang es Leonhard und Hirsch, die nötigen Vollmachten für die Unterzeichnung des Appells von Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger, also von Vertretern des freiheitlichen Bürgertums, einzuholen. Zudem unterschrieben die Einzel- und Kollektivmitglieder des Aktionsausschusses.[58]

Im Namen aller „friedensliebenden Kräfte" im deutschen Volk wurden zum einen die Gewaltmethoden im Innern, die Politik der Bedrohung und Vertragsbrüche gegenüber dem Ausland zum anderen verurteilt. Besonders war aus dem Schriftbild ein übergeordnetes Leitmotiv abzulesen – es ging

56 Gedacht sei hierbei kurz an: die Erklärung des PV der SPD zur Rheinlandbesetzung, die am 15. März 1936 im *Neuen Vorwärts* erschien, die Einheitsfront-Initiative der SAP oder an eine Grammophonplatte des ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund), die gegen die Abstimmung am 29. März mobil machen sollte.

57 Vgl. Langkau-Alex, Ursula: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Bd. 2: Geschichte des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront", Berlin 2004, S. 105.

58 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

um das Kollektiv und um dessen Freiheit. Das deutsche Volk im Inneren des Reiches könne seinen Willen nicht mehr frei erklären. Der diktatorische Apparat sei zu mächtig, erklang als Tenor aus dem Manifest. Nun sei es Aufgabe all jener Deutschen, die außerhalb der Grenzen des Reiches leben, frei zu sprechen – gegen Krieg und Gewaltmethoden, gegen Bedrohung und Vertragsbrüche. Dies sicherlich auch um zu zeigen, dass es doch noch friedensliebende Kräfte innerhalb und außerhalb des Reiches gebe. Des Weiteren waren es religiös geprägte Begriffe wie beispielsweise „der Weg zum Glück" oder „nur ein verblendeter Teil", welche die Verfasser geschickt in ihre Argumentation eingebaut hatten.[59] Mit der ein wenig distanzierenden Formulierung „In ihrem Auftrage" fand der Appell durch die Unterzeichner ein bündiges Ende. Die Frage, wie der Aufruf in der Emigration und auf das Gastland Frankreich wirkte, kann nur spekulativ beantwortet werden. Aber sicherlich ergänzte er eine Erklärung der französischen Regierung, die von Kammer und Senat am 10. März 1936 mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen worden war und sich ebenfalls mit einem Appell an das deutsche Volk richtete, und gewann dadurch an Gewicht.[60]

„SEID EINIG! EINIG GEGEN HITLER!"

Beinahe neun Wochen später, am 21. Mai 1936, konnte der aufmerksame Bürger eine weitere Erklärung der deutschen Opposition zur Rheinlandbesetzung lesen. Diesmal jedoch nicht von einem Ausschuss, sondern vom „Lutetia-Kreis" selbst.[61] Die Erklärung bezog ihre Autorität erstens aus dem Rekurs auf die „Lutetia-Konferenz" vom 2. Februar 1936 und zweitens aus den erstmals gesetzten Unterschriften von Angehörigen der politisch und weltanschaulich heterogenen Gruppierungen des „Lutetia-Kreises" unter ein gemeinsames Dokument. Den Namen der Sozialdemokraten und Kommunisten war die frühere politische Funktion hinzugefügt.[62] Dies erschien sicherlich für die Verbreitung und öffentliche Wahrnehmung sehr wichtig, da Dokumente, die nicht von Parteien oder bekannten Personen unterzeichnet wurden, in der Öffentlichkeit kaum Gehör fanden, wie Willi Münzenberg am 15. Mai 1936 folgerichtig festgestellt hatte.[63] Dennoch barg dieses Un-

59 Vgl. Pariser Tageblatt, 14.03.1936.

60 Vgl. Pariser Tageblatt, 11.03.1936, abgedruckt in: Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 106.

61 Vgl. Pariser Tageblatt, 21.05.1936 u. 22.05.1936, auch in: L'Huminaté: Le Peuple allemand est contre la politique de guerre de Hitler; 24.05.1936 in: Deutsche Volks-Zeitung: Zusammenschluss notwendiger denn je! Eine beachtenswerte Erklärung der deutschen Linken für den Kampf um die Erhaltung des Friedens; die *Rote Fahne* titelte: „Seid einig! Einig gegen Hitler!"

62 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 126.

63 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

terfangen erhebliche Risiken für diejenigen Unterzeichner, die bis dahin noch nicht von der Gestapo als „deutschlandfeindlich" eingestuft worden waren. Sie schrieben sich somit selbst auf die Listen, die zu ihrer Ausbürgerung aus Deutschland führten.

Die Sammlung der Unterschriften und zugleich der Versuch, den Prager Parteivorstand der SPD und weitere Persönlichkeiten in anderen Exilzentren zu gewinnen, erklären sicherlich die Tatsache, dass zwischen Verabschiedung und Veröffentlichung der Rheinlanderklärung mehrere Wochen vergingen. Walter Ulbricht verfolgte zugleich das Ziel, die Vertreter der SAP von der Unterzeichnung des Dokuments auszuschließen, um so eine Einheitsfront von KPD und SPD zu demonstrieren, auf der die Volksfront seiner Meinung nach primär fußen sollte.[64]

Der Aufruf richtete sich ganz gezielt an alle deutschen Arbeiter und an alle Frauen und Männer, die Deutschland und die Welt vor einem erneuten Krieg bewahren wollten. Etwas träumerisch appellierte man zugleich an die Arbeiter und Organisationen in der ganzen Welt, den Kampf gegen Hitler zu unterstützen. Beispielsweise sollte dies durch die Verhinderung jeglicher finanzieller Unterstützung Hitler-Deutschlands und den Kampf für die Amnestie der eingekerkerten Gegner des NS-Regimes geschehen. Die Autoren selbst sahen ihr Handeln als „heroisches Ringen" und kritisierten den Einfluss der deutschen Industrie – besonders den Einfluss der Familien Krupp, Thyssen und Vögler, die bereits 1914 stark von einem Krieg profitiert hatten – auf die erneut aktuellen Expansionsbestrebungen des Deutschen Reiches.[65]

Das deutsche Volk „allein" drohe den Verbrechern in die Arme zu fallen, aber die „entschlossene Friedensfreude" aller Nationen könnte ihm helfen, das Unheil abzuwenden.[66] Die Rheinlandbesetzung wurde als Startschuss für die befürchteten Überfälle auf Frankreich, Belgien, Österreich, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion gesehen und fügte sich in die Kriegsprovokationen der Länder Italien und Japan ein. Der „Lutetia-Kreis" setzte alldem die „offenkundige Wahrheit" entgegen und verdeutlichte, dass das deutsche Volk keinen Krieg wolle, sondern Frieden: Es sei folglich die Frage des Widerstandes, ob und ich welchem Maße „das Verderben" über Deutschland hereinbrechen werde.

Die Autoren verwiesen auf die am 29. März 1936 anstehende Reichstagswahl und die damit einhergehende Abstimmung des deutschen Volkes über Hitlers Rheinlandpolitik. Sie bemerkten schnell, dass Hitler die angesetzten Wahlen zum Reichstag mit einem Plebiszit verbinden würde. Das Ergebnis der Wahl ist bekannt – mit 99 Prozent der Stimmen konnte die NSDAP ihren Machtanspruch scheinlegitim begründen. Gleichwohl sahen sowohl die deutschen Emigranten als auch die internationalen Organisationen der Arbeiterbewegung und die Regierungen Frankreichs, Englands und

64 Vgl. ebd., S. 126 f.

65 Vgl. Pariser Tageblatt, 21.05.1936.

66 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Sowjetunion in der Rheinlandbesetzung die bisher größte Kriegsgefahr für Europa.[67] Alle Voraussetzungen für eine nationale und internationale Einheitsfront, für eine Volksfront und für das von nicht wenigen erträumte Staatenbündnis zwischen der Sowjetunion, Frankreich und England – folglich ein Bündnis, das die deutsche Opposition als Partner anerkennen würde – schienen gegeben zu sein.[68]

„FÜR FRIEDEN, FREIHEIT UND BROT!"

Dieser Schlachtruf, den bereits 1918 Revolutionäre durch norddeutsche Straßen trieben, vervollständigte auch knapp zwanzig Jahre später das Postulat des Volksfrontausschusses für die Bildung einer deutschen Volksfront. Die Intention war unverändert: Eine neue Zeit sollte kommen, Demokratie geboren und gelebt werden.[69] Die Programmkommission manifestierte alsdann am 21. Dezember 1936 einen „Aufruf an das deutsche Volk", der jedoch lediglich als Kompromisspapier angesehen werden kann. Dieser fand in tonangebenden liberalen französischen Zeitungen sowie der Exilpresse weite Verbreitung.[70]

Beinahe zur selben Zeit machte die „Deutsche Front" ebenfalls in einem „Aufruf an das deutsche Volk" gegen Hitler mobil. Insbesondere deshalb galt es für den Volksfrontausschuss in Paris, sich von dessen katholisch-konservativem Gedankengut zu unterscheiden und zu distanzieren.[71]

Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung kam es zu verschiedenen Entwürfen der unterschiedlichen Parteien und Organisationen, deren Zusammenführung Aufgabe einer engeren Redaktionskommission war.[72] Schon der einleitende Teil ließ erkennen, dass die Gedanken des KPD-Entwurfs großen Anklang in der Redaktion genossen. Die Anrede „Volksgenosse"

67 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 98.

68 Vgl. ebd., S. 99.

69 Vgl. Paschen, Joachim: „Frieden, Freiheit, Brot!". Die Revolution 1918/1919 in Hamburg, Hamburg 2008.

70 Veröffentlicht im *Pariser Tageblatt* am 8. Januar 1937, in der *Deutschen Volks-Zeitung* am 10. Januar 1937, der *Neuen Weltbühne* am 14. Januar 1937, der *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* am 14. Januar 1937, *Le Populaire* am 16. Januar 1937 sowie in der *Roten Fahne*, der *Neuen Front* und der *Norddeutschen Tribüne*. Im Folgenden wird auf das *Pariser Tageblatt* verwiesen.

71 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 559.

72 Zu den einzelnen Entwürfen von KPD, SAP und den jeweiligen Reaktionen der Redaktionskommission siehe dies.: „Bildet die deutsche Volksfront!". „Für Frieden, Freiheit und Brot!", in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Jg. 21 (1985), S. 183-202, hier S. 191 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

oder der Gebrauch des Begriffs „Heimat“ belegten dies sehr deutlich. Diese Topoi bekräftigten den kulturhistorischen und sozialpatriotischen Charakter, der schon bei der „Kundgebung an das deutsche Volk“ im Februar 1936 spürbar war.[73] Zwar war aus ihm eine scheinbar programmatische Einheit herauszulesen. Dennoch zeugte deren Entstehung von etlichen Missklängen, Missverständnissen und Dissonanzen.

Trotzdessen war die Agenda eindeutig: Es ging zuerst um die Freilassung aller „Opfer des Regimes“. Freiheits- und Bürgerrechte müssten in der deutschen Gesellschaft manifestiert werden – „Freiheit für das Volk!“ als Grundannahme und Startpunkt für den Kampf um die Befreiung vom Nationalsozialismus.[74] Doch wie sollte ein Staat nach Hitler aussehen? Immerhin hatte die KPD die Festschreibung einer „demokratischen Republik“ entworfen, die nun allerdings nicht in den Appell mit aufgenommen wurde. Hierbei muss erneut Heinrich Mann eine bedeutende Rolle zugesprochen werden, der diplomatisch balancierend zwischen KPD und SAP wirkte. Viele sahen in dem Konstrukt einer „demokratischen Republik“ auch lediglich die Fortführung der Weimarer Republik, die es doch zu verhindern galt, da eine wirtschaftliche Absicherung besonders für die unteren Schichten gefehlt hatte. Dennoch wurden Grundzüge für ein neues System genannt: Eine neue Wirtschaftsordnung sah – historisch und politisch begründet – Eingriffe in Großeigentums- und Kapitalstrukturen und die Einführung von Arbeiterrechten vor. Ebenfalls wurde die Förderung eines von Staatszwängen und hohen finanziellen Lasten befreiten bäuerlichen und städtischen Mittelstandes begrüßt. Mit der Umstrukturierung der Kriegs- auf eine Friedens- und Bedarfswirtschaft, mit der Aufnahme von wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten und der Bekämpfung der Armut und der Ausbeutung im Innern und außerhalb des Reiches könnte der Umschwung gelingen.[75]

Die Rheinlandbesetzung und zugleich deutsche Bomben in Spanien ließen keinen Zweifel am „Ausrottungskampf gegen alle freiheitlichen Bewegungen in der Welt“.[76] Ein wenig verwunderlich an dieser Passage war die Verwendung biblischer Argumentationsmuster, obwohl die katholische Arbeiterschaft vom Zug der Volksfront zu diesem Zeitpunkt bereits abgesprungen war.

Verzichtet wurde jedoch auf Antworten auf die Frage, wie ein neues Deutschland aufgebaut werden sollte. Immerhin war den Protagonisten klar, dass sie mit mehr oder weniger diktatorischen Mitteln die Schaffung eines „unverfälschten demokratischen Wahlrechts“ durchsetzen mussten. Zudem würden sie, die jetzt vereint standen, bei zukünftigen Wahlen wieder gegeneinander antreten.[77]

73 Vgl. dies. 2004 (s. Anm. 57), S. 553.

74 Vgl. ebd.

75 Vgl. ebd.

76 Vgl. Pariser Tageblatt, 08.01.1937.

77 Vgl. Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 553.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der „Freiheit-Frieden-Brot-Appell“ stellte überdies einen Aufruf zur Freilassung der Opfer des Regimes dar und richtete sich gegen Terror- und Ausnahmegesetze, die Zensur von Presse und Einschränkung der Versammlungsfreiheit und plädierte für die Bestrafung all derer, die für die Verbrechen des existierenden Systems verantwortlich waren. Er stand zugleich für ein Ende der Rassenhetze und gegen eine kriegstreibende Propaganda; für die Wahl der Richter durch das Volk und gegen willkürliche Justiz durch eine verbürgte Rechtsordnung; schließlich für die Befreiung der Wissenschaft und den Neuaufbau aller Unterrichtsanstalten in freiheitlichem, modernem Geist.[78]

Und wie war es um die Zustimmung innerhalb der Gruppe der Antinationalsozialisten für diesen Appell bestellt? „Geht man von der Veröffentlichung aus, so war die Zustimmung zu dem Appell, mindestens die Erleichterung darüber, dass überhaupt ein programmatischer Aufruf mit Unterschriften zustande gekommen war, relativ groß.“[79]

Das Ziel musste auch sein, so viele Unterschriften wie möglich unter das Dokument zu setzten. Relativ einfach erschien es, in New York Unterschriften prominenter Exilanten mit und ohne Parteibuch aus dem linken intellektuellen Milieu zusammenzubekommen. Die alten Zirkel der Weimarer Zeit funktionierten wieder und es gelang, die Unterschriften von Alfons Goldschmidt, Julius Lips, Klaus Mann, Ernst Toller und Gerhard Seger – wobei Letztgenannter seine Unterschrift wieder zurückzog – zu gewinnen. Breitscheid und mit ihm einige andere Sozialdemokraten zögerten anfangs, ein wenig irritiert von den „Moskauer Schauprozessen“, das Dokument zu unterzeichnen, taten dies später aber doch noch.[80]

Bemerkenswert bei den Unterzeichnern war, dass diejenigen Intellektuellen, die unterschrieben – anders als bei den Appellen zuvor –, ohne Gruppenzugehörigkeit aufgeführt wurden. Das Etikett „Vertreter des freiheitlichen Bürgertums“ wurde ausgespart. Die zehn Unterzeichner der SAP waren die einzigen, die als Vertreter ihrer Partei zeichneten, während beispielsweise auf Seiten der Kommunisten Herbert Wehner sein Pseudonym Kurt Funk verwendete. „Von der Gruppe ‚Neu Beginnen‘ unterschrieb nicht einmal Hans Walter Ehrmann, obwohl er in der Appellkommission an der Endfassung mitgeschrieben hatte.“[81] Vertretern des ISK war auch diesmal verwehrt worden, sich an den Unterschriften zu beteiligen.[82]

78 Vgl. Pariser Tageblatt, 08.01.1937.

79 Zitiert nach Langkau-Alex 2004 (s. Anm. 57), S. 555.

80 Vgl. ebd., S. 555 f.

81 Zitiert nach ebd., S. 559.

82 Vgl. ebd., S. 561.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

DIE WIDRIGEN UMSTÄNDE FÜR DIE EXIL-VOLKSFRONT UND IHRE MANIFESTE

Während die Mitglieder der Volksfront im Exil eine relativ große Bewegungsfreiheit genossen und dort zugleich die Möglichkeit bestand, weitere Bündnispartner für die oppositionelle Arbeit im Ausland zu gewinnen, war das publizistische oppositionelle Wirken innerhalb Deutschlands schwierig, ja fast schon unmöglich geworden. Ab dem Jahre 1935 waren „Bemühungen zur Bildung einer innerdeutschen Volksfront zunehmend weniger aussichtsreich", da „die NS-Regierung beeindruckende Erfolge in der Außenpolitik vorweisen konnte und dadurch in der deutschen Bevölkerung weitgehend Zustimmung fand"[83]. Die Presse war bereits in einer frühen Phase des NS-Regimes gleichgeschaltet worden. Sozialdemokratische, kommunistische sowie gewerkschaftliche Zeitungen und Zeitschriften waren dabei die ersten gewesen, die darunter leiden mussten.[84]

Bereits zu Beginn der NS-Herrschaft wurde die eigentliche Korrektivaufgabe der Presse der völkisch-gesellschaftlichen Integrations- und Identitätsstiftung untergeordnet. Durch die allmähliche Gleichsetzung von Staat, Gesellschaft und der nationalsozialistischen Ideologie galt jegliche Form von publizistischer Kritik und Reflexion als schädigend für die identitätsstiftende harmoniebedürftige „Volksgemeinschaft", die innere Widersprüche oder gar ideologische Zweifel nicht zuließ.[85] Sekundiert von rechtlichen Bestimmungen wie den Notverordnungen im Februar 1933 oder dem „Ermächtigungsgesetz" vom März 1933 schlugen die nationalsozialistischen Machthaber den Weg zur ideologischen Gleichschaltung ein, wurde die eigentliche Korrektivaufgabe der Presse im Spätherbst 1933 der völkisch-gesellschaftlichen Integrations- und Identitätsstiftung untergeordnet. Zugleich wurde das Ausland gezielt mit Nachrichten versorgt, welche die innerdeutschen Repressionsmaßnahmen herunterspielten. Politische Information und Aufklärung standen somit größtenteils im Dienste der NS-Ideologie.[86]

---

83 Ueberschär, Gerd R.: Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat 1933-1945, Frankfurt am Main 2006, S. 15.

84 Vgl. Sösemann, Bernd: Publizistische Opposition in den Anfängen des nationalsozialistischen Regimes, in: Schmädeke/Steinbach (Hg.) 1985 (s. Anm. 4), S. 190-206, hier S. 198.

85 Vgl. zur Vagheit und politischen Instrumentalisierung des Begriffes der „Volksgemeinschaft" durch die Nationalsozialisten insbesondere Wildt, Michael: Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft" in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik, in: Bajohr, Frank/ders. (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 24-40.

86 Zur Situation der Presse in Deutschland zu Beginn der NS-Diktatur vgl. Sösemann 1985 (s. Anm. 84), S. 195.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Für die Exil-Volksfront bestand folglich die einzige Möglichkeit, offen Kritik und Widerstand am Dritten Reich zu üben, in der publizistischen Aufklärungsarbeit aus den Nachbarländern. Dies gestaltete sich jedoch hinsichtlich mehrerer Faktoren problematisch. Zum einen musste sich die Exil-Volksfront als wirklicher Vertreter eines „besseren Deutschlands" legitimieren, obwohl sie nicht vom Volk gewählt war, geschweige denn als wirkliche Gesamtvertretung Deutschlands angesehen werden konnte. Spätestens ab Mitte des Jahres 1936 konnte von einer repräsentativen Gesamtvertretung Deutschlands durch die Exil-Volksfront keine Rede mehr sein. Katholiken waren im Volksfrontausschuss nicht mehr vertreten, viele konfessionell gebundene Exilanten wanderten zur „Volkssozialistischen Bewegung" ab, die mehr die Mittelschichten und das Kleinbürgertum ins Zentrum ihres politischen Widerstandsansatzes stellte und sich – im Gegensatz zur Volksfront – weniger auf die Arbeiter bezog.[87] Damit wurde unweigerlich eine Gegenposition zur Volksfront etabliert, welche deren Repräsentations- und Vertretungsanspruch medial und politisch aufweichte. Ein Auftrag für die Volksfront als Stimme des deutschen Exils zur oppositionellen Meinungsführerschaft war hieraus schwerlich abzuleiten. Sie musste sich damit nicht nur zwischen den anderen Exil-Bündnissen und deren Konzeptionen legitimieren, sondern auch gegenüber den herrschenden NS-Machthabern als „wahres Deutschland" im Ausland ausweisen.

Zum anderen war die Arbeit der Volksfront auf Nachrichten und Meinungen aus dem Inland angewiesen, die aber von den gleichgeschalteten Medien des NS-Regimes verschwiegen oder unterdrückt wurden. Erschwerend kam hinzu, dass der Volksfrontausschuss keine direkte Verbindung zum Widerstand in Deutschland besaß, die Kontakte somit über Grenzsekretäre der Parteien und deren Verbindungsleute ins Deutsche Reich liefen.[88] Dieser Informationsfluss konnte nur unter widrigsten Bedingungen aufrechterhalten werden.[89] Die Grenzen rings um Deutschland wurden streng überwacht, Postsendungen kontrolliert und zensiert; im Grunde hatte der nationalsozialistische Machtapparat ein ideologisches Vakuum geschaffen, das mit allen Mitteln gegenüber regimefeindlichem Schriftgut abgesichert werden musste.[90]

Die Exil-Volksfront war jedoch unmittelbar auf die Opposition im Inland angewiesen, wollte sie doch vom Ausland als Vertreter der unterdrückten Mehrheit angesehen werden, um politisches und publizistisches Gewicht zu erringen. Das Exil brauchte die Opposition in Deutschland, um „seinen Repräsentationsanspruch zu legitimieren, es brauchte sie aber auch, um

87 Vgl. Langkau-Alex 1986 (s. Anm. 7), S. 32.

88 Vgl. ebd., S. 32 f.

89 Vgl. Tutas, Herbert E.: Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen Emigration 1933-1939, München 1975, S. 100.

90 Vgl. Mühlen, Patrick v.z.: Exil und Widerstand, in: Benz/Pehle (Hg.) 1994 (s. Anm. 9), S. 128-140, hier S. 131.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nicht selbst als isolierter Haufen, hoffnungslos geschlagener Haufen vor der Welt zu stehen, so, wie es die NS-Propaganda stets behauptete; und schließlich brauchte es die Berufung auf eine innerdeutsche Opposition, um dem entgegenwirken zu können, was das Regime immer wieder als unbezweifelbare Tatsache vorstellte: dass nämlich Nationalsozialismus und Deutschland eins seien […]“[91].

Die NS-Propaganda verstand es außerordentlich gut, die Exilanten politisch und moralisch im Inland zu diffamieren. Diese Strategie hatte schon während der Weimarer Republik funktioniert. Es galt wie damals, einen Keil zwischen die Funktionäre und die Masse der Anhänger zu treiben, um die breiten Bevölkerungsschichten mithilfe der eigenen Propaganda zu gewinnen.[92] Nützlich gestaltete sich der publizistische Widerstand der Volksfront für die Nationalsozialisten zudem, da das Exil für die NS-Propaganda einen nicht unwichtigen instrumentalen Wert einnahm. So wurde der Widerstand aus dem Exil als Beweis für die „jüdisch-marxistische Weltgefahr“ angesehen, die jegliche Abwehrmaßnahmen rechtfertigte, weil sonst die Zersetzung der „Volksgemeinschaft“ drohte.[93] Es galt, die Exilanten pauschal mit der suggerierten „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ gleichzusetzen. Ohne genauer auf die Forderungen der Exil-Gruppen einzugehen, geschweige denn die in der ausländischen Presse vorgebrachten Anschuldigungen zu entkräften, stempelte die NS-Propaganda die Exilanten als Marxisten und Kommunisten ab, auf welche die ausländische Presse nicht hereinfallen sollte.

Dennoch darf die Auslandspropaganda des Dritten Reiches, die vornehmlich antikommunistisch und antimarxistisch unterfüttert war, nicht unterschätzt werden. Die Arbeit der Volksfront, die organisatorisch zu großen Teilen auch von bekannten Kommunisten getragen wurde, konnte aufgrund der personellen Zusammensetzung als vom Kommunismus gesteuertes Bündnis diskreditiert werden. Die Faszination für den Faschismus und Hitler sowie die Furcht vor dem Kommunismus hatten nämlich nicht nur in Deutschland, sondern vor allem auch im europäischen Ausland Fuß gefasst.

Nach innen wirkte die versuchte Einflussnahme des publizistischen Widerstandes im Exil sogar stabilisierend für die NS-Herrschaft. Mit der politischen Abqualifizierung und propagandistischen Demontage der Exil-Gruppen konnten die bestehenden Probleme Deutschlands quasi auf einen weiteren Feind externalisiert und auf diese Gruppen ausgelagert werden. Die Harmonie der „Volksgemeinschaft“ und das Negieren von Klassenunterschieden, die stets oberste Priorität innerhalb des NS-Regimes genossen hatten, wurden durch die Abgrenzung zu äußeren Feindbildern wie der Exil-Volksfront noch gestärkt.

91 Tutas 1975 (s. Anm. 89), S. 12.

92 Vgl. ebd., S. 59.

93 Tutas, Herbert E.: Propaganda und deutsches Exil 1933-39, in: Heintz, Georg (Hg.): Deutsches Exil 1933-1945. Eine Schriftreihe, Bd. 4, Worms 1973, S. 101.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Von der anfänglichen Vision und dem endgültigen Scheitern eines historischen Volksfrontversuchs

Es besteht kein Zweifel, dass die „Führer"-Herrschaft in den sechs Jahren der Konsolidierung des „Dritten Reiches" eine stürmisch wachsende, schließlich enthusiastische Zustimmung aus der deutschen Gesellschaft erfuhr. Kein deutscher Politiker hatte seit der Begeisterung der frühen 1870er Jahre durch Otto v. Bismarcks Reichsgründung je wieder eine solche Popularität wie Hitler erfahren. Als messianischem Volkstribun im Stil eines Charismaträgers, der die Überwindung der existentiellen wirtschaftlichen Krise beschleunigte, dankte ihm die Mehrheit des deutschen Volkes mit Hingabe und Glaubensbereitschaft. Die Wiedergewinnung der sozialen Sicherung, die Vollbeschäftigung und zudem der aufgestaute Integrationshunger, der bis 1933 wegen der extremen Polarisierung von Politik und Gesellschaft nach einem charismatischen Ordnungsstifter verlangt hatte, manifestierten sich in der weitgehenden Übereinstimmung von Führerherrschaft und Volksmeinung.[94]

Mit dem Übergang von Konsolidierung hin zu Aggression veränderte sich zunehmend die Handlungsweise der Antinationalsozialisten im französischen Exil. Ihnen ging es nun nicht mehr, wie noch dem „Amnestieappell" größtenteils zu entnehmen war, um die Information der Öffentlichkeit über den NS-Terror, sondern vielmehr um die Schaffung einer geeinten Gegenöffentlichkeit mit eigener Programmatik, was sich aus den Appellen zur Rheinlandbesetzung oder im „Freiheit-Frieden-Brot-Appell" sehr gut ablesen lässt. Der „Lutetia-Kreis" fungierte – nicht ohne Schwierigkeiten – als zivilgesellschaftlicher Handlungskreis außerhalb des eigentlichen Aktionsfeldes, der auch für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Presse- und Rechtsfreiheit, die Freiheit des Gewissens und Denkens eintrat. Dennoch gelang es diesem heterogenen und elitären Kreis nicht, im großen Maße Einfluss auf den gleichgeschalteten Apparat oder die Gesellschaft zu üben.

Wilhelm Sternburg will in den ersten Parteiprogrammen der westdeutschen Parteien, die starke sozialistische Elemente aufwiesen, ähnliche Konzeptionen und Forderungen ausgemacht haben, wie sie in den Dokumenten des Volksfrontkreises umrissen wurden. Ganz von der Hand zu weisen ist diese Feststellung nicht, aber wie Sternburg weiter ausführt, machten der Kalte Krieg und die ideologischen Kämpfe der Nachkriegszeit zwischen Ost und West auch diese Vorstellungen zunichte.[95] Die in den Manifesten nie-

94 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1919-1949, Bonn 2009, S. 675 f.

95 Vgl. Sternburg, Wilhelm v.: Das literarische Exil und die Zukunft Deutschlands, in: Kühnl, Reinhard/Spoo, Eckart (Hg.): Was aus Deutschland werden sollte. Konzepte des Widerstandes, des Exils und der Alliierten, Heilbronn 1995, S. 189-203, hier S. 201.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dergeschriebenen – natürlich minimalen – Zukunftskonzeptionen der Volksfront wurden im Sog der strikten Blockpolitik mit ihrem Schwarz-Weiß-Denken verdrängt.

Gleiches galt für die Personen, die an der Volksfront und ihren Dokumenten mitgewirkt hatten. Sie wurden wie Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger in der Nachkriegszeit diffamiert, boykottiert und als Kommunisten abgestempelt. Selbst Willy Brandt wurde die Unterzeichnung mehrerer Dokumente der Volksfront später zum Vorwurf gemacht.[96] Viele Mitglieder der Volksfront, vor allem Schriftsteller, kehrten nicht mehr nach West-Deutschland zurück. Andere wiederum gingen in die DDR und wurden dort gefeiert und häufig politisch instrumentalisiert.[97] Willi Münzenberg und Rudolf Breitscheid konnten das Ende des Faschismus nicht mehr erleben. Meist blieben die Überlebenden nach dem Ende des deutschen Faschismus Fremde in dem Land ihrer eigenen Sprache und Kultur.

Das politische Scheitern der Exil-Volksfront und ihrer Manifeste basierte gleichwohl nicht nur auf den Schwierigkeiten, vom Exil nach Deutschland hinein zu wirken, der bis zum Ausbruch des Krieges relativ großen Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem NS-Regime und den schwerwiegenden Konflikten von Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch auf folgenreichen Spannungen innerhalb der Gruppierung, die durch die außenpolitischen Zerwürfnisse während des Bürgerkrieges in Spanien und durch die „Moskauer Prozesse“ in die Volksfront hineingetragen wurden und das Bündnis im Jahre 1937 endgültig sprengten.[98] Walter Ulbrichts Intrigenpolitik, welche die Arbeit der Volksfront auf kommunistischen Kurs bringen sollte, trug dazu gewiss einen großen Anteil bei.[99]

Die persönlichen Konflikte und das Ringen um die richtige Wortwahl sowie deren Interpretation spiegeln sich auch in den Manifesten wider, galt es doch, sich immer wieder zu verständigen, an wen und wie man sich nach außen wenden wollte.[100] Diese immanente Heterogenität, die sich personell und ideologisch manifestierte, schränkte zugleich auch die Breitenwirkung der Dokumente ein und schwächte die klaren Gegenentwürfe ab, die eigentlich bitter benötigt wurden, um Hitler-Deutschland eine Alternative entgegenzusetzen. Zugleich trat die Volksfront nicht als Sprachrohr einer geeinten Exil-Opposition auf, sondern als loser Kreis von Einzelpersönlichkeiten,

96 Vgl. Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, München 2003, S. 51.

97 Vgl. v. Sternburg 1995 (s. Anm. 95), S. 201.

98 Genauer zu der außenpolitischen Situation vgl. Langkau-Alex 1986 (s. Anm. 7), S. 30 ff.

99 Vgl. v. Sternburg 1995 (s. Anm. 95), S. 201.

100 Vgl. Langkau-Alex, Ursula: Volksfrontprobleme – Sprachprobleme, in: Koch, Edita/Trapp, Frithjof (Hg.): Realismuskonzeptionen der Exilliteratur zwischen 1935 und 1940/41. Tagung der Hamburger Arbeitsstelle für deutsche Exilliteratur 1986, Maintal 1987, S. 209-225, hier S. 210.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die nur begrenzten Einfluss auf Organisationen und gesellschaftliche Gruppierungen erzielen konnten.

Dennoch – und das gilt es dezidiert zu unterstreichen – war die Geschichte der Volksfront und ihrer Manifeste zugleich ein nicht zu unterschätzendes Zeichen des überparteilichen Widerstandes, persönlichen Mutes und ein Versuch, das „bessere Deutschland" auch während der NS-Herrschaft sichtbar und hörbar zu machen. Die Manifeste der Volksfront sind einzigartige historische Dokumente eines – zwar gescheiterten – Versuches, der deutschen Opposition im Exil eine geeinte Stimme zu geben und damit eine repräsentative Gesamtvertretung zu etablieren. Die Volksfront hatte „Aktivitäten, Energie und Phantasie freigesetzt", „ohne die die deutsche Emigration ärmer gewesen wäre"[101]. Zudem strahlte das Volksfront-Experiment über die Pariser Grenzen hinaus und inspirierte zusätzliche Volksfrontbündnisse im Exil wie beispielsweise die im Februar 1937 in Metz gegründete „Saar-Volksfront" und den „Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter in Frankreich".[102] Angeregt durch die Exilbemühungen einer Volksfront in Paris, konstituierte sich in Berlin unter Führung von Hermann Brass und Otto Brill zudem die Widerstandsgruppe „Deutsche Volksfront", die jedoch 1938 zerschlagen wurde.

Unter zivilgesellschaftlichen Aspekten besaß der „Lutetia-Kreis" dennoch mit seinen Manifesten 1936 keine realistische Chance, eine funktionierende, ins Reich hineinreichende Gegenöffentlichkeit zu schaffen und einen politischen Wandel anzustoßen. Hierzu fehlten letztlich die Multiplikatoren. Tatsächlich als „Volksfront" hatte sich die deutsche Zivilgesellschaft am 30. Januar 1933 in Form einer „Volksgemeinschaft" manifestiert und war für den „Lutetia-Kreis" seitdem unerreichbar gewesen.

101 Jöckel 1977 (s. Anm. 15), S. 55.

102 Vgl. Paul 1987 (s. Anm. 35), S. 161 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die „Göttinger Erklärung“ von 1957

Gelehrtenprotest in der Ära Adenauer

ROBERT LORENZ

Was, um Konrad Adenauers willen, war dieser „Aufstand“, der in den Augen des Kanzlers einen „Schwall von zum Teil wenig angenehmen Dingen“[1] hervorgebracht und „in der deutschen Öffentlichkeit einen Sturm schärfster Proteste“[2] ausgelöst hatte? Die Unionsparteien gewannen die Bundestagswahl im Herbst 1957 mit einem überwältigenden Ergebnis von 50,2 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen. Doch fünf Monate vor einem der vielleicht spektakulärsten Wahlsiege westeuropäischer Demokratiegeschichte tobte der Bundeskanzler innerlich. Das Kuriose: Es waren keine linksradikalen Horden, keine sozialistischen Revolutionäre, nicht einmal sozialdemokratische Oppositionspolitiker, die den deutschen Regierungschef aufschrecken ließen. Nein, am 12. April 1957 veröffentlichten achtzehn namhafte Professoren der Physik und Chemie über westdeutsche Tageszeitungen einen Aufruf, der als die „Göttinger Erklärung“ in die Geschichte einging.[3] In ihm zeigten sich die Unterzeichner von den Plänen einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr „mit tiefer Sorge“ erfüllt und fühlten sich „verpflichtet, auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen“. Anlass war eine Äußerung Adenauers vor der Presse, nach der „taktische“ Atomwaffen nichts weiter als eine bloße „Weiterentwicklung der Artillerie“ seien. Aus streng militär-terminologischer Sicht mochte dies stimmen, doch handelte es

1 Beide Zitate aus: Brief Adenauer an Heuss vom 17.04.1957, abgedruckt in: Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer. Briefe 1955-1957, Berlin 1998, S. 319.

2 Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1967, S. 297.

3 Diese waren: Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Pauli, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker und Karl Wirtz.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich dabei um eine eindeutige Verharmlosung von Massenvernichtungswaffen. Das Manifest klärte deshalb darüber auf, dass auch „kleinere" Nuklearsprengsätze ganze Städte ausradieren konnten, eine Wasserstoffbombe mitunter in der Lage war, einen „Landstrich von der Größe des Ruhrgebiets zeitweilig unbewohnbar" zu machen. Hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung gaben die Atomforscher an, sich zwar „zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt", zu bekennen, jedoch nicht „zu allen politischen Fragen schweigen" zu können. Die Kernbotschaft war eine Absage an die militärische Nutzung von Nukleartechnologie: „Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, dass es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet."[4]

VON DER MAINAU NACH GÖTTINGEN: EIN VORGÄNGER-MANIFEST

Obgleich die Göttinger Erklärung seither als das Parade- und Pioniermanifest naturwissenschaftlicher Forscher gerühmt und geachtet wird, man in ihr den Ausgangspunkt einer neuen Gewissenhaftigkeit in den Laboren und Experimentierstätten sieht, war sie lediglich Epigone. Bereits am 15. Juli 1955 appellierten achtzehn Nobelpreisträger in einer Kundgebung von der malerischen Blumeninsel Mainau im Bodensee an die Strategen der Weltpolitik, sich doch endlich der besonderen Gefahr von atomarem Kriegsgerät bewusst zu werden.[5]

Allerdings erinnert man sich dieser „Mainauer Kundgebung" lediglich in den Memoiren der beteiligten Akteure. Einen medialen Widerhall, der auch nur ansatzweise mit dem der Göttinger Erklärung zwei Jahre später vergleichbar gewesen wäre, fand sie hingegen nicht. Ebenso wenig hat sie sich in die Geschichtserzählung der Bundesrepublik eingeprägt.[6] Dabei unterschied sich der Mainauer-Text bemerkenswerterweise inhaltlich nur geringfügig von dem 1957er Manifest. Gleichfalls warnte er vor den Gefahren eines Atomkriegs, die anscheinend nicht ausreichend bekannt wären und zudem alle Nationen beträfen, da der atomare Verseuchungstod unterschieds-

4 Der Text ist abgedruckt u.a. in: Hermann, Armin: Die Jahrhundertwissenschaft. Werner Heisenberg und die Geschichte der Atomphysik, Hamburg 1993, S. 261 f.

5 Die „Mainauer Kundgebung" ist als Faksimile abgedruckt in: Kraus, Elisabeth: Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Würzburg 2001, S. 162.

6 In Überblicksdarstellungen zur deutschen Geschichte findet die Göttinger Erklärung häufig, die Mainauer Kundgebung dagegen so gut wie nie Erwähnung.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

los Neutrale wie Kriegführende treffe. Der Appell schloss mit der leicht pathetischen Forderung, alle Nationen müssten im Zeitalter der Atom- und Wasserstoffbombe „zu der Entscheidung kommen, freiwillig auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik zu verzichten“, ansonsten würden sie „aufhören zu existieren“.

Die Mainauer Kundgebung zeigte vor allem eines: Eine opulente Ansammlung von Laureaten – immerhin achtzehn Nobelpreisträger hatten sie unterzeichnet, bis zum Jahresende kamen 34 weitere hinzu –, die zu einem wichtigen Thema der Zeit öffentlich Stellung bezogen, reichte nicht aus, um die Mühlen der Politik in Bewegung zu setzen.

DIE MANIFESTANTENSCHAFT: KOLLEGEN, WEGGEFÄHRTEN UND FREUNDE

Bei den Göttinger Achtzehn handelte es sich nicht um eine zufällig zusammengewürfelte, spontan rekrutierte Manifestantenschaft. Vielmehr waren sie zuvor bereits in anderen Kontexten miteinander mehr oder weniger intensiv in Verbindung getreten, hatten sich ihre Biographien oft gekreuzt, waren häufig sogar miteinander eng verwoben. Dies reichte von losen Bekanntschaften bis zu engsten Zirkeln. Die meisten hatten während ihrer wissenschaftlichen Laufbahn irgendwann einmal in Göttingen studiert, promoviert, habilitiert und/oder doziert. Dabei begegnete man sich zum Plausch auf der Straße, unternahm gemeinsame Spaziergänge, musizierte, diskutierte und forschte.[7] Untereinander waren die einen vielfach die Prüfer und Gutachter der anderen gewesen. Karl Wirtz, Carl Friedrich v. Weizsäcker und Werner Heisenberg beispielsweise kannten sich 1957 bereits seit Jahrzehnten, hatten bis dahin eng zusammengearbeitet und waren mithin Freunde geworden. Zusammen bildeten sie eine verschworene Troika – besonders während des Zweiten Weltkriegs war die „Heisenberg-Clique“ in Atomforscherkreisen als schlagfertige Aktionseinheit berüchtigt gewesen. Ein weiteres Trio ergaben Hans Kopfermann, Wilhelm Walcher und Wolfgang Paul.[8] Walcher war in den 1940er Jahren Kopfermanns Assistent, Kopfermann seinerseits Gutachter und Freund Pauls. Paul wiederum hatte bei Walcher sein Examen ab-

7 Vgl. Herbig, Jost: Kettenreaktion. Das Drama der Atomphysiker, München/Wien 1976, S. 328-340; Hoffmann, Dieter: Operation Epsilon, in: ders. (Hg.): Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder Die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe, Berlin 1993, S. 9-59; Schlüpmann, Klaus: Vergangenheit im Blickfeld eines Physikers. Hans Kopfermann (1895-1963), in: http://www.aleph99.org/etusci/ks/t1a5.htm [eingesehen am 02.11.2007].

8 Zur Kopfermann-Gruppe vgl. Schlüpmann (s. Anm. 7), http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm, http://www.aleph99.org/etusci/ks/t1a4.htm, http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a7.htm und http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm [jeweils eingesehen am 02.11.2007].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gelegt. Die drei fuhren sogar gemeinsam in den Ski-Urlaub. Kopfermann und Paul hatten sich zudem Ende Mai 1945 auf eine beschwerliche, zwei Wochen dauernde Fahrradreise durch das in Trümmern liegende Deutschland begeben, um in Erlangen wertvolles Forschungsgerät zu organisieren – so etwas schweißt zusammen.

Über solche feste Gruppierungen hinaus existierten noch lockere, über regelmäßige Gremienarbeit und private Sympathie langsam verfestigte Beziehungen, aber auch prägende Gemeinschaftserlebnisse.[9] Zwischen Hahn und v. Laue hatte sich zum Beispiel während der NS-Zeit auf der Basis gemeinsamer Ablehnung des totalitären Regimes eine enge private Freundschaft entwickelt. Andere wiederum erwiesen sich gegenseitig Gefallen. So steckte Gerlach, der im kernphysikalischen Bereich der Militärforschung in den letzten Kriegsjahren eine führende Position bekleidete, seinen Kollegen „manchen Scheck“[10] zu. Auch Entnazifizierungsschreiben wurden füreinander verfasst, als es nach dem Krieg um den Karriere-Neustart ging.[11] Born hatte seinen Studenten Heisenberg in den 1920er Jahren „sehr lieb gewonnen“[12]. Bis auf zwei Personen arbeiteten zudem alle Manifestanten während des Kriegs gemeinsam im sogenannten „Uranverein“ an einem Energie erzeugenden Uranreaktor.[13] Der „Uranverein“ bezeichnete einen Forschungsverbund verschiedener nuklearwissenschaftlicher Institute u.a. in Berlin, Heidelberg und Hamburg, der unter wechselnder Ägide vom Reichswissenschaftsministerium und dem Heereswaffenamt Arbeiten zur praktischen Kernenergieverwendung anstellte. Des Weiteren verbrachten Gerlach, Hahn, Heisenberg, Wirtz, v. Weizsäcker und v. Laue unmittelbar nach Kriegsende

9 Vgl. zu diesem Abschnitt Fischer, Peter: Atomenergie und staatliches Interesse: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955, Baden-Baden 1994, S. 272; Kraus 2001 (s. Anm. 5), S. 146; Müller, Wolfgang D.: Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen, Stuttgart 1990, S. 306 f.; Prüß, Karsten: Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Projekt Wissenschaftsplanung, Frankfurt am Main 1974, S. 331; Rechenberg, Helmut: Kopenhagen 1941 und die Natur des deutschen Uranprojekts, in: Kleint, Christian/ders./Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 160-191, hier S. 184; Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung in der BRD, Köln 1980, Fußnote 373/S. 76 f.

10 Zitiert nach Hoffmann, Klaus: Forschung und Verantwortung. Otto Hahn. Konflikte eines Wissenschaftlers, Frankfurt am Main 2005, S. 171.

11 Vgl. Sime, Ruth Lewin: Otto Hahn und die Max-Planck-Gesellschaft. Zwischen Vergangenheit und Erinnerung, Berlin 2004, S. 46 f.

12 Zitiert nach Hermann, Armin: Werner Heisenberg mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 2007, S. 22.

13 Vgl. Müller 1990 (s. Anm. 9), S. 553.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

acht Monate in alliiertem Gewahrsam in annehmlicher Unterkunft in einem ostenglischen Landsitz bei Cambridge namens „Farm Hall“. Dort wurde eine „Schicksals- und Solidargemeinschaft“[14] geschmiedet, die sich in der Nachkriegszeit fortsetzte. In der Villa bot man sich das persönliche „Du“ an, besprach Pläne für die Zukunft und stellte gemeinsame Deutungen der vergangenen Geschehnisse an.[15] Fast ein Jahr lang betrieb man im festen Kreis Konversation: Gespräche, Diskussionen und Kontroversen, in denen man sich ausgiebig kennen und mögen lernte. Ein Großteil der Achtzehn gehörte sodann während der 1950er Jahre Beratungsgremien wie der Deutschen Atomkommission an. Die Göttinger Jahre in den 1920ern, der „Uranverein“ und „Farm Hall“: Es waren konkrete und abstrakte Orte der Zusammenkunft, gemeinsam durchlebter Extremsituationen und gesammelter Erfahrungen, an denen die universitäre von einer privaten Bekanntschaft ergänzt worden war, wodurch das Manifest nicht zuletzt auf einem seit vielen Jahren bestehenden Zusammenhalt und Gemeinschaftsempfinden einer Mehrheit der daran beteiligten Professoren basierte, die sich nicht erst zum Manifestieren zusammengefunden hatten.

Auch nach dem Manifest blieben die Göttinger Achtzehn übrigens eine in beständigem Kontakt stehende Formation, die sich ein gewisses Maß an Zusammenhalt und Gruppencharakter bewahrte. Nach der Bundestagswahl im September 1957 bekräftigten sie ihre Erklärung auf der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften am 28. September 1957 in Heidelberg.[16] Einige der Manifestanten versuchten für weitere Aktionen, auf die Ressource „Göttinger Achtzehn“ zurückzugreifen und den nunmehr in der Öffentlichkeit bekannten Wissenschaftlerkreis zu reaktivieren.[17] So

14 Hoffmann 1993 (s. Anm. 7), S. 50.

15 Vgl. Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 328-340; Hoffmann 1993 (s. Anm. 7), S. 9-59; Metzler, Gabriele: Kernphysik und Politik. Werner Heisenberg in der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Ein Forschungsbericht, in: Historisches Jahrbuch, Nr. 115 (1995), S. 208-222, hier S. 218; Walker, Mark: Selbstreflexionen deutscher Atomphysiker. Die Farm Hall-Protokolle und die Entstehung neuer Legenden um die „deutsche Atombombe“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 41 (1993) H. 4, S. 519-542; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Farm Hall und das deutsche Uranprojekt. Ein Gespräch, in: Hoffmann (Hg.) 1993 (s. Anm. 7), S. 331-360, hier S. 346 u. S. 360.

16 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), Fußnote 480/S. 96.

17 Für die folgenden drei Beispiele vgl. Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981, München 1984, S. 200 f.; ders.: Persönliche Erinnerungen an die Entstehung und die Frühzeit der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler), in: Albrecht, Ulrich et al. (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 229-235, hier S. 233; Brief Gerlach an die Organisatoren des Komitees „Kampf dem Atomtod“ vom 13.03.1958, in: Schlüpmann (s. Anm. 7), http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm [eingesehen am 02.11.2007]; Kant, Horst: Otto Hahn and the

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zweimal v. Weizsäcker, der 1958 eine Stellungnahme zum Zivilschutz vor Atomgefahren entwarf sowie 1961 ein Achtzehner-Statement zur Sicherheitspolitik versuchte; und Born, der eine Beteiligung an der Anti-Atomtod-Bewegung für wünschenswert hielt. Man besprach sich auch weiterhin im Achtzehner-Kreis, zumal fast alle aus der Manifestantenschaft Ende der 1950er Jahre der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) beitraten, die von Kopfermann geleitet wurde.[18] Alle drei Aktionsversuche scheiterten jedoch, denn die Göttinger Achtzehn waren beileibe keine uneingeschränkt aktionsfähige Einheit mit übereinstimmenden Auffassungen und jederzeitiger Engagementbereitschaft.

VOM GREMIUM IN DIE ÖFFENTLICHKEIT: WEG UND ENTSTEHUNG DES MANIFESTS

Die Göttinger Erklärung erfolgte keinesfalls als spontane Reaktion auf Adenauers Pressekonferenz, vielmehr war sie in bemerkenswerter Weise mit dem Karriereauftrieb des jungen Franz Josef Strauß verbunden. Strauß übernahm 1955 als erster Ressortleiter das neugegründete Atomministerium. Nicht wenige der Göttinger Achtzehn wurden als Berater angeheuert und hatten über die damit verbundenen Gremienmitgliedschaften ihr Ohr stets ganz nahe am politischen Prozess. Schnell offenbarte sich ihnen der aufstrebende Minister als eine veritable Gefahr für ihre Pläne. Denn Strauß ging es weniger um Energie erzeugende Atomkraftwerke als um die Möglichkeit zur Herstellung von Atomwaffen. Er sah in der neuen Technologie eine Chance, in die exklusive Riege der Weltmächte vorzurücken. Ohne Atomwaffen – dies war Strauß' entschiedene Auffassung – würde die Bundesrepublik nach dem Vollzug der Aufstellung der Bundeswehr auf halbem Wege stehen bleiben und in den zwischenstaatlichen Machthierarchien dauerhaft in die Zweit- bis Drittklassigkeit hinab gleiten. Sein Vorbild war Großbritannien, das versuchte, sich durch eigene Atomwaffen gegen das Abrut-

Declarations of Mainau and Göttingen, als enthaltenes Werk in: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Preprint 203, Berlin 2002, S. 36 ff.; Rese, Alexandra: Wirkung politischer Stellungnahmen von Wissenschaftlern am Beispiel der Göttinger Erklärung zur atomaren Bewaffnung, Frankfurt am Main u.a. 1999, S. 193 ff.

18 Vgl. Neuneck, Götz/Schaaf, Michael: Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung in Deutschland, in: dies. (Hg.): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland. Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus Berlin, 24. Februar 2006, Berlin 2007, S. 31-37, hier S. 34; Schirrmacher, Arne: Physik und Politik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Max Born, Werner Heisenberg und Pascual Jordan als politische Grenzgänger, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, Jg. 30 (2007) H. 1, S. 13-31, hier S. 18; v. Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 197.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen in eine niedere Rangstufe zu stemmen. Strauß imponierte, dass die Briten „weder von der Hilfsbereitschaft des einen noch von der Gnade des anderen leben“[19] wollten. In Washington und Moskau sollten die politischen und militärischen Entscheidungsträger auch der Bundesrepublik gegenüber Respekt zollen und keine weitreichenden Entschlüsse ohne deren Berücksichtigung treffen können. In Strauß’ Verständnis von Außenpolitik und Diplomatie waren – im Grunde nicht anders als fünfzig Jahre später bei dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad[20] – der Besitz bzw. die Verfügung über Atomwaffen für den Status einer mit anderen Ländern ebenbürtigen Nation höchst bedeutsam.

Schon 1955 beschlich die Atomwissenschaftler ein Unbehagen, sobald Strauß in abendlicher Runde mit einer von zahlreichen Weinen gelockerten Zunge von Atomwaffen schwadronierte, die er gerne für die Bundeswehr bekommen wollte.[21] So lernten sie ihn bereits früh als unheimlichen Atomwaffenfreund kennen. Gefährlich wurde diese Attitüde jedoch erst, als Strauß vom Nachwuchspolitiker und Nebenressortleiter 1956 zum Bundesverteidigungsminister avancierte. Der Wechsel des machtbewussten Bayern in die Bonner Ermekeilkaserne alarmierte die Nuklearphysiker; denn das Ministerium organisierte gerade die westdeutsche Wiederbewaffnung. In jenen Tagen, als Strauß im neuen Ministersessel Platz nahm, hatte der Aufbau der Bundeswehr ein Stadium erreicht, in dem eine Ausrüstung mit atomaren Waffen ernsthaft sondiert wurde. Denn die NATO, der die Bundesrepublik inzwischen beigetreten war, änderte gerade in grundlegender Weise ihre Militärstrategie. Aus Kostengründen sollten die konventionellen Truppen, die bis dato auf dem Gebiet der Bundesrepublik zur Abwehr einer etwaigen Invasion aus dem Ostblock stationiert waren, massiv zugunsten von Massenvernichtungswaffen reduziert werden. „Manpower“ sollte durch „firepower“ ersetzt werden.[22] Um von den NATO-Partnern im Moment der Gefahr nicht im Stich gelassen zu werden, aber auch um einer Verwandlung Deutschlands in einen Schauplatz atomarer Vernichtung zu entgehen, drängte Strauß auf ein autonomes westeuropäisches Verteidigungsbündnis mit eigenen Atomwaffen. Kurzum: In einer Situation wie zur Mitte der 1950er Jahre, in einer sich wandelnden Verteidigungskonzeption der westlichen

19 Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 16 vom 20.09.1956, abgedruckt in: Buchstab, Günter (Bearb.): Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953 – 1957, Düsseldorf 1990, S. 1081.

20 Vgl. Richter, Nicolas/Avenarius, Tomas/Zekri, Sonja: Das Geheimnis der Kuppel, in: Süddeutsche Zeitung, 15./16.11.2008.

21 Vgl. Lindner, Konrad: Carl Friedrich von Weizsäckers Wanderung ins Atomzeitalter. Ein dialogisches Selbstporträt, Paderborn 2002, S. 116; v. Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 192 f.

22 Vgl. Gnad, Oliver: Konfrontation und Kooperation im Kalten Krieg. Amerikanische Sicherheitspolitik 1950 bis 1956, Wiesbaden 1997, S. 332 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Welt, ergaben sich für einen Atomwaffenbefürworter wie Strauß ganz neue Möglichkeiten, seine seit Längerem gehegten Atomwaffenambitionen zu verfolgen. Und dies war den Atomphysikern nur allzu gut bekannt.

Der Beraterkreis „Kernphysik" des Ministeriums für Atomfragen war gleichsam die Keimzelle der späteren Göttinger Erklärung. Ihm gehörte der Großteil der Manifestantenschaft an.[23] Die stets aus erster Hand informierten Atomwissenschaftler waren also ob Strauß' offener Atomwaffenambitionen zutiefst beunruhigt. Nach gemeinsamer Beratschlagung schrieben sie dem neuen Verteidigungsminister einen Brief, der bereits zu dieser Zeit wesentliche Passagen des späteren Manifests enthielt und in dem sie die politische Berücksichtigung ihrer gegenüber Atomwaffen für das Bundesheer gehegten Bedenken einforderten. Sie drohten, falls die Regierung die Atomrüstungspläne verwirklichen wolle, würden sie den Gang in die Öffentlichkeit wagen. Unterzeichnet war das Schreiben immerhin von ganzen zehn der späteren Achtzehn. Im Januar 1957 lud Strauß eine Delegation der Forscher in sein Ministerium ein, doch missriet dem temperamentvollen Minister, der sich nicht zu Unrecht erpresst sah, das Krisenmanagement völlig. Indem er die Argumente seiner Kontrahenten mit einer Lautstärke zu entkräften suchte, die v. Weizsäcker noch über vierzig Jahre später in den Ohren schallte, zudem in der Tat „europäische" – also in einem multinationalen Militärbund gefertigte – Atomwaffen als sein wehrpolitisches Ziel ausgab, bestätigte er lediglich die Befürchtungen der Kernphysiker. Man verließ den Minister daher „zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt."[24]

Noch aber fehlte den Wissenschaftlern ein konkreter Ansatzpunkt, um öffentlich in Aktion zu treten. Die Verzögerung bis Mitte April 1957 erklärt sich folglich allein aus der fehlenden Gelegenheit. Diese ließ freilich nicht lange auf sich warten. Als Konrad Adenauer in einer Pressekonferenz am 5. April 1957 von Massenvernichtungswaffen als bloße „Weiterentwicklung der Artillerie" sprach,[25] es im Übrigen als „selbstverständlich" bezeichnete,

23 Dazu vgl. Besser, Joachim: Die Rebellion des Gewissens, in: Die Welt, 17.04.1957; Heisenberg, Werner: Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1976, S. 262 f.; Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 463; Kant 2002 (s. Anm. 17), S. 31; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 117 f.; Rese 1999 (s. Anm. 17), S. 50 ff.; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 77 und die dortige Fußnote 374; Sonntag, Philipp: Der Streit um die atomare Bewaffnung. Argumente der Ära Adenauer, Schriftenreihe Militärpolitik-Dokumentation, Jg. 6 (1982) H. 25, Frankfurt am Main 1982, S. 43 u. S. 45 f.; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, München/Wien 1977, S. 573; ders. 1984 (s. Anm. 17), S. 192 f.

24 Von Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 36.

25 Zu der Pressekonferenz vgl. Adenauer 1967 (s. Anm. 2), S. 296 f.; Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S. 333; ein stenographischer Auszug aus der Erklärung Adenauers findet sich in: Der Spiegel, 17.04.1957, S. 8.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„dass bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik“ nicht darauf verzichtet werden könne, auch die Bundeswehr mit den „neuesten Typen“ auszustatten, lieferte er dem Manifest-Strategen v. Weizsäcker die entscheidenden Sentenzen. Damit schockierte der Bundeskanzler auch die letzten Zweifler innerhalb der späteren Manifestantenschaft, die nunmehr ihre Bedenken zurückstellten und dem Schritt zur öffentlichen Opposition ihre Zustimmung erteilten.[26] Als v. Weizsäcker von Adenauers Worten in der Zeitung las, befand er sich gerade mit Gerlach auf einer Tagung. Beide erkannten sie die einmalige Gelegenheit und fassten den Beschluss, sofort loszuschlagen.[27] Das Ziel: eine öffentliche Erklärung der kompromisslosen Ablehnung einer Beteiligung an der Kernwaffenentwicklung sowie die Aufklärung über die dreiste Verharmlosung von Atombomben seitens der Bundesregierung.[28] Gerlach und v. Weizsäcker telefonierten, schrieben hastig Briefe und reisten weiter nach Bad Nauheim, wo gerade die Deutsche Physikalische Gesellschaft mit einem Großteil ihrer Freunde und Kollegen tagte. Dort besprach man sich am 11. April 1957. Die Unterzeichner akklamierten ein Manuskript v. Weizsäckers, der quasi universell als Autor, literarischer Verfasser und geistige Quelle der darin enthaltenen Gedanken fungierte. Von Otto Hahns Göttinger Büro in der Max-Planck-Gesellschaft aus erging dieses an die Presse. In Südhessen entschieden sich also die letzten Schritte – insofern hätte man eigentlich von der „Bad Nauheimer Erklärung“ sprechen müssen.

Nochmal: Erst Adenauer hatte die Manifest-Aktion ermöglicht, erst seine drastischen Worte mobilisierten eine Manifestantenschaft und überwanden deren innere Heterogenität. „Lange, lange“[29] habe man über die Folgen eines derartigen Schritts bereits vor dem April 1957 untereinander disku-

26 Vgl. Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 122; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 77; Sonntag 1982 (s. Anm. 23), S. 46.

27 Vgl. auch v. Weizsäcker, der davon sprach, dass ihm erst „eine leichtfertige Äußerung Adenauers“ die „Gelegenheit“ zur Manifest-Aktion verschaffte, in: ders. 1984 (s. Anm. 17), S. 193; und Görlich, die das Presseinterview als einen der „Angelpunkte der Atomdiskussion“ bezeichnete; vgl. Görlich, Ina: Zum ethischen Problem der Atomdiskussion. Verlauf der Atomdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland und Versuch einer Darstellung der durch sie aufbrechenden ethischen Probleme, Freiburg 1965, S. 31.

28 Vgl. hier und folgend Heinrich, Rudolf/Bachmann, Hans-Reinhard: Walther Gerlach. Physiker – Lehrer – Organisator. Dokumente aus seinem Nachlaß, München 1989, S. 141 sowie ebd. Brief Gerlach an Brill vom 24.10.1977, Dokument Nr. 237, S. 147; Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 465; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 114-119; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 77 f.

29 Von Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 35.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tiert, doch die Meinungen waren stets heillos verschieden gewesen.[30] Offenbar war die einhellige Ablehnung einer nationalen Atomrüstung der Bundesrepublik der kleinste gemeinsame Nenner der Manifestanten.[31]

DIE MOTIVE: GEMEINSAMES HANDELN AUS UNTERSCHIEDLICHEN INTERESSEN

Selbst jüngere Schriften intonieren pathetisch, es habe sich bei der Göttinger Erklärung um einen „von Gewissensnot und von Verantwortungsbewusstsein getragene[n] Appell“[32] gehandelt. Dieses wohl am häufigsten angeführte Motiv lässt sich kaum widerlegen, doch folgten die Manifestanten beileibe keineswegs monokausal einem einzigen energischen Beweggrund. Der vermeintliche Altruismus wird durch einen gehörigen Anteil von Egoismus relativiert.

Verantwortung: „keine Wissenschaft ohne Gewissen“[33]

Ursprünglich zum Wohle der menschlichen Zivilisation durchgeführten Forschungsarbeiten drohten auch immer von Politikern und Militärs für weniger tugendhafte Vorgehensweisen missbraucht zu werden. Das freilich war nicht neu, beruhten doch seit jeher Waffensysteme auf Erkenntnissen, die in anderen, meist friedlichen Kontexten erlangt worden waren. Zum ersten Mal in der gewiss nicht unblutig verlaufenen Geschichte der Menschheit barg mit der Atombombe eine wissenschaftliche Errungenschaft jedoch eine ultimative Bedrohung für die Existenz der menschlichen Spezies. Für Atomforscher wie Walther Gerlach war es daher nicht schwer, darin eine „ethische Problematik“[34] ungeheuren Ausmaßes zu diagnostizieren. Die Frage

30 Von „den Herren hatte jeder seine eigene Meinung“; Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 19 vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990 (s. Anm. 19), S. 1232.

31 Vgl. dazu Fleischmann, Rudolf: Erinnerungen eines Zeitzeugen, in: Albrecht et al. (Hg.) 1996 (s. Anm. 17), S. 48 f.; Hattrup, Dieter: Carl Friedrich von Weizsäcker. Physiker und Philosoph, Darmstadt 2004, S. 173; Brief Gerlach an Jungk vom 22.01.1958, in: Heinrich/Bachmann 1989 (s. Anm. 28), Dokument 236, S. 147; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 117; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung, München/Wien 1976, S. 206.

32 Hoffmann 2005 (s. Anm. 10), S. 207 f.

33 Salomon, Jean-Jacques: Forschung und die Verantwortung des Wissenschaftlers in unserer Gesellschaft, in: Cramer, Friedrich (Hg.): Forscher zwischen Wissen und Gewissen, Berlin u.a. 1974, S. 81-93, hier S. 92.

34 Gerlach, Walther: Wesen und Bedeutung der Atomkraftwerke, in: Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte, Jg. 23 (1955) H. 2, S. 14.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

um die Folgen von Wissenschaft war mit der Existenz von Nuklearwaffen in ein neues Stadium getreten und verlangte nach einer Klärung, wer über die Anwendung wissenschaftlich gewonnener Erkenntnisse verfügen dürfe: die Wissenschaftler oder die Politiker.[35] Es erscheint daher nur allzu verständlich, dass beispielsweise Otto Hahn und Fritz Straßmann, deren Entdeckung der Urankernspaltung im Jahr 1938 die Entwicklung der Atombombe überhaupt erst ermöglicht hatte, eine besondere Verantwortung empfanden, der Bevölkerung als potenzielles Opfer die Gefahr von Kernwaffen vor Augen zu führen und diesbezüglich vor der bedrohlichen Fahrlässigkeit von Regierungshandeln zu warnen. Als Träger außerordentlichen Sachverstands und genauester Kenntnis über die Wirkungsweise von detonierenden Kernwaffen glaubten einige der Göttinger Achtzehn in der Situation des Frühjahrs 1957, einer moralischen Pflicht zur Aufklärung nachkommen zu müssen. Als meisterhafte Kenner der komplizierten Materie atomphysikalischer Zusammenhänge wollten sie unbedarfte Laien für die besonderen Risiken sensibilisieren.[36] So jedenfalls lautet der Beweggrund, der am häufigsten dem Göttinger Manifest unterstellt wird. Doch deutet vieles darauf hin, dass dieser keineswegs der ausschlaggebende, schon gar nicht der einzige war.

Atomwissenschaftliche Public Relations: Kernphysik zwischen Segen und Fluch

Nach dem Zweiten Weltkrieg reifte in den deutschen Nuklearwissenschaftlern die Überzeugung, Atomwaffen seien infolge der erschütternden Bilder aus Hiroshima und Nagasaki, die grauenvolle Zerstörung und menschliches Elend bezeugten, in der westdeutschen Bevölkerung weitgehend diskreditiert, ja hafte ihnen sogar etwas Dämonisches an. Infolgedessen sei wohl auch die Forschungskategorie Atomwissenschaft „vielen Menschen undurchschaubar und in ihrer Unverstehbarkeit nachgerade unheimlich geworden“[37] – „not an occupation for gentlemen anymore“[38]. Auch die Deutschen schienen mit dem Gedanken an praktische Kernenergieverwendung zuvorderst Atombomben, nicht aber atomar betriebene Staubsauger oder Kraftfahrzeuge zu verbinden. In den westdeutschen Wissenschaftsorganisationen

35 Vgl. Salomon 1974 (s. Anm. 33), S. 80; Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 367 ff.

36 Vgl. Fleischmann 1996 (s. Anm. 31), S. 48 f.; Wild, Wolfgang: Fehler sind gut, solange es jedes Mal andere sind…, in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 104 ff., hier S. 105 f.

37 Kliemt, Hartmut: Einige Wurzeln des Unbehagens gegenüber den Wissenschaften, in: Meinel, Erhard/Englert, Elmar/ders. (Hg.): Das Unbehagen gegenüber den Wissenschaften, Heidelberg 1989, S. 5-13, hier S. 5.

38 Gerlach, Walther: Der Mensch im Atomzeitalter (Vortrag vom 12.03.1956), abgedruckt in: ders.: Humanität und naturwissenschaftliche Forschung, Braunschweig 1962, S. 148-166, hier S. 159

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

glaubte man geradewegs zu spüren, wie es den bundesdeutschen Bürgern bei dem Gedanken an Atomtechnologie eiskalt den Rücken herunter lief.[39] Eine heftig beargwöhnte Wissenschaft mit Todesfolge zu sein – dies allerdings stellte für die deutschen Atomforscher ein gravierendes Problem dar.

Zum einen war es für die Wiederaufnahme der experimentellen Kernforschung unvermeidlich, nuklearwissenschaftliche Arbeit in der Öffentlichkeit zu akkreditieren. Schließlich ist in einem demokratischen System die Unterstützung wahlberechtigter Bürger von unschätzbarem Wert. Denn nur wenn die Bundesregierung nicht Gefahr lief, die Bevölkerung mit Maßnahmen zur atomphysikalischen Forschungsförderung in Angst zu versetzen, hatte man Aussicht auf die ersehnten Gelder aus der Staatsschatulle. Zum anderen galt es, Wirtschaft und Politik von den Vorzügen einer zivilen Kernenergieforschung zu überzeugen. Die Atomforscher machten sich daher zu einer Imagekampagne auf, um „vor der Welt nicht als Handlanger des Todes dazustehen“[40]. Es kam darauf an, den Menschen die prinzipielle Ungefährlichkeit von Atomtechnologie ins Bewusstsein zu rufen, deren potenziell „segenbringende Wirkung“[41], von der Otto Hahn allenthalben sprach, herauszustellen. Wenn man weiter in einer Wissenschaft forschen wollte, in der „Heil und Unheil, Fortsetzung eines gesteigerten Lebens oder Beendigung der Lebensmöglichkeiten“[42] ganz nahe beieinander liegen, so galt es, Einsicht in dieses Dilemma – in die Gleichzeitigkeit ultimativer Gefahr einer Selbstvernichtung und der Chance zur Hebung der Lebensqualität der Menschheit – zu vermitteln.[43] Um der Forschung nicht ihrer negativen Seite wegen gänzlich abschwören zu müssen, versuchten die Atomforscher, durch eindringliche Hinweise auf die dunklen Seiten der Atomtechnologie ein Bewusstsein für deren Irrationalität zu erzeugen, und ihre militärische Anwendung auf diese Weise nachhaltig zu diskreditieren.

Man geht nicht zu weit, von einer regelrechten PR-Kampagne zu sprechen, wenn man das Verhalten einiger der Manifestanten vor 1957 genauer betrachtet. Werner Heisenberg und Otto Hahn waren bei dieser „Kampagne“ als die profiliertesten und prominentesten Vertreter ihrer Zunft, noch dazu prestigeträchtig ausgestattet mit einem Nobelpreis, die Zugpferde. Sie und ihre Kollegen streiften daher in den 1950er Jahren ihre Laborkittel ab, verließen ihre Schreibtische und Denkstuben und wandten sich als Kommuni-

39 Vgl. Telschow, Ernst: Was tut uns Not? 10 Forderungen für die Entwicklung der Atomenergie in der Bundesrepublik, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 197-204, hier S. 203 f.

40 Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Hamburg 1983, S. 89.

41 Hahn, Otto: Die Nutzbarmachung der Energie der Atomkerne, in: ders.: Erlebnisse und Erkenntnisse, Düsseldorf/Wien 1975, S. 188.

42 Gerlach 1962 (s. Anm. 38), S. 160.

43 Vgl. ders. 1955 (s. Anm. 34), S. 19.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

katoren und Promoter wortreich und unermüdlich in eigener Sache an die Öffentlichkeit. In Interviews, Reden, Vorträgen und Aufsätzen wurden sie nicht müde, die Förderungswürdigkeit der friedlichen Kernenergieforschung anzupreisen. Auch dem Ausland gegenüber strebten die Forscher danach, die Bundesrepublik als eine auch in Zukunft an Kernwaffen uninteressierte Nation erkennen zu geben. Denn die Billigung der politisch einflussreichen Nationen des Westens, ganz besonders aber die der alliierten Besatzungsmächte war unverzichtbar. Bereits vor ihrer Rückkehr nach Deutschland war Heisenberg und Hahn von Vertretern der britischen Regierung eingeschärft worden, dass sich zukünftige Atomforschung in Deutschland auf zivile Zwecke beschränken müsse, wollte sie von den Alliierten geduldet werden.[44] Und Heisenberg hatte zu Beginn der 1950er Jahre den Eindruck gewonnen, von US-amerikanischer Seite aus stelle die Gefahr einer deutschen Kernenergieforschung, die militärischen Zwecken folgte, wohl das größte Hindernis für eine dauerhafte Befreiung deutscher Nachkriegsnuklearwissenschaft aus den Fesseln des alliierten Besatzungsstatuts dar.[45]

In den Jahren vor der Göttinger Erklärung waren Heisenberg und Konsorten zweifelsohne mehr eifrige Missionare denn wissbegierige Forscher. Und niemals vergaßen sie zu betonen, wie friedfertig deutsche Atomforschung doch sei, wie sehr doch „die deutschen Gelehrten nicht daran dachten, auf dem Gebiet der Atomwaffen zu arbeiten“[46].

Und dann kam Strauß. Der impulsive Bajuwar sprach plötzlich freimütig von der Möglichkeit, deutsche Truppen könnten Atomwaffen in ihren Arsenalen führen. Zwar dementierten Adenauer und Strauß konsequent die Absicht, eigene Atomwaffen produzieren zu wollen. Doch die Herstellung in einem Bündnis zum Beispiel mit Frankreich oder der Bezug aus ausländischer Fertigung waren davon ausgenommen, somit stets eine offene Alternative.

Die Atomwissenschaftler sahen nunmehr ihre Projekte gefährdet. Mitte der 1950er Jahre hatten sie in Politik und Wirtschaft nach langen Bemühungen endlich die Errichtung eines Kernforschungszentrums in Karlsruhe durchgesetzt. Doch befürchtete man, es könne von der Regierung als Waffenschmiede missbraucht werden.[47] Adenauer und seine Politik drohten den

44 Vgl. Oexle, Otto Gerhard: Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu ‚Kopenhagen‘, ‚Farm Hall‘ und ‚Göttingen‘, Berlin 2003, S. 33 ff.

45 Vgl. Eckert. Michael: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 1, S. 115-143, hier S. 120.

46 Zitiert nach Kraus 2001 (s. Anm. 5), S. 145.

47 Vgl. Gleitsmann, Rolf-Jürgen: Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950 - 1955). Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe und zu einem Kapitel deutscher Kernenergiegeschichte, Stuttgart 1986, S. 79; Heisenberg

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kernphysikern die viele Jahre vorbereitete Akkreditierung von Kernenergie in der Bevölkerung schlichtweg zunichte zu machen. Militärisches, erst Recht wenn es sich um Massenvernichtungsmittel wie atomare Bomben handelte, war in der bundesrepublikanischen Bevölkerung, war im postnationalsozialistischen Deutschland verpönt. Bei der Frage, ob sie Segen oder Fluch sei, votierten 1956 zwar dreißig Prozent, 1957 aber nur noch 21 Prozent für „Segen"; für einen „Fluch" hielten sie dagegen 1956 schon 52 Prozent, 1957 gar 57 Prozent.[48] Adenauers Artillerie-Äußerung vom April 1957, begleitet von weiteren Waffenbesitzankündigungen Strauß':[49] Dies markierte den Gipfelpunkt an Gefahr, die der Kanzler und sein Verteidigungsminister in den Augen der Atomforscher für ihre Wissenschaftsbedingungen über einige Jahre hinweg erzeugt hatten – und eben gleichzeitig die ersehnte Gelegenheit zur Gegenwehr. Man hatte richtiggehend Angst, dass Adenauers leichtsinnige Wortwahl von einer „weiterentwickelten Artillerie" zu einem gänzlich falschen Öffentlichkeitsbild der Atomenergie führen könnte. Das Gerede von Atomartillerie und Kernwaffeneigentum bedeutete schlechterdings eine Katastrophe für die öffentliche Wahrnehmung von kernphysikalischer Wissenschaft. Adenauer drohte – wenn auch unbeabsichtigt – mit wenigen Worten auch die friedliche Nuklearforschung, die eine Vorstufe zur Waffenfabrikation bildete, als eine unheimliche Gefahrenquelle langfristig zu diskreditieren, aber auch das Ausland nervös zu machen.[50]

Den Atomwissenschaftlern war daher an einem unanfechtbaren Testat der Bundesregierung gelegen, dauerhaft auf jegliche Verwendung von Atomwaffen zu verzichten – bargen doch alle bisherigen Erklärungen der Regierung zu viele juristische Schlupflöcher, waren sie zu ambivalent. Zumindest aus Sicht einiger Manifestanten war ein politisches Manifest eine mögliche Variante, derartiges zu erzwingen.

Die „Göttinger Achtzehn": von der politischen Verdrossenheit einer blockierten Elite

Deutschland beherbergte in den 1920er und 1930er Jahren Weltzentren atomphysikalischer Forschung. Jeder der etwas auf sich hielt oder in seinem Metier ganz nach oben kommen wollte, musste in Berlin, Göttingen oder Leipzig studieren, forschen oder unterrichten. In deutschen Labors und Hör-

1976 (s. Anm. 23), S. 258 ff.; Herbig 1976 (s. Anm. 7), S. 462 f.; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 116.

48 Vgl. DIVO-Institut (Hg.): Umfragen 1959/60, Band 3/4. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1962, S. 13; Rupp 1980 (s. Anm. 9), Fußnote 446/S. 89.

49 Vgl. Kitzinger, Uwe W.: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960, S. 54.

50 Vgl. Heisenberg 1976 (s. Anm. 23), S. 265.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sälen tummelte sich wie selbstverständlich die spätere Elite der weltweiten Atomforschung. Inmitten dieser „goldenen Jahre“ hatten sich auch die Göttinger Achtzehn wissenschaftlich betätigt. Nach 1945 widerfuhr ihnen allerdings eine dramatische Wende: Ambitionierte Jungwissenschaftler waren nun fasziniert von ausländischen Großforschungsanstalten, hochmodernen Einrichtungen wie dem „Argonne National Laboratory“ in den USA.[51] Westdeutschland hingegen war zu einem „Dritte-Welt“-Staat der Atomforschung herabgesunken, in dem es notorisch an Geld und Gerätschaften mangelte. Doch die deutschen Atomwissenschaftler hatten demgegenüber ihren Elite-Status keineswegs abgelegt, vielmehr lechzten sie regelrecht danach, wieder den Anschluss zu finden.[52] Unter den Manifestanten befanden sich gleichermaßen Träger extravaganter Eliteauszeichnungen wie dem Nobelpreis als auch aufstrebende Talente, die sich über Forschungsarbeiten und das Etablieren eigener Schulen erst noch einen Weltruf zu erkämpfen hatten.

Dazu bedurfte es allerdings gewaltiger staatlicher Gelder. Tatsächlich verfügte die Bundesregierung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre über üppige Geldvorräte, doch wurden diese vom gestrengen Finanzminister Fritz Schäffer verwahrt. In dem sogenannten „Juliusturm“ lagerten 1956 etwa sieben Milliarden Mark, die allerdings für militärische Ausgaben reserviert waren.[53] Dass sich die Regierung bereit zeigte, kostbare Mittel statt in die zivile Forschung lieber in kriegerische Rüstung zu stecken, musste den Atomwissenschaftlern wie ein verächtlicher Affront aufschlagen. Zumal der Verdruss der Forscher insofern verstärkt wurde, als dass seit den frühen 1950er Jahren tatsächlich eine veritable Chance bestanden hatte, den Rückstand zum davon eilenden Ausland aufzuholen. Da sich die wissenschaftliche Konkurrenz in den Vereinigten Staaten und Großbritannien vornehmlich mit militärischer Kerntechnik befasst hatte, existierte eine zivile Nische, in der sich Heisenberg, Hahn und Co. mit der Entwicklung von Energie erzeugenden Reaktoren hätten einnisten und profilieren können.[54]

---

51 Vgl. Jordan, Hermann L.: Großforschung in der BRD – Probleme der Institutionalisierung. Mobilität und Kontrolle, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/ Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 179-200, hier S. 182.

52 Vgl. auch Walker 1993 (s. Anm. 15), S. 538 f.; Wirtz, Karl: Die Atomenergie-Konferenz in Genf vom 8. bis 20. August 1955, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 205-211, hier S. 211.

53 Vgl. Pagels, Wilhelm: Der „Juliusturm“. Eine politologische Fallstudie zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Recht in der Bundesrepublik, Dissertation, Hamburg 1979, S. 59 f.

54 Vgl. Fischer 1994 (s. Anm. 9), S. 232; Maier-Leibnitz, Heinz: Die Rolle der Wissenschaft bei den Anfängen der Kerntechnik, München 1957 (Festrede in München am 01.12.1956), S. 11-14; Prüß, Karsten: Die Entwicklung der

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Göttinger Achtzehn sind dem zufolge als blockierte Elite aufzufassen, die der Regierung zum Zeitpunkt ihrer Manifestation mit einigem Groll gegenüber stand. Das Manifest bot ihnen die Möglichkeit, öffentlichen Druck zu erzeugen und die Investition Milliarden von Mark in Nuklearwaffen im letzten Moment noch einmal abzuwenden. Nicht ohne Grund betonte der letzte Satz der „Erklärung", wie „äußerst wichtig" es sei, die „friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern" und dass man „an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken" wolle.

Vehikel persönlicher Karriere: der Aufstieg eines Atomphilosophen

Das Thema „Wissenschaft und Verantwortung", in welches die Göttinger Erklärung vordrang, eröffnete Carl Friedrich v. Weizsäcker ein außerordentlich lukratives Karrierefeld. Danach hatte er im Grunde seit frühesten Kindheitsjahren gestrebt. Von Weizsäcker war sich erstens besonderer Talente bewusst und zweitens dem Druck ausgesetzt, der traditionellen Erfolgslinie seiner Familie zu genügen, die in vergangenen Jahrhunderten verlässlich große Persönlichkeiten hervor gebracht hatte. Er jedoch war ein patenter Physiker im Kreise ehrgeiziger Koryphäen. Dies war gewiss v. Weizsäckers Pech, ausgerechnet im Umfeld eines Werner Heisenberg arbeiten zu müssen, an dessen physikalische Genialität er wohl niemals würde heranreichen können.[55] Und so suchte er sich stets neue Betätigungsfelder, auf denen er gegen weniger starke Konkurrenten leichter reüssieren konnte. Der „Mystiker der europäischen Geistesgeschichte"[56], als den man ihn heute erinnert, war er vor 1957 jedenfalls nicht gewesen.

Ohnehin hatte sich der jugendliche v. Weizsäcker nur deshalb von seinem Mentor Heisenberg in die Atomwissenschaft locken lassen, weil dieser ihn überzeugt hatte, nur mit dem umfassenden Verständnis von Physik die Mysterien der Philosophie erschließen zu können. Denn Philosophie und Religion faszinierten v. Weizsäcker wie kaum etwas anderes. Ein leidenschaftlicher Atomphysiker war er daher nie gewesen. Und da die Atomphysik ihm keine sonderlich günstige Möglichkeit zum Aufstieg in ihre Beletage offerierte, seinem von Ehrgeiz erfüllten Anspruch, ausgewiesene Autori-

Schwerionenforschung in der BRD, in: Küppers/Stichel/Weingart (Hg.) 1981 (s. Anm. 51), S. 217-254, hier S. 223; Wirtz 1955 (s. Anm. 52).

55 Von Weizsäcker hielt sich selbst für einen schwachen Mathematiker, rechnete ungern und führte am liebsten qualitative, nur „halbempirische" Arbeiten durch; siehe hierzu Hattrup 2004 (s. Anm. 31), S. 166 ff.; Hermann, Armin: Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor. Macht und Missbrauch der Forscher, Stuttgart 1982, S. 170; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Wahrnehmung der Neuzeit, München/Wien 1983, S. 331; ders.: Bewusstseinswandel, München/Wien 1988, S. 344.

56 Podak, Klaus: Ein aufgeklärter Mystiker, in: Süddeutsche Zeitung, 30.04.2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tät in dem Wirkungsfeld seines beruflichen Treibens zu sein, nicht genügen konnte, suchte er stets nach alternativen Profilierungsmöglichkeiten. Das akute Problem der Atombombe, die permanent mit der vollständigen Vernichtung der menschlichen Spezies drohte, begann er schon während des Kriegs zu seinem neuen Spezialgebiet zu machen. Fortan kultivierte er es intellektuell zu einem wissenschaftlichen Sujet. In Westdeutschland taten das nach dem Krieg nicht viele. Es bestand daher ein Vakuum an solch interdisziplinär gebildeten Vordenkern. Denn v. Weizsäcker kannte sich vorzüglich mit kernphysikalischen Zusammenhängen aus, war darüber hinaus aber auch theologisch und philosophisch beschlagen. Vor allem profitierte er davon, dass man sich im Atomwaffendiskurs noch nicht inflationär Gedanken gemacht hatte. Kernwaffen und ihre Folgen für die Gesellschaft, weltpolitische Entspannungs- und Abrüstungskonzepte: Das waren Komplexitäten, mit denen er sich nun als einer der ersten in umfassender Weise professionell auseinanderzusetzen begann. Darin fand er seine neue Berufung, nachdem ihn die Kernphysik nie wirklich hatte begeistern können.

Die Göttinger Erklärung war ihm deshalb Türöffner zu einer neuen Karriere als Friedensdenker und Atomwaffenphilosoph. Anfangs diskutierte er seine Konzepte und Lösungsvorschläge nur im geschlossenen Kreis der Atomphysiker. Seinem Ehrgeiz entsprechend, wollte er dieses Thema in der Öffentlichkeit platzieren, um in der Bevölkerung ein kollektives Bewusstsein für die Atomgefahr und notwendige friedenspolitische Überlegungen zu wecken.[57] Sein vorgeblich pädagogisches Ziel, dass „in der Bundesrepublik über diese Fragen nunmehr zum ersten Mal in etwas breiteren Kreisen ernstlich nachgedacht werden sollte“[58], war gleichzeitig Voraussetzung seines Erfolgs. Von Weizsäcker jedenfalls war nicht zufällig die treibende Kraft hinter dem Manifest. Er war aus eigenem Interesse derjenige, der sich am energischsten und drängendsten für das Zustandebringen der Göttinger Erklärung bei seinen Kollegen einsetzte, diese mobilisierte und auf einen Konsens verpflichtete.

Von Weizsäcker hatte sich deshalb über Adenauers leichtsinnige Äußerung von der „weiterentwickelten Artillerie“ auch geradezu gefreut.[59] „Es ging […] ein kleines Schmunzeln über mein Gesicht, indem ich mir sagte: ‚Jetzt kriege ich meine öffentliche Erklärung!‘“[60]. Denn auf diese Weise konnte sich v. Weizsäcker zum Initiator, Antreiber und geistigen Kopf des Atomwissenschaftlerprotests aufschwingen.

Verantwortung, Public Relations und sehr individuelle Anlässe waren die Antriebskräfte der Manifestantenschaft. Zwar wird man es nie mit irgendeiner methodisch fundierten Gewissheit sagen können, aber zusammengefasst: Die Motivlage des Manifests war fragmentiert. Die Göttinger

57 Vgl. Hattrup 2004 (s. Anm. 31), S. 173 f.; Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 121.

58 Von Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 194

59 Vgl. Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 122.

60 Ebd., S. 118 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Achtzehn zogen die Energien für ihren Protest nicht nur aus einem zutiefst moralisch integeren Gewissen, sondern nicht zuletzt aus einem ehrgeizigen Karriere- und Statusbewusstsein.

DIE WIRKUNGSKRAFT: MEDIAL ERFOLGREICH, POLITISCH GESCHEITERT

In den Medien sorgte die „Erklärung" aus Göttingen weltweit für gehörigen Furor.[61] *Le Monde* berichtete, auch die *Times* aus New York befasste sich mit dem jenseits des Atlantiks stattfindenden Ereignis. Vor allem aber prangte sie am 12. April 1957 auf sämtlichen Titelseiten westdeutscher Tageszeitungen.[62] Tags darauf brachten sieben der auflagenstärksten Tageszeitungen der bundesdeutschen Presse Kommentare. Über eine Woche lang blieb das Thema präsent, selbstredend nahm sich auch der *Spiegel* des brisanten Gegenstands an, brachte gar eine großaufgemachte Serie über die Geschichte der Atombombe.[63] Unzweifelhaft dominierte die Manifestation der Atomwissenschaftler vom 12. April 1957 als das „zentral beherrschende Thema"[64] für einige Zeit die deutsche Medienlandschaft.

Die gesamte Tages- und Wochenpresse war ihretwegen in Aufruhr. Dies konnte die Regierung natürlich nicht kalt lassen. Zunächst reagierte man aggressiv: Die Atomwissenschaftler wurden einhellig der politischen Naivität bezichtigt, ihnen die Verantwortung in dieser genuin politischen Frage abgesprochen und sie selbst zu unfreiwilligen Handlangern der Sowjetregierung abgestempelt.[65] So sprach Strauß von einem „leichtfertigen Experiment" und zieh die Professoren der „Dienstleistung für den Kommunismus"[66]. Adenauer und seine Berater allerdings erkannten schnell, dass sie

61 Vgl. hierzu Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 81 u. Fußnote 403/S. 81 f.; auch Altner, Helmut: Die Franzosen reagierten positiv, in: Vorwärts, 26.04.1957.

62 Vgl. beispielhaft o.V.: 18 deutsche Forscher warnen vor Atomwaffen, in: Die Welt, 13.04.1957; o.V.: Beschwörender Appell der deutschen Atomforscher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.04.1957.

63 Beginnend mit: o.V.: … und führe uns nicht in Versuchung, in: Der Spiegel, 08.05.1957.

64 O.V.: Meinungsspiegel der Heimatpresse von rund 200 Tageszeitungen aus allen Teilen des Bundesgebietes, Nr. 25/57, 17.04.1957, S. 2.

65 Vgl. Euchner, Walter: Strategisches Kalkül und politisches Denken. Lehren der „Göttinger Erklärung", in: Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft, Jg. 34 (1987) H. 11, S. 1012-1016, hier S. 1013; Görlich 1965 (s. Anm. 27), S. 33; Heisenberg 1976 (s. Anm. 23), S. 266 ff.; o.V.: Adenauer: „Atomare Aufrüstung bedrückt mich", in: dpa, 13.04.1957; o.V.: Bitte um Vertrauen, in: dpa, 13.04.1957; Rese 1999 (s. Anm. 17), S. 60 ff.; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 78; Schwarz 1991 (s. Anm. 25), S. 335 f.

66 Die beiden Zitate finden sich in Rupp 1980 (s. Anm. 9) auf den Seiten 78 u. 79.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich in einem Wahljahr nicht gegen die einhellige Meinung der bürgerlich-konservativen Presse stellen konnten, die sich mit pathetischen Worten „vor dem Mute dieser 18 Professoren, die es wagten, gegen eine Welt, in der sich die Staatsmänner und Strategen in der Logik des Schreckens bewegen und die Massen den Kopf in den Sand stecken, vom Gewissen her Stellung zu nehmen“[67], verbeugte. Das Manifest, das von den Starkommentatoren der Medien mit respektvollen Elogen als „ergreifendes Dokument“[68] gewürdigt wurde, ließ sich nicht ohne Weiteres niederschimpfen, die Autorität von Wissenschaftlern nicht einfach abtun.

Adenauer und sein findiger Regierungssprecher Felix v. Eckardt, der in Krisensituationen schon oft die Nerven behalten hatte,[69] ergriffen daher eine „Taktik der Beruhigung“[70] und bestellten eine Delegation der Manifestanten ins Bundeskanzleramt. Ein gemeinsames Hühnchenessen, ein geselliger Parkspaziergang und einige joviale Worte Adenauers genügten, um sich mit den Forschern auszusöhnen. Hahn und seine Begleiter tappten in die Falle des listigen Troubleshooters v. Eckardt. Mit Raffinesse und Chuzpe wartete er scheinbar ad hoc mit einem „vorbereiteten Entwurf“[71] auf, der am Ende des Krisengesprächs als gemeinsames Kommuniqué von der Regierung und den Wissenschaftlern unterzeichnet wurde. Dieses malte ein versöhnliches Bild von Einigkeit, Verbundenheit und Kooperation. In ihm wurde ein Konsens in der Beurteilung der Atomwaffengefahr und der Notwendigkeit allgemeiner Abrüstung bekundet und festgehalten, dass sich die Initiative des Manifests nicht allein auf die Bundesrepublik, sondern auf alle Staaten der Welt beziehe.[72] Eine spezielle Kritik an der Bundesregierung war daraus nicht mehr ersichtlich. Stattdessen ließ sich nun allem Anschein nach die gesamte Manifestation ursächlich auf ein Missverständnis zurückführen. Nach dem Bonner Kommuniqué jedenfalls konnte kaum mehr jemand ernstlich von einer politischen Meinungsverschiedenheit zwischen den achtzehn Nuklearwissenschaftlern und dem Bundeskanzler sprechen.

Der Protest der Atomwissenschaftler mochte zwar medial erfolgreich gewesen sein, doch echte Konsequenzen für die Regierungspolitik zeitigte

67 Zehrer, Hans: Atomwaffen – ja oder nein?, in: Die Welt, 15.04.1957.

68 Beide Zitate aus o.V.: Die Bombe, in: Die Welt, 13.04.1957.

69 Vgl. Müller, Kay/Walter, Franz: Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie. Von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2004, S. 30.

70 Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 80.

71 Zitiert nach Sonntag 1982 (s. Anm. 23), S. 45.

72 Vgl. o.V.: Ohne Entscheidung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.04.1957; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 80. Ein Abdruck des Wortlauts findet sich in Rese 1999 (s. Anm. 17), S. 66 f. sowie o.V.: Das Kommuniqué der Atomkonferenz, in: Die Welt, 18.04.1957. Abdruck des Kommuniqués in: Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler: 30 Jahre Göttinger Erklärung. Nachdenken über die Rolle des Wissenschaftlers in der Gesellschaft, Marburg 1987, S. 54 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

er nicht. Im Gegenteil: Als habe Adenauer für die Nachwelt seine Gleichgültigkeit gegenüber den warnenden Wissenschaftlern und ihres Protests ostentativ kundtun wollen, unternahm er unmittelbar nach der Göttinger Manifest-Aktion nichts Geringeres, als in Washington persönlich den westdeutschen Anspruch auf Atomwaffen für die Bundeswehr zu untermauern. Nach der Erringung der absoluten Mehrheit bei der Bundestagswahl im September 1957 verabschiedete die Unionsfraktion unter den neuen Stimmenverhältnissen am 25. März 1958 – ziemlich genau ein Jahr war seit der Göttinger Erklärung verstrichen – eine parlamentarische Entschließung, „die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so (auszurüsten), dass sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können“[73]. Im Klartext hieß dies nichts weniger als die Befähigung zur Bewaffnung mit Atombomben. Dass die NATO für die Bundeswehr längst die Aufnahme von Trägersystemen für Atomsprengköpfe vorsah, billigte die Bundesregierung ohne Umschweife. Obendrein liefen unterdessen die Geheimverhandlungen mit Italien und Frankreich über eine gemeinsame Atombombenproduktion munter weiter, wurden Ende 1957 sogar offiziell und scheiterten erst auf Geheiß Charles de Gaulles, der im Sommer 1958 in den Elysée Palast zurückgekehrt war und die Planungen für eine von drei Ländern getragene Atomwaffenkoalition kurzerhand stornierte.[74] Es mag ernüchternd klingen, aber über die Monate des Wahlkampfs hinaus wurde die Politik der Bundesregierung von dem Göttinger Manifest nicht beeinträchtigt, Adenauers Reaktion kam über beschwichtigende Symbolpolitik nicht hinaus.

Aber es gelang, das Problem aus dem Binnenraum der Politik in die Öffentlichkeit zu tragen und zu einem Wahlkampfthema zu machen.[75] Schon vor dem Manifest hatte die SPD-Bundestagsfraktion mit einer Großen Anfrage eine parlamentarische Debatte anberaumt, die am 10. Mai 1957 ausgetragen wurde.[76] Aber erst die kritische Eingabe renommierter Wissenschaftler im Rahmen eines politischen Manifests verlieh der Atomwaffenpolitik der Bundesregierung eine große Medien- und Bürgeraufmerksamkeit, damit auch der sozialdemokratischen Anti-Atomwaffenhaltung eine tagespoliti-

73 Zitiert nach Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 41.

74 Vgl. zu Adenauers Geheimverhandlungen Schwarz 1991 (s. Anm. 25), S. 364-401.

75 Vgl. ebd., S. 329 f.

76 Vgl. hierzu Müller-Martin, Josef: Im Atomdunst, in: Die Zeit, 16.05.1957; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 106 f.; Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 324 ff.; Wilker, Lothar: Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 70 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sche Aktualität.[77] Die FDP beschäftigte sich plötzlich mit „Atomgefahr“ und „Atombewaffnung“, legte sich wahlprogrammatisch auf eine Gegnerschaft zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr fest und dem Slogan „Bewahrt uns vor der Atomgefahr!“ wurde im freidemokratischen Wahlmanifest immerhin der zweite Rang eingeräumt.[78] Sogar der 1955 aus der Koalition ausgeschiedene Ex-Regierungspartner Adenauers, der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), forderte nach der Göttinger Erklärung eine Nicht-Stationierung von Atomwaffen in beiden deutschen Teilstaaten. Zweifelsohne war politische Skepsis an Atomwaffen in den Wochen nach der Veröffentlichung der Göttinger Erklärung en vogue.

Programmatisch konnten an die Göttinger Erklärung nicht nur Parteien, sondern auch massenintegrative Großorganisationen der Gesellschaft anknüpfen. So die Gewerkschaften und Kirchen. Der DGB hatte bereits im Oktober 1956 an die Staatsmänner aller Länder appelliert, die Herstellung und Tests von Nuklearwaffen unverzüglich einzustellen.[79] Auf die Göttinger Erklärung reagierten die Gewerkschaften nicht zuletzt deshalb reflexartig mit Solidarisierung, Zustimmung und Sympathie.[80] Zahlreiche Gewerkschaftsuntergliederungen, insbesondere der mächtige IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner, schlossen sich postwendend dem Manifest an.[81] Prominente Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) entsendeten den Göttinger Manifestanten ein Danktelegramm „für den Dienst, den Sie dem deutschen Volk und der Menschheit … geleistet haben“[82]. Gruppen aus der Bekennenden Kirche sowie die Theologieprofessoren Hans Iwand und Helmut Gollwitzer riefen vor der Bundestagswahl 1957 zur Wahl einer der Oppositionsparteien auf.

Die Manifestanten stimulierten Protesthaltungen auch unter Intellektuellen und wurden ihrerseits zum Objekt der nicht gerade üppigen politischen

77 Siehe DIVO-Institut (Hg.): Umfragen 1957. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1958, S. 18.

78 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 117 ff.

79 Vgl. Michaltscheff, Theodor: Die unverwüstliche Opposition. Geschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung 1945-1960. Aus dem Nachlaß herausgegeben und bearbeitet von Stefan Appelius, Oldenburg 1994, S. 78.

80 Vgl. hierzu Grebing, Helga: Gewerkschaften: Bewegung der Dienstleistungsorganisation – 1955 bis 1965, in: Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 149-182, hier S. 159 ff.; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 82 ff.

81 Vgl. o.V.: Metallgewerkschaft gegen Umrüstung auf atomare Waffen, in: dpa, 13.04.1957; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 83.

82 Zitiert nach Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 83 sowie folgend Fußnote 410/S. 83.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Protestliteratur jener Jahre.[83] Günther Weisenborn schrieb eine „Göttinger Kantate“, deren Inszenierung sich Erwin Piscator annahm. Und der Protestsänger Gerd Semmer verfasste ein „Atomgedicht 57“. Sodann gab es noch diverse Einzelpersonen von hohem öffentlichen Ansehen sowie lose Gruppen, die sich unterstützend zu Wort meldeten – so Karl Barth und Albert Schweitzer. Außerdem ereilte Adenauer ein offener Brief 99 Kulturschaffender, die sich den Inhalt der Göttinger Erklärung zu eigen machten.[84] In England erhoben sich einige Tage nach dem Manifest einige Atomwissenschaftler mit einer öffentlichen Warnung vor den Gefahren der Wasserstoffbombe, der auch in deutschen Medien eine Berichterstattung zuteilwurde.[85]

Am stärksten von der Göttinger Erklärung profitierte allerdings einer ihrer Unterzeichner: Carl Friedrich v. Weizsäcker. Dem Freiherrn, der vor 1957 zwar einige bedeutende Forschungsarbeiten geleistet hatte, aber jenseits der Intimität kernphysikalischer Fachkreise kaum bekannt war, gelang es über das Manifest, sich als Experte eines Gebiets auszuweisen, das er später einmal zur „Weltinnenpolitik“ erhob;[86] dadurch zum „Inhaber“ des Themenfelds Kernwaffen und Friedenspolitik wurde. Das Manifest verhalf ihm zu bundesweiter Prominenz und profilierte ihn als einen fächerübergreifend belesenen und mit Expertise ausgestatteten Wissenschaftler, der Antworten auf Fragen eines bis dahin kaum untersuchten Komplexes, auf „das vielleicht unlösbarste [Problem] unserer Zeit“[87], zu geben verstand.[88] Die Exklusivität seiner Kompetenz verschaffte ihm Distinktion und fundamentierte seinen Status als wichtige Persönlichkeit bundesrepublikanischer Geschichtsschreibung – samt allen mit diesem Status verbundenen Annehmlichkeiten wie Lobreden, Erinnerungswerke und lexikalische Eintragungen.

---

83 Vgl. hierfür Maschuff, Günther: „...die Mörder sind inmitten.“. Protestliteratur unter Adenauer, in: Siepmann, Eckhard (Hg.)/Lusk, Irene (Bearb.): Kalter Krieg und Capri-Sonne. Die fünfziger Jahre. Politik - Alltag - Opposition, Berlin 1981, S. 118-122, hier S. 118.

84 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 87.

85 Vgl. o.V.: Auch in England erheben Wissenschaftler ihre Stimme, in: Die Welt, 18.04.1957.

86 Vgl. Hattrup 2004 (s. Anm. 31), S. 197 f. u. S. 202. Hattrup dazu (S. 198): „Weizsäcker lädt das Wort mit einem Programm des Weltfriedens auf und gibt ihm eine geschichtsphilosophische Weite, die es nur bei ihm hat. Weltinnenpolitisch hat er schon immer gedacht, auch als er das Wort noch nicht gebraucht hat.“

87 Von Weizsäcker 1983 (s. Anm. 55), S. 342.

88 Dazu vgl. Görlich 1965 (s. Anm. 27), S. 119; Grossner, Claus: Die Quantenphysik der Weltpolitik, in: Die Zeit, 16.04.1970; v. Weizsäcker 1984 (s. Anm. 17), S. 197. „In dem Augenblick, in dem eine Person bereits mehrfach massenmediale Aufmerksamkeit gefunden hat, ist sie bereits Teil der Prominenz und wird aufgrund dieser Eigenschaft weiterhin bevorzugt vermittelt.“ Peters, Birgit: Prominenz. Eine soziologische Analyse ihrer Entstehung und Wirkung, Opladen 1996, S. 109.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zeit-Reporter suchten ihn in Göttingen auf und veröffentlichen ein Portrait über ihn,[89] sein Konterfei zierte die Titelseite des *Spiegels*.[90] Im Juli 1958 stellte ihn eine Pressemeldung mittlerweile als den „bekanntesten“[91] der Göttinger Achtzehn vor. In der *Zeit* publizierte er sodann 1958 eine Artikelserie über das „Leben mit der Bombe“.[92] 1963 bekam er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen, seine Vorträge und Vorlesungen erhielten großen Zulauf und die EKD wie auch die Regierung Brandt warben ihn als Berater. Sogar eine Kandidatur zur Bundespräsidentenwahl trug man ihm an.[93] Bis in die 1980er Jahre folgten zahlreiche Publikationen mit einschlägigen Titeln wie „Der bedrohte Friede“, „Fragen zur Weltpolitik“, „Wahrnehmung der Neuzeit“, „Wege in der Gefahr“ oder „Bewusstseinswandel“. Von Weizsäckers Aufstieg gipfelte in einem eigenen „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlichen Welt“.[94] Die Göttinger Erklärung besaß an all dem einen nicht geringen Anteil. Auf dem Weg zum Status des „letzten universal gebildeten Gelehrten im deutschen Sprachraum“[95] war sie eine bedeutende Etappe.

DIE GÖTTINGER ERKLÄRUNG: EINE BILANZ

Die Göttinger Erklärung stieß auf große Resonanz, was an sich schon einen Erfolg darstellt. Allerhand Akteure aus einem breiten Gesellschaftsspektrum reagierten auf sie: Regierung, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Intellektuelle und Wissenschaftler. Doch ließen sich überdies demoskopische Auswirkungen registrieren. Noch im Herbst 1955 rechnete kaum jemand in der Bonner Republik im Falle eines neuerlichen Kriegs mit dem Einsatz von Kernwaffen.[96] An diesem Zustand änderten in der Folgezeit Presseberichte über die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik ebenso wenig wie über die fortwährenden Atomtests.[97] Auch, dass in NATO-Planspielen wie der „Carte Blanche“ oder dem „Lion noir“ Westdeutschland fiktiv durch hunderte Atomdetonationen radioaktiv

89 Vgl. o.V.: Die Göttinger Luft, in: Die Zeit, 09.05.1957.

90 Siehe die Ausgabe vom 08.05.1957.

91 O.V.: Prof. Weizsäcker berichtigt CDU-Propaganda, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 14.07.1958.

92 Der erste Teil findet sich in der Ausgabe 20/1958.

93 Vgl. hierzu v. Weizsäcker 1983 (s. Anm. 55), S. 346 f.

94 Zum Institut vgl. Hattrup 2004 (s. Anm. 31), S. 175-180.

95 Lindinger, Manfred: Synthesen eines Jahrhundertmannes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.04.2007.

96 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), Fußnote 318/S. 65.

97 Vgl. auch folgend ebd., S. 66 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

in Staub und Asche gelegt wurde, schreckte niemanden auf.[98] Ein Jahr vor dem Göttinger Manifest stand die Bevölkerung der Bundesrepublik Atomwaffen mit keiner entschiedenen Ablehnung gegenüber: Nur weniger als die Hälfte sprach sich dezidiert gegen Kernwaffen aus, über ein Drittel votierte hingegen für eine Ausrüstung des Bundesheeres mit atomarem Gerät,[99] ganze 35 Prozent der Befragten hießen es gut, Westdeutschland in einem Krieg notfalls auch mit Atombomben zu verteidigen. An öffentliche Proteste, wie sie der Politik zu Beginn der 1980er Jahre im Zuge der Raketenrüstung entgegen schlugen, war nicht zu denken; von einer ausgeprägten Skepsis der Bevölkerung gegenüber den drohenden Konsequenzen einer westdeutschen Nuklearbewaffnung konnte keine Rede sein.

Auch wenn sich ein direkter Zusammenhang wissenschaftlich nicht nachweisen lässt: Die demoskopischen Indizien sprechen dafür, dass die Göttinger Erklärung die Bevölkerung aufrüttelte und unter den Bürgern einen Argwohn gegenüber der atomaren Rüstungspolitik Adenauers weckte.[100] In Umfragen wuchs die Ablehnung in den Wochen nach dem Manifest auf über sechzig, einmal sogar über siebzig Prozent.[101] Ein Jahr vor der Göttinger Erklärung waren einer Allensbach-Umfrage zufolge 49 Prozent gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, im April 1957 lag dieser Wert aber bei 64 Prozent.[102] Im Gegenzug sackten die Zustimmungswerte zur Politik Adenauers infolgedessen in den Keller.

Das politische Manifest der Göttinger Achtzehn etablierte dank seiner medialen Durchschlagskraft die Atomwaffenproblematik als gesellschaftlich relevantes Thema und bot zugleich einen Bezugspunkt für Aktionen anderer Akteure. Zum Beispiel bildete es den Prolog zur Anti-Atombewegung in der Bundesrepublik. Ein Jahr nach der Göttinger Erklärung trieb die maßgeblich unter sozialdemokratischer Ägide organisierte Kampagne „Kampf dem Atomtod!“ Hunderttausende Menschen auf die Plätze und Straßen westdeutscher Großstädte.[103] Auch die gewerkschaftlichen Maikundgebungen 1958

98 Vgl. o.V.: Überholt wie Pfeil und Bogen, in: Der Spiegel, 13.07.1955; o.V.: Cäsar und Schwarzer Löwe, in: Der Spiegel, 27.03.1957.

99 Vgl. hier und folgend Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach am Bodensee 1957, S. 298 u. S. 360.

100 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 89; Schwarz 1991 (s. Anm. 25), S. 337.

101 Vgl. Noelle/Neumann 1957 (s. Anm. 99), S. 296; Rupp 1980 (s. Anm. 9), S. 89.

102 Vgl. Buchstab (Bearb.) 1990 (s. Anm. 19), Fußnote 8/S. 1224.

103 Vgl. hier und folgend Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 1984, S. 52 ff.; Nehring, Holger: Die Anti-Atomwaffen-Proteste in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Zur Entwicklung der Ostermarschbewegung 1957-1964, in: Vorgänge, Jg. 42 (2003) H. 4, S. 22-31, hier S. 25 u. S. 29; Schildt, Axel: Bürgermacht gegen die Bombe, in: Spiegel Online/einestages, 17.04.2008, online einsehbar unter:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

standen ganz im Zeichen des Atomwaffenwiderstands.[104] In der EKD wurde die Gottlosigkeit nuklearer Vernichtungswaffen kontrovers debattiert.[105] Insoweit brachte die „Erklärung“ eine Themenkarriere in Gang.[106] Sie transportierte den Komplex atomarer Aufrüstung in eine breite Öffentlichkeit, nachdem das Thema zuvor hauptsächlich in prononciert regierungsoppositionellen Publikationsorganen wie dem *Vorwärts* problematisiert worden war. Der Erfolg auch in den Medien jenseits der Parteipresse, den die Göttinger Erklärung und die Atomwaffendebatte verzeichnen konnten, erwies sich für nachfolgende Initiativen als wichtig. Die meisten von ihnen griffen gerne auf die Argumentation der Göttinger Achtzehn zurück. Diese stießen gewissermaßen Türen auf, durch die andere Akteure später leichter in die öffentliche Debatte eintreten konnten. Denn Proteste und Anliegen lassen sich eher in Medienorganen vermitteln, wenn sie zuvor schon einmal Medienaufmerksamkeit auf sich gezogen haben.[107]

Nicht nur das. Von der Erklärung der Göttinger Achtzehn ging ferner ein Impuls der Aufklärung aus. Ihr Text entlarvte die politischen Aussagen des Bundeskanzlers als eine euphemistische Bagatellisierung und klärte über verschwiegene Risiken der Regierungspolitik auf. Gerade die Ära Adenauer wies in ihrer Hochphase während der 1950er Jahre ein problematisches Defizit kritischer Medienberichterstattung auf. Die für eine demokratische Presse unrühmlichen Attribute Zurückhaltung, Höflichkeit, Gefälligkeit, Staatsnähe, Anpassungsbereitschaft, Harmoniestreben und Vereinnahmung gegenüber der Regierungspolitik charakterisieren die 1950er Jahre,[108] in der die Adenauer-Regierung es geschickt verstand, das Bonner Journalisten-

http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1812/buergermacht_gegen_die_bombe.html [eingesehen am 17.04.2008].

104 Vgl. Michaltscheff 1994 (s. Anm. 79), S. 80.

105 Vgl. Iwand, Hans: Die evangelische Kirche und der Protest gegen die atomare Bewaffnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 185 ff.; Wortlaut der Anfrage an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, abgedruckt in: ebd., S. 213-216.

106 Zu Themenkarrieren vgl. Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 44 (1994) H. 39, S. 11-20.

107 Vgl. zu diesem Phänomen des „selection bias“ Laubenthal, Barbara: „Der Tod braucht keine Papiere“ – Die Rolle der Printmedien bei den Protesten illegaler Einwanderer in Spanien, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 266-284, hier S. 268.

108 Vgl. auch im Folgenden Hodenberg, Christina v.: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945 - 1973, Göttingen 2006, S. 183-228, S. 205-214 sowie S. 443.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

korps in eine „enge Umarmung“[109] zu zwingen. Der Kanzler beschäftigte eigens Leute wie Otto Lenz und Hans Edgar Jahn, um heikle politische Verfahren wie die Wiederbewaffnung, die Westintegration und eben auch die angestrebte Atombewaffnung „so gut wie möglich gegen den öffentlichen Diskurs abzuschotten“[110]. Die Informationspolitik Adenauers war daher hochgradig intransparent und verfolgte vor allem das Ziel, die Bevölkerung im Unklaren über die eigentlichen Regierungsabsichten zu belassen. Die Forschung schalt sie nicht zufällig „Manifestation eines autoritären Bewusstseins“, die „Pluralismus, Deliberation und Transparenz“ keine Existenzberechtigung einräumte.[111] Aus demokratiemoralischer Sichtweise existierte also speziell in der Zeit Konrad Adenauers Kanzlerschaft ein besonderer Bedarf an Aufklärung.

Jenseits der traditionellen Stätten politischer Willensbildung – wie den Parteien, Parlamenten, Regierungen und Verbänden – stärkte die Göttinger Manifestation die Fähigkeit der Bevölkerung zu plebiszitärer Willensbildung, indem sie zum Teil bewusst ignorierte, wenn nicht gar verschleierte Themen und Zusammenhänge diskutierte und diese in eine konzise Argumentation einband. Der Text der Göttinger Erklärung appellierte zwar in erster Linie an die politische Exekutive. In zweiter Linie lud er aber den einzelnen Staatsbürger dazu ein, über die Problematik einer auf Atomwaffen gestützten Verteidigungspolitik nachzudenken. Es handelte sich somit um eine direkte Ansprache des politisch mündigen Bürgers, der sich in die Debatte einbezogen und zur Teilnahme aufgerufen fühlen durfte. Aus demokratietheoretischer Sicht ist dies interessant, leistete das Manifest, gestützt auf seine spektakuläre Verarbeitung durch die Massenmedien, einen – wenn auch vielleicht nur bescheidenen – Beitrag wider die Abkopplung des Bürgers vom politischen Prozess, stiftete es möglicherweise demokratische Inklusion.

BEDINGUNGEN EINES ERFOLGS: ERSTAUNLICHE MEDIENKOMPATIBILITÄT

Doch was erklärt eigentlich das erstaunliche Wirkungsvermögen des Manifests, seinen medialen Erfolg und die Rezeption zahlreicher gesellschaftlicher Akteure? Zunächst wären da die besonderen Ressourcen der Manifestanten zu nennen. Bei ihnen handelte es sich sämtlich um habilitierte Akademiker, ehrwürdige Ordinarien mithin, die sich soziodemographisch uni-

109 Ebd., S. 201.

110 Weiss, Matthias: Öffentlichkeit als Therapie. Die Medien- und Informationspolitik der Regierung Adenauer zwischen Propaganda und kritischer Aufklärung, in: Bösch, Frank/Frei, Norbert (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 73-120, hier S. 117.

111 Ebd., S. 102.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verseller Achtung unter der Bevölkerung erfreuen durften.[112] Ihre atomwissenschaftliche Profession, in der sie sich durch wichtige Forschungsleistungen als international anerkannte Meister ausgewiesen hatten, eignete sich ideal für eine Stellungnahme zur Nuklearwaffendebatte. Die meisten ihrer Aussagen im Manifest waren dank dieses authentischen Spezialistenstatus kaum anfechtbar. Sodann steigerten Titel und Positionen einiger Manifestanten das Prestige nochmals:[113] Unter den Achtzehn befanden sich vier Nobelpreisträger, nicht wenige bekleideten führende Stellungen in den beiden großen Wissenschaftsorganisationen, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Ferner immunisierte sie ihre hinsichtlich Habitus und sozialstruktureller Merkmale erkennbare Bürgerlichkeit gegenüber Versuchen, sie kommunistischer Attitüden zu verdächtigen, gar als Agenten Moskaus zu überführen.

Überdies waren drei wichtige Rollen hervorragend besetzt: Der hochangesehene Otto Hahn sicherte dem Unterfangen die öffentliche Reputation, während das Genie Werner Heisenberg die über alle Zweifel erhabene wissenschaftliche Expertise verkörperte. Und mit Carl Friedrich v. Weizsäcker wussten die Achtzehn einen außerordentlichen Manifest-Strategen in ihren Reihen. Letzterer hatte bereits bei dem Mainauer Vorgänger-Manifest die Feder geführt; und so redigierte v. Weizsäcker auch im Falle der Göttinger Erklärung jeden einzelnen Satz. Seit Mainau hatte er sich Gedanken gemacht, was an der erfolglosen „Kundgebung“ nicht gestimmt hatte. Der Religionsphilosoph Martin Buber inspirierte ihn schließlich dazu, in dem Folge-Manifest eine konkrete Konsequenz einzubauen; es sei wichtig, dass „man den Leuten sagt, was man selber tun wird“[114]. Und so ergänzte er den neuen Entwurf um die Proklamation, sich unter keinen Umständen „an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen“. Von Weizsäcker jedenfalls war wichtig – als Initiator, treibende Kraft, kreativer Gestalter und praktischer Organisator der Göttinger Erklärung.

Die Manifest-Formulierung stellte zudem keine überwältigenden Ansprüche an das Text- und Technologieverständnis seiner Rezipienten. Durch ihren Verzicht auf introvertierten Fachjargon zugunsten plastischer Beispiele vermochte sie „hermeneutische Brücken“[115] zu spannen und die Kluft

112 Vgl. zum Beispiel o.V.: Diese Herren, in: Der Spiegel, 19.02.1968.

113 Vgl. Schirrmacher, Arne: Wiederaufbau ohne Wiederkehr. Die Physik in Deutschland nach 1945 und die historiographisch Problematik des Remigrationskonzepts, Arbeitspapier des Münchner Zentrum für Wissenschafts- und Technikgeschichte 2005, S. 11 f.; ders. 2007 (s. Anm. 18), S. 16 f.; Schlüpmann (s. Anm. 7), http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a8.htm [eingesehen am 15.11.2007].

114 Zitiert nach Lindner 2002 (s. Anm. 21), S. 121.

115 Schmidt-Tiedemann, K. Joachim: Experten und Bürger – Über die Teilung der Verantwortung für Technikfolgen, in: Kerner, Max (Hg.): Aufstand der Laien.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zwischen „der Wissenschaftswelt des Experten und der Lebenswelt des Bürgers“[116] zu überwinden. Das Manifest erging sich in seinen Forderungen nicht im Utopischen, sondern fokussierte auf das politisch Machbare. Nicht etwa die sofortige Abrüstung der gesamten, erst kürzlich teuer angeschafften Atomwaffenarsenale der beiden Supermächte war Gegenstand des Appells. Nein, man verlangte den Verzicht auf eine politische Absicht, die sich noch im Stadium von Verhandlung und Planung befand. Indem ebenso einprägsam wie anschaulich auf die Zerstörung deutscher Städte und die Verseuchung deutscher Landstriche abgehoben wurde, schuf das Manifest außerdem eine konkrete Bedrohung der alltäglichen Lebenswelt, wodurch die persönliche Betroffenheit des Publikums sehr hoch ausfiel. Schließlich wurde mit dem „Atomtod“ auf eine Gefahr rekurriert, die alle Bundesbürger gleichermaßen betraf. Und indem sie sich spezifisch an die Bundesregierung richtete, statt alle Exekutiven weltweit zu adressieren, benannte sie einen erreichbaren Verursacher dieser potenziellen Gefahr,[117] schuf sie sich einen individuellen Kontrahenten.

Ebenfalls bedeutsam war der Zeitpunkt der Veröffentlichung. Die „Erklärung“ wurde den Redaktionsstuben von *FAZ* und *dpa* an einem Freitag übermittelt.[118] Indem man einen Samstag zum Veröffentlichungstag bestimmte, ging man sicher, dass die politischen Akteure zumindest in der Presse nicht umgehend eine große Gegenoffensive würden starten können. Die Göttinger Erklärung bekam dadurch ein Wochenende lang Zeit, um auf ihre Leser einzuwirken. Überhaupt das Datum: Das Manifest wurde unmittelbar vor Beginn des Bundestagswahlkampfs platziert – für die Regierung eine Phase besonderer Verwundbarkeit. Zugleich bewirkten die Prominenz einiger Manifestanten wie auch die duellähnliche Konstellation zwischen Kanzler auf der einen und Wissenschaftlern auf der anderen Seite einen hohen Grad an Personalisierung des Konflikts. Medien goutieren derlei. Denn für die journalistische Berichterstattung, die Kommentierung tagespolitischer Ereignisse in Form von Leitartikeln und die Portraitierung schillernder Persönlichkeiten – noch dazu in der feiertäglich-kontemplativen Osterzeit – wurde reichlich Material geboten. Der Sensationsgehalt ließ sich also medial trefflich für die Aufmachung von Titelseiten, die Erstellung von Portraits beteiligter Charaktere sowie das Verfassen von Kommentaren verwerten. Auch der Gemütszustand der westdeutschen Bevölkerung bot für das Mani-

---

Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen u.a. 1996, S. 27-43, hier S. 32.

116 Ebd., S. 31.

117 Vgl. dazu Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Müller-Doohm, Stefan/Neuman-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 31-89, hier S. 74.

118 Vgl. Rupp 1980 (s. Anm. 9), Fußnote 367/S. 74 u. Fußnote 400/S. 81.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fest eine günstige Voraussetzung, waren doch die Bundesbürger durch die jüngsten Ereignisse des Jahres 1956 – die Suez-Krise und der Ungarn-Aufstand – hinreichend in weltpolitische Panik versetzt, schließlich schien ein neuerlicher Weltkrieg möglich.

Förderlich wirkte sich im Übrigen die Abwesenheit eines parallelen Manifests aus. Bei der Mainauer Kundgebung hatte nur wenige Tage zuvor der britische Multi-Gelehrte Bertrand Russell ein Manifest veröffentlicht, das erstens die Mainauer Kundgebung inhaltlich vorweg nahm, zweitens von einer noch weitaus größeren Anzahl von Nobelpreisträgern aus aller Herren Länder signiert war und drittens als „Rivale“ um die knappe Medienaufmerksamkeit mit dem Mainauer Manifest in Konkurrenz trat. Mit anderen Worten: Die Medienkompatibilität des Göttinger Manifests nahm sich geradezu ideal aus.

Die anhaltende Popularität der Göttinger Achtzehn und ihrer Erklärung sowie deren regelmäßige Huldigung zu immer wiederkehrenden Jubiläumsjahren:[119] All dies nährt sich vor allem aus der Zeitlosigkeit ihres Inhalts, ihrer immerfort gegenwartstauglichen Thematik, einer permanenten Aktualität. Denn solange nukleare Waffenvernichtungsmittel existieren, bleibt die Gültigkeit ihrer Warnung bestehen. Dieser thematische Bezugspunkt prädestinierte gewissermaßen die Nachhaltigkeit des Inhalts, dessen Dringlichkeit noch immer gegeben erscheint.[120] Die Göttinger Erklärung wird deshalb auch in Zukunft Erwähnung finden und – aller Realität zum Trotze – vor allem als ein moralisch bewundernswerter Akt exzellenter Zivilcourage Geltung finden.

119 Vgl. stellvertretend Karisch, Karl-Heinz: Die Rebellion der Physiker, in: Frankfurter Rundschau, 12.04.2007; o.V.: „Wir können nicht schweigen“ – 50 Jahre Göttinger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.04.2007; o.V.: Göttinger Erklärung wird 50, in: Süddeutsche Zeitung, 14.04.2007; Paul, Reimar: Das Manifest der Physiker, in: die tageszeitung, 12.04.2007.

120 Vgl. Hahnfeld, Bernd: Atomwaffenfreies Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/2007, S. 471-477, hier S. 471 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Manifeste als Tabubruch und Diskussionsanstoß

„Tübinger Memorandum“ und „Ostdenkschrift“

LISA ROHWEDDER

EINLEITUNG

Auch über sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Themen „Vertriebene“ und „Oder-Neiße-Grenze“ ihre Sprengkraft noch nicht verloren. Zwar leben die Vertriebenen inzwischen seit vielen Jahren in der Bundesrepublik, ihre Kinder und Enkelkinder sind hier geboren und aufgewachsen und man könnte annehmen langsam seien diese Themen aus der Öffentlichkeit verschwunden. Das dem nicht so ist illustrierte jüngst der Streit um die Kandidatur der Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), Erika Steinbach, für den Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle forderte Steinbach dazu auf, ihre Kandidatur zurückzuziehen – aus Rücksichtnahme auf Vorbehalte der polnischen Regierung. Grund für die ablehnende Haltung Polens war die Tatsache, dass die BdV-Vorsitzende im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gestimmt hatte.

Wie viel mehr Brisanz muss dann 1961, nur sechzehn Jahre nach Kriegsende, in dem Thema gesteckt haben, als bei Millionen von heimatlich entwurzelten Menschen die Erinnerungen an die Vertreibungen noch frisch und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft sehr viel geringer als heute waren? In jenem Jahr erschien das „Tübinger Memorandum“, ein Manifest von acht „evangelischen Persönlichkeiten“[1]. Sie forderten eine aktive Außenpolitik, die die Bürgerinnen und Bürger über die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten der Politik aufklärt und ihnen unbequeme Wahrheiten nicht vorenthält. Das Memorandum war in der Folge Gegenstand einer teilweise sehr scharf geführten öffentlichen Diskussion,

1 Das Memorandum der acht evangelischen Persönlichkeiten zur Bonner Politik, in: Süddeutsche Zeitung, 26.02.1962.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die auch innerhalb der Evangelischen Kirche ihre Spuren hinterließ. 1965 veröffentlichte der Rat der EKD schließlich ebenfalls eine Stellungnahme zu dem Thema. Die Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“[2] rief ein noch größeres Echo als das Tübinger Memorandum hervor und beeinflusste nachhaltig die deutsche Außenpolitik und die öffentliche Diskussion über diese.

DIE POLITISCHEN UMFELDBEDINGUNGEN

Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 trafen die Alliierten die für die Oder-Neiße-Gebiete und die dortige Bevölkerung maßgeblichen Entscheidungen. Man einigte sich darauf, die deutschen Gebiete östlich der Linie entlang der Oder und der Lausitzer Neiße bis zum Abschluss einer friedensvertraglichen Regelung unter polnische Verwaltung zu stellen. Das Potsdamer Abkommen sah weiterhin die „in ‚ordnungsgemäßer und humanitärer Weise' zu handhabende ‚Überführung' jener Deutschen, die nach der seit Anfang 1945 stattfindenden Massenflucht in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zurückgeblieben waren“[3], vor. Der Verlust eines Viertels des Staatsgebiets im Vergleich zu 1937 sowie die Teilung Deutschlands waren nach der Gründung der Bundesrepublik zentrale Themen deren Außenpolitik. Nach Gründung der DDR 1949 war die bundesrepublikanische Haltung zu ihr eindeutig: Außer der KPD war keine der im Bundestag vertretenen Parteien zu Gesprächen mit der DDR bereit.[4] Auch von ihren Verbündeten erwartete die Bundesrepublik – entsprechend der 1955 von ihr ausgerufenen „Hallstein-Doktrin“ – die DDR nicht anzuerkennen.[5] Zwar hatten auch die westlichen Alliierten das Ziel, eine deutsche Wiedervereinigung herbeizuführen, doch rückte dieses immer weiter in den Hintergrund, je mehr sich die Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion während des Kalten Krieges verschärften.[6]

Die Oder-Neiße-Linie war jedoch immer noch nicht, wie ursprünglich im Potsdamer Abkommen gefordert, durch einen Friedensvertrag festgelegt

2 Eine sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch im wissenschaftlichen Diskurs gebräuchliche Bezeichnung für die Denkschrift lautet: Ostdenkschrift. Sie wird im Folgenden verwendet.

3 Wagner, Peter M.: Deutschlandpolitik der Vier Mächte, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1996, S. 204-216, hier S. 205.

4 Vgl. Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995, S. 46.

5 Diese besagte, dass die Bundesregierung Maßnahmen bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen ergreifen würde, sollten andere Staaten die DDR anerkennen; vgl. ebd., S. 46.

6 Vgl. Wagner 1996 (s. Anm. 3), S. 209 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

worden. Polen sah die fraglichen Gebiete spätestens ab Januar 1949 allerdings als zum Staatsgebiet zugehörig.[7] Auch die DDR erkannte die Grenze in mehreren Abkommen an.[8] Eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik geschah erst mit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags durch Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970.[9] Die Forderung einer friedensvertraglichen Regelung der deutschen Ost- und polnischen Westgrenze wurde hingegen erst am 14. November 1990 nach den „Zwei-plus-vier“-Gesprächen mit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrags erfüllt.

Nicht nur zwischenstaatlich sorgte die Oder-Neiße-Linie für Spannungen, auch innerhalb der Bundesrepublik war sie ein strittiges Thema. Die Menschen, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten geflohen waren oder vertrieben wurden, die sogenannten Vertriebenen also, setzten sich gegen eine Anerkennung dieser Grenzen ein. Zunächst waren dem Engagement für ihre Rechte jedoch enge Grenzen gesetzt. Die Alliierten hatten 1946 ein Koalitionsverbot erlassen, das es den Vertriebenen lediglich ermöglichte, sich innerhalb der Kirchen zusammenzuschließen. Bereits 1948 wurde das Verbot jedoch aufgehoben es entstanden mehrere Vertriebenenorganisationen, die sich im Laufe der Jahre in verschiedenen Dachverbänden zusammenschlossen bis 1957 der Bund der Vertriebenen als einheitlicher Dachverband gegründet wurde. [10] Auf politischer Ebene organisierten die Vertriebenen sich seit 1950 im Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), der zunächst in Schleswig-Holstein und 1953 auch auf Bundesebene mit 27 Abgeordneten ins Parlament einzog.[11] Zwar rutschte der BHE in den 1960er Jahren in die politische Bedeutungslosigkeit ab, viele Vertriebene engagierten sich aber in den etablierten Parteien und nahmen so Einfluss auf die Politik. Schon allein die Anzahl der Vertriebenen – 1950 lebten dem Statistischen Bundesamt zufolge 7,6 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik[12] – stellte eine beträchtliche Einflussgröße dar. Zu dieser Zeit sprach sich denn auch keine der im Bundestag vertretenen Parteien dafür aus, die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze anzuerkennen. Die Parteien wollten und konnten es sich nicht leisten das enorme Wählerpotenzial, welches die Vertriebenen darstellten, zu vernachlässigen.[13]

---

7 Vgl. Blumenwitz, Dieter: Oder-Neiße-Linie, in: Weidenfeld/Korte (Hg.) 1996 (s. Anm. 3), S. 515-525, hier S. 517.

8 Vgl. ebd., S. 518.

9 Vgl. Bender 1995 (s. Anm. 4), S. 179 ff.

10 Vgl. Zayas, Alfred-Maurice de: Vertriebene, in: Weidenfeld/Korte (Hg.) 1996 (s. Anm. 3), S. 709-718, hier S. 717 f.

11 Vgl. ebd., S. 718.

12 Vgl. ebd., S. 714.

13 Vgl. Rehbein, Klaus: Die westdeutsche Oder/Neiße-Debatte. Hintergründe, Prozeß und das Ende des Bonner Tabus, Berlin 2005, S. 84.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

DAS TÜBINGER MEMORANDUM

Das Tübinger Memorandum ist allein durch eine „Indiskretion“[14] überhaupt erst veröffentlicht worden. Die Verfasser hatten vielmehr die Absicht, es zunächst als Gesprächsgrundlage für Diskussionen mit Bundestagsabgeordneten zu gebrauchen, um es eventuell zu einem späteren Zeitpunkt zu veröffentlichen. Noch bevor diese Gespräche zu einem Abschluss gebracht werden konnten,[15] wurden Teile des Textes der Deutschen Presse-Agentur (dpa) zugespielt und von dieser veröffentlicht.[16] Deswegen entschieden sich die Manifestanten, das gesamte Memorandum am 24. Februar 1962 über den *Evangelischen Pressedienst* zu veröffentlichen.[17] Bereits zwei Tage später druckten mehrere überregionale Tageszeitungen den Text ebenfalls ab. Insofern ist fraglich, ob das Tübinger Memorandum überhaupt in die Reihe der hier besprochenen politischen Manifeste eingereiht werden kann, wenn, wie eingangs definiert, eines der wichtigsten Kriterien die erwünschte Zugänglichkeit des Manifests darstellt. Tatsächlich aber haben die Verfasser bereits vor Weitergabe des Textes an die Abgeordneten mit dem Gedanken einer Veröffentlichung gespielt, sich jedoch aufgrund des bevorstehenden Wahlkampfes im September 1961 und den darauf folgenden Koalitionsverhandlungen dagegen entschieden.[18] Eine Veröffentlichung war also durchaus intendiert, auch wenn sie dann tatsächlich erst als Reaktion auf die bereits in Umlauf gebrachten Textfragmente erfolgte. Überdies ist das Tübinger Me-

14 Der *Spiegel* schreibt in diesem Zusammenhang von einer „unvermeidlichen Indiskretion“; o.V.: Laien am Werk, in: Der Spiegel, 07.03.1962. Von Braun zufolge habe zur Veröffentlichung eine Indiskretion geführt, die man „‚den Vertriebenen‘ zur Last legte, ohne mehr als bloße Vermutungen dafür vorbringen zu können“. Braun, Joachim Freiherr v.: Gericht ohne Gnade? Ein evangelischer Christ und Staatsbürger zur Ost-Denkschrift des Rates der EKD, Würzburg/Main 1966, S. 7. Über die genauen Umstände dieser „Indiskretion“ lassen sich daher nur Vermutungen anbringen.

15 Vgl. o.V.: Warum wir das Wort ergriffen, in: Die Zeit, 09.03.1962; Greschat, Martin: „Mehr Wahrheit in der Politik“. Das Tübinger Memorandum von 1961, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 48 (2000) H. 3, S. 491-513, hier S. 507.

16 Vgl. o.V.: Laien am Werk, in: Der Spiegel, 07.03.1962; Dönhoff, Marion Gräfin: Lobbyisten der Vernunft, in: Die Zeit, 02.03.1962.

17 Vgl. Schweitzer, Wolfgang: Ideologisierung des „Rechts auf Heimat“?, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik, Jg. 7 (1963) H. 1, S. 36-63, hier S. 41.

18 Vgl. Heck, Thomas E.: EKD und Entspannung. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Bedeutung für die Neuformulierung der Ost- und Deutschlandpolitik bis 1969, Frankfurt am Main 1996, S. 131.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

morandum ein wichtiger Vorläufer der Ostdenkschrift.[19] Allein diese Tatsache rechtfertigt wohl die Behandlung des Textes in diesem Band.

Das Memorandum ist eine scharfe Kritik an den politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik. Die Verfasser werfen ihnen Mutlosigkeit und Populismus vor: „Wir können keine der politischen Parteien von dem Vorwurf freisprechen, daß sie dem Volk die Wahrheit, die es wissen muß, vielfach vorenthalten und statt dessen das gesagt haben, wovon sie meinten, daß man es gern hört.“[20] Die Verfasser sehen sich in der Rolle von Staatsbürgern, welche die von Wählerstimmen abhängigen Parteipolitiker in ihren jeweiligen Fachgebieten „auf vordringliche politische Notwendigkeiten“[21] hinweisen wollen. Hier wird das Selbstbewusstsein der Manifestanten als zivilgesellschaftliche Akteure deutlich. Die Politiker können ihrer Ansicht nach nicht die für das Land besten Entscheidungen treffen, weil diese in der Bevölkerung häufig unpopulär sind. Die Verfasser sehen sich als die von außerhalb kommenden Spezialisten, welche die Politiker auf die diversen Probleme hinweisen können. Die Manifestanten sprechen insgesamt fünf Politikfelder an: Außen- und Rüstungspolitik, Bevölkerungsschutz sowie Sozial- und Bildungspolitik. Auf Ersterem wird im Folgenden der Fokus liegen weil die Verfasser hier auf die Ostpolitik der Bundesregierung zu sprechen kommen, die auch Thema der Ostdenkschrift ist. Auch die öffentliche Debatte konzentrierte sich auf diesen Punkt. Als die beiden unbestritten wichtigsten außenpolitischen Ziele Deutschlands werden die „Freiheit von Westberlin“ und „das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR“ genannt. Die Regierung verknüpfe diese beiden Ziele jedoch mit der Forderung nach Wiedervereinigung und der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 – ein „bedenklicher Weg“[22], wie die Verfasser schreiben. Die ersten beiden Forderungen könnten mit der Berufung auf die Menschenrechte begründet werden, letztere seien lediglich nationale Interessen und belasteten das Verhältnis zu den Alliierten. Diese hegten immer noch ein gewisses Misstrauen gegen Deutschland und würden die berechtigten Forderungen nach der Freiheit von Westberlin und dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR sehr viel konsequenter unterstützen, wenn sie nicht an die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 gekoppelt würden. Die Manifestanten gingen davon aus, dass sie mit dieser Auffassung nicht alleine standen: „Wir glauben zu wissen, daß politisch verantwortliche Kreise aller Parteien die von uns ausgesprochene Ansicht teilen, aber aus innenpoliti-

19 Vgl. z.B. Odin, Karl-Alfred: Die Denkschriften der EKD. Texte und Kommentar, Neukirchen 1966, S. 147; Huber, Wolfgang: Kirche und Öffentlichkeit, Stuttgart 1973, S. 389.

20 Becker, Hellmut et al.: Tübinger Memorandum, in: Raiser, Ludwig (hrsg. von Konrad Raiser): Vom rechten Gebrauch der Freiheit. Aufsätze zu Politik, Recht, Wissenschaftspolitik und Kirche, Stuttgart 1982, S. 41-47, hier S. 41.

21 Ebd., S. 41 f.

22 Ebd., S. 43.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Rücksichten scheuen sie sich, die Erkenntnis, die sie gewonnen haben, öffentlich auszusprechen."[23] Außer dieser Entkoppelung der Forderungen hielten die Verfasser eine aktive Außenpolitik, die eine „Normalisierung der politischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands"[24] beinhaltet, für sinnvoll.

Die Abschnitte zur Rüstungspolitik und zum Bevölkerungsschutz setzten sich in erster Linie mit der Frage einer eventuellen atomaren Rüstung Deutschlands auseinander. Die Manifestanten befanden eine solche für „militärisch illusorisch und politisch gefährlich"[25]. Viel eher sollte sich Deutschland auf seine Einbindung in das westliche Bündnis konzentrieren. Zum Schutze der Bevölkerung sollte es umfassende Aufklärungsprogramme geben, die auf den Ernstfall vorbereiten.

Auch die beiden innenpolitischen Themenkomplexe sahen die Verfasser im Kontext der Verteidigung Deutschlands gegen die Bedrohung durch den Kommunismus. Um die demokratische Gesellschaftsordnung zu stabilisieren, sei es notwendig gewesen, langfristige sozialpolitische Reformen durchzuführen und nicht „planlose […] Wahlgeschenke"[26] zu verteilen. Aus demselben Grund forderten die Manifestanten auch eine Neugestaltung des Schulsystems.

Die Manifestanten: „prominente evangelische Laien"

Das Tübinger Memorandum wurde von acht Personen unterzeichnet. Zu den sicherlich auch heute noch bekanntesten gehören zwei Professoren, der Physiker und Philosoph Carl-Friedrich Freiherr v. Weizsäcker und der Nobelpreisträger Werner Heisenberg. Beide kannten sich bereits seit langem. Weizsäcker hatte bei Heisenberg studiert[27] und beide hatten 1957 an der „Erklärung" der „Göttinger Achtzehn" mitgewirkt. Weizsäcker war es auch, durch den Heisenberg zum Manifestantenkreis stieß. Doch auch die anderen Unterzeichner waren keine unbekannten Namen. Ludwig Raiser war neben seiner Stellung als Juraprofessor an der Universität Tübingen Mitglied der Synode der EKD. Er war ebenso wie v. Weizsäcker, der Naturwissenschaftler Dr. Günther Howe und der Pädagoge Dr. Georg Picht Mitglied der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (FESt).[28] Diese vier Männer bildeten sozusagen den Kern der Manifestantengruppe. Sie konnten bald den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks (WDR), Klaus v. Bis-

23 Ebd.

24 Ebd.

25 Ebd., S. 45.

26 Ebd., S. 46.

27 Vgl. Hattrup, Dieter: Carl Friedrich von Weizsäcker. Physiker und Philosoph, Darmstadt 2004, S. 39. Hattrup bezeichnet Heisenberg gar als Mentor v. Weizsäckers; vgl. ebd., S. 30.

28 Vgl. Greschat 2000 (s. Anm. 15), S. 493.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

marck, für ihr Vorhaben gewinnen. Hellmut Becker, der Präsident des Deutschen Volkshochschulverbandes wurde von Picht zur Gruppe gebracht. Becker war außerdem mit der Familie v. Weizsäcker befreundet nachdem er Ernst v. Weizsäcker während des „Wilhelmstraßen-Prozeß“ in Nürnberg verteidigt hatte. Dr. Joachim Beckmann, der Präses der Rheinischen Landeskirche, war der Einzige der Manifestanten, der kein theologischer Laie war. Er kam durch Howe zur Gruppe.[29]

Welcher der Manifestanten der Initiator der Schrift war, ist nicht eindeutig ermittelbar. Bischof Hermann Kunst, der als Vermittler zwischen den Manifestanten und den Bundestagsabgeordneten fungierte, stellt in seinen Ausführungen auf einer Pressekonferenz vom April 1962 v. Weizsäcker in den Mittelpunkt.[30] Auch Greschat folgt in weiten Teilen dieser Darstellung.[31] Demnach sei von Weizsäcker im Sommer 1961 zum Gespräch bei Kunst gewesen. Kunst habe ihn ermutigt, seine Bedenken gegen die Politik der Bundesregierung, trotz des Scheiterns der Erklärung der „Göttinger Achtzehn“, öffentlich zu formulieren.[32] Huber betont eben diese Rolle, die Bischof Kunst als Initiator gespielt hat.[33] Heck hingegen folgt den Ausführungen v. Bismarcks. Dieser widerspricht der Darstellung, die anderen Unterzeichner hätten lediglich ein von v. Weizsäcker verfasstes Papier mitgetragen. Vielmehr sei der „Ausgangspunkt ein ‚Polygon von Privatgesprächen’ und ein Geflecht von persönlichen Beziehungen [gewesen], als deren Kopf der damalige Präses der EKD-Synode, Ludwig Raiser, fungiert [habe]“[34].

Besonders zwei Merkmale einen die Gruppe der Manifestanten. Sie alle hatten einen sehr hohen gesellschaftlichen Status und sie engagierten sich auf verschiedene Weise in der Evangelischen Kirche. Dieser Umstand wurde in den Presseberichten über das Tübinger Memorandum häufig hervorgehoben. Die Manifestanten wurden beispielsweise als „evangelische Persönlichkeiten“ (*Süddeutsche Zeitung*) bezeichnet. Die Berichterstattung erweckte durch diese Etikettierungen den Anschein, man habe es mit einem irgendwie mit der EKD verbundenen Dokument zu tun,[35] zumal auch der Präses der Rheinischen Landeskirche, Beckmann, zu den Unterzeichnern gehörte. Neben der EKD[36] widersprach auch Ludwig Raiser dieser Darstel-

29 Vgl. ebd., S. 494.

30 Vgl. Rudolph, Hartmut: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972. Band II: Kirche in der neuen Heimat, Göttingen 1985, Anm. 5/S. 70 f.

31 Vgl. Greschat 2000, S. 492 ff.

32 Vgl. ebd., S. 492.

33 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 390.

34 Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 136.

35 Vgl. ebd., S. 137.

36 Vgl. ebd., S.142.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lung. Das Memorandum argumentiere rein sachlich und berufe sich weder auf die „Autorität der evangelischen Kirche“[37] noch des Evangeliums.

Laut Greschat lassen sich die Manifestanten keiner innerkirchlichen Strömung zuordnen: „Die Autoren der Denkschrift repräsentierten statt dessen vielfältige Aspekte einer Kirchlichkeit, die sich aus bewusst angenommenen evangelischen Traditionen ebenso wie einer offenen liberalen Geisteshaltung speiste.“[38] Für die Verfasser bildeten protestantische Werte dementsprechend eine Basis, von der ausgehend, sie sich gesellschaftlich engagierten. Heck formuliert v. Bismarcks Haltung folgendermaßen: „Die Tübinger […] fühlten sich weniger als Protestanten oder Synodale denn als Kirche in der Welt, deren Adressat die Gesellschaft war.“[39] Ähnlich schreibt Konrad Raiser über seinen Bruder Ludwig. Neben einem tief verwurzelten demokratischen Grundverständnis und einer liberalen Geisteshaltung sei eine „religiöse Grundlage“ von großer Bedeutung für ihn gewesen.[40] Diese Haltung wurzelte in Raisers Erfahrungen während der Weimarer Republik und in der Zeit nach der „Machtergreifung“. Er zeigte sich enttäuscht darüber, „daß sich in der geistig führenden Schicht in Deutschland, insbesondere an den Universitäten, keinerlei gemeinsamer Widerstand dagegen geregt hat“.[41]

Die Erfahrung des „Dritten Reiches“ scheint eine wichtige Motivation für das zivilgesellschaftliche Engagement der Manifestanten zu sein. Ein Aspekt hierbei ist das Gefühl des Versagens der geistigen Elite, wie das obige Zitat von Ludwig Raiser ausdrückt. Hinzu kommen bei einigen Manifestanten auch die Erfahrungen von Rede- und teilweisen Berufsverboten unter der Herrschaft der Nationalsozialisten.[42] In der neugegründeten Bundesrepublik hatten die Verfasser augenscheinlich das Gefühl, deshalb gesellschaftlich intervenieren und eine ihrer Meinung nach falsche Entwick-

37 Raiser, Ludwig: Der Wahrheitsanspruch in der Politik, in: Die Zeit, 20.04.1962.

38 Greschat 2000 (s. Anm. 15), S. 493.

39 Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 136.

40 Vgl. Raiser, Konrad: Zur Einführung, in: Raiser 1982 (s. Anm. 20), S. 19-38, hier S. 23.

41 Raiser, Ludwig: „Alltag im Dritten Reich“, Stuttgart 1983 (zitiert nach ebd., S. 21).

42 Ludwig Raiser wurde 1933 vom akademischen Lehramt ausgeschlossen; vgl. hierzu Raiser 1982 (s. Anm. 40), S. 21. Präses Beckmann erhielt 1939 Reichsredeverbot; vgl. hierzu Kuhn, Thomas K.: Beckmann, in: Bautz, Friedrich Wilhelm: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon Band XVI, Herzberg 1999, S. 92-97. Georg Picht zeigte sich ebenso wie Ludwig Raiser enttäuscht über die Reaktionen der Universitäten auf die Herrschaft der Nationalsozialisten und schied 1942 aus politischen Gründen aus seiner Lehrtätigkeit an der Internatsschule „Birklehof“ aus; vgl. Noss, Peter: Picht, in: Bautz, Friedrich Wilhelm: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Band VII, Herzberg 1994, S. 565-578.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lung bremsen zu müssen. Gefragt nach den Motiven der Manifestanten, wies Ludwig Raiser in einem Fernsehinterview[43] darauf hin, wie wichtig doch das politische Engagement der Bevölkerung für die Demokratie sei: „Unsere Zeit hat sich allzusehr an ein Funktionärsdenken gewöhnt. Jeder ist für eine bestimmte Sache zuständig, die er als Beruf betreibt, und was darüber hinausgeht, geht ihn nichts an. Wenn wir alle so dächten, könnte unsere Demokratie nicht leben.“ Gerade aber die Tatsache, dass die Manifestanten keine Berufspolitiker waren, wurde von vielen Seiten kritisiert. Die Verfasser des Memorandums hätten nicht die hinreichende Sachkenntnis, um sich zu solch brisanten Themen wie der Oder-Neiße-Grenze zu äußern, schrieb beispielsweise v. Braun.[44] Marion Gräfin Dönhoff hingegen betont, ähnlich wie die Manifestanten selbst, deren Sachkenntnis auf ihren jeweiligen Spezialgebieten und den Nutzen, den die Politik aus ihrem Engagement ziehen sollte. „Wir, die Staatsbürger, sollten froh sein, daß diese Männer, die weder Parteien noch Interessen vertreten, sich sozusagen als Lobbyisten der Vernunft zum Anwalt der Gesamtheit machen.“[45]

Die Reaktionen auf das Tübinger Memorandum

Die nachfolgende Diskussion über das Memorandum konzentrierte sich auf die außenpolitischen Thesen, insbesondere auf die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Dönhoff schreibt, dieser Punkt sei herausgegriffen und „ihm eine nicht beabsichtigte Priorität“ verliehen worden.[46] Ob diese Priorität tatsächlich unbeabsichtigt war, darf wohl in Frage gestellt werden. Zwar schreibt Greschat, die Autoren hätten die enorme Resonanz weder vorausgesehen noch erwartet.[47] Wer sich jedoch 1962 in der geschehenen Weise zur Oder-Neiße-Grenze äußerte, muss gewusst haben, dass dies nicht unkommentiert passieren würde. V. Bismarck drückt im erwähnten Fernsehinterview zwar eine gewisse Überraschung über die Reaktionen aus, begrüßt sie aber auch:

„Ich finde es doch erstaunlich, welche Wirkung eine einmal frei geäußerte Meinung hat. [...] daß allein die Tatsache, daß so etwas ausgesprochen wird, ein solches Echo

43 Das Interview führte Prof. Hennis im Rahmen einer *Panorama*-Sendung in der ARD; anwesend waren außer Raiser auch v. Weizsäcker und v. Bismarck. Es ist abgedruckt unter dem Titel: Warum wir das Wort ergriffen, in: Die Zeit, 09.03.1962.

44 Göttinger Arbeitskreis: Das Tübinger Memorandum der Acht. Zu seinen Außenpolitischen Thesen, Göttingen 1962, S. 7.

45 Dönhoff, Marion Gräfin: Lobbyisten der Vernunft, in: Die Zeit, 02.03.1962.

46 Ebd.

47 Vgl. Greschat 2000 (s. Anm. 15), S. 492.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hat, bestätigt ja bis zu einem gewissen Grade die Notwendigkeit einer solchen, positive Unruhe stiftenden Aussage."[48]

„Positive Unruhe" ist dementsprechend durchaus von den Verfassern intendiert gewesen und dass sich die Oder-Neiße-Grenze als Unruhestifterin anbot wird ihnen bewusst gewesen sein. Inwieweit die anderen Themen lediglich als Füllwerk verwendet wurden oder umgekehrt die Ostpolitik als Zugpferd diente um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Papier zu lenken kann nicht abschließend beurteilt werden. Ludwig Raiser jedenfalls begründet die Vielzahl der angesprochenen Themen folgendermaßen:

„[D]as Memorandum [hat] deswegen eine größere Zahl von Problemen nebeneinander aufgeführt, weil an ihnen einige allenthalben aufzuweisende Übelstände unseres politischen Lebens beispielhaft deutlich werden, die den eigentlichen Grund unserer Sorge bilden. Gegenstand der Kritik sind also nicht sosehr die Handlungen oder Unterlassungen von Regierung und Parlament in der oder jener Einzelfrage, als vielmehr der in diesen Handlungen und Unterlassungen sich ausdrückende *Stil unserer Außen- und Innenpolitik.*"[49]

Das Memorandum war im November 1961 zunächst lediglich einigen evangelischen Bundestagsabgeordneten durch Bischof Kunst mit dem Vorsatz übermittelt worden, das Papier in der Folge mit den Politikern diskutieren zu wollen. Man einigte sich darauf, diese Gespräche für jede Partei gesondert vorzunehmen.[50] Trotz der „ausgesprochen freundlichen Atmosphäre"[51], in der die Gespräche mit der CDU stattfanden, gelang es nicht, die Teilnehmer vom Anliegen des Memorandums zu überzeugen.[52] Ebenfalls ablehnend äußerten sich sieben der Abgeordneten, die an den Gesprächen teilgenommen hatten, in einer öffentlichen Stellungnahme direkt nach Publikation des Memorandums. Sie lehnten die Oder-Neiße-Grenze sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten ab und bekräftigten somit die „Hallstein-Doktrin" und die bekannte Position der Bundesregierung.[53] Auch andere CDU/CSU-Politiker wichen in ihren Stellungnahmen nicht von dieser Linie ab. Die Aufgabe der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie gefährde die Wiedervereinigung Deutschlands, hieß es. „Wer die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 in Frage stellte und sich für eine Anerkennung der westpolnischen Grenzen aussprach, gab nicht nur einen berechtigten Anspruch auf, sondern riskierte den endgültigen Verzicht auf die Wiedervereinigung in den Grenzen der beiden deutschen

48 Warum wir das Wort ergriffen, in: Die Zeit, 09.03.1962.

49 Raiser, Ludwig: Der Wahrheitsanspruch in der Politik, in: Die Zeit, 20.04.1962.

50 Vgl. Greschat 2000 (s. Anm. 15), S. 504.

51 Ebd., S. 506.

52 Vgl. ebd.

53 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 137.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Staaten, weil die Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Hallstein-Doktrin aushöhle und die internationale Anerkennung der DDR befördere.“[54]

Die Gespräche mit den Abgeordneten der FDP beschreibt Greschat als wenig fruchtbar, weil die „Partei [sich] so offensichtlich [bemühte], die evangelische Kirche als ihre Bundesgenossin zu gewinnen, daß eine sachliche Diskussion nicht zustande kam“[55]. Zwar distanzierte die FDP sich in öffentlichen Äußerungen von der Haltung der Manifestanten zur Oder-Neiße-Frage. Heck schreibt jedoch, dass die Partei sich, nach Gesprächen mit Vertretern der amerikanischen Regierung, intern darauf einstellte, „daß der Westen die Zweistaatlichkeit Deutschlands bis zu einer Wiedervereinigung respektieren würde und die Bundesrepublik ihr Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen normalisieren sollte“[56].

Die SPD-Abgeordneten, die dem Treffen mit den Manifestanten beiwohnten, sprachen sich entschieden gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aus. Laut Greschat lag dies vor allem an Herbert Wehner,[57] der das Gespräch dominierte.[58] Zustimmung erfuhren die Manifestanten nach der Veröffentlichung vom damaligen Regierenden Bürgermeister Berlins, Willy Brandt.[59] Dennoch betonte er, eine endgültige Regelung der Ostgrenze könne erst in einem Friedensvertrag einer gesamtdeutschen Regierung beschlossen werden.[60]

In offiziellen Stellungnahmen sprach sich keine der im Bundestag vertretenen Parteien für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aus. Dennoch gab es in allen Parteien auch Kritiker, welche die ostpolitische Linie der Regierung zunehmend in Frage stellten und die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit den Ostblockstaaten wünschten.[61]

---

54 Ebd., S. 138.

55 Greschat 2000 (s. Anm. 15), S. 506.

56 Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 139.

57 Zu Wehners ablehnender Haltung gegenüber der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vgl. o.V.: Warum wir das Wort ergriffen, in: Die Zeit, 09.03.1962. „Und es war Wehner, der ein eindeutiges Nein zur Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie formulierte, was die Verfasser des Memorandums wegen seiner Apodiktik irritierte.“ Faulenbach, Bernd: Der Einfluss der kirchlichen Versöhnungsinitiativen auf Gesellschaft und Politik in Deutschland, in: Boll, Friedhelm (Hg.): „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“: 40 Jahre deutsch-polnische Verständigung; Reihe Gesprächskreise Geschichte,Bd. 68, Bonn 2006, S. 33-53, hier S. 38.

58 Vgl. Greschat 2000 (s. Anm. 15), S. 506.

59 Vgl. ebd., S. 504; Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 139.

60 Vgl. Greschat 2000 (s. Anm. 15), S. 504.

61 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 141.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Veröffentlichung des Tübinger Memorandums hatte in der Evangelischen Kirche weitreichende Folgen. Aufgrund der Presseberichte, die den evangelischen Hintergrund der Manifestanten hervorhoben und den Text somit in die Nähe der EKD rückten,[62] sah die Kirchenkanzlei der EKD sich veranlasst, die Sachlage klarzustellen, und bezeichnete den Text in einer Pressemitteilung als private Arbeit der Verfasser.[63]

Kritisch äußerte sich der Ostkirchenausschuss (OKA) zum Tübinger Memorandum.[64] Er berief sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und mahnte, „die willkürliche Zerschneidung einheitlicher Volksgebiete oder die Vertreibung ganzer Bevölkerungen aus ihrer angestammten Heimat [darf nicht] durch einen Rechtsverzicht legalisier[t werden]“[65]. Ein solcher Verzicht würde die gesamte deutsche Position erschüttern. Auch die Äußerungen anderer Vertriebenenvertreter waren überwiegend ablehnend und nicht selten sehr scharf im Tonfall.[66] Aufgrund der Zuspitzung der Debatte rief der Rat der EKD zu einer Versachlichung der Diskussion auf, nahm aber ausdrücklich nicht inhaltlich Stellung.[67]

Im Oktober 1962 tagte der „Beienroder Konvent“, ein jährliches Treffen ostdeutscher Pfarrer, auf dem die „Beienroder Erklärung“ verabschiedet wurde. In dieser Erklärung befürworteten die Pfarrer auch die außenpolitischen Thesen des Tübinger Memorandums.[68] Sie zitierten Gollwitzers „Forderungen der Freiheit“:

„Es geht nicht um den Verzicht auf etwas, was wir haben, sondern um die Erkenntnis eines nicht mehr rückgängig zu machenden Verlustes und um eine von dieser Erkenntnis ausgehende Politik, die auf der Basis der bestehenden Wirklichkeit die Verständigung mit den östlichen Nachbarn und den dazu nötigen Schlußstrich unter eine böse Vergangenheit voll von gegenseitiger Schuld um des Friedens willen anstrebt. Eine solche Verständigung ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung unseres Volkes.“[69]

Die „Beienroder Erklärung“ rief wiederum heftige Proteste von Seiten anderer in der Kirche organisierter Vertriebener hervor. Sowohl die Ostkirchentagung als auch der Ostpfarrtag, die kurz nach dem „Beienroder Konvent“ tagten, lehnten die „Beienroder Erklärung“ ab und unterstützten die Forde-

62 Vgl. Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S.71.

63 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 142.

64 Vgl. Odin 1966 (s. Anm. 19), S. 149.

65 „Der Ostkirchenausschuß zum Memorandum der Acht“, zitiert nach Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 73.

66 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 143 f.

67 Vgl. Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 71 f.

68 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S.146.

69 Gollwitzer, Helmut: Forderungen der Freiheit. Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München 1962, S. XXVII.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rungen des OKA.[70] Kurze Zeit später kam es zu einer noch eindeutigeren Positionierung gegen den „Beienroder Konvent“, als der aus Ostpreußen stammende Berliner Pfarrer Bruno Moritz in einem Brief an ehemalige ostpreußische Geistliche „die Bildung einer ‚rechtmäßigen‘ Vertretung der ostpreußischen Kirche“[71] forderte. Moritz erhielt viel Zustimmung auf seine Initiative, sodass sich – trotz Bemühungen der EKD, eine Spaltung zu verhindern – der „Berliner Konvent“ als Gegenveranstaltung zum „Beienroder Konvent“ formierte.[72] Das Tübinger Memorandum hatte den bereits seit Längerem schwelenden Konflikt in der Evangelischen Kirche um die deutsche Ostpolitik noch einmal verschärft. Das innerkirchliche „agree to disagree“[73] funktionierte nicht mehr. „Wollte man die Brisanz, die die Oder-Neiße Problematik offenkundig in sich barg, unter Kontrolle behalten, war die EKD nunmehr genötigt zu handeln.“[74]

DIE OSTDENKSCHRIFT

Vom Tübinger Memorandum zur Ostdenkschrift

Die EKD stand nun unter dem Druck, eine verbindliche Stellungnahme zur Problematik der Oder-Neiße-Grenze und der bundesrepublikanischen Ostpolitik abzugeben.[75] Der Rat der EKD entschied deshalb im Spätherbst 1962, ein Gutachten zum Thema anfertigen zu lassen.[76] Ein Grundproblem, vor dem der Rat in diesem Zusammenhang stand, war die Frage, ob eine Solidarisierung mit den Vertriebenen stattfinden oder ob das Problem aus kritischer Distanz betrachtet werden sollte.[77] Ausdruck fand dieser Konflikt in der Frage, wen der Rat der EKD mit dem Verfassen einer Erklärung zur Vertriebenenfrage beauftragen sollte. Sowohl die Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung, deren Vorsitzender Ludwig Raiser war, als auch der Ostkirchenausschuss begannen zunächst mit der Erarbeitung von Stellungnahmen, die der Rat dann miteinander vergleichen wollte.[78] Nach Beeinflussung durch Vertriebenenvertreter, bat der Rat der EKD die Kammer

70 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S.146.

71 Ebd.

72 Vgl. Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 81.

73 Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 148.

74 Ebd.

75 Vgl. ebd., S. 149.

76 Vgl. Odin 1966 (s. Anm. 19), S. 149.

77 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 392.

78 Vgl. Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 88. Die Initiative, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen, kam Rudolph zufolge (vgl. S. 87) zunächst aus der Kammer selbst heraus, auch wenn später ein offizieller Beschluss des Rates der EKD folgte, der ihr das Erarbeiten einer Stellungnahme auftrug.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

für öffentliche Verantwortung zwar, ihre Arbeit an dem Text zunächst ruhen zu lassen,[79] entschied sich am 13. März 1962 aber schließlich doch dafür, die Aufgabe ausschließlich der Kammer zu übergeben.[80] Den Ratsmitgliedern wurde nach dieser Entscheidung häufig vorgeworfen, man habe die Vertriebenen zu wenig eingebunden und sich nicht ausreichend mit ihnen solidarisiert.[81] Die Intention, die hinter dem Entschluss stand, müsse jedoch gewürdigt werden, schreibt Huber:

„Hinter dieser Entscheidung des Rates der EKD stand offenbar die Einsicht, daß eine kirchliche Stellungnahme zu den Problemen einer gesellschaftlichen Gruppe von der Freiheit gekennzeichnet sein muß, die nur durch kritische Distanz zu dieser Gruppe ermöglicht wird und die Voraussetzung einer tragfähigen Solidarität bildet."

Ein weiteres Problem, vor dem die Kammer stand, war die Befürchtung von Vertriebenen, unter der Leitung von Ludwig Raiser würde die Stellungnahme tendenziös, das heißt im Geist des Tübinger Memorandums ausfallen.[82] Raiser bot daraufhin sogar seinen Rücktritt an, wurde jedoch vom Rat gebeten, seine Arbeit fortzuführen.[83]

Zwei Thesenreihen, die der Kammer für öffentliche Verantwortung während der Arbeit an der Denkschrift vorgelegt und im Gremium diskutiert wurden, sollen hier kurz erwähnt werden: die „Bielefelder" und die „Lübecker Thesen".[84] Die „Bielefelder Thesen" wurden von einem Arbeitskreis der kirchlichen Bruderschaften erarbeitet und plädierten dafür, die Ansprüche auf die Oder-Neiße-Gebiete aufzugeben.[85] Der Ostkirchenausschuss wandte sich naturgemäß gegen diese Stellungnahme und beauftragte die Erarbeitung einer Entgegnung.[86] Die Lübecker Thesen lehnten, abgeleitet aus dem Evangelium, eine Verzichtserklärung ab.[87]

Nach Beendigung der Arbeit an der Denkschrift beschloss der Rat der EKD, das Papier „als Arbeit der Kammer unter ausdrücklicher Zustimmung des Rates der EKD"[88] zu veröffentlichen. Als Datum der Publikation wurde der 20. Oktober 1965 festgesetzt, da man davon ausging, dass zu diesem Zeitpunkt die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl vom September

79 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 150.
80 Vgl. ebd., S. 154.
81 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 391.
82 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 153.
83 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 392.
84 Vgl. ebd., S. 393.
85 Vgl. ebd., S. 394 f. Für eine ausführliche Betrachtung der Bielefelder Thesen vgl. Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 104-109.
86 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 156.
87 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 396 f. Für eine ausführliche Betrachtung der Lübecker Thesen vgl. Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 109-119.
88 Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 140.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

desselben Jahres abgeschlossen sein würde.[89] Bereits am 14. Oktober 1965 erschienen jedoch bereits Teile des Textes in der katholischen Wochenzeitung *Echo der Zeit*[90], woraufhin sich der Rat einen Tag später dazu entschied, den Text freizugeben, und ihn unter dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ veröffentlichte.

Im Vorwort der Denkschrift, das der damalige Ratspräsident der EKD, Kurt Scharf, unterzeichnete, wird die Intention der Verfasser deutlich:

„Sie [die Kirche] kann und will sich damit nicht an die Stelle der zum politischen Handeln Berufenen setzen, aber sie kann hoffen, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Urteilsbildung zu leisten, einige der bestehenden Spannungen zu beseitigen und damit die Wege zum politischen Handeln zu ebnen.“[91]

Mit diesem Satz positionierte sich die EKD klar als zivilgesellschaftlicher Akteur außerhalb der Politik und wies auf den Schwerpunkt der Denkschrift hin – nämlich eine möglichst sachliche Beschreibung der Thematik. Im ersten Kapitel „Umfang und Zusammenhänge der Probleme“ wird das schwerwiegende Schicksal der Vertriebenen betont. Darüber hinaus dürfe das Leid der östlichen Nachbarn unter den Nationalsozialisten jedoch nicht vergessen werden. Die Verfasser konstatierten, dass eine sachliche Diskussion des Themas nicht möglich sei, da noch keine Aufarbeitung der Geschehnisse erfolgt sei. Sie sahen die Gefahr, dass Deutschland ins weltpolitische Abseits geraten könnte, wenn nicht eine unvoreingenommene Prüfung der Lage vorgenommen würde.[92]

Zu diesem Zweck schlossen sich zwei Kapitel an, die zum einen den Stand der Integration der Vertriebenen in die deutsche Gesellschaft und zum anderen die Lage in den Gebieten östlich von Oder und Neiße darstellten. Zwanzig Jahre nach Kriegsende hätten die Vertriebenen zwar einen annähernd gleichen Lebensstandard wie die Nichtvertriebenen erreicht, die soziale Integration sei jedoch bei Weitem nicht ähnlich weit fortgeschritten. Die Verfasser betonten die Rolle der Vertriebenenverbände für die Eingliederung der Vertriebenen in die deutsche Gesellschaft und der Bewahrung der eigenen kulturellen Traditionen. Sie kritisierten jedoch, dass „sie nicht der Versuchung erliegen [dürfen], sich zum Selbstzweck zu setzen und damit die Eingliederung zu verhindern, statt sie zu fördern“[93].

Die Bedeutung, welche die umstrittenen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie inzwischen für Polen erlangt hatten, belegten die Verfasser mithilfe

89 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 160.

90 Vgl. Odin 1966 (s. Anm. 19), S. 155.

91 EKD: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn.“, in: Odin 1966 (s. Anm. 19), S. 64-100, hier S. 64.

92 Vgl. ebd., S. 65 f.

93 Ebd., S. 71 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

von Daten über Bevölkerungszahlen und dem Anteil der Region an der nationalen Wirtschaft. Die Gebiete würden von den Polen als eindeutig zum Land zugehörig identifiziert, außerdem sei bereits beinahe die Hälfte der dort lebenden Menschen in der Region geboren und aufgewachsen.[94]

Das vierte Kapitel der Denkschrift wendete sich völkerrechtlichen Fragen zu. Zwei Aspekte erachteten die Verfasser in diesem Zusammenhang für besonders wichtig: „ob für die Ostgebiete bereits ein endgültiger Wechsel der Gebietshoheit eingetreten ist und ob die Vertreibung der dort ansässig gewesenen deutschen Bevölkerung rechtmäßig war“[95]. Die erste Frage könne eindeutig verneint werden, denn das Potsdamer Protokoll sah eine eindeutige Festlegung der deutschen Grenzen in einem Friedensvertrag vor. Die Beantwortung der zweiten Frage gestaltete sich wesentlich schwieriger. Zwar könne festgestellt werden, dass Vertreibungen einer Bevölkerung aus ihrem angestammten Gebiet unrechtmäßig seien. Das von den Vertriebenen bemühte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und das sich daraus abgeleitete „Recht auf Heimat“ sei in der Charta der Vereinten Nationen jedoch lediglich als ein Prinzip festgeschrieben und damit war „offengeblieben, welche rechtlichen Konsequenzen aus dem Prinzip zu ziehen sind und wer als Subjekt eines solchen Rechts anzuerkennen sein würde“[96]. Fraglich sei also, ob die Vertriebenen aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker tatsächlich das Recht ableiten könnten, die Oder-Neiße-Gebiete wieder in den deutschen Staat einzugliedern und in diese zurückzukehren. Die Frage, ob Forderungen nach einem Ausgleich für die mit der Vertreibung begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht erhoben werden, war nach Meinung der Verfasser eine rein politische. In den Prozess der Entscheidungsfindung müssten ebenfalls die von Deutschland verantworteten Völkerrechtsverstöße gegen Polen einbezogen werden. Eine abschließende Lösung der Frage könne durch eine Analyse des Völkerrechts nicht gefunden werden, vielmehr gelte es für die Zukunft eine Ordnung zu finden, die das friedliche Zusammenleben beider Völker ermöglicht.

Im fünften Kapitel wurden „Theologische und ethische Erwägungen“ behandelt. Die Verfasser der Denkschrift plädierten für eine genaue Trennung zwischen politischen und theologischen Argumenten, was in der vergangenen Diskussion nicht immer der Fall gewesen wäre.[97]

Abschließend betonten die Verfasser die Wichtigkeit einer politischen Entscheidung und forderten, die Bevölkerung sollte hinreichend auf eine solche vorbereitet werden. Die Denkschrift gebe bewusst keine konkreten Handlungsvorschläge, da dies Aufgabe der Politik sei. Indem sie eine breite

94 Ebd., S. 75 ff.

95 Ebd., S. 82.

96 Ebd., S. 84.

97 Auf dieses Kapitel soll im Folgenden nicht weiter eingegangen werden. Zu Betrachtungen der theologischen Thesen der Ostdenkschrift vgl. z.B. Odin 1966 (s. Anm. 19), S. 195.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gesellschaftliche Diskussion auslöse, könne sie aber das Handlungsfeld der Politiker erweitern.[98]

Die EKD als Manifestantin

Die Ostdenkschrift wurde mit Zustimmung des Rates der EKD publiziert, erarbeitet wurde sie aber von der „Kammer für öffentliche Verantwortung“. Diese setzte sich aus Theologen und Laien zusammen, hierunter mehrere Politiker.[99] Die im Bundestag vertretenen Parteien waren sehr unterschiedlich in der Kammer repräsentiert. Vier der Mitglieder waren CDU-Politikerinnen und -Politiker, von FDP und SPD war nur je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter Mitglied der Kammer. Die Behauptung, die Kammer sei politisch linksgerichtet gewesen und habe daher im Sinne des Tübinger Memorandums entschieden, lässt sich also nicht aufrechterhalten.[100]

Vorsitzender der Kammer war Ludwig Raiser, ihr Geschäftsführer Oberkirchenrat Erwin Wilkens. Huber zufolge sind beide als Hauptverfasser der Denkschrift anzusehen.[101] Interessanter als der Blick auf die einzelnen Mitglieder scheint aber die Betrachtung des Rates der EKD als Herausgeberin der Ostdenkschrift. In der öffentlichen Diskussion wurde die Denkschrift stets als Arbeit der Evangelischen Kirche verstanden und nicht als ein Papier verschiedener Persönlichkeiten, wie das Tübinger Memorandum.[102]

Der vom Ratsvorsitzenden Kurt Scharf im Vorwort der Denkschrift geforderte „Beitrag zur Versachlichung der Diskussion“[103] konnte nicht in den herkömmlichen Formen, wie „Worten“, „Kundgebungen“ oder „Hirtenbriefen“, veröffentlicht werden. In diesen drückten sich die Autorität der Kirche und ihre Deutungsmacht aus, wohingegen Denkschriften ein Angebot zur Diskussion auf gleicher Ebene seien, in denen nur durch Argumente überzeugt werden könne.[104] „Das bedingt einen Wandel im Selbstverständnis der Kirche: sie kann nicht mehr als öffentliche Hoheitsmacht der Gesellschaft gegenübertreten, sondern muß als Verband unter Verbänden in den Prozeß öffentlicher Meinungs- und Urteilsbildung eintreten.“[105] Hauschild sieht in der Ausdrucksform der Denkschrift die „Wahrnehmung politischer Verant-

98 Vgl. EKD 1966 (s. Anm. 91), S. 99 f.

99 Eine Auflistung der Mitglieder findet sich bei Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 153.

100 Vgl. ebd.; Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 97.

101 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 392. Zum Prozess der Ausarbeitung der Denkschrift vgl. Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 129-149.

102 Ein Beispiel hierfür sind die Artikel in der *Zeit*, in denen die Tübinger Manifestanten ihre Standpunkte noch einmal für ihren jeweiligen Schwerpunkt einzeln darlegten; vgl. *Die Zeit* vom 23.03.1962, 06.04.1962, 20.04.1962, 11.05.1962 u. 01.06.1962.

103 EKD 1966 (s. Anm. 91), S. 64.

104 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 416.

105 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wortung gegenüber Staat und Gesellschaft“[106] durch die EKD. Sie trat mit der Ostdenkschrift also aktiv als zivilgesellschaftlicher Akteur auf, bezog klar Stellung in einer sehr polarisierenden Frage, beanspruchte aber nicht den Status einer Lehrmeinung für ihre Position, sondern stellte diese zur Debatte. Seit Anfang der 1960er Jahre äußerte die EKD sich zunehmend in der Form von Denkschriften zu aktuellen Fragen. Überspitzt wurde vom „Zeitalter der Denkschriften“ gesprochen. Mit zunehmender Zahl der Veröffentlichungen nahm die öffentliche und innerkirchliche Rezeption nach 1979 jedoch stark ab.[107] Die Ostdenkschrift wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als die EKD erst wenige Denkschriften publiziert hatte. So war zum einen die Form der Veröffentlichung neu, zum anderen besaß das Thema an sich eine solche Sprengkraft, dass der Denkschrift eine breite Öffentlichkeit sicher war. Umso verwunderlicher waren die Aussagen von Mitgliedern der Kammer oder anderer führender Persönlichkeiten innerhalb der EKD, man sei über die große Resonanz überrascht gewesen.[108] Nach dem großen Echo, das bereits das Tübinger Memorandum hervorgerufen hatte, hätten sich die Herausgeber der Denkschrift darüber im Klaren sein müssen, dass ein offizielles Papier der Evangelischen Kirche eine mindestens ebenso große Öffentlichkeit bekommt würde.

Vertreter der EKD verwiesen nach der Publikation der Denkschrift im Geist der Stuttgarter Schulderklärung[109] auf die Schuld der Evangelischen Kirche in der Zeit vor 1945.[110] Im Gegensatz zu ihrem Agieren während der Zeit des Nationalsozialismus müsse sie sich jetzt verstärkt engagieren: Die „Kirche dürfe sich nicht wieder dem Vorwurf aussetzen, geschwiegen zu haben, wo sie sich hätte äußern müssen“[111]. Als Leitgedanke hinter der Ostdenkschrift steht Huber zufolge die Maxime, öffentliches Handeln der Kirche solle „im Dienst von Frieden und Versöhnung“[112] stehen. Mit der Publikation der Ostdenkschrift bekannte sich die EKD öffentlich zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands. Sie versuchte somit, angeregt durch die vom Tübinger Memorandum ausgelösten Diskussionen, einer – in ihren Augen falschen – Entwicklung entgegenzuwirken und ihre Möglichkeiten als zivilgesellschaftliche Akteurin neben der Politik zu nutzen.

106 Hauschild, Wolf-Dieter: Evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1961 und 1979, in: Hermle, Siegfried/Lepp, Claudia/Oelke, Harry (Hg.): Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren, S. 51-90, hier S. 79.

107 Vgl. ebd., S. 79 f.

108 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 153; Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 192.

109 Die Stuttgarter Erklärung des Rates der EKD, in: Odin 1966 (s. Anm. 19), S. 213.

110 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 192 u. S. 194.

111 Vgl. ebd., S. 194.

112 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 382 u. S. 415.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Reaktionen auf die Ostdenkschrift

Im Vergleich zum Tübinger Memorandum rief die Publikation der Ostdenkschrift ein noch erheblich größeres Echo hervor.[113] Huber sieht den Grund für die heftigen Reaktionen darin, dass die EKD mit der Denkschrift eindeutig Position bezog:

„Die Diskussion aus Anlaß der Vertriebenendenkschrift gewann ihre Schärfe durch den Umstand, daß die Kirche hier nicht im Bereich politischer ‚Neutralität’ verblieb, sondern, vom Gedanken der Versöhnung ausgehend, bestimmte Gesichtspunkte entwickelte, die festgelegten Verbandsmeinungen und -interessen deutlich entgegenstanden.“[114]

Er folgt damit Henkys,[115] der die Diskussionsbeiträge zur Ostdenkschrift in zwei Gruppen einteilt. Henkys unterscheidet

„1. zwischen den Stimmen, die eine offene vorurteilslose Erwägung aller für das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn in Betracht kommender Fakten befürworten, mit dem Ziel einer neuen Grundlagenbesinnung ohne vorher feststehendes Ergebnis, und 2. den anderen Stimmen, die das Ergebnis der Diskussion als von vornherein feststehende Bestätigung ihres eigenen Ansatzes vorwegnehmen und sich nur mit dem Ziel zu Wort melden, dieses feststehende Ergebnis zu sichern und unter dieser Voraussetzung ‚gefährlichen’ Positionen zu begegnen.“[116]

Verkürzt spricht Henkys auch von „freiem Denken“ und „tabuisiertem Denken“, wobei die Stellungnahmen der Vertriebenenorganisationen fast überwiegend zu letzterem gezählt werden könnten, während die Mehrzahl der Kommentatoren der politischen Presse zu ersterem tendierte.[117] Zwar könne nicht gesagt werden, dass alle Vertreter des tabuisierten Denkens die Denkschrift negativ bewerteten und umgekehrt, dennoch habe eine offene Herangehensweise an die Denkschrift häufiger zur Anerkennung ihrer wichtigsten Thesen geführt.[118] Insgesamt wurde die Debatte in den Zeitungen zudem durch eine relative Unabhängigkeit von den üblichen Lagern gekennzeichnet: „Auffällig ist, daß im ganzen Pro und Contra sich nicht an Parteilinien

113 Vgl. Greschat 2000 (s. Anm. 15), S. 513. Vgl. beispielhaft: Evertz, Alexander/Petersmann, Werner/Fechner, Helmuth: Revision der Denkschrift: Eine Forderung an die Evangelische Kirche, Velbert u.a. 1966.

114 Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 382.

115 Vgl. ebd., S. 400.

116 Henkys, Reinhard: Die Denkschrift in der Diskussion, in: ders. (Hg.): Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift. Stuttgart 1966, S. 33-91, hier S. 34.

117 Vgl. ebd.

118 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 401.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

banden oder sich etwa die ‚bürgerliche Presse' relativ geschlossen auf der einen und die mehr linksorientierte auf der anderen Seite zusammenfand."[119]

Die schärfste Kritik an der Denkschrift kam erwartungsgemäß von den Vertriebenenverbänden. Auf die Veröffentlichung von Auszügen der Denkschrift im *Echo der Zeit*, reagierte der „Bund der Vertriebenen" (BdV) „mit großer Bestürzung": „Die deutschen Vertriebenen hätten 20 Jahre lang auf ein seelsorgerisches Wort der evangelischen Kirche gewartet, in dem auch die unmenschlichen Vertreibungsmaßnahmen und die Annexion deutschen Staatsgebietes durch kommunistisch-atheistische Regierungen gebrandmarkt werden."[120] Es war von einem „Missbrauch der kirchlichen Autorität" sowie einer Missachtung des „Ziel[s] der deutschen Wiedervereinigung"[121] die Rede. Weitere ähnliche Äußerungen wurden auf Grundlage der durch das *Echo der Zeit* veröffentlichten Textfragmente getroffen, also ohne Kenntnis des gesamten Papiers. Die Vertriebenenverbände kündigten zwar an, sich eingehender mit der Denkschrift auseinandersetzen zu wollen, jedoch hatten sie „ihre Position bereits fixiert; sie konnten in ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zur Denkschrift kaum noch Modifikationen vornehmen"[122]. Wie wenig Bereitschaft zum Einlenken der BdV zeigte, drückt der letzte Satz eines *Spiegel*-Interviews mit dem Vorsitzenden des BdV, Wenzel Jaksch, aus: „Wer zu den Menschenrechten steht, so wie wir, der braucht nicht umzudenken."[123] Auch in der folgenden Zeit zeigten die Vertriebenenorganisationen kaum Bereitschaft, sich mit dem Text als Ganzem und seinen Aussagen auseinanderzusetzen. Die beiden wichtigsten Presseorgane der Vertriebenen, der *Deutsche Ostdienst* (dod) und der *Pressedienst der Heimatvertriebenen* (hvp), veröffentlichten weder Auszüge oder eine Zusammenfassung der Thesen, noch den gesamten Text der Denkschrift.[124] Henkys folgert, dass von Seiten der Vertriebenen keine Bereitschaft vorhanden war, in eine dialogische Auseinandersetzung mit den Verfassern oder dem Rat der EKD zu treten.[125]

Weitaus positiver wurde die Denkschrift von Teilen der Politik aufgenommen. Henkys konstatiert eine

„deutliche Zurückhaltung im öffentlich geäußerten Urteil und die Tendenz, sich nicht durch vorschnelle Festlegungen mögliche Chancen zu verbauen, die die evangelische Denkschrift und der Briefwechsel der katholischen Bischöfe Polens und Deutschlands[126] der Ostpolitik bieten."[127]

119 Vgl. Henkys 1966 (s. Anm. 116), S. 56.

120 Ebd., S. 35.

121 Ebd.

122 Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 400.

123 O.V.: Polen aus Schlesien nach Frankreich?, in: Der Spiegel, 27.10.1965.

124 Vgl. Henkys 1966 (s. Anm. 116), S. 40.

125 Vgl. ebd., S. 39.

126 Mehr zum Briefwechsel der Bischöfe siehe unten.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Insbesondere CDU und CSU reagierten zunächst jedoch kaum auf die Veröffentlichung der Ostdenkschrift und die Bundesregierung teilte mit, sie werde keine Stellungnahme abgeben.[128] Mitte November 1965 äußerte sich Außenminister Gerhard Schröder zu dem Papier der EKD. Er lobte den Versöhnungsgedanken der Denkschrift, bemängelte jedoch, dass der Zusammenhang zwischen der Oder-Neiße-Frage und der Wiedervereinigung nicht behandelt werde.[129] Ebenso wie Schröder zeigten auch Frauenministerin Elisabeth Schwarzhaupt, die als Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung an der Erarbeitung der Denkschrift mitgewirkt hatte, sowie Bundestagspräsident Eugen Gerstenmeier Sympathie für die Ziele der Denkschrift, wenn auch keine uneingeschränkte. In öffentlichen Stellungnahmen waren die Politiker jedoch stets bemüht, ihre Zustimmung äußerst vorsichtig zu formulieren, um Gegnern keine Angriffsfläche zu bieten.[130] Negative Stimmen zur Ostdenkschrift kamen hauptsächlich aus den Reihen der Vertreter der Vertriebenen, die sich „für ihre Klientel stark machten“[131]. Insgesamt waren die Reaktionen der CDU/CSU eher zurückhaltend: „Es war keine Neigung erkennbar, zu einem Zeitpunkt, da die starren Positionen bereits innen- wie außenpolitisch in Bewegung geraten waren, eine Haltung gegenüber der Ostdenkschrift einzunehmen, die sich möglicherweise in Kürze als überholt herausstellte.“[132]

Laut Heck hatte die FDP, im Gegensatz zur CDU/CSU, innerparteilich bereits damit begonnen, die Ost- und Deutschlandpolitik zu hinterfragen. Eine interne Studie empfahl „die Akzeptanz der deutschen Ostgrenzen bis zu einer friedensvertraglichen Regelung sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen“[133]. Die Partei habe die aus den USA kommenden Bestrebungen, eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen herbeizuführen, durchaus wahrgenommen. Zu einer gelassenen Reaktion auf die Denkschrift habe weiterhin die „weniger starke personelle Verflechtung mit den Vertriebenenverbänden“[134] als bei der CDU/CSU geführt. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende der FDP, zugleich Minister für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende, äußerte sich jedoch aus denselben Gründen wie die Befürworter in der CDU/CSU nur sehr vorsichtig.[135]

Auch die SPD hatte sich parteiintern bereits mit der Möglichkeit einer neuen Ostpolitik beschäftigt.[136] Zwei Jahre vor Erscheinen der Denkschrift,

127 Henkys 1966 (s. Anm. 116), S. 48.
128 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 175 f.
129 Vgl. Henkys 1966 (s. Anm. 116), S. 48.
130 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 177.
131 Ebd., S. 178.
132 Ebd., S. 182.
133 Ebd.
134 Ebd., S. 182 f.
135 Vgl. ebd., S. 184.
136 Vgl. ebd., S. 185.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1963, hatte Egon Bahr in Tutzing seine berühmt gewordenen Worte vom „Wandel durch Annäherung“ formuliert.[137] Deutlich wird diese Diskussion in den Stellungnahmen von SPD-Mitgliedern, die sich bemühten, die Denkschrift unvoreingenommen zu beurteilen.[138] Die SPD-Fraktion reagierte auch erheblich schneller als die CDU/CSU auf die Denkschrift, indem sie einen Ausschuss bildete, der die Problematik erörtern sollte.[139] Trotz dieser Prozesse des Umdenkens gab es auch innerhalb der SPD eine breite Streuung der Positionen.[140] Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch, saß für die SPD im Bundestag, ebenso sein Nachfolger im Amt, Reinhold Rehs. Beide standen der EKD-Denkschrift erwartungsgemäß negativ gegenüber. Prominente Fürsprecher der Denkschrift waren hingegen Fritz Erler und Herbert Wehner.[141] Wehner war der Ansicht, die EKD könne sich sehr wohl zu politischen Fragestellungen äußern und zeigte sich besorgt über die Schärfe und Verbitterung, mit der die Auseinandersetzung geführt werde.[142] Er kritisierte die Ostdenkschrift allerdings auch und stellte klar, dass eine endgültige Regelung der deutschen Ostgrenzen erst in einem Friedensvertrag erfolgen könne.[143] Diese Position blieb auch weiterhin die offizielle Parteilinie.[144]

Interessant ist die Diskrepanz zwischen den offiziellen Stellungnahmen der Parteien und den internen Diskussionen. Anscheinend war es den Parteien 1965 nicht möglich eine offene Debatte über die deutsche Ostpolitik zu führen, auch wenn einige Mitglieder durchaus mit den Zielen der Ostdenkschrift sympathisierten und die aktuelle Politik der Bundesregierung kritisierten.

Die Reaktionen auf die Denkschrift in Polen waren bei Weitem nicht so einseitig, wie der Bund der Vertriebenen erwartet hatte. Da eine freie Meinungsäußerung im kommunistischen Polen nicht möglich wäre, wurde vermutet, es werde sowieso nur die Stimme der Machthaber zu hören sein.[145] Dass die Sachlage nicht ganz so einfach war, zeigte der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder. Der Brief lud zu den polnischen Millenniumsfeiern ein und stellte laut Huber eine eindeutige Antwort auf die Ostdenkschrift dar.[146] Insbesondere folgender Satz am Ende des Schreibens zeigte eine Bereitschaft zur Versöhnung mit Deutschland, die den anderen

137 Vgl. Uschner, Manfred: Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie, Berlin 1991, S. 70.

138 Vgl. Henkys 1966 (s. Anm. 116), S. 52.

139 Vgl. ebd., S. 49.

140 Vgl. ebd., S. 53.

141 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 187.

142 Vgl. SPD-Pressemitteilung 18.10.1965, Nr. 616/65.

143 Vgl. SPD-Pressemitteilung 16.11.1965, Nr. 660/65.

144 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 186 f.

145 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 407.

146 Vgl. ebd., S. 408.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Stimmen aus Polen fehlte[147]: „In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist stecken wir unsere Hände zu Ihnen hin […], gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“[148] Tatsächlich stießen die Bischöfe mit dieser Formulierung auf die Kritik der polnischen Regierung, die ihnen vorwarf, von der offiziellen Linie abzuweichen.[149]

Auch innerhalb der Evangelischen Kirche wurde die Auseinandersetzung über die Denkschrift kontrovers geführt. Die Beiträge der Vertriebenen zur innerkirchlichen Diskussion waren jedoch bei Weitem nicht so scharf formuliert, wie die öffentlichen Stellungnahmen der Verbände.[150] Die „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen“ und der „Berliner Konvent“ erklärten gemeinsam, man hoffe, die Denkschrift werde als Ruf zur Versöhnung verstanden. Im Übrigen sprachen die kirchlichen Vertriebenenvertreter – trotz einiger Kritik an der Denkschrift – der EKD nicht das Recht ab, sich über politische Fragen zu äußern.[151]

Die EKD-Synode vom November 1965 behandelte neben der eigentlichen Tagesordnung auch die Ostdenkschrift und beschloss, sich zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal ausführlich mir ihr auseinanderzusetzen. In einer ersten Erklärung forderte sie die Gemeinden dazu auf, sich genau mit dem Text zu befassen und eine sachliche Auseinandersetzung zu führen.[152] Im März 1966 fand schließlich eine eigene Tagung der Synode zur Ostdenkschrift statt. Nach mehreren Referaten, welche die einzelnen Punkte der Denkschrift noch einmal erläuterten, verabschiedete die Synode einstimmig eine Erklärung.[153] Diese bestätigte zwar die zentralen Gedanken der Denkschrift, war jedoch so verfasst, dass auch die Vertriebenenvertreter ihr zustimmen konnten.[154] So wird beispielsweise gesagt, das Wort Versöhnung sei falsch verstanden worden, „wenn aus ihm die Zumutung an das deutsche Volk herausgehört wird, ohnmächtig zu resignieren.“[155] Andererseits wird erneut auf die Lage der in den Ostgebieten lebenden Polen verwiesen: „Heute haben wir zu bedenken, daß inzwischen Rechte auch von der neu ange-

147 Vgl. Henkys 1966 (s. Anm. 116), S. 77.

148 Siehe das Einladungsschreiben der Bischöfe Polens, in: Henkys (Hg.) 1966 (s. Anm. 116), S. 218-227, hier S. 227.

149 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 408.

150 Vgl. Henkys 1966 (s. Anm. 116), S. 43.

151 Vgl. Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 152 f.

152 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 410.

153 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 201. Die Erklärung „Vertreibung und Versöhnung“ ist abgedruckt in: Wilkens, Erwin: Vertreibung und Versöhnung. Die Synode der EKD zur Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, Stuttgart 1966, S. 59-63.

154 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 202.

155 Synode der EKD: „Vertreibung und Versöhnung“ (s. Anm. 153), S. 63.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

siedelten polnischen Bevölkerung geltend gemacht werden."[156] Diese vorsichtigen Formulierungen führten dazu, dass die Erklärung von den verschiedenen Interessensgruppen sehr unterschiedlich interpretiert wurde.[157] Die kirchlichen Vertriebenenvertreter lasen die Synodalerklärung als eine teilweise Rücknahme der Denkschrift und sahen ihre Kritik an deren Positionen berücksichtigt.[158] Die Befürworter der Denkschrift waren jedoch der Ansicht, die Erklärung sei mitnichten als Gegenposition zur Denkschrift zu verstehen, vielmehr präzisiere sie die in der Ostdenkschrift vertretenen Standpunkte zusätzlich.[159]

FAZIT

Ein inhaltlicher Vergleich von Tübinger Memorandum und Ostdenkschrift zeigt etliche Unterschiede auf. Das Tübinger Memorandum setzte sich neben der Ostpolitik mit weiteren außen- und innenpolitischen Themen auseinander, wurde aber in der Diskussion auf diesen Punkt reduziert. Die Ostdenkschrift hingegen konzentrierte sich auf die Integration der Vertriebenen in die Bundesrepublik sowie die Lage in den Gebieten östlich von Oder und Neiße. Sie stellte beides ausführlich dar und beleuchtete darüber hinaus völkerrechtliche sowie ethische und theologische Gesichtspunkte. Dies ist ein entscheidender Unterschied zum Tübinger Memorandum. Denn während die Verfasser des Memorandums christliche Werte zwar als Fundament ihres Handelns betrachteten, argumentierten sie im Text rein politisch. Die Kammer für öffentliche Verantwortung bezog sich in ihrem Text hingegen auch inhaltlich auf christliche Werte, auf Begriffe wie Vergebung und Versöhnung. Trotz dieser unterschiedlichen Argumentationsweisen forderten beide Papiere eine unvoreingenommene Betrachtung der ostpolitischen Lage und eine auf dieser fußenden Neubewertung der Handlungsoptionen der Bundesrepublik.

Die Verfasserinnen und Verfasser der Ostdenkschrift führten im letzten Kapitel explizit an, dass sie der Politik keine konkreten Handlungsvorschläge machen wollten. Sie beabsichtigten hingegen ein Papier zu verfassen, auf Grundlage dessen eine sachliche Diskussion des Themas ermöglicht und das Handlungsfeld der Politiker erweitert werden sollte. Ähnlich äußerten sich die Verfasser des Tübinger Memorandums. Auch ihnen ging es um eine offen geführte Diskussion. Dennoch waren die Motive, sich mit der Materie zu befassen, bei der EKD und bei einem lose verbundenen Freundes- und Bekanntenkreis nicht identisch. Die EKD war eine in der Zivilgesellschaft fest verankerte Institution. Sie erreichte eine große Anzahl von Menschen

156 Ebd., S. 62.

157 Vgl. Huber 1973 (s. Anm. 19), S. 411.

158 Vgl. Rudolph 1985 (s. Anm. 30), S. 236 f.

159 Vgl. Heck 1996 (s. Anm. 18), S. 202.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und für viele von diesen besaß ihr Wort ein enormes Gewicht. Aus diesem Grund trug sie aber auch eine ganz andere Verantwortung und war dem Druck ausgesetzt, sich zu Fragen zu äußern, welche die Öffentlichkeit und viele ihrer Mitglieder bewegten. Die innerkirchliche Diskussion, die das Tübinger Memorandum ausgelöst hatte, verstärkte diesen Druck noch und setzte die EKD unter Zugzwang. Die Tübinger Manifestanten handelten vielmehr aus einem persönlichen Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gesellschaft. Von ihnen hatte niemand eine Stellungnahme zur Ostpolitik erwartet. Gemeinsam ist sowohl der EKD als auch den Verfassern des Tübinger Memorandums, dass ein Teil des Motives, sich zur deutschen Ostpolitik zu äußern, in der Zeit des „Dritten Reiches“ zu finden ist. Im Falle der EKD handelt es sich um ein konkretes Schuldeingeständnis, im Falle der Tübinger eher um das Gefühl des Versagens der geistigen Elite. Als Konsequenz engagierten sich beide Gruppierungen in einer politischen Frage, die sie als wichtig für die Zukunft Deutschlands und Europas erachteten und in der die bundesdeutsche Politik ihrer Ansicht nach bislang noch mit Scheuklappen agiert hatte.

Abschließend verbleibt die Frage, inwieweit die beiden Manifeste als „erfolgreich“ angesehen werden können. Eine friedensvertragliche Lösung der deutschen Ostgrenze erfolgte zwar erst 1990, also knapp dreißig Jahre nach Erscheinen des Tübinger Memorandums und der Ostdenkschrift. Ein Vergleich der Reaktionen auf beide Papiere zeigt jedoch, dass die ursprünglich festgefahrenen Positionen 1965 bereits etwas aufgeweicht waren. Das Tübinger Memorandum mag hierzu einen entscheidenden Beitrag geleistet haben. Die Vertriebenenverbände stellten sicherlich eine Ausnahme dar. Sie waren nicht in der Lage, sich – der Intention der Verfasserinnen und Verfasser gemäß – sachlich mit der Thematik zu befassen und eine unvoreingenommene Prüfung vorzunehmen. Mit Hinblick auf den nur wenige Jahre zuvor erlittenen Verlust der Heimat, der von vielen Vertriebenen als sehr schmerzhaft empfunden wurde, ist diese Position durchaus verständlich. Zwar gab es auch die Tübinger Manifestanten unterstützende Stimmen aus den Reihen der Vertriebenen, so zum Beispiel Marion Gräfin Dönhoff, diese waren jedoch in der Minderheit. Auch die Reaktionen von CDU und CSU unterschieden sich 1965 nicht wesentlich von denen, die drei Jahre zuvor geäußert worden waren. Die Ablehnung wurde zwar weniger kategorisch geäußert, ein grundlegendes Umdenken hatte innerhalb der Partei jedoch nicht stattgefunden. Anders verhielt es sich bei der FDP und SPD. Besonders letztere hatte sich Anfang der 1960er Jahre eingehend mit der deutschen Ostpolitik beschäftigt und nahm die Initiative der EKD wohlwollend auf. Weder das Tübinger Memorandum noch die Ostdenkschrift gaben den Ausschlag für den außenpolitischen Kurs der SPD.[160] Durch das öffentliche Ansprechen eines solch brisanten Themas lösten beide Manifeste erhebliche Debatten aus, die schließlich dazu führten, dass die neue Ostpolitik der spä-

160 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

teren sozialliberalen Regierung kurz darauf in der breiten Bevölkerung akzeptiert wurde.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Manifest der Friedensbewegung im Herbst der Kanzlerschaft Schmidt

Der „Krefelder Appell“ von 1980

FRANZ WALTER

Plötzlich war der Name der peripher gelegenen Stadt in aller Munde: Krefeld. Zumindest galt das für die Szene, die man seinerzeit als „alternativ“ charakterisierte, für die ökologisch-feministisch-friedenspolitischen Bewegungen und Milieus der frühen 1980er Jahre. Dabei war die niederrheinische Stadt weder auffällig links noch gar eine Agglomeration von Postmaterialismus oder provokativer Bohème. Im Gegenteil, Krefeld war vielmehr ein traditionsreicher, im Grunde beschaulicher Ort aus „Samt und Seide“, wie es in unzähligen Prospekten oder Stadtführern hieß, in denen Krefeld sich selbst präsentierte.[1] Seide – das war der Stoff schlechthin im Wirtschaftsleben der Stadt, die auch als Krawattenzentrum firmierte. Mehr als die Hälfte aller Binder, die in Deutschland hergestellt wurden und werden, stammten und stammen von dort. Und auch der Titel des „Krawattenmann des Jahres“ wird hier alljährlich im Rahmen einer Festivität an diejenigen vergeben, „die mit ihrem Outfit Mode überzeugend darstellen und die Krawatte als Eyecatcher geschickt in Szene setzen.“[2]

Doch sind dergleichen modische Accessoires nicht der Gegenstand unseres Essays. Eher sind es doch schon die Mennoniten, mit denen das spezifische Gewerbe in Krefeld bereits im 17. Jahrhundert begann und dann zur

1 Vgl. etwa http://www.krefeld.de/C1257478002C7A8D/files/Imagebroschuere_Internet.pdf/$file/Imagebroschuere_Internet.pdf?OpenElement [eingesehen am 09.08.2010]; auch Bernau, Friederike: Was war los in Krefeld 1950-2000, Erfurt 2001.

2 http://www.krawattenmann.de/index.php?option=com_content&view=article&id=111:krawattenmann-des-jahres&catid=35:krawattenmaenner&Itemid=54 [eingesehen am 09.08.2010]. Immerhin wurde im wichtigen Jahr 1968 mit Bernhard Grzimek jemand ausgezeichnet, der später zu den Unterstützern des Krefelder Appells gehören sollte.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Blüte fand. Die Mennoniten waren eine evangelische Täuferbewegung, die von der Hauptströmung des Protestantismus über die Jahrhunderte verdammt und auch verfolgt wurde. Mennoniten – insofern mochte man sie als frühe Protagonisten des „Krefelder Appells" ansehen oder ausgeben – hielten die Gewaltfreiheit hoch, blieben über die Jahrhunderte friedenspolitisch besonders engagiert. Sie verfügten überdies über das Know-how der Seidenwirkerei, errichteten in Krefeld etliche Manufakturen und schufen den Wohlstand der Stadt, deren Industrialisierungsprozess nicht so laut, nicht so schmutzig, nicht so monumental verlief wie in den großindustriellen Nachbarregionen zwischen Ruhr und Wupper.

Die Mennoniten bildeten die ökonomische Führungsschicht in Krefeld. Die reformierten Teile der evangelischen Bevölkerung saßen demgegenüber an den Hebeln der politisch-administrativen kommunalen Macht.[3] Und die Katholiken wiederum stellten die Majorität der Werktätigen, auch die Mehrheit der Stadtbewohner, somit ebenfalls des Elektorats. Bei den Reichstagswahlen 1881 kam hier die katholische Zentrumspartei folglich auf 60,2 Prozent der Stimmen, während die Sozialdemokraten in dieser durchaus schon älteren Industriestadt nur 3,3 Prozent der Voten verzeichnen konnten. Dazwischen lagen die protestantischen Nationalliberalen, die aber in der Zeit des kommunalen Zensuswahlrechts gleichwohl bis 1918/19 an der Spitze der Gemeindepolitik standen. Danach, in den demokratisch-parlamentarischen Jahren, gaben mehr und mehr katholische Politiker und Parteien den Ton in Krefeld an.

Jedenfalls: Eine Hochburg der Linken war Krefeld nicht. Umso mehr zürnte in den frühen 1980er Jahren der Bäckermeister, Chef der christdemokratischen Mittelstandsvereinigung im Rheinland, CDU-Landtags-parlamentarier und Oberbürgermeister der Kommune, Hansheinz Hauser, dass „seine Stadt" zu dieser Zeit im Titel eines „kommunistischen Aufrufs" stand, der republikweit bekannt, ja prominent war. Der Krefelder Oberbürgermeister, dessen Vater bereits die Amtskette trug, hatte im Herbst 1980 nicht hinreichend erkannt, dass der Ruf seiner Stadt auf dem Spiel stand, als er den Initiatoren einer Kampagne gegen die Nachrüstung die Anmietung des stadteigenen Seidenweberhauses gestattete. Das Mehrzweckgebäude war in der ersten Hälfte der 1970er Jahre errichtet worden, verfügte über einige Hallen, auch Geschäfte und Verwaltungsräume. Es war – und ist – ein denkbar hässlicher, zeittypischer Betonklotz[4], der aber reichlich Platz für Großveranstaltungen zur Verfügung stellen konnte und in räumlicher Nähe zu den Wohnorten der Hauptorganisatoren der Friedenskampagne lag. Als dem christdemokratischen Bäcker- und Konditormeister an der Spitze der

3 Vgl. insgesamt Kriedte, Peter: Eine Stadt am seidenen Faden. Haushalt, Hausindustrien und soziale Bewegung in Krefeld in der Mitte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1981, S. 55.

4 Siehe http://www.rp-online.de/niederrheinsued/krefeld/nachrichten/Theaterplatz-Hochbeete-abreissen_aid_880151.html [eingesehen am 09.08.2010].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Stadt Krefeld aufging, mit wem er es bei jenen zu tun bekommen hatte, die den Namen „seiner Stadt“ appellativ benutzten, war es zu spät. Rechtlich war „gar nichts zu machen“, wie er zu seinem Bedauern und einigermaßen aufgebracht konstatieren musste, als er versuchte, die Integrität des Stadtnamens gegen die friedenspolitischen Usurpatoren von links christdemokratisch zu schützen. Es blieb dem Oberbürgermeister nur, öffentlich zu bekunden, dass er sich zutiefst schäme, „jeden Tag den Namen unserer Stadt in Verbindung mit einem Pamphlet kommunistischer Herkunft lesen zu müssen.“[5]

Ein bisschen verwunderlich war der Furor des Krefelder Stadtoberhauptes gegen die kleine Schar bundesdeutscher Kommunisten schon. Bei den Bundestagswahlen Anfang Oktober 1980, sechs Wochen vor dem Treffen der Anti-Nachrüstungsaktivisten im Seidenweberhaus, hatte die DKP republikweit lediglich 71.600 Wähler gefunden – allein die Stadt Krefeld zählte zwei Drittel mehr an Einwohnern. Und auch in den zwei, drei Jahrzehnten zuvor waren die diversen Friedensaufmärsche aus dem Umfeld der kommunistischen Partei im Wesentlichen auf den inneren Kern überzeugter Anhänger der KP und einer kleinen Anzahl immergleicher „Bündnispartner“ beschränkt geblieben. Vor allem in der außenpolitischen Entspannungsphase, die nach der Kubakrise einsetzte und in der Bundesrepublik unter Kanzler Willy Brandt ihren Höhepunkt fand, wurden Forderungen nach Rüstungsbegrenzung oder -kontrollverhandlungen zur Sache sozialdemokratischer Gouvernementalität und ließen die außerparlamentarischen Aktivitäten von links erheblich ausdünnen.

NACH DER DÉTENTE

Aber in den Jahren 1980 bis 1983 war auf einmal alles anders. Die Zeit der Détente war offensichtlich abgelaufen; der Ton zwischen den beiden Großmächten hatte sich markant verschärft; und Kanzler Schmidt hatte ein Defizit an Mittelstreckenraketen auf Seiten der europäischen NATO-Partner ausfindig gemacht. Dazu war in den Gesellschaften des Westens das goldene Vierteljahrhundert des Booms zu Ende gegangen; wirtschaftliche Probleme und Massenarbeitslosigkeit, die fast schon als überwunden gegolten hatten, beunruhigten die Menschen in den kapitalistischen Demokratien.[6] Neue Bewegungen, ökologisch und feministisch orientiert, kamen auf. Zweifel am unaufhaltsamen Fortschritt der Zivilisation grassierten nun massenhaft in Europa, wie man es zuvor allein in Deutschland in Teilen des Bildungsbürgertums um 1900 und durchaus als Menetekel für das anbrechende 20. Jahrhundert erlebt hatte. Kurzum: In dieser Situation fanden Warner und Mah-

5 O.V.: Personalien, in: Der Spiegel,. 01.06.1981.

6 Vgl. hierzu auch o.V.: „Es gibt eine Explosion von Ängsten“, in: Der Spiegel, 13.04.1981.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ner, die eine Zerstörung des Planeten durch die Hybris der Atomtechnologie für möglich, wenn nicht gar für wahrscheinlich hielten, eine bis dahin ungewohnte Resonanz.

Und das galt jetzt ebenfalls für die „Friedenskämpfer" aus dem weiteren Spektrum der DKP und ihre Bündnisgenossen. Als diese sich im November 1980 nach Krefeld aufmachten, um die Republik gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen zu mobilisieren, waren sie nicht mehr allein unter sich. Im Herbst 1980 hatten sie die Veteranen der Anti-Atom-Bewegung aus den 1950er Jahren und der Ostermarschbewegung der 1960er Jahre reaktivieren, aber auch um Repräsentanten der neuen Politik sowie klassisch etablierter sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Organisationen ergänzen können. Der Mann, der die Organisationsfäden zog, war ein alter Fährmann der kommunistisch lancierten Friedensbewegungen: Josef Weber, geboren 1908 in einer katholischen Familie in Speyer, im Zweiten Weltkrieg Generalstabsoffizier der deutschen Wehrmacht.[7] In den 1950er Jahren war er führender Kopf und hauptamtlicher Parteimann des „Bundes der Deutschen", einer – wie man schon damals in der Tat nicht zu Unrecht urteilte – „kommunistischen Tarnorganisation". Ähnlich ließ sich auch die „Deutsche Friedensunion" (DFU) charakterisieren, die 1961 erstmals für den Deutschen Bundestag kandidierte und deren Direktorium Weber bis in die 1980er Jahre angehörte. Kurz vor seinem Tode, im August 1985, erhielt Weber, unzweifelhaft verdient, den Internationalen Lenin-Friedenspreis der Sowjetunion; bereits 1973 hatte ihn der DDR-Friedensrat mit seinem Friedenspreis ausgestattet.[8]

Jedenfalls: Weber war die Spinne im Netz der Krefelder Kampagne. Aber das Netz hatte sich im Vergleich zu den früheren und gewohnten Aktionen, etwa die des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit", kurz: KoFAZ, erheblich erweitert. Und deshalb verpuffte der Vorwurf „kommunistischer Steuerung" diesmal weit mehr als in früheren Fällen. Denn diesmal machten von Beginn an und prominent führende Grüne mit, sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, ein jungdemokratischer Bundesvorsitzender. Das zog dann Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat weitere Kreise.[9] Stolz verkündeten die Initiatoren der Krefelder Friedenstruppe, dass ihr Appell unaufhörlich an Zuspruch in Form von Unter-

7 Vgl. Röhl, Klaus Rainer: Die Geschäfte des Herrn Oberst, in: Spontan, H. 4/1981; Weber, Josef: Vom Offizier zum Friedenskämpfer, in: Deutsche Volkszeitung, 09.06.1983; Kahl, Werner: Moskaus Organisator, in: Die Welt, 04.05.1985; Kröncke, Gerd: Spät regt sich die SPD, in: Süddeutsche Zeitung, 04.07.1981.

8 O.V.: Lenin-Friedenspreisträger Josef Weber gestorben, in: Unsere Zeit, 23.08.1985; o.V.: Patriot und Humanist, in: Deutsche Volkszeitung, 30.08.1985.

9 Vgl. Rudzio, Wolfgang: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1983, S. 161.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schriften gewann. Im Mai 1981 meldete man 800.000 Unterstützer, im Juli des gleichen Jahres dann 1,2 Millionen.[10] Im September 1981 war die Zahl auf drei Millionen angestiegen; ein Jahr später nach Auskunft der Organisatoren gar auf fünf Millionen hochgeklettert.[11] Stets steigende Unterstützerzahlen auszuweisen, war wichtig für die Planer und Propagandisten solcher Kampagnen. Man wollte damit dokumentieren, dass man das Volk, den Demos hinter sich hatte – gegen die kleine Kaste der politisch und ökonomisch Herrschenden. „In der millionenfachen Zustimmung der Bevölkerung“ werde, so Josef Weber, „die wahre Stimmung der Mehrheit unseres Volkes sichtbar“[12].

DAS VORBILD MÜNZENBERG

Eine neue Strategie war das nicht. Ironischerweise verfolgten die Kommunisten nach 1945 geradewegs eine Bündnis- und Kampagnenstrategie, die zuvor ein am Ende Verfemter der kommunistischen Bewegung begründet und zur vollen Blüte gebracht hatte: Willi Münzenberg.[13] Auf ihn führte alles zurück, was auch für den Krefelder Appell charakteristisch war. Die Initiative ging stets von den Kommunisten aus, die vorangestellten Repräsentanten aber waren nicht-kommunistische „Persönlichkeiten“ des wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens der Bundesrepublik. Das zentrale Medium im unermüdlichen Kampf für den „Weltfrieden“ war die Sammlung von Unterschriften, deren unaufhörlich wachsende Zahl als plebiszitäres Stimmungsbarometer für den genuinen Volkswillen ausgeben wurde. Und immer wieder sollten Massenkundgebungen und Kulturgroßveranstaltungen die Vitalität, Breite, Potenz der Freunde des Friedens weithin bekunden. Willi Münzenberg führte all diese Stilmittel ab 1921 in die internationale kommunistische Bewegung ein.

Selbst war er dabei keineswegs ein Intellektueller. Geboren 1889 in Erfurt als Sohn eines Gastwirts, hatte er lediglich die Volksschule besucht und

10 Strässer, Christoph: Der Krefelder Appell, in: Pestalozzi, Hans A./Schlegel, Ralf/Bachmann, Adolf (Hg.): Frieden in Deutschland. Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann, München 1982, S. 87-92, hier S. 89; Schmidberg, Claus: Das Glück allein sichert nicht den Frieden, in: Neue Ruhr Zeitung, 01.08.1981.

11 Vgl. Ott, Werner: Das Bekenntnis der Künstler: Jetzt für den Frieden aktiv sein, in: Neues Deutschland, 13.09.1982; o.V.: Fünf Millionen unterschrieben den „Krefelder Appell“, in: Frankfurter Rundschau, 19.09.1983.

12 Siehe das Gespräch mit Josef Weber, in: Deutsche Volkszeitung, 09.04.1981.

13 Vgl. hierzu und im Folgenden Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 125 ff.; auch Surmann, Rolf: Die Münzenberg-Legende: Zur Publizistik der revolutionären Arbeiterbewegung 1921-1933, Köln 1982.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

danach als ungelernte Arbeitskraft in Schuhfabriken seiner Heimatstadt gearbeitet. Schon früh allerdings engagierte er sich in der ersten Reihe der linksradikalen Jugendbewegung, avancierte 1919 gar zum Vorsitzenden der Kommunistischen Jugendinternationale und geriet dabei ins Visier von Wladimir Iljitsch Lenin, der sogleich die Begabung des rastlosen, ideenreichen Organisators Münzenberg erkannte. Lenin erteilte ihm den Auftrag, eine internationale Hilfsaktion für die Hungernden in Sowjetrussland in Gang zu setzen. Das war, im April 1921, der Startschuss für die „Internationale Arbeiterhilfe", die Münzenberg in Berlin ausrief. Und fortan war auch das verbindliche Muster vorgegeben: Als Träger der Kampagne firmierten „parteilose" Wissenschaftler, Maler, Advokaten, Theaterregisseure, Schriftsteller, Schauspieler etc. Verlässliche Kandidaten, die auch in den folgenden Jahren wieder und wieder ihren Namen für Münzenberg-Kampagnen zu Verfügung stellten, waren etwa Käthe Kollwitz, Heinrich Vogeler, George Grosz, Leonhard Frank, Albert Einstein, zuweilen auch Alfred Kerr, Carl v. Ossietzky, Otto Dix, Leopold Jessner, in Frankreich Anatole France, Henri Barbusse, Auguste Forel, in England George Bernard Shaw, in Dänemark Martin Andersen-Nexø.[14]

Fortan war von den „fellow travelers" die Rede, wenn es um die Gruppe derjenigen „Persönlichkeiten" aus der intellektuellen Szenerie ging, die – ohne Kommunisten zu sein – sich in schöner Regelmäßigkeit in den kommunistischen Bündnisrahmen spannen und bereitwillig für die Öffentlichkeit nach vorne schieben ließen. Es ist oft darüber gerätselt worden, was ansonsten hochintelligente Menschen dazu bewegt haben mag, sich in verblüffender Naivität und politischer Ahnungslosigkeit von kühlen kommunistischen Strategen derart willig instrumentalisieren zu lassen. Zunächst einmal: Münzenberg camouflierte den kommunistischen Kern seiner fortwährenden Aktionen durchaus geschickt. Auch die Publikationen, die Münzenberg schuf und zu großen Verkaufsauflagen trieb, wie etwa die *Welt am Abend* oder die *Arbeiter Illustrierte Zeitung*, schlugen bewusst keine parteidoktrinären Töne an. Eben darin lag der Impetus von Münzenberg, mit allen Mitteln auch modernster Medien die Unterstützung für kommunistische Ziele weit über die originären kommunistischen Kreise hinaus auszudehnen, nicht zuletzt durch die suggestive Kraft von Bildern, Inszenierungen, kollektiven Großereignissen – wenn man so will: Events. Münzenberg wusste, dass Gefühle, Mythen und Erregungen die Menschen weit mehr in Bewegung setzten als Programmformulierungen oder papierene Lehrsätze, für die er sich selbst auch gar nicht weiter interessierte.

Jedenfalls: Münzenberg ließ den sympathisierenden Intellektuellen ihren Raum und Eigensinn, hielt sie nicht am kurzen Zügel der jeweilig vorherr-

14 Vgl. hierzu ebenfalls Raddatz, Fritz J.: Erfolg oder Wirkung. Schicksale politischer Publizisten in Deutschland, München 1972, S. 81-101; Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 2, Frankfurt am Main 1969, S. 228 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schenden Parteilinie, was ihm Apparatschiks wie Walter Ulbricht oder Wilhelm Pieck stets übelnahmen und was zu schlechter Letzt in den Jahren 1938/39 zu seiner Verbannung aus der kommunistischen Bewegung beitrug.[15] Aber über ein gutes Jahrzehnt lang war er einer der erfolgreichsten Propagandisten – heute würde man wohl sagen: Verkaufs- und Werbemanager – der Kommunisten im 20. Jahrhundert. Wenn er um Beistand bat, unterschrieben die Kischs, Einsteins, Feuchtwangers, sei es aus Gründen eines moralischen Imperativs (den Hungernden in Sowjetrussland musste schließlich geholfen werden), aus Frustration über das laue Kompromisslertum der Sozialdemokraten (welche die Revolution mit ihrer Noske-Politik verraten hatten), vielleicht auch aus schlechtem Gewissen (wegen der eigenen privilegierten Lage, während das Proletariat darbte), nicht zuletzt sicher auch aus Gründen von Geltungssucht und Eitelkeit (wer ließ sich nicht gerne als Held der Unterdrückten auf großzügig finanzierten Reisen in das Land Lenins feiern?).

Den Kitt, der all die Individualisten insbesondere aus der Berliner Bohème zusammenfügte, lieferte das alles überwölbende Losungswort von Münzenberg: „Solidarität“. Indem sich die Professoren, Literaten und Dramaturgen ihrer selbst mit den fortlaufend ausgeheckten Aktionen Münzenbergs identifizierten, erlangten sie Eintritt in die Gemeinschaft der Guten und Fortschrittlichen, verschafften sie sich Zugang zum siegreichen Kollektiv der Weltrevolution. Sie froren nicht mehr in der kalten Einsamkeit der vereinzelten bürgerlichen Existenz, sondern genossen die wärmende Zugehörigkeit zur völkerübergreifenden Solidarität im Bataillon historischer Gesellschaftsveränderung. Eine Unterschrift reichte dafür aus.

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre fiel Münzenberg in der Kommunistischen Internationale in Ungnade, trat im März 1939 gleichsam präventiv aus der KPD aus, schied 1940 aus dem Leben. Doch an der „Methode Münzenberg“ hielten die Kommunisten auch nach 1945, gerade im Herbst der Stalin-Ära fest, organisierten Kundgebung auf Kundgebung, Konferenz auf Konferenz für den Frieden, ließen unaufhörlich millionenfach Unterschriften sammeln, Resolutionen verabschieden und durch Massenaufmärsche unterstreichen.[16] Indes: Mit der Zeit lief sich das leer; es wirkte rituell und einfallslos, eher isolierend als politisch oder kulturell ausgreifend. Die Namen der erstunterzeichnenden friedliebenden Prominenz blieben immer gleich.

15 Vgl. auch Wessel, Harald: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin, Berlin 1991.

16 Vgl. Claudin, Fernando: Die Krise der kommunistischen Bewegung, Bd. 2, Berlin 1978, S. 299 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

AUF DEM WEG ZUM KREFELDER APPELL

Bis in das Jahr 1980. Bis zum Krefelder Appell. Bis dahin zählte die westdeutsche „Friedensbewegung“ zu den Sorgenkindern der internationalen kommunistischen Bewegung. Der „Bund der Deutschen“, den das kommunistische Umfeld in den 1950er Jahren als national-neutralistische Organisation gegen die Adenauer-Politik aus der Taufe gehoben hatte, blieb ein rudimentäres, einflussloses Konventikel. Als besseren Ersatz plante man daher die Ende 1960 konstituierte „Deutsche Friedensunion“, die durch eine Vielzahl an Professoren, Pastoren und Lehrern auffiel, aber auch nicht hielt, was man sich von ihr primär versprochen hatte. Bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 blieb sie unter zwei Prozent der abgegebenen Stimmen; bei Landtagswahlen geriet sie allein in Bremen zumindest in die Nähe des Quorums, das für den Einzugs in das Parlament zu überwinden war. Die Zahl der Mitglieder dürfte in den 1970er Jahren kaum über 3000 gelegen haben.[17] Kurzum, man war auch im Führungskader der SED nicht zufrieden über den Stand der Dinge bei den Genossen in der Bundesrepublik. So schrieb das für die Agitation zuständige Mitglied des SED-Politbüros, Albert Norden, am 8. Mai 1978 an den Leiter der Westabteilung beim ZK der SED, Herbert Häber: „Richtig ist, dass die BRD-Friedensbewegung Hilfe braucht. Sie ist eine der schwächsten in ganz Westeuropa.“[18] Und so pumpte die SED in jenen Jahren gut fünfzig Millionen Mark alljährlich in das seinerzeit kränkliche kommunistische Organisationsumfeld der „BRD“.[19]

Doch die Devisen aus der ja selbst denkbar devisenschwachen DDR allein halfen dem westdeutschen „Friedenskampf“ nicht auf die Beine. Den entscheidenden Schub verschaffte vielmehr der Gegner, genauer: die Verteidigungs- und Außenminister der NATO, die am 12. Dezember 1979 den sogenannten „Doppelbeschluss“ fassten.[20] Die Struktur und der Zeitplan dieses Beschlusses waren geradezu ideal für eine außerparlamentarische Friedensbewegung. Denn die NATO kündigte für das Jahr 1983 die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa an, stellte zugleich aber – daher Doppelbeschluss – Rüstungskontrollverhandlungen in Aussicht, an deren Ende durch vorangegangenen Abbau der russischen SS-20-Raketen

17 Vgl. Hüllen, Rudolf v.: Der „Krefelder Appell“, in: Maruhn, Jürgen/Wilke, Manfred (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 216-253, hier S. 217 ff.

18 Zitiert nach ebd., S. 216.

19 Vgl. Udo Baron, Die KOFAZ, die «Grünen» und die DKP in der Friedenskampagne. Kommunistische Bündnispolitik im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss, in: Maruhn/Wilke (Hg.) 2001 (s. Anm. 17), S. 198-215, hier S. 201.

20 Vgl. Haftendorn, Helga: Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und Nato-Doppelbeschluss, München 1986, S. 92 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auch die Installierung der projektierten amerikanischen Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper überflüssig werden mochte. Der NATO-Entscheid schuf also einen Zeitraum von knapp vier Jahren, in denen innen- und außenpolitisch diskutiert und gerungen, auch massiv Einfluss durch Aktionen, Kampagnen, Kundgebungen auf die innere Willensbildung der parlamentarischen Demokratien genommen werden konnte. Und die Sowjetunion versuchte von Beginn an, über die westeuropäischen Friedensbewegungen die Rüstungsplanung und sicherheitspolitischen Konzeptionen des westlichen Gegners zu konterkarieren.

Jetzt lief auch der bundesdeutsche Friedenskampf wie geölt, geradezu lehrbuchartig ab, als würde man sich Seite für Seite an ein Kampagnenkompendium des Willi Münzenberg halten. Die Kommunisten zogen im Hintergrund die Fäden, die Nicht-Kommunisten von der „Deutschen Friedensunion“ aber standen auf offener Bühne und gruppierten um sich die parteilosen „Persönlichkeiten“, die allein von der Sorge um den Weltfrieden getrieben waren. Das war die klassische Präsentation, die aber diesmal – und wohl zur Überraschung der eigentlichen Planer selbst – spektakuläre Ergebnisse zeitigte. Die Vorbereitungen liefen nach den konventionellen Mustern ab. Mitte Mai 1980 reiste das Direktorium der DFU zum „Deutschen Friedensrat“ nach Ost-Berlin,[21] um mit den Genossen der DDR zu beraten, wie man im Herbst desselben Jahres Aktionen „gegen den Rüstungskurs der NATO“ starten könne.[22] Gleich nach der Rückkehr der Delegation trafen sich die führenden Vertreter der DFU mit dem Vorstand der DKP, um die Einzelheiten der Herbstkampagne abzustimmen. Daraufhin mietete Josef Weber, die Eminenz der DFU, als Privatmann für Mitte November das Seidenweberhaus in Krefeld an. Im September 1980 begannen die Geschäftsstellen der DFU mit der inneren Mobilisierung für das Krefelder Forum, welches sie unter die Losung stellten: „Der Atomtod bedroht uns alle“. Zugleich wiesen die führenden Funktionäre der DFU die Mitglieder und Aktivisten darauf hin, dass es sich beim Krefelder Forum nicht um eine „reine DFU-Veranstaltung“ handeln sollte, da man „mit möglichst prominenten Leuten ins Gespräch kommen“ wolle, „um sie als Miteinlader und Unterzeichner zu gewinnen“[23].

21 Zum Einfluss des„Friedensrats“ vgl. auch Ploetz, Michael: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: Maruhn/Wilke (Hg.) 2001 (s. Anm. 17), S. 254-263, hier S. 256 f.

22 Hierzu Müller, Hans-Peter/Ploetz, Michael: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß, Münster u.a. 2004, S. 296 ff.

23 Zitiert nach Minrath, Axel: Friedenskampf. Die DKP und ihre Bündnispolitik in der Anti-Nachrüstungsbewegung, Köln 1986, S. 77.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

NICHT ALLEIN DIE ÜBLICHEN „FELLOW TRAVELER“

Exakt so hatte schon Willi Münzenberg in den Weimarer Jahren die Manifestationen der „Internationalen Arbeiterhilfe“ und andere Komitees aufgezogen. Indes, was damals noch originell war, wirkte nach einigen Jahrzehnten starr beibehaltener Routine reichlich steril und wenig zugkräftig. Den Eindruck hatte man anfangs auch diesmal. Die „prominenten Leute“, mit denen man in Kommunikation und Handlung trat, waren altbekannte Gesichter des „Friedenskampfes“: zunächst, wie seit Jahrzehnten schon, der mittlerweile hochbetagte Pastor Martin Niemöller, dann der Staatsrechtler Professor Helmut Ridder, natürlich Josef Weber selbst, zudem der Journalist Gösta v. Uexküll, schließlich der Vorsitzende der Deutschen Jungdemokraten Christoph Strässer.[24] Diese fünf fungierten anfangs als Initiatoren des „Krefelder Forums“. Mit Ausnahme von Strässer, immerhin Chef der FDP-Jungendorganisation, bot das Quintett der interessierten Öffentlichkeit keine sonderlich große Überraschung.

Doch dann gelang den DFU-Strategen unversehens der bündnispolitische Durchbruch. So jedenfalls werten es in der Literatur diejenigen Autoren, die den Krefelder Appell als Musterbeispiel für die kommunistische Infiltration und Instrumentalisierung der Friedensbewegung ansehen. Für sie markierten die Jahre 1980 bis 1983 einen Zeitabschnitt, in dem sich die gut geschulten und disziplinierten Kader des Kommunismus mit hoher Raffinesse die politisch leichtgläubigen und unerfahrenen Akteure der neuen sozialen Bewegungen zur Beute gemacht haben. Anfang Herbst 1980 gelang es Josef Weber, den Initiatorenkreis um drei weitere Mitglieder zu ergänzen, die in der Tat nicht zu den gewohnheitsmäßig rekurrierbaren Namensspendern im Friedenslager gehörten. Mit von der Partie waren nun auch der langjährige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl Bechert, ein Professor der Physik und vormals außerdem Rektor der Universität Gießen. Noch mehr Aufsehen erregte allerdings, dass auch der frühere Generalmajor und Kommandeur der 12. Panzerdivision, Gert Bastian, der nach allerlei Querelen mit dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Hans Apel im Sommer 1980 pensioniert worden war, sich den Krefelder Initiatoren hinzugesellte.[25] Mehr noch: Er brachte, als nunmehr achte „Persönlichkeit“, noch die Mitvorsitzende der neuen Grünen Partei mit, die er selbst erst am 1. November 1980, vierzehn Tage vor dem Krefelder Spektakel, persönlich kennengelernt und für die Mitwirkung am „Krefelder Forum“ geworben hatte, nämlich Petra Kelly. „Es waren ehrenhafte Leute“, urteilte später die

24 Vgl. Rudzio 1983 (s. Anm. 9), S. 149.

25 Zu Bastian siehe ausführlicher Richter, Saskia: Gert Bastian – Seitenwechsel für den Frieden?, in: Lorenz, Robert/Micus, Matthias (Hg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2009, hier S. 410-430.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Süddeutsche Zeitung im Rückblick, „die ihren Namen als erste unter den Appell setzten“[26].

Zumindest war es aus DFU-Perspektive unzweifelhaft ein bemerkenswerter Coup. Denn keiner der drei war einfach auf das Ticket der typischen „fellow traveler“ zu setzen. Bei niemandem aus diesem Trio durfte man subalternes Verhalten gegenüber der DFU-Regie voraussetzen. Insbesondere Bastian und mehr noch Kelly waren eigensinnige Menschen, schwer berechenbar, mit selbstständigen Absichten und Zielen unterwegs, welche keineswegs mit parteikommunistischen Bestrebungen konvenierten. Insofern war durchaus nicht gewiss, in welchem Lager das schon damals viel zitierte Trojanische Pferd wirklich platziert war.[27] Hatten die Kommunisten mit Petra Kelly den Einstieg in die neuen sozialen Bewegungen realisiert; oder stand die bis dahin homogen gefestigte kommunistische Formation fortan in Gefahr, der kulturellen Subversion einer neuen undogmatischen Linken durch steten Nahkontakt ausgesetzt zu sein? Das war damals nicht ausgemacht. Und es wird bis heute strittig diskutiert. Bastian und Bechert waren sich zumindest von Beginn an des Hintergrunds einiger ihrer Mitstreiter wohl bewusst. Doch äußerte sich Bechert in einem Telefongespräch mit Bastian dazu lediglich lakonisch: „Ich bin zu alt, um mich in dieser Sache wie eine hysterische Jungfrau aufzuführen. Warum soll Weber nicht die Veranstaltung organisieren und den Saal mieten, solange wir uns mit unseren Vorstellungen durchsetzen?“ Dieser Auffassung schloss sich Bastian an; so wurde es jedenfalls von ihm übermittelt.[28]

Am Samstag, den 15. November, bei der Eröffnungsveranstaltung des „Krefelder Forums“ im Seidenweberhaus, saßen dann Gert Bastian und Petra Kelly auf dem Podium nebeneinander, im Zentrum der Referentenriege. Dass Kelly keineswegs eine kalkulierbare Parteigängerin kommunistischer Phrasen war, machte sie sogleich in ihrem Statement deutlich: „Für mich ist kein Frieden mit Gewalt zu erhalten, und auch kein Frieden mit Gewalt zu erreichen […] Alle Armeen haben immer patriarchalische Strukturen gefestigt. Darum sollten wir auch hier in keiner Weise neue Männerrollen übernehmen wollen.“ Das muss in den Ohren treuer DFU- und DKP-Epigonen, die gewiss den größten Teil der rund 800 bis 1000 Teilnehmer im Saal stellten, recht fremd, vermutlich geradezu abstrus geklungen haben. Doch weitere Exzentrik mussten sie nicht ertragen. Es ging ansonsten ganz in der Rhythmik der klassischen Bündnispolitik weiter. Auf dem Podium selbst, das ja politische und ideologische Breite symbolisieren sollte, residierten neben Kelly und Bastian, neben v. Uexküll und Weber noch der sozialde-

26 Kröncke, Gerd: Spät regt sich die SPD, in: Süddeutsche Zeitung, 04.07.1981.

27 Vgl. etwa Müller, Emil-Peter: Die Bündnispolitik der DKP. Ein trojanisches Pferd, Köln 1982; auch Bärwald, Helmut: Missbrauchte Friedenssehnsucht. Ein Kapitel kommunistischer Bündnispolitik, Bonn u.a. 1983.

28 Siehe bei Bittorf, Wilhelm: „Den Gehorsam aufkündigen“, in: Der Spiegel, 26.04.1982.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mokratische Europaabgeordnete der Niederlande Wim Albers und das sozialdemokratische Mitglied des Deutschen Bundestages Klaus Thüsing, dazu der frühere Darmstädter Universitätsprofessor Gerhard Kade, hernach hauptberuflicher Aktivist im „Büro" des kommunistisch lancierten KoFAZ und zugleich IM des Ministeriums für Staatssicherheit sowie Agent des KGB, was allerdings erst gut eine Dekade später ans Tageslicht kam. Dem Podiumsreigen schloss sich schließlich noch der stellvertretende Krefelder DKP-Bezirksvorsitzende und Gesamtbetriebsratsvorsitzende eines Textilunternehmens, Peter Tümmers, an. Das war das Ideal kommunistischer Allianzpolitik, die in Krefeld real zusammengefunden hatte: Vertreter der revolutionären Arbeiterklasse, humanistisches Bürgertum, friedensorientierte Sozialdemokraten, geläuterte Christen und Antimilitaristen. Die kommunistische Repräsentanz wurde in den Monaten danach wieder stillschweigend ins zweite Glied versetzt. Von Peter Tümmers, dem Betriebskader der DKP, war zumindest hernach nichts mehr zu hören oder zu lesen; schon gar nicht nahm man ihn in den erlauchten Kreis der „Initiatoren" und „Persönlichkeiten" auf.

In bewährter Manier ging es dann auch am folgenden Tag weiter. Die Versammlung, das „Krefelder Forum", verabschiedete eine Resolution, die „Krefelder Erklärung", deren Kurzversion – der dann republikweit bekannt gewordene Krefelder Appell – die Vorlage für die Unterschriftenaktion der nächsten drei Jahre bildete:

„Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neu gewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung der Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müssten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung:

die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.
In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozess der Willensbildung und können dazu beitragen, dass unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.
Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die
eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zulässt
Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.“[29]

UNERWARTETE RESONANZ

Es kursieren eine Reihe von Mutmaßungen, wer denn der wahrscheinliche Verfasser dieses Textes, der für die nächsten drei Jahre zu einer Art Plattform der heterogenen und an Anhängern zunehmend wachsenden Friedensbewegung wurde, gewesen sein mag.[30] Gert Bastian behauptete in dieser Zeit steif und fest, er selbst habe den Text in eigener Verantwortung auf seiner Schreibmaschine produziert und mit nach Krefeld gebracht, wo man ihn einhellig begrüßte. Das Gros der geschichtswissenschaftlichen oder politologischen Interpreten hingegen hält es für ganz unmöglich, dass im wohlorganisierten Umfeld der DFU Erklärungen Geltung bekommen haben könnten, die nicht eben dort entstanden und dann von der führenden Partei der Arbeiterklasse akkurat geprüft worden sein sollen. Hier wird eher die Autorenschaft des Josef Weber unterstellt. Andere, keineswegs unkundige Zeitzeugen nennen zudem noch den damaligen Redakteur der *Deutschen Volkszeitung*, Hans Brender, als Urherber des Krefelder Manifests.[31]

Gleichviel. Die Resonanz der Krefelder Verlautbarung ist schwerlich allein auf taktische Manöver und kühl ausgedachte Strategien der Kommunisten zurückzuführen. Friedensmanifeste, die nach dem Namen der Städte, in denen man sich zu Kundgebungen versammelt hatte, bezeichnet wurden, hatte es in den zurückliegenden Jahrzehnten zuhauf gegeben, ohne dass sie

29 Dokumentiert in: Bredthauer, Karl D.: Sag niemand, er habe es nicht wissen können, Köln 1983, S. 195 f.

30 Hierzu akribisch v. Hüllen 2001 (s. Anm. 17), S. 233 ff.

31 Vgl. Mansel, Bernd: Jetzt könnte ich anfangen zu schreiben, in: Der Freitag, 16.02.2001 und die Auskunft von Franz Sommerfeld (nach 1983 Chefredakteur der *Deutschen Volkszeitung*, zuvor Chefredakteur der *Roten Blätter* des MSB Spartakus) vom 03.08.2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auch nur ansatzweise eine ähnliche Wirkung erzielten wie der Appell von Krefeld. Auch Bündnisse aus Kommunisten, Parteilosen, Sozialdemokraten, Pfarrern, Lehrern, Naturwissenschaftlern, Literaten waren – wir sahen es – absolut kein Novum in der kommunistisch inspirierten oder kontrollierten Kampagnenpolitik. Doch der Multiplikationseffekt war bislang denkbar bescheiden geblieben. 1980 aber kamen Personen hinzu, die nicht als die Ewiggestrigen kommunistischer Friedenskämpfer abzuqualifizieren waren, sondern vielmehr als Repräsentanten einer neuen, gerade erst entstehenden zukunftsträchtigen sozialen Bewegung erschienen.

Das Krefelder Manifest traf zudem eindeutig den Erfahrungsnerv seiner Zeit. Dass ein Jahr nach dem NATO-Doppelbeschluss die angekündigten Verhandlungen offenkundig nicht vorankamen, dass schärfere Töne auf der amerikanischen Seite das Klima zwischen den Großmächten gar noch verschlechterten, beunruhigte in der Tat große Teile der bundesdeutschen Bevölkerung, auch der Politik in den klassischen Parlamentsparteien. Als kommunistische Propaganda, krudes Hirngespinst oder gar als „seltsame Betroffenheits- und Friedenshysterie“ eines gewohnheitsmäßig panisch reagierenden deutschen Mittelstandes[32] war der Begründungsrahmen, den der politische Appell der Krefelder sich gab, nicht ernsthaft abzutun. Überhaupt wiesen die Formulierungen stilistisch nicht auf kommunistische Stereotypen hin; inhaltlich war weder von Sozialrevolten noch vom kriegerischen Wesen des Imperialismus, weder vom Klassenkampf noch von Ausbeutung die Rede. Einseitig – oder einäugig, wie es zeitgenössisch gern hieß – war der Krefelder Appell insofern, als er im konkreten Postulat die Bundesregierung aufforderte, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“. In diesem Satz sah und sehen die Kritiker die Frucht erfolgreicher kommunistischer Unterwanderung der damaligen Friedensbewegung, da von SS-20-Raketen und konventionellen Überlegenheiten des Warschauer Pakts in Europa im Krefelder Manifest nicht die Rede war.[33] Darin lag unzweifelhaft eine Art moralische, auch machtpolitische Leerstelle des Krefelder Bündnisses. Aber indem man sich im heterogenen Bündnis auf den Kampf gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen beschränkte, hielt man die Allianz aus alten und neuen Friedensgruppen, aus disparaten sozialen Schichten und Kohorten bemerkenswert lange zusammen, ohne dass die einzelnen Gruppen für sich die Selbstständigkeit ihrer Positionen, die in vielen Fällen weit über den „Minimalkonsens“ der Krefelder hinaus gingen, aufzugeben brauchten. Krefeld hatte das Fundament für die Größe und Weite der Friedensbewegung jener frühen 1980er Jahre gelegt. Aber auf diesem Fundament wucherte und wuchs politisches Gewächs, das den Absichten der Konstrukteure von Krefeld durchaus zuwiderlief. Über ihrem Appell stand, was

32 So die Argumentation und Formulierungen bei v. Hüllen 2001 (s. Anm. 17), S. 243.

33 Vgl. etwa Rudzio 1983 (s. Anm. 9), S. 149.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bastian und Kelly wichtig war, die Maxime: „Keine Atomraketen in Europa“. Die Raison der sowjetischen Sicherheitspolitik spiegelte das nicht. Später leiteten die Krefelder Initiatoren in Zeitungsannoncen ihren Appell damit ein, dass sie „Nein“ sagten „zu immer noch mehr Nuklearwaffen in Ost und West“, ihr „Ja“ aber gaben „zum atomfreien Europa ohne NATO und Warschauer Pakt […], zur atomwaffenfreien Welt ohne Furcht und Unterdrückung […], zur Auflösung beider Militärblöcke“.[34] Das unterschrieb auch Josef Weber. Eine DKP-Position war es nicht.

IMMER NEUE UNTERZEICHNER

Im Dezember 1980 begannen die „Krefelder“ bundesweit Unterschriften für ihren Appell zu sammeln. Und fortan verkündete man alle paar Monate neue Gewinne und Erfolge in der Mobilisierung des Volkes für Frieden und Abrüstung. Die Magie der Zahl sollte den eigenen Anhängern Mut machen, Gegnern aus den Konzernetagen und Regierungsbüros Sorgen bereiten und sie in ihren Plänen unsicher werden lassen. Stolz hielten die Krefelder Organisatoren am 14. Mai 1981 ihre erste große Pressekonferenz in der Bundeshauptstadt ab, um das Zwischenergebnis ihrer Kampagne, ein halbes Jahr nach dem Start, öffentlich zu präsentieren. Stolz erinnerte man in Dokumentationen danach, dass über hundert Journalisten beim Bonner Pressegespräch anwesend waren und dass man rund 800.000 Unterschriften vorlegen konnte.[35] So ging das in den nächsten zwei Jahren fortlaufend weiter, hier in der Tat ein wenig im Stil einer klassisch kommunistischen Erfolgsvermeldungsrallye: Die Massen schritten, unbeirrt von feindlichen Störmanövern, von Sieg zu Sieg, zumindest was die Zahl der Unterzeichner ihrer Manifeste anging.

Wichtig war, dass immer wieder auch Großveranstaltungen, welche die Aufmerksamkeit der Massenmedien erhielten, als fokussierende Orte der massenhaften Demonstration des Friedenswillens stilisiert bzw. benutzt werden konnten. Vieles musste man selbst organisieren; einiges ließ sich für die eigenen Zwecke funktionalisieren. Ein solches Massenereignis, das nahezu optimal in den Mobilisierungsfahrplan der „Krefelder“ hineinpasste, war der Evangelische Kirchentag in Hamburg im Juni 1981. Protestantische Pfarrer und Studentengemeinden waren seit Jahren bereits ein lohnenswerter Adressat für neutralistisch-pazifistisch-antimilitaristische Aktionsstrategen.[36] Und auch der Hamburger Kirchentag stand ganz im Zeichen der Kritik an der Aufrüstung der beiden Weltmächte. Auf der Großveranstaltung

34 Siehe etwa die Anzeige in: Der Stern, 15.03.1982, S. 281.

35 Lattmann, Dieter: Krefelder Initiative. Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa o.O. o.J. (1981), S. 22.

36 Vgl. Klatt, Hans-Gerhard: Evangelische Kirche und Friedensbewegung, in: Pestalozzi/Schlegel/Bachmann (Hg.) 1982 (s. Anm. 10), S. 20-24.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Christen für Abrüstung“ sprachen Gert Bastian und Petra Kelly, waren Stars der frommen wie furchtsamen Jugend. Als sich aus dem Kirchentag heraus eine Großdemonstration durch die Hamburger Stadt unter dem Motto „Gegen das atomare Wettrüsten in West und Ost“ formierte, zählten die Beobachter rund 100.000 Teilnehmer. Das „Krefelder Forum“ selbst konnte ebenfalls einen schönen Ertrag seiner Bemühungen bilanzieren; insgesamt 25.000 weitere Unterschriften hatte man bei der Hamburger Protestantenzusammenkunft einwerben können.[37]

Je stärker sich der Unterstützerkreis des Krefelder Appells erweiterte, desto heftiger zirkulierte in Medien und Politik der Vorwurf, es handle sich um ein kommunistisch gesteuertes Unternehmen. Doch in dem Maße, in dem sich die Listen der „Krefelder“ mit Namen füllten, in dem Maße baute sich das anfängliche Übergewicht der Kommunisten und ihrer treuen Epigonen mehr und mehr ab. Der Kommunismus-Vorwurf wirkt im Zuge dieses Prozesses sodann sukzessive übertrieben, nahezu hysterisch. Fast täglich setzte irgendwo in Deutschland ein Prominenter aus Kultur, Sport oder Wissenschaft, über den oder die auch bei schlechtestem Willen keine kommunistische Provenienz zu (re)konstruieren war, seinen Namen unter das Dokument. Zum Krefelder Appell bekannten sich, unter vielen anderen, die Schauspieler Karlheinz Böhm, Curt Bois, Heinz Schubert, Eva Hörbiger, Hansjörg Felmy, Günter Lamprecht, Marius Müller-Westernhagen, Dieter Hildebrandt, Eva Mattes, Henning Venske, Senta Berger, der Fußballprofi Ewald Lienen, die Olympialeichtathleten Jürgen Hingsen, Ulrike Meyfarth, Annegret Richter[38], die Regisseure Erwin Keusch, Hansgünther Heyme, Reinhard Hauff, die Professoren Günter Altner, Jürgen Seifert, Klaus Fritzsche, Erich Huster, Annette Kuhn, Horst-Eberhard Richter, Hartmut v. Hentig, die Pfarrer Heinrich Albertz und Helmut Gollwitzer, die Grünen-Politiker Roland Vogt und Wolf-Dieter Hasenclever, aus der FDP der Jungdemokraten-Vorsitzende Werner Lutz und der frühere Hamburger Parteivize Gerhard Weber; dazu kamen auch die späteren Bundesminister im Schröder-Kabinett Otto Schily und Heidemarie Wieczorek-Zeul. Von den deutschen Schriftstellern äußerten unter anderem ihr Einverständnis Peter Härtling, Luise Rinser, Walter Dirks, Karin Struck, Friedrich Christian Delius, Wolfdietrich Schnurre und der Literaturnobelpreisträger von 1972, Heinrich Böll.[39] Dieser ging, gemeinsam mit seiner Ehefrau Annemarie, offen mit

37 Lattmann (s. Anm. 35), S. 25.

38 Vgl. Gemeinsamer SPD/FDP-Brief. „Krefelder Appell“: Sportler gegen Atomraketen, in: Deutsche Volkszeitung, 30.07.1981; o.V.: Verstärktes Engagement von Bürgern der BRD gegen NATO-Raketenpolitik, in: Neues Deutschland, 13.07.1981.

39 Vgl. Vermerk „Zu den Unterzeichnern des „Krefelder Appells“ gehören“, o.D., in: SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell; vgl. auch Der Atomtod bedroht uns alle, in: Die Zeit, 10.04.1981, online einsehbar unter: http://www.zeit.de/1981/16/Der-Atomtod-bedroht-uns-alle [eingesehen am 09.08.2010].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dem Kommunismus-Verdacht um. Im Juni 1981 erklärte das Ehepaar Böll in einer öffentlichen Stellungnahme:

„Dass auch Kommunisten diesen Appell unterschrieben haben, Kommunisten in anderen europäischen Ländern ihn ebenfalls unterstützen werden, stört uns nicht. Wir hätten nicht das Geringste dagegen einzuwenden, wenn die Sowjetunion sofort mit dem Abbau ihrer SS-20-Raketen beginnen würde. Im Übrigen verwahren wir uns dagegen, als Gegner der Nachrüstung automatisch des Antiamerikanismus bezichtigt zu werden. Wer nicht jeden einzelnen politischen Zug der gegenwärtigen amerikanischen Regierung billigt, wird damit nicht automatisch antiamerikanisch. Wir kennen Amerika (die USA), schätzen es, haben als Übersetzer einiges zum Bekanntwerden der großen amerikanischen Kultur beigetragen – und werden das weiterhin tun. Gegen Nach- oder Aufrüstung bedeutet nicht, Antiamerikanisch zu sein.“[40]

KRITIK AUS DER SOZIALDEMOKRATIE

Andere Gegner der Nachrüstung achteten hingegen stärker auf Distanz zum kommunistischen Umfeld, mochten daher auch nicht, mit der „Krefelder Initiative“ in ein Boot steigen. Das traf – und das war besonders schmerzhaft für die „Krefelder“ – insbesondere und prominent auf den Landesvorsitzenden der baden-württembergischen Sozialdemokraten, Erhard Eppler, zu, den großen Kontrahenten von Kanzler Schmidt in dessen eigener Partei, Vordenker auch des Protests gegen die Atomenergie und die Atomrüstung. In den Gremien seines Landesverbandes warnte Eppler über das Frühjahr 1981 dezidiert davor, mit den „Krefeldern“ gemeinsame Sache zu machen.[41] Das ließ sich aus der besonderen politischen Biographie von Eppler gut verstehen. Er kam aus der Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns, die – nicht zuletzt aus Gründen eigener finanzieller und organisatorischer Defizite – während der 1950er Jahre im Bündnisprojekt mit dem „Bund der Deutschen“ stand, dessen Kopf eben Josef Weber war, der nun als zentrale Koordinierungsperson für den Krefelder Appell fungierte.[42] Auf ihn spielte Eppler an, als er Ende Juni 1981 auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten seine Skepsis gegenüber der „Krefelder Initiative“ begründete:

„Es stimmt, dass die Basis dieses Appells heute sehr breit ist; es stimmt, dass eine Unzahl höchst honoriger Leute diesen Appell unterschrieben haben. Aber liebe

40 Dokumentiert in: Lattmann (s. Anm. 35), S. 29.

41 Vgl. o.V.: SPD-Spitze warnt die Genossen vor „Krefelder Appell“, in: Stuttgarter Nachrichten, 07.04.1981.

42 Vgl. etwa Treffke, Jörg: Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien, Paderborn 2009, S. 133 ff.; Mellies, Dirk: Trojanische Pferde der DDR? Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der frühen Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung. 1953-1973, Frankfurt am Main 2007, S. 40 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Freunde, wenn wir für eine Pluralität in der Friedensbewegung sind, dann kann das ja nicht bedeuten, dass der ‚Krefelder Appell' sozusagen das Lackmus-Papier für die Friedensbewegung wird, sondern ein Teil dieser Friedensbewegung – nicht mehr und nicht weniger. Und jetzt bitte ich euch einmal, einem inzwischen älter Gewordenen abzunehmen, dass jeder von uns aus seinen Erfahrungen heraus lebt. Und ich hatte vor 30 Jahren folgende Erfahrung, die mich geprägt hat. Ich war damals bei Gustav Heinemann; und vor der Wahl 1953 war die Frage, soll die Partei von Heinemann sich verbünden für die Wahlen mit einer Gruppe, die sich damals ‚Bund der Deutschen' nannte und die sich dann später umbenannte in ‚Deutsche Friedensunion' (DFU), und da waren am Schluss Verhandlungen von acht Leuten auf beiden Seiten. Und ich war natürlich bei uns der Jüngste, ich war damals jünger, als mancher, der heute hier sitzt; und da habe ich auf der anderen Seite gemerkt, dass immer, wenn verhandelt wurde, wenn es knapp wurde, alle auf einen Mann geblickt haben, der gar keinen richtigen Namen hat, der aber die Kontakte hatte dahin, wo damals für diese Leute entschieden wurde. Und ich gestehe Euch, als ich diesen ‚Krefelder Appell' mit dieser Unterschrift und von diesem Mann dann zugeschickt bekam, habe ich ihn nicht unterschrieben. […] Und jetzt bitte ich euch, wenn wir eine mehrheitsfähige Friedensbewegung bekommen wollen, das wollen wir doch, dann darf diese Friedensbewegung sich auf der einen Seite sicherlich nicht in einem billigen Antiamerikanismus ergehen, aber wenn ich von meinen Freunden in dieser Partei erwarte, dass sie irgendwann der einen großen Weltmacht, nämlich unserem Verbündeten, ein knappes und ein klares und ein trockenes Nein sagen in Sachen Nachrüstung, dann möchte ich dies nicht gerne tun zusammen mit Leuten, die der anderen großen Weltmacht noch nie ein Nein entgegengesetzt haben und auch nicht die Absicht haben, dies jemals zu tun."[43]

Eppler hatte in jenen Monaten, als Kopf der Anti-Pershing-Fraktion, zweifelsohne eine große Autorität bei den Jungen und Linken in seiner Partei. Aber in seinem Abstand zum Krefelder Appell vermochten die Jusos, ihm nicht zu folgen. Sie schlossen sich auf demselben Bundeskongress, auf dem Eppler seine Ablehnung deutlich machte, dem „Appell" an. Auch einige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete reihten sich in die Krefelder Front ein und setzten sich damit bewusst in Widerspruch zur sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Kanzler Schmidt. Klaus Thüsing gehörte weiter dazu, nun auch Manfred Coppik, Erich Meinike, Horst Peter, Karl-Heinz Hansen. Und der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete der Jahre 1972 bis 1980, der Schriftsteller Dieter Lattmann, nahm zunehmend eine Art Sprechrolle des „Krefelder Forums" ein. Das brachte die sozialdemokratische Parteiführung allmählich in die Bredouille. Am 8. April 1981 sandte der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ein Schreiben an die Landes-, Bezirks- und Unterbezirksgeschäftsführer der Partei, in dem er eindringlich auf den kommunistischen

43 Eppler, Erhard: Ich habe nicht unterschrieben, in: Süddeutsche Zeitung, 04./05.07.1981.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hintergrund der Ausgangsinitiatoren von Krefeld hinwies und die Mitglieder mahnte, in den Reihen der Partei und nicht im Krefelder Bündnis „gegen eine weitere Rüstungseskalation“ zu kämpfen.[44] Im Übrigen aber ging die Organisationsleitung im Bonner „Erich-Ollenhauer-Haus“ auffällig unauffällig mit den Frondeuren in der eigenen Partei um. Der zuständige Organisationsreferent in der „Baracke“ hatte dem Bundesgeschäftsführer entschieden davon abgeraten, „administrativ vorzugehen“, da die Partei durch einen solchen Akt der „Disziplinierung“ ihre Sache nach außen nur schwächen würde.[45] Irgendwelche Parteiordnungsverfahren leitete Glotz in dieser Angelegenheit infolgedessen auch nicht ein. Ihm war klar, dass in der Stationierungsfrage ein Riss mitten durch die Partei ging, dass er mit Disziplinarmaßnahmen oder gar Ausschlussverfahren die Trennung von etlichen tausend Mitgliedern riskiert hätte. Auch die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker kannten die Stimmung in ihrer Ortsvereinsbasis und vermittelten diese an die Bonner Zentrale. So etwa der Bundesminister für Bildung, Björn Engholm, der Anfang April 1981 aus Schleswig-Holstein berichtete:

„Die Leute verstehen die Unlogik nicht mehr: Aufrüsten, um abzurüsten. Overkill, Erstschlag, Zweitschlag – das schockiert, diese Absurdität widerspricht der Lebenserfahrung.“[46]

Zwar entstand auch in der SPD, inspiriert von zwei jungen Sozialdemokraten aus Ostwestfalen-Lippe, ein Friedensmanifest – der sogenannte „Bielefelder Appell“ unter der Überschrift „Mut für eine neue Zukunft“ –, aber dieses wirkte mehr wie ein kleines Derivat des großen Krefelder Appells, und im Laufe der Zeit kam es bei gemeinsamen Auftritten auch zu Formen der personellen Verbrüderung.[47] Als konfrontativer Gegenentwurf verstand sich hingegen die Aktion des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Datteln und Chefredakteurs des Organs der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Horst Niggemeier, der ein wütender Gegner aller Strömungen links von der SPD-Rechten war, die Grünen darin eingeschlossen. Der „Dattelner Appell für Frieden und Freiheit“ begrüßte den NATO-Doppelbeschluss als „eine vernünftige und maßvolle Reaktion des Westens auf die von der Sowjetunion geschaffenen Fakten im Zusammenhang mit der Aufstellung der Atomraketen vom Typ SS-20“. Als Erstunterzeichner hatte der rührige Nig-

44 Schreiben von Peter Glotz an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer sowie Unterbezirke vom 8.4. 1981, in: SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

45 Vgl. Suchanek, Klaus: AL I-Referat Organisation, Vermerk für Peter Glotz, 2.4. 1981, in: Parteiarchiv der SPD, XX Org/Krefelder Appell.

46 Zitiert nach o.V.: „Es gibt eine Explosion von Ängsten“, in: Der Spiegel, 13.4.1981.

47 Empört hierzu Niggemeier, Horst: Diskussion in der SPD über „Krefelder Appell“, in: Der Tagesspiegel, 23.07.1983.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gemeier die beiden Fraktionsvorsitzenden der Volksparteien im Düsseldorfer Landtag, Karl Josef Denzer (SPD) und Kurt Biedenkopf (CDU) gewonnen. Auch die sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstädte Essen, Oberhausen, Bottrop und Mühlheim schlossen sich sogleich an, ebenfalls der CDU-Politiker Walther Leisler Kiep und der Freidemokrat Jürgen W. Möllemann.[48] Als Zielvorgabe hatte man sich selbst die Sammlung von einigen Millionen Unterschriften gesetzt; mehr als einige zehntausend wurden es allerdings nicht. Dabei genoss man nicht nur die Sekundanz der IG-Bergbau.[49] Auch DGB-Chef Heinz Oskar Vetter wetterte gegen die „Einäugigkeit" der Krefelder, unterstützt von Eugen Loderer und Hans Mayr, den Vorsitzenden der mächtigen IG Metall.[50] Doch ernteten diese, wenn sie das auf Gewerkschaftskongressen offen vortrugen, verlässlich Buh-Rufe und Missfallensäußerungen.[51] Besonders die Gewerkschaftsjugend öffnete sich in den Jahren 1980 bis 1983 Zug um Zug für den Krefelder Appell.

In der Tat war der Krefelder Appell zu einem Gravitationszentrum der Bewegungen und Bewegtheiten in jenen frühen 1980er Jahren geworden. Kommunisten waren hier gewiss nach wie vor disziplinierte Träger und unermüdliche Aktivisten im Alltag, um zäh und kontinuierlich die Anhängerschaft für die Krefelder Botschaft auszubauen. Aber diese Anhängerschaft hatte größtenteils mit genuinen kommunistischen Anliegen und Einstellungen nichts im Sinn. Die zunächst kaum erwartbare Resonanz der ursprünglich fraglos kommunistisch lancierten Kampagne ließ den Anteil rundum linientreuer Kommunisten im Krefelder Bündnis konstant schrumpfen – eine nicht ganz selten anzutreffende paradoxe Dialektik des Erfolges.

48 Siehe Bauer, Rudolf: Wachsende Zustimmung für Aufruf aus Datteln, in: Rheinische Post, 06.08.1981; auch o.V.: Parteien begrüßen Dattelner „Friedensaufruf", in: Ruhr-Nachrichten, 25.07.1981; Schmidberg, Claus: Das Glück allein sichert noch nicht den Frieden. Gegen den „Krefelder Appell" die „Dattelner Initiative", in: Neue Ruhr Zeitung, 01.08.1981.

49 Vgl. Vetter, Ernst Günter: Im Notfall auch mit Kommunisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.1981; auch o.V.: Gewerkschaft warnt Parteien vor der DKP, in: Die Welt, 16.04.1981.

50 Vgl. etwa 11. Frauenkonferenz der IG Metall vom 8. September bis 10. September 1982 in Frankfurt, in: Metall Pressedienst, 10.9 1982, in: SPD-Parteiarchiv, XXX/155.

51 Siehe o.V.: IG-Metall Frauen für „Krefelder Appell", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.09.1982.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

VON EVENT ZU EVENT

Und die Resonanz war beträchtlich. Das zweite „Krefelder Forum“, ein Jahr nach der Gründungsveranstaltung im Seidenweberhaus nun in der Dortmunder Westfalenhalle durchgeführt, strotzte vor Stolz und Zuversicht der Krefelder Aktionsführer. Fünfzehntausend überwiegend junge Menschen aus der Republik waren am 21. November 1981 nach Dortmund gereist, hatten zehn Mark Eintrittsgeld bezahlt, um stundenlang beschwörende Friedensreden von nicht weniger als achtzehn Referenten über sich ergehen zu lassen, was das Auditorium allerdings zum Schluss kaum noch ertrug, und um dann Darbietungen von Künstlern im Rahmen eines Kulturprogramms zu lauschen, was offenkundig auf mehr Gefallen der Majorität stieß. Die Veranstalter hatten in der Tat Anlass zur sichtbaren Zufriedenheit. Zunächst konnten sie eine Grußadresse des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters von Dortmund, Günter Samtlebe, verlesen, der damit nicht auf gleicher Linie wie seine OB-Kollegen aus dem Revier lag. Dann durften sie rund 250 Journalisten und Redakteure von vierzehn Fernsehsendern aus aller Welt begrüßen, was in dieser Zeit vor den Privatsendern und der Onlinemedien kein geringer Wert war. Und unter der Hallendecke hing grell ausgeleuchtet die Anzeige: „2,1 Millionen Unterschriften für den Krefelder Appell“.[52]

Durch das Programm führte moderierend der Sozialdemokrat Dieter Lattmann. Mit Tony Benn saß ein bekannter Repräsentant des linken Flügels der Labour-Party auf dem Podium. Aus England kam ebenfalls der renommierte Sozialhistoriker Edward P. Thompson, ein linker Kritiker der Labour Party, der sich 1956 von den Kommunisten getrennt hatte und nun als Protagonist einer neuen, undogmatischen Linken agierte. Als weitere sozialdemokratische Redner waren der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Willi Piecyk und der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik vertreten. Coppik soll, so die Berichterstatter, im Übrigen zusammen mit Gert Bastian den meisten Beifall erhalten haben, wobei Coppik auch eine scharfe Volte gegen seinen Kanzler richtete: „Wir haben Strauß nicht gestoppt, um auf den Umwegen über Reagan und Schmidt eine Politik mitzumachen, die wir von Strauß befürchten mussten.“[53]

Immerhin thematisierten der Juso-Chef Piecyk und die Grünen-Vorsitzende Kelly kritisch die atomare Rüstung der UdSSR.[54] Und sicher nicht unbezeichnend war, dass der Vorsitzende der DKP-Jugendorganisation SDAJ, Werner Stuhrmann, gellend ausgepfiffen wurde, als er Elogen auf die

52 Vgl. den ausführlichen Veranstaltungsbericht von Woikowsky, Rüdiger v.: Ziel und Taktik des Krefelder Appells, in: Die Welt, 04.12.1981.

53 Zitiert nach o.V.: Coppik richtet scharfe Angriffe gegen Schmidt, in: Westfälische Rundschau, 23.11.1981; siehe auch Woikowsky, Rüdiger v.: Coppik contra Schmidt, Bastian contra Apel, in: Die Welt, 23.11.1981.

54 Vgl. o.V.: „Krefelder Initiative“ wiederholt ihre Kritik am Nato-Beschluss, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.11.1981.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vorzüge der sowjetischen Politik anstimmte. Denn mehr als ein Viertel der Anwesenden in der Dortmunder Westfalenhalle war nicht dem Lager der DKP und ihrer Freunde zuzurechnen, wie zumindest der „Gegnerbeobachter" der SPD nach seiner Rückkehr aus Dortmund dem Bundesgeschäftsführer Glotz in einem Vermerk mitteilte.[55]

Andererseits: Die ermüdende Aneinanderreihung der überwiegend stur vom Manuskriptblatt abgelesenen Friedensbeiträge erinnerte frappant an die oft erlebten und vielfach erlittenen Konventionen kommunistischer Großveranstaltungen. Jedenfalls war das Gros der zur passiven Rezeption genötigten Zuhörer heilfroh, als der letzte Frontalvortrag vom Podium zu Ende ging und mit der holländischen Band „Bots" das Kulturprogramm endlich beginnen konnte. Die „Bots" standen seinerzeit im Ruf, so etwas wie „die Hauskapelle der Friedensbewegung"[56] gewesen zu sein. Jedenfalls waren sie im junglinken Spektrum der deutschen Gesellschaft mit ihren Alben „Voor God en vaderland", „Aufstehn!" und „Entrüstung" Kult in diesen frühen 1980er Jahren. Die „Bots" stiegen mit der Friedensbewegung auf und verschwanden mit ihr wenige Jahre danach ebenso wieder aus dem Zentrum der sich währenddessen rapide wandelnden Jugendkultur. Nach den „Bots" gaben auch die Liedermacher des DKP-Milieus, also Dieter Süverkrüp, Hannes Wader, Franz Josef Degenhardt ihre Ständchen, ebenso der Panikrocker Udo Lindenberg. Die Schauspieler Erika Pluhar, Angela Winkler, Hanna Schygulla, André Heller und Dietmar Schönherr rezitierten. Dann erschien der Star des Wochenendes schlechthin auf der Bühne, der amerikanische Bürgerrechtler und Sänger Harry Belafonte, in den 1950er Jahren berühmt geworden durch seinen „Banana Boat Song", in späteren Jahrzehnten dann als „Botschafter des Guten Willens" der UNICEF geadelt. Als er die Hymne der US-Bürgerrechtsbewegung „We shall overcome" anstimmte, erhoben sich die 15.000 Friedensfreunde von ihren Sitzen, zündeten Kerzen an und summten bewegt den Refrain mit.[57] Kitsch und Protest lagen auch damals nicht weit auseinander.

Doch den Gipfelpunkt an Kitsch wie Ernsthaftigkeit, an Größe, Breite und Inszenierung ihrer selbst wie Werbung ebenfalls nach außen erreichten die „Krefelder" ein knappes Jahr danach am 11. September 1982. Man war diesmal in die Spätsommertage gegangen, um sich nicht erneut mit der vergleichsweise knappen Begrenzung größerer Hallen zu bescheiden, sondern durch „Open Air" die Zahl der Akteure und Besucher noch steigern zu können, was ja gleichsam das Gesetz solcher Bewegungen ausmacht. Abermals war eine Stadt des Ruhrgebiets Austragungsort des Friedensevents, in die-

55 Siehe Vertraulicher Vermerk von Wolfgang Biermann, Abteilung IV/2 an Peter Glotz vom 23.11.1981, in: SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

56 Schrader, Wilhelm: „Komm, feiern wir ein Friedensfest", in: Westfälische Rundschau, 13.09.1982.

57 Siehe o.V.: Dortmund: Liedermacher und Rock für den Frieden in Europa, in: Westfälische Rundschau, 23.11.1981.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sem Falle Bochum, genauer: das Ruhrstadion dort. Da alles gesteigert werden sollte, lag auch der Eintrittspreis mit fünfzehn Mark um fünfzig Prozent höher als beim Dortmunder Westfalenhallenspektakel. Statt der 15.000 Besucher von damals pilgerten nach Auskunft der Veranstalter nun 250.000 Bürger, nach Schätzung des *Spiegel* und der *taz* 200.000 Menschen auf das Bochumer Stadiongelände.[58] Jedenfalls hatte es, staunte das Magazin *Der Stern*, „so etwas in der Bundesrepublik noch nicht gegeben. So viele Künstler, so viele Richtungen, so eine Mischung.“[59] Mit Politiker-Reden traktierten die Krefelder das Publikum in Bochum kaum noch. Es dominierten vollauf die „Künstler für den Frieden“, wie der offizielle Titel der „Großveranstaltung zur Unterstützung des Krefelder Appells“ auf Plakaten und in Inseraten ausgewiesen wurde.[60] Das Kulturprogramm lief simultan auf sieben Bühnen – eine Klassik-, Kinder-, Alltags-, Mitmach-, Stadion-, Jugend- und Internationale Bühne – und dehnte sich von vierzehn Uhr bis Mitternacht. Man durfte, wenn man partout wollte, die üblichen Barden des kommunistischen Liedgutes, von Süverkrüp bis Degenhardt, goutieren. Aber man konnte sich auch den Stars der Schlagermusik zugesellen. Gitte Haenning („Ich will 'nen Cowboy als Mann“), Katja Ebstein („Wunder gibt es immer wieder“*)* Bill Ramsey („Wumba-Tumba Schokoladeneisverkäufer“) und Howard Carpendale („Deine Spuren im Sand“) steuerten für den Frieden jedenfalls ebenfalls ihre Hits bei, ohne Gage im Übrigen, was für alle Darbieter dieses Tages galt. Die Palette der Künstler, die sich bereits im Vorfeld für die Bochumer Solidaritätsveranstaltung zu Gunsten des Krefelder Appells engagierten, reichte in der Tat beeindruckend weit: Sie erstreckte sich u.a. von Peter Zadek, Claus Peymann, Jürgen Flimm über Gerhard Polt, Jürgen v.d. Lippe, Karl Dall, Otto Waalkes, Otto Sander, Klaus Schwarzkopf, Siegfried Wischnewski und Knut Kiesewetter, Bill Ramsey, Ulla Meinecke, Konstantin Wecker, Klaus Hoffmann, Klaus Lage, Marius Müller-Westernhagen bis hin zu Ingeborg Drewitz, Elke Heidenreich, Carl Amery, Klaus Schlesinger und Joseph Beuys, um nur einige der vielen prominenten Namen hier zu erwähnen.[61]

Natürlich waren im Ruhrstadion auch die „Bots“, diesmal mit ihrem Song „Wir sind schwach und wir sind klein“, wieder mit von der Partie. Und abermals kreierte der eingeflogene Harry Belafonte den emotionalen Höhepunkt des späten Abends. Belafonte hatte eigens ein Lied für das Bochumer Fest komponiert und geschrieben. Bei jeder Strophe kam ein Teil der Künstler des Tages noch einmal zurück auf die Bühne, die sich auf diese Weise imposant füllte. Die Künstler hakten sich ein. Das Publikum stand –

58 Siehe o.V.: Wechselbäder für den Frieden, in: Der Spiegel, 20.09.1982; Horn, Stefan: Nicht nur die Stones füllen die Stadien, in: die tageszeitung, 13.09.1982.

59 Kolb, Ingrid: Können Schlager Raketen schlagen?, in: Der Stern, 09.09.1982.

60 Siehe die Anzeige, in: Die Neue, 03.09.1982.

61 Vgl. o.V.: „Künstler für den Frieden“ – Großveranstaltung am 11. September in Bochum, in: Unsere Zeit, 15.06.1982.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Feuerzeuge glimmerten, die Wunderkerzen leuchteten – und schaukelten summend Hand in Hand mit. Das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, *Neues Deutschland*, kommentierte begeistert:

„Arm in Arm standen sie, fielen in den hymnischen Gesang ein, wurden schließlich verstärkt durch den größten Massenchor, der gemeinsam seinen unerschütterlichen Willen für Abrüstung und Frieden vortrug. Flutlicht tauchte das Stadion in gleißende Helle, und Hunderttausende wussten, dass sich ihre Kräfte vervielfachen werden."[62]

ENDE DER FRIEDENSPARTY

Das war seit jeher das mathematische Multiplikationsdenken kommunistischer Kampagnen. Aber das konnte in sozialen Bewegungen menschlicher Gesellschaften nicht aufgehen. Irgendwann mussten diese Bewegungen an ihr Limit geraten, da das Potenzial an Persönlichkeiten und Prominenz, an Aktivisten und Fußvolk, an Anhängern und Sympathisanten nicht beliebig fortschreitend zu vervielfachen war. Die Events und Ereignisse stießen an Grenzen von Raum, Aufmerksamkeit und Originalität. Dann pflegen Bewegungen allerdings nicht auf hohem Niveau zu verharren, sondern durch die Entdynamisierung und neue Ziellosigkeit ihrer bisherigen Mobilisierung zurückzugehen, ja: nicht selten zu zerfallen.[63] Zurück bleibt – bestenfalls – die klassische Organisationsofferte ihrer Ausgangsakteure oder die institutionelle Neubildung etwa parteiförmiger Repräsentanzen, die sich fortan zwar eine Zeit lang noch auf den Mythos, gar das Primat der Bewegungen berufen, im Übrigen aber eine davon entkoppelte Struktur professionell gesteuerter und durch verbindliche Reglements fixierter Assoziationen zu konstituieren und zu verfestigen begannen.

Ganz so weit war es zwar nach dem Massenspektakel im Bochumer Ruhrstadion noch nicht. Schließlich wurde gerade das Jahr 1983 zu einem Jahr der Massendemonstrationen gegen die Stationierung von „Pershing II" und „Cruise Missiles".[64] Denn in diesem Jahr kam es darauf an, da in diesem Jahr entschieden werden wollte, ob stationiert wird oder nicht. Erneut

62 Otto, Werner: Das Bekenntnis der Künstler: Jetzt für den Frieden aktiv sein, in: Neues Deutschland, 13.09.1982.

63 Vgl. hierzu Ebert, Theodor: Zur Herkunft und Zukunft der Friedens- und Ökologiebewegung, in: Pestalozzi/Schlegel/Bachmann (Hg.) 1982 (s. Anm. 17), S. 25-32, hier S. 26; Albrecht, Ulrich: Die Rezeption der Raketenkrise durch die Friedensbewegung, in Maruhn/Wilke (Hg.) 2001 (s. Anm. 17), S. 134-150, hier S 134 f.; Schmitt, Rüdiger: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1990, S. 174; Günter Schmid, Sicherheitspolitik und Friedensbewegung. Der Konflikt um die Nachrüstung, München 1982, S. 86.

64 Vgl. auch Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006, S. 79 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

war ein Evangelischer Kirchentag, nun in Hannover, ein wichtiger Ort von Betroffenheitsäußerungen und Motor von kollektiven Aktionen. Das violette Halstuch wurde zum Ausdrucksmittel schlechthin für das Gros der Teilnehmer des Kirchentages. Vier Monate später, am 22. Oktober 1983, demonstrierten republikweit gar über eine Million Menschen gegen die bevorstehende Aufstellung der Mittelstreckenraketen in Europa.

Doch im Vergleich zu den Jahren 1981 und 1982 war es um die „Krefelder Initiative“ stiller geworden. Sie stand nicht mehr so sehr im Mittelpunkt der Organisation und Repräsentanz der deutschen Friedensbewegung. Der Abstimmungsbedarf zwischen den Vereinigungen und Initiativen in den neuen sozialen Bewegungen war derart angestiegen, dass sich im Sommer 1981 ein „Koordinationsausschuss“ der Friedensbewegung als ständiges Gremium mit gewählter Geschäftsführung und Büro in Bonn gebildet hatte, dem Vertreter christlicher Organisationen, sozialdemokratischer Gruppierungen, grüner und unabhängiger Bürgerbewegungen, auch kommunistischer Einrichtungen angehörten. Hier fielen, nach oft langen und hoch kontroversen Debatten, die Entscheidungen über die Mottos, Rednerlisten und Anlässe der Großdemonstrationen, nicht im „Krefelder Forum“.

In der Tat war die Konstellation für die „Krefelder“ 1983 nicht mehr so günstig wie zuvor. Knapp eine Woche nach dem Bochumer Ereignis „Künstler für den Frieden“ war die sozialliberale Bundesregierung zerbrochen; zwei weitere Wochen danach löste Helmut Kohl Helmut Schmidt im Kanzleramt ab. Von da ab bewegten sich die Sozialdemokraten Tag für Tag mehr vom Nachrüstungsbeschluss weg, was zwar ein Ziel der „Krefelder“ war, nun aber ohne große realpolitische Wirkung blieb, da in der neuen Regierung und bei der neuen parlamentarischen Mehrheit die Unterstützung für die Raketenstationierung – im Unterschied zur SPD – ohne jedes Wenn oder Aber ausfiel. Im Übrigen konnten jetzt die Köpfe der vergangenen sozialdemokratischen Entspannungspolitik, ohne die Fesseln der gouvernementalen Nachrüstungsverpflichtungen, ihren zweiten Frühling als Hoffnungsträger friedenspolitischer Sehnsüchte durchleben. Auf dem Kirchentag in Hannover waren nicht mehr die „Krefelder“ Stars des jugendlichen Pazifismus, sondern Egon Bahr und ganz besonders Willy Brandt.[65] Nach Coppik, Thüsing, Hansen oder Lattmann fragte man in den Monaten der großen Renaissance des Friedensnobelpreisträgers von 1971 keiner mehr.

Und im Sommer 1983 konnte man sich immer weniger Illusionen darüber machen, dass die Kohl/Genscher-Regierung dem NATO-Beschluss von 1979 Folge leisten würde. Damit aber gingen der Kernforderung des Krefelder Appells der Adressat, die Voraussetzung und das Ziel verloren. Entsprechend nervös und rhetorisch aggressiv reagierten die Vertreter des „Krefelder Forums“. Am 9. Juni, während des Kirchentages in Hannover, sandten Weber, v. Uexküll, Strässer, Ridder, Niemöller, Kelly und Bastian einen

65 Siehe ebd., S. 95.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Brief an alle Bundestagsabgeordnete, in dem sie den Krefelder Appell apodiktisch als „Zeugnis von dem tatsächlichen Willen der Bevölkerung“ qualifizierten, der Bundesregierung hingegen jedes Mandat für die Stationierung absprachen und die Parlamentarier zur Vorbereitung einer konsultativen Volksbefragung aufforderten. Denn: „Wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit lautet heute die Alternative: Abrüstung oder Vernichtung.“[66] Ähnlich manichäisch und apokalyptisch klangen die Formulierungen in einem am gleichen Tag mitgesandten Begleitkommentar von Josef Weber:

„In dieser Situation der größten Bedrohung des Friedens kann nur noch der millionenfach manifestierte Wille der Völker die Menschheit vor dem Abgrund retten. Widerstand ist mehr denn je Pflicht, insbesondere die unseres Volkes, dessen Existenz unmittelbar bedroht ist. Kohl hat zwar für die Stationierung den Auftrag des amerikanischen Präsidenten, die Zustimmung unserer Bevölkerung dazu hat er nicht. […] Die Alternative lautet heute noch zugespitzter: Abrüstung oder Weltvernichtung.“[67]

Als sich die „Krefelder“ am 17. September 1983 in der Godesberger Stadthalle zu ihrem 3. Forum trafen, hatten sie auch die Losung ihrer Zusammenkunft zugespitzt: „Das atomare Inferno verhindern“, hieß nun das Anliegen der Konferenz.[68] Der Hauptredner der Tagung, der österreichische Sozialphilosoph und Schriftsteller Günther Anders, schlug ebenfalls neue, härtere Töne an, als er das bisherige Dogma des gewaltlosen Widerstandes in Frage stellte.[69] Die Diskussion darüber lief indes in einer nur noch knapp zur Hälfte gefüllten Halle; gerade einmal 600 Leute hatten sich noch nach Godesberg begeben.[70] Die Krefelder Bewegung zerfiel offenkundig – und versuchte, die personelle Schwächung durch martialisch klingende Metaphern und Postulate zu kompensieren.

DIE BEWEGUNG ZERFÄLLT

Als sich der Deutsche Bundestag am 22. November 1983 mehrheitlich für die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen aussprach, war das Anliegen der Initiatoren des Krefelder Appells realpolitisch gescheitert. Für die Friedensbewegung insgesamt bedeutete dieser Tag die Zäsur schlecht-

66 Das Schreiben gefunden in: SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

67 Informationsschreiben von Josef Weber, 09.06.1983, gefunden im SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

68 Vgl. o.V.: Fünf Millionen unterschrieben den „Krefelder Appell“, in: Frankfurter Rundschau, 19.09.1983.

69 Vgl. o.V.: Regierung soll verhandeln statt zu stationieren, in: Bonner General-Anzeiger, 19.09.1983.

70 Vgl. Kahl, Werner: Zuhörerschwund beim „Krefelder Appell“, in: Die Welt, 19.09.1983.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hin.[71] Vereint und verklammert werden konnten die ideologisch sonst oft weit auseinanderliegenden Teile wie Strömungen der Bewegung allein durch die Beschränkung auf das „Nein“ zu den „Pershing“-Waffen. Der Doppelbeschluss hatte gewissermaßen die Heterogenitäten überdeckt und das Oppositionslager für rund drei Jahre integriert. Nun aber fehlte dieser Klebstoff, nun taten sich die Gräben wieder mit Wucht auf. Die einen hatten genug von „Latschdemos“ und friedfertigen Gesängen; sie wollten militant zur Sache gehen, durch Blockaden, Streiks, wenn nötig: physische Gewalt. Andere befürworteten nach wie vor die klassischen Demonstrationskundgebungen. Aus dem Krefelder Lager kamen die meisten Stimmen für eine Volksbefragung. Zusammen ging nun nur noch wenig.

Auch im „Krefelder Forum“ selbst waren die Zentrifugalkräfte nicht mehr zu bändigen. Schon 1981 und 1982 tat sich der DFU-Mann Weber nicht leicht mit Gert Bastian und Petra Kelly. Bastian hatte bereits auf der ersten großen Pressekonferenz des „Krefelder Forums“ im Mai 1981 die Aufrüstung der Sowjets als „Unsinn“ bezeichnet. Kelly hatte sich immer wieder mit der Einflussnahme der DKP auseinandergesetzt und mit dem Bruch gedroht.[72] In ihrer Jungfernrede als Parlamentarierin im Deutschen Bundestag Anfang Mai 1983 stellte sie die deutsche Friedensbewegung in die Gemeinschaft mit Solidarnosc, Charta 77, den Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegungen in der DDR. Exakt darüber kam es im Januar 1984 zum Bruch. Als Kelly und Bastian am 13. Januar 1984 in eine bis weit in die Nacht andauernde harte Debatte dafür eintraten, die DDR-Friedensbewegung in die Aktivitäten des „Krefelder Forums“ hineinzunehmen, verweigerte sich, angeführt von Josef Weber, der Rest. Am 25. Januar erklärten Kelly und Bastian dann schriftlich ihren Austritt aus der „Krefelder Initiative“.[73] Am 19. Februar 1984 informierten sie die Öffentlichkeit über ihre Beweggründe:

„Wer den Krefelder Appell unterschrieben hat, kann stolz darauf sein, mit dazu beigetragen zu haben, das NEIN vieler Millionen zu der von unserer Regierung gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit vollzogenen nuklearen Aufrüstung vor der Geschichte festzuschreiben. Nachdem jedoch Parlament und Regierung den Willen der Mehrheit am 22.11.1983 frivol missachtet haben, ist der Krefelder Appell mit seiner vor diesem Zeitpunkt begründeten Forderung heute nicht mehr ausreichend. Wir wollen ihm deshalb einen neuen, weiter reichenden Inhalt geben und dabei auch die gleichfalls abzulehnende sowjetische Gegenstationierung sowie die nicht hin-

71 Vgl. auch Linn, Gottfried: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wagenlehner, Günther (Hg.): Die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss. Eine Bilanz, Koblenz 1985, S. 131-146, hier S. 144.

72 Vgl. auch Meyer, Thomas: Die Grünen wehren sich gegen eine Umarmung durch die DKP, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 06.04.1982; auch Baron 2001 (s. Anm. 19), S. 211.

73 Hierzu v. Hüllen 2001 (s. Anm. 17), S. 249.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nehmbare Unterdrückung von Friedensbewegungen im Osten mit einbeziehen. Das ist jedoch von den anderen Initiatoren abgelehnt worden. Wir haben daraufhin die Krefelder Initiative verlassen, weil sie ohne weiterreichende Forderungen dem Ernst der jetzt eingetretenen Lage nicht mehr gerecht werden kann."[74]

Die „Krefelder Initiative" nahm nach dem Abgang von Kelly und Bastian allerlei weitere „Persönlichkeiten" auf, aber ihr Einfluss sank rapide.[75] In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bekämpfte man resolutionär noch die „Militarisierung des Weltraums" und die Entwicklung des „Jäger 90", wie man den „Eurofighter" zunächst bezeichnete.[76] Doch verloren sich nur noch wenige hundert Teilnehmer auf den durch und durch ritualisierten Foren der „Krefelder". Zuletzt hörte man im Mai 1990 von ihnen; parallel dazu löste sich im gleichen Monat auch das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" selbst auf.

CUI BONO?

In der Literatur über den Krefelder Appell und die Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre stößt man auf ein zumindest leichtes Übergewicht an Autoren, für welche die Bewegungen jener Jahre kommunistisch unterwandert, ja gesteuert waren. Mitunter schwingt gar eine Art von widerwilliger Bewunderung darüber mit, wie systematisch und zielstrebig die kommunistischen Strategen an ihr organisatorisches Werk gegangen seien. Offenkundig hat die Dauer- oder Vielbeschäftigung mit der kommunistischen Infiltrationspolitik irgendwann dazu geführt, sich die Sichtweise und Urteilsmaßstäbe des präferierten Forschungsgegenstandes selbst zu Eigen gemacht zu haben. Jeder IM der Stasi, der es in Westdeutschland zum Redner auf einem Podium gebracht hatte, war nicht nur in den Augen der damaligen kommunistischen Führungskader auf das Konto erfolgreicher Einflussnahme zu verbuchen, sondern auch aus dem Beurteilungsblickwinkel der explizit dem antikommunistischen Aufklärungsfuror verpflichteten Historiker und Sozialwissenschaftler.

Das manifeste Problem dieser Deutungsweise ist allerdings: Am Ende des Jahrzehnts, von dem hier die Rede ist, stand nicht der Zusammenbruch der von den Kommunisten vermeintlich sturmreif geschossenen parlamentarischen Demokratien des Westens, sondern der Sturz der Ordnungen in den Staaten des Warschauer Pakts. Und zu den Paradoxien dieser Geschichte

74 Offener Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an die Unterzeichner des Krefelder Appells, 19.02.1984, gefunden im SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

75 Vgl. auch Rudzio 1983 (s. Anm. 9), S. 151.

76 Vgl. etwa Huhn, Michael: 7. Krefelder Forum warnt vor Modernisierung, in: Unsere Zeit, 24.10.1988.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gehört insbesondere, dass die kommunistisch lancierte Friedensbewegung zur Implosion des realsozialistischen Lagers wesentlich beigetragen hat. Und das galt keineswegs zuletzt für den Krefelder Appell. Seine erstaunlich weitreichende Resonanz in der westdeutschen Bevölkerung animierte die DDR-Dissidenten Robert Havemann und Rainer Eppelmann im Dezember 1981 dazu, als Pendant einen „Berliner Appell“ unter dem Titel „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu formulieren. Seit dem 25. Januar 1982 zirkulierte dieses Manifest, zu dessen Erstunterzeichnern unter anderem der spätere Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Gerd Poppe, und der Fraktionsvorsitzende dieser Partei im Magdeburger Landtag, Hans-Jochen Tschiche, gehörten. Der „Berliner Appell“ der DDR-Opposition proklamierte: „Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muss zur atomwaffenfreien Zone werden.“[77]

Damit hatte sich der Forderungskatalog der Friedensbewegung nach Osten ausgedehnt, in die DDR-Politik hinein, bis hin nach Moskau. Auf diese Weise war über das Vorbild des Krefelder Appells ein Stück systemgefährdender plebiszitärer Bürgerrechtspolitik nun auch in der im Prinzip hermetisch konstruierten SED-Diktatur angelangt. Als Hilfstruppen für ihr Anliegen fungierten vor allem Petra Kelly, Gert Bastian und andere Grüne, die insgesamt den Kampf gegen die Raketenstationierung mit Bürgerrechtspostulaten und Ökologiekritik in West wie Ost verknüpften und damit eine blockübergreifende Oppositionsströmung nährten.

Auf die protestierende junge Generation der Bundesrepublik wirkte das alles entschieden glaubwürdiger und attraktiver als die eher hölzernen und politisch in der Tat durchweg einseitigen Parolen der orthodoxen Kommunisten.[78] Daher wurden die Grünen unzweifelhaft Gewinner der Friedensbewegung, welche letztlich den Katapult bildete für den Einzug der Partei in den Deutschen Bundestag Anfang 1983. Die undogmatische, auch individualistische, eigensinnige, aller Autorität trotzende Art des politischen Stils der neuen grünen Formation zeigte auch auf junge Kommunisten im gemeinsamen Alltagsumgang der Friedensbewegung Wirkung.[79] Eigentlich sollten die Kommunisten die „politisch naiven“ Akteure der neuen sozialen Bewegungen beeinflussen und auf Kurs bringen. Aber in etlichen Fällen lief es umgekehrt. Am Ende des Jahrzehnts waren die Bundesvorsitzenden der studentischen und arbeitenden Jugend in der DKP aus der Zeit des Krefelder Appells in Opposition zu den kommunistischen Altkadern geraten, standen auf dem Sprung in das Lager der „Ökopaxe“.[80] Der ehemalige SDAJ-Vorsitzende Werner Stuhrmann, der noch auf dem 2. Krefelder Forum in

77 Vgl. hierzu Neubert, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR. 1949-1989, Berlin 1998, S. 408 ff.

78 Auch Baron 2001 (s. Anm. 19), S. 214.

79 Siehe ebd., S. 208; ebenfalls Linn (s. Anm. 71), S. 142 f.

80 Vgl. hierzu und im Folgenden Klemm, Christian: Gespalten, zerstritten und fast bankrott, in: Neues Deutschland, 26.10.2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Dortmunder Westfalenhalle eine Apologie auf die UdSSR zu verbreiten versucht hatte, trat in den 1990er Jahren den Grünen bei und avancierte 1995 zum stellvertretenden Regierungssprecher der ersten rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unter Johannes Rau. Seine Nachfolgerin im Vorsitz der SDAJ, Birgit Radow, übernahm in dieser Zeit die Geschäftsführung von „Greenpeace". Der einstige Chef des „Marxistischen Studenten Bundes Spartakus", Uwe Knickrehm, leitete das Büro der grünen Bundestagsabgeordneten Ulrike Höfken.

Die Grünen also zogen den großen Nutzen aus der Alternativkultur und den friedenspolitischen Aktivitäten jener frühen 1980er Jahre. Und da sie seither mit dem Signum von Pazifismus, Militärkritik und Rüstungskontrolle ausgestattet waren, konnten sie – stärker als alle anderen politischen Parteien – den Rubikon überqueren und mit Verweis auf die Verteidigung der Menschenrechte und des Schutzes von Minderheiten für militärische Interventionen im Ausland eintreten und gouvernemental vollziehen. Vom Krefelder Appell führten viele Wege in die weitere politische Zukunft. In Richtung Stabilisierung der staatssozialistischen Ordnungen indes führte keiner.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das „Heidelberger Manifest“ von 1981

Deutsche Professoren warnen vor „Überfremdung des deutschen Volkes“

ANDREAS WAGNER

Warnungen vor der „Überfremdung des deutschen Volkes“ wurden nicht erst seit Goebbels‘ Agitation vor dem „ungehinderten jüdischen Einfluss im deutschen Geistesleben“[1] im September 1933 laut. Bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik bildeten antisemitische Klischees über die „sprachliche Fremdartigkeit“[2] von Juden die Bausteine mythisch verklärter Hetzargumentationen und Verschwörungstheorien. Über das politische Geschehen hinaus findet der Begriff der „Überfremdung“ auch Anwendung im Bereich der Kultur, Sprache und Wirtschaft. So warnt man beispielsweise in regelmäßigen Abständen vor der Präsenz und dem Einfluss von Anglizismen, der die deutsche Sprache und damit die deutsche Kultur als Ganzes bedrohe.

Dass sich in der Nachkriegszeit mit dem Begriff der Überfremdung nicht nur Ängste in der breiten Bevölkerung schüren ließen, sondern dass dieser Begriff auch und gerade an der Universität, dem vermeintlichen Hort von Rationalität und Aufklärung, wieder Gegenstand einer vermeintlich wissenschaftlichen Begründung von Ausländerfeindlichkeit sein konnte, zeigt das Beispiel einer höchst umstrittenen Publikation, die 1981 mit dem Titel „Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981“[3] an die Öffentlichkeit gelangte.

1 Goebbels, Joseph: Signale einer neuen Zeit. 25 ausgewählte Reden von Dr. Joseph Goebbels (1927-1934), München 1934, S. 213. Zur Genese dieses zunächst kapitalgeprägten Begriffs siehe Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1998, S. 615 ff.

2 Vgl. beispielshalber Wustmann, Gustav: Allerhand Sprachdummheiten: kleine deutsche Grammatik des Zweifelhaften, Falschen und Hässlichen. Ein Hilfsbuch für alle die sich öffentlich der deutschen Sprache bedienen, Leipzig 1891, S. 14.

3 Beide Fassungen des Manifestes können eingesehen werden in: Staeck, Klaus/ Karst, Inge (Hg.): Macht Ali deutsches Volk kaputt?, Göttingen 1982, S. 59 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die fünfzehn beteiligten Professoren äußerten in der Schrift ihre Sorge um das „deutsche Volk“, das durch die hohe Anzahl von zugezogenen Ausländern immer stärker „unterwandert“ und zurückgedrängt werde. Einen rassistischen Vorgang dieser Art hatte es seit dem „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler“ und dem Versprechen einer „volksgebundenen Wissenschaftspflege“[4] rund fünfzig Jahre zuvor nicht mehr gegeben. In einer an die Zeit dieses Hitler-Gelöbnisses vom November 1933 erinnernden Sprache verbreiteten damals Professoren angesehener Universitäten nun ihre Thesen über eine ihrer Meinung nach durch „Zuzug“ und „Überfremdung“ „unterwanderte“ deutsche Gesellschaft.

Doch wie konnte es zu einer derartig ausländerfeindlichen Publikation durch Professoren noch im vom Nationalsozialismus geläuterten Nachkriegsdeutschland kommen? Auf welchen gesellschaftlichen Nährboden traf sie zu Beginn der 1980er Jahre und wie wurde sie rezipiert? Welche zivilgesellschaftliche Wirkung erzielte das Heidelberger Manifest zu seiner Zeit? Und nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob es dazu geeignet war, eine unmittelbare gesellschaftliche Breitenwirkung in der bundesrepublikanische Integrationsdebatte der 1980er Jahre zu entfalten.

GENESE DES MANIFESTS: VOM LESERBRIEF ZUR RESOLUTION

Die Geschichte des Heidelberger Manifests hatte zunächst mit einem Leserbrief des Mineralogie-Professors und späteren Manifest-Autors Helmut Schröcke in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am 22. Januar 1980 begonnen. Bereits darin war der biologistisch-völkische Ausgangspunkt des künftigen Manifests enthalten: „Völker sind (kybernetisch und biologisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch weitergegeben werden. Dabei sind auch die nicht körperlichen Eigenschaften eingeschlossen, die genauso vererbt werden, wie die körperlichen (die Milieu-Theorie ist wissenschaftlich falsch).“ Im August 1980 fand dann ein Kongress der rechtsgerichteten „Gesellschaft für freie Publizistik“ mit dem Thema „Die Zukunft des deutschen Volkes aus biologischer und politischer Sicht“ statt, auf dem mit ähnlicher Argu-

4 Vgl. Schönwälder, Karen: Migration, Refugees and Ethnic plurality as issues of public and political debates in (West) Germany, in: Cesarani, David/Fulbrook, Mary (Hg.): Citizenship, Nationality and Migration in Europe, London/New York 1996, S. 159-178, hier S. 166 sowie Nowak, Kurt: Protestantische Universitätstheologie und "Nationale Revolution", in: Siegele-Wenschkewitz, Leonore/Nicolaisen, Carsten (Hg.): Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus, Göttingen 1993, S. 89-112, hier S. 108.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mentation die „geistigen Waffen“[5] für den Kampf gegen Zuwanderung beschworen wurden. Zu den Initiatoren der Tagung, auf der bereits ein „Schutzbund zur Erhaltung des Deutschen Volkes“ gefordert wurde, gehörte auch Professor Heinrich Schade, ein Mitautor der ersten, sogenannten Unterzeichner-Fassung des Heidelberger Manifests.

Diese erste der beiden Fassungen des Heidelberger Manifests wurde dem Untertitel nach am 17. Juni 1981 gefertigt. In dieser Version äußerten die insgesamt fünfzehn Manifestanten[6] ihre „große Sorge“ vor der „Unterwanderung des deutschen Volkes“ durch den Zuzug von Millionen von Ausländern, der mit der „Unmöglichkeit der Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer“ unweigerlich zu einer der „bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften“ führen müsse. „Völker“, so die Autoren in beinahe wortwörtlicher Anlehnung an die Formulierung aus Prof. Schröckes Leserbrief, seien „biologische und kybernetische Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben“ würden. Dabei habe jedes Volk ein „naturgegebenes Recht“ auf die „Erhaltung seiner Identität“. Die Grundlage dafür seien „lebensvolle und intakte deutsche Familien“ mit „eigenen Kindern“ in Deutschland und Europa. In einem Maßnahmenkatalog zur Verwirklichung der vorgestellten Grundsätze sollten u.a. die „Maschinen wieder zu den Menschen“ gebracht werden. Dies bedeutete nichts anderes, als dass mit einer vermehrten „Rückkehr der Ausländer“ in ihre Heimat eine „ökologische Entlastung“ für die Bundesrepublik als „eines der dichtesten besiedelten Länder der Welt“ erreicht würde. Zur Erhaltung des deutschen Volkes sollte zudem ein Verband samt wissenschaftlichem Beirat und Pressestelle gegründet werden.

Nachdem das Manifest in den folgenden Monaten in einem „Handbuch gegen Überfremdung“ und in weiteren Artikeln rechtsextremer Zeitschriften wie der *Deutschen Wochenzeitung* oder der *Nation Europas* ohne größeres Aufsehen thematisiert worden war,[7] fanden Bonner Studenten den vermut-

5 Nation Europa, H. 11-12/1980, S. 3, zitiert nach Burgkart, Claus: Das „Heidelberger Manifest“ – Grundlage staatlicher Ausländerpolitik?, in: Meinhardt, Rolf (Hg.): Türken raus? oder Verteidigt den sozialen Frieden, Hamburg 1984, S. 141-161, hier S. 147 f.

6 Das Manifest schließt mit einer Aufzählung der Manifestanten des „Heidelberger Kreises“: Professor Dr. phil. habil. Bambeck, Professor Dr. Fricke, Professor Karl Götz, Professor Dr. phil. Haverbeck, Professor Dr. rer. nat. Illies, Professor Dr. theol. Manns, Professor Dr. Dr. Oberländer/Bundesminister a. D., Professor Dr. jur. Rasch, Professor Dr. Riedl, Professor Dr. med. Schade, Professor Dr. rer. nat. Schmidt-Kaler, Professor Dr. rer. nat. Schröcke, Professor Dr. med. Schürmann, Professor Dr. phil. Siebert und Professor Dr. phil. Stadtmüller.

7 Vgl. Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 141.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lich absichtlich abgelegten Text in einer Telefonzelle.[8] Sie benachrichtigten daraufhin den Allgemeinen Studierendenausschuss ihrer Universität, welcher seinerseits den Fund publik machte, so dass die *tageszeitung* am 12. Januar und *Die Zeit* am 5. Februar 1982 erstmals einer breiteren Öffentlichkeit über das Heidelberger Manifest berichtete. Wenig später trat der im September 1981 konstituierte „Schutzbund für das Deutsche Volk" in seiner ersten Sitzung am 23. Januar 1982 öffentlich als der im Manifest geforderte Verband auf und veröffentlichte das Schriftstück in Form von Flugblättern.[9] Die spätere 1. Vorsitzende des „Schutzbundes für das deutsche Volk", Brigitte Finkeißen-Frank, wandte sich bereits im April 1981, also folglich Monate vor der Erstellung der „Unterzeichner-Fassung" des Manifests, mit einer Protestschrift gegen die Eröffnung eines „Japan-Centers" in Heidelberg. Sie benutzte dabei auch bereits einige sprachliche Ausdrücke und Formulierungen aus dem Heidelberger Manifest.[10]

Offenbar als Reaktion auf die starke Pressekritik der vorangegangenen Zeitungsbeiträge, die vor allem an der populistisch-rassistischen Argumentation des Manifests aufgekommen war, veröffentlichte eine veränderte und nun elfköpfige Autorengruppe eine Presseerklärung am 31. Januar 1982. Darin beklagt sie, dass das ursprüngliche Heidelberger Manifest lediglich durch „Indiskretion" und einer „von der radikalen Linken gesteuerten Diffamierungskampagne" in seiner „vorläufigen Form bekannt" gemacht worden sei, die „allein zur Gewinnung weiterer Unterzeichner bestimmt" gewesen sei.[11] Ob die aufgefundenen Flugblätter nur versehentlich oder aber wohlüberlegt zur Auffindung auslagen und damit einer breiten Öffentlich-

8 Die genaue Veröffentlichungsstrategie kann mittlerweile nicht mehr ermittelt werden. Einerseits finden sich Aussagen, dass das Manifest „stapelweise" in Bochumer Telefonzellen gefunden wurde, was eher für eine bewusste Veröffentlichung spricht. Andererseits gibt einer der Initiatoren des Manifestes, Helmut Schröcke, in einem Interview an, feindselige „K-Gruppen" hätten die Schrift ohne weiteres Zutun veröffentlicht; vgl. zur bewussten Veröffentlichungsstrategie AStA Universität Bochum: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch!": Professoren als wissenschaftliches Aushängeschild für rassistischen Kampfbund, Bochum 1982, S. 7 sowie zur Aussage Schröckes ders., in: Kühnert, Hanno: Rassistische Klänge. Was sich deutsche Professoren bei der Unterschrift unter das Heidelberger Manifest dachten, in: Die Zeit 05.02.1982.

9 Vgl. Tomkowiak, Ingrid: „Das Heidelberger Manifest" und die Volkskunde, in: Zeitschrift für Volkskunde, Jg. 92 (1996) H. 1, S. 185-207, hier S. 187.

10 Vgl. dazu Finkeißen-Frank, Brigitte: Kein „Japan-Center"! Bürgerinitiative e.V. Heidelberg, Heidelberg 1981, in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 72 f. sowie Heidenreich, Gert: Notwendige Anmerkungen zu den Unterzeichnern des Heidelberger Manifestes, in: ebd., S. 92-95, hier S. 92.

11 „Mainzer Kreis": Presse-Erklärung zum „Heidelberger Manifest", Mainz 1982, abgedruckt in: Staeck/Karst 1982 (s. Anm. 3), S. 70 ff. sowie Tomkowiak 1996 (s. Anm. 9), S. 190.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

keit zugänglich gemacht wurden, ließ die Gruppe jedoch offen. Stattdessen hieß es, die „versuchte Einschleusung rechtsradikaler Kräfte in das Vorhaben“ habe es unumgänglich gemacht, noch vor dem geplanten Zeitpunkt der Veröffentlichung im März bzw. April „schnellstens alle Unklarheiten und Mißverständnisse […] zu beheben“.[12] Darüber hinaus distanziere sich der nun „Mainzer Kreis“ [13] genannte Verfasserkreis vom neugegründeten Verein „Schutzbund für das Deutsche Volk“, der weder in der Lage noch berechtigt sei, die Aufgaben des geforderten Bundes wahrzunehmen.[14] In der Folge veröffentlichte am 4. Februar 1982 Prof. Dr. Theodor Schmidt-Kaler, einer der Unterzeichner, eine aktualisierte Fassung des Heidelberger Manifests und versendete diese auch an Journalisten, Pressebüros und Redaktionen.[15]

Diese zweite Variante des Manifests, vielfach auch „Öffentlichkeits-Fassung“[16] genannt, enthielt neben weitestgehend gleichlautenden Passagen den entsprechenden appellierenden Impetus und eine im Wesentlichen unveränderte Argumentationskette. Damit hatten die Verfasser ihren Zweck erreicht: Manchen Kritikern erschien sie „moderater“[17], als nunmehr „abgeschwächte“[18] Fassung oder sogar als inhaltlicher Positionswechsel[19]. In der

12 Ebd., S. 70.

13 Der „Mainzer Kreis“ bezeichnet ursprünglich eine ultramontane Vereinigung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die sich in Zirkeln und Publikationen streng katholisch gegen das Staatskirchentum wandte. Ob die namentliche Analogie beabsichtigt war, lässt sich nicht mehr rekonstruieren.

14 Da einige der Autoren der zweiten Fassung bereits bei dem Podiumsgespräch des „Schutzbundes für das deutsche Volk“ mit dem Thema „Wissenschaftliche und ethische Grundlagen des Heidelberger Manifests“ am 23. Januar 1982, nur acht Tage vor der öffentlichen Distanzierung, anwesend gewesen waren, sahen einige Teilnehmer des Symposiums in der Lossagung eine „scheinheilige Heuchelei“. Auf der Tagung bezeichnete Professor Fricke den „Floh klüger als manchen Menschen, da er nur an Menschen gehe, die ihm gesundes Blut zur Verfügung stellten“; siehe dazu Kühnert, Hanno: Von Flöhen und vielen unklugen Menschen. Das erste und das zweite Heidelberger Manifest. Die Seltsamkeiten halten sich in Grenzen, in: Frankfurter Rundschau, 25.02.1982, sowie zur Distanzierung selbst „Mainzer Kreis“: Presse-Erklärung zum „Heidelberger Manifest“, Mainz 1982, abgedruckt in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 70.

15 Bei der Zitation von Passagen aus dem „Heidelberger Manifest“ wird – sofern nicht anders ausgewiesen – stets die Öffentlichkeits-Fassung als Zitiergrundlage verwendet.

16 Unterzeichner waren: Prof. Dr. phil. Bambeck, Prof. Dr. Fricke, Prof. Dr. Haverbeck, Prof. Dr. Illies, Prof. Dr. Manns, Prof. Dr. Rasch, Prof. Dr. Rutz, Prof. Dr. Schmidt-Kaler, Prof. Dr. Schürmann, Prof. Dr. Siebert und Prof. Dr. Stadtmüller.

17 Vgl. dazu Tomkowiak 1996 (s. Anm. 9), S. 188.

18 Siehe Wehrhöfer, Birgit: Das Ende der Gemütlichkeit. Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. TU Braun-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Neufassung war nun nicht mehr von „Unterwanderung des deutschen Volks“ die Rede, es wurde lediglich ein „Vorgang“ beobachtet, der zu einem Zusammenleben mit „fünf Millionen Gastarbeitern und ihrer Familien“ führe. Schmidt-Kaler deutete auf einer Veranstaltung des „Schutzbundes für das deutsche Volk“ mit seiner Warnung vor „völkischen Ausdrucksweisen“ an, in welcher Form diese „Übersetzungen“ zu verwirklichen seien: „Man sagt dann eben Solidarität statt Treue – das ist so einfach.“[20] Die Erneuerungen der zweiten Fassung gingen jedoch über diesen bloßen Austausch von Worten hinaus, da die Veränderungen nicht nur an vereinzelten Worten zu erkennen waren, sondern am Wegfall ganzer Absätze und Definitionen.[21] Gleichwohl wurde aber im Kern auf der Unmöglichkeit der „Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ohne Gefährdung des eigenen Volkes“ bestanden.

Nach der Veröffentlichung der „dem Medienjargon besser angepassten Übersetzung“[22] in der zweiten Fassung des Manifests fiel die Rezeption der rassistischen Schrift in der bundesdeutschen Presse überraschend uneinheitlich aus. Während die Schrift von Teilen der Tagespresse als eine nun „überwiegend vernünftig formulierte, akzeptable Diskussionsgrundlage“ mit einer „nur noch geringen Zahl an Seltsamkeiten“[23] eingeschätzt wurde, erschien sie andernorts als eine „Mischung aus dem Wörterbuch des Unmenschen und Bürokratenjargon“[24]. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages fanden noch deutlichere Worte: Von einer „habilitierten Dummheit“[25] war ebenso die Rede wie von einem „völkisch-rassistischen Machwerk […]

schweig. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 23, November 1997, S. 19 sowie Bade, Klaus: Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen 2004, S. 404.

19 Siehe Jäger, Siegfried: Rassismus im Diskurs. Vortrag bei der Diskussionsveranstaltung von ver.di „Rassistische Sprache in den Medien und Alltag“ am 27.03.2004 in Berlin.

20 Zitiert nach AStA Universität Bochum 1982 (s. Anm. 8), S. 10; siehe auch Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 143.

21 Beispielsweise sei hier verwiesen auf die weggefallene Definition der Völker als „voneinander verschiedene biologisch und kybernetische Systeme höherer Ordnung, deren Systemeigenschaften genetisch und durch Tradition weitergegeben werden“.

22 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 143.

23 Kühnert, Hanno: Von Flöhen und vielen unklugen Menschen. Das erste und das zweite Heidelberger Manifest. Die Seltsamkeiten halten sich in Grenzen, in: Frankfurter Rundschau, 25.02.1982.

24 Stellungnahme von Bochumer Hochschullehrern zum Heidelberger Manifest, in: Frankfurter Rundschau, 04.03.1982.

25 Einwurf von Hugo Brandt, in: Deutscher Bundestag Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 83. Sitzung, 04.02.1982, S. 4947.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

im pseudowissenschaftlichen Gewande“[26], dessen „verhängnisvolle Gedankenverknüpfungen an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte“[27] erinnerten.

Trotz der erheblichen Brisanz der Themen Ausländerfeindlichkeit, Zuwanderung und Immigration in den 1980er und 1990er Jahren blieb die Thematisierung des Manifests in der bundesdeutschen Presselandschaft spärlich. In der rechtsextremen Szene, die zu jener Zeit mit einer Vielzahl von ausländerfeindlichen Publikationen und Hetzschriften den Hass gegen Ausländer schürte, wurde das Heidelberger Manifest allerdings zu einem pseudo-wissenschaftlichen Aushängeschild in der Integrationsdebatte und fungierte in Argumentation, Form und vor allem Sprache als „qualitativer Einschnitt im ideologischen Kampf von Rechts“[28].

„MIT GROSSER SORGE…“: ZUR SPRACHE UND AUSDRUCKSWEISE DES HEIDELBERGER MANIFESTS

Man nimmt an, dass es keine Sprache des Rechtsextremismus gibt, er wird jedoch sichtbar in Form und „Gestalt von Texten und Textfolgen, in denen eine immer gleiche stereotype Ideologie […] aufgefahren wird“[29]. Rechtsextremismus bedient sich dabei der Rhetorik, der Symbolik und normaler Worte und setzt sie zu den bekannten sprachlichen Diskriminierungen, Argumentationen und „begriffliche Duftmarken“[30] zusammen, die ein umfassendes Begründungsgerüst formen, innerhalb dessen bestimmte Themen wie Migration erst „verarbeitet“[31] werden. Diese sprachlichen Kennzeichen und Argumentationen aus dem Heidelberger Manifest sollen im Folgenden skiz-

26 Rede Innenminister Gerhart Baum, in: ebd., S. 4908.

27 Rede Rudolf Dreßler, in: ebd., S. 4947.

28 Elfferding, Wieland: Notiz zum Diskurs des „Heidelberger Manifest“, in: Argumente, Jg. 25 (1983) H. 1, S. 254-260, hier S. 255.

29 Jäger, Siegfried: Rassismus im Diskurs. Vortrag bei der Diskussionsveranstaltung von ver.di „Rassistische Sprache in den Medien und Alltag“ am 27.03.2004 in Berlin. Zur Frage nach der Existenz einer „Sprache des Rechtsextremismus siehe auch Schuppener, Georg: Die Sprache des Rechtsextremismus – Ein lange vernachlässigter Bereich der Forschung, in: ders. (Hg.): Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik, Leipzig 2010, S. 9-14, hier S. 10 f.

30 Buttlar, Horst v.: „Neue Rechte“ in Deutschland. Braune in Nadelstreifen, in: Spiegel Online, 10.10.2003, online einsehbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,268954,00.html [eingesehen am 24.11.2009].

31 Jung, Matthias: Die Sprache des Migrationsdiskurses – ein Überblick, in: ders./Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.): Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über Ausländer in den Medien, Politik und Alltag, Opladen 1997, S. 9-17, hier S. 10.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ziert, die Veränderungen im Vergleich zur zweiten Fassung des Manifests herausgearbeitet und im Hinblick auf ihren rassistischen Diskurs offen gelegt werden.

Auffallend am Heidelberger Manifest sind zunächst die entsprechend sorgsam ausgewählten sprachlichen Formulierungen, die auf den ersten Blick frappant distinguiert oder gar elitär erscheint.[32] Bereits in der ersten Zeile des Manifests verweisen die Autoren selbst auf ihre hohe Stellung. Denn dass auch sie die angenommene Überfremdung „mit großer Sorge" wahrnahmen, erinnert unweigerlich an die Enzyklika „Mit brennender Sorge"[33] des Papstes Pius XI aus dem Jahr 1937.[34] In dem kirchlichen Rundschreiben hatte sich der Pontifex „mit brennender Sorge und steigendem Befremden" über die nach dem Reichskonkordat 1933 bedrohlicher gewordene Situation für die katholische Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus geäußert. Der Symboliken und Gleichnisse damit nicht genug, erschien die Unterzeichner-Fassung mit dem Titel „Das Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981". Mit diesem bewusst gesetzten Fertigstellungsdatum am damaligen „Tag der deutschen Einheit" knüpfte das Manifest an das Datum des DDR-Volksaufstands am 17. Juni 1953 an.[35]

Das Rekurrieren auf eine beruflich exklusive Stellung und den vorbildlichen und einflussreichen gesellschaftlichen Status als „Garantie für Richtigkeit"[36] schlug sich in überaus elaborierten, hypotaktischen Satzstrukturen

32 Zur zusätzlichen „historischen Komponente für die Definition der türkischen Bevölkerung als Ersatzobjekt für Aggression" siehe Leuninger, Herbert: Kirche und Heidelberger Manifest, Referat am 4. Februar 1983 gehalten vor dem Katholischen Arbeitskreis für Fragen ausländischer Arbeitnehmer des Kommissariates der Deutschen Bischöfe, Bonn, online einsehbar unter: http://www.leuninger-herbert.de/herbert/archiv/kirche/83_Heidelberger_Manifest/Referat.htm [eingesehen am 25.11.2009].

33 Die ursprüngliche Fassung der Enzyklika des damaligen Münchner Erzbischofs Kardinal Faulhaber eröffnete mit den Worten: „Mit großer Sorge"; vgl. dazu Voderholzer, Rudolf: Der Papst erwies sich als mutiger Hirte. Zum 70. Jahrestag der Enzyklika „Mit brennender Sorge", in: Die Tagespost, 17.03.2007.

34 Parallel dazu beginnt eine weitere Erklärung mit besagten Worten. In einem offenen Brief u.a. von Thomas Mann, Günter Grass und Theodor W. Adorno aus dem Jahr 1965 hieß es: „Mit großer Sorge beobachten wir die Entwicklung der Deutschen National-Zeitung und die von ihr verbreiteten antisemitischen und im Wesentlichen faschistischen Gedanken"; siehe Assheuer, Thomas/Sarkowicz, Hans: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1992, S. 31 sowie Brüdigam, Heinz: Der Schoß ist fruchtbar noch…, Frankfurt am Main 1965, S. 89.

35 Vgl. hier Gosser, Alfred: Grußwort, in: Staeck/Karst (Hg.)1982 (s. Anm. 3), S. 51.

36 Weiter heißt es in der Pressemeldung, die „achtbaren Titel verleihten dem Manifest ein salonfähiges und einflussreiches Äußeres". Das Manifest ist nicht nur

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nieder. Der erklärende Stil, von distinguierten Fachausdrücken und Bezügen auf geschichtliche Ereignisse und Fakten durchsetzt, sollte beim unvoreingenommenen Leser, der ohne entsprechendes Vorwissen die konstruierten Argumentationen und zum Teil juristischen Interpretationen kaum entschlüsseln konnte, Akzeptanz bewirken.

In dieser wissenschaftlichen Entrücktheit lag jedoch auch Kalkül, warfen die Autoren bei der Abfassung doch ihr ganzes Renommee als akademische Autoritäten in die Waagschale. Als die vermeintlich „letzten, angesehenen und respektierten Würdenträger der Gesellschaft“[37] beklagten sie als Professoren die fehlende Aufklärung der deutschen Bevölkerung etwa im Hinblick auf ein „hemmungsloses Wirtschaftswachstums“, in dessen Wissenslücke nun die Erkenntnisse eines wissenschaftlich begründeten, „unabhängigen Bundes“ schlagen sollten. Die Selbststilisierung der Autoren als kultivierte Sachverständige wird noch einmal in der Schlussfolgerung der „Öffentlichkeitsfassung“ besonders hervorgehoben: Als „Hochschullehrer, zu deren vornehmer Aufgabe und Pflicht es […] gehört, Ausländern […] eine zweckentsprechende und sinnvolle Ausbildung […] zu ermöglichen, müssen wir aufgrund unserer beruflichen Legitimation auf den Ernst der Lage […] hinweisen“. Die Autoren wollten also eine in ihren Augen berufsimmanente Pflicht des Hochschulprofessors wahrnehmen, die Gesellschaft wachrütteln, sie ihres utopischen „multikulturellen Gesellschaftsexperimenten“ entledigen und eine Diskussion über die „Folgen der Masseneinwanderung entfachen“.[38]

Dieses Pflichtverständnis der Verfassergruppe wurde in der „Presse-Erklärung zum Heidelberger Manifest“ des „Mainzer Kreises“ noch weiter präzisiert. Dabei wollte der „Schutzbund des Deutschen Volkes“ die Autoren in einer Legitimationslinie mit den Hochschullehrern der „Göttinger Sieben“ sehen, jenen Universitätsgelehrten also, die sich 1837 in ähnlich aufopferungsvoller Weise für die Einhaltung der Verfassung eingesetzt hätten.[39]

---

aufgrund der gebrauchten Sprache gefährlich, sondern ob seiner Publikation in Zeiten wirtschaftlicher Krisen sowie seiner wissenschaftlichen Bezugnahme auf das Grundgesetz; vgl. dazu Dreßler, Rudolf: Diese Saat darf nicht aufgehen. Anmerkungen zum "Heidelberger Manifest, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, Jg. 37, H. 1/1982, S. 1 f., hier S. 2.

37 Spiewak, Martin: Dr. Schwindel, in: Die Zeit, 27.08.2009.

38 Schwarz, Moritz: „Noch zwei Generationen Zeit“. Der Demographie-Experte Theodor Schmidt-Kaler über die Einwanderung, Helmut Schmidt und das „Heidelberger Manifest“, in: Junge Freiheit, 03.12.2004.

39 Die „Göttinger Sieben“ waren eine Gruppe von sieben Göttinger Professoren, die sich 1837 gegen die Aufhebung der Verfassung im Königreich Hannover stellten und in der Folge entlassen bzw. des Landes verwiesen wurden. Deren opponierendes Erbe wird auch vom „Schutzbund für das deutsche Volk“ für die Autoren des Heidelberger Manifestes beansprucht; vgl. dazu Schutzbund für das deutsche

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Während die „Unterzeichner-Fassung“ keine Angabe über die „vornehme wissenschaftliche Aufgabe, auf den Ernst der Lage hinzuweisen“, beinhaltet hatte, enthielt dies die „Öffentlichkeitsfassung“ und fügt neben vermeintlich zeitgemäßeren Erklärungen die Anmerkung über die persönliche Motivation und Verpflichtung qua „beruflicher Legitimation“ bei. Gerade in der sprachlichen Gegenüberstellung der beiden Fassungen des Manifests wird deutlich, auf welche Punkte die Manifestanten ein besonderes Augenmerk legten, welche Argumente eine Korrektur überdauerten oder welche Passagen nach vielfältiger Kritik in der neuen Fassung revidiert oder sogar widerrufen wurden.

Im direkten Vergleich der Fassungen ist zunächst augenfällig, dass sich beide Versionen in Text- und Absatzlänge bis zum Gebrauch sprachlicher Formulierungen und Begrifflichkeiten im Wesentlichen entsprechen.[40] Eine Ausnahme bilden einige ausgetauschte Schlüsselwörter, deren Begriffsgehalt erheblich von denen der ursprünglich verwendeten Termini abweicht:[41] „Bevölkerung“ stand nun anstatt „Volk“, das paternalistische „Gastarbeiter“ ersetzt den Begriff „Ausländer“, „Vorgang“ stand statt „Unterwanderung“, „Arbeitsgemeinschaft“ statt „Bund“, „lebende Gemeinschaft“ statt „Organismus“ und euphemistisch entschärft „Familienzusammenführung der Gastarbeiter“ statt „Rückkehr der Ausländer“. Auffallend an dieser sprachlichen Reorganisation ist die Vermeidung von Pejorativen wie etwa „Unterwanderung“ oder „Ausländer“. Dafür tauchte in der neuen Fassung nun der Ausdruck „Vorgang“ auf, der auf bürokratische Distanziertheit zum früher verwendeten, emotional aufgeladenen Begriff der „gesellschaftlichen Unterwanderung“ ging.

Trotz der Veränderung in der Begrifflichkeit lag selbst dem sachlicheren „besorgniserregenden Vorgang“ der zweiten Fassung nach wie vor die biologistisch-rassistische Idee zugrunde, nach der Kulturen und Völker voneinander abgeschottete und abzugrenzende Systeme seien, deren organisch-körperliche Vermischung oder die Einschleusung des Fremden eine Bedrohung für deren Existenzen darstellten.[42] Überdies optierten die Manifestanten bei der Lösung zur Wahrung der „geistigen Identität“ für eine „chauvinistische und rassistische Separierung“[43] der Völker um deren eigene Erhal-

Volk: Bekenner, Heidelberg ohne Datum, abgedruckt in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 74 ff.

40 Vgl. dazu Burghart, Klaus et al.: „Heidelberger Manifest“ – Historisch-kritische Ausgabe, in: Kulturrevolution, Jg. 2 (1982) H. 2, S. 6-19.

41 Vgl. Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 143.

42 Vgl. Geiger, Andreas: „Ausländer raus!“ Rechtsradikale Organisationen machen gegen Ausländer mobil, in: Meinhardt (Hg.) 1984 (s. Anm. 5), S. 130-138, hier S. 133 f. Siehe dazu ferner die frühere Publikation mit einem ähnlichen Argumentationsstrang Seeger, Wolfgang: Ausländer-Integration ist Völkermord, Pähl 1980, S. 3 f.

43 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 145 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tung willen. Das Schreckensbild dieser „biologisch-nationalen Existenzbedrohung“ knüpfte dabei an die naturkundlich-wissenschaftliche Analogie einer bedrohten Flora und Fauna an, in der die „bedrohte Spezies“[44] aufgrund ihrer edlen Seltenheit besonders erhaltens- und schützenswert sei.[45]

In ihrem Bedrohungsszenario sahen die Autoren dieses Schutzbedürfnis infolge inhärenter Gegensätze zwischen der proklamierten eigenen, „national geprägten und homogenen Identität auf Grundlage des christlich-abendländischen Erbes“ und den für sie antagonistischen Dimensionen der „Völker, Kulturen oder Identitäten“[46] der Anderen. Den Verfassern zufolge seien diese Gegensätze nicht zu überbrücken. Die Unvereinbarkeit gehe sogar so weit, dass ein etwaiger Austausch oder eine Vermischung zur „Gefährdung des eigenen Volks, seiner Sprache, Kultur und Religion“ führe, mithin gar zu den „bekannten, ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften“[47]. Erst mit der Konstruktion eines homogenen „deutschen Volkes“ im völkisch-propagandistischen Sinne einer „Volksgemeinschaft“[48] erfuhr das Gebot der „Volkserhaltung“ im Manifest inhaltliche Präzisierung. Im Appell für eine „Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie“ verbirgt sich der Aufruf an die Frauen nach steter Steigerung ihrer Gebärfreudigkeit,[49] eine der wesentlichen argumentativen Triebfedern für die Verfassung des Manifests.

Trotz der rassistischen Gedankenstrukturen verwahrten sich die Manifestanten gegen jegliche nationalsozialistischer Analogie, stehen sie ihrer Auffassung nach doch in einer wenig nationalsozialistischen Symbolreihe wie etwa dem DDR-Volksaufstand oder der päpstlichen Enzyklika. Die Autorengruppe sorgt sich zwar aufgrund der Bemerkung der „nichterhaltens-

44 Butterwegge, Christoph: Stirbt „das deutsche Volk“ aus? – Wie die politische Mitte im Demografie-Diskurs nach rechts rückt, in: ders. et al. (Hg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 167-214, hier S. 168.

45 Vgl. zum Diskurs der Angst auch Jäger, Margret/Jäger, Siegfried: Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin 1999, S. 71.

46 Schulte, Axel: Multikulturelle Gesellschaft: Zu Inhalt und Funktion eines vieldeutigen Begriffs, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Multikulturelle Gesellschaft: Der Weg zwischen Ausgrenzung und Vereinnahmung, Bonn 1992, S. 11-40, hier S. 16.

47 Dieser Ausdruck wurde im Zuge der Überarbeitung der „Öffentlichkeitsfassung“ durch den genannten Ausdruck der „Gefährdung des eigenen Volkes“ ersetzt; siehe hierzu Burghart et al. 1982 (s. Anm. 40), S. 7.

48 Vgl. zur Argumentation der Notwehr zum Schutze der „Volksgemeinschaft“ durch die „Heterogenisierung der Bevölkerung durch den Zuzug von Ausländern“ Jäger/Jäger 1999 (s. Anm. 45), S. 70 f.

49 Vgl. Elfferding 1983 (s. Anm. 28), S. 255 sowie Brauner-Orthen, Alice: Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen, Opladen 2001, S. 58 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

werten Völkern“ einem rassistischen Vorwurf ausgesetzt zu werden. Dennoch befürworteten sie das „Wagnis“ der Publikation, da der für notwendig erachtete Bruch der vermeintlichen politisch-sozialen Tabuisierung des Integrationsthemas stattfinden müsse. Der von Étienne Balibar geprägte Begriff des „Rassismus ohne Rassen“[50] beschreibt diese Rassismus-Vermeidungs-Strategie des Manifests sehr genau. Entsprechend dem sogenannten „differentialistischen Rassismus“ der „Neuen Rechten“, der eine Notwendigkeit der Erhaltung von Differenzen postuliert, wurden Völker im Manifest zwar nicht ihrem Wert nach taxiert oder hierarchisiert. Dennoch führe die „Völkervermischung“ zum „Verderben“ der eigenen Kultur. Das „Fremde“ wurde nicht über den Biologismus „Rasse“ definiert, sondern über dessen ethnopluralistische Substitution durch das Merkmal „Kultur“[51]. Da das Wort „Rasse“ nicht mehr verwendet wird, verbleibt es als inhaltliche „Leerstelle im Diskurs“[52]. Stattdessen wird im „Heidelberger Manifest“ der verpönte Begriff der Rasse einfach durch „Volk“ ersetzt, allerdings eingebettet in eine ebenso rassistische Argumentation. Indem aber dieser Begriff des „Volkes“ weiterhin rassistisch gebraucht wird, kann die „Besetzung der Leerstelle“[53] durch den Leser nur mit dem Begriff „Rasse“ möglich sein. Dieser modernisierte Rassismus, bei dem das Wort „Rasse“ von dem ideologisch frei definierbaren Konstrukt „Kulturvolk“ abgelöst wurde, geht auf das Ethnopluralismus-Konzept der Neuen Rechten um Henning Eichberg aus den 1970er Jahren zurück. Eichberg skizziert darin eine Vielfalt der „Rassen“, welche aufgrund ihrer kulturellen Verschiedenartigkeit infolge eines existenziellen Grundrechts zu bewahren sei.[54] Die „Vermischung“ von „Rassen“ oder Völkern sei daher abzulehnen. Obwohl der Rassenbegriff im Manifest also nicht gebraucht wurde, nutzte das Manifest dennoch genuin rassistische Argumente für die Begründung zur Erhaltung der Differenzen zwischen den Völkern.

50 Vgl. dazu den sogenannten „differentialistischen Rassismus“, der die „Schädlichkeit der Grenzverwischung“, die „Unvereinbarkeit der Lebenswelten“ sowie die Furcht vor dem Wegfall der Dominanz bzw. die Überlegenheit einzelner Rassen postuliert; Balibar, Étienne: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg 1990 (2. Aufl.), S. 28 f.

51 Vgl. etwa Virchow, Fabian: Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der Rechten, Wiesbaden 2006, S. 32 f.

52 Elfferding 1983 (s. Anm. 28), S. 256.

53 Ebd.

54 Vgl. Eichberg, Henning: Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München/Wien 1978 sowie weiterführend Stöss, Richard: Rechtsextreme Parteien in Westeuropa, in: Niedermayer, Oskar/ders./ Haas, Melanie (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 521-564, hier S. 525.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die abwehrende Argumentation, die an der rassistischen Fremd-Vertraut-Dichotomie ausgerichtet ist, setzte auf eine emotionale, oft bildhafte Sprache. Beginnend mit der Kulisse eines drohenden und zunehmenden „Sich-Fremd-Fühlens in Wohnbezirken und Arbeitsstätten“ verband das Manifest dabei alltägliche Erfahrungen und Stereotype mit dem zu begründenden Ausschluss von Ausländern. Wohlfahrtsstaatliche Verteilungsfragen wurden als eigentliche rassen- und gruppenbezogene Probleme dargestellt, die sodann ursächlich für wirtschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung seien.[55] Diese Assoziationen vermochten zu Beginn der 1980er Jahre in der Zeit des wirtschaftlichen Abschwungs infolge der zweiten Ölkrise eine ganz besondere Überzeugungskraft zu entwickeln.

Dem Manifest zufolge bewirke der Zuzug von Ausländern aber nicht nur biologischen bzw. organischen Schaden am „Volkskörper“, sondern sorge auf für wirtschaftliche Einbußen. Die Autoren gehen aber noch weiter und sahen, dass neben der Wirtschaft auch die Ökologie der Bundesrepublik in Mitleidenschaft gezogen würde. So heißt es gegen Ende des Manifests, dass die „Familienzusammenführung der Gastarbeiter das überindustrialisierte und an Umweltzerstörung leidende Land entlasten“ werde. Die Erstfassung sprach auf diese Gefahr noch deutlicher an und bemerkte, dass „die Rückkehr der Ausländer für die BRD als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine ökologische Entlastung bringen werde“. Dieser Argumentationsstrang dürfte auf ein Memorandum des Manifestanten Prof. Werner Haverbeck zurückgehen, der als Präsident des „Weltbundes zum Schutze des Lebens“ unter dem Titel „Die Gastarbeiterfrage als ökologisches Problem“[56] bereits im Sommer 1981 diesen Begründungszusammenhang hergestellt hatte.[57]

In der Verbindung von Ausländerfrage und Umweltzerstörung besteht auch eine argumentative Parallele zu früheren Äußerungen bzw. Programmformulierungen der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). So hieß es in

55 Siehe hier neben den Ausführungen des Heidelberger Manifestes nach „Abermilliarden für die Verteidigung des Landes“ auch die beiliegenden Anmerkungen in: „Mainzer Kreis“: „Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik“ als Ergänzung zum Heidelberger Manifest, ohne Ort, ohne Datum, abgedruckt in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 65-69: „Trotz einer Zahl von 4,8 Millionen […] Ausländern […], trotz Folgekosten in dutzendfacher Milliardenhöhe, trotz eines sich gefährlich anhäufenden Konfliktpotentials […].“ Dieser Argumente bedient sich die NPD noch in der Gegenwart; siehe etwa NPD: Nationale Antworten auf die Wirtschaftskrise – Deutsche Arbeit zuerst für Deutsche, in: NPD Medien, 28.04.2009, online einsehbar unter: http://medien.npd.de/dateiablage/fb_krise_arbeit.pdf [eingesehen am 20.11.2009].

56 Vgl. Haverbeck, Werner: Die Gastarbeiterfrage als ökologisches Problem, in: Nation Europa, Jg. 30 (1981) H. 7-8, zitiert nach Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 146.

57 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. S. 146.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einer „Stellungnahme der ÖDP zur Ausländerfrage“ von 1986: „Die Bundesrepublik gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde und kann aus diesem Grund mit Sicherheit kein Einwanderungsland sein. […] Der positive Effekt einer Entlastung der Bevölkerungsdichte durch Verminderung der Geburten darf aber auch nicht durch Zuwanderung von außen wieder beseitigt werden.“[58] Die sprachliche Nähe zum Heidelberger Manifest vermag kaum zu überraschen, da zwei der Unterzeichner des Heidelberger Manifests, Prof. Werner Haverbeck und Prof. Joachim Illies, später als wissenschaftliche Berater im „Ökologischen Rat“ der Partei tätig waren.[59] Wenige Jahre nach der Veröffentlichung des Heidelberger Manifests im Januar 1982 waren das Manifest und dessen Argumente in einem Parteiprogramm und damit in der Mitte der Gesellschaft angelangt. Trotz der eher mäßigen Wahlerfolge der ÖDP hatte die Manifestantengruppe zu Beginn der 1980er Jahre nun neben dem Schutzbund einen weiteren öffentlichen Bezugspunkt zur Verbreitung ihrer Argumente gefunden.

Neben biologistisch-rassistischen Analogien und Verklärungen umfasste das Heidelberger Manifest auch eine juristische Dimension. In der Retrospektive focht der Wegbereiter der Öffentlichkeitsfassung, Prof. Schmidt-Kaler, selbst die erste sogenannte „Schröcke-Fassung“ als „sprachlich aufgeladenes Schriftstück“ an, welches „eher in der Sprache des Grundgesetzes“ verfasst gewesen sei.[60] Doch selbst in der zweiten Fassung, die von Prof. Schmidt-Kaler ausging, waren noch Interpretationen verfassungsrechtlicher Bestimmungen und daraus resultierende juristische Ableitungen enthalten. Die Verfasser sahen sich „beim letzten Versuch aus den Reihen etablierter Eliten, die Folgen der Einwanderung öffentlich zu diskutieren“[61] „entschieden auf dem Boden des Grundgesetzes“ stehend, was ihre Argumentation auf mehreren Überlegungen zum Verfassungsrecht fußen ließ. Sie versuchen eine Ableitung der völkischen Lesart des Begriffs „deutsches Volk“ aus dem Grundgesetz zu begründen, einen Nachweis zur Verpflichtung einer „rassistischen Homogenität“ aus dem verfassungsrechtlichen Wiedervereinigungsgebot zu folgern sowie dem bundespräsidentiellen Amtseid eine „biologischen Erhaltungspflicht“ des „deutschen Volkes“ zu entnehmen.[62] Mithilfe dieser juristischen Auseinandersetzung, die in der

58 Vgl. dazu Wüst, Jürgen: Konservatismus und Ökologiebewegung: eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Frankfurt am Main 1993, S. 130 f.

59 Zitiert nach ebd., S. 133.

60 Schwarz, Moritz: „Noch zwei Generationen Zeit“. Der Demographie-Experte Theodor Schmidt-Kaler über die Einwanderung, Helmut Schmidt und das „Heidelberger Manifest“, in: Junge Freiheit, 03.12.2004.

61 Ebd.

62 Die anfänglichen Flugblätter der „Unterzeichner-Fassung“ enthielten mit dem Titel „‚Grundgesetzlicher Grundwert‘ – Deutsches Volk“ ursprünglich einen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Begründung des Manifests geführt wurde, betrieben die unterzeichnenden Professoren den Versuch, ihren autoritär-appellativen Charakter noch weiter zu verstärken.

In beiden Versionen argumentierten die Verfasser des Heidelberger Manifests auf mehreren thematischen Ebenen und eröffneten in ihrem Papier eine ökologische, eine ökonomische, eine wiedervereinigungsbezogene, eine familiär-pronatalistische, eine schein-rassistische bzw. völkische und eine nationalistische Dimension.[63] Dabei wurden Termini mit dem Ziel umgedeutet, scheinbar tabuisierte Begriffe und offensichtlich rassistische Begründungshaltungen zu vermeiden und deren Demaskierung zu verhindern.

PROFESSOREN ALS MANIFESTANTEN: HEIDELBERG ALS UNIVERSITÄRER MIKROKOSMOS?

Trotz der Heidelberger Herkunftsbezeichnung stammte weder bei der ersten noch bei der zweiten Fassung auch nur ein einziger der Unterzeichner aus der kurpfälzischen Residenzstadt oder hatte an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg einen Lehrauftrag inne. Ab Ende Januar 1982 fanden zwar die ersten Veranstaltungen des aus dem Manifest hervorgehenden „Schutzbundes für das Deutsche Volk“ im Heidelberger Parkhotel Haarlass statt, ein offen erkennbarer Bezug zu Beruf und Nimbus der fünfzehn Autoren zur Universitätsstadt Heidelberg war jedoch nicht gegeben.[64] Obwohl

weiteren Bezug auf die Verfassung, dessen Bedeutung – neben den erwähnten Ausführungen über das Grundgesetz – im Text nicht weiter konkretisiert wurde.

63 Vgl. Langanke, Heiko: Die extremen Rechten in der Bundesrepublik. Ideen, Ideologien, Interpretationen, Hamburg 1996, S. 74; Stefan Gaitanides erkennt in seinem Beitrag zu „Rechtspopulismus und ‚Neorassismus‘“ gar noch eine theologische Dimension, indem er das Zitat Solschenitzyns im Manifest, nach dem „jede Nation die einmalige Facette eines göttlichen Plans“ sei, als theologische Parallele zum „theologisch-metaphysischen Sprachgebrauch der ‚göttlichen Vorsehung‘“ des Nationalsozialismus deutet; vgl. Gaitanides, Stefan: Rechtspopulismus und ‚Neorassismus‘“, in: sozialmagazin, Jg. 19 (1994) H. 11, S. 1-7, hier S. 3. Einen Theologismus sieht außerdem Elfferding in der religiös begründeten Überzeugung der Manifestanten von Europa als „Ganzheit höherer Art“, die eine „christlich-theologische Hegemonievorstellung“ etwa gegen islamisch geprägte und damit nicht-europäische Staaten wie die Türkei zu etablieren sucht; vgl. Elfferding 1983 (s. Anm. 28), S. 260 sowie Virchow 2006 (s. Anm. 51), S. 168.

64 Die bislang einzig erkennbare Verbindung der Autorenschaft zur Stadt Heidelberg bestand mit der Biographie Helmut Schröckes, der Mitte der 1950er Jahre für mehrere Jahre Assistent am mineralogischen Institut in Heidelberg und dort auch Privatdozent gewesen war.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Manifestant Helmut Schröcke zumindest als „spiritus rector“[65] der Formulierungen der ersten Fassung gilt, wurde die bereits erwähnte Vorsitzende der Heidelberger „Bürgerinitiative Kein Japan-Center“, Brigitte Finkeißen-Frank, von den unterzeichnenden Professoren als „treibende Kraft“ und Absenderin der Manifestzusendung benannt. Auch wenn Schröcke angibt, das Manifest sei nach dem Ursprungsort Heidelberg aufgrund seiner zentralen Lage in der Bundesrepublik benannt,[66] wird allgemein angenommen, dass dieser organisatorische Angelpunkt Finkeißen-Franks in Heidelberg sowohl Namensgebung des Manifests wie auch Ort der damaligen Schutzbund-Veranstaltungen bestimmt hatte.[67]

Darüber hinaus scheint jedoch auch eine Berufung auf das wissenschaftlich-kulturelle Erbe Heidelbergs nachvollziehbar. Als „Stadt der Romantik“ sollte das „südliche Athen“ für eine Sehnsucht nach märchenhafter Beschaulichkeit und für die Wiederentdeckung einer gesamtdeutschen, national geprägten Identität stehen. Vor dem Hintergrund einer verbindenden germanischen Mythologie sahen die Romantiker zu Zeiten napoleonischer „Fremdherrschaft“[68] das gemeinsame Bindeglied eines deutschen Volks und Vaterlands als die Grundlage für die Erweckung eines deutschen freiheitlichen Nationalgefühls an.[69] Einer der bedeutendsten Dichterkreise dieser romantischen Bewegung war der sogenannte „Heidelberger Kreis“ um Clemens Brentano und Achim v. Arnim, den die Verfassergruppe mit der identischen Selbstbezeichnung des „Heidelberger Kreises“ zu instrumentalisieren versuchte.

Auch als Universitätsstadt besaß Heidelberg bereits zum damaligen Zeitpunkt eine hervorragende Reputation. Deutschlands älteste Universität aus dem 14. Jahrhundert galt mit ihren sechzehn Fakultäten national wie international als akademisches Aushängeschild, mitunter gar als „Juwel deutscher Gelehrsamkeit“[70]. Man sprach von einem offenen „Heidelberger Geist“, der das „traumhafte Idyll und die beinahe irreale heile Welt der Zivi-

65 Siehe Kühnert, Hanno: Rassistische Klänge. Was sich deutsche Professoren bei der Unterschrift unter das Heidelberger Manifest dachten, in: Die Zeit 05.02.1982.

66 Siehe ebd.

67 Siehe o.V.: Von der „Bürgerinitiative Kein Japan-Center“ zum „Schutzbund für das deutsche Volk“ (SDV), in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 72.

68 Solms, Wilhelm: Grimms Märchen, ein Werk der Romantik?, in: Bormann, Alexander v. (Hg.): Ungleichzeitigkeiten der Europäischen Romantik, Würzburg 2006, S. 249-266, hier S. 250.

69 Siehe Kronenberg, Volker: Patriotismus in Deutschland: Perspektiven für eine weltoffene Nation, Wiesbaden 2006, S. 116 ff.

70 O.V.: Brain power. The world's best universities think globally, in English, in: The Times, 04.11.2004.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lisation“ der Universitätsstadt beschrieb.[71] Dabei erhob das von politischen Diskussionszirkeln geprägte akademische Heidelberg schon früh einen „Führungs- und Sinnstiftungsanspruch“[72]. So erklang es zum Beispiel 1922 aus Heidelberg: „Der deutsche Historiker darf sich heute nicht einfach auf die stille Forschertätigkeit zurückziehen, […] sondern er steht wieder vor der ähnlichen Aufgabe wie der ‚politische Historiker‘ des vergangenen Jahrhunderts […]. Es gilt also, bei der wissenschaftlichen Arbeit den dringenden Bedürfnissen des praktisch-politischen Lebens Rechnung zu tragen.“[73]

Dieser erweiterten akademischen Definition aus Heidelberg, wonach Wissenschaft mehr als *l'art pour l'art* sei und gesellschaftlich wirken müsse,[74] glaubte auch die Manifestantengruppe angesichts der Gefahr des Aussterbens des deutschen Volkes verpflichtet zu sein. Die Autoren, die sich bereits verschiedenste Meriten erworben hatten,[75] entstammten einer Vielzahl von universitären Fachrichtungen; angefangen von den Agrarwissenschaften oder Kunstgeschichte bis zu Fächern wie Mineralogie, Ökonomie oder Zoologie. Und die zum Teil bereits emeritierten oder kurz vor der Emeritierung stehenden Professoren hatten dabei an zahlreichen Standorten gelehrt oder lehrten noch, etwa in Mainz, Karlsruhe, Frankfurt oder München – nur eben nicht in Heidelberg.

Während sich das Gros der Autoren der „Unterzeichner-Fassung“ auch hinter die spätere Version stellte, demonstrierte die öffentliche Distanzierung[76] sowohl des späteren „Mainzer Kreises“ als auch einiger früherer Unterzeichner die brüchige Allianzqualität des Autorenkreises.[77] Bei der zwei-

71 Vgl. dazu Jansen, Christian: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 99), Göttingen 1992, S. 31.

72 Ebd., S. 34.

73 Windelband, Wolfgang: Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit (1494-1919), Stuttgart 1922, S. 1, zitiert nach Jansen 1992 (s. Anm. 71), S. 49 f.

74 Siehe Jansen 1992 (s. Anm. 71), S. 57.

75 Neben ihrer Rolle als statushohe Informationsquellen qua akademischer Facheliten hatten einige Professoren wie etwa Schmidt-Kaler eine öffentliche Expertenrolle bei der Beratung von Regierungen inne; vgl. Schwarz, Moritz: „Noch zwei Generationen Zeit“. Der Demographie-Experte Theodor Schmidt-Kaler über die Einwanderung, Helmut Schmidt und das „Heidelberger Manifest“, in: Junge Freiheit, 03.12.2004.

76 Professor Dr. Manfred Bambeck berief sich im März 1982 auf einen Irrtum und untersagte nach „Erkennung des wirklichen Sachverhalts“ den „weiteren Missbrauch seines Namens“ im Zusammenhang mit dem Manifest; zitiert nach Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 69.

77 Einige der Unterzeichner fühlten sich laut Presseangaben instrumentalisiert, etwa Bundesminister a.D. Oberländer, Prof. Manns und Prof. Schürmann; vgl. dazu Tomkowiak 1996 (s. Anm. 9), S. 190. Des Weiteren gibt es Hinweise auf eine

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten Fassung gehörten die Professoren Götz, Oberländer, Riedl, Schade und auch der Initiator des Manifests Schröcke, nicht mehr dem Kreis der Unterzeichner an, was in der Presseerklärung des Verfasserkreises mit der „Behebung von Missverständnissen" angesichts des „Einschleusens rechtsradikaler Kräfte" begründetet wurde. Ob die Veröffentlichung des Manifests infolge einer Indiskretion aus der Gruppe selbst erfolgte, scheint aufgrund des Zerwürfnisses bzw. der Abspaltung einiger Autoren der Erstfassung zumindest nicht ausgeschlossen. Obwohl die einzelnen Autoren den unterschiedlichsten Prägungserfahrungen unterworfen waren, weist zumindest der prominentere Teil der Manifestantenschaft biographische Gemeinsamkeiten auf, die bereits ihren Anfang im Dritten Reich nehmen.

Der in der zweiten Fassung nicht mehr beteiligte Bundesminister a.D., Theodor Oberländer nahm bereits 1923 am Hitlerputsch in München teil. Er wurde bereits im Mai 1933 NSDAP-Mitglied und im Fortlauf Mitglied des „Deutschvölkischen Schutz-und Trutzbundes" sowie SA-Obersturmbannführer. Ebenfalls in Diensten der SA standen die späteren Geschichtsprofessoren Georg Stadtmüller und Werner Haverbeck. Haverbeck war überdies auch Mitglied der Reichsleitung des NSDAP-Studentenbundes und ab 1933 als Leiter des „Reichsbundes für Volkstum und Heimat".

Während die Prägephase einiger Manifest-Autoren bereits vor der Zäsur des Zweiten Weltkriegs einsetzte, scheint bei einigen zuvor politisch eher passiven Professoren[78] die Unterzeichnung des Heidelberger Manifests selbst eine Initialzündung für die öffentliche Zuwendung zum rechtsextremen Spektrum gewesen zu sein. Helmut Schröcke, der als einer der Mitbegründer des „Schutzbundes für das deutsche Volks" gilt, trat ab den 1980er Jahren wesentlich häufiger öffentlich in Erscheinung.[79] Er fungierte als Presseverantwortlicher beim „Appell der 100"[80] und unterzeichnete noch 1998 den „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfrem-

größere Anzahl von Unterzeichnern, zu denen neben „Hunderten Bürgern" auch insgesamt „bis zu 20 Professoren" zählen sollen; siehe hierzu o.V.: „Grundgesetzlicher Grundwert – ‚Deutsches Volk'. Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981", ohne Ort u. Datum, online einsehbar unter: http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/Heidelberger%20Kreis.htm [eingesehen am 27.11.2009].

78 Vgl. Langanke 1996 (s. Anm. 63), S. 74.

79 Obwohl Professor für Mineralogie, beschäftigte sich Schröcke zunehmend mit historischen Themen wie etwa der Frage „Kriegsursachen – Kriegsschuld des II. Weltkriegs"; vgl. Thurau, Martin: Personalprobleme der schwierigsten Art, in: Süddeutsche Zeitung, 05.03.1999.

80 Der geschichtsrevisionistische „Apell der 100" wendete sich unter Berufung auf die UN-Menschenrechts-Charta gegen die strafrechtliche Verfolgung der Holocaust-Leugnung und trat stattdessen für eine schrankenlose freie Meinungsäußerung bei „begründeten Äußerungen zu bestimmten Fragen der Zeitgeschichte" ein; vgl. dazu Bierl, Peter: Am Metkessel, in: die tageszeitung, 15.06.1996.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dung“[81]. Als Mitglied des bayerischen Landesvorstands des rechtsextremen „Witikobundes“[82] unterzeichnete er überdies zusammen mit dem Astronomieprofessor und Heidelberger Manifestanten Theodor Schmidt-Kaler die sogenannte „Eisenacher Resolution“, die Einwanderung als „Landnahme“ und Ursache für künftige Bürgerkriege betrachtete.[83]

Schmidt-Kaler war bereits zuvor als Bevölkerungswissenschaftler tief in den politisch-konventionellen Strukturen verhaftet gewesen, indem er den Bundesregierungen Schmidt und Kohl als Experte in demographischen und rentenpolitischen Fragen beratend zur Seite stand.[84] Noch in den 1980er Jahren tat er sich jedoch zunehmend als rechtsextremer Publizist hervor und forderte angesichts der „Geburtenkrise infolge eines [vermeintlich] selbst verordneten demographischen Absterbens“[85] [des „deutschen Volkes“] Maßnahmen zu seiner Erhaltung. Dass er noch immer mit dem „Schutzbundes für das deutsche Volk“ in Verbindung steht, zeigt der Vortrag des ehemaligen CDU-Vorsitzende von Witten zum Thema „Deutsches Volk - woher? - wohin?“ zum 25-jährigen Bestehen des Bundes im Sommer 2006. Der bereits angesprochene unterzeichnende Historiker Werner Haverbeck fiel ebenfalls vermehrt mit Publikationen in den späten 1908er Jahren auf, in denen er einen dezidiert ökologisch-protektionistischen Ansatz einer völkisch-kulturellen Identität vertrat, die in seiner verfassungsfeindlichen und inzwischen verbotenen Organisation „Collegium Humanum“ institutionali-

81 Der in großer Auflage erschienene Aufruf übernahm eine dem „Heidelberger Manifest“ ähnliche Argumentation und sprach von einem durch Bundesregierung und deutsche Behörden verursachten „Völkermord“; vgl. Krug, Alexander: Was rechts ist, muss rechts bleiben. Hetzschriften, Pamphlete, Manifeste: Die Thesen des Helmut Schröcke, in: Süddeutsche Zeitung, 05.05.1999.

82 Zu diesem vgl. Dietzsch, Martin: Kader gegen die Fünfundvierziger. Die völkische Gesinnungsgemeinschaft Witikobund, in: Kellershohn, Helmut (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994, S. 133-143, hier S. 138.

83 Siehe hierfür Maegerle, Anton/Hörsch, Daniel: „Der Kampf um die Köpfe“ hat begonnen. Vordenker, Strategen und Wegbereiter rechter Netzwerke, in: Brun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr, Wiesbaden 2004, S. 113-124, hier S. 119.

84 Siehe Burgkart 1984, S. 140 (s. Anm. 5). Zum Demographie-Diskurs im Rechtsextremismus bzw. der Demographieforschung siehe Butterwegge 2002 (s. Anm. 44).

85 Schmidt-Kaler, Theodor: Bevölkerungsfragen auf der Tagesordnung der Zukunft, in: Heck, Bruno (Hg.): Sterben wir aus? Die Bevölkerungsentwicklung ein der Bundesrepublik Deutschland, Basel/Freiburg/Wien 1988, S. 11-47, hier S. 33 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

siert wurde.[86] Und auch Helmut Schröcke publizierte weiter unter Inanspruchnahme der „Vorurteilslosigkeit des Naturwissenschaftlers“ und dem „neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis“ etwa zu den Themen „Kriegsursachen und Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges“[87].

Das Heidelberger Manifest besaß insofern einen rechtsextremistisches Integrationsmoment, als dass insbesondere durch den gegründeten „Schutzbund für das deutsche Volk“ und mittels anschließender Publikationen in rechtsextremen Verlagen Kontakte geknüpft und Strukturen vernetzt werden konnten. Überdies schufen einige Autoren mithilfe ihres publizistischen Bekanntheitsgrades durch die Ansprache des Heidelberger Manifests und ihrem Wirken in entsprechenden Institutionen ein so umfassendes Wirkungsgeflecht im rechtsextremen Spektrum, das allein in ihren Positionen als Universitätsprofessoren nicht denkbar gewesen wäre.

UNIVERSITÄT UND ÖFFENTLICHKEIT: ZIVILGESELLSCHAFTLICHE WÜRDIGUNG DES HEIDELBERGER MANIFESTS

Das Heidelberger Manifest erreichte die breite Öffentlichkeit nur langsam. Nachdem rechtsextreme Zeitschriften vereinzelt die „Unterzeichner-Fassung“ publiziert hatten und im darauf folgenden Jahr die Aufmerksamkeit von Tagespresse und Politik für das Manifest anstieg, wuchs jedoch das Reaktions- und Protestbedürfnis, deren unmittelbarer Ausgangspunkt die Universitäten selbst waren, an denen das Heidelberger Manifest seinen Ursprung fand.

Noch im Januar 1982 erschien ein offener Brief des Präsidenten der Universität Mainz, der sich, besorgt über die unter das Manifest gesetzten Unterschriften einiger Mainzer Professoren, gegen die Interpretation von „Ausländern als Umweltbelastung“ wandte und die „fatalen Assoziationen an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte“ kritisierte.[88] Weitere Protestnoten schlossen sich dieser Darstellung an, wie etwa der Widerspruch von rund vierzig hauptsächlich Frankfurter Professoren, welche sich zusammen mit Jürgen Habermas und Wolfgang Abendroth verstärkt inhaltlich mit dem Heidelberger Manifest auseinandersetzten. In Replik auf das Manifest sahen sich die Unterzeichner veranlasst, zu verdeutlichen, dass der „völkisch-

86 Vgl. Jahn, Thomas/Wehling, Peter: Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den „Republikanern“, Frankfurt am Main/New York 1991, S. 33 ff.

87 Schröcke, Helmut: Kriegsursachen und Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges, Viöl 2000.

88 Harder, Manfred: Brief des Präsidenten der Johannes Gutenberg-Universität Mainz an die „Mainzer Allgemeine Zeitung“, in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 87 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deutsche Grundton des Manifests nicht repräsentativ für die wissenschaftliche und menschliche Haltung deutscher Professoren“ sei. Vielmehr wehrten sie sich gegen eine mögliche Infragestellung „menschlicher und wissenschaftlicher Integrität“ deutscher Professoren, indem sie die „völkisch-nationale Argumentation“ vehement zurückwiesen.[89]

Wesentlich mehr öffentliche Resonanz erzeugte aber das sogenannte „Manifest zur Völkerverständigung“[90] von rund 24 Bochumer Professoren. In ihrer Schrift gaben die Gegenmanifestanten an, es habe ihnen aufgrund der „widerwärtigen Mischung aus dem Wörterbuch des Unmenschen und Bürokratenjargon die Sprache verschlagen“ und forderten die Bevölkerung nicht nur zur Distanzierung vom Heidelberger Manifest auf, sondern auch die Auflösung aller gegründeten Bünde. Außerdem erklärten die Bochumer Professoren ihrerseits die Bereitschaft zur Gründung eines „Arbeitskreises zur Lösung der Integrationsprobleme und gegen den rassistischen Mißbrauch der Wissenschaft“[91], in dem Bochumer Fachwissenschaftler Expertisen zu integrationspolitischen Fragen abgeben sollten.

Es folgten weitere Stellungnahmen und Protestdemonstrationen, wie beispielsweise die von mehreren Hunderten Heidelbergern unterstützte „Aktion für mehr Demokratie“. Ebenso ist der öffentliche Eklat hervorzuheben, der durch die Ohrfeige für Schmidt-Kaler durch eine Zuschauerin im Publikum während einer Fernsehdiskussion der Sendung „Schlag auf Schlag“ im Bayerischen Rundfunk verursacht wurde. Im Anschluss bezeichnete ihn die Zuschauerin als „geistigen Ziehvater ausländerfeindlicher Übergriffe“.[92] Zunehmend reagierten im Jahresverlauf auch zivilgesellschaftliche Institutionen wie Kirche und Gewerkschaften. Der Rat der Evangelischen Kirche etwa lehnte das Heidelberger Manifest und „die ihm zugrunde liegenden Tendenzen“[93] rundherum ab. Bereits zuvor hatten die katholische und die evangelische Kirche sowie der Bundesvorstand des DGB zusammen ein Faltblatt veröffentlicht, welches sich inhaltlich mit den Aussagen des Heidelberger Manifests auseinandersetzte und diese zurückwies.[94] Gleichwohl rief das Heidelberger Manifest zu Beginn der 1980er Jahre aber auch Ak-

89 Siehe die Schrift der unterzeichnenden Professoren in: ebd., S. 84 ff.

90 Siehe den Abdruck der Stellungnahme von Bochumer Hochschullehrern zum Heidelberger Manifest in: ebd., S. 81 ff.

91 Ebd., S. 82 f.

92 Vgl. o.V.: Pressemitteilung 1. April 1982, in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 8 ff. sowie Friedrich, Barbara: Warum ich Schmidt-Kaler eine Ohrfeige verpaßte, in: Meinhardt (Hg.) 1984 (s. Anm. 5), S. 164-167, hier S. 165.

93 Leuninger, Herbert: Kirche und Heidelberger Manifest, Referat am 4. Februar 1983 gehalten vor dem Katholischen Arbeitskreis für Fragen ausländischer Arbeitnehmer des Kommissariates der Deutschen Bischöfe, Bonn, online einsehbar unter: http://www.leuninger-herbert.de/herbert/archiv/kirche/83_Heidelberger_Manifest/Referat.htm [eingesehen am 25.11.2009].

94 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zeptanz, oft gar Wohlwollen hervorrief, da seinerzeit vielfach Ausländer als Schuldtragende für die negative wirtschaftliche Entwicklung ausgemacht wurden. Dazu gehörten Stellungnahmen von Parteien und Organisationen wie der ÖDP, verharmlosende Würdigungen in Zeitungsartikeln aber auch ausländerfeindliche Äußerungen in der Asylmissbrauchsdebatte, die auch im Deutschen Bundestag getätigt wurden.[95]

DIE FÄHIGKEIT ZUR EINFLUSSNAHME: DIE SPHÄRE DER POLITIK UND DAS HEIDELBERGER MANIFEST

„Der Geist des Heidelberger Manifests weht durch die Bundestagsdebatten“[96]. Zu dieser erschreckenden Einschätzung gelangte der Ausländerbeauftragte des bischöflichen Ordinariats Limburg im Februar 1982, wenige Tage nach der Vorstellung der „Öffentlichkeits-Fassung“. Er bezog sich nicht zuletzt auf den Briefwechsel des Bundestagspräsidenten Richard Stücklen (CDU) mit der damaligen Vorsitzenden des „Schutzbundes für das Deutsche Volk“, Brigitte Finkeißen-Frank. Stücklen sprach dabei von Deutschland als einem „von Türken besetzten Staat“ und äußerte Zustimmung über die ethische Definition des „Deutschen Volks“ als Verfassungsbegriff.[97] Laut Stücklen sei „eine das deutsche Volk in seinem traditionellen Bestand überfremdende [sic!] Einwanderungspolitik nicht zu rechtfertigen“[98].

Dabei fiel das Heidelberger Manifest generell in die Zeit der brisanten politischen Debatten um einen Anwerbestopp bzw. eine „Rückkehrförderung“ der 1970er und 1980er Jahre. Ab Mitte der 1970er Jahre wurde die explizite Anwerbung von Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten beendet, vielmehr sollte die „Rückkehrbereitschaft“ der Arbeitsmigranten und ihrer nun nachziehenden Familien erhöht werden, um die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer zu verringern. Schnell wurde jedoch das Scheitern dieses Vorhabens deutlich, da sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik durch eine anhaltende Zuwanderung von Flüchtlingen und vermehrtem Familiennachzug erhöhte. Die Debatte um Asylpolitik und Arbeitsmigration vermengten sich dabei vor einem generell „wachsenden

95 Vgl. Brauner-Orthen 2001 (s. Anm. 49), S. 55 ff. sowie Hunn, Karin: „Nächstes Jahr kehren wir zurück…“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 492 ff.

96 Zitiert nach Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 152. Entsprechendes führt auch der damalige Bundesinnenminister Gerhard Baum an, der dem Abgeordneten Alfred Dregger eine Ähnlichkeit in der Argumentation mit den Heidelberger Manifestanten nachsagt; siehe Deutscher Bundestag Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 83. Sitzung, 04.02.1982, S. 4909.

97 Zitiert nach o.V.: „Unverzichtbarer Zentralwert“, in: Der Spiegel, 13.09.1982.

98 Zitiert nach Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 151.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

akademischen und rassistischen Hintergrund in Europa“[99] zunehmend zu einem ideologisierten und politisierten Überthema, das von zahlreichen Gruppierungen und Parteien debattiert und teilweise stark polemisiert wurde.

Insofern ist es nachvollziehbar, dass zahlreiche Schlussfolgerungen des Manifests ihren Ursprung in bereits erschienenen Publikationen sowie veröffentlichtem Pressematerial hatten.[100] Weitere namhafte Personen aus der Sphäre der Politik und nichtstaatlicher Institutionen stimmten überdies der Logik einer kulturell begründeten Unmöglichkeit der Integration zu. Die Wassermetapher des DRK-Generalsekretärs, in der eine „Überschwemmung durch ethnisch fremde Ausländer“ die „deutsche Nation“ in ihrer „Regenerationsrate“ überlaste und das Versinken in einem „Völkerbrei“ bewirke,[101] knüpfte dabei inhaltlich direkt am Heidelberger Manifest an. Dabei waren auch politische Alltagsäußerungen und Stellungnahmen sprachlich bedenklich, da sie mancherorts apodiktisch die Ableitung des im Manifest geforderten „Vermischungsverbots“ aus dem Grundgesetz zu rechtfertigen und zu protegieren suchten.[102] Und während sich zunehmend Politiker wie der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth gegen einen „ungehemmten Familiennachzug“ aussprachen, erwiderte selbst Helmut Schmidt, es sei „ein Fehler gewesen, so viele Ausländer ins Land gelassen zu haben“.[103] Obwohl sich die letztgenannte im Grunde selbstkritische Aussage vor allem auf die eigene mangelhafte Wirtschafts- und Integrationspolitik bezog, belegt sie doch den der weiteren Migration kritisch gegenüberstehenden Zeitgeist der beginnenden 1980er Jahre in der Bundesrepublik.

Die Vorschläge zur Integrationspolitik, die über beinahe alle Parteigrenzen hinweg anerkannt waren, fanden sich auch in der ersten Regierungserklärung Helmut Kohls vom 13. Oktober 1982 wieder. Sie folgten dabei drei Grundüberlegungen: Integration bereits eingereister Ausländer, Begrenzung weiterer Immigration etwa durch Beschränkung des Familiennachzugs so-

99 Heidenreich 1982 (s. Anm. 10), S. 94. Einige sprachen auch von einem „Indiz für sich anbahnende Bewusstseinsveränderungen in der bundesrepublikanischen Bevölkerung“; Schoeps, Julius H.: Der braune Ungeist feiert wieder fröhliche Urständ, in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 90 f., hier S. 91 bzw. empirisch bei o.V.: Ausländerfeindlichkeit: Exodus erwünscht, in: Der Spiegel, 03.05.1982.

100 Vgl. die Übersicht von Burghart et al. 1982 (s. Anm. 40), S. 6-9.

101 Siehe Hunn 2005 (s. Anm. 95), S. 496. Zur Wassermetapher im Einwanderungsdiskurs siehe u.a. die Studie von Böke, Karin: Die „Invasion“ aus den „Armenhäusern Europas“. Metaphern im Einwanderungsdiskurs, in: Jung/Wengeler/dies. (Hg.) 1997 (s. Anm. 31), S. 164-193, hier S. 175 ff.

102 Vgl. Hunn 2005 (s. Anm. 95), S. 497 f.

103 Zitiert nach o.V.: Ausländer: Schmerzhafte Grenze gezogen, in: Der Spiegel, 07.12.1981.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wie „Rückkehrerleichterungen“ zur Verringerung der Einwandererzahlen.[104] Während Kirchen und Gewerkschaften diesen Plänen eher skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, forderte die vom neuen Bundeskanzler Kohl eingerichtete „Kommission Ausländerpolitik“ von Bund und Ländern, die „sozialen und wirtschaftlichen Belastungen durch zu viele Ausländer“ weiter zu reduzieren,[105] indem elementare Grundrechte beschnitten oder an bestimmte Integrationsleistungen wie etwa Sprachkenntnisse und Gesetzestreue geknüpft werden sollten. In der Folge kam es 1983 nach ohnehin bereits restriktiven Ausländererlassen der Länder mit der Schaffung finanzieller Emigrationsanreize zu einem wenig erfolgreichen Rückkehrhilfegesetz.[106] Der Grundtenor dieser Maßnahmen der Ausländerpolitik jener Zeit schien manchen Beobachtern im gleichen diskriminierenden Maße geformt zu sein, der auch dem Heidelberger Manifest zugrunde lag.[107] Auch wenn den politischen Entscheidungsträgern keine geistige Verwandtschaft mit den Absichten der Manifestanten zu unterstellen ist, so erstaunen doch die ähnlichen Argumente in der Debatte.

Trotz der bereits getroffenen verschärfenden Maßnahmen spitze sich Integrationsdebatte weiter zu, ging es nunmehr um grundsätzlichere Fragen der Realisierbarkeit einer multikulturellen Gesellschaft, inwiefern Deutschland ein Einwanderungsland darstelle oder in welchem Ausmaß es von Ausländerkriminalität und „Asylmissbrauch“ bedroht sei. Dabei stellten in den 1980er Jahren einige Politiker die multikulturelle Gesellschaft grundsätzlich in Frage, so etwa Edmund Stoiber mit dem Schreckensbild einer „multinationalen, durchmischten und durchrassten Gesellschaft“[108]. Einige machten sich obendrein offen Aussagen aus dem Heidelberger Manifest zu eigen: Aus seiner „verfassungsrechtlich-historischen Verantwortung“[109], seiner Geschichte und seinem Selbstverständnis heraus könne sich der westdeutsche Staat nicht zum „Vielvölkerstaat“ wandeln – so etwa der Abgeordnete Carl-Dieter Spranger (CSU).

Auch die Einstellungen in der Bevölkerung verhärteten, ja radikalisierten sich zunehmend: 1978 votierten 39 Prozent der Deutschen für eine Rückkehr der „Gastarbeiter“ in ihre Heimatländer, im März 1982 stimmten

104 So Helmut Kohl bei seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982. Dass die vorgestellte tridimensionale Migrationspolitik bereits wesentlich früher ansetzte, zeigt Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 244-249.

105 Zitiert nach Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 159.

106 Vgl. dazu Herbert 2001 (s. Anm. 104), S. 255.

107 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 154 f.

108 Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin: Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945, Wiesbaden 2000, S. 171.

109 Herbert 2001 (s. Anm. 104), S. 248.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bereits 68 Prozent und 1983 gar achtzig Prozent dafür. Auch beim „Asylkompromiss“ zu Beginn der 1990er Jahre, der einen Anspruchswegfall beim Zuzug durch sichere Drittstaaten vorsah, konnten sich die Gesetzgeber auf ein breites Votum der Bevölkerung stützen: 74 Prozent plädierten für eine Einschränkung des bis dato schrankenlosen Grundrechts auf Asyl.[110]

Die verschiedensten Parteien, Strömungen und Initiativen suchten diese Stimmungsmehrheiten aufzugreifen begannen und eine „Kampagne der Überfremdung“[111] zu initiieren. Allein in den 1980er Jahren gelang rechtsextremen Vereinigungen in mehreren Bundesländern die erfolgreiche Teilnahme an Kommunalwahlen, so der „Bürgerinitiativen Ausländerstopp“ oder der „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“. Auch die NPD und die Republikaner waren in der Umsetzung der xenophoben Grundstimmung in Wahlerfolge durchaus erfolgreich.[112] Die Argumentationslinie hielt sich dabei an die Diktion des Heidelberger Manifests, das von der „Integrationsunfähigkeit kulturell Andersartiger“ und der „Bedrohung der gesellschaftlichen Homogenität“ ausging.[113] Obwohl Ideen und Argumentation des Heidelberger Manifests nicht erstmalig geäußert wurden, sie mitunter bereits in der rechten Szene seit Beginn der 1970er Jahre kursierten, gelangten die Aussagen gerade in den frühen 1980er Jahren inmitten einer radikalisierten Grundstimmung zu großer Popularität. Noch immer zeigen jedoch aktuelle Rechtsextremismusstudien die Empfänglichkeit für derartige Positionen und das weiterhin ausgeprägte und zudem stabile Vorhandensein rechtsextremer Einstellungen von knapp 10 Prozent in der deutschen Gesellschaft.[114]

DAS MANIFEST: „UNWORTE BEREITEN UNTATEN DEN BODEN.“

Aus dem „Heidelberger-„ bzw. späteren „Mainzer Kreis“ entstanden insgesamt vier Texte: Das Heidelberger Manifest in der „Unterzeichner“- und der „Öffentlichkeitsfassung“, die „Presse-Erklärung zum Heidelberger Manifest“ sowie die „Grundzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik als Er-

110 Vgl. o.V.: Talfahrt der SPD zu Ende?, in: Der Spiegel, 17.02.1992.

111 Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000, S. 45.

112 So erlangte die neu gegründete DVU 1987 in der Bremer Bürgerschaft auf Anhieb sechs Mandate, die Republikaner erreichten mit 7,1 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der Europawahl 1989 ihr bislang höchstes Wahlergebnis.

113 Vgl. dazu Funke, Hajo: Schoenbohms Haltung „atmet den Ungeist der Aggression“, in: die tageszeitung, 06.06.1997.

114 Siehe Decker, Oliver et al.: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006, S. 58 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gänzung zum Heidelberger Manifest“.[115] Alle vier Schriften zeichneten das Bild eines kulturell-antagonistischen Fremd-Eigen-Verständnisses und versuchen mithilfe der Textkonstruktionen von kollektiven Opferidentitäten die „verantwortlichen Übeltäter“ für die Heterogenisierung bzw. das Aussterben des „deutschen Volks“ zu identifizieren und wegen ihrer per se „inkompatiblen Kulturdiversität“ zu diskriminieren. Der als Natur- und Umweltschutz ökologisch verbrämte „Rassismus ohne Rassen“ wurde von den Autoren genutzt, die Unmöglichkeit der Integration wissenschaftlich zu beweisen und juristisch zu untermauern. Dabei traten alte Sprachstrukturen und Denkmuster zutage, die in ihrer biologistisch-rassistischen Metaphorik bereits in der Zeit des Nationalsozialismus vor der „Zersetzung des Volkskörpers“[116], dem Verlust der „Weltgeltung des Landes“[117] oder dem „aussterbenden Volk“[118] gewarnt hatten. Im Unterschied dazu erfolgte die Argumentationslinie zwar entlang völkischer Biologismen, ein offener Rassismus wurde dagegen aber ebenso vermieden wie allzu leicht erkennbare dumpfe Angriffe gegen „niedere Völker“. Stattdessen sahen sich die Autoren frei von jeglicher Fremdenfeindlichkeit, gleich mehrmals betonten sie ihre hehren Ziele und ihre lauteren Absichten, deren Ursprung aus Grundgesetz, akademischer Reputation und Fähigkeiten sowie menschlicher Sorge um das ganze „deutsche Volk“ erwachse.

Das Heidelberger Manifest war jedoch bei allem Rekurrieren auf völkisch-ökologische und rassistisch-biologistische Ideale des Nationalsozialismus sowie teilweiser nationalsozialistischer Prägung seiner geistigen Väter nicht einfach eine Wiederholung neonazistischer Parolen durch vermeintlich unbedeutende Wissenschaftler, sondern ging in einer bislang nicht dagewesenen Form von einer Gruppe renommierter akademischer Koryphäen aus. Das Ziel der Veröffentlichungen lag in der Verbreitung der rassistisch gefärbten Inhalte in der gesellschaftlichen Mitte, sowie in der Verankerung der Argumentation in akademischen Zentren der Gesellschaft und bei politischen Entscheidungsträgern. Als akademisches Erklärungsmodell für sozioökonomische Problemfelder wie Arbeitslosigkeit, Integrationsprobleme und Umweltverschmutzung war das Manifest der Versuch mittels Codewörtern die „Koordinaten von der Mitte nach Rechtsaußen zu ver-

115 Sämtliche Texte können eingesehen werden in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 59 ff.

116 Bork, Siegfried: Mißbrauch der Sprache. Tendenzen nationalsozialistischer Sprachregelung, Bern 1970, S. 72.

117 Siehe Butterwegge, Christoph: Biologisierung und Ethnisierung des Sozialen im Demographiediskurs der Bundesrepublik, in: Brunner, José (Hg.): Demographie - Demokratie - Geschichte. Deutschland und Israel (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXV), Göttingen 2007, S. 330-350, hier S. 332 f.

118 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schieben“[119] um damit die Meinungsführerschaft in der bundesdeutschen Migrationsdebatte zu erlangen.

Auch wenn diese Hegemonie im öffentlichen Diskurs nicht erreicht werden konnte,[120] war das Manifest nicht bloße „Spinnerei“[121], „Unsinn“[122], „völkisches Geschwätz“[123] oder gar versehentlicher „Ausrutscher“[124], sondern stellte einen doppelten Tabubruch seiner Zeit dar: einen trügerischen oder inszenierten und einen tatsächlichen Tabubruch. Der inszenierte Tabubruch[125] begann mit dem Vorstoß der Autoren, aus ihrem Manifest einen „letzten Versuch aus den Reihen etablierter Eliten“[126] zu konstruieren, um „die [vermeintlich öffentlich tabuisierten] Folgen der Einwanderung öffentlich zu diskutieren“[127]. Der tatsächliche Tabubruch[128] begann mit der im Nachkriegsdeutschland auf diese Art bislang einzigartigen Publikation und Verbreitung der geäußerten rassistischen Vorstellungen im Heidelberger Manifest durch deutsche Akademiker.

Die Geschichte des Heidelberger Manifests endet indes nicht mit seiner Veröffentlichung. Zahlreiche Repliken und Gegenmanifeste wurden formuliert, Initiativen gegen Nachfolgeorganisationen ergriffen und Beiträge über die beteiligten Autoren und ihre anschließenden Vorhaben verfasst. Die Ablehnung, insbesondere aus den Universitäten und dem bürgerschaftlichen Engagement aus dem Lager, das es eigentlich zu gewinnen galt, überstieg die vereinzelte Aufwertung des Manifests in den Medien als „vernünftig

119 O.V.: „Sie verwenden Codewörter“. Interview mit Verfassungsschützer Möller, in: Spiegel Online, 10.10.2003, online einsehbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,268945,00.html [eingesehen am 20.12.2009].

120 Vgl. Butterwegge 2007 (s. Anm. 117), S. 333.

121 Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 235.

122 So der ehemalige bayrische CSU-Kultusminister Hans Maier zitiert nach Bierl, Peter: Am Metkessel, in: die tageszeitung, 15.06.1996.

123 Brandt, Willy: Grußwort, in: Staeck/Karst (Hg.) 1982 (s. Anm. 3), S. 49 f., hier S. 49.

124 Tomkowiak 1996 (s. Anm. 9), S. 190.

125 Zum Begriff des öffentlich „inszenierten Tabubruchs“ siehe Schröder, Hartmut: Tabu und Tabuvorwurf in der Politik. Kommunikative Aspekte inszenierter Tabubrüche, in: 11. Internationaler Kongress der Deutschen Gesellschaft für Semiotik: Stil als Zeichen. Funktionen - Brüche - Inszenierungen. Kongressdokumentation - Universitätsschriften - Schriftenreihe der Europa-Universität Viadrina, Bd. 24, Frankfurt an der Oder 2006.

126 Schwarz, Moritz: „Noch zwei Generationen Zeit“. Der Demographie-Experte Theodor Schmidt-Kaler über die Einwanderung, Helmut Schmidt und das „Heidelberger Manifest“, in: Junge Freiheit, 03.12.2004.

127 Ebd.

128 Hunn 2005 (s. Anm. 95), S. 500.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

formulierte, akzeptable Diskussionsgrundlage“[129] bei Weitem. Insofern scheint das Heidelberger Manifest auf den ersten Blick als zivilgesellschaftliches Mittel zur Erlangung der Diskurshegemonie in der Bundesrepublik eigentlich zunächst gescheitert zu sein, vor allem da es eher eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für die Ausländerfeindlichkeit der Verfasser sowie deren teilweises Abrutschen in die äußerst rechtsextreme Szene zur Folge hatte. Der tatsächliche ambivalente Erfolg des Heidelberger Manifests wird jedoch erst offensichtlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass der gewünschte Transfer des rechtsextremen Diskurses in die Mitte der Gesellschaft dennoch zeitweise gelang.[130] Teile der Politik machten sich in der Zeit von Grundgesetzänderung und neuer Ausländergesetzgebung die ausländerfeindlichen Sprache und den rassistischen Inhalt des Heidelberger Manifests zu eigen und damit verantwortlich an einer Atmosphäre, die sogar als Pogromstimmung bezeichnet wurde.[131] So enthielten etwa Entschließungsanträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beinahe wortgleiche Formulierungen aus dem Katalog der „Gründzüge und Maßnahmen einer Ausländerpolitik“ der Heidelberger Manifestanten.[132] Andere Parteien hingegen distanzierten sich lediglich der Form halber zwar vom Heidelberger Manifest, sahen jedoch gleichwohl seine restriktive Ausländerpolitik als notwendig an, um „Überfremdungsängsten“ zu begegnen und zu verhindern, dass Deutschland ein Einwanderungsland für „ethnisch Fremde und kulturell Andersartige“[133] werde.

Folgt man den klassischen Merkmalen zivilgesellschaftlicher Bewegungen, so stellt man fest, dass das Heidelberger Manifest nicht als exklusives Informationsmittel diente oder einen offenkundigen Diskursimpuls einer zivilgesellschaftlichen Bewegung darstellte, der von der Öffentlichkeit gar mehrheitlich zustimmend aufgegriffen wurde. Das Manifest verfügte angesichts seiner eher exkludierenden Leitgedanken weder über integrative Motive der Einbeziehung oder der Beteiligung, noch enthüllte es bislang Unveröffentlichtes oder besaß objektiv demokratiefördernde Züge. Vielmehr trug es mit seiner verschleiernden und verborgen rassistischen Argumentation dazu bei, dass die Debatte um Integration und Zuwanderung auf Jahre hinaus weiter verschärft wurde.

In Victor Klemperers linguistischer Analyse zur „lingua tertii imperii“ heißt es, dass Sprache selbst Unbewusstes oder Verborgenes eines Menschen an den Tag bringe, denn „im Stil seiner Sprache liegt sein Wesen hül-

129 Burghart et al. 1982 (s. Anm. 40), S. 15.

130 Siegfried Jäger ist sogar der Ansicht, dass die „Liste der Unterzeichner des Heidelberger Manifests offenbar immer länger werde“; Jäger, Siegfried: Rassismus im Diskurs. Vortrag bei der Diskussionsveranstaltung von ver.di „Rassistische Sprache in den Medien und Alltag“ am 27.03.2004 in Berlin.

131 Vgl. Kantara, John: No Go Deutschland, in: Die Zeit, 22.05.2006.

132 Vgl. Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 152 f.

133 Vgl. ebd., S. 152.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lenlos offen“[134]. Die Betrachtung des Heidelberger Manifests zeigt, dass mit der Abfassung versucht wurde, durch „Übersetzung“ der rassistischen Begriffe in vermeintlich harmlosere Wortkonstruktionen diese Hüllen zu bilden, um das eigentlich rassistische Wesen des Textes möglichst zu verbergen. Die Untersuchung zeigt aber auch, dass die Verwendung der Argumente aus dem Heidelberger Manifest nicht mit der eigentlichen Publikation endet.[135] Noch heute verweisen NPD-Verbände in „zeitgemäßer Aufbereitung“[136] des Sündenbock-Mythos‘ auf das Heidelberger Manifest[137].

Im Mai 2000 mahnte Johannes Rau in seiner Berliner Rede: „Wer sich über die Untaten aus Fremdenfeindlichkeit empört, der darf die Unworte nicht überhören oder gar selber gebrauchen, die viel zu häufig die Runde machen. Unworte bereiten Untaten den Boden.“ Das Heidelberger Manifest suchte in seiner Zeit mit dem Drängen in den Diskurs der gesellschaftlichen Mitte die Vorbereitung dieser „Untaten“. In mancher Hinsicht hat es damit sein Ziel erreicht.

134 Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1975, S. 20 f.

135 Mehr als ein Jahrzehnt nach der Veröffentlichung des Heidelberger Manifests wurde der Begriff „Überfremdung“ zum Unwort des Jahres 1993 gewählt. Die Jury der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ stellte bei der Verwendung des Begriffs eine „Sprachlenkungsmaßnahme“ fest, welche die „undifferenzierteste Fremdenfeindlichkeit argumentativ absichern solle“.

136 Burgkart 1984 (s. Anm. 5), S. 142.

137 Siehe NPD Mittelfranken: Das Heidelberger Manifest von 1981 – aktueller denn je, online einsehbar unter: http://www.npd-mittelfranken.de/?p=163 [eingesehen am 20.10.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Aufbruch 89 – NEUES FORUM“

Der Katalysator der friedlichen Revolution

MICHAEL LÜHMANN

PROLOG

Leipzig, 25. September 1989, die erste geschlossene Montagsdemonstration bahnt sich ihren Weg mitten hinein in die langsam aufbrechende Agonie der DDR-Gesellschaft. An diesem Tag hatten sich Demonstranten erstmals mit dem Ruf „Neu-es Fo-rum zu-las-sen […] zur Bürgerbewegung bekannt, von der sie ein Teil waren“[1]. Die Bürgerbewegung hatte im wahrsten Sinne des Wortes in den Bürgern auf den Straßen der sächsischen Messestadt ihren entsprechenden Ausdruck gefunden. Nur zwei Wochen später, mit der Montagsdemonstration des 9. Oktober 1989, hatten Bürgerrechtsbewegung und Bürgerbewegung – im Gleichschritt – der Revolution zu ihrem Durchbruch verholfen.[2]

1 Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993, S. 23; vgl. auch ders.: „Wir sind das Volk“, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl, Bonn 2005, S. 477-489; vgl. jüngst zu den Montagsdemonstrationen mit weiterführenden Verweisen Jessen, Ralph: Die Montagsdemonstrationen, in: Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 466-480.

2 Vgl. Lühmann, Michael: Als die Demokratie wieder laufen lernte, in: Deutschland Archiv, Jg. 42 (2009) H. 5, S. 887-891; Jankowski, Martin: Der Tag, der Deutschland veränderte - 9. Oktober 1989, Leipzig 2008. Für Charles S. Maier entschied sich „das Schicksal des ostdeutschen Regimes“ am Leipziger Ring an den vier Montagabenden zwischen dem 25. September und dem 16. Oktober; vgl. ders: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main 1999, S. 234; ähnlich auch die Deutung von Bohley, Bärbel: „Eine Bewegung erweist sich als erfolgreich, wenn sie zerfällt“, in: Kukutz, Irena (Hg.): Chronik der Bürgerbewegung NEUES FORUM 1989-1990, Berlin 2009, S. 9-22, hier S. 13.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dem vorausgegangen war eine lange, auch internationale Entwicklung – vom Scheitern des Reformkommunismus in Prag 1968 über den Helsinki-Prozess, die tschechische „Charta 77“, die polnische „Solidarnosc“, Gorbatschows vorsichtige Politik von „Glasnost“ und „Perestroika“, bis hin zur die Grenzöffnung in Ungarn; zudem, für die DDR von größter Bedeutung, die sich formierende und immer stärker öffentlich agierende DDR-Opposition, die Ausreisebewegung und in der Folge die Konstituierung mehr oder weniger fester oppositioneller Vereinigungen bis hin zu Parteien, die beginnenden Demonstrationen in Berlin und Leipzig noch weit vor dem Herbst ’89. All diese Ereignisse markieren, neben vielen anderen, entscheidende Schlaglichter auf dem Weg zur friedlichen Revolution, ohne das den Entwicklungen eine innere Zwangsläufigkeit und Linearität beizumessen wäre.

Denn die Faktoren, die zum „Endspiel“ hinführten und letztlich auch den Verlauf der Revolution entscheidend prägten, waren weitaus vielfältiger,[3] die Entwicklungen häufig erratischer, mal schleichend, mal abrupt, besonnen und eruptiv zugleich, als die große Erzählung, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung bisweilen in einer Mischung aus hegelianischer Geschichtslogik und treitschkescher Überhöhungen des Handelns großer Männer wie Helmut Kohl, Michail Gorbatschow oder George Bush sr. verdichtet hat.[4]

Kurzum, der Untergang des SED-Regimes war das – im Nachhinein mit den Augen des historischen Betrachters möglicherweise zwangsläufige – Ergebnis jahrelangen gesellschaftlichen Stillstands, an dessen Ende eine nachgerade klassische revolutionäre Situation entstanden war: Als die Herrscher nicht mehr so konnten, wie sie wollten, und die Beherrschten sich dem

3 Vgl. zur Vielfältigkeit der Entwicklungen exemplarisch und äußerst pointiert Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Berlin 2009.

4 Vgl. zu diesem noch immer populären Geschichtsbild die vielfältigen medialen Elogen auf Kohl, Bush sr. und Gorbatschow, im Erinnerungsjahr, unter vielen: o.V.: Gedenken an Mauerfall. Gipfeltreffen der Einheitsväter, in: Spiegel Online, 31.10.2009, online einsehbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,658505,00.html [eingesehen am 21.12.2009]; vgl. zu dieser Wahrnehmung in der bundesrepublikanischen Historiographie bis in die jüngste Zeit Cammann, Alexander: 1989 – die ignorierte Revolution, in: Ästhetik und Kommunikation, Jg. 34 (2003) H. 122/123, S. 123-129. Indes hat sich in der Historiographie inzwischen größtenteils, auch geschichtspolitisch motiviert, die Lesart der Revolution und der Macht des Volkes scheinbar durchgesetzt; vgl. zu dieser Wahrnehmung den Literaturbericht von Wentker, Hermann: Friedliche Revolution und Wiedervereinigung in neuer Perspektive? Neuerscheinungen zum Umbruch in Deutschland (Rezension), in: sehepunkte 9 (2009), Nr. 10, online einsehbar unter: http://www.sehepunkte.de/2009/10/15852.html [eingesehen am 15.10.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Druck der Herrscher nicht mehr beugten oder diesem über die ungarischen Grenzen entflohen.

Das auslösende Moment, der Zeitpunkt, die Dynamik der Revolution bis hin zur Deutschen Einheit im Gefolge der „nationalen Wende“[5] blieben dem Betrachter indes immer noch insoweit ein Rätsel, als dass es der Wegmarken, der parallelen und der widerstrebenden Handlungsabläufe so viele gab. Überdies, auch diese letzte, häufig wiederholte Wahrheit der scheinbaren Linearität hin zur deutschen Frage hält dem historischen Urteil insofern nicht stand, als etwa in Plauen schon im Oktober 1989 die Forderungen nach Einheit und Freiheit miteinander verbunden waren.[6] Außerdem: So plötzlich die latente Unzufriedenheit in einen Massenaufbruch mündete, so plötzlich verschiedenste Akteure im breiten Bewusstsein der Bevölkerung auftauchten und wieder verschwanden, so plötzlich war die Revolution in demokratische Bahnen geleitet worden, in der öffentlichen Wahrnehmung kanalisiert in Richtung nationale und wirtschaftliche Einheit. All jene Entwicklungen waren für sämtliche Beteiligte in den entsprechenden Zeitfenstern kaum wahrnehmbar.

Es ist ein Signum, wohl nicht nur dieser Revolution, dass selbst zwanzig Jahre nach 1989 niemand so genau sagen kann, welche Entwicklung, welche Person, welches politische Manifest, welche internationale, welche nationale Entwicklung den entscheidenden Anschub gab – auch weil die Deutungen vielfach durch populäre mediale Urteile und geschichtspolitische Trends überlagert werden. Wie so oft sind es verschiedene kleinere und größere Teile, die ein Ganzes ergeben. Aber das ist nun einmal auch ein Wesensmerkmal dieser Revolution von 1989: Das Handeln verschiedenster Akteure auf vielen Ebenen besaß keine zentrale Koordinierungsstelle, die Revolution lässt sich auch nicht auf eine entscheidende Person, nicht auf einen entscheidenden Ort verdichten, die Faktoren des Zusammenbruchs erscheinen vielfältiger denn je. Nicht zuletzt aufgrund dieses vielgestaltigen Konglomerats an Ursachen, Orten, Personen und Ereignissen der Revolution von 1989 verwundert es eben nicht, dass die friedliche Revolution von 1989 bis heute

5 Vgl. das gleichlautende Kapitel bei Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 118-146.

6 Vgl. zur Kritik an dieser Ereignisabfolge sehr pointiert das Schlusskapitel bei Kowalczuk 2009 (s. Anm. 3), S. 536 ff. Trotzdem ist auch dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Zeitzeugen jene Werkzeuge des Historikers nicht besitzen, die ihn am Ende in den Stand versetzen, die teilweise doch gefühlte innere Zwangsläufigkeit der Prozesse durch öffentliche Wahrnehmung und Verstärkung als unaufhaltsame Entwicklung zu begreifen. Überdies, auch das gilt es zu bedenken, gab es vor 1989 sowie im Verlauf der Revolution immer wieder Bürgerrechtler in fast allen Initiativen, die schon länger für die deutsche Einheit eingetreten waren; vgl. hierzu auch Apelt, Andreas: Die Opposition in der DDR und die deutsche Frage 1989/90, Berlin 2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kein gemeinsamer Erinnerungsort der bundesrepublikanischen Demokratiegeschichte geworden ist.[7]

Und doch lassen sich im Prozess der Revolution Verdichtungen destillieren, an denen Entwicklungen begannen, kulminierten oder aber auch unvermittelt endeten. Eine dieser Verdichtungsphasen ist der Übergang der DDR-Oppositionszirkel in festere organisatorische Strukturen im Spätsommer 1989. Das Gründungsfieber in der DDR-Opposition brachte eine völlig neue Qualität von öffentlichem Aufbegehren. Nicht vereinzelt, sondern geballt trat binnen weniger Wochen ein alter Akteur, die DDR-Opposition, via Gründungsakten und politischen Manifesten in quasi neuen Kleidern auf.

MANIFESTE IN DER DDR

Nun hatten es in der DDR politische Manifeste nicht erst 1989 geschafft, in die staatsoffiziell abgeschlossene Öffentlichkeit hineinzuwirken. Die immer wiederkehrende Kritik Robert Havemanns,[8] Rudolph Bahros „Alternative“[9], das „Manifest des Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ von 1978,[10] der „Berliner Appell“ von 1982, initiiert von Robert Havemann und Rainer Eppelmann[11], nicht zuletzt das „Dialogpapier von SPD und SED“ aus dem Jahr 1987[12] oder aber Rolf Henrichs 1989 erschienene Ana-

7 Vgl. hierzu die weiterführenden Gedanken bei Jarausch, Konrad H.: Der Umbruch 1989/90, in: Sabrow 2009 (s. Anm. 1), S. 526-535.

8 Vgl. zu den Schriften Havemanns Theuer, Werner/Florath, Bernd (Hg.): Bibliographie Robert Havemann. Mit unveröffentlichten Texten aus dem Nachlass, Berlin 2007.

9 Bahro, Rudolph: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977; vgl. zur Reaktion auf Bahro neben vielen Schwenger, Hannes (Hg.): Solidarität mit Rudolf Bahro, Reinbek bei Hamburg 1978.

10 Vgl. zur Wirkungsgeschichte dieses Manifests Geppert, Dominik: Störmanöver. Das „Manifest der Opposition“ und die Schließung des Ost-Berliner „Spiegel“-Büros im Januar 1978, Berlin 1996.

11 Vgl. zur Einführung Wilke, Manfred: Der Berliner Appell 1982. Vortrag vom 6. Februar 2007, online einsehbar unter: http://www.stiftung-aufarbeitung.de/downloads/pdf/ 2007/va070207_Vortrag.pdf [eingesehen am 15.10.2009].

12 Letztlich zeigte sich aber, dass die Erwartungen an das „Dialogpapier“ völlig überzogen waren, die Machthaber in Ost-Berlin nie ernsthaft an den Grundfesten der eigenen Allwissenheit rütteln lassen wollten, weshalb Erhard Eppler 1989 in einer fulminanten Bundestagsrede anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 den Dialog de facto aufkündigte. Dokumentiert u.a. in: Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo: Das SPD-SED-Papier: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Das Originaldokument/Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Mit Beiträgen von Erhard Eppler, Freiburg im Breisgau

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lyse „Der Vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus“ – sie alle wirkten zwar in die DDR hinein. Aber vielfach erzielten sie nur in der Bundesrepublik *öffentliche* Wirkung, wie etwa Bahros „Alternative“, und konnten dort als ein Lebenszeichen einer Opposition oder aber – wie im Falle des „Dialogpapiers“ am Beginn des Dialogprozesses –, als Bereitschaft der SED zur Machtteilung begriffen werden. Auch in den ostdeutschen Oppositionskreisen fanden die Manifeste beständigen Widerhall. Breite öffentliche Bekenntnisse der Bevölkerung blieben aber weiterhin aus.

Erst die Gründungsmanifeste der sich formierenden Oppositionsbewegung im Spätsommer und Frühherbst des Jahres 1989 vermochten es, auch große Teile der Bevölkerung zu erreichen, zur mündigen Mitarbeit zu motivieren. Hier war scheinbar, bereits am Vorabend der Revolution, eine ganz neue Qualität an politischen Manifesten entstanden. Basierten die Generalkritiken, von Havemann bis Henrich, vor allem auf dem Gedanken des reformierbaren Sozialismus und sparten sie nicht an einem, mal mehr, mal weniger breiten philosophischen Hintergrund, so setzten die Manifeste des Spätsommers 1989 häufig auf einem tieferen, konsensfähigeren Level an.[13]

Vor allem das Gründungmanifest des Neuen Forums stach hier heraus. Nicht die qualitativ breite und tiefe Analyse der real existierenden DDR-Gesellschaft, nicht das Verhandeln konkreter politischer Standpunkte, nicht die öffentliche Selbstvergewisserung altbekannter kritischer Gegenmeinungen stand im Vordergrund, sondern der initiative Grundgedanke des konkreten gesamtgesellschaftlichen Aufbruchs. Die Forderungen beschränkten sich zugleich nicht auf Teile der politischen Arena, sondern setzten am verfassten Grundkonsens der real existierenden DDR an, indem sie den Führungs- und Deutungsanspruch der SED der kritischen Revision des Volkes zu unterziehen gedachten.

Das Gründungsmanifest des Neuen Forums,[14] das im Folgenden näher beleuchtet werden soll, setzte sich deutlich von den in der Bevölkerung zwar teilweise rezipierten, jedoch nicht zum aktiven Aufbruch anleitenden Analysen der 1970er und 1980er Jahre ab. Dies vor allem, weil die Initiatoren, im Gegensatz zu anderen Gründern von Bürgerbewegungen, Initiativen und Parteien, die Analyse kurz und allgemein hielten und sogleich auf ein ausgefertigtes Reformkonzept verzichteten. Kurzum, das Neue Forum konnte

1988; vgl. zur Wirkungsgeschichte Giebeler, Karl et al. (Hg.): Das SPD-SED-Dialogpapier. Ist mit der Ideologie auch der Streit erledigt?, Bad Boll 2003.

13 Die Gründungsmanifeste der DDR-Opposition sind abgedruckt in: Rein, Gerhard: Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus; Texte, Programme, Statuten von Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, SDP, Böhlener Plattform und Grüne Partei in der DDR, Berlin 1989.

14 Vgl. Gründungsaufruf Aufbruch 89 – Neues Forum, 10.9.1989, in: Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft, Archivbestand Neues Forum, RHG/ NFo 344.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

durch die niederschwellige Analyse, die Offenheit der Lösungsansätze und eine breite Solidarisierung, etwa unter DDR-Künstlern, anfänglich die meisten Unterstützer an sich binden und stach somit auch am deutlichsten aus der Masse an Initiativen und Resolutionen heraus.

GRÜNDUNGSFIEBER

Mit einem bereits konkret ausgearbeiteten Plan und einem ausformulierten politischen Gründungsmanifest überwanden jedoch zuvor, im Spätsommer 1989, als Erste Martin Gutzeit und Markus Meckel mit dem „Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR“[15] die organisatorische und schwer zuzuordnende Unverbindlichkeit in der Oppositionsszene. Wenngleich beide mit der konkreten Gründung der SDP noch bis zum 40. Jahrestag der DDR – weitestgehend aus machttaktischen Gründen – warteten, war der Damm hier endgültig gebrochen. Binnen weniger Tage und Wochen sollten sich weitere Initiativen, Bürgerbewegungen und Parteien gründen.[16]

Indes, bis der Damm brach, hatte hinter den meisten Initiatoren bereits ein langer Weg gelegen. Die Wurzeln vieler oppositioneller Biographien reichten weit zurück, waren in ihrer Vielgestaltigkeit sowohl thematisch als auch biographisch breit gefächert. Vielfach nahmen politische Erweckungserlebnisse untergründig in den schwankenden, langen 1960er Jahren irgendwo zwischen Beat und Biermann ihren Anfang, zwischen dem „Kahlschlag-Plenum“ genannten „11. Plenum des Zentralkomitees der SED“ 1965, auf dem die Hardliner im ZK die kulturelle Öffnung der Nachmauerbaurepublik wieder kassierten, und der Ausbürgerung des unbequemen Lie-

15 U.a. abgedruckt in: Meckel Markus/Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994, S. 364-368.

16 Bereits zuvor gab es in der vielgestaltigen DDR-Opposition immer wieder Überlegungen, konkretere Strukturen, auf breiterer personeller Basis und möglichst außerhalb der Kirchen, zu schaffen. Noch vor Meckel und Gutzeit hatte etwa der Leipziger Michael Arnold die „Demokratische Initiative – Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“ mit dem Ziel initiiert, eine „Bewegung“ anzustoßen. Zwischen den Überlegungen zur Gründung einer Partei oder Initiative und der eigentlichen Gründung lag wiederum einige Zeit; so gründete sich die SDP erst am 7. Oktober 1989, also sogar erst einen Monat nach dem Neuen Forum; vgl. zu den vielgestaltigen Gründungsinitiativen, den divergierenden Ansätzen und Interessen innerhalb der DDR-Opposition Kowalczuk 2009 (s. Anm. 3), S. 354 ff.; vgl. auch mit weiteren Verweisen Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000, S. 125 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dermachers Wolf Biermann 1976.[17] Hier lagen die Wurzeln der DDR-Opposition, die dann im Verlauf der 1980er Jahre eine irgendwann nicht mehr zu negierende Gegenöffentlichkeit erschuf.[18] Erst mit der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit – sei es über den Samisdat[19], sei es über die bundesrepublikanischen Medien, sei es durch Veranstaltungen, vielfach noch im Umfeld der Kirchen, bis hin zu Mahnwachen, Schweigemärschen und Friedenswerkstätten –[20] waren die weitergehenden Voraussetzungen – und auch Notwendigkeiten – geschaffen worden, sich organisatorisch weiter zu vernetzen. Die Bausoldaten, Umwelt-, Frauen- und Friedens-, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Gruppen bildeten den Ausgangspunkt;[21] die Gründung der „Initiative Frieden- und Menschenrechte“ (IFM) im Jahr 1986 vermochte es indes, einen bedeutenden Zwischenschritt hin zur konkreten Formierung der DDR-Opposition zu markieren.[22]

Die Gründung der IFM war insofern ein Qualitätssprung, als dass sie sich außerhalb der schützenden Kirchenmauern vollzog – eine in Oppositionskreisen als immer notwendiger erachtete Grundvoraussetzung, um auch gesamtgesellschaftlich Resonanz erzeugen zu können. Bereits 1988 trugen sich deshalb verschiedene Gruppen auch mit dem Gedanken, eine Sozialdemokratische Partei in der DDR de facto wieder zu begründen.[23] Dies kam

17 Vgl. Lühmann, Michael: Geteilt, ungeliebt, deutungsschwach? Die 68er-Generation der DDR, in: Deutschland Archiv, Jg. 41 (2008) H. 1, S. 102-107; Gehrke, Bernd: Die neue Opposition nach dem Mauerbau. Zu Ursprüngen und Genesis oppositionell-politischer Artikulationsformen in der DDR der 1960er und 1970er Jahre, in: Ansorg, Leonore et al. (Hg.): „Das Land ist still – noch“. Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971-1989), Köln u.a. 2009, S. 203-225.

18 Vgl. Klein, Thomas: Gegenöffentlichkeit. Oppositionelle Wirkungsformen und staatliche Abwehrstrategien in der DDR, in: Ansorg et al. (Hg.) 2009 (s. Anm. 17), S. 227-248.

19 „Samisdat“ bezeichnet die selbstverlegte oppositionelle Untergrundliteratur; vgl. grundlegend Kowalczuk, Ilko-Sascha: Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002.

20 Vgl. Klein 2009 (s. Anm. 18), S. 231.

21 Ein buntes Panorama bieten Kowalczuk, Ilko-Sascha/Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Fotos und Biographien, Berlin 2006.

22 Vgl. zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der DDR-Opposition noch immer Neubert, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, Bonn 1997; vgl. zur Entstehung der IFM auch den Zeitzeugenbericht etwa von Peter Grimm, online einsehbar unter: http://www.jugendopposition.de/index.php?id=71 [eingesehen am 10.01.2010].

23 Vgl. etwa die unterschiedlichen Gründerkreise um Markus Meckel und Martin Gutzeit oder die Erinnerungen von Bärbel Bohley; Meckel/Gutzeit 1994 (s. Anm. 15); Bohley 2009 (s. Anm. 2).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einem maximalen Affront gegen die SED-Herrschaft gleich, die qua Verfassung keine unabhängige Partei dulden konnte. Zudem hätte die SED aufgrund des eigenen historischen Selbstverständnisses als letztes eine sozialdemokratische Partei, als deren legitime historische Nachfolgerin sich die SED nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD schließlich sah, erdulden können.

Ein derart konfrontativer Akt war deshalb in Oppositionskreisen nicht unumstritten, schloss er doch die Möglichkeit des Dialogs de facto aus. Trotzdem wurde dieser Gedanke in Teilen der Bürgerbewegung konsequent weitergedacht, auch weil der offene, zivilgesellschaftliche Bewegungsansatz,[24] etwa von Meckel und Gutzeit, als schwer umsetzbar und „strukturell totalitär“[25] abgelehnt wurde. Beide glaubten nicht, dass über den gesamtgesellschaftlichen Dialog auch ein gesamtgesellschaftlicher Konsens jenseits des Parteiensystems herstellbar war. Es war dies auch einer der zentralen Grundkonflikte innerhalb der Bürgerbewegung: der zwischen den Anhängern einer repräsentativen Demokratie und denen mit einem offenen, zivilgesellschaftlich mündigen Ansatz. Versöhnt haben sich diese Positionen letztlich ebenso wenig, wie der diese Konfliktlinie teils verstärkende, teils überlagernde Dissens über die Frage der Überwindung der nationalen Teilung.

Und so war es, Karsten Timmer folgend, eine nachgerade zwangsläufige Entwicklung, dass sich die Bürgerbewegung spaltete, dass infolge des „Plattformfiebers“ nicht eine, sondern gleich mehrere Initiativen entstehen mussten, an dessen Ende, neben der substantiell inzwischen geschwächten IFM,[26] die SDP,[27] der „Demokratische Aufbruch“,[28] „Demokratie Jetzt“[29],

24 Vgl. Timmer 2000 (s. Anm. 16); darin vor allem die Vorüberlegungen im Kapitel *Civil Society* in den Farben der DDR, S. 63-78; vgl. auch Thaa, Winfried: Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Opladen 1996.

25 Zitiert. nach Timmer 2000 (s. Anm. 16), S. 130.

26 Vielmehr bildete die IFM einen nicht zu unterschätzenden Rekrutierungspool für die im Herbst 1989 entstehenden Initiativen. Nicht Wenige hatten hier ihre erste politische Heimat gefunden gehabt, auch aus der bereits 1982 entstandenen Gruppe „Frauen für den Frieden“ rekrutierten sich einige Initiatorinnen.

27 Vgl. sehr gewinnbringend zur Entstehung der SPD aus der Sicht der Initiatoren Herzberg, Wolfgang/Mühlen, Patrick v.z. (Hg.): Auf den Anfang kommt es an – Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989, Bonn 1993.

28 Der „Demokratische Aufbruch“ war nicht weit entfernt von DJ und NF, legte aber schon Wert auf verbindliche Strukturen, die, obschon anfänglich nicht vorgesehen, nach der Kapitulation des SED-Regimes sehr bald zur Parteiwerdung führten; vgl. zum „Demokratischen Aufbruch“ u.a. Grashoff, Udo: Der demokratische Aufbruch. Von einer Bürgerbewegung zur Partei 1989/90, Erfurt 2004.

29 So verzichteten etwa die Initiatoren von „Demokratie Jetzt“ auf ein Zusammengehen mit dem Neuen Forum, weil sie eine offizielle staatliche Genehmigung für

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

das Neue Forum und andere entstanden waren. Aber nicht nur konzeptionell waren die Gräben innerhalb der Opposition bereits vor Ausbruch des Gründungsfiebers teilweise unüberbrückbar gewesen. Denn neben inhaltlichen und konzeptionellen Differenzen hatten auch personelle Irritationen, etwa zwischen Rainer Eppelmann (DA) und Bärbel Bohley (NF), ihr Übriges zur Ausdifferenzierung beigetragen.[30]

Mithin erschien die Oppositionsbewegung bereits in ihrer Konstituierungsphase zersplittert. Doch was häufig als Schwächung der oppositionellen Bewegung gedeutet wurde, erwies sich im Nachhinein als äußerst produktiv.[31] Die Vielzahl an Gründungen, verbunden mit einer Vielzahl an Manifesten, veränderte die öffentliche Tonlage nachhaltig. Plötzlich waren nicht bloß die in geringen Auflagen vorhandenen Samisdat-Publikationen Orte des offenen Wortes, war nicht nur die „Initiative Frieden- und Menschenrecht“ als kleine, und vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) letztlich doch recht effektiv bekämpfte Gruppe von organisierter Oppositionstätigkeit wahrnehmbar. Vielmehr war binnen weniger Tage und Wochen eine breit aufgefächerte, alternative Öffentlichkeit entstanden. Und nur über diese Vielgestaltigkeit konnte ein viel breiteres Spektrum in der Bevölkerung bedient werden, als von einer dominierenden, „zentralen“ Oppositionsgruppierung. Gerade die Mischung aus Initiativen, Bürgerbewegungen und Parteien, aus linken bis hin zu konservativen Gruppierungen, von stark kirchlich geprägten bis hin zu dezidiert kirchenferneren Initiativen, von defensiven Reformern bis hin zu offensiven Revolutionären, stellte ein Integrationsangebot für sehr breite Bevölkerungskreise – bis hin zu Trägern der Diktatur – dar.

Ihren tiefen Ausdruck fanden die inhaltlichen Unterschiede bereits in den Gründungsaufrufen, den politischen Manifesten der jeweiligen Gruppen. In dieser Phase spielte auch nicht nur das altruistische Motiv der Menschheitserweckung durch ein politisches Manifest eine Rolle. Auch der Kampf um die Meinungsführerschaft war hier ein entscheidendes Moment, sich per Manifest an die Öffentlichkeit zu wenden – das Gründungsmanifest des Neuen Forums machte hier keine Ausnahme. Mögen die zugrundeliegenden Motive sehr altruistisch gewesen sein – etwa die heftige Machtaversion bei den Initiatoren, die Angst vor der Parteiwerdung, der unbedingte offene, zivilgesellschaftliche Ansatz –, so ging es immer auch um die Schaffung eines verbindlichen Alleinstellungsmerkmals – gegenüber den dereinst schützenden Kirchendächern, gegenüber anderen in der Planung befindli-

riskant hielten. Zudem lehnten sie eine Debatte, die ohne inhaltlich bereits existente Positionen auskam, ab und brachten deshalb mit dem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ bereits konkrete „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ in die öffentliche Debatte ein; vgl. Timmer 2000 (s. Anm. 16), S. 136.

30 Vgl. ebd., S. 131 f.

31 Vgl. zu dieser Deutung Kowalczuk 2009 (s. Anm. 3), S. 354 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chen Initiativen und natürlich gegenüber der Flut von Verlautbarungen der SED.

Gleichwohl, in dieser Zeit des organisatorischen Auf- und Ausbruchs zeigte sich, dass Revolutionen kein Drehbuch kennen. Das Gründungsfieber in der DDR-Opposition verlief nicht in strukturierten Bahnen, ignorierte konkrete Absprachen oder ließ sie gleich komplett vermissen, wirkte unkontrolliert und unkontrollierbar – und war gerade deshalb ein Erfolg. Denn der Eindruck, der vielfach über westliche Medien in die DDR transportiert wurde, war der, dass sich ein ganzes Land tatsächlich im Aufbruch befand. Trotz der Vielfalt und der scheinbaren Zufälligkeit der Ereignisse vermochte es, indes nur für kurze Zeit, das Neue Forum, alle anderen zu überstrahlen. Das Gründungsmanifest des Neuen Forums wurde zu einem der wichtigsten Katalysatoren der friedlichen Revolution – die Zeit war tatsächlich reif.[32]

„DIE ZEIT IST REIF“

Im September 1989 brachten die, seit Sommer 1988 hauptsächlich von Bärbel Bohley in Zusammenarbeit mit Katja Havemann und Rolf Henrich, laufenden Vorbereitungen zur Gründung einer landesweit vernetzten Oppositionsplattform ein erstes konkretes Ergebnis. In der brandenburgischen Provinz, genauer: in Grünheide, versammelten sich am 9. und 10. September 1989 dreißig Oppositionelle,[33] um mit der Gründung des Neuen Forums eine Gesprächsplattform zu initiieren, auf deren Basis die Bevölkerung der DDR

32 Der Schlusssatz des Gründungsmanifests des Neuen Forums, „Aufbruch ’89 – NEUES FORUM“ lautete: „Die Zeit ist reif“, vgl. RHG/ NFo 344.

33 Dies waren: Michael Arnold, Student, Leipzig; Bärbel Bohley, Malerin, Berlin; Katrin Bohley, Studentin, Berlin; Dr. Martin Böttger, Physiker, Cainsdorf; Dr. Erika Drees, Ärztin, Stendal, Katrin Eigenfeld, Bibliothekarin, Halle; Dr. Frank Eigenfeld, Geologe, Halle; Hagen Erkrath, Student, Berlin; Olaf Freund, Fotolaborant, Dresden; Katja Havemann, Heimerzieherin, Grünheide; Alfred Hempel, Pfarrer, Großschönau; Rolf Henrich Jurist, Eisenhüttenstadt; Jan Hermann, Krankenpfleger, Brandenburg; Martin Klähn, Bauingenieur, Schwerin; Kathrin Menge, Hochbauingenieurin, Berlin; Dr. Reinhard Meinel, Physiker, Potsdam; Otmar Nickel, Drechsler, Dresden; Dr. Christine Pflugbeil, Ärztin, Berlin; Sebastian Pflugbeil, Physiker, Berlin; Reinhardt Pumb, Krankenpfleger, Berlin [inoffizieller Mitarbeiter des MfS]; Dr. Eva Reich, Ärztin, Berlin; Prof. Jens Reich, Arzt und Molekularbiologe, Berlin; Hanno Schmidt Pfarrer, Coswig; Reinhard Schult, Betonfacharbeiter Berlin; Jutta Seidel, Zahnärztin, Berlin; Dr. Eberhard Seidel, Arzt, Berlin; Lutz Stropahl, Musikerzieher, Berlin; Dr. Rudolf Tschäpe, Physiker, Potsdam; Hans-Jochen Tschiche, Pfarrer, Samswegen; Catrin Ulbricht, Dresden; weiterführende Kurzbiographien sind zu finden in: Deutsche Nationalstiftung (Hg.): Zivilcourage gestern und heute. Der Nationalpreis 2000. Eine Dokumentation, Hamburg 2000, S. 56-89.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

aus der Lethargie gerissen und das staatliche Prinzip der Abgrenzung durch die Möglichkeit des offenen Dialogs zwischen DDR-Bevölkerung und der SED-Führung ersetzt werden sollte.[34] Es war ein symbolischer Ort, an dem sich die Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs Aufbruch 89 – NEUES FORUM trafen: Grünheide, letzter Wohnort und langzeitiges inneres Zwangsexil des wohl prominentesten Systemkritikers der DDR, Robert Havemann.

Hier in Grünheide, wo Havemann lange Zeit unter Hausarrest lebte, wo seit vielen Jahren wichtige Drähte der DDR-Opposition zusammenliefen, im Garten des „spiritus rector“ der DDR-Opposition,[35] trafen sich, neben den drei Initiatoren Bohley, Havemann und Henrich, siebenundzwanzig weitere, vielfach oppositionell vernetzte, Unterstützer[36], um die beiden, von Rolf Henrich und Stefan Reich vorgelegten, Textvorschläge letztlich in einer Mischung aus beiden Texten als Gründungmanifest des Neuen Forums zu verabschieden.[37]

Interessant erscheint die Mischung der Erstunterzeichner. Außer Bohley, Henrich und Havemann waren alle anderen relativ unbekannte, nur in kleineren regionalen Zusammenhängen aktive Köpfe, die aus der gesamten Republik, über persönlich ausgesprochene Einladungen der drei Initiatoren, nach Grünheide gekommen waren.[38] So trafen sich gerade nicht die altbekannten Vertreter der „Oppositionsprominenz“. Es waren nicht Pastoren und Theologen, die das Gros der Manifestanten stellten. Vielmehr repräsentierten die Manifestanten einen breiteren – wenngleich nicht die „arbeiterliche Gesellschaft“[39] abbildenden, so doch einen bildungsbürgerlichen – Bevölkerungsschnitt. Studenten, Ärzte, Naturwissenschaftler, ein Maurer, eine Bibliothekarin, nur wenige Theologen und andere schlossen sich dem Juristen Henrich, der Malerin und Grafikerin Bohley und der Heimerzieherin Havemann an. Es war wohl auch von Bohley bewusst darauf geachtet worden, so

34 Vgl. zur Gründung des Neuen Forums in Grünheide Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 49-59.

35 Vgl. zur Bedeutung Havemanns für die DDR-Opposition neben anderen Havemann, Katja/Widmann, Joachim: Robert Havemann oder Wie die DDR sich erledigte, Berlin 2003.

36 Allein zwanzig der dreißig Anwesenden in Grünheide befanden sich im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit, gleichwohl befand sich lediglich ein Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS unter den Erstunterzeichnern; vgl. mit weiterführenden Nachweisen Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 51 ff.

37 Vgl. Tschiche, Hans-Jochen: Nun machen sie man, Pastorche! Erinnerungen, Halle 1999, S. 121.

38 Um so lange wie möglich die Konspiration zu wahren, hatten Bohley, Havemann und Henrich verabredet, dass nur ihnen persönlich bekannte und vertraute Personen eingeladen werden sollten; vgl. Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 49 f.

39 Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, S. 173 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Deutung des Erstunterzeichners Eberhard Seidel, dass weniger große Namen auf dem Gründungsdokument zu finden sein sollten, sondern vielmehr weniger bekannte Oppositionelle mit „respektierlichen Berufen". Der Aufruf sollte weniger angreifbar wirken, wenn „auch gutbürgerliche Intellektuelle mit dazugehörten"[40]. Kurzum, die Namensliste machte einen „grundsoliden"[41] Eindruck.

Und es war auch ein Zeichen an und in die Bevölkerung, das hier von Grünheide aus, via bundesrepublikanische Medien, ausgesendet wurde. Der offene Protest der Wenigen sollte auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt, der angestrebte Dialog mit den Machthabern auf breitere Schultern verteilt werden. Die prominenten Zugpferde blieben vorerst gleichwohl die drei Hauptinitiatoren, von denen jeder für sich die größtmögliche Provokation für das SED-Regime darstellte, aber gleichsam, im Falle Bohleys und Havemanns, die personelle Kontinuität und Präsenz bekannter oppositioneller Rückkopplung absicherte.

Bärbel Bohley hatte sich als Mitbegründerin der „Frauen für den Frieden" und der „Initiative Frieden- und Menschenrechte" schon lange im Visier der Staatssicherheit befunden, war schließlich nach jahrelangem faktischen Berufs- und Reiseverbot zusammen mit anderen Mitgliedern der IFM im Jahr 1988 aus der DDR ausgewiesen worden und hatte erst ein halbes Jahr später, dank breiter westlicher Unterstützung, wieder einreisen dürfen. Katja Havemann war indes, neben ihren ebenso vielfältigen oppositionellen Tätigkeiten, schon aufgrund ihres Namens eine für die SED herausfordernde Persönlichkeit, stand sie doch nicht nur namentlich in der Tradition ihres prominenten, 1982 verstorbenen, Mannes Robert Havemann.

Und nicht zuletzt war Rolf Henrich, noch bis 1986 Parteisekretär der SED, ein wichtiges Scharnier zwischen SED-Herrschaft und Opposition. Zudem war er für die SED nach seinem in der Bundesrepublik verlegten Buch „Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus" – einer Generalabrechnung mit der maroden SED-Herrschaft im Geiste Bahros und Havemanns – zur persona non grata geworden; Berufsverbot und Parteiausschluss waren die Folge gewesen. Gleichwohl stand hier einer auf, der für die schweigende Mehrheit der die SED Herrschaft erduldenden DDR-Bürger ein Integrationsangebot darstellte – einer der übergelaufen war auf die Seite der Opposition, der sich, spät geläutert und ganz ohne lupenreine oppositionelle Biographie, gegen die SED-Herrschaft erhob. Es war dies die Mischung an Personen, die Bohley vorgeschwebt haben musste, als sie den Gedanken fasste, ein in der Tat *neues* Forum zu initiieren.

40 Zitiert nach Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 52.

41 Kowalczuk 2009 (s. Anm. 3), S. 362.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

DAS AUFBEGEHREN EINER GENERATION

Ein anderer Umstand ist in der Mischung der Erstunterzeichner auffällig und war vermutlich nicht beabsichtigt: Die Ballung der Geburtenjahrgänge um das Jahr 1949 – dem Jahr eins der DDR. Diese Alterskohorten der zwischen 1943 und 1954 Geborenen waren es,[42] die der friedlichen Revolution von 1989 ihr Gesicht gaben, die, vor dem Hintergrund der eigenen politischen Sozialisation zwischen Beat und Biermann,[43] zum Motor der Ereignisse wurden. Die „68er“ der DDR griffen, als sich die Möglichkeit ergab – vernehmlicher als alle anderen Generationen –, ins politische Geschehen ein. Das Generationenlabel „68er“[44] passt indes nicht nur auf die Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs des Neuen Forums.

Betrachtet man die Hauptinitiatoren der Bürgerbewegungen und Parteien während des Gründungsfiebers 1989, so trifft man immer wieder auf diese generationelle Lagerung. Die SDP-Gründer Markus Meckel und Martin Gutzeit (*1952), die Mitbegründer der IFM, Ulrike Poppe (*1951) und Wolfgang Templin (*1948), führende Köpfe des „Demokratischen Aufbruchs“, Friedrich Schorlemmer (*1944), und Rainer Eppelmann (*1943), sechs von acht Parlamentariern der ersten Bundestagsfraktion von Bündnis ’90 waren zwischen 1943 und 1952 geboren.

Natürlich gab es bei allen Gründungen auch Vertreter der Aufbaugeneration, also der in den späten 1920er bis Mitte der 1930er Jahre Geborenen, ebenso der „Distanzierten Generation“ der nicht mehr im Sozialismus angekommenen letzten Kinder der DDR.[45] Aber an der Spitze der Bewegung

---

42 Also jene Personen, die zum Zeitpunkt des Mauerbaus gerade die Volljährigkeit erreicht, mithin keine Fluchtoption besessen hatten, und jenen Personen, die zum Zeitpunkt des Prager Frühlings als Vierzehnjährige noch am Beginn des Erwachsenwerdens standen.

43 Gemeint ist hier die Zeitspanne zwischen dem „11. Plenum des Zentralkomitees der SED“ im Jahr 1965 und der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976; vgl. hierzu Lühmann 2008 (s. Anm. 17); vgl. jüngst Gehrke 2009 (s. Anm. 17).

44 Vgl. zur Debatte um die Existenz einer Generation der DDR-68er Lühmann 2008 (s. Anm. 17), S. 105 f.; Miethe, Ingrid: Die 89er als 68er des Ostens. Fallrekonstruktive Untersuchungen anhand einer Frauenfriedensgruppe, in: Schüle, Annegret et al. (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006, S. 355-376; Ohse, Marc-Dietrich: „Keinen Dubček, keinen Ulbricht.“ 1968 und die Jugend in der DDR, in: Ebbinghaus, Angelika (Hg.): Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa, Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, Hamburg 2008, S. 170-178; Simon, Annette: Vor den Vätern sterben die Söhne, in: dies./Faktor, Jan: Fremd im eigenen Land, Gießen 2000, S. 7-26; Wierling, Dorothee: Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2006.

45 Vgl. zu den entsprechenden Generationen die Übersicht bei Ahbe, Thomas/Gries, Rainer: Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte. Theoretische und

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

standen – und das ist wohl das, was Stefan Wolle mit der „Revolution der Vierzigjährigen“[46] meinte – überproportional viele Vertreter dieser Jahrgänge um 1949. In der geteilten Erfahrung von Hoffnung und Aufbruch im Zuge des Prager Frühlings und in der tiefen Enttäuschung infolge der Niederschlagung des tschechischen Experiments lässt sich deren „gemeinsames Schicksal“[47] (Karl Mannheim) verorten. Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts wurde zum Fanal einer Generation, oder in den Worten Stefan Wolles, selbst DDR-„68er“: „So wurde dieser 21. August 1968 zu einem historischen Wendepunkt, dessen Bedeutung weit über den unmittelbaren Anlass hinausging. Gerade wer damals noch ganz jung war, hat es intuitiv und schmerzhaft empfunden.“[48]

Nun, zwei Jahrzehnte nach dem Einmarsch in Prag, sah diese dritte politische Generation der DDR[49] ihre Chance endlich gekommen. Vor allem die Oppositionellen unter den „68ern“, die den Havelschen Versuch, in der Wahrheit zu leben, für sich gewählt hatten,[50] wandten sich nun organisiert an die Öffentlichkeit, um endlich die gestörte Kommunikation zwischen Machthabern und Volk aufzulösen. Die für die Gründung des Neuen Forums entscheidenden Personen waren mit Bärbel Bohley (*1945) und Katja Havemann (*1947) zwei nahezu idealtypische Vertreter der DDR-spezifischen „68er“-Generation.

Als erste Kinder der DDR fanden sie sich in einem doppelten Erwartungsparadox wieder. Auf der einen Seite setzten die Staatsgründer in diese Generation die meisten Hoffnungen, die diese dann aber vielfach durch ein Abwenden vom System enttäuschten.[51] Auf der anderen Seite waren es die Erwartungen der Generation selbst, die seitens der Machthaber enttäuscht

methodologische Überlegungen am Beispiel der DDR, in: Schüle et al. (Hg.) 2006 (s. Anm. 44), S. 475-571; Fulbrook, Mary: Generationen und Kohorten in der DDR, in: ebd., S. 113-130.

46 Stefan Wolle spricht in diesem Zusammenhang von der Revolution der Vierzigjährigen; Wolle, Stefan: Die versäumte Revolte. Die DDR und das Jahr 1968, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 22-23/2001, S. 37-46, hier S. 46.

47 Mannheim, Karl: Das Problem der Generation, in: ders. (hrsg. von Kurt H. Wolff): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Neuwied/Berlin 1964, S. 509-565.

48 Wolle, Stefan: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008, S. 13.

49 Vgl. Engler1999 (s. Anm. 39), S. 303ff.

50 Havel, Václav: Versuch, in der Wahrheit zu leben [1978], Reinbek bei Hamburg 1989; vgl. zu den „kognitiven Grundlagen der DDR-Bürgerbewegung“ Timmer 2000 (s. Anm. 16).

51 Vgl. hier vor allem Fulbrook 2006 (s. Anm. 45); vgl. dem entgegen das missverständliche Konzept Bernd Lindners, der diese Generation als „Integrierte“ bezeichnet; Lindner, Bernd: Zwischen Integration und Distanzierung. Jugendgenerationen in der DDR in den sechziger und siebziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 45/2003, S. 33-39.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wurden. Wie keine andere Generation spürten die vielfach blockierten und desillusionierten Ost-„68er“, trotz manch positiver Entwicklungen, am deutlichsten die Hoffnungslosigkeit der DDR, wurden zu unfreiwilligen Zeitzeugen der Fieberkurve des real existierenden Sozialismus. Den großen Aufbruch nach 1945 und die moralische Legitimation der DDR als antifaschistische bessere Alternative, welche die Aufbaugeneration noch geprägt hatte, hatten sie nicht mehr erlebt. Gleichwohl wurde diese ihnen noch vermittelt und ist anfänglich auch angenommen worden. Doch die Glaubwürdigkeit des „besseren Deutschland“ litt unter der Realität. Den kurzen Phasen des Tauwetters standen immer längere und tiefgreifendere Phasen des Niedergangs gegenüber. Die Kette von Niederlagen des „real-existierenden Sozialismus“ – vom Mauerbau 1961, über das „Kahlschlag-Plenum“ 1965, die Biermann-Ausbürgerung 1976, den Afghanistan-Einsatz der Sowjetunion 1979/80 oder die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 – mochte die kurzen Hochphasen des Sozialismus, die Versuche von Tauwetter, nicht mehr aufzuwiegen.

Die heftigste Niederlage mag hier die Niederschlagung des Prager Frühlings gewesen sein, denn hier war der „real existierende Sozialismus“ unter Panzerketten endgültig seiner Zukunftsfähigkeit und inneren Legitimation beraubt worden.[52] Die folgende Lethargie ist selten so gut eingefangen worden, wie in Milan Kunderas Roman „Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins“.

Auch in der DDR wurde dieser Wechsel vom Aufbruch zur Perspektivlosigkeit nachvollzogen, als mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Panzer in Prag im August 1968 binnen weniger Stunden ein zart keimendes Pflänzchen – das Lebensgefühl einer Generation im Aufbruch – binnen weniger Stunden schockgefrostet wurde – so nachzuvollziehen in der Erinnerung der Fotografin Barbara M. Berthold (*1951): „Es gibt Generationen, bei denen das alterstypische Lebensgefühl der gesellschaftlichen Stimmung entspricht. Bei uns war das so. Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre in die DDR hineingeboren, erlebten wir im Aufbruchselan der Jugend, wie sich in vielen Teilen der Welt Umbrüche anbahnten, Revolten aufbrachen und die Hoffnung, alte Restriktionen und Gebote hinwegzufegen. Das fand zwar, bis auf den Prager Frühling in uns unzugänglichen Ländern statt, aber der Abglanz davon wirkte nur umso stärker.“[53]

Die DDR erholte sich davon, à la longue, ebenso wenig wie die „68er“-Generation. Zwar schuf die wirtschaftliche Hochphase der späten 1960er und frühen1970er Jahre, auch kontrastierend vor der Krisenhaftigkeit der

52 Vgl. zur Vorgeschichte, der Niederschlagung und den Folgen des Prager Frühlings mit weiterführenden Hinweisen die entsprechenden Beiträge in: Ebbinghaus (Hg.) 2008 (s. Anm. 44).

53 Metselaar Berthold, Barbara: Kratzen am Beton. 68er in der DDR?, Jena 2008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

westlichen Hemisphäre,[54] zwar noch ein letztes Mal eine relativ hohe Systemloyalität.[55] Doch vor diesem Hintergrund verstärkte der seit den 1980er Jahren spürbare Niedergang des Sozialismus die Perspektivlosigkeit, die Passivität und Lethargie der Generation, ja der gesamten DDR-Gesellschaft. Es war diese düstere Zukunftsaussicht, die einige der Generationsangehörigen veranlasste, zu Handeln, aufzubegehren und diese Hoffnungslosigkeit nicht gewähren zu lassen. Der größte Teil dieser Generation hatte sich nach 1968 indes aus der Öffentlichkeit weitestgehend zurückgezogen, führte ein richtiges Leben im falschen System, wie es Thierse später formulierte,[56] und harrte der Dinge, die da kommen mochten. Die spätberufenen „Wendepolitiker", wie etwa Wolfgang Thierse, Matthias Platzeck oder Angela Merkel, mögen hier als prominenteste Beispiele gelten.

Nicht umsonst brauchte es lange Zeit, bis sich diese Generation wieder, dafür umso gewaltiger, in Vorfeld und Verlauf der Revolution von 1989 zurückmeldete. Dennoch reichten einige wenige Stichwortgeber, um die 1968 ff. steckengebliebene Generation an das Versprechen einer besseren Zukunft zu erinnern. Der Traum durfte noch einmal geträumt werden, die Generation bekam, anders als die auf die Rente zusteuernde Aufbau-Generation, noch einmal eine zweite, eine echte Chance und nutze diese so gut es ging.[57]

Dass sich aber über das Beschweigen von Prag 1968 und dessen Verarbeitung diese Generation inzwischen tief in sich gespalten hatte – in einen kleinen Generationszusammenhang, der vor allem in oppositionellen und in Kirchenkreisen zu verorten war, und einen wesentlich größeren, der sich mit dem DDR-System weitestgehend auf ein Stillhalteabkommen geeinigt hatte –, erschwerte die Kommunikation zwischen beiden Generationszusammenhängen. Diese tiefe Zerrissenheit der Trägergeneration der friedlichen Revolution von 1989 dürfte auch viel zum Zielkonflikt zwischen der Opposition, den neu hinzuströmenden Politikern der „Wendezeit" und dem Volk auf der Straße beigetragen haben.

54 Vgl. sehr pointiert Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

55 Vgl. generell zur Frage der Systemloyalität der DDR-Bevölkerung zum SED-Regime äußerst brillant Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008; vgl. überdies Port, Andrew I.: Conflict and stability in the German Democratic Republic, Cambridge 2008.

56 Vgl. Thierse, Wolfgang: Das richtige Leben im falschen System. Wolfgang Thierse im Gespräch mit Ulrich Wickert, Stuttgart/Leipzig 2001, S. 15-43, hier S. 31.

57 Vgl. Biedowicz, Michael: Angela und ich, in: Die Zeit, 09.06.2005.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

GESTÖRTE KOMMUNIKATION

Indes, nicht nur die personelle Zusammensetzung der Erstunterzeichner erzielte ihre erwünschte Wirkung. Auch der Inhalt und dessen Formulierung verhalfen dem Gründungsmanifest des Neuen Forums zu enormer Popularität. Erstaunlich erscheint hier, dass die textliche Fassung des Aufrufs so schnell verabschiedet werden konnte. Ursächlich hierfür war vor allem das Vorliegen zweier Textentwürfe bereits im Vorfeld. Jens Reich, einer der Autoren im Vorfeld, beschrieb die Intention, unbedingt etwas Verbindliches zu schaffen, so:

„Geplant war eine jener Diskussionen, wie sie in der Oppositionsbewegung oft stattgefunden hatten. Die Idee war, endlich aus dieser wuseligen Unverbindlichkeit herauszukommen und eine legal angemeldete Vereinigung zu gründen, die sich Glasnost als Vereinsziel stellen würde. Das Papier hatte dann zwei Autoren und seine dreißig Erstunterzeichner als Korrektoren. Als wir zusammensaßen stellte sich heraus, dass Rolf Henrich und ich unabhängig voneinander je einen Text entworfen hatten, damit nicht endlos ins Blaue geredet würde.“[58]

Der gewählte Tonfall blieb durchweg moderat, die Diagnose der realexistierenden Welt nah dran an den Lebenswelten der meisten DDR-Bürger; der sowohl-als-auch Stil der an Vernunftbegabung und Gerechtigkeitssinn appellierenden Forderungen war anschlussfähig für viele Bürger, sofern sie die eingangs gestellte Krisendiagnose: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.“, nicht in Frage stellten.

Und um viel mehr ging es dem Neuen Forum vorerst auch gar nicht, insofern war der Name durchaus programmatisch zu verstehen. Die – ebenso simple wie brisante – Grundforderung bestand in der staatsoffiziellen Zulassung einer Diskussionsplattform, die überhaupt erst einmal öffentlichen Diskurs möglich machen sollte. „Es war schon klar, wir kommen jetzt aus der Deckung hervor […] ganz offiziell, also nicht konspirativ“[59], so die Erinnerungen Reinhard Schults. Natürlich war den Initiatoren klar, dass die Machthaber selbst dieses Minimalziel nicht erdulden würden, aber der eigentliche Adressat waren auch weniger die Herrschenden als vielmehr die Beherrschten. Vor allem die zum öffentlichen Stillhalten erzogene Bevölkerung sollte aus dem Schweigeturm befreit werden, sollte für das Ziel einer mündigen Erneuerung der Gesellschaft gewonnen werden. Konkret hieß das:

58 Reich, Jens: Rückkehr nach Europa. Berichte zur Lage der deutschen Nation, Hamburg 1991, S. 184.

59 Zitiert nach Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 58.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„[…] Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.
In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. […]
Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs [Herv.i.O.] über die Aufgabe des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land [Herv.i.O.], nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,
- daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
- daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.
Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform [Herv.i.O.] für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen NEUES FORUM. […] Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an der Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden. Die Zeit ist reif.“[60]

Um einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu erreichen, verzichteten die Autoren, neben konkreten, weitergehenden komplexen politischen Forderungen und dem Ziel der Parteiwerdung, auf zwei entscheidende Elemente: auf pastorale Dominanz und auf sozialistische Absicherung. Denn ganz im Gegensatz zu den meisten anderen Gründungen und Manifesten des Jahres 1989, wo sich hauptsächlich „auf dem Gründungstrip“[61] befindliche Pfarrer hervortaten, waren hier gerade keine theologisch ausgebildeten Personen federführend. Die Gründe für diese bewusst gewählte Kirchenferne waren vielschichtig. Zum einen war diese Entscheidung dem ambivalenten Verhältnis zwischen Kirche und DDR-Opposition geschuldet, zum anderen empfanden viele Initiatoren die einst schützenden Kirchenmauern inzwischen längst als Gefängnis, aus dem man sich endlich befreien wollte. Der

60 RHG/ NFo 344.

61 Tschiche 1999 (s. Anm. 37), S. 119.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wichtigste Grund aber dürfte in den Berührungsängsten weiter Teile der Bevölkerung gegenüber der Kirche zu finden sein, die, so das Gründungsmitglied Jens Reich, der Bevölkerung „genauso fern stehe wie der Parteiapparat“. Der vierzigjährige Kampf zwischen Sozialismus und Christentum um die gesellschaftliche Deutungshoheit hat, bis heute, tiefe Spuren in der ostdeutschen Gesellschaft hinterlassen.[62]

Doch noch entscheidender war das Fehlen des Wortes „Sozialismus“. Dies war insofern ein mutiger Schritt, als dass der Verzicht auf den Begriff „Sozialismus“ – und sei er auch nur als schützende Worthülse der Oppositionsdebatten in den 1980er Jahren gegen staatlichen Zugriff benutzt worden – eher die Ausnahme war.[63] Das heißt nun nicht, dass die Gründer des Neuen Forums keine Idee von einem demokratisch legitimierten und organisierten Sozialismus hatten, ganz im Gegenteil. Auch und gerade in den Reihen des Neuen Forums gab es durchaus weitergehende Vorstellungen von einem demokratisch verfassten Sozialismus – ein Traum, der gerade in der „68er“-Gneration nicht selten seit 1968 weitergeträumt worden war.[64] Aber indem man auf diesen ideologisch aufgeblähten Begriff verzichtete, ging man der Gretchenfrage: Wie weiter mit dem Sozialismus?, elegant aus dem Weg, stellte ihn weder zur Disposition, noch machte man ihn zur handlungsleitenden Maxime – wie sich später herausstellen sollte, eine nicht ganz einfache Bürde für die künftige Entwicklung des Neuen Forums.

Letztlich dürften beide Faktoren, der Verzicht sowohl auf sozialistische als auch pastorale Weihen, wichtig gewesen sein; und so erwies sich das Manifest – die rapide Popularisierung und breite Unterstützung belegt dies eindrucksvoll – als Glücksfall. Das Manifest wurde so zum Katalysator der friedlichen Revolution.[65]

---

62 Vgl. noch immer grundlegend Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart u.a. 1994.

63 Vgl. auch hier Detlef Pollack, der die Nutzung des Sozialismus-Begriffs als eher taktisch motiviert betrachtet, um die SED „mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen“ und sich gegen den Generalvorwurf der Staatsfeindlichkeit abzusichern; Pollack, Detlef: Wie alternativ waren die alternativen Gruppen in der DDR? Bemerkungen zu ihrem Verhältnis zu Sozialismus, Demokratie und deutscher Einheit, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 11 (1998) H. 1, S. 92-102, hier S. 96; vgl. auch Eckert, Rainer: Das Programm einer demokratischen Revolution. Debatten der DDR-Opposition in den „radix“-Blättern 1987-1989, in: Deutschland-Archiv, Jg. 32 (1999) H. 5, S. 773-778.

64 Vgl. Wolle 2008 (s. Anm. 48), S. 13 f.

65 Vgl. auch die ähnliche Formulierung bei Maier, Charles S.: Zur historischen Bewertung der DDR-Bürgerbewegung 1989-90. Ein Essay, in: Deutsche Nationalstiftung (Hg.) 2000 (s. Anm. 33), S. 14-27, hier S. 18.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ÜBER UMWEGE ZUM DAMMBRUCH

Nun hatte es ein politisches Manifest, verfasst in den letzten Monaten der real existierenden DDR, auf direktem Wege relativ schwer, sich öffentliche Resonanz zu verschaffen und so als Katalysator zu wirken. Einige Umwege, verschlungene Bahnen und breitere Allianzen waren deshalb von Nöten, um das Ziel einer Mobilisierung der Bevölkerung zu erreichen. Zwar konnten die Erstunterzeichner vielfach auf bereits bestehende Netzwerke innerhalb der DDR-Opposition zurückgreifen, um den Aufruf in Umlauf zu bringen, und somit auf Lesungen und Veranstaltungen, vor allem im Umfeld der Kirchen, Publizität erreichen.

Doch wie in den 1980er Jahren immer fester etabliert, bot sich der Umweg über die Bundesrepublik an. Denn vor allem via bundesrepublikanische Medien war man in der Lage, die größtmögliche Öffentlichkeit in der DDR zu ermöglichen. Die Liste der Korrespondenten, die in den Tagen nach dem Aufbruch mit Bohley, Henrich, Reich, Tschiche und anderen Interviews führten, ist lang. ARD und ZDF berichteten, die *Frankfurter Rundschau* meldete die Gründung des Neuen Forums auf der ersten Seite, ebenso wie die *FR* veröffentlichte die *taz* den Gründungsaufruf nebst Interview mit Jens Reich;[66] die DDR-Medien hingegen schwiegen, ließen lediglich am 22. September 1989 über die Nachrichtenagentur *ADN* und das *Neue Deutschland* verkünden, dass das Neue Forum als „staatsfeindlich" einzustufen sei und deshalb nicht als Verein zugelassen werden könne. Es blieb in der Folgezeit vorerst nur die Möglichkeit, die Bevölkerung, die Abend für Abend zu großen Teilen via West-Fernsehen in die Bundesrepublik emigrierte, auf diesem Umweg zu informieren. Es war die effektivste, wenngleich die in DDR-Oppositionskreisen, aber auch bei späteren Unterstützern des Neuen Forums nicht unumstrittene,[67] Möglichkeit der DDR-Opposition, sich Gehör in der DDR zu verschaffen – eine Möglichkeit die vor allem die IFM, über aus der DDR ausgewiesenen Oppositionelle – etwa Roland Jahn –, nutzbar gemacht hatte.

Das Einbinden der westlichen Kanäle zeigte seine Wirkung, die beabsichtigte Gewinnung von Mitgliedern in der gesamten DDR nahm an Dynamik zu, binnen weniger Wochen hatten tausende Menschen den Aufruf unterschrieben, angesichts der jahrelang bestehenden tiefen Kluft des Miss-

66 Siehe o.V.: DDR-Bürger gründen „Forum", in: Frankfurter Rundschau, 13.09.1989; „Wir brauchen den ruhigen Dialog". Jens Reich, Erstunterzeichner der DDR-Initiative Neues Forum, zu den Zielen der Plattform, in: die tageszeitung, 13.09.1989.

67 Vgl. zu den heftigen Debatten etwa zwischen der IFM und der Gruppe „Gegenstimmen" die Darstellung bei Kowalczuk 2009 (s. Anm. 3), S. 237; vgl. auch den Brief einer Sympathisantin an Bärbel Bohley, abgedruckt in: Krone, Tina (Hg.) „Sie haben solange das Sagen, wie wir es dulden". Briefe an das Neue Forum September 1989 – März 1990, Berlin 1999, Brief Nr. 12, S. 49 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

trauens und Nichtverstehens zwischen DDR-Opposition und DDR-Bevölkerung eine kaum zu erwartende Entwicklung, die auch die Initiatoren vollkommen überrumpelte. Schließlich hatten die Manifestanten mit einem mühsamen, langwierigen Prozess gerechnet, wollten sich erst im Laufe des Dezembers ein weiteres Mal treffen.

Eine von Bohley initiierte Allianz scheint hier einen ganz wesentlichen Schub für diese Entwicklung geliefert zu haben: die Unterstützung prominenter Unterhaltungskünstler der DDR, die als Bindeglied zwischen Opposition und Bevölkerung nachgerade ideal erschienen. Bereits wenige Tage nach dem Treffen in Grünheide kamen, am 18. September 1989, organisiert von Bohley und dem „City“-Sänger Toni Krahl, fünfzig prominente Unterhaltungskünstler zusammen, um sich – explizit bezugnehmend auf das Manifest des Neuen Forums – mit dessen Forderungen zu solidarisieren. Fortan erfuhren auch, den Oppositionellen nicht zwangsläufig nahestehende, Personenkreise, die Besucher von Konzerten der entsprechenden Künstler, vom Aufruf des Neuen Forums, welcher vielfach im Vorfeld der Konzerte verlesen wurde.[68]

Ebenfalls deutlich zu spüren war der Popularitätszuwachs des Neuen Forums, neben den immer stärker anschwellenden Unterschriftenlisten, die das Ministerium für Staatssicherheit beständig registrierte und in Aufregung versetzte, im Umfeld der Leipziger Nikolaikirche. Hier, wo die Keimzelle der Montagsdemonstrationen zu verorten ist, wurde die Forderung, das Neue Forum zuzulassen, schnell populär.[69] Hier trug die beginnende Verlagerung des Protests in den öffentlichen Raum enorm zur republikweiten Wahrnehmung des Neuen Forums bei. Zugleich lieferte die Existenz des Neuen Forums eine spürbare Rückendeckung für die Demonstranten, nicht allein zu sein mit ihren Forderungen. „Neues Forum zulassen“ war nicht nur eine Losung auf der Straße, sondern genauso wie der Ruf „Wir sind das Volk“ auch ein Ruf gegen die allgegenwärtige Angst. Als sich dann auf den Straßen Leipzigs der Weg hin zur friedlichen Revolution entschied, als klar geworden war, dass der Staat auf die chinesische Lösung verzichten würde, also nicht mit Panzern gegen Demonstranten vorgehen würde, brachte dies auch einen weiteren Schub für die entstandenen Oppositionsgruppen.

Einen Schub, auf dessen Intensität indes kaum einer vorbereitet war. Der Ursprungsplan der Initiatoren, sich erst Anfang Dezember erneut treffen zu wollen, um den Fortgang der Legalisierungsbemühungen des Neuen Forums und das weitere Vorgehen zu diskutieren, war längst obsolet geworden. Das

68 Unterschrieben hatten u.a. die äußerst populären „Liedermacher Gerhard Schöne und Kurt Demmler, der Schlagersänger Frank Schöbel, Musiker der Bands City, Karat, Silly und Pankow […]“; Kowalczuk 2009 (s. Anm. 3), S. 367 f. Kowalczuk misst dem Aufruf eine ganz erheblich Bedeutung bei, ganz im Gegensatz zu der wenige Tage zuvor erfolgten Resolution von Schriftstellerinnen um Daniela Dahn und Christa Wolf.

69 Vgl. hierzu Zwahr 1993 (s. Anm. 1).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Rad der Geschichte drehte sich immer schneller und zwang vielfach zur Improvisation. So mussten die Vertreter des Neuen Forums, die Mitte Oktober schon zehntausende Unterstützungsunterschriften gesammelt hatten,[70] sich landesweite Organisationsstrukturen geben, um überhaupt die Entwicklung der Sammlungsbewegung noch antizipieren zu können. Ganz nebenbei galt es überdies, noch inhaltlich zu arbeiten, den angestoßenen Dialog zu koordinieren und nun doch auch immer mehr eine inhaltliche Positionierung vorzunehmen, die andere Oppositionsgruppen unlängst zu Papier und in die Öffentlichkeit gebracht hatten.

Hier aber zeigten sich die Grenzen einer basisdemokratisch verfassten Sammlung. Hatte man sich noch am 7. Oktober 1989 auf eine „Erklärung des Neuen Forums zum 40. Jahrestag der DDR", verbunden mit einem „Aufruf an alle SED-Mitglieder", einigen können und diese veröffentlicht,[71] um erneut den Dialog und die Mitarbeit aller Bevölkerungsteile einzufordern, zeitigte der offene Ansatz erste Irritationen, da jeder, der sich dem Neuen Forum zugehörig fühlte, seine politischen Forderungen unter dessen Label verkaufen konnte.

Im Prinzip war man durch ein solches Vorgehen bereits längst am Ziel der eigenen politischen Anstrengungen angelangt. Es gab nun viele Stimmen, die sich immer öfter jenseits der SED-Propaganda zu Wort meldeten. Seit dem 11. Oktober 1989 gab es gar ein Dialogangebot der SED-Führung an das Volk. Allerdings sollte es noch einige Wochen dauern, bis aus dem Dialogangebot tatsächlich erste Verhandlungen zwischen Regierenden und Oppositionellen folgten, die schließlich an den „Runden Tischen" institutionalisiert wurden.[72]

DEMOKRATISIERUNG IM SCHNELLDURCHLAUF

Die Phase des Gründungsfiebers hatte inzwischen – einhergehend mit einem nun zusätzlich grassierenden Resolutionsfieber ab der letzten Septemberwoche –[73] binnen weniger Wochen ein Quasi-Einparteiensystem in einen bunten Flickenteppich oppositioneller Bewegungen, Initiativen und Parteien überführt. Jede Neugründung war verbunden mit einem Gründungsmanifest, dem weitere Resolutionen, Forderungskataloge und Aufrufe folgten. War die Gründung des Neuen Forums noch eine Sensation, das Gründungsmani-

70 Die Zahlenangaben schwanken deutlich; als realistisch wird die Zahl von 250.000 Unterstützungsunterschriften bis März 1990 angegeben; vgl. Kukutz (Hg.) 2009 (s. Anm. 2), S. 80 f. sowie das Kalendarium Teil II, S. 220-333.

71 Vgl. Erklärung des Neuen Forums zum 40. Jahrestag der DDR, 07.10.1989, in: RHG/ NFo345.

72 Vgl. Thaysen, Uwe: Der Zentrale Runde Tisch der DDR: Wortprotokoll und Dokumente, Wiesbaden 2000.

73 Vgl. Kowalczuk 2009 (s. Anm. 3), S. 368 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fest noch eine Offenbarung gewesen, so wandelte sich die geschlossene staatlich kontrollierte Teilöffentlichkeit rasant. Zwar hatte die Empfangsmöglichkeit bundesrepublikanischer Fernsehsender, aber auch die existierende Gegenöffentlichkeit in der Opposition nahestehenden Kreisen dem monistischen Wahrheitsanspruch der SED bereits seit Jahren Grenzen gesetzt, dennoch blieb der staatsoffizielle Diskurs bis in den Oktober hinein noch immer der dominierende. Aber den vom *Neuen Deutschland* produzierten Bleiwüsten standen nun immer häufiger unabhängige Meinungsäußerungen einzelner Autoren, Initiativen und Parteien gegenüber.

Trotzdem stach das Neue Forum anfänglich heraus; die Gründe hierfür sind bereits erörtert worden. Gleichwohl war dem Neuen Forum und seinem Gründungsmanifest nur eine kurze Blütephase sicher. Schnell, schneller als von den Initiatoren erwartet, hatte sich das Anliegen des Neuen Forums, das Aufbrechen der Gesellschaft, die Mündigmachung des Volkes gegenüber den Machthabern, erfüllt. Die Ereignisse überrollten die Stichwortgeber der Revolution, andere Manifeste waren inhaltlich viel weitergehender, dachten bereits konkret über die künftige Wirtschaftsordnung oder andere konkrete politische Nahziele nach, wie etwa schon vor dem Neuen Forum die Initiatoren der SDP. Waren das Fehlen verbindlicher Forderungen, die defensive Sprachwahl, der Verzicht auf das Wort „Sozialismus“ anfangs von Vorteil, geriet nun die Unverbindlichkeit der Forderungen des Neuen Forums zu dessen Nachteil. Kurzum: Die Bedingungen, in denen das Manifest entstand, wandelten sich binnen weniger Wochen und Monate schlagartig. Zwar war der Weg des Manifests und des Neuen Forums nachgerade symbiotisch verbunden mit dem Weg der Demokratisierung der DDR, waren die Texte und Forderungen des Neuen Forums im Anfang noch Schrittmacher der Demokratisierungsbemühungen und der friedlichen Revolution gewesen. Doch geriet das Neue Forum mitsamt seiner Aufforderung zum Dialog aller gesellschaftlichen Bereiche, zum Dialog zwischen Staat und Volk, äußerst schnell in den Strudel der historischen Ereignisse.

Der Beschleunigung der Geschichte zwischen September und November 1989 konnte der Gründungsaufruf des Neuen Forums nicht standhalten, die innere Dynamik der friedlichen Revolution, der rasante Wandel der Forderungen auf der Straße und schließlich der Fall des eisernen Vorhangs konnte seitens der Initiatoren und Autoren des Textes kaum antizipiert werden. Vielmehr überwogen Skepsis und Unsicherheit – bei den Initiatoren, bei den Unterstützern, in der Bevölkerung. Exemplarisch wird dies an vielen Stellen.

Die reservierte Reaktion des Neuen Forums auf den Mauerfall,[74] die im Dezember immer heftigeren Kontroversen zwischen dem Berlin-dominierten Republiksprecherrat des Neuen Forums und vor allem sächsischen

74 Vgl. etwa die Erklärung: „Die Mauer ist gefallen“, 12.11.1989, in: RHG/ NFo 346.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vertretern, die lieber Partei als Bewegung sein wollten,[75] führten wiederum in der Bevölkerung zur Umorientierung und zunehmend zur Skepsis gegenüber den Initiatoren. Vor allem in der Arbeiterschaft, die in der gesamten Bürgerbewegung ohnehin kaum vertreten war, nahm die Skepsis gegenüber dem Neuen Forum immer stärker zu. „Auf die Volkswut der Proletarier haben die neuen Bürgerbewegungen soviel Einfluß wie der Mond auf den Wanderer, der sich im Wald verirrt hat", so der süffisante Kommentar des *Spiegel*, der wahrscheinlich der realen Wahrnehmung auf der Straße nicht fern war, wie die Äußerung eines jungen Reichsbahn-Mitarbeiters unterstreicht:

„‚Wenn ick det schon höre, von Beruf Dramaturg, Lyriker, Malerin, denn weeß ick doch: Die können nich' arbeiten, und die wolln och nich' arbeiten', schimpft Mirko, 23, Reichsbahner. ‚Die wolln, det wir ihnen den Sozialismus mit menschlichem Gesicht uffbauen. Noch mal zehn Jahre lang. Ohne mich, det sag' ich dir.'"[76]

DIE BEWEGUNG ZERFÄLLT

Der „Aufbruch '89", das wurde schon im November 1989 klar, hatte seinen Zenit überschritten. Hatte das Manifest in seiner Frühphase noch katalytisch gewirkt, die Verhältnisse quasi zum Tanzen gebracht, die Verkrustungen aufgebrochen und direkt auf Volk und Herrscher einwirken können, so wirkte es mit zunehmender Dauer vor allem rückkoppelnd auf seine Autoren ein. Mehr und mehr waren aus den Rufern Mahner geworden, die das eigene Projekt schon längst nicht mehr in den Händen hielten. Sie konnten den Fortlauf der Revolution nicht mehr dem Strom der Geschichte entreißen, verlagerten sich vielmehr auf die Verteidigung des eigenen, offenen Ansatzes. Dass der in der Bevölkerung, im allgemeinen Diskurs immer weniger Bedeutung hatte, schien eher noch Ansporn zu sein, sich hinter dem eigentlich undogmatisch Gesagten immer dogmatischer zu verstecken.

Hatte etwa der Begriff des Sozialismus im Aufruf noch keine Rolle gespielt, so war es in der öffentlichen Wahrnehmung mehr und mehr der „rich-

75 Vgl. zu diesen, teils sehr polemisch ausgetragenen, Auseinandersetzungen stellvertretend die Erklärung „Gegen eine Spaltung des NFo". Gedanken zur Bildung einer Partei, 03.01.1990, in: RHG/ NFo 348.

76 Kleßmann, Christoph/Wagner, Georg: Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945-1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993, S. 392 f. Zudem zeigt sich in dieser Äußerung exemplarisch die weit verbreitete Ablehnung einer Renaissance des Dubčekschen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz", der nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 in Oppositionskreisen vielfach überwintert hatte.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tige“ Sozialismus auf den man rekurrierte.[77] War es die SED gewesen, die man im September und Oktober 1989 noch offen angriff, so war es, unter einigen personellen Veränderungen, noch immer die SED, die man zum Gesprächs- und Kooperationspartner machte. Die Blindheit, die der bundesrepublikanischen Sozialdemokratie, allen voran Egon Bahr, vielfach vorgeworfen wurde, in der SED einen Dialogpartner zu sehen, die Unfähigkeit bundesrepublikanischer Polit-Eliten, die Lebensunfähigkeit und Lebensfeindlichkeit des real existierenden Sozialismus zu erkennen,[78] schienen inzwischen auch Teile des Neuen Forums ergriffen zu haben. Christof Geisel versuchte anhand der Dokumente des Neuen Forums und etwa den Erinnerungen des Initiators Reinhard Schult, die „Zählebigkeit der sozialistischen Idee“ nachzuweisen. Schwierig bleibt an Geisels Nachweis, dass er etwa mit dem bereits angesprochenen Aufruf an die SED-Mitglieder vom 7. Oktober 1989 argumentiert, der natürlich kaum ohne Sozialismusbezug auskommen konnte; überdies ist Reinhard Schult nicht unbedingt repräsentativ für die Bewertung der Sozialismus-Affinität im Lager der Bürgerrechtler. Trotzdem geht die Deutung nicht fehl, dass vor allem die Äußerungen einiger Initiatoren des Neuen Forums infolge des Mauerfalls[79] den Eindruck gefestigt hätten, „den DDR-amtlich stets als ‚republikfeindlich‘ apostrophierten Dissidenten sei der Fortbestand ‚ihres‘ sozialistischen deutschen Separatstaates letztlich wichtiger gewesen als dem letzten Aufgebot der SED“[80]. Kurzum, statt die Macht zu übernehmen, verhandelte man mit den Machthabern, machte sie zu Teilhabern an der Revolution, statt sie auf das Abstellgleis der Geschichte zu stellen. Die Mär der Existenz vieler SED-Reformer nahm hier ebenso ihren Ausgang wie der triumphale Aufstieg Helmut Kohls zum Kanzler der Einheit, der diese Angebotslücke zu füllen verstand wie kein Zweiter.

Aus der Logik der Zeit heraus erschien für die Oppositionellen der Weg der Machtteilung indes der einzig gangbare zu sein. Heute weiß man, dass man hier viel revolutionärer hätte sein können – und müssen. Viele der Initiatoren bemühen sich inzwischen vor allem darum, sich selbst zu erklären, warum man damals nicht in der Lage war, die weitere Entwicklung zu antizipieren, auch warum man die auf der Straße liegende Macht nicht an sich gerissen hatte,[81] wie es etwa in den 1980er Jahren die „Solidarnosc“ vorge-

77 Vgl. zu dieser nach wie vor umstrittenen Deutung jüngst Geisel, Christof: Siegreiche Revolutionäre oder Opfer der Wiedervereinigung? Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition, in: Ansorg et al. (Hg.) 2009 (s. Anm. 17), S. 267-290, hier S. 274 ff.

78 Vgl. hierzu grundlegend Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.

79 Vgl. Erklärung: „Die Mauer ist gefallen“, 12.11.1989, in: RHG/ NFo 346.

80 Geisel 2009 (s. Anm. 77), S. 277.

81 Vgl. exemplarisch Bullion Constanze v.: Macht vergessen. Nationalpreis fürs Neue Forum. Bärbel Bohley über DDR-Erben, in: Süddeutsche Zeitung,

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

macht hatte, wie es Václav Havel in Tschechien machte. Aber kann man das den Initiatoren zum Vorwurf machen?

Niemand hatte in Grünheide geahnt, dass man binnen Jahresfrist einen Vertrag zur Deutschen Einheit haben würde, dass Helmut Kohls blühende Landschaften das Volk mehr bezirzen würden als die Chance auf demokratische Teilhabe jenseits des Wahlaktes. Dennoch, die Schuld – wenn man in einer solchen Kategorie überhaupt denken kann – liegt nicht bei Kohl und nicht beim Volk. Denn wenn das Neue Forum sich in irgendeiner Phase der Revolution als Taktgeber der Ereignisse verabschiedet hat, dann bereits in den Tagen nach dem Mauerfall. Hier hatte man, noch vor Kohls Zehnpunkteplan und noch vor den blühenden Landschaften, die Wahl bereits verloren gegeben.

Nur, inmitten der Ereignisse stehend, wurden nahezu alle Mütter und Väter der Revolution früher oder später von den Ereignissen fortgerissen. Die Antreiber wurden zu Getriebenen. Diesmal nicht zu Getriebenen einer Diktatur, sondern zu Getriebenen des freien Wettbewerbs der Ideen in einer Demokratie. Die Initiatoren des Neuen Forums sind hier nur stellvertretend zu nennen, sie teilten das Schicksal der meisten, als Bürgerrechtler in die Geschichtsbücher Eingegangenen. Für kurze Zeit im Rampenlicht, als „oppositionelles Feigenblatt“[82] für die westdeutschen Parteien, die munter im Osten wilderten, verschwanden deren Protagonisten ebenso schnell wieder. Dem Parteienstaat West verweigerten sich viele von Beginn an, denn sie lehnten ihn ebenso ab wie die SED-Diktatur – so auch Bärbel Bohley oder, lange Zeit der Begründer der IFM, Wolfgang Templin und zahlreiche andere. Der größte Teil der ersten Bündnis90/Grünen-Fraktion verließ den Bundestag bereits nach einer Legislaturperiode.

Kurzum, das Manifest hatte nicht nur Auswirkungen auf die Bevölkerung, mithin auf den Demokratisierungsprozess, sondern auch und vor allem auf die Manifestanten. Je stärker sich die Forderungen auf der Straße vom Ursprungsgedanken des reinen Dialogs fortbewegten, desto mehr bewegten sich die meisten Initiatoren auf den eigenen Text wieder zu. Die Dynamik der Prozesse, bis hin zur „nationalen Wende“ in der Revolution, war nicht vorgedacht, ergo auch nicht denkbar gewesen, als sie plötzlich vor der Tür stand. Zwar entwickelte das Neue Forum auch im Verlauf des Demokratisierungsprozesses neue Ideen, versuchte es auch die Dynamik der Forderungen zu antizipieren. Doch irgendwann riss der Faden zwischen Eigenanspruch der Manifestanten und den Forderungen der Bewegung. Folglich

26.05.2000. Dieses Dilemma sah Václav Havel bereits 1978 voraus, als er konstatierte: „Sie [die Bürgerrechtler] übernehmen nicht die messianische Rolle irgendeiner gesellschaftlichen ‚Avantgarde’ oder ‚Elite’, und wichtiger noch: sie wollen auch niemanden führen.“ Havel 1989 (s. Anm. 50), S. 75.

82 Zu dieser Deutung vgl. Fischbeck, Hans-Jürgen: Vielfalt oder Zersplitterung? Fünf Jahre Bürgerbewegung. Lehren aus einer kurzen Geschichte, in: Forum Bürgerbewegung, Jg. 1 (1994) H. 4, S. 4 ff., hier S. 5.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stand das Neue Forum immer häufiger abseits der Entwicklungen, wurde eben nicht nur elektoral, sondern auch auf der Ebene der öffentlichen Wahrnehmung an den Rand gedrückt.

Die Skepsis vor allem des Berliner Zentrums gegenüber dem aus dem Winterschlaf der Diktatur gerissenen Volk, die noch größere Skepsis gegen den Wohlstandskünder Helmut Kohl und im Prinzip gegen die gesamte Bonner Parteiendemokratie mag tief begründet, auch in Teilen durch die SED-Propaganda indoktriniert gewesen sein. In den Worten Bärbel Bohleys:

„‚Wir wollten Freiheit, Menschenrechte, eine andere Gesellschaft. Fast niemand ist auf die Straße gegangen, um ein politisches Amt zu bekommen. Niemand war scharf auf das Amt von Margot Honecker und den anderen. Wir Bürgerrechtler waren in gewisser Weise […] blöd. 1989 hätten wir durchaus die Möglichkeit gehabt, selbst nach Bonn zu fahren und das nicht Günther Krause, dem Chefverhandler des Einigungsvertrags, oder Innenminister Peter-Michael Diestel zu überlassen. Aber da waren unsere eigenen Scheuklappen im Weg.‘ Sie hätten mit ihrem damaligen Rückhalt in der Bevölkerung direkt zu Helmut Kohl fahren sollen. ‚Aber wir wollten ja mit der CDU nichts zu tun haben. Die Indoktrination hatte schon so gegriffen, dass wir das selbst gar nicht bemerkt haben.‘“[83]

Im Resultat änderte es aber nichts. Denn die Bewegung auf der Straße besaß diese Berührungsängste nicht, wurde immer stärker selbst zum Taktgeber der Ereignisse. Die Stichworte lieferten eben nicht mehr – wie noch anfänglich – die Manifeste der Opposition, sondern mehr und mehr die Plakate und Losungen auf den Straßen. Das Neue Forum verschwand zu großen Teilen so schnell aus der Öffentlichkeit, wie es gekommen war. Begründete der Ruf nach Zulassung des Neuen Forums noch die Massenbewegung auf den Straßen, so war mit der Erringung der Macht auf den Straßen im Oktober 1989 und dem Mauerdurchbruch vom 9. November 1989 diese Phase des Demokratisierungsprozesses weitgehend vollzogen. Fortan dominierten politische und vor allem wirtschaftliche Forderungen. Aber hier vermochten es die Initiatoren nicht mehr, die Sprache der Straße zu sprechen, zu sehr verteidigten sie ihre Ursprungsidee gegen die des Volkes. Hier wurde aber auch deutlich, dass Volk und Opposition sich nur mehr zufällig und für kurze Zeit auf einer Wellenlänge befunden hatten. Denn was vor der Revolution stimmte, galt auch während der Revolution wieder recht bald: Volk und Opposition besaßen nur wenig Berührungspunkte.[84]

---

83 Zitiert nach König, Ewald: Bärbel Bohley: Mauer zu, Mauer auf, in: EurActiv, 14.10.2009, online einsehbar unter: http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/barbel-bohley-mauer-zu-mauer-auf-002229 [eingesehen am 14.01.2010].

84 Vgl. den äußerst bissigen Kommentar von Martin, Marko: Das Schweigen der Anderen. Vom verleugneten Erbe der DDR-Bürgerrechtler, in: Die Welt, 21.01.2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Und so war es die Bürgerbewegung, die als Verlierer der ersten freien Volkskammerwahl, die man doch erst durch den offenen Protest des Jahres 1989 ermöglicht hatte, feststand. Gerade einmal ein reichliches Viertel entfiel auf die im Herbst 1989 angetretenen Bürgerbewegungen und Parteien. Und rechnet man hier die Stimmen heraus, die sich im März 1990 schon von der basisdemokratischen Erneuerung der DDR verabschiedet hatten – etwa der Demokratische Aufbruch oder die SPD –, so bleiben für den „harten Kern" der Bürgerbewegung – Bündnis 90, Grüne Partei, Unabhängiger Frauenverband und die vereinigte Linke – gerade einmal fünf Prozent. Die DSU hingegen, eine konservative Parteigründung, deren Programm im Prinzip aus dem bedingungslosen Beitritt zur Bundesrepublik bestand, überflügelte im Alleingang, als Teil der Allianz für Deutschland, die nun schon so alt wirkende Bürgerbewegung.

Die Enttäuschung nach der Volkskammerwahl war in den Reihen der Bürgerrechtler sehr groß. Der Zorn prasselte auf das Volk nieder, das sich, so die Lesart, durch die Wahl des repräsentativen Parteienstaats selbst schon wieder unmündig gemacht hätte. Aber weder konnten die Adressaten dieser Enttäuschung die Kritik auch nur im Ansatz nachvollziehen, noch war das Volk der alleinig richtige Adressat für die Unzufriedenheit mit dem Wahlergebnis. Die Kritik von Jens Reich etwa, der in Reaktion auf das Wahlergebnis äußerte: „Wir konnten die Demokratie nicht selbst entwickeln, das Bonner Nilpferd hat die kleine Pflanze totgetreten."[85], mag in der Logik der Manifestanten damals auch gestimmt haben. Doch die Ursachen für das „Scheitern", wenn man die Erreichung freier Wahlen so nennen mag, lagen nun mal nicht allein in der vermeintlichen Unmündigkeit des Volkes, sondern auch in der Gestalt der Bürger*bewegung*, in deren zivilgesellschaftlichen Handlungsmustern, selbst begründet.[86]

Die Abwehr jeglicher Verbindlichkeiten, programmatischer wie organisatorischer, war nur solange von Vorteil, als man die herrschende politische Struktur brechen wollte. Als dies gelungen war und man eben nicht in die nun offenen Lücken eingeströmt war, nicht die eigene Programmatik und Organisation verändert, kurzum: nicht die Macht an sich gerissen hatte, stießen zwangsläufig andere, nicht auf einem zivilgesellschaftlichen Offenheitsansatz beruhende politische Akteure in die offene Lücke. Im Prinzip hatte das Neue Forum seine zentrale Aufgabe schon im Oktober erfüllt. Es wirkte als Katalysator der Revolution, der Gründungsaufruf wurde zum zentralen Dokument auf Einforderung des Dialogs mit den Machthabern. Aber der Verzicht auf die Macht, der nachgerade ideal zur Delegitimierung der SED beitrug, schwächte die Bürgerbewegung indes als Akteur der Umgestaltung. „Die Realisierung der Vision einer Gesellschaft in Bewegung", die im Gründungsmanifest des Neuen Forums formuliert worden war „beschränkte sich daher mit ungeahntem Erfolg auf den Ausbruch aus dem

85 Zitiert nach o.V.: „Es gibt keine DDR mehr", in: Der Spiegel, 19.03.1990.

86 Vgl. hierzu und im Folgenden Timmer 2000 (s. Anm. 16), S. 384 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

SED Regime“, so der Historiker Karsten Timmer. „Sie scheiterte jedoch an dem Versuch, den Ausbruch in einen Aufbruch zu einem neuen Gesellschaftstyp zu übersetzen.“[87]

EPILOG

„Eine Bewegung erweist sich als erfolgreich, wenn sie zerfällt“[88], urteilt Bärbel Bohley mit Hegels Hilfe inzwischen recht milde über das Schicksal des Neuen Forums, stellvertretend für die gesamte Bürgerbewegung. Nun, diese Milde ist neu. Nicht selten finden sich andere Urteile, die vom Scheitern der Bürgerbewegung handeln, oder aber Bewertungen, aus der Bürgerbewegung kommend, die noch immer mit dem Volk hadern, welches sich nach dessen kurzem Spätsommer der Utopie in den Herbst des verlässlichen Patriarchen rettete, sich statt kreativer Selbstbefreiung und Mündigmachung der D-Mark und der nationalen Einheit verschrieb.

Vor diesem Hintergrund müsste man die Wirkungsgeschichte des Gründungsaufrufs des Neuen Forums als die einer Tragödie beschreiben, wo dem Triumph das zwangsläufige Scheitern innewohnen musste. Und nicht wenig spricht dafür, diese Niedergangserzählung einer Massenbewegung zu beschreiben, die bereits ein halbes Jahr nach ihrer Gründung relativ marginalisiert war und spätestens nach den Wahlen von 1994 nur noch ein Schattendasein fristete – bis heute. Es scheint, die Initiatoren von 1989 versäumten es, die Popularität des Gründungsmanifests auf lange Sicht nutzbar zu machen. Man hatte die auf der Straße liegende Macht nie aufzunehmen versucht, und so war das Projekt, die ehemals diktatorisch beherrschte DDR in das Morgenrot der aufgeklärten, zivilgesellschaftlich organisierten Demokratie zu überführen, bereits in seinen Anfängen gescheitert. Aber so einfach ist es eben auch nicht. Denn gemessen am Gründungsmanifest des Neuen Forums, hat es sein Hauptziel, schneller und gründlicher als angenommen, erreicht. Nochmals der Originaltext:

„Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an, dass eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozess mitwirkt, dass die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden. Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform [Herv.i.O.] für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.“[89]

87 Ebd., S. 386.

88 Bohley 2009 (s. Anm. 2).

89 RHG/ NFo 344.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dieses anfänglich kaum für möglich gehaltene Ziel ist indes vollumfänglich erreicht worden. Das Neue Forum – und hier liegt eines der Kernprobleme in der Beurteilung dieses zivilgesellschaftlich orientierten Flügels der Bürgerbewegung – war nie als Partei, nie als politischer Akteur im institutionalisierten System vorgesehen gewesen, es sollte Diskussionen anregen, eine Plattform bieten, Diskussionspunkte einwerfen. Wem das nicht reichte, der ging ohnehin weiter, betrachtete das Neue Forum als Durchgangsstation, war Unterstützer, nicht Mitglied. Angela Merkel oder Wolfgang Thierse mögen hier prominente Beispiele sein.

Natürlich hatten sich die meisten Initiatoren und späteren Mitglieder des Neuen Forums mehr vorgenommen. Die Erwartungsinflation im Zuge der Revolution ergriff nicht nur das Volk, sondern auch die, die es zum mündigen Dialog aufgefordert hatten. Im Prinzip hätte sich das Neue Forum im November 1989 auflösen können, wäre ihm nicht die ein wenig aus dem Blick geratene Frage des Umgangs mit den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit zugefallen. Eine obendrein äußerst undankbare Aufgabe – denn wie man heute rückblickend weiß, war auch dieses Themenfeld eines, mit dem man auf lange Sicht zwar versuchen konnte, ein wenig Gerechtigkeit für die Opfer des MfS einzuklagen – politisch Kapital daraus ließ sich aber nicht schlagen. Vielmehr bekam das Neue Forum hier das zweite Mal ein Etikett angehaftet, das der zwanghaften Rückschau in die Untiefen des „real existierenden Sozialismus", deren man sich doch schnellstmöglich entledigen wollte.

Kurzum, das Neue Forum war nicht an der Macht, sondern nervte die Machthabenden. Doch abgesehen von der in diesem Teil der Bürgerbewegung tiefsitzenden Aversion gegen Posten und Parteien, gegen Macht an sich: Was hätte das Neue Forum denn erreichen können, gegen einen etablierten bundesrepublikanischen Partner, der das bot, was sich die meisten Menschen nachvollziehbarer Weise wünschten: ein wenig Wohlstand, bessere Renten, saubere Luft, eine Zukunftsperspektive. Wie hoffnungslos überfordert die meisten Revolutionäre mit solchen Wünschen waren, zeigt der Blick nach Osteuropa. Auch und gerade dort sind, trotz Fehlens eines reichen Onkels aus dem Westen, die Helden von einst früher oder später vom Erwartungsdruck des Volkes überrollt worden. Die Wiederkehr der alten staatstragenden Parteien oder überbordender Nationalismus waren hier vielfach die Folge. Die Gesellschaften Osteuropas sind vielfach weitaus tiefer gespalten als die der wiedervereinigten Bundesrepublik. Die DDR-Bürgerbewegung hatte die Machtfrage 1989 nicht gestellt, vielmehr die alten Eliten in den Dialog eingebunden. Dass dies auch ein Zeichen und eine Chance der Versöhnung war, sollte nicht übersehen werden.

Das Neue Forum hatte mit dem Aufruf, dass die Zeit nun reif sei, viel beigetragen zum Aufbruch in der Bevölkerung, die binnen weniger Wochen wieder offen formulierte, was sie dachte, die sich binnen eines halben Jahres wieder – diesmal mit echten Alternativen konfrontiert – in die Wahlkabinen begab und über ihre Zukunft abstimmte. Dass am Wahlabend des 18. März

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1990 nicht mehr das Gründungsmanifest des Neuen Forums, sondern zwei ganz andere, manifestartige Verkündungen – der „Zehn-Punkte-Plan“ Kohls vom 28. November 1989[90] und die Rede des Kanzlers vor der Dresdner Frauenkirche vom 19. Dezember 1989,[91] wohl auch das Wort von blühenden Landschaften – im Kopf waren, bleibt bei allem auch ein Ergebnis des Wirkens des Neuen Forums.

Denn nur eine mündige Zivilgesellschaft war in der Lage, ihre Zukunft in der Demokratie einzufordern und zu gestalten. Die Entstehung der Dissidentengruppen und die damit einhergehende Formulierung öffentlicher Kritik, die Kristallisierung einer Opposition und die folgende Machtteilung am Runden Tisch zeigt, dass „die Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle in der ostdeutschen Selbstbefreiung […] spielte“[92]. Hieran hatte das Gründungsmanifest des Neuen Forums einen gewichtigen Anteil. Den Rest erledigte die ostdeutsche Bevölkerung, die mit der friedlichen Revolution ihren Beitrag zur geglückten deutschen und europäischen Freiheits- und Demokratiegeschichte lieferte.

90 Vgl. zum Zehn-Punkte-Plan Kohls Teltschik, Horst: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991 (4. Aufl.), S. 42-58; außerdem dokumentiert in: Stenographischer Bericht der 177. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 28. November 1989, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Auf dem Weg zur deutschen Einheit. Deutschlandpolitische Debatten im Deutschen Bundestag, Bd. 1, Bonn 1990, S. 70-82. Indes, wie so oft in den nächsten Monaten, reagierte Kohl hier lediglich auf einen von Horst Ehmke (SPD) bereits zwei Tage vorher verfassten Konföderationen-Plan, gewann aber durch seine Rede, wie beabsichtigt, die Meinungsführerschaft zumindest in der Bundesrepublik zurück.

91 Vgl. hierzu und zur Dekonstruktion des Mythos vom Einheitskanzler ebenso brillant wie prononciert Driftmann, Markus: Gelobt wird aus den falschen Gründen. Helmut Kohl und die deutsche Wiedervereinigung, in: Deutschland Archiv, Jg. 39 (2006), H. 5, S. 868-875. Die Rede ist u.a. dokumentiert in: Riecker, Joachim: Helmut Kohl '89. Auferstanden aus Ruinen. Die Dresdener Rede der Einheit, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 48 (2001) H. 1-2, S. 75-80.

92 Jarausch, Konrad: Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft? Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Conze, Eckart/Gajdukowa, Katharina/Koch-Baumgarten, Sigrid: Die demokratische Revolution in der DDR, Köln u.a. 2009, S. 25-45, hier S. 43 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Letzter Kampf der alten Linken

Die „Erfurter Erklärung“

OLIVER D'ANTONIO

PROLOG: DIE LINKE HAT SICH NICHTS MEHR ZU SAGEN

Jürgen Trittin bekam als erster zu spüren, wie groß die politische Linke im seit genau sieben Jahren vereinten Deutschland ist. Sicherlich, der damalige Bundessprecher von Bündnis90/Die Grünen, der einst für den „Kommunistischen Bund“ im Göttinger AStA saß, wurde innerhalb der eigenen Partei eher als Linker eingestuft, sah sich wohl bis zu einem gewissen Grade selbst als ein solcher.[1] Aber die da unten, die ihn hier oben auf dem Podium in der Erfurter Augustinerkirche so barsch angingen, die waren von seiner Sicht der Welt doch meilenweit entfernt. Trittins Rhetorik symbolisiere einen Angriff „von innen“ auf das zarte Pflänzchen eines linken Aufbruchs, warf ihm da einer vor. Ein anderer schimpfte, Trittin habe wohl kaum in der Schule aufgepasst, als es um Demokratie ging. Und eine grüne Parteifreundin brachte die Stimmung schließlich auf den Punkt: „[H]eute Abend habe ich das Gefühl, ich muss austreten.“[2] Jürgen Trittin hatte sich in den Minuten zuvor vehement gegen eine Koalition mit der PDS nach der anstehenden Bundestagswahl 1998 ausgesprochen und damit den Hoffnungen der anwesenden Tausendschaft auf ein breites linkes Bündnis im Bundestag über alle kleinkarierten Parteigrenzen hinweg eine rüde Absage erteilt. Das Volk, das acht Jahre zuvor in einem breiten Bündnis des friedlichen Protests die SED-Diktatur aus den Angeln gehoben hatte, verstand den Mann auf dem Podium nicht, der sich einem neuerlichen Bündnis des Aufbruchs widersetzte – und er verstand das Volk nicht, welches ihm hier im Gotteshaus gegenübersaß. Trittin rettete sich mit einer seelentröstenden Floskel: „Es gehört zusammen

1 Zu Jürgen Trittin vgl. Walter, Franz: Charismatiker und Effizienzen. Portraits aus 60 Jahren Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2009, S. 333-338.

2 Vgl. o.V.: Veranstaltung zur „Erfurter Erklärung“ am 4. Oktober 1997 in der Augustinerkirche in Erfurt, in: o.V.: Versammlung zur Erfurter Erklärung. 3. - 4. Oktober 1997, o.O. 1997, S. 33-36.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine außerparlamentarische Massenbewegung und Mehrheiten in den Parlamenten. Und dies sollten wir auch in diesem Rahmen nicht vergessen und nicht auseinanderdiskutieren."[3] Das Protokoll vermerkte Beifall. Im Anschluss herrschte Schweigen zwischen beiden Seiten.

Es war der frühe Abend des 3. Oktober 1997. Es war am achten Jahrestag der Deutschen Einheit, als die Initiatoren dieser Konferenz zur „Erfurter Erklärung" indirekt ihr Scheitern bezüglich einer linken Einheit eingestehen mussten. Neun Monate zuvor hatten zahlreiche linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Linksintellektuelle noch den Aufstand gegen die Verhältnisse geprobt, wollten außer- und innerparlamentarisch eine breite Oppositionsbewegung gegen den Neoliberalismus, den Sozialabbau und die desolate Wirtschaftslage in Ostdeutschland in Front bringen. Das Manifest, welches diese Bewegung in selbige setzen sollte, nannte sich Erfurter Erklärung. Sie steht im Zentrum des folgenden Beitrages.[4]

DER LANGE WEG NACH ERFURT: EINE ZEITHISTORISCHE VORGESCHICHTE

Der zeithistorische Kontext in den die Erfurter Erklärung – wie jedes Manifest – gestellt werden müsste, ist fraglos weiter als der Raum, den ein Band wie der vorliegende zu gewähren vermag. Die Verengung auf zwei ursächliche Erklärungsfaktoren für das Handeln der Erfurter Manifestanten erscheint mir daher einerseits notwendig, andererseits auch tragfähig zu sein, da sich deren Prägekraft für die dominante Generation der Protagonisten als stark erweist und zudem eine gemeinsame Deutung der politischen und gesellschaftlichen Konstellation vorgelegen haben dürfte. Deshalb stehen die Perspektiven einer Erosion der sozialpolitisch und erwerbsarbeitsbezogen geprägten Gesellschaften in Ost und West sowie die Deutung einer totalen Agonie der linken Kräfte in Politik und Gesellschaft der vereinigten Bundesrepublik im Zentrum der nachfolgenden Betrachtungen.

3 Ebd., S. 39.

4 Einen wesentlichen Teil der Materialbasis, auf welcher der vorliegende Beitrag fußt, bilden Gespräche, die ich mit zwei der Initiatoren der Erfurter Erklärung – Horst Schmitthenner und Edelbert Richter – im Spätherbst 2009 führen konnte. Das Gespräch mit Horst Schmitthenner fand in seinem Büro in der IG Metall-Zentrale in Frankfurt am Main am 2. November 2009 statt. Mit dem Theologen und ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Edelbert Richter sprach ich am 7. Dezember 2009 in seinem Wohnhaus in Weimar. Beiden danke ich noch einmal herzlich für die interessanten Gespräche, ohne die ich den Beitrag nicht in dieser Form hätte verfassen können.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sozialpolitik und Erwerbsarbeit: Imperative zweier deutscher Republiken

Der Gründungsmythos der Bundesrepublik erwuchs zu einem Gutteil in sozioökonomischer Weise. Die Schlagworte der ersten Dekade lauteten: Währungsreform, Wirtschaftswunder und Soziale Marktwirtschaft. Für die besondere Art einer korporativ angelegten und sozialstaatlich flankierten Form einer industriell geprägten und exportorientierten Volkswirtschaft wurde der Begriff des „Modell Deutschland“[5] geprägt. Damit setzte die westdeutsche Republik in gewisser Weise einen Sonderweg fort. In den Jahren, in denen die gesamte westliche Welt von der keynesianischen Lehre geprägt war, dominierte eine Ordnungspolitik ordoliberaler Spielart das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik.

Eine besondere Position nahm in diesem Gefüge der Sozialstaat ein, der sich auf eine deutsche Tradition aus den Zeiten des Kaiserreiches berufen konnte. So war die Symbolik, mit der die Sozialstaatlichkeit in den Rang einer Staatszielbestimmung von Verfassungsrang gehoben wurde (Art. 20, Abs. 1 GG), einerseits folgerichtig, andererseits ließ das Grundgesetz den ordnungspolitischen Raum, in dem die erste Bundesregierung das marktwirtschaftliche Prinzip durchsetzen konnte.[6] Die Prosperitätsphase der 1950er Jahre läutete die Ära einer einzigartigen Expansion der Sozialpolitik in Deutschland ein. Die Lücke zwischen dem Anspruch kollektiver Vermögensbildung und der Realität ungleich verteilter Einkommen und Vermögen ließ nun den „Ruf nach dem korrigierenden Staatseingriff in den Markt erneut lauter“[7] werden. Damals protestierten Wirtschaftsliberale noch erfolglos gegen den „Versorgungsetatismus“ des Bundeskanzlers Konrad Adenauer.[8] Die 1966 an die Regierung gelangte SPD heftete diesem Versorgungs- schließlich noch einen keynesianischen Steuerungsetatismus an.

Das mit der Ölkrise 1973/74 gekommene Ende des Traums vom ewigen Wachstum traf die westliche Welt nicht völlig überraschend, aber dennoch unvorbereitet. Die Bonner Regierung wandte sich von der Konjunkturpolitik ab und beendete nach zweieinhalb Jahrzehnten die sozialpolitische Expansion. Nun begann der stetige Aufstieg neoliberaler Kritik am sozialstaatlichen Arrangement, ohne dass jedoch gleich ein praktischer Angriff auf die Grundfesten des Systems erfolgte. Selbst das schwarz-gelbe Kabinett Helmut Kohls wahrte die Kontinuität des wirtschafts- und sozialpolitischen Sonderwegs der Bonner Republik. Trotz der Kürzung von Sozialleistungen

5 Vgl. Schroeder, Wolfgang: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, in: Jochem, Sven/Siegel, Nico (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat, Opladen 2003, S. 107-147, hier S. 111 ff.

6 Vgl. Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2005, S. 188.

7 Ebd., S. 194.

8 Vgl. Walter 2009 (s. Anm. 1), S. 20 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

blieb, im Gegensatz etwa zum Großbritannien unter Thatcher eine umfassende Zerschlagung der korporatistischen und sozialpolitischen Arrangements aus.[9] Im Gegenteil wurde „eine wachsende Zahl von Personen ausserhalb [sic!] von Beschäftigung zufriedenstellend versorgt"[10], was den Soziologen M. Rainer Lepsius zur These von der Entstehung einer „Versorgungsklasse" beflügelte.[11]

Die Bundesrepublik blieb trotz steigender Arbeitslosigkeit eine Gesellschaft, die sich stark über Erwerbsarbeit definierte. Vollbeschäftigung blieb das Ideal westdeutscher Wirtschaftspolitik. Wer jedoch nicht an der Erwerbsgesellschaft teilhaben konnte, dem sollten wenigstens ein relativ hoher Lebensstandard garantiert und Lebens- und Entwicklungschancen nicht verbaut werden. Somit geriet die soziale Gestalt des Staates zu einem politisch nahezu unantastbaren Kollektivmythos, deren Fürsorgeverpflichtung die Erfahrung der frühen bundesrepublikanischen Generationen prägte. In den Worten Sandrine Kotts: „Stabilität, Kontinuität, Verläßlichkeit – der Sozialstaat erscheint als beruhigender ‚Erinnerungsort', an dem eine unaufhörlich von ihrer Vergangenheit heimgesuchte Nation sich mit sich selbst versöhnt."[12]

In der DDR hingegen war man zunächst fest entschlossen, den Bruch mit den imperialistischen Traditionen des alten Reiches zu vollziehen. Zunächst steuerte die SED die Wirtschaft mittels autoritärer Planwirtschaft, gewährte ab den 1960er Jahren den produzierenden Einheiten im Rahmen der technokratischen Konzeption eines „Neuen Ökonomischen Systems" (NÖS) stärkeren Einfluss im Planungsprozess.[13] Ihre Legitimität gewann dieses System aus der Hoffnung, dass der Verzicht und die Mühen in der Planwirtschaft von heute den Frieden und Wohlstand von morgen sichern würden. Mit der Ablösung des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht durch Erich Honecker kam es 1971 jedoch zu einer bedeutsamen Wende: Der VIII. Parteitag der SED diktierte die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Fortführung und Ausweitung der betrieblichen Sozialpolitik, das monströse Wohnungsbauprogramm der 1970er und 1980er Jahre und die

9 Vgl. Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 2., durchg. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 120 ff.

10 Streeck, Wolfgang: Tarifautonomie und Politik: Von der Konzertierten Aktion zum Bündnis für Arbeit, in: Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Hg.): Die deutschen Arbeitsbeziehungen am Anfang des 20. Jahrhunderts, Köln 2001, S. 76-102, hier S. 82 f.

11 Vgl. Lepsius, M. Rainer: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 166-209, hier S. 179 ff.

12 Kott, Sandrine: Der Sozialstaat, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl, Bonn 2005, S. 258.

13 Zur frühen DDR-Wirtschaftsgeschichte vgl. Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007, S. 51-78, S. 83 ff. u. S. 129 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Politik westlicher Konsumgüterimporte waren Ausdruck einer neuen Form der Verteilung sozialer Wohltaten an das Volk.[14] Die Suggestion eines Gesellschaftsvertrages, in dem die DDR-Bevölkerung ihre politische Teilhabe zugunsten des Staates und des Versprechens der Vollbeschäftigung sowie materiellen Wohlstand abtrat, mündete schließlich in eine nachhaltige Prägung der DDR-Gesellschaft: Die ostdeutsche Gesellschaft wurde eine Arbeitsgesellschaft par exellence und die Loyalität und der Legitimitätsglauben gegenüber der Obrigkeit bezogen sich darauf, dass die Staatsführung die Wahrung einer Art „diktatorischen Wohlfahrtsstaats“ paternalistischen Stils garantierte.[15] Zudem gewährte die planwirtschaftliche Ordnung, trotz ihrer Systemdefekte und Unproduktivität, über Jahrzehnte hinweg Vollbeschäftigung, die Erwerbsarbeit ins Zentrum des biographischen Daseins rückte.

Unbeschadet aller Unterschiede zwischen den politischen Systemen kann festgehalten werden, dass Sozialpolitik in Deutschland seit ihrer Entstehung eine wichtige Funktion von Herrschaftslegitimation und Loyalitätsbildung erfüllt. Dies war unter Bismarck nicht anders als im Weimarer Sozialstaat und auch im geteilten Deutschland wurde – wie gezeigt auf beiden Seiten – eine Politik sozialer Wohltaten in herrschaftskonservierender Weise genutzt. Es ist ein durchaus machiavellistisches Herrschaftsprinzip dosierter Wohltaten in guten Zeiten,[16] welches in Deutschland West wie Ost Usus wurde. Zudem waren relative Wohlstandszuwächse seit Ende des 19. Jahrhunderts mindestens zum Teil Ergebnisse staatlicher Politik. Schließlich definierten sich beide Gesellschaften in extremer Weise über Erwerbsarbeit und wirtschaftliche Stärke – das „Modell Deutschland“ im Westen ebenso wie Planerfüllungsgesellschaft im Osten. Folglich existierte auf keiner Seite der Mauer die Tradition einer reinen Wohlstandsgesellschaft mit eingebauter sozialer Hängematte, wie es parteipolitische Polemik bisweilen suggeriert. In Deutschland entstanden seit 1949 zwei industriell geprägte Erwerbsgesellschaften, die auf Basis einer tief verankerten paternalistischen Tradition die sozialpolitische Verantwortung des Staates als selbstverständlich und aus eigener biographischer Erfahrung auch als wünschenswert betrachteten. Nicht zuletzt die deutsch-deutsche Systemkonkurrenz wirkte traditionsbewahrend, da soziale Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft die soziale Kompetenz ihres Wirtschaftsmodells in den Wettbewerb einbringen mussten.[17]

14 Vgl. Rösler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch, Bonn 2000, S. 15 ff. u. S. 22 ff.

15 Vgl. Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt am Main 1992, S. 234 f.; Kott 2005 (s. Anm. 12), S. 270.

16 Vgl. Machiavelli, Niccolo: Discorsi: Gedanken über Politik und Staatsführung, 2. Aufl., Stuttgart 1997, S. 90f.

17 Vgl. Butterwegge 2005 (s. Anm. 9), S. 67 u. S. 69.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nach 1990: das „Modell Deutschland" am Abgrund

Während der Wendewirren im Winter 1989/90 schien für kurze Zeit der Weg in die ökonomische Zukunft der DDR offen, ehe sich die Regierung Kohl der Situation bemächtigte und somit erneut das Primat der Politik vor den wirtschaftlichen Erfordernissen behauptete, diesmal jedoch unter umgekehrten Vorzeichen. Das neoliberale Konzept einer raschen Währungsunion sollte zuvörderst die schnelle staatliche Einheit ermöglichen und – als ein Nebeneffekt – auch die Chancen der Wiederwahl des Kanzlers erhöhen. Damit wurde die aufgrund jahrzehntelanger sozialistischer Misswirtschaft ohnehin kaum leistungsfähige ostdeutsche Industrie binnen weniger Monate nahezu völlig planiert.[18] Die Privatisierungspolitik der „Treuhand" und Wirtschaftskriminalität taten ihr übriges. Natürlich gab es keine Blaupausen, keine fertigen Modelle, wie der bis heute einmalige Vorgang der Vereinigung zweier großer Volkswirtschaften vonstatten zu gehen habe. Doch es waren eben mitnichten nur Oskar Lafontaine, sondern auch zahlreiche Wirtschaftsexperten, denen das Vereinigungstempo zu hoch war.

Infolgedessen konnten in jenen Jahren neoliberale Wirtschaftspositionen, vor allem die Standortdebatte und der Diskurs um die Höhe der Lohnnebenkosten, immer stärker Raum greifen. Gerade die Debatte um die Lohnnebenkosten rückte nun immer stärker den Sozialstaat in den Fokus der Kritik. Denn die Bundesrepublik hatte nach dem Wirtschafts- auch das Sozialsystem nahezu eins-zu-eins auf die neuen Bundesländer übertragen und „importierte" damit auch dessen Schwächen und Systemfehler in die neuen Länder.[19] Dadurch musste nicht nur die im Westen strukturell gewordene Arbeitslosigkeit, sondern auch die im Osten entstehende aus der Sozialversicherung finanziert werden. Die Regierung Kohl behalf sich in der Folge mit einer in der Geschichte der Bundesrepublik bis dahin beispiellosen Kürzungswelle, was Sozialleistungen des Staates betraf, wodurch der strapazierte Staatshaushalt zum einen entlastet, Unternehmer hingegen gefördert werden sollten.[20] Es wurde jedoch bald deutlich, dass unter den gegebenen Bedingungen weit mehr geschehen musste, um die Wirtschaft in Ostdeutschland zu stabilisieren. 1990 war noch von „blühenden Landschaften" die Rede, die vollständige Angleichung der Löhne war für das Jahr 1994 angedacht gewesen. Nun musste man zugeben, dass auch die massiven Transferleistungen aus dem Westen in die neuen Bundesländer kaum mit der Anschubfinanzierung von 1990 ihr Ende finden würden. Der Osten mutierte in der Folge zum Transfer-Wirtschaftsgebiet, das durch den wirtschaftsstarken Westen mitgezogen werden sollte – eine Bankrotterklärung für den „Aufbau Ost"!

18 Vgl. Rösler 2000 (s. Anm. 14), S. 62 ff.

19 Vgl. Abelshauser 2005 (s. Anm. 6), S. 499.

20 Vgl. Butterwegge 2005 (s. Anm. 9), S. 125 ff., insbesondere S. 133 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Im Zuge dieser Krise geriet die Regierung Kohl nach dem überragenden Wahlsieg von 1990 zunehmend in eine echte Legitimitätskrise. Die Probleme lagen auf der Hand: Beide deutsche Republiken lebten seit Jahrzehnten vom Mythos der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit sowie der sozialen und ökonomischen Kompetenz des Staates. Letzteres trauten die Ostdeutschen 1989 immerhin noch dem Westen zu. Nun zerfiel den Machthabern diese Illusion unter den Händen. Die Deutsche Einheit und die im Vereinigungsprozess begangenen Fehler legten jahrzehntelange Reformversäumnisse des Westens offen und zeigten dem Osten eklatant, dass im westdeutschen Konsumparadies auch nur mit Wasser gekocht wurde. Doch die erfolgreiche soziale Marktwirtschaft rheinischer Spielart blieb für viele Menschen im Westen Teil der politischen Kultur. Und auch in den neuen Ländern wahrten viele den Glauben an die staatliche Fürsorgepflicht. Die maßlose Enttäuschung vieler Deutscher über die soziale und wirtschaftliche Realität der Republik eine halbe Dekade nach der Wiedervereinigung war einer der Nährböden, auf dem die Erfurter Erklärung gedeihen konnte.

Zurück zur Utopie: die politische Linke in den 1990er Jahren

Was ist heute links? Was macht linke Politik in einem spät- oder postindustriellen Sozialstaat noch aus? Diese Fragen begleiteten die SPD quer durch die Jahrzehnte der Bonner Republik. Sie suchte Antworten: im „Godesberger Programm“, in Willy Brandts Parole „Mehr Demokratie wagen“ von 1969, im „Orientierungsrahmen ’85“ oder im „Berliner Programm“ von 1989. Sie öffnete sich ab den 1960er Jahren für bürgerliche und klerikal orientierte Wähler und Mitglieder,[21] wurde zur linken Volkspartei. Sie machte ihren Frieden mit der christdemokratischen sozialen Marktwirtschaft und ergänzte sie um das, modern und hochwissenschaftlich anmutende Konzept keynesianischer Steuerung, als linkes Gegenmodell zur DDR-Planwirtschaft. Zwischen 1966 und 1974, dem „goldenen Zeitalter der Sozialdemokratie“, schien die SPD – ebenso wie ihr britisches Pendant, die Labour Party – die logische und innovativste politische Antwort auf die Herausforderungen einer modernen Welt der Globalität, der Dynamik und des Fortschritts zu sein.[22]

Doch in Folge der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre und der sogenannten „neokonservativen Wende“ in den 1980er Jahren begannen vor allem in Deutschland und Großbritannien sehr großflächige Debatten um die Zukunft der politischen Linken. Die einst hoch gelobte Volkspartei SPD mutierte in

21 Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 149 ff.

22 Vgl. Nachtwey, Oliver: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009, S. 109 ff. und S. 129 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Binnensicht zum unbeweglichen „Tanker“[23], dessen Integrationskraft zudem durch die grün-alternative Bewegung infrage gestellt wurde. Einige politische Gegner erklärten das Zeitalter der Sozialdemokratie für unwiderruflich beendet.[24] Auch begannen in diesem Jahrzehnt erste Debatten innerhalb der SPD, die eine Öffnung gegenüber neoliberalen und konservativen Prämissen staatlicher Politik forderten.[25] Spätestens mit dem Zusammenbruch des „realexistierenden Sozialismus“ in Osteuropa schien das Ende aller linken Utopien gekommen. Fortan eroberten Konservative und Liberale die hegemoniale Deutungsposition, die einem wirtschaftlichen Liberalismus von globaler Dimension das Wort redete. Innerhalb der linken und sozialdemokratischen Parteien der westlichen Welt insgesamt schienen die linken Flügel wie gelähmt, während ihre modernistischen und wirtschaftsliberal orientierten Parteifreunde zunehmend die Diskurshoheit gewannen, wie der Aufstieg der Debatte um einen „Third Way“ und „New Labour“ unter dem britischen Premier Tony Blair sowie seines Vordenkers Anthony Giddens in Großbritannien eindrucksvoll demonstrierte.[26]

In Deutschland ergab sich für die politische Linke eine komplexe Sondersituation. Denn in Folge der Wiedervereinigung differenzierte sich die parteipolitisch strukturierte Linke weiter aus: Zu Sozialdemokraten und Grünen trat mit der PDS die Nachfolgerin der ehemaligen Staatspartei der DDR. Letztere berief sich explizit auf das Modell eines demokratischen Sozialismus, von dem sich die Nachwende-SPD bereits weitgehend distanziert hatte, und auch die Grünen rückten verstärkt von einstigen linken und fundamentalistischen Positionen ab. Die schwere Wahlniederlage des SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine und der Grünen bei der Bundestagswahl 1990 schwächte die politische Linke zusätzlich, während die modernistisch orientierten Führungskräfte in den Parteien Aufwind erhielten.[27] Links oder gar Sozialist zu sein galt in den Jahren rastloser Globalisierungsdynamik und der Ideologie eines „Alles ist möglich“ nun nicht mehr nur als überholt oder befremdlich, es erschien als exotisch, gar als anachronistisch, ein Refugium für ein paar unverbesserliche Betonköpfe und weltfremde akademische Marxisten aus Ost wie West.

Routiniert und instinktiv witterte die Linke in den 1990er Jahren die drohende Gefahr einer diskursiven Marginalisierung durch Parteigegner wie

23 Vgl. Glotz, Peter: Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen, München 1982.

24 Vgl. Dahrendorf, Ralf: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983, S. 16 ff.

25 Vgl. Borchert, Jens: Alte Träume und neue Realitäten: Das Ende der Sozialdemokratie, in: ders. et al. (Hg.): Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalte im Wandel, Opladen 1996, S. 39-80, hier S. 61.

26 Vgl. Nachtwey 2009 (s. Anm. 22), S. 184 ff.

27 Vgl. Hiemann, Horst: Die Voraussetzungen des Demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin 1991, S. 14 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Parteifreunde. Allein, sie hatte keine Handhabe. Gerade weil die demokratischen Sozialisten Westdeutschlands in der Theorie ein Scheitern des Realsozialismus jenseits des Eisernen Vorhangs durchaus erwartet hatten, zeigt sich Zöpel überrascht, wie unvorbereitet und konzeptlos sie vor dem welthistorischen Umbruch gestanden hatten.[28] Die Reaktion war eine durchaus typische: Man igelte sich bis zu einem gewissen Grade ein, baute eine Wagenburg. Man traf sich zu Gesprächszirkeln und Konferenzen, erwehrte sich des Verlustes an Diskurshoheit durch zahlreiche Publikationen, Arbeitspapiere und Essays. Man hielt Plädoyers für die Leitidee eines Demokratischen Sozialismus, dessen „inhaltliche Bestimmung“ die Sozialdemokratie aufnehmen solle, damit sie „das neue Jahrtausend aktiv mitgestalten“ könne.[29] Man forderte mehr „Mut zur Utopie“, was „gegen Mitte der neunziger Jahre […] den Klang eines ‚Trotzalledem‘“[30] habe.

Die hier vorgetragene Rede von *einer* politischen Linken der 1990er Jahre suggeriert jedoch eine Homogenität dieser politischen Richtung, die erstens nicht existierte und deren Nicht-Existenz, zweitens, eines der zentralen Probleme der zahllosen linken und links-alternativ gesinnten Gruppierungen darstellte. Zum einen gab es eine Vielzahl versprengter konspirativer Zirkel von Altmarxisten, Maoisten, Trotzkisten, DKPlern und Antifaschisten, die die westdeutsche Ausgangsbasis für eine Etablierung der PDS darstellten.[31] Zum anderen existierten zahlreiche Linke und fundamentalistische Ex-Grüne, welche die Partei im Zuge ihres wachsenden realpolitischen Kurses seit den späten 1980er Jahren abgestoßen hatte. Daneben traten linke Sozialdemokraten mit dem unveränderten Anspruch auf die Realisierung eines „Demokratischen Sozialismus“ sowie zahlreiche linke Gewerkschafter. Und quer zu allen diesen west-linken Kreisen lag die breite Masse der von der Wiedervereinigung enttäuschten Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands, die in der PDS die Repräsentantin eines spezifisch linken Regionalismus sahen sowie die „Hinterbänkler“ der einstigen SED, die im Zuge der Wendewirren 1989/90 hatten reüssieren können. Auch die ebenfalls inhomogene Linke unter DDR-Intellektuellen und Oppositionellen ist dieser Skizze noch anzufügen.

Diese Perspektive einer in sich vielfach gespaltenen und zerklüfteten Linken, die in großen Teilen theorie- und argumentationsarm geradezu in

28 Vgl. Zöpel, Christoph: Probleme und Perspektiven der Linken im postkommunistischen Europa, in: Borchert et al. (Hg.) 1996 (s. Anm. 25), S. 169-183, hier S. 171.

29 Hiemann 1991 (s. Anm. 27), S. 122.

30 Scherer, Klaus-Jürgen/Wasmuth, Ulrike C.: Vorwort. Mut zur Utopie, in: dies. (Hg.): Mut zur Utopie. Festschrift für Fritz Vilmar, Münster 1994, S. 9-14, hier S. 10.

31 Vgl. Koß, Michael: Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen, in: Spier, Tim et al. (Hg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 117-153, hier S. 121.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Schockstarre ob der Wendeereignisse von 1989/90 verharrte, führte in Deutschland schließlich zu einer Debatte, die eine Vereinigung linker Kräfte gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der bürgerlich-konservativen Regierung und die neoliberale Diskurshegemonie zustande bringen wollte. Aus diesen Überlegungen heraus erwuchs 1993 auch die „Crossover"-Initiative von Redaktionsmitgliedern der Zeitschriften *spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, die seit 1978 von Jusos herausgegeben wird, *Utopie Kreativ* aus dem Hause der Rosa-Luxemburg-Stiftung und *Andere Zeiten*, für die der Links-Grüne und heutige Mitarbeiter von Hans-Christian Ströbele, Dietmar Lingemann, verantwortlich war und der die Website des „Crossover"-Projektes selbst leitete. Die Initiative veranstaltete Kongresse und Diskussionsveranstaltungen mit dem Ziel der „Erarbeitung politischer Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit, sozialer Spaltung und ökologischer Krise" auf Grundlage eines „breiten Dialoges innerhalb der Linken in der Bundesrepublik".[32]

Ein direkter Bezug zwischen den Initiatoren der Erfurter Erklärung und den Vordenkern einer umfassenden linken Bewegungs- und Diskursstrategie ist zwar nicht ohne Weiteres herstellbar. Es ist jedoch durchaus plausibel, dass enge Kontaktkreise zwischen linken Parteipolitikern, Journalisten und Intellektuellen bestanden, die für die Vorbereitung und Durchführung des Erfurter Projektes nutzbar gemacht wurden. Spätestens unter dem Eindruck der herben Wahlniederlage der Scharping-SPD 1994 begannen viele Sozialdemokraten sich perspektivisch mit der neuen Situation zu arrangieren. Die PDS erwies sich nicht, wie noch 1990 erwartet wurde, als Übergangsphänomen einer kurzen Nachwendephase – im Osten hatte sie sich gar auf hohem Niveau etabliert. Angesichts dieser Lage begannen einige pragmatische ostdeutsche Politiker nun erstmals, neue Wege zu beschreiten. Harald Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern und Reinhard Höppner in Sachsen-Anhalt waren die Vorreiter eines solchen Umdenkens gegenüber der PDS.[33] Und die gewerkschaftliche Linke sah sich in der Gesprächs- und Reformunwilligkeit der Regierung Kohl bestätigt, als diese den Vorstoß des IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel für ein „Bündnis für Arbeit" ablehnte. Diese Situation bildete zusammen mit der schweren Krise des Sozialstaates und der ostdeutschen Wirtschaft die Ausgangsbasis für die Erfurter Initiative im Spätherbst 1996.

32 O.V.: Was ist Crossover?, online einsehbar unter: http://crossover-projekt.de/pages/frame.htm [eingesehen am 26.01.2010]. Eine aktuelle Seite unter der Regie von Tom Strohschneider beruft sich explizit auf ihre Vorgängerin aus den 1990er Jahren; siehe online unter: http://crossover-debatte.de/ [eingesehen am 26.01.2010].

33 Höppner führte ab 1994 ein PDS-gestütztes rot-grünes Minderheitskabinett, Ringstorff schuf 1998 die erste rot-rote Koalition auf Landesebene.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

DER LETZTE KAMPF UM DIE ALTE REPUBLIK: DIE ERFURTER ERKLÄRUNG

Thüringer Netzwerk mit hessischen Wurzeln: die Initiatoren der Erklärung

Sicherlich kannten sich zahlreiche der nachfolgend genannten Protagonisten schon seit Jahren, wenn nicht gar seit Jahrzehnten. Sicherlich gab es in den Monaten vorher schon mannigfaltige Vorgespräche, einen Austausch der Ideen, unterschiedliche Pläne, wie angesichts der neoliberalen Diskurshoheit und der desaströsen Lage der einst hochgelobten sozialen Marktwirtschaft und nach dreizehn Jahren Kohl zu verfahren sei. Es ist daher nur schwer nachzuvollziehen, wo und wie exakt die entscheidenden Absprachen zustande kamen, aus denen schließlich die Erfurter Erklärung geboren wurde. Es sei, berichtet IG-Metaller Horst Schmitthenner, der Münchner Schriftsteller Dieter Lattmann gewesen, der im Dezember 1996 die Initiative für ein linkes Manifest ergriffen und letztlich dessen Wortlaut verfasst habe. Jedoch liefen in der Landeshauptstadt Thüringens alle Fäden zusammen. Hier lag fraglos das Gravitationszentrum der Initiative, wie allein schon ein Blick auf den Kreis der Initiatoren zeigt: Als Kontaktadresse stand unter der „Erklärung“ der Erfurter „Kulturverein Mauernbrechen e.V.“, der nach 1990 an die alten Traditionen gewerkschaftlicher Kultur- und Bildungspolitik anzuknüpfen versuchte.[34] Der Verein wurde von der Landesorganisation der tendenziell eher linken Gewerkschaft „Handel, Banken und Versicherungen“ (HBV) aus der Taufe gehoben, deren Landesvorsitzender in den 1990er Jahren der gebürtige Hesse Bodo Ramelow war. Viele DGB-Gewerkschaften folgten in jenen Jahren einer Strategie der „West-Importe“, nach der Gewerkschaftssekretäre aus den alten Ländern den organisatorischen „Aufbau Ost“ vorantreiben sollten. In Thüringen war die Verknüpfung zu den hessischen Gewerkschaften besonders stark. So kam auch der Kreisvorsitzende des DGB im hessischen Vogelsberg, Frank Spieth, als DGB-Landesvorsitzender nach Erfurt und dort in Amt und Würden. Der DGB war gleichermaßen Träger des jungen Kulturvereins.

Vom Erfurter DGB-Haus am Juri-Gagarin-Ring war nun auch der Weg in die Szene thüringischer Oppositioneller nicht mehr weit. Der seit 1994 im Ruhestand befindliche Erfurter Propst Heino Falcke, der schon seit den 1970er Jahren in der Friedensbewegung der DDR eine gewichtige Rolle spielte, trat ebenfalls dem Unterstützerkreis bei. Nun konnten die Kontakte ausgespielt und Initiatoren sowie weitere Unterzeichner gewonnen werden. Vor allem zu Bekannten aus linken Gewerkschaftskreisen – meist aus Hessen – stieß man vor, holte Horst Schmitthenner, der damals Mitglied des ge-

34 Die Informationen über den Kulturverein Mauernbrechen entstammen einem telefonischen Gespräch mit einem Mitarbeiter des Erfurter DGB-Hauses vom 12. Januar 2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schäftsführenden IG Metall-Vorstands war, den GdED-Bezirksvorstand Matthias Freitag und den GHK-Bundesvorsitzenden Gisbert Schlemmer mit ins Boot. Hinzu traten zahlreiche DDR-Bürgerrechtler, zumeist Theologen – prominente Namen wie Friedrich Schorlemmer, Edelbert Richter, Heiko Lietz oder Herbert Schirmer. Doch auch in den Kreisen westdeutscher linker und friedensbewegter Theologen konnten Unterstützer gewonnen werden: die Heidelberger Hochschul-Dozenten Ulrich Duchrow und Gerhard Liedke sowie die streitbare Pazifistin Dorothee Sölle. Selbstverständlich musste dem Papier durch eine Reihe weiterer prominenter und angesehener Erstunterzeichner zusätzliches Gewicht verliehen werden. So kam eine illustre Runde aus linksintellektuellen Schriftstellern, Künstlern, Professoren und Journalisten zustande, der prominente Namen wie Elmar Altvater, Frank Castorf, Günter Grass, Max von der Grün, Stefan Heym, Walter Jens, Toni Krahl, Peter von Oertzen, Ulrich Plenzdorf, Horst-Eberhard Richter und Eckart Spoo angehörten.

Der Initiatorenkreis beriet und bearbeitete in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1996 den Textentwurf Lattmanns und stimmte über die abschließende Version ab. Schmitthenner erinnert sich, er habe diese am Silvesternachmittag persönlich in die Post geworfen. Nach einer abschließenden redaktionellen Sitzung nach dem Jahreswechsel wurde begonnen, das fertige Dokument in der Welt zu verbreiten. Man kopierte es; „tausende von Exemplaren sind gedruckt worden", berichtet Schmitthenner, die an Verlage und Redaktionen verschickt und gefaxt und bei unterschiedlichen Gelegenheiten an Bürgerinnen und Bürger verteilt wurden. Das Erfurter Wort verbreitete sich in den folgenden Monaten quer durch die Republik.

Aus Erfurt nichts Neues: Kernpunkte eines linken Manifests

Deutschland stand, wenn man den Manifestanten der Erfurter Erklärung Glauben schenken mag, im Jahr 1997 am Abgrund. Es befände sich in einem Zustand „gnadenloser Ungerechtigkeit", der „soziale Konsens" sei „zerstört" worden, man sprach vom „kalten Krieg gegen den Sozialstaat" – ein „Epochenwechsel" kündige sich im Spätherbst der Bonner Republik an. Der martialischen Rhetorik folgte rasch die Aufdeckung der Verantwortlichen für dieses Desaster: Die schwarz-gelbe Bundesregierung Helmut Kohls habe die Deutsche Einheit zum „massivsten Umverteilungsprozeß von unten nach oben seit Bestehen der Bundesrepublik missbraucht".[35]

Im Anschluss an die nahezu apokalyptische Zustandsbeschreibung wurde eine eindeutige Antwort darauf gegeben, wie den verheerenden Entwicklungen begegnet werden müsse: „Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung", hieß es zu Beginn von Punkt Drei des

35 Der Originaltext der Erfurter Erklärung findet sich – unter anderem – in der *tageszeitung* vom 10. Januar 1997 oder in der *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, spw, H. 1/1997.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

insgesamt siebenteiligen Manifests. Dieser neuen Regierung müsse eine breite gesellschaftliche Bewegung zugrunde liegen, die – beseelt vom Geist von 1968 und 1989 – letztlich auf die parlamentarische Opposition überzugreifen habe. Die konkreten Handlungsanweisungen für eine „andere Politik“, die den künftig Regierenden an die Hand gegeben wurden, waren indes alte Bekannte linker Positionen der ausklingenden Bonner Ära: die ewige IG Metall-Forderung nach verkürzter Wochenarbeitszeit, die keynesianische Förderung der Binnennachfrage, das emanzipatorische Ziel eines neuen Typs gleichberechtigter Vollbeschäftigung beider Geschlechter, Forderungen nach Steuerehrlichkeit, Lastenausgleich und einer sozialen Mindestsicherung, schließlich das grün-alternative Postulat einer ökologischen Steuerreform. Zudem müsse die neue Regierung zur Avantgarde gegen die Diskurshoheit ökonomischer Imperative auf internationaler Ebene avancieren.

Man fragt sich schließlich, wer nun die konkreten Adressaten des Appells sein sollen. Denn ein gezielter Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger des Landes, insbesondere die sozial überbordend Belasteten, sich zusammenzuschließen und eine breite Bewegung gegen die herrschenden Zustände zu initiieren, wie es einst das Proletariat der Arbeiterbewegung gegen den hochindustriellen Kapitalismus von Marx und Engels zu hören bekam,[36] unterblieb. Die Bewegung kam vielmehr als Elitenprozess daher, war demokratisch gezähmt, institutionalisiert, entdeckte das Reformpotenzial in den Parteiführungen der Bonner Opposition, die letztlich von den Manifestanten auch angerufen wurden: Linke aller Parteien vereinigt Euch!, war der implizierte Wortlaut des Appells. Seltsam geordnet sollte der Wechsel vonstattengehen. So es denn die demokratischen Mehrheiten nach der Bundestagswahl 1998 erlauben würden, wäre eine Koalition der linken Kräfte – namentlich SPD, Bündnis90/Die Grünen und PDS – zu bilden, die oben genannte Handlungsanweisungen umsetzen sollte. Dieses „Bündnis für soziale Demokratie“ sollte auf parlamentarisch-elektoralem Wege einen gesellschaftlichen Aufbruch befördern – eine fast schon seltsam anmutende Vorstellung emanzipatorischer Prozesse in Anbetracht des Rückbezugs auf die revolutionären Generationen von 1968 und 1989. Von oben nach unten sollte dieser scheinbar verlaufen, als Ausdruck einer Konzession an die parlamentarische Demokratie. Eine Vorstellung, die angesichts der Initiatoren erstaunt, die einst den Geist der APO und der Herbstrevolution geatmet hatten.

Das letzte Aufgebot der alten Lagerkämpfer

Die Nachricht vom Erfurter Manifest schlug zunächst wie eine Bombe ein. Die Presse berichtete umfassend, wobei vermutlich die Witterung eines spektakulären Parteienzwistes sowie die Prominenz zahlreicher Altlinker

36 Siehe hierzu auch den Beitrag von Philipp Erbentraut und Torben Lütjen in diesem Band.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

das Medieninteresse erhöhten. Besonders intensiv war die Debatte in der durchaus bewegungsaffinen *tageszeitung*, der *taz*, in der das Dokument am 9. Januar 1997 sogar im Originaltext abgedruckt wurde, sowie im Springererzeugnis *Die Welt*, wo man eine erneute Chance zur Abrechung mit der Linken witterte. Vor allem die *taz* reagierte beachtlich kritisch und distanziert auf die „Erklärung". So kritisierte der Journalist Jens König, die „Erklärung" gehe mit ihrem guten Willen an den Realitäten des Landes vorbei. Er erwartete für sie ein ähnliches Schicksal, wie es Jahre zuvor die ostdeutschen Komitees für Gerechtigkeit erfuhren: „Sie [die Erfurter Erklärung; d. Verf..] wird genauso enden, im Nichts."[37] König behielt insofern Recht, als das Dokument rasch sein ursprünglich intendiertes Gewicht für eine linke Bündelung verlor und eigentlich nur unter der Fragestellung der Koalitionsfähigkeit der PDS diskutiert wurde. Zudem bot die Presse zahlreichen Fürsprechern und Gegnern, aber auch den Initiatoren selbst in den Folgemonaten die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Papier.[38]

Die mediale Debatte verlief zwar äußerst angeregt, stand aber in keinem Verhältnis zu den Reaktionen innerhalb der Parteien. Zwanzig Monate vor der Bundestagswahl weckte das Papier noch einmal die alten Kampfinstinkte der erodierenden politischen Lager der Bonner Republik. Am heftigsten waren die Reaktionen in der regierenden Union. Hatte die „Rote-Socken-Kampagne" des Generalsekretärs Peter Hintze 1994 zumindest noch mäßige Wirkung entfaltet, so schien der politische Gegner diesmal selbst die Steilvorlage zu liefern.

Dem Erfurter Modell folgend, begannen nun die Wochen der Erklärungen. Die verängstigte Grüne Bundestagsfraktion, die ob ihrer überwiegend westdeutsch und neubürgerlich geprägten Anhängerschaft einen Vertrauensverlust fürchtete, distanzierte sich in der – auf einer Fraktionsklausur beschlossenen – „Wörlitzer Erklärung" hektisch von jeglicher Koalitionsphantasie mit der PDS im Bund.[39] In der SPD freilich waren die Erfurter Aussagen schon deshalb weit strittiger, weil zahlreiche Genossinnen und Genossen den Aufruf unterstützten oder ihn gar auf den Weg gebracht hatten. Gerade in den ostdeutschen Landesverbänden der SPD traf dieser auf starke Resonanz, weil die Regierungsfähigkeit der Partei jenseits eines Bündnisses mit der PDS durchaus in Frage stand.[40] Dennoch verlief vor allem durch die parteiinterne Gruppe ehemaliger Bürgerrechtler eine tiefe Spaltung über die PDS-Frage.

Die wohl bekannteste Antwort auf die Erfurter war jedoch die sogenannte Berliner Erklärung. Unter dem Titel „Wir brauchen keine andere Repu-

37 König, Jens: Komitee für Gerechtigkeit, in: die tageszeitung, 10.01.1997.

38 Vgl. exemplarisch Misik, Robert: Kommunismus macht klug, in: die tageszeitung, 23.01.1997; Brumlik, Micha: Die übersehene Gefahr, in: ebd.

39 Vgl. Beste, Ralf: Grüne wollen Hintzes PDS-„Mühlstein" abschnallen, in: Berliner Zeitung, 11.01.1997.

40 Vgl. Wendt, Alexander et al.: Drift nach links, in: Focus 23/1998, S. 28 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

blik“ initiierten die ostdeutschen Oppositionellen Ehrhart Neubert und Vera Lengsfeld gemeinsam mit dem Berliner Politologen Manfred Wilke einen Aufruf, der sich gegen die Erfurter Erklärung wandte, da diese eine „Weißwaschaktion der PDS“ darstelle.[41] Ähnlich wie die Erfurter Erklärer greifen die Berliner zu einem teilweise martialischen Wortlaut, sprechen von einer Propagierung des „sozialen Bürgerkrieg[s]“ und fordern „gute Politik“ statt einer anderen Republik. Zudem attackieren die Verfasser einige Erfurter Manifestanten – Daniela Dahn, Gerhard Zwerenz und Friedrich Schorlemmer – namentlich. Das Papier schließt mit der Feststellung, die Erfurter Erklärung zeige, dass die Alternative „Freiheit oder Sozialismus“[42] weiterhin ihre Berechtigung habe.

Binnen weniger Tage schafften es Neubert, Lengsfeld und Wilke, einen nicht minder beachtlichen Kreis an Unterzeichnern zusammenzustellen: Neben den ostdeutschen Bürgerrechtlern Angelika Barbe, Rainer Eppelmann und Günter Nooke unterzeichneten unter anderem die Zeithistoriker Klaus Schroeder und Michael Wolffsohn, die Theologen Gerhard Besier, Peter Maser und Ulrich Woronowicz sowie der damalige Dresdner Staatsminister Arnold Vaatz. Pikant ist vor allem der Umstand, dass Neubert, Lengsfeld und Nooke wenige Wochen zuvor ihre Partei Bündnis90/Die Grünen aus Protest gegen deren Haltung gegenüber der PDS verlassen hatten und der CDU beitraten.[43] Angelika Barbe tat den gleichen Schritt aus der SPD. Mit der „Berliner Erklärung“ war die Bühne frei für einen gnadenlosen publizistischen und verbalen Schlagabtausch, der in dieser Form sicherlich nicht exakt geplant, jedoch von den Initiatoren beider Papiere – vor allem von den Erfurtern – durchaus einkalkuliert worden war. Sie hatten es geschafft, die Aufmerksamkeit der publizistischen Öffentlichkeit zu erhaschen und den politischen Gegner, aber auch innerparteiliche Rivalen zu provozieren und aufzuscheuchen. So bezeichnete Kanzler Kohl Friedrich Schorlemmer als „intellektuellen Anstifter“.[44] Der Vorsitzende der Grünen Fraktion, Joschka Fischer, sprach von einer reinen „Gespensterdebatte“.[45]

Vor allem die Erfurter begleiteten ihren Verkündungsprozess in den folgenden Monaten mit einem massiven publizistischen Aufgebot. Der damalige SPD-Abgeordnete Edelbert Richter unterstützte mit dem umfangreichen Heft „Hundert Argumente“ die „Erklärung“ und unternahm den Versuch

41 Vgl. Neubert, Ehrhart/Lengsfeld, Vera/Wilke, Manfred: „Wir brauchen keine andere Republik.“ Die „Berliner Erklärung“ im Wortlaut, in: Welt am Sonntag, 19.01.1997.

42 Diese Formel war der Slogan, unter dem der erste Bundestagswahlkampf Helmut Kohls im Jahr 1976 stand.

43 Insbesondere die Duldung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die PDS in Magdeburg erregte Kritik.

44 Vgl. Dieckmann, Christoph: Bis hierher – und wie weiter?, in: Die Zeit, 10.10.1997.

45 Vgl. Rulff, Dieter: Grüne verjagen Gespenster, in: die tageszeitung, 11.01.1997.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einer umfassenden wissenschaftlichen und christlich-ethischen Fundierung. Er erweiterte zudem das Themenspektrum der „Erklärung" um eine vertiefte ostdeutsche Perspektive sowie eine umfassende Kritik an den deregulierten Weltmärkten für Güter und Kapital.[46] Eine noch stärkere thematische Expansion auf einen linksliberal-sozialökologischen Rundumschlag nahm der im Herbst desselben Jahres erschienene Band „Eigentum verpflichtet" vor, in dem neben zahlreichen Erstunterzeichnern auch die heutige Grünen-Chefin Claudia Roth und der vormalige Kanzleramtsminister Willy Brandts, Egon Bahr, Beiträge verfassten. Neben der Kritik am Sozialstaatsabbau und dem Problem der Massenarbeitslosigkeit sowie der Präsentation gewerkschaftsnaher und keynesianischer Reformansätze gingen die meist kurzen Artikeln pointiert auf die ostdeutsche Problematik der „Enteignung" (Günter Grass) durch den Westen, die neoliberale Diskurshoheit und die Entfesselung des Kapitalmarktes ein. Weiterhin äußerten sich Experten, die linken Positionen nahe standen, zur Rüstungs-, Klima- und Bildungspolitik, kritisierten überwachungsstaatliche Tendenzen und die psychosozialen Folgen der „Geld-" und „Konkurrenzgesellschaft" (Hans-Joachim Maaz). Abschließend griff der Schriftsteller Zwerenz noch tief in die Mottenkiste der Klassenkampfpolemik und wies der Union eine fast schon neofaschistisch anmutende Rolle zu, da sie eine homogene völkisch-nationale Republik ohne Gewerkschaften, Kirchen, Sozialdemokraten, Grünen, Ausländern und die PDS errichten wolle.[47]

Die publizistische Reaktion aus Unionskreisen ließ nicht lange auf sich warten. Mithilfe der CDU- bzw. CSU-nahen Politologen Patrick Moreau und Gerhard Hirscher veröffentlichten die sechs ostdeutschen Unionslandesverbände unter thüringischer Verantwortung das Heft „Verdeckte Verführung", in dem die „Erklärung" als „Teil eines umfassenden, langfristig angelegten, wohlüberlegten Konzepts der PDS" dargestellt werden sollte. PDS-Strategen wollten mit ihrer Hilfe den „Weg zu einer anderen Republik" beschreiten, so der damalige Ministerpräsident Thüringens, Bernhard Vogel, im Vorwort.[48] Unter seinem Pseudonym Hermann Gleumes unterstellte Moreau eine Fernsteuerung der westdeutschen Friedensbewegung durch die SED bis hin zum „Krefelder Appell".[49]

46 Vgl. Richter, Edelbert: Hundert Argumente. Ein Kommentar zur Erfurter Erklärung, Weimar 1997.

47 Vgl. Zwerenz, Gerhard: Die Rechte will ein Deutschland ohne Linke, in: Dahn, Daniela et al.: Eigentum verpflichtet. Die Erfurter Erklärung, Heilbronn 1997, S. 164.

48 Vogel, Bernhard: Vorwort, in: Landesverbände der CDU in den neuen Bundesländern (Hg.): Verdeckte Verführung. Die „Erfurter Erklärung" und die Bündnispolitik der PDS im Wahljahr 1998, S. 2 f.

49 Vgl. Gleumes, Hermann: Die Erfurter Erklärung – ein Bündnisprojekt, in: ebd., S. 22 f.; zum „Krefelder Appell" vgl. den Beitrag von Franz Walter in diesem Band.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Und sie bewegt sich doch … Ein Papier soll Beine bekommen

Es ist allerdings durchaus fragwürdig, wie groß die öffentliche Wirkung dieses Duells der Druckerzeugnisse war. Unter anderem deshalb beließen es die Erfurter nicht allein bei einer publizistischen Kriegsführung. Der Aufwand, den sie betrieben, um den Anspruch von Basisbezug und gesellschaftlicher Bewegung herzustellen, war gewaltig und lässt sich kaum mit einer PDS-gelenkten Wahlkampftaktik erklären. Die „Erfurter Erklärer“ tingelten übers Land, veranstalteten Diskussionsforen, erläuterten geduldig ihre Beweggründe und verteidigten ihre Positionen. Meist war man in Gewerkschaftshäusern und Buchhandlungen, im Osten aber oft auch in kirchlichen Räumen zu Gast. Regional hatte man sich die Republik aufgeteilt, erklärt Richter. Während Schorlemmer die Gegend um Berlin und Magdeburg abgedeckt habe, sei er selbst im Süden der einstigen DDR unterwegs gewesen, doch auch bis Nürnberg sei er gekommen. Ziel war es nicht allein, Unterschriften zu sammeln und Unterstützer der „Erklärung“ zu gewinnen. Nein, die Erfurter wollten in der Tat eine zivilgesellschaftliche Aktivierung erreichen. Man wollte die Bildung lokaler Initiativkreise, die sich gegen die Regierung Kohl stemmen und sich für einen Politik- und Regierungswechsel einsetzen, befördern. Dabei entstand in der Tat so etwas wie eine Aufbruchsstimmung, stellt Schmitthenner fest, wenn er sich an eine Veranstaltung in einem Gewerkschaftshaus erinnert, die „brechend voll“ war.

Das Zentrum dieser „Bewegung“ blieb jedoch der Osten und eben Erfurt. Die zentralen Veranstaltungen fanden seinerzeit in der thüringischen Hauptstadt statt. Die erste große Veranstaltung war eine Art politischer Gottesdienst, den Edelbert Richter predigte und der am 19. Januar 1997 in der Erfurter Kaufmannskirche abgehalten wurde. Während an diesem Sonntagnachmittag, wie Richter betont, noch „fast normales Gottesdienstpublikum“ zu Gast war, sah dies rund neun Monate später schon ganz anders aus. Am Wochenende des 3. Oktober hielten die Initiatoren der Erfurter Erklärung nun einen umfassenden Kongress in der Augustinerkirche – der Ort an dem im Herbst 1989 der „Demokratische Aufbruch“ in Thüringen gegründet worden war – und im Haus der Gewerkschaften ab, der neben Vorträgen und einer Podiumsdiskussion zahlreiche Foren anbot. Rund ein Jahr vor der Bundestagswahl polterten die Protagonisten der schwarz-gelben Bundesregierung gegen die Initiatoren, man würde eine Gegenveranstaltung zum offiziellen Tag der Deutschen Einheit inszenieren, die – so Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble – der Aufruf zu einer „Volksfront“ sei.[50]

Die Erfurter Tagung war dies mit Sicherheit nicht, denn eine Front braucht dem Worte gemäß eine Gewisse Einheit und dies war ja lediglich das erklärte Ziel der Initiatoren. Im Gegenteil, die bereits eingangs erwähnte

50 Vgl. Dieckmann, Christoph: Das wahre Leben im falschen. Geschichten von ostdeutscher Identität, Berlin 2000, S. 114.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Konferenz, an der auch Jürgen Trittin und Wolfgang Thierse teilnahmen, warf ein Schlaglicht auf die vielfältigen Probleme, die ein solcher linker Bündelungs- und Sammlungsprozess aufwerfen sollte. Die Aufgabe, die Vielfalt linker Themen organisatorisch zu vereinigen, an der schon die „ideologische Rahmenpartei“[51], die frühen Grünen, eine Bürde getragen hatte, schien auch den Erfurtern Probleme zu bereiten. Die verschriftlichte Fassung der Auftaktveranstaltung verdeutlicht, wie weit das „Linke“ von den Initiatoren gefasst wurde. So berief sich der Erfurter Propst Heino Falcke explizit auf die christliche Sozialethik, zog als Gewährsmann für eine Mahnung an die „herrschende Politik“ den vormaligen christdemokratischen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker heran.[52] In den Foren am Samstag diskutierte man die Themen „Arbeit und Leben“, „Armut und Reichtum“ sowie „Demokratie – Partizipation“.[53] Im Forum „Deutschland in der Welt“ bemängelte der Begründer des globalen Friedensnetzwerkes „Kairos Europa“, Ulrich Duchrow, stellvertretend für die Anfänge einer globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland die Schwäche des Themas in der Erfurter Erklärung, die ursächlich für die geringe Zahl der Teilnehmer im Forum sei. Nicht zuletzt darin zeigte sich deutlich, wie weit entfernt solche auf postmateriellen Werten fußende Initiativen von den konkreten Problemen der Ostdeutschen vor Ort war. Die Betroffenen der wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Krise jener Jahre standen den linkslibertären und intellektuellen Ansätzen mit gleicher Skepsis und Unverständnis gegenüber, wie es schon die alten Arbeiter in der SPD gegenüber den jungen linken Akademikern während der 1970er Jahre getan hatten.

Am Ende der Tagung verabschiedete man eine erneuerte Version des alten Manifests. Der „Erfurter Appell“ stellte die alten Forderungen in einen weiteren Zusammenhang, versuchte die zahlreichen in der „Erklärung“ vernachlässigten Themen der Linken zu bündeln, verlor deshalb aber auch an Konkretheit und Schärfe. „Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten“, stand über dem Appell, womit der Basisbezug erneuert und verstärkt wurde. Die PDS jedoch verschwand völlig aus dem Text, womit die Konsequenz daraus gezogen wurde, dass man bei den Bonner Parteien nicht gehört worden war. Damit opferte das neue Papier aber auch die Chance, im Gespräch zu bleiben. Denn gerade im Osten war dies das Thema, das die Menschen bewegte. Die SED-Nachfolgerin PDS hatte sich in der Zwischenzeit zu ei-

51 Der Terminus wurde von Joachim Raschke für die frühen Grünen als linksökologische Sammlungsbewegung geprägt; vgl. Raschke, Joachim: Die Grünen. Wie sie wurden was sie sind, Köln 1993, S. 131-139.

52 Vgl. o.V.: Veranstaltung zur „Erfurter Erklärung“ am 4. Oktober 1997 in der Augustinerkirche in Erfurt, in: o.V.: Versammlung zur Erfurter Erklärung. 3. - 4. Oktober 1997, o.O. 1997, S. 1 u. S. 3.

53 Vgl. die Protokolle zu den Foren in: o.V.: Versammlung zur Erfurter Erklärung. 3. - 4. Oktober 1997, o.O. 1997.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ner ostdeutschen Interessenpartei entwickelt,[54] sie war zudem das einzige greifbare Objekt, das der Osten in das politische System des vereinten Deutschland einbringen konnte. Hier war der Umgang mit der PDS eine Streitfrage. Denn selbst wo man diese ablehnte, erwarteten die Ostdeutschen von den Erfurtern wenigstens die Gründung einer eigenen Partei.[55] Die Ignoranz der westdeutschen Politiker, die offensichtlich mangelnde Bereitschaft zu „echter Veränderung“, die Erkenntnis, dass politischer Einfluss durch Druck von der Straße in einer parlamentarischen Demokratie oft nur wenig zu bewegen vermag: Dies alles entfremdete zahlreiche Versammelte von der Erfurter Bewegung, aber auch von der westlichen Demokratie selbst.

Mit Ausnahme der PDS-Frage erschien die Erfurter Erklärung als ein zutiefst westdeutsches Papier, das sich auf die Ideale der alten Bonner Republik rückbezog. Schon deshalb schlug sie im Westen nur wenig Wellen, weil man auf den dortigen Kongressen und Diskussionsrunden ohnehin nur die üblichen Verdächtigen der westdeutschen Linken traf, wie sich Edelbert Richter erinnert. Damit wurde auch das Dilemma der „Erklärung“ offengelegt. Im Westen existierte keine gesellschaftliche Grundlage für eine Bewegung, jenseits der Sehnsucht nach Bewahrung der offensichtlich immer weniger tragfähigen Pfeiler des alten Modell Deutschland. Und dem Osten, wo nach 1989 noch der Glaube an die Macht der Bewegung existierte, bot das Papier jenseits des Rückbezugs auf eine breite parteipolitische Front gemeinsam mit der Ostpartei PDS nur wenige Identifikationsmöglichkeiten. Als der Erfurter Appell selbst in der PDS-Frage unter dem Druck der Realpolitik einknickte, war die Bewegung am Ende.

Die Erfurter Erklärung hatten, nach Aussagen der Initiatoren, bis in den Oktober 1997 hinein rund 46.000 Menschen unterschrieben. Listenweise meldeten sich „Gewerkschafter für die Erfurter Erklärung, „Künstler für die Erfurter Erklärung“, aber auch zahlreiche Initiativen und Vereine. Der Erfurter Appell hingegen verschwand sang- und klanglos im Niemandsland der Geschichte. Am Ende ließen die Erfurter Eliten den Konferenzteilnehmern nicht einmal mehr die Möglichkeit einer Abstimmung über den Appell, geschweige denn über eingereichte Änderungsanträge, da die Zeit dränge und Diskussionen die „Bewegung“ aufhielten, die zu diesem Zeitpunkt längst zum Stehen gekommen war. Auch Richter gibt heute zu, dass die Erfurter Erklärung im Vergleich zu den „Hartz“-Protesten des Sommers 2004 eine äußerst elitäre Angelegenheit war. So wie die politische Klasse in Bonn hatten auch die Erfurter in ihrem Drang, die Politik des Landes zu verändern, vergessen, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

54 Vgl. Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 57.

55 Vgl. König, Jens: Die Verkündigung des Erfurter Wortes, in: die tageszeitung, 02.10.1997.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der Erfurter Kongress im Oktober 1997 war der Scheitelpunkt der Bewegung, welche die Erfurter versucht hatten, loszutreten. Die Initiatoren kämpften jedoch zunächst mit unverminderter Kraft weiter, ein „Ratschlag" wurde noch im Frühjahr 1998 in Bochum abgehalten. Am 20. Juni, wenige Wochen vor der Bundestagswahl, mündete die Bewegung in ihren gefühlten Höhepunkt. Auf einer Großveranstaltung auf dem Berliner Alexanderplatz demonstrierte sie für ein Ziel, das aus Wählerperspektive zu diesem Zeitpunkt längst beschlossene Sache war: das Ende der Ära Kohl. Im *Neuen Deutschland* bejubelte der hessische PDS-Mann Wolfgang Gehrcke, dass „Zehntausende"[56] der „Medienblockade" zum Trotz einen Aufbruch wie 1968 und 1989 gestartet hätten. Hier sei sie gelungen, die Verbindung zwischen den Bewegungen, linken Parteien, Christen und Gewerkschaften, der sich auch der „Kanzler im Wartestand, Gerhard Schröder" nicht würde entziehen können. Hier und heute sei Bonn endlich abgelöst, die „Berliner Republik" habe begonnen.[57] Es war das letzte Fanal der Erfurter Bewegung. Mit Gerhard Schröder kam in der Tat die Berliner Republik. Er veränderte das Land in einer Heftigkeit, mit der kein Erfurter gerechnet hatte, schickte Deutschland erstmals nach 1945 wieder in Kriege, demontierte Kernelemente des Sozialstaats, enthob die Gewerkschaften ihres politischen Einflusses. Die Zäsur, welche die Wende zur Berliner Republik bedeutete, nahm mit der Bundestagswahl am 27. September 1998 ihren Anfang.[58] Der nächste Aufbruch kam tatsächlich von der Straße: die Proteste gegen die „Hartz"-Reformen im Sommer 2004.

EINE GENERATION VON REVOLUTIONÄREN

Der Kampf der 68er um ihre Republik

Horst Schmitthenner empfängt mich in seinem Büro in der IG Metall-Zentrale nahe des Frankfurter Hauptbahnhofs. Er verspätet sich und gibt an, auch nicht allzu viel Zeit mitgebracht zu haben. Doch er hat Unmengen an Material aus jenen Tagen dabei, an denen er und eine Gruppe weiterer Linksgesonnener den Versuch unternommen hatten, das soziale Erbe der Republik zu retten. Schmitthenner ist inzwischen 68 Jahre alt und verkörpert im Grunde genommen diejenigen, die der einstige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering meinte, als er die Rente mit 67 durchsetzte: die rastlosen und nimmermüden über Sechzigjährigen der alternden Gesellschaft, die oh-

56 Nach offiziellen Angaben waren etwa 20.000 Teilnehmer vor Ort, Horst Schmitthenner spricht von 70.000.

57 Vgl. Gehrcke, Wolfgang: Angekommen – die Berliner Republik beginnt, in: Neues Deutschland, 08.07.1998.

58 Vgl. D'Antonio, Oliver: Schlingerkurs in die Berliner Republik. Wie die Parteiendemokratie ihre Stabilität verlor, in: Vorgänge, H. 3/2009, S. 118-128.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ne Weiteres noch zwei Jahre länger in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen könnten. Doch eben gegen dieses erhöhte Rentenalter kämpft Schmitthenner. Er kämpft als linker Gewerkschafter unermüdlich gegen die soziale Kälte, die das Land seit Jahrzehnten in zunehmendem Maße heimsuche. Schmitthenner tritt als Redner auf, gegen den Sozialabbau, für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, schreibt unter anderem in den Zeitschriften *Marxistische Blätter* und *Sozialismus* über die Auswüchse des globalen Kapitalismus und die Notwendigkeit zur solidarischen Gegenwehr.[59]

Biographisch erfahre ich wenig über Schmitthenner. Es wird nicht geklärt, ob er sich dem Generationenzusammenhang der 68er zuordnen würde. Doch es lässt sich zumindest rekonstruieren, dass Schmitthenner eine ähnliche frühe Laufbahn wie tausende andere Jahrgangsverwandte verfolgte. Der gelernte Maschinenschlosser war früh in der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung aktiv. Die Tradition aufstiegsorientierter sozialdemokratischer Bildungspolitik ermöglichte dem Handwerker vermittels des Hessenkollegs eine akademische Ausbildung zum Diplom-Soziologen.[60] Wie viele Kriegskinder gelangte Schmitthenner auf dem zweiten Bildungsweg an die Hochschule. Als er 1971 an die Universität kam, war die Welle der großen Bewegung längst vorbei. Bis auf die radikalen und sektiererischen Teile der 68er war der Protest längst gezähmt und hatte sich auf die Strategie des „Marsches durch die Institutionen“ eingelassen. Die emanzipatorischen und links-theoretischen Diskurse hatten in der Aufbruchsära unter Willy Brandt jedoch Eingang in die Hochschulen, in Theorie und Praxis gefunden und florierten dort in vielfältiger Weise. Der Hochschulbereich expandierte und ermöglichte einer breiten Masse den beruflichen Aufstieg in den Universitäten selbst, aber auch im öffentlichen Dienst sowie in Parteien und Verbänden. Zudem wurden gerade die Vorläufer und Nachfolger der großen Revolte im Jahre 1968 zu großen Teilen von den DGB-Gewerkschaften begleitet. Die Proteste gegen die Notstandsgesetze 1967 gehören ebenso zum Erfahrungsschatz eines damals jungen Gewerkschafters wie das spätere Engagement in der Friedensbewegung in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren. Gerade in Fragen der Notstandsgesetze kam es zu einer breiten Bewegung, in der sich „kritische Intellektuelle, linke Gewerkschaftler und radikale Geistliche mit rebellierenden Studenten“

59 Vgl. Schmitthenner, Horst: Gegenwehr mit langem Atem, in: Marxistische Blätter, H. 2/2007, online einsehbar unter: http://www.neue-impulse-verlag.de/mbl/artikel/207/153/gegenwehr-mit-langem-atem.html [eingesehen am 09.02.2010]; ders.: Machtkampf der Unternehmer. Ende des Arbeitskampfs Ost: Es geht um mehr als drei Stunden weniger, in: Sozialismus, H. 7-8/2003, online einsehbar unter: http://www.linksnet.de/de/artikel/18455 [eingesehen am 09.02.2010].

60 Die biographischen Angaben entstammen der Internetseite des „Netzwerkes Friedenskooperative“; online einsehbar unter: http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/akt07-55.htm#marke07 [eingesehen am 09.02.2010].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verbündeten und im sogenannten „Komitee Notstand der Demokratie" zusammenarbeiteten.[61]

Wie Heinz Budes Portrait des Arbeiterkindes Klaus Bregenz zeigt, waren es jedoch vor allem die Bildungsaufsteiger, die dem Sozialstaat, der ihnen all dies ermöglichte, ehrfürchtigen Respekt zollten und eher pragmatische Reformisten repräsentierten.[62] Es ist eine besondere Formation innerhalb dieser 68er-Generation, die hier angesprochen wird. Ihre Angehörigen waren nie im Kern der Bewegung, betrachteten die mythenbildende radikalste Phase mit Distanz und Skepsis, gleichwohl sie vielfach, wie Schmitthenner über sich selbst und andere Erfurter Erklärer zu berichten weiß, ein „von linken Politikvorstellungen und auch linker Gewerkschaftstheorie herkommender Kreis" waren. Sie wollten nicht die Verhältnisse umstürzen, avantgardistischen Protest oder experimentelle Provokation wagen; vielmehr wollten sie im Rahmen politischer und gesellschaftlicher Institutionen reformieren. Vielen von ihnen war der sozialliberale Regierungswechsel ein Aufbruchssignal, infolgedessen sie zahlreich der SPD beitraten. „Mehr Demokratie wagen" war ihnen ein Versprechen. Der Sozial- und Bildungspolitik waren sie, ob der Chancen die sie ihnen boten, zu tiefem Dank verpflichtet. Während viele der experimentellen Bürgerkinder irgendwann zurück in den Schoße konservativen oder neubürgerlichen Lebensstils fanden, blieb dieser Teil der 68er dem Sozialstaat und einer exponiert linken sozialdemokratischen Politik treu und konservierte diesen Idealismus.

Gerade die Gewerkschafter der Erfurter Erklärung entstammen weitgehend dieser Generation: Gisbert Schlemmer (*1946), Frank Spieth (*1947) und Horst Schmitthenner (*1941). Aber auch generationenverwandte Linksintellektuelle und Theologen aus der westdeutschen Friedensbewegung jener Jahre schlossen sich an: Ulrich Duchrow (*1935), Elmar Altvater (*1938), Rudolf Hickel (*1942), Gerhard Liedke (*1937), Norman Paech (*1938), Erika Runge (*1939), Eckart Spoo (*1936). Sie alle besaßen zudem nur wenig Berührungsängste gegenüber ihrer Vorgängergeneration. Die „skeptische Generation" der Flakhelfer und Frontsoldaten, die in den 1920er Jahren geboren wurde, lieferte den radikalen 68ern zwar geistigen Input, jedoch distanzierten sich diese zunehmend von ihren passiven Vordenkern, während letztere gerade für die radikalste Phase des „Aufbruchs" meist nur Verachtung verspürten.[63] Für die Reformisten des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Flügels der Generation war der Schulterschluss unter Genossen mit der skeptischen Generation selbstverständlich, um für ein großes linkes Ziel zu streiten. So kam die Erfurter Erklärung zustande, als der Sozialstaat und die Errungenschaften der Demokratie, das „Modell

61 Jarausch, Konrad: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, Bonn 2004, S. 215.

62 Vgl. Bude, Heinz: Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948, Frankfurt am Main 1995, S. 145 ff., v.a. S. 154 f. u. S. 158.

63 Vgl. ebd., S. 145 ff., v.a. S. 361 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Deutschland“, welches auch ihr eigenes Lebensprinzip verkörperte von der Regierung Kohl zerstört zu werden drohte und die eigene Partei sich dagegen kaum zu wehren anschickte. Und auch die Intellektuellen und Schriftsteller der Vorgängergeneration unterschrieben folglich gern, als es in den Endkampf um die Bonner Republik ging: Dieter Lattmann (*1926), Günter Grass (*1927), Walter Jens (*1923), Inge Jens (*1927), Peter von Oertzen (*1924), Horst-Eberhard Richter (*1923), Dorothee Sölle (*1929), Max von der Grün (*1926). Aus westdeutscher Perspektive war die Klassenkampfrhetorik der Unionsparteien folglich unangebracht. Zwar variierten die Motive der Protagonisten und sicherlich bestanden auch gezielte wahl- und karrierepolitische Interessen. Gerade der deutlich jüngere Mitinitiator Bodo Ramelow (*1956) „nutzte diese Geschichte mit der ‚Erfurter Erklärung’, um dann Abgeordneter [der PDS in Thüringen; d. Verf.] zu werden, das gilt für andere genauso“, gibt Schmitthenner zu. Dies bestätigt jedoch, dass die Erfurter Erklärung mitnichten ein Produkt linker Sektierer, sondern in ihrem Kern ein zutiefst linkssozialdemokratisches bzw. alternativ-friedensbewegtes Projekt aus der zu Ende gehenden Bonner Ära war, dem vor allem Nostalgie und Links-Utopismus vorgeworfen werden kann, nicht jedoch eine gezielte Wahlkampfhilfe für die PDS.

Horst Schmitthenner ist heute Leiter des „Verbindungsbüros Soziale Bewegungen“ bei der IG Metall. Ein anderer, der einst geschäftsführendes Vorstandsmitglied der größten Gewerkschaft der Welt war, würde dies wohl als Degradierung betrachten. Schmitthenner ist jedoch rastlos. Seine Aufgabe ist längst der normalen gewerkschaftlichen Organisationsarbeit entrückt. Er trifft sich mit Vertretern von „Attac“, Umweltverbänden, erzählt von einem Papier – „Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?“ –, das im Januar 2009 von einem sogenannten „Anzeigenkreis“ verschiedener Bewegungen erarbeitet wurde und die Grundlagen einer neuen Politik darlegt. Schmitthenner verkörpert zutiefst den Bewegungsimpetus seiner Generation und der Erfurter Erklärung: „So wie das damals die Überzeugung war, nur auf die Parteien setzen geht nicht, sondern Gesellschaft, Zivilgesellschaft muss sich engagieren, damit die Parteien merken, wo sie langgehen müssen, das ist auch heute mein Engagement.“

Die Revolution ist noch nicht zu Ende

„Da sind erstens die seltsamen Ungerechtigkeiten, mit denen wir es in dieser Gesellschaft zu tun haben […] Sie ärgern mich als Bürger, aber erst recht als Christ! Denn als Bürger mag ich mich vielleicht mit ihnen abfinden, aber nicht als Christ! Der Christ ist nämlich einer, der auch dann noch an die Macht der Gerechtigkeit glaubt, wenn er durch die Tatsachen enttäuscht worden ist.“[64] Am 19. Januar 1997 sprach Dr. Edelbert Richter, Mitglied des Deutschen Bundestages, nicht vor dem Bonner Parlament, sondern in der

64 Richter 1997 (s. Anm. 46), S. 8.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Erfurter Kaufmannskirche zu den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Der Theologe Richter gehörte zu den prominentesten Köpfen der Herbstrevolution von 1989. Er war Gründungsmitglied des „Demokratischen Aufbruchs" in Thüringen, wurde 1990 Mitglied der SPD, für die er acht Jahre lang im Bundestag saß. Seit 2007 ist er Mitglied der Partei Die Linke. Richter liegt es nicht, zu schweigen; er mischt sich gern ein, wo er das Gefühl hat, dass „etwas faul" ist. Bereits 1961 wurde der junge Richter einigen Genossen der SED unbequem: „Ich wollte Philosophie studieren, fertig. Und das ging natürlich nicht mit den unbefangenen Fragen, mit denen ich da kam. Da haben die bloß gedacht, der spinnt irgendwie, also der gehört nicht zu uns, jedenfalls der muss erstmal in die Produktion." Richter begann zwei Jahre später ein Theologiestudium in Halle, in den 1970er Jahren wurde er Pfarrer und schloss sich der Friedens- und Ökologiebewegung an. 1976 promovierte Richter über Karl Marx' Ökonomie und Religionskritik.[65] Mit dem Sozialismusbegriff hatte Richter im Gegensatz zu anderen Protagonisten der DDR-Opposition kaum Berührungsängste. Auch deshalb stellte für ihn die Erfurter Forderung nach einem Linksbündnis unter Einschluss der PDS keine allzu hohe Hürde dar.

Theologiestudium und Berufseinstieg fielen für Richter, aber auch für andere ostdeutsche Geistliche der Erfurter Erklärung, wie Heiko Lietz und Friedrich Schorlemmer, in ein Klima des Wandels im Verhältnis von Diktatur und evangelischer Kirche. Seit den 1960er Jahren begann eine Phase, in der sich Christen und Kirchenvertreter verstärkt mit dem SED-Staat arrangierten. Gemäß dem protestantischen Werteverständnis habe der Mensch den ihm von Gott zugewiesenen Weg zu gehen und auf diesem nach christlichen Werten zu wirken. Mit der ambivalenten Formel „Kirche im Sozialismus" öffnete der „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR" die Interpretation der sozialistischen Gesellschaft sowohl für abgrenzende als auch für kooperative Deutungen.[66] Diesem Wandel in den kirchlichen Auffassungen gingen auch Veränderungen des Bildes von den westlichen Gesellschaften voraus. Das bürgerliche Gesellschaftsmodell verlor seine Funktion als Ideal, wurde kritischer begutachtet und gleichermaßen wie der Sozialismus an theologischen Kriterien gemessen.[67] Der Theologe Ehrhart Neubert sieht in diesen Jahren die Formierung einer Strömung innerhalb der protestantischen Kirche in der DDR, die er „Sozialethiker" nennt. Diese Subsumierung von tendenziell linken und friedensbewegten Pfarrern mag

65 Zur Biographie Richters vgl. u.a. Neubert, Ehrhart: Edelbert Richter, in: Kowalczuk, Ilko S./Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition in Biographien und Fotos, Berlin 2006, S. 221 ff.

66 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 2., durchg. Aufl., München 2009, S. 215 ff.

67 Vgl. Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart 1994, S. 208.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

durchaus fraglich sein; sicher erscheint jedoch, dass in bestimmten Kreisen der regimekritischen Bewegungen in der DDR Debatten um einen „Dritten Weg“, einer Staats- und Wirtschaftsordnung zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus kursierten.[68] So verlautbarte der spätere Erfurter Propst Falcke bereits 1972: „Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung, auf einen verbesserlichen Sozialismus.“[69]

In den 1960er und 1970er Jahren durchlebte die DDR einen Wechsel zwischen diktatorischer Härte und ost-westlichem Tauwetter. So bedeuteten der Bau der Berliner Mauer und das Erdrücken der Prager Reformdemokratie einerseits einen Rückschlag bezüglich der Hoffnungen auf Wiedervereinigung und Demokratisierung. Andererseits führten die Stabilisierung und wachsende internationale Anerkennung der DDR dazu, dass es sowohl zu einer Annäherung zwischen SED-Staat und Bundesrepublik, als auch zwischen Staatsführung und Kirche kam. Das politische Schlüsselerlebnis junger ostdeutscher Theologen in jenen Jahren war sicherlich das gewaltsame Ende des tschechoslowakischen Reformsozialismus im Sommer 1968. So führte 1968 in der DDR anders als im Westen nicht zu Aufbruch und Befreiung, sondern mündete in Resignation und später in Widerstand. Dorothee Wierling bestreitet vehement, dass diese Ereignisse eine generationenbildende Wirkung entfalten konnten und betrachtet dies als eine nachträgliche westdeutsche Konstruktion.[70] Die Protagonisten selbst sehen dies anders. Richter bezeichnet die Erlebnisse im Frühjahr und Sommer 1968 als „sehr prägend“ und spricht explizit auch für andere spätere DDR-Widerständler. „Prag und Paris“ gehören als Ereignisse für Richter zusammen, ebenso wie es Sozialismus und Demokratie tun, woraus er den Schluss zog, der DDR-Sozialismus ohne Demokratie sei kein echter gewesen. „Sozialismus mit menschlichem Antlitz ist eigentlich doppelt gemoppelt, eine Tautologie“, betont Richter. Jedoch waren die Konsequenzen, die aus dem Ende des Prager Frühlings gezogen wurden, durchaus gegensätzlich, ebenso wie die Gratwanderung, welche die Kirche in der DDR zwischen Anpassung und Gegenbewegung beschreiten musste.

Während sich andere wie Rainer Eppelmann endgültig von der Vorstellung eines wandelbaren realen Sozialismus verabschiedeten, wahrte Richter diskursive Ansätze über dessen Veränderbarkeit. Dabei lehnte er sich wie viele Dissidenten in der DDR an die Ansätze Rudolf Bahros an, der seit den späten 1960er Jahren in seiner „Alternative“ neue Ansätze für einen Marxismus formulierte und in den 1980er Jahren eine soziale Bewegung auf Basis eines Zusammenschlusses von Grünen und Sozialdemokraten respektive

68 Vgl. Neubert, Ehrhart: Christen, Schutzdächer und der Geist des Protestantismus, in: Kowalczuk/Sello (Hg.) 2006 (s. Anm. 65), S. 185-192, hier S. 188 f.

69 Zitiert nach Pollack 1994 (s. Anm. 67), S. 264 f.

70 Vgl. Wierling, Dorothee: Warum es in der DDR keine explizite '68er Generation gegeben hat, in: Horch und Guck, Jg. 8 (2000), H. 32, S. 57 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sozialisten forderte[71] – Gedanken, die auch zahlreiche Westlinke beeinflussten und Jahre später Eingang in die Erfurter Erklärung fanden. Diese Generation der Ost-68er begründete die Friedens-, die Ökologie- und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR personell und kulturell, wobei ihnen dabei ihre Erfahrungen in der Diktatur zwischen Liberalisierung und erneuter verschärfter Repression im Zuge der Ausbürgerung Wolf Biermanns Pate standen. Sie war in ihrem Kern linksintellektuell fundiert sowie reform- und demokratieorientiert,[72] von daher selbstverständlich gegenüber der SED-Herrschaft distanziert, jedoch alles andere als unkritisch gegenüber dem westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell eingestellt. Diese nach Wierling nicht-existente Generation brachte in der „Revolution der Vierzigjährigen"[73] schließlich auch die DDR zum Einsturz – eine Art nachzuholende Revolution, die 1968 noch „versäumt" worden war.

Die Träger der ostdeutschen Revolution von 1989 sind im Wesentlichen die Jahrgangsgenossen der klassischen West-68er. Sie wollten im Herbst '89 die Demokratie und bekamen schließlich die Bundesrepublik. Doch statt eines Neu-Denkens eines wiedervereinigten Deutschlands knüpfte die vergrößerte Republik institutionell vollständig an die westdeutsche Republik an und begann den Osten in Politik, Wirtschaft und Kultur auch in personeller Hinsicht in die Peripherie zu verdrängen. Diese ungleiche Vereinigung mochte für viele wenig tragbar, der provozierte Kollaps der ostdeutschen Wirtschaft nahezu unerträglich gewesen sein, was viele dieser gemäßigt linken bürgerlichen Intellektuellen gegen die Regierung Kohl aufbrachte. Doch die echte Bruchlinie, die zwischen dieser generationellen Gruppierung verlief, blieb jene, die auch schon die Kirche in der DDR seit den 1960er Jahren durchzogen hatte, die Gratwanderung im Umgang mit dem SED-Staat. Die Schlüsselfrage, welche die erste DDR-Generation nach der Wende endgültig spaltete, war jene nach dem Umgang mit der PDS. „Erfurter" und „Berliner Erklärung" hatten ihre ostdeutsche Basis in der 68er-Generation des Ostens: Während für die Erfurter Edelbert Richter (*1943), Heiko Lietz (*1943), Friedrich Schorlemmer (*1944), Herbert Schirmer (*1945) und Hans-Jürgen Fischbeck (*1938) standen, erhielten sie Gegenwind von Ehrhart Neubert (*1940), Gerd Poppe (*1941 – Unterzeichner der „Wörlitzer Erklärung"), Rainer Eppelmann (*1943), aber auch jüngeren Oppositionellen wie Günter Nooke (*1959), Arnold Vaatz (*1955) und Vera Lengsfeld (*1952) – wobei die Reichweite der Kategorie Ost-68er auch jüngere Gene-

71 Zur Biographie Rudolf Bahros vgl. Herzberg, Guntolf/Seifert, Kurt: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002.

72 Vgl. Lühmann, Michael: Geteilt, ungeliebt, deutungsschwach? Die 68er-Generation in der DDR, in: Deutschland Archiv, Jg. 41 (2008) H. 1, S. 102-107, hier S. 106.

73 Wolle, Stefan: Die versäumte Revolte. Die DDR und das Jahr 1968, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 22-23/2001, S. 37-46, hier S. 46.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rationen zu umfassen in der Lage ist, da 1968 im Osten eher eine Prägungsgeneration, denn eine Trägergeneration darstellt.

Hier nun ist der Schlüssel für Zustandekommen und Scheitern der Erfurter Erklärung zu finden – für die Bündnispolitik zweier Generationen, die dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs sozialisiert worden waren: Der pragmatische Teil der West-68er hatte zur Rettung der der Bonner Republik und ihres Rheinischen Kapitalismus den Schulterschluss mit der Vorgängergeneration der Skeptiker gewagt. Auf der anderen Seite standen die Ost-68er oder zumindest die Teile, die der „reale Sozialismus“ nicht von linkem Denken hatte abbringen können und die in der PDS auch kein unumstößliches Tabu sahen. Sie verbündeten sich in Erfurt gleichermaßen mit der sogenannten „Aufbaugeneration“ in der DDR – das ostdeutsche Alterspendant zur „skeptischen Generation“ –, die dem SED-Regime eine Chance geben wollten und durch den antifaschistischen Legitimationsmythos Distanz zur Vergangenheit suchten:[74] Ulrich Plenzdorf (*1935), Heino Falcke (*1929), Heinrich Fink (*1934) und Gerhard Zwerenz (*1925). Schließlich war zudem die Ost-West-Verknüpfung zwischen den gemäßigten West-68ern und den Protagonisten der Herbstrevolution 1989 leichter herstellbar, weil erstere gegenüber letzteren nicht in Deutungshoheit und Eigenbeanspruchung des 68er-Labels verharrten, wie dies die radikaleren Träger des Studentenprotestes taten,[75] sondern bereit waren, sich in der „Erklärung“ gleichermaßen auf ’89 wie auf ’68 zu berufen. Die Erfurter Erklärung war im weitesten Sinne ein Bündnis der Trägergenerationen von friedlicher Revolution im Osten und gesellschaftlichem Aufbruch im Westen. Im Osten war das Ergebnis der Revolution nicht das erhoffte, weshalb sie ihnen nicht am Ende zu sein schien, während im Westen der Kampf um die von ihnen mit geschaffene sozialdemokratische Republik kurz vor der Jahrtausendwende gerade erst begann.

Zunächst versuchten die ostdeutschen Revolutionseliten noch, die breite Bevölkerung ihrer Generationsangehörigen insgesamt mit ins Boot zu holen. Sie beriefen sich dabei auf die Erfahrungen des Herbstes 1989, erreichten über die Erfurter Erklärung kurzfristig eine ostdeutsche Mobilisierung gegen die Bundesregierung. Kurzzeitig mochte man glauben, dass sie es – wie schon acht Jahre zuvor – schaffen würden, die Masse der Bevölkerung gegen die herrschenden Verhältnisse in Bewegung zu setzen. Doch das breite Sammelsurium an Themen, die weit von den Lebenswirklichkeiten der Menschen im Osten entfernt waren, das postmaterielle Sammlungsbecken, das die Erfurter Konferenz bildete, und der besondere westdeutsch-linke Einschlag des neuen Erfurter Appells entfremdeten viele Ostdeutsche von ihrer ursprünglichen Affirmation, des Erfurter Manifests. Die Ost-68er konnten ihre Generation, die fraglos die meisten Wendeverlierer hervorge-

74 Exemplarisch für diese Generation kann die Schriftstellerin Christa Wolf gesehen werden; vgl. Meuschel 1992 (s. Anm. 15), S. 29 ff.

75 Vgl. Lühmann 2008 (s. Anm. 72), S. 106.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bracht hat, nicht mehr erreichen. Diese „changiert zwischen dem Wohlstandsversprechen Kohlscher Prägung […] und sozialistischer Wohlstandsutopien der SED-Nachfolger“[76], wobei die Wurzeln dieser Kultur sicherlich in der „Wohlfahrtsdiktatur“ der SED seit den 1970er Jahren zu finden sind. Mit dem Zerfall der Allianz von ostdeutschen Bewegungseliten und Bevölkerungsmassen wurde die „Erklärung“ schließlich zum Elitenprojekt und kam so an ihr Ende.

Edelbert Richter sitzt in einem Sessel und trinkt Tee, im Rücken eine beeindruckende Bücherwand. Neben zahlreichen theologischen Werken aus den vergangenen Jahrhunderten findet sich auch Oskar Lafontaines „Das Herz schlägt links“. Richter selbst saß in der ersten Legislaturperiode der Regierung Schröder noch im Bundestag. Plötzlich sei alles ganz schnell vorbei gewesen mit der Erfurter Erklärung: „Einen Psychotherapeuten hätte man da gebraucht, den Schock zu verkraften, den uns der Schröder da beschert hat“, sagt Richter heute mit einem Lächeln. Resignation und Ermüdung hätten sich dann in den rot-grünen Jahren bei allen Erfurtern breit gemacht; Ohnmacht habe man angesichts der Politik der neuen Regierung empfunden. Wie viele Erfurter Erklärer suchte Richter später den Fluchtweg in Die Linke. „Da hätte man sagen [können], da hätt'ste grade öffentlich weiter, […] aber meine Analyse war eben eigentlich auch: Das ist das Schicksal solcher Bewegungen.“

EPILOG: EIN ANACHRONISMUS VOR DEM EPOCHENWECHSEL

Was bleibt von der Erfurter Erklärung, die vor dreizehn Jahren die bürgerliche Republik zu stürzen gedachte? Die Erfurter Manifestanten waren damals keineswegs ausschließlich im Auftrag einer wahlkämpfenden PDS unterwegs. In der Tat wollten die meisten eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung in Gang setzen. Die Orientierung blieb aber ausgesprochen systembejahend und auf Parteieliten orientiert. Die Sorge vor einem Angriff auf die sozialen Grundfesten der alten Bonner Republik bzw. dem Verlust der sozialen Sicherheit in den neuen Bundesländern trieb sie um. Sie wollten das „Modell Deutschland“ nicht revolutionieren, sondern konservieren. Die Mobilisierung zur Bundestagswahl war sicherlich ein legitimes Mittel, die anvisierten Ziele zu erreichen. Doch wirkte die „Erklärung“ deshalb eher wie ein Aufruf, der sich an die politischen Parteien richtete, was die soziale Bewegung lediglich auf ihr Drohpotenzial reduzierte, dem sich weder Regierung noch Opposition entziehen können sollten.

Mit ihrem Versuch einer gesellschaftlichen Mobilisierung ist die Erfurter Erklärung einerseits geradezu idealtypisch im Sinne der Einleitung des vorliegenden Bandes. Andererseits wurde nur im Zusammengehen von par-

76 Ebd., S. 107.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lamentarischer und außerparlamentarischer Opposition eine Chance zur Zielerreichung postuliert. Als die Parteieliten sich nicht willens zeigten, das Bündnis offen zu stützen, zerfiel die mühsame Konstruktion notgedrungen. Es fehlte ein Plan B, welcher der Bewegung unabhängig von den Parteien und auch im Falle eines links-alternativen Wahlsieges einen weitergehenden Sinn gestiftet hätte. Die Erfurter Erklärung scheiterte bei der Herstellung günstiger Bedingungen, die von der Bewegungsforschung als essentiell erachtet werden.[77] Der hohen Öffentlichkeit und kurzfristigen Mobilisierungsleistung stand eine ohnehin wenig greifbare Zielstellung gegenüber, die im Verlauf der postmateriellen Themenausweitung zunehmend verloren ging. So bildete sich auch keine kollektive Identität heraus, welche die Bewegung hätte stabilisieren und über das Großereignis Bundestagswahl erhalten können. Schließlich zeigt sich, dass eine Art „Veralltäglichung“ sozialer Bewegungen, wie sie einige Erfurter als dauerhaftes Ergänzungsmoment der parlamentarischen Demokratie zu institutionalisieren gedachten, Utopie blieb. Die Erfurter Erklärung war somit zu jedem Zeitpunkt eher eine Verlautbarung politischer Ziele und Hoffnungen einer linken politischen Elite im Spätherbst der Bonner Republik, denn die Grundlage für eine gesellschaftlich verankerte soziale Bewegung.

Bleibt also am Ende nichts von der Erfurter Erklärung? Die Jahre nach dem Regierungswechsel 1998 versetzten die politische Linke in einen Schockzustand. Die Radikalität, mit der die Regierung Schröder mit sozialpolitischen Grundfesten der Bonner Republik brach, war bis dahin beispiellos und war von den Erfurtern, die zuvor noch einen Regierungswechsel herbeigesehnt hatten, nicht im Ansatz vorausgesehen worden. Im Sommer 2004 begann eine neue Bewegung, die sich gegen den sozialen Notstand in der Republik auflehnte. Diese fand ihren Ursprung bei denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die aus Sorge vor Statusverlust und Arbeitslosigkeit gegen das vierte Gesetzespaket mit dem Label „Hartz“ auf die Straße gingen. Was folgte, lief ohne ein Manifest ab, ohne einen großen Appell: Hunderttausende demonstrierten von Gelsenkirchen bis Görlitz gegen die Regierungspolitik; an verschiedenen Orten formierten sich Initiativen, die bekanntesten waren die „Wahlalternative“ und „ASG“, die sch später zur WASG zusammenschlossen. Der Prozess gewann in der Folge eine Eigendynamik, welche die Erfurter Erklärung nie besessen hatte. Mit der neuen Parteigründung wurde zwar ebenfalls eine etatisch orientierte Variante der Mobilisierung gewählt, bei der sich jedoch die Gründungseliten geschickt der gesellschaftlichen Kräfte und der günstigen Gelegenheitsstrukturen bemächtigten, um

77 Vgl. exemplarisch Rucht, Dieter/Roth, Roland: Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: dies. (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 635-668, hier S. 653 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nun eine gesamtdeutsche parteipolitische Linke zu begründen.[78] Zahlreiche Erfurter waren in den folgenden Monaten und Jahren aktive Unterstützer des neuen Linksprojektes[79], traten ihm teilweise sogar bei. Die Erfurter Erklärung schuf zwar keinen gesellschaftlichen Wandel im intendierten Sinne, doch kann das Papier ex post als eine Art Seismograph für den bevorstehenden fundamentalen Wandel dienen, der die heutige Krise des neoliberalen Diskurses signalisierte.

Im Herbst 2008 begann in den USA eine schwere Immobilien- und Finanzkrise, in die das globale Wirtschaftssystem in den folgenden Monaten stürzte. Diese war nicht zuletzt die Folge einer schwachen staatlicher Regulierung der globalen Finanzmärkte. Zahlreiche Beobachter deuten dies heute als Zäsur, die den Staat – nach drei Jahrzehnten neoliberaler Diskurshoheit – wieder stärker in ordnungspolitische Verantwortung nimmt. Die politische Richtungsbestimmung „Links" wird in der Berliner Republik eine neue Gestalt haben, deren Konturen erst langsam sichtbar werden. Sie wird nicht allzu viel mit der Linken der Erfurter Erklärung gemein haben. „Die Epoche, in der die Erfurter Erklärung platziert wurde, gibt's nicht mehr", stellt Edelbert Richter mit Blick auf das Jahr 2010 fest. Vermutlich war sie jedoch schon im Januar 1997 ein Anachronismus.

78 Vgl. Nachtwey, Oliver/Spier, Tim: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier et al. (Hg.) 2007 (s. Anm. 31), S. 13-69.

79 Namentlich u.a. Elmar Altvater, Peter v. Oertzen, Norman Paech, Edelbert Richter, Bodo Ramelow und Horst Schmitthenner.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vom Manifest zum Dialog

„Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“

ALEXANDER HENSEL / SÖREN MESSINGER

EINLEITUNG

„Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ – gleichsam apodiktisch wie fundamental lautete der Titel des deutschen Manifests[1] aus dem Mai 2002. Hierin antworteten 103 deutsche Intellektuelle auf das nicht weniger plakativ betitelte Manifest „What we are fighting for“, das im Februar 2002 von sechzig Vertretern des akademischen und politischen „Establishments“ der USA publiziert worden war. Die offensive Gegensätzlichkeit der Titel kam dabei nicht von ungefähr, ging es in den Manifesten doch um Grundsätzliches: Krieg, Frieden und Gerechtigkeit. Während die amerikanische Seite den Krieg ihrer Regierung gegen den „Terror“ sowohl mit einem Rekurs auf die Theorie des gerechten Krieges als auch mit religiös aufgeladenen Moralvorstellungen zu rechtfertigen suchte, verteidigte die deutsche Seite den Frieden, forderte gründliche Analysen von sozialen Konflikten wie kulturellen Differenzen und rief zur moralischen Besonnenheit auf. So polarisiert der Inhalt, so gegensätzlich und unversöhnlich erschien auch der politische und kulturelle Hintergrund der Manifestanten, dass mancher Beobachter in diesem Briefwechsel gar einen Konflikt der Zivilisationen zu erkennen glaubte.

Trotz dieser Gegensätzlichkeit sind beide Manifeste jedoch eng miteinander verwoben und müssen in vielfacher Hinsicht als Einheit verstanden werden. So wäre das erste, vom „Institute for American Values“[2] lancierte

1 Der von seinen Verfasser als offener Brief gekennzeichnete und hier untersuchte Text wird im Folgenden als Manifest eingeordnet. Eine Begründung hierfür findet sich am Ende des zweiten Abschnitts dieses Artikels.

2 Das „Institute for American Values“ ist ein amerikanischer Think Tank, der sich laut Selbstbeschreibung auf der Homepage vier Schwerpunkt gesetzt hat: Er setzt

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Manifest diesseits wie jenseits des Atlantiks wohl schneller in Vergessenheit geraten, wenn die von der „Koalition für Leben und Frieden" initiierte deutsche Antwort nicht so fundamental gegensätzlich ausgefallen wäre. Sicher hätte es keine weiteren Antwortschreiben beider Seiten gegeben, hätte die deutsche Seite ihr amerikanisches Gegenüber nicht zum Dialog herausgefordert. Dennoch soll sich die folgende Analyse – im Gegensatz zur raren wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema – auf den deutschen Brief in seiner Funktion als Manifest konzentrieren, globale Betrachtungen und Einordnungen dieses transatlantischen Dialogs sind hier nur von sekundärem Interesse. Vielmehr soll das deutsche Manifest „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus" als aktuelles Beispiel für den Einsatz des zivilgesellschaftlichen Instruments des politischen Manifests analysiert werden. Dabei soll zum einen exemplarisch herausgearbeitet werden, wie und warum ein politisches Manifest entsteht, und zum anderen sollen die Grenzen der Wirksamkeit dieses Mediums aufgezeigt werden.

BIOGRAPHISCHER UND ZEITHISTORISCHER HINTERGRUND

Den personellen Kern des deutschen Manifests „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus" bildeten vier in der zivilgesellschaftlichen Arena sehr erfahrene Akteure: Hans-Peter Dürr, Mohssen Massarrat, Frank Uhe und Heiko Kauffmann. Diese Vier hatten nach einem langjährigen und intensiven Engagement in der deutschen Friedensbewegung im Dezember 2001 die „Koalition für Leben und Frieden" gegründet. Diese war später für die inhaltliche und organisatorische Umsetzung des deutschen Manifests grundlegend und verfolgte im Wesentlichen zwei Ziele: Zum einen sollte kurzfristig eine öffentliche Kritik der kriegerischen politischen Entwicklungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ermöglicht werden. Zum anderen war die Koalition Ergebnis eines längerfristigen Prozesses der inhaltlichen Diskussion und organisatorischen Planung der vier Gründer.[3] Hierbei ging es um die institutionelle Bündelung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Allgemeinen sowie die institutionelle Stärkung der Friedensbewegung und der pazifistischen Position im Besonderen. Insofern stellt das Projekt der „Koalition" nicht nur einen Bündelungspunkt der inhaltlichen und organisatorischen Entwicklung ihrer Gründer dar, sondern verweist auch auf den Zustand der deutschen Friedensbewegung am Anfang des neuen Jahrtausends. Deren Entwicklung soll folgend grob skizziert wer-

sich für intakte Familien, eine Kultur des Sparens und gegen Verschwendung ein und er möchte gegen den Extremismus in der arabischen Welt ankämpfen und öffentliche Debatten zivilisieren und verbessern; vgl. http://www.american values.org/intro/index.php#mission [eingesehen am 27.01.2010].

3 So Frank Uhe im Interview mit den Autoren am 7. Oktober 2009 in Berlin.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den, um daran anknüpfend den biographischen Hintergrund und die individuellen Motive der vier Kernmanifestanten zu erschließen.

Entwicklungslinien der deutschen Friedensbewegung

Die deutsche Friedensbewegung seit 1945 wird der dritten gesellschaftlichen Großbewegung in bürgerlich-kapitalistischen Staaten untergeordnet. Unter dem Begriff „Neue Soziale Bewegungen“ umfasst diese zudem die Themen Ökologie, Frauen und Atomenergie.[4] Die Vorläufer der neueren deutschen Friedensbewegung formierten sich ab Anfang der 1950er Jahre in Form einer stark durch den Zweiten Weltkrieg geprägten Widerstandsbewegung gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.[5] In Reaktion auf Diskussionen über eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr konstituierte sich ab Mitte der 1950er Jahre die Kampagne „Kampf dem Atomtod“, die eine breite und kritische öffentliche Debatte über die Gefahren von Nuklearwaffen anstieß und in deren Verlauf sich vor allem prominente Wissenschaftler kritisch positionierten. Mit den Ostermärschen ab Anfang der 1960er Jahre verbreiterte die Friedensbewegung ihre soziale Basis und entwickelte eigene kulturelle Traditionen. Inhaltlich wurde der Protest gegen Nuklearwaffen um antimilitaristische, pazifistische und demokratische Konzepte erweitert. Mit dem Ende des Vietnamkriegs und unter dem Eindruck der Entspannungspolitik der Regierung Willy Brandts allerdings erlahmte die deutsche Friedensbewegung. Viele ihrer Akteure wandten sich anderen gesellschaftlichen Themen wie Frauenrechte, Atomkraft und Umwelt zu.

Der entscheidende Durchbruch gelang der deutschen Friedensbewegung erst Ende der 1970er Jahre. Im Rahmen des Diskurses über den „NATO-Doppelbeschluss“ erlangten die nukleare Bedrohung und pazifistische Ansätze neue Aktualität. Auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen durch die Sowjetunion ab 1977 reagierten die USA 1979 mit Plänen zur Stationierung von Raketen in Westeuropa. Die Bürger Europas und insbesondere Deutschlands gerieten dadurch in ein sicherheitspolitisches Dilemma, eine Aufrüstungsspirale und mögliche militärische Eskalation des Ost-West-Konflikts vor der eigenen Haustür schienen für viele auf einmal manifest zu werden.[6] Die Friedensbewegung griff diese Bedrohung engagiert auf und avancierte in den 1980er Jahren zur „größte[n] und bedeutendste[n] Protest-

4 Vgl. Raschke, Joachim: Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Rucht, Dieter/Roth, Roland (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1987, S. 19-29, hier S. 25 f.

5 Zur dargestellten Entwicklung der deutschen Friedensbewegung vgl. Buro, Andreas: Die deutsche Friedensbewegung nach 1945, in: Sahm, Astrid et al. (Hg.): Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden 2002, S. 131-160, hier S. 136 ff.

6 Zum „NATO-Doppelbeschluss“ vgl. Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2005, S. 353 ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bewegung“[7] der alten Bundesrepublik. Auf dem historischen Höhepunkt ihrer Mobilisierungsfähigkeit, im Oktober 1983, „bildeten Demonstranten eine 108 km lange Menschenkette von Ulm bis Stuttgart, in Bonn demonstrierten über 1 Millionen Menschen“ auf der bis dato größten Demonstration in der bundesdeutschen Geschichte.[8] In dieser Zeit gründete sich eine Vielzahl von Organisationen, die innovative Protestformen und politische Konzepte entwickelten und dadurch eine intensive öffentliche Debatte über Abrüstung und Friedenspolitik anstießen.[9]

Am Ende der Ost-West-Konfrontation veränderten sich mit den Rahmenbedingungen der internationalen Beziehungen allerdings auch die thematischen Fixpunkte und strategischen Konzepte der Friedensbewegung. Durch den Wegfall des Szenarios einer unmittelbaren nuklearen Bedrohung wandten sich viele Friedensinitiativen von dem Thema Abrüstung ab und engagierten sich für eine positive Friedensordnung in Europa. Die Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung nahm dabei, mit Ausnahme der Proteste gegen den Golfkrieg 1991, erheblich ab. Viele Aktivisten wandten sich anderen sozialen oder politischen Themen zu oder nahmen im Rahmen der folgenden Kriege im ehemaligen Jugoslawien an konkreten Aktionen der zivilen Konfliktbearbeitung teil.[10] Mit der Selbstauflösung des „Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung“ war bereits 1989 auf die Möglichkeit einer zentralen bundesweiten Steuerung zugunsten einer bloßen informationellen Verkopplung durch das „Netzwerk Friedenskooperative“ verzichtet worden, um den Ansprüchen der verbliebenen autonomen Gruppen gerecht werden zu können.[11] So fehlten seit den 1990er Jahren insgesamt Personal, organisatorische Strukturen sowie geeignete inhaltliche Projekte für eine breite Mobilisierung.[12] Der zunehmend interventionistischen Orientierung der europäischen NATO-Staaten und der sicherheits- und militärpolitischen Neupositionierung der BRD konnte die Friedensbewegung so öffentlich kaum etwas entgegnen. Der theoretische Konflikt zwischen Bellizismus und Pazifismus, der vor allem im Rahmen des Kosovo-Krieges praktisch an Bedeutung gewann, erfasste auch die Friedensbewegung und trug zur Auflösung des bisherigen pazifistischen Konsenses bei. Die Bewegung

7 Kraushaar, Wolfgang: Mobilisierung der Zuschauer, in: die tageszeitung, 20.02.2003.

8 Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 2007, S. 386 f.

9 Vgl. Buro 2002 (s. Anm. 5), S. 141.

10 Vgl. ebd., S. 142 f.

11 Zur organisatorischen Entwicklung der deutschen Friedensbewegung vgl. http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/history.htm [eingesehen am 27.11. 2009].

12 Vgl. Buro 2002 (s. Anm. 5), S. 146.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

spaltete sich in Verantwortungs- und Radikalpazifisten,[13] weitere friedenspolitische Separationsbewegungen innerhalb der Linken sowie der außenpolitische Paradigmenwechsel der grünen Partei verstärkten diese Entwicklung.[14] So verlor die Friedensbewegung insgesamt an Bündnisfähigkeit und konnte keine größeren Massen mehr für systematische Proteste etwa gegen den Kosovo-Krieg gewinnen, obgleich ein großer Teil der Bevölkerung diesen eigentlich ablehnte.[15] Es erscheint daher kaum verwunderlich, dass der Kosovo-Krieg einen starken Impuls zur Selbstreflexion und zur Entwicklung neuer Organisationsstrukturen freisetzte. So stand der tiefen Entrüstung über die deutsche Beteiligung an einem „zentralen völkerrechtlichen Sündenfall“[16] die Erkenntnis der schwindenden eigenen Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme gegenüber. Auch den kriegerischen politischen Entwicklungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 konnte die deutsche Friedensbewegung derart innerlich geschwächt und äußerlich isoliert kaum etwas in der Öffentlichkeit entgegensetzen. Vor diesem allgemeinen politischen Hintergrund wurde das deutsche Manifest im Jahr 2002 veröffentlicht. Für dessen Analyse sollen zunächst die politischen Biographien der vier Kernmanifestanten betrachtet werden, um deren Denken und Handeln besser verstehen zu können.

Die Kernmanifestanten: zivilgesellschaftliche Tausendsassa

Hinter dem deutschen Manifest stand ein personeller Kern, der inhaltlich und organisatorisch verantwortlich zeichnete. Zu diesem gehörten Hans-Peter Dürr, Mohssen Massarrat, Frank Uhe und Heiko Kauffmann. Sie alle waren, trotz ihrer inhaltlich und zeitlich recht differenten politischen Sozialisation, aufgrund ihrer biographischen Ähnlichkeiten für die Manifest-Aktion prädestiniert. So handelte es sich bei ihnen um zivilgesellschaftlich vielfältig wie intensiv engagierte Persönlichkeiten, die sich intellektuell und organisatorisch langfristig vor allem in der deutschen Friedensbewegung eingebracht hatten.

Hans-Peter Dürr, geboren 1929 in Stuttgart, wurde stark durch das Erleben des Zweiten Weltkriegs geprägt.[17] Konsterniert durch den Totalzusam-

13 Vgl. Massarrat, Mohssen: Opfer einer Inszenierung, in: die tageszeitung, 01.09.2000.

14 Vgl. dazu Klein, Thomas: Kein Frieden im globalen Krieg. Anti-Kriegs-Proteste in Zeiten der Globalisierung, in: Engelke, Ralf et al. (Hg.): Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus: Bedingungen für emanzipative Politik zwischen Konfrontation und Anpassung, Frankfurt am Main 2005, S. 99-111, hier S. 105 ff.

15 Vgl. Buro 2002 (s. Anm. 5), S. 145 f.

16 So Frank Uhe im Gespräch mit den Autoren am 1. Oktober 2009 in Berlin.

17 Diese und weitere biographische Informationen gehen, wenn nicht anders angegeben, auf ein Gespräch der Autoren mit Hans-Peter Dürr am 9. September 2009

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

menbruch der in seiner Jugend gültigen Werte schloss sich Dürr früh der sogenannten „Ohne-mich-Bewegung“ an, einem Vorläufer des Widerstands gegen die deutsche Wiederbewaffnung[18] und – laut eigener Aussage – für ihn ein wichtiger Bezugspunkt für seine spätere Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik. Als studierter Physiker wurde er 1953 an der kalifornischen Universität Berkeley Mitarbeiter des Atomphysikers Edward Teller, dem „Vater“ der Wasserstoffbombe. Die örtliche und zeitliche Nähe zur Entwicklung der Wasserstoffbombe sowie persönliche Dispute mit Teller über Krieg und Nuklearwaffen prägten Dürr und begründeten dessen besondere Sensibilität für Fragen der wissenschaftlichen Verantwortung und Gefahren der Kernforschung – ein weiterer Bezugspunkt seiner späteren nuklear-pazifistischen Haltung. Daneben inspirierte ihn vor allem die „Göttinger Erklärung“, in der 1957 führende deutsche Atomwissenschaftler an die Öffentlichkeit traten, um vor den Gefahren atomarer Rüstung zu warnen. Mohssen Massarrat, 1942 in Teheran geboren, politisierte sich hingegen noch während seiner Schulzeit durch das Erleben der Ära Mossadegh.[19] Im Anschluss an das Abitur 1961 nach Deutschland ausgewandert, studierte er Wirtschafts- und Politikwissenschaften, wurde 1975 in Berlin promoviert und engagierte sich in deutschen und internationalen Organisationen der iranischen Exilopposition. Den 1951 in Seesen geborenen Frank Uhe prägte bereits als Schüler die Beschäftigung mit Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Diese Politisierung vertiefte sich durch sein anschließendes Studium der Politikwissenschaft, in dem er sich intensiv mit dem Holocaust befasste[20] sowie durch einen freiwilligen Friedensdienst bei der „Aktion Sühnezeichen“[21], der ihn in den 1970er Jahren für friedenspolitische Themen sensibilisierte. Der 1948 in Berchtesgaden geborene Heiko Kauffmann wurde während seines Studiums in Marburg in den 1960er Jahren politisiert. In dieser Zeit begann er sein Engagement bei der Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“, in deren Bundesvorstand er später aktiv war.

---

in München zurück. Vgl. auch Dürrs Biographie auf der Homepage des Global Challenge Network: http://www.gcn.de/lebenslauf.html [eingesehen am 29.11.2009].

18 Vgl. Buro 2002 (s. Anm. 5), S. 136 f.

19 Vgl. Massarrats Selbstbeschreibung seines gesellschaftspolitischen Engagements: http://www.home.uni-osnabrueck.de/mohmass/gesen.html [eingesehen am 24.11.09].

20 Diese und weitere biographischen Informationen gehen, wenn nicht anders ausgezeichnet, auf ein Gespräch der Autoren mit Uhe am 1. Oktober 2009 in Berlin zurück.

21 Die „Aktion Sühnezeichen e.V.“ organisiert u.a. freiwillige Friedensdienste für Jugendliche mit dem Ziel, durch politische Verständigung die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Frieden zu schaffen; siehe hierzu die Homepage der Organisation: http://www.asf-ev.de/ueber_uns/ [eingesehen am 01.12.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Alle vier Kernmanifestanten zeigten also spätestens seit den 1970er Jahren ein mehr oder weniger ausgeprägtes politisches Engagement. Aber erst die Teilnahme an Protesten gegen den „NATO-Doppelbeschluss“ ab 1979 markierte den eigentlichen Startpunkt ihrer zivilgesellschaftlichen Karriere. So war die deutsche Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre der historische Ort, an dem sich die politische Orientierung der vier Koalitionsgründer formierte und sich ihre Biographien erstmals kreuzten. Im Rahmen ihres haupt- oder nebenberuflichen politischen Engagements entwickelten sie ab diesem Zeitpunkt ähnliche, untereinander konsistente friedenspolitische Positionen. Diese beruhten auf einem Wechselspiel zwischen wissenschaftlicher Reflexion und konkreter politischer Arbeit und scheinen durch ein hohes Maß an persönlichem Idealismus motiviert gewesen zu sein.

So näherte sich Dürr, der inzwischen Professor und Direktor des Max-Planck-Instituts in München geworden war, durch seine biographische Erfahrungen mit Nuklearwaffen und seiner Mitarbeit in der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ (VDW) sowie der Organisation „Pugwash“ der Friedensbewegung ab Anfang der 1980er Jahre sukzessive an.[22] Im März 1983 half er bei der Organisation des Kongresses „Verantwortung für den Frieden“[23] und war Mitunterzeichner des daraus hervorgehenden „Mainzer Appells“, in dem sich Wissenschaftler gegen neue Atomrüstung und die Stationierung von amerikanischen Raketen aussprachen.[24] Im Laufe der 1980er Jahre wurde Dürr in mehr als zwanzig nationalen wie internationalen Organisationen Mitglied, Vorstandsmitglied oder -vorsitzender. Vor allem das „Global Challenges Network“ (GCN) war für seine politische Arbeit eine wichtige Ressource. Als Gründer und Vorsitzender dieser Organisation wurde Dürr 1987 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.[25] Aufgrund seiner Kompetenzen und Interessen – nukleare Abrüstung, die Kooperation westlicher und sowjetischer Wissenschaftler und Konzepte zur zivilen Bearbeitung des Ost-West-Konflikts waren seine Themen – wurde er in den 1980er Jahren zum gefragten politischen Berater. So nahm er an Verhand-

22 Die VDW gründete sich 1959 in Folge der „Göttinger Erklärung“ als Assoziation gesellschaftspolitisch verantwortlicher Wissenschaftler, die sich v.a. mit Fragen der Atomrüstung beschäftigen. Die VDW koordiniert zudem die deutsche Sektion der internationalen Organisation „Pugwash“; vgl. dazu Neuneck, Götz: 50 Jahre Pugwash - 50 Jahre Göttinger Erklärung, in: Wissenschaft & Frieden, H. 2/2007 sowie: http://www.vdw-ev.de/ und http://www.pugwash.de/Pug%20D%20Info_mod.pdf [jeweils eingesehen am 24.11.2009].

23 Vgl. die Laudatio zur Verleihung des Alternativen Nobelpreises an Hans-Peter Dürr: http://www.rightlivelihood.org/durr.html [eingesehen am 30.11.2009].

24 Vgl. Mainzer Appell zur Verantwortung für den Frieden, in: Dürr, Hans-Peter et al. (Hg.): Verantwortung für Frieden. Naturwissenschaftler gegen Atomrüstung, Hamburg 1983, S. 347 ff.

25 Zur Selbstdarstellung des GCN und dem Lebenslauf von Dürr vgl. http://www.gcn.de/hpd.html [eingesehen am 24.11.09].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lungen über eine einseitige Abrüstung der Sowjetunion mit Michail Gorbatschow teil, daneben erweiterte er sein Themenspektrum um zukunftsweisende Aspekte wie alternative Energiekonzepte, ökologisches Wirtschaften sowie die Wahrung der Rechte zukünftiger Generationen. Gleichzeitig übernahm Dürr Aufgaben und Ämter in diversen politischen Organisationen. So war er beispielsweise Vorstandsmitglied von „Greenpeace Deutschland", engagierte sich für verschiedene Stiftungen und arbeite für die UN.

Auch Massarrat befasste sich im Zuge des „NATO-Doppelbeschlusses" sukzessive mit friedenspolitischen Themen. Zuvor hatte er sich bereits auf lokaler wie nationaler Ebene in zahlreichen politischen Initiativen mit Themen der politischen Ökonomie, Energiepolitik und internationalen Politik beschäftigt.[26] In den frühen 1980er Jahren beteiligte er sich an der Gründung einer Reihe von Friedensinitiativen, u.a. der „Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen" (BUF). 1982 zum Professor für Politikwissenschaft avanciert, sprach er auf Friedensdemonstrationen und warb beispielsweise in einem öffentlichen Appell an den Generalsekretär der KPdSU oder als Mitglied einer Delegation der deutschen Friedensbewegung in China für Abrüstung. Frank Uhe gelangte im Rahmen der Proteste gegen den „NATO-Doppelbeschluss" in den damals als organisatorisches Zentrum fungierenden „Koordinierungsausschuss der deutschen Friedensbewegung". Sein friedenspolitisches Engagement führte er ab 1984 hauptberuflich aus, zunächst bei der Organisation „Aktion Sühnezeichen", seit 1996 als Geschäftsführer der Organisation „Physicians for the Prevention of Nuclear War" (IPPNW).[27] Inhaltlich nahm er sich in verschiedenen friedenspolitischen Arbeitskreisen und zivilgesellschaftlichen Initiativen der Themen Friedenspolitik und Abrüstung an. Heiko Kauffmann beschäftigte sich, anknüpfend an sein Studium der Pädagogik, Psychologie und Sozialwissenschaften bis Ende der 1970er Jahre, mit Ursachen von Gewalt und Möglichkeiten zu deren Überwindung. Auch er wurde im Zuge des „NATO-Doppelbeschlusses" friedenspolitisch aktiv – beispielsweise in der „Initiative Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung in Ost- und West".[28] Ab 1979 arbeitete er hauptamtlich als Inlandsreferent für die Kinderhilfsorganisation „Terre des Hommes" und beteiligte sich ab Mitte der 1980er Jahre an der Gründung der Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl", als deren Sprecher er

26 Ein Überblick über Massarrats Publikationen findet sich unter: http://www.home.uni-osnabrueck.de/mohmass/pub_chro.html [eingesehen am 24.11.2009].

27 Die deutsche Sektion der IPPNW entstand ab 1981 im Rahmen der Proteste gegen den „NATO-Doppelbeschluss". Im Laufe der 1990er Jahre weitete die Ärzteinitiative ihr Engagement auf die Themen Atomenergie und soziale Verantwortung aus; siehe hierzu: http://www.ippnw.de/der-verein/geschichte-der-ippnw/geschichte/artikel/bd517d3bde/geschichte-der-bundesdeutschen-ippnw.html [eingesehen am 01.12.2009].

28 Vgl. Kauffmann, Heiko et al. (Hg.): Kultur gegen Krieg, Köln 1986.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zwischen 1994 und 2002 fungierte.[29] In seinem politischen Engagement fokussierte Kauffmann sich vor allem auf die Themen Menschen- und Kinderrechte, Flüchtlingsfragen und Asylpolitik, die er eng mit friedenspolitischen Positionen verband.

Die vier Kernmanifestanten engagierten sich also für ähnliche politische Themen und waren intensiv in zivilgesellschaftlichen Organisationen involviert. Daher rührt zum Teil auch ihre langjährige persönliche Bekanntschaft. Uhe und Massarrat beispielsweise lernten sich bereits in den 1980er Jahren im „Koordinierungsausschuss der deutschen Friedensbewegung“ kennen und kooperierten später im Rahmen der IPPNW. In den Biographien der Kernmanifestanten fällt zudem die enge Verknüpfung zwischen politischer Analyse und politischer Initiative auf. In Massarrats akademischem Publikationsverzeichnis finden sich so ab Anfang der 1980er Jahre zunehmend Analysen zur nuklearen Rüstungsspirale, zur Friedensbewegung und zu friedenspolitischen Konzepten. Ab Mitte der 1990er Jahre beschäftigte er sich mit Fragen der Nachhaltigkeit und globaler sozialer Gerechtigkeit, vor allem aber mit demokratietheoretischen Konzepten zur Verbesserung der Repräsentation sozialer Bewegungen und Erweiterung der politischen Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sein Konzept, das bei der späteren Gründung der „Koalition für Leben und Frieden“ einen zentralen Stellenwert einnahm, basierte auf seiner kritischen Analyse der repräsentativen parlamentarischen Demokratien, die von der „Komplexität der gesellschaftlichen Realität“ überfordert seien.[30] Interessen zukünftiger Generationen müssten vielmehr durch unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten werden. Um dies zu gewährleisten, forderte Massarrat die Einrichtung einer „dritten Kammer“, die „analog zur Zweiten Kammer (Bundesrat im föderalen System) mit Einspruchs- und Initiativrechten ausgestattet“[31] sein sollte. Auch Hans-Peter Dürr hatte bereits in den 1970er Jahren ein Exempel gesellschaftspolitischer Verantwortung von Wissenschaftlern statuiert: Damals widersetzte er sich der Aufforderung der Regierung Helmut Schmidts, den staatlich geförderten Ausbau der Kern-

29 2001 erhielt Kauffmann den „Aachender Friedenspreis“ und den „Blauen Elefanten“. Zur Biographie Kauffmanns vgl. die Laudatio zur Verleihung des Aachener Friedenspreises unter: http://www.proasyl.info/proasyl/friedenspreis/proasyl.htm sowie die Homepage der Organisation Pro Asyl unter: http://www.proasyl.info/pro-foto.htm [eingesehen am 02.12.2009].

30 Siehe Massarrat, Mohssen: „Zivile Friedensräte für die Friedensbewegung“, in Wissenschaft & Frieden, H. 2/1999; online einsehbar unter: http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1350 [eingesehen am 21.01.2010].

31 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

energiegewinnung wissenschaftlich zu legitimieren.[32] Trotz der folgenden harschen Kritik vieler Kollegen positionierte Dürr seine Argumentation in der *Frankfurter Rundschau*, erzeugte damit eine recht starke Resonanz in der Öffentlichkeit und erfreut sich seither einer gewissen Prominenz.[33]

Insgesamt kann bei der Manifest-Aktion unter den Kernmanifestanten zudem eine mehr oder weniger strikte Arbeitsteilung entsprechend individueller Kompetenzen und Ressourcen festgestellt werden. So nahm Dürr hier abermals seine Rolle als wissenschaftlicher Experte und politischer Vordenker ein, die er sich u.a. durch seine öffentlich vielbeachtete Kritik[34] an dem 1983 von der US-Regierung als „Strategic Defensive Initiative" (SDI) angekündigten weltraumgestützten Raketenabwehrsystem erworben hatte. Massarrat agierte als politisch-wirtschaftlicher Analyst und theoretisch-organisatorischer Stratege. Uhe und Kauffmann brachten neben inhaltlichen Aspekten vor allem ihre organisatorische Erfahrung, viele und weitreichende Kontakte innerhalb zivilgesellschaftlicher Netzwerke sowie Kompetenzen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ein.

Die internen Bindungen zwischen den Akteuren basieren somit auf der gemeinsamen politischen Selbstverortung in der Friedensbewegung, langjährigen persönlichen Beziehungen sowie sich ergänzenden inhaltlichen Kompetenzen und organisatorischen Ressourcen. Zudem einte alle die im Laufe der 1990er Jahre erlangte Erkenntnis, ihre zivilgesellschaftliche Handlungsoption durch eine theoretisch begründete und strategisch geplante Schaffung neuer Organisationsstrukturen erhöhen zu müssen. Diese Einsicht wurde zudem durch ihre persönliche Entrüstung über den Kosovokrieg als auch das Offenbarwerden der Schwäche der Friedensbewegung in dieser Zeit gestärkt. In dieser Schwächephase trachteten die vier Kernmanifestanten also danach, den zivilgesellschaftlichen Einfluss der eigenen politischen Position als auch der Friedenbewegung als Ganzes zu erhöhen.

32 Vgl. dazu Brand, Karl-Werner: Umweltbewegung, in: Rucht, Roland/Roth, Roland (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 2008, S. 219-244, hier S. 225.

33 Zur energiepolitischen Wende in den 1970er Jahren und dem gesellschaftlichen Widerstand gegen die Kernenergie vgl. Winkler 2005 (s. Anm. 6), S. 349 ff.

34 Vgl. dazu Dürr, Hans-Peter: Der Himmel wird zum Vorhof der Hölle, in: Der Spiegel, 15.07.1985.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ENTSTEHUNG UND FORM DES MANIFESTS

Entstehungsgeschichte der „Koalition für Leben und Frieden“

Am 4. Dezember 2001 riefen Hans-Peter Dürr, Mohssen Massarrat, Frank Uhe und Heiko Kauffmann zur „Gründung einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“[35] auf. Ausgangspunkt hierfür war eine Fachtagung der IPPNW, der „International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms, Deutsche Sektion“ (IALANA) und der VDW, die am 28. September 2001 im Rahmen der Debatte um die „dritte Kammer“ stattfand. Laut Uhe war die „Koalition für Leben und Frieden“ Ergebnis dieses Prozesses, die zeitliche Nähe zum 11. September 2001 also eher zufällig.

Im „Aufruf zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“ wurde parlamentarischen Demokratien die Fähigkeit abgesprochen, Probleme lösen zu können, deren Konsequenzen erst in der Zukunft zu spüren sein werden. Namentlich wurden hier Kriege, die „Eindämmung von Umweltkatastrophen, Hunger, Armut und Wasserknappheit, weltweite Geschlechtergerechtigkeit und die Verwirklichung der Menschenrechte“ genannt. Ziel der angestrebten Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen müsse daher sein, Parteien und Parlamente von „der Notwendigkeit einer Übertragung eines Teils ihrer Macht und Legitimation zu Gunsten eines zivilgesellschaftlich legitimierten Gegengewichts zu überzeugen“. Denn, so der Aufruf, die Politik werde „von einer kleinen, wirtschaftlich mächtigen und politisch einflussreichen Elite“ dominiert, die eine Bearbeitung drängender Fragen der Nachhaltigkeit verhindere. Die Autoren versuchten dabei, dezidiert positive Konzepte anzubieten, statt nur negativ gegen Krieg zu argumentieren. Durch diese bewusste inhaltliche Ausdehnung und Bezugnahme auf übergreifende Konzepte, wie auch Dürrs Vorstellung eines dynamischen Friedens und seiner Theorie des Lebendigen,[36] sollten die Schwäche und Isolation der Friedensbewegung durch eine Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen und politischen Themen überwunden werden.[37]

Die sich seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 überschlagenden weltpolitischen Ereignisse blieben dennoch nicht ohne Einfluss auf die „Koalition“. Neokonservative Kräfte in den USA hatten schon lange eine unilaterale und auf die militärische Stärke der USA aufbauende Außen-

35 Der Aufruf „Ziviles Gegengewicht zur Parteiendemokratie: Aufruf zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“ ist online einsehbar unter (siehe auch für die Zitate des folgenden Absatzes): http://www.gcn.de/download/DFrieden_Aufruf.pdf [eingesehen am 21.12.2009].

36 Vgl. Dürr, Hans-Peter: Die Kunst des Friedens, in: Richter, Horst-Eberhard (Hg.): Kultur des Friedens, Gießen 2001, S. 13-37, hier besonders S. 19 ff.

37 So Hans-Peter Dürr im Interview mit den Autoren am 9. September 2009 in München.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

politik gefordert und standen damit im direkten intellektuellen Antagonismus zu den Akteuren der Friedensbewegung, die ein Konzept der internationalen Kooperation vertraten. Mit dem Amtsantritt von Präsident George W. Bush hatten die Neokonservativen entscheidend an Einfluss gewonnen, und die Anschläge vom 11. September 2001 eröffneten ein Gelegenheitsfenster, um die lange vorbereiteten Pläne zur Umstrukturierung amerikanischer Außenpolitik durchzusetzen.[38] Diese Entwicklung war auf Seiten der Gründer der „Koalition" besonders durch die wissenschaftliche Arbeit von Mohssen Massarrat erfasst worden. In den Augen der vier Initiatoren musste dringend ein handlungsfähiges Zentrum geschaffen werden, mit dem die Friedensbewegung auf die aktuellen Ereignisse reagieren konnte. Neben der amerikanischen Außenpolitik waren für die deutsche Seite zudem innenpolitische Veränderungen in den USA von Bedeutung.[39] So betont Hans-Peter Dürr, der sich in der Zeit nach den Anschlägen in den USA aufhielt, dass jenseits der politischen Reaktion der US-Regierung vor allem Inhalt und Rhetorik der öffentlichen Debatte seine Kritik herausgefordert hätten.[40] Um dem kriegsfördernden Einfluss neokonservativer Gruppen auf die amerikanische Politik und der damals über die uneingeschränkten Solidaritätserklärungen mit dieser stark verknüpften europäischen Politik etwas entgegenzusetzen, wollte die „Koalition" versuchen, zivilgesellschaftliche Kräfte zu bündeln, „präsent und unüberhörbar zu machen"[41]. Obwohl in deren Gründungsdokument keine Bezugnahme auf die Entwicklung der US-amerikanischen Politik nach dem 11. September expliziert wurde, spielte diese in der folgenden Zeit eine so dominante Rolle, dass die „Koalition" nahezu ausschließlich mit diesem Thema in die Öffentlichkeit drängte und die Idee der „dritten Kammern" an den Rand rückte.

38 Vgl. Schöfbänker, Georg: Die „Bush-Doktrin". Der Versuch der Neuordnung der Welt unter der Präsidentschaft von George Walker Bush, dem Jüngeren, in: Leidenmühler, Franz (Hg.): Krieg gegen den Terror. Konfliktszenarien im 21. Jahrhundert und ihre Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik, Idstein 2003, S. 69-96; Müller, Harald: Demokratie, die Medien und der Irak-Krieg. Zum Kriegsdiskurs in Europa und Amerika, in: HSFK-Standpunkte, H. 6/2003, S. 5 ff.

39 Zur innenpolitischen Lage nach dem 11. September 2001 vgl. Mayer, Margit: Schutz der Heimat – Die Aushöhlung des Rechtsstaates, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Quo vadis, Amerika? Die Welt nach Bush, Berlin/Bonn 2008, S. 151-160.

40 So Hans-Peter Dürr im Interview mit den Autoren am 9. September 2009 in München.

41 So die Initiatoren der „Koalition für Leben und Frieden" in einem Brief an die Unterzeichner des „Aufruf zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden" vom 26. März 2002 (im Privatbesitz der Autoren).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das US-amerikanische Manifest

Das Manifest des „Institute for American Values“, das die Arbeit der „Koalition“ lange beschäftigen sollte, wurde im Februar 2002 veröffentlicht. Zu diesem Zeitpunkt meinten die Beteiligten auf amerikanischer Seite, dass die uneingeschränkte Solidarität, welche die USA seit dem 11. September 2001 genoss, langsam schwinden würde. Diesen Rückgang führte Alex Roberts, Mitarbeiter des „Institute for American Values“, auf antiamerikanische Ressentiments in Europa und die unterschiedliche Beurteilung des Weiteren Vorgehens gegen den Irak zurück.[42] Das Manifest sollte demgegenüber rechtfertigen, warum die USA in den „War on Terror“ gezogen waren, und dem drohenden Entzug der Unterstützung entgegenwirken.

Die Argumentation des amerikanischen Manifests baute in weiten Teilen auf der Theorie des gerechten Krieges des Philosophen Michael Walzer auf.[43] Diese wurde auf die Situation der USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 angewendet und es wurde festgehalten, dass der „War on Terror“ den Kriterien des gerechten Krieges genüge.[44] Die Präambel des Manifests betonte zunächst das Selbstverteidigungsrecht von Nationen in Form von Krieg. Zugleich verlangte sie, dass eine kriegsführende Nation die Prinzipien und Werte, die durch einen Krieg verteidigt werden sollen, der Weltgemeinschaft offenlegt. Der folgende Text benannte als zu verteidigende Prinzipien im „War on Terror“ fünf universell gültige Wahrheiten. Die ersten beiden zielten auf die allgemeine und insbesondere religiöse Freiheit von Individuen ab. Der Regierung eines Staates wurde drittens die Aufgabe zugewiesen, die Gesellschaft zu schützen, wobei das Individuum als Grundeinheit der Gesellschaft benannt wurde. Viertens wurde die Suche nach dem Sinn des Lebens und nach „letzten Zielen“ als natürliches Bedürfnis von Menschen beschrieben. Die letzte universale Wahrheit erklärte das Töten im Namen Gottes als nicht mit dem Glauben an Gott vereinbar. Die Präambel schloss mit dem Satz: „We fight to defend ourselves and to defend these universal principles.“[45]

Im zweiten Teil des Textes wurden die Terroranschläge vom 11. September 2001 als Angriff auf die amerikanische Gesellschaft und deren Wer-

42 Vgl. Roberts, Alex: Introducing the Debate, in: Blankenhorn, David et al. (Hg.): The Islam/West Debate. Documents from a global debate on terrorism, U.S. policy, and the Middle East, Lanham u.a. 2005, S. 15-20, hier S. 15.

43 Vgl. zu Walzers Theorie des gerechten Krieges Walzer, Michael: Gibt es den gerechten Krieg?, Stuttgart 1982.

44 Der Text des Manifests ist in Englisch auf der Seite des „Institute of American Values“ einsehbar unter: http://www.americanvalues.org/html/what_we_re_fighting_for.html [eingesehen am 23.11.2009]. Eine auszugsweise deutsche Übersetzung von Christoph v. Marschall findet sich unter: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/intellektuelle1.html [eingesehen am 23.11.2009].

45 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

te interpretiert. Letztere wurden aus der Gründungsgeschichte der USA rekonstruiert und zugleich als universell gültig bezeichnet. Im dritten Teil des Textes stand die Bedeutung von Religion und Gott in Bezug auf den 11. September 2001 und den „War on Terror" zur Debatte. Obgleich sie Begriffe wie „Kreuzzug" und „Heiliger Krieg" mit dem Verweis auf die Präambel ablehnten, hoben die Autoren die Religiosität der amerikanischen Gesellschaft hervor und forderten gegenseitigen Respekt als Grundlage für interreligiöse Konfliktlösung. Kernstück des Manifests war der vierte und letzte Teil, der die Theorie des gerechten Krieges auf den „War on Terror" anwendete. Folgende Punkte wurden dabei zentral herausgearbeitet: Kriege könnten gerechtfertigt oder gar geboten sein. Ein solches Gebot wurde für den „War on Terror" bejaht. Wesentliche Bedingung für einen solchen Krieg sei, dass er geführt werde, „to protect the innocent from certain harm"[46]. Diese Gefahr müsse zudem groß genug und es müsse klar sein, dass Verhandlungen die Gefahr nicht abwenden könnten. Beide Bedingungen wurden in Bezug auf den internationalen Terrorismus als gegeben angesehen. Außerdem müssten die Werte, die im Rahmen des Krieges verteidigt werden, einen Krieg rechtfertigen. Kriege „for national glory, to avenge past wrongs, for territorial gain, or for any other non-defensive purpose" wurden dagegen strikt abgelehnt. Schließlich müsse der Krieg von einer legitimen Macht geführt werden, was den Gegner in Form von Terrorgruppen delegitimierte. Die Regierung der USA stellte in den Augen der Manifestanten eine solche legitime Macht dar. Der Text schloss mit der Selbstverpflichtung, darauf zu achten, dass der Krieg der USA ein gerechter bleibe und die selbst auferlegten Schranken nicht verlasse. Ebenfalls betonte er, dass nicht Islam oder Muslime die Feinde darstellten, sondern nur die terroristische islamistische Bewegung.

Die deutsche Debatte über „What we are fighting for"

Das amerikanische Manifest erhielt in den USA relativ wenig Aufmerksamkeit.[47] Dies ist erstaunlich, unterzeichneten das Manifest doch äußerst bekannte amerikanische Intellektuelle verschiedener politischer Lager. Sowohl Neokonservative wie Samuel Huntington und Francis Fukuyama als auch Kommunitaristen wie Amitai Etzioni und der zuweilen gar als Sozialist betitelte Michael Walzer unterstützten die Theorie des gerechten Krieges und deren Anwendung auf den amerikanischen „War on Terror". Die deutsche Presse beobachtete das Manifest von Anfang an etwas aufmerksamer, allen voran der *Tagesspiegel*, der die erste Übersetzung des Textes in Deutsch-

46 Ebd.

47 Vgl. Winkler, Claudia: The U.S.-German Conversation, in: Blankenhorn et al. (Hg.) (s. Anm. 42) 2005, S. 267-270, hier S. 267.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

land veröffentlichte.[48] Im selben Blatt folgte eine begrenzte Debatte über das amerikanische Manifest, in deren Verlauf sich unter anderem der Autor Peter Schneider, der Journalist Malte Lehming und der Politikwissenschaftler Herfried Münkler zu Wort meldeten.[49] Die Bewertung des Manifests schwankte zwischen einer Klassifizierung als „aufgeklärte Variante des Dschihads“[50], Bezügen auf das „Manifest der 93“[51] und der prinzipiellen Zustimmung zum „War on Terror“.[52] Vielen Beiträgen der Debatte war ein gewisses, häufig als explizit europäisch verstandenes Unbehagen gegenüber der Begrifflichkeit des „gerechten Krieges“ gemein. Selbst prinzipielle Verfechter einer offensiven Antwort auf die Terroranschläge sahen in diesem Terminus eine Rechtfertigungsideologie, welche die Gefahr einer „ideologischen Überhöhung von Kriegen“[53] in sich trage. Nur wenige, wie Malte Lehming, der als USA-Korrespondent des *Tagesspiegels* die Debatte ins Rollen gebracht hatte,[54] stellten sich relativ uneingeschränkt hinter die Argumentation des amerikanischen Manifests.[55] Auch in der *Süddeutschen Zeitung*, *Zeit* und *taz* gab es kleinere Debatten zum US-Manifest. Diese überstiegen die Reaktionen in den USA schon bei Weitem, was Fritz Stern sogleich als „deutliche[n] Hinweis auf die schleichende Entfremdung zwischen Amerika und Europa“[56] interpretierte.

Die deutsche Antwort

Die Idee der „Koalition für Leben und Frieden“, auf das Manifest „What we are fighting for“ zu reagieren, gewann im Februar 2002 in einem Café im

48 Übersetzt und gekürzt von Marschall, Christoph v.: Terror und die Folgen: „Nächstenliebe verlangt Gewaltanwendung“, in: Der Tagesspiegel, 12.02.2002.

49 Vgl. Schneider, Peter: Positionen: Die aufgeklärte Variante des Dschihad, in: Der Tagesspiegel, 13.02.2002; Lehming, Malte: Aufruf aus Amerika: Kampf um Gerechtigkeit, in: Der Tagesspiegel, 16.02.2002; Münkler, Herfried: Selbstgerechter Krieg, in: Der Tagesspiegel, 23.03.2002.

50 Schneider, Peter: Positionen: Die aufgeklärte Variante des Dschihad, in: Der Tagesspiegel, 13.02.2002.

51 Vgl. Münkler, Herfried: Selbstgerechter Krieg, in: Der Tagesspiegel, 23.03.2002; zum „Manifest der 93“ siehe den Aufsatz von Meyer-Rewerts/Stöckmann in diesem Band.

52 Martenstein, Harald: Der Sturm auf Bagdads Bastille, in: Der Tagesspiegel, 17.12.2002.

53 Münkler, Herfried: Selbstgerechter Krieg, in: Der Tagesspiegel, 23.03.2002.

54 Vgl. Winkler 2005 (s. Anm. 47), S. 268.

55 Lehming, Malte: Aufruf aus Amerika: Kampf um Gerechtigkeit, in: Der Tagesspiegel, 16.02.2002.

56 Zitiert nach o.V.: Es gibt mehr als ein Amerika. Über intellektuelle Kriegsbegeisterung und die Gefahr amerikanischer Alleingänge/Ein Gespräch mit Fritz Stern, in: Süddeutsche Zeitung, 20.03.2002.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hannoveraner Bahnhof Gestalt. Hier diskutierten die vier Gründer der „Koalition" das amerikanische Papier und beschlossen, im Namen der „Koalition" einen Widerspruch zu verfassen, der später eine zwei weitere Briefe umfassende Debatte mit der amerikanischen Seite auslöste. Dabei ging es der „Koalition" nicht nur um einen intellektuellen Disput über die Theorie des gerechten Krieges, auch verfolgten sie das Ziel, „nachvollziehbar in die öffentliche Debatte zu intervenieren"[57], so Mohssen Massarrat. Anlass hierfür war der Eindruck der Akteure, dass die pazifistische Position in der europäischen Öffentlichkeit empfindlich geschwächt worden sei, wie die deutsche Mediendebatte über den amerikanischen Brief abermals gezeigt hätte.[58] Gleichzeitig schienen sich – unter dem nicht nur von Bundeskanzler Gerhard Schröder nach den Terroranschlägen verkündetem Diktum der „uneingeschränkten Solidarität" – die Bedingungen für Kritik an der amerikanischen Außenpolitik in Afghanistan und dem sich abzeichnenden Irak-Konflikt merklich verschlechtert zu haben. Jörg Becker, später Mitunterzeichner des Antwort-Manifests, beschrieb schon Anfang 2002 die seines Erachtens ausufernde „Kriegs- und Gewaltrhetorik"[59] der Medien seit den Terroranschlägen, Johannes Nitschmann diagnostizierte gar einen „journalistischen Ausnahmezustand"[60]. In dieser Situation fasste Massarrat – nach eigener Aussage – den Plan, mit einem Antwort-Manifest die aufgebauten Tabus in Bezug auf die amerikanische Afghanistan-, Mittel- und Nah-Ost Politik zu durchbrechen und aufzuzeigen, dass Europa über alternative Handlungsoptionen verfüge und nicht voll hinter der amerikanischen Variante stehen müsse.[61]

Mittels des Manifests verfolgten die deutschen Akteure zudem ein weiteres, theoretisch wie strategisch ambitionierteres Ziel: Die erhoffte öffentliche Debatte sollte Impulse erstens in der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft freisetzen und die aus damaliger Sicht der Initiatoren bis dahin mangelhafte Positionierung der Friedensbewegung zum „War on Terror" vorantreiben. Ausgehend von einer zunächst innerzivilgesellschaftlichen Debatte, sollten das Diktum der Bündnistreue überwunden und friedliche Handlungsalternativen im öffentlichen Raum etabliert werden, die im Idealfall von politischen Entscheidungsträgern aufgegriffen würden. Eine zweite Zielrichtung der deutschen Initiatoren war die amerikanische Diskussion

57 Im Interview mit den Autoren am 21. September 2009 in Osnabrück.

58 Zwar wurden in verschiedenen Kommentaren die Begrifflichkeit, Theorie sowie ideengeschichtliche Tradition des gerechten Krieges kritisiert, jedoch keineswegs eine pazifistische Position vertreten.

59 Becker, Jörg: Afghanistan: Der Krieg der Medien, in: Wissenschaft und Frieden, H. 1/2002.

60 Nitschmann, Johannes: Journalistischer Ausnahmezustand, in: Menschen-Machen-Medien, H. 6/2001, S. 6.

61 So Mohssen Massarrat im Interview mit den Autoren am 21. September 2009 in Osnabrück.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

über den „War on Terror“. Hier sollte vor allem der politische Gegner in einen Dialog verwickelt werden. Diese Herangehensweise knüpfte an ein zentrales Element des friedenspolitischen Selbstverständnisses der deutschen Initiatoren an. Demnach sollten Konflikte jedweder Natur über Gespräche, Diskussionen und Austausch gelöst werden. Die eigene im Diskurs mit dem amerikanischen Gegner angewendete Theorie sollte dabei ein offensiv alternatives Handlungsmodell zur neokonservativen Politik der Stärke bereitstellen. Dabei erhoffte die deutsche Seite zwar nicht unbedingt, die Autoren des amerikanischen Manifests von einer alternativen Meinung überzeugen, aber zumindest zukünftige Intellektuelle in ihrer Meinungsbildung beeinflussen zu können. Zum Dritten zielte die Antwort auf die amerikanische Öffentlichkeit ab, vermissten die deutschen Initiatoren zum damaligen Zeitpunkt auch dort eine kritische Debatte. Schließlich hatte es dort keine größeren Reaktionen von Intellektuellen auf das Papier des „Institute for American Values“ gegeben, überhaupt waren kritische Auseinandersetzungen mit der Politik der Bush-Regierung zu dieser Zeit eher selten. Besonders Hans-Peter Dürr war aufgrund seines biographischen Bezugs zur demokratischen Kultur der USA darüber sehr enttäuscht. So sollte das deutsche Manifest den Widerspruch der amerikanischen Zivilgesellschaft unterstützen, indem es alternative Perspektiven und Argumente zur regierungsnahen Position des „Institute for American Values“ bereitstellte.

Eine solche intellektuelle Gegenbewegung zu den Kriegsplänen der Bush-Regierung formierte sich jedoch ausgerechnet in der Entstehungsphase des deutschen Manifests. Ebenfalls in Antwort auf das Manifest des „Institute for American Values“ forderten 140 amerikanische Intellektuelle unter dem Titel: „Letter from U.S. Citizens to Friends in Europe“[62] europäische Intellektuelle auf, sich gegen die Politik der Neokonservativen in den USA zu stellen, ohne Angst vor dem Vorwurf des Anti-Amerikanismus zu haben. In ihrer Analyse der Anschläge vom 11. September 2001 betonten die Autoren besonders die negativen Auswirkungen der amerikanischen Außenpolitik. Indem diese weite Teile der Erdbevölkerung von grundlegenden Rechten fernhalte, falle den USA eine Mitverantwortung für die strukturellen Ursachen der Terroranschläge zu. Dieser amerikanische Brief wurde von der deutschen Seite früh rezipiert und beeinflusste deren Schreibprozess. Dennoch war die Aufforderung der amerikanischen Oppositionellen keinesfalls der primäre Anlass des deutschen Manifests, wie es etwa Horst-Dieter Strüning in seiner Betrachtung der Debatte behauptete,[63] da die Entscheidung schon früher gefällt worden war.

62 Letter from U.S. Citizens to Friends in Europe, in: Blankenhorn et al. (Hg.) 2005 (s. Anm. 42), S. 253-259.

63 Siehe Strüning, Horst-Dieter: Kritische Anmerkungen zum Diskurs US-amerikanischer und deutscher Intellektueller über das Thema *gerechter Krieg,* in: DSS-Arbeitspapiere, H. 65/2003, S. 28-41.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die dargestellte Zusammensetzung von potenziellen Adressaten des deutschen Manifests hatte starken Einfluss auf die Komposition des Textes. Einerseits musste dieser dialogisch und offen gehalten sein, um mit der amerikanischen Opposition ins Gespräch kommen zu können; andererseits musste er provokant, klar pointiert, eben ein Manifest sein, um Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhalten und eine mobilisierende Wirkung auf die Zivilgesellschaft entfalten zu können. Inhalt und Schreibweise des Textes werden immer teilweise unverständlich bleiben, wenn man nicht beide Aspekte betrachtet.

Zur Entstehungsgeschichte des deutschen Briefs

Mit diesen Zielvorstellungen im Hinterkopf erarbeitete Mohssen Massarrat nach dem ersten Treffen der Initiatoren einen ersten Textvorschlag für den Antwortbrief, der noch stark an die Ideen der „Koalitions-"Gründung anschloss. Er wurde innerhalb der Gruppe diskutiert, die weitere Bearbeitung übernahm daraufhin Hans-Peter Dürr.[64] Während einer Schreibphase von etwa vier Wochen diskutierten die Beteiligten intensiv per E-Mail über die Entwicklung des Textes. Hierbei wurden bereits einige der späteren Mitunterzeichner einbezogen, um sprachliche Verständlichkeit und literarische Zugänglichkeit des Textes sicherzustellen. Eine besondere Rolle kam hierbei Walter Jens und dem Pädagogik-Professor Andreas Flitner zu, die den Text intensiv redigierten. Jens drängte dabei auf Kürzungen und eine rhetorische Glättung des Textes. Jürgen Schneider, Professor für Umweltgeologie und Friedensaktivist, sorgte dafür, dass der Debatte um den gerechten Krieg nicht zu viel Raum gegeben wurde.[65]

Die Gewinnung der weiteren Unterzeichner für das Manifest verlief systematisch. Im Wesentlichen wurden hierbei Postverteilerlisten benutzt, die bei IPPNW und GCN noch von früheren Aktionen vorhanden waren. Hinzu kamen Kontakte, die von den Initiatoren privat beigesteuert wurden. Die „Koalition" wollte dabei mit der Gesamtheit der Mitunterzeichner einen möglichst großen Teil der Zivilgesellschaft abbilden und diese in einem gemeinsamen Projekt vereinigen. Von diesem sollte eine Signalwirkung ausgehen, die weitere Personen für die geäußerten Standpunkte begeistern sollte. Die angestrebte Vielfalt der politischen Herkunft der Unterzeichner sollte zum einen Berührungsängsten und Abgrenzungsprozessen vorbeugen. Zum anderen sollte der potenzielle und schädliche Vorwurf abgefangen werden, die Unterzeichnerschaft bestehe lediglich aus den immer gleichen Protagonisten der Friedensbewegung. Weitere Kriterien für die Auswahl der Mitunterzeichner waren deren früheres politisches oder intellektuelles Engage-

64 So Frank Uhe am 1. Oktober 2009 in Berlin und Hans-Peter Dürr am 9. September 2009 in München im Interview mit den Autoren.

65 So Hans-Peter Dürr im Interview mit den Autoren am 9. September 2009 in München.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ment sowie deren Prominenz, die zumindest bei einem Teil der Manifestantenschaft gegeben sein sollte. Hier wurde zwischen zivilgesellschaftlicher und presserelevanter Bekanntheit unterschieden. Zu Letzterer sollten insbesondere die einem breiteren Publikum bekannten Namen von zum Beispiel Hans-Peter Dürr, Christoph Hein oder Günther Wallraff beitragen. Über dieses Rekrutierungsverfahren, das sich auf bestimmte Auswahlkriterien stützte, lässt sich retrospektiv der insgesamt etwas künstliche und sozial elitäre Charakter der späteren Manifestantengruppe erklären.

Inhalt und Form des deutschen Antwort-Manifests

Der Inhalt des deutschen Antwortbriefs war nicht so klar strukturiert, wie der seines amerikanischen Pendants. Dies kann u.a. mit der politischen Bandbreite der Unterzeichner als auch dem formellen Widerspruch zwischen Dialogbeitrag und Manifest erklärt werden. Der Brief begann mit einer Beschreibung des weltpolitischen Hintergrundes, Bezug genommen wurde dabei vor allem auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 sowie den Krieg in Afghanistan. Weil diese Ereignisse die ganze Welt beträfen, wurde gefordert, dass „weltweit unter Intellektuellen aus den Zivilgesellschaften über die Folgen und Ursachen dieser Ereignisse ein offener und kritischer Dialog“[66] stattfinden müsse. Hierfür wurde auf den selbst begonnenen Briefwechsel als möglichen Anfangspunkt verwiesen.

Die Anschläge vom 11. September 2001 wurden verurteilt, anschließend begann die zentrale Argumentation. Die im amerikanischen Manifest proklamierten universellen moralischen Werte und Rechte wurden auch für „Menschen in Afghanistan, ja sogar die Taliban und die Al Quaida-Gefangenen auf Guantanamo“[67] eingefordert. Deren Rechte sahen die deutschen Autoren jedoch verletzt. Der Krieg in Afghanistan wurde dabei explizit als Massenmord an der dortigen Zivilbevölkerung bezeichnet und die Opferzahl auf „über 4000 unbeteiligte Menschen“[68] beziffert. Den amerikanischen Manifestanten wurde damit vorgeworfen, die universellen Rechte nur für sich selbst zu beanspruchen, diese jedoch bei den vom Krieg Betroffenen zu missachten. Eine solch selektive Anwendung universeller Werte untergrabe hingegen das Vertrauen in die westliche Welt und schaffe neuen Nährboden für Terrorismus. Krieg sei deshalb kein geeignetes Mittel, die Terroranschläge zu beantworten. Dieses Argument wurde von einer Aufzählung unterschiedlichster Fälle begleitet, in denen die US-amerikanische Außenpolitik im klaren Widerspruch zu den universellen Menschenrechten und der Förderung von Demokratie gehandelt habe, ohne allerdings den klar positiv bewerteten Beitrag der Amerikaner im Kampf gegen das nationalsozia-

66 Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus, in: Frankfurter Rundschau, 02.05.2002.

67 Ebd.

68 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

listische Deutschland unerwähnt zu lassen. Der Begriff des gerechten Krieges wurde im Folgenden theoretisch nicht ernstgenommen, sondern als „unglückseliger historischer Begriff“[69] abgetan. Der Krieg in Afghanistan und ein potenzieller Angriff auf den Irak wurden als eher geostrategisch motivierter Krieg denn als humanitäre Intervention oder als gerechter Verteidigungskrieg eingeordnet.

Bezüglich der alternativen Varianten zur Bekämpfung des Terrorismus blieb das Manifest etwas unklar. Mit einem Verweis auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Autorenschaft wurde die Konzentration von ökonomischer und militärischer Macht auf Seiten der USA als Ursache für politische Instabilitäten und den gesellschaftlichen Rückhalt von Terrorismus kritisiert. Um letzterem den Boden zu entziehen, müsse weltweit eine Kultur des Respekts geschaffen werden. Voraussetzung hierfür sei jedoch der Abbau des Machtungleichgewichtes und eine wirklich universelle Umsetzung der Menschenrechte. Erst so könne das notwendige Vertrauen für eine kulturübergreifende friedliche Weltordnung geschaffen werden. Zudem wurden weitere Themenkomplexe angesprochen, die im Rahmen einer auf Austausch und Dialog der Kulturen basierenden Weltordnung bearbeitet werden müssten wie Armut, Umweltprobleme und eine gerechte Steuerung der wirtschaftlichen Globalisierung.

In diesem inhaltlichen Block zeigt sich der Text am deutlichsten als Manifest. Trotz der klaren Aufforderung zum Dialog und der Selbstverortung als Antwort fand in dem Text kaum eine systematische Auseinandersetzung mit der Argumentation des amerikanischen Manifests statt. Die Theorie des gerechten Krieges wurde nicht ernsthaft debattiert, vielmehr positionierten sich die deutschen Autoren gegen die amerikanische Politik und deren Bezugnahme auf universelle Werte. Hingegen blieben die eigenen Vorschläge zur friedlichen Lösung des Krieges in Afghanistan kurz und vage. Dies lässt sich sicher auch auf die Rekrutierung der Unterzeichnenden zurückführen, deren angestrebte politische Breite letztlich auch zu einer unkonkreten Position führte.

Neben diesem inhaltlichen Kernblock kritisierte das Manifest zudem den Zustand der politischen Kultur der USA. Dieser wurde vorgeworfen, zunehmend von rassistischen, nationalistischen und religiös-fundamentalistischen Kräften beeinflusst zu werden. Dies führe zu einer vereinfachenden Aufteilung der Welt in Gut und Böse und verstelle den Blick für kulturelle Vielfalt. Ebenfalls wurde die Einschüchterung amerikanischer Intellektueller und Journalisten beanstandet, die sich in den USA kritisch zu den Kriegsplänen der Bush-Regierung geäußert hatten. Die Manifestanten verbanden dies mit einem Appell an die Intellektuellen Amerikas, die liberale Tradition ihres Landes zu verteidigen.

Auch das Verhältnis zwischen den USA und Europa wurde angesprochen. Die Europäer wurden davor gewarnt, den amerikanischen Forderun-

69 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen nach Unterstützung ihrer Außenpolitik und des „War on Terror“ allein aus blindem Gehorsam zu folgen. Die deutschen Manifestanten forderten hingegen eine eigenständige, auf Kooperation gegründete Außenpolitik der EU, die in der Lage sein müsse, den USA im Zweifel Paroli zu bieten. Die „uneingeschränkte Solidarität“, welche die politische Klasse in Europa zu diesem Zeitpunkt gegenüber den USA verkündete, führe zu moralisch falscher, perspektivloser Politik und entmündige die Bürger.

Zum weiteren Verlauf des Dialogs

Nachdem 103 Unterzeichner gefunden worden waren, wurde das deutsche Manifest am 2. Mai 2002 zeitgleich auf den Dokumentationsseiten der *Frankfurter Rundschau*[70] veröffentlicht und von Hans-Peter Dürr an David Blankenhorn, den Präsidenten des „Institute for American Values“, versandt. Die Veröffentlichung in der *Frankfurter Rundschau* sei, so der Organisator Frank Uhe, über persönliche Kontakte der Initiatoren mit dortigen Journalisten arrangiert und bereits längerfristig als passender Ort für die Erstveröffentlichung anvisiert worden. Die Länge des Textes wurde durch diese Entscheidung vorab auf das übliche Format der Dokumentationsseite festgelegt.[71] An der Verbreitung des Manifests durch die Massenmedien beteiligten sich alle vier Initiatoren. Sie veröffentlichten am 2. Mai 2002 eine Pressemitteilung,[72] die sie auf verschiedene Weise verteilten. So kümmerten sich Heiko Kauffmann und Frank Uhe mittels der bestehenden Informationsverteiler ihrer Organisationen „Pro Asyl“ und IPPNW um verschiedenste Nachrichtenagenturen – darunter sowohl große als auch ihnen bereits bekannte und spezialisierte wie *KNA* oder *IPS*. Alle vier Initiatoren versuchten zudem, Journalisten einzelner Medien entweder aufgrund persönlicher Kontakte oder mit Verweisen auf die Prominenz einiger der Unterzeichner in persönlichen Gesprächen zur Berichterstattung über das Manifest zu bewegen.

Die amerikanische Seite antwortete auf den Brief der Deutschen am 8. August 2002 mit einem weiteren offenen Brief. Unter dem Titel „Is the Use of Force Ever Morally Justified?“[73] kritisierte sie den deutschen Text als oberflächliche, affektive Reaktion. Die positive Bewertung des amerikanischen Kriegsbeitrages im Zweiten Weltkrieg durch die deutschen Autoren

70 Ebd.

71 So Frank Uhe am 1. Oktober 2009 in Berlin, Hans-Peter Dürr am 9. September 2009 in München und Mohssen Massarrat am 21. September 2009 in Osnabrück im Interview mit den Autoren.

72 Diese befindet sich im privaten Besitz der Autoren.

73 Der offene Brief „Is the use of force ever morally justified?“ ist online einsehbar unter: http://www.americanvalues.org/html/is_the_use_of_force_ever_moral.html [eingesehen am 21.12.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zeige zudem die theoretische Widersprüchlichkeit und moralische Inkonsistenz ihrer Position: Denn an dieser Stelle argumentierten sie im Sinne der amerikanischen Position des gerechten Krieges und nicht als radikale Pazifisten. Dann jedoch hätten sich die Deutschen auf eine theorieinterne Debatte über den „War on Terror" einlassen müssen und dürften den Begriff des gerechten Krieges nicht einfach ablehnen.

Auf diese Kritik reagierte wiederum die „Koalition für Leben und Frieden" im letzten Brief des transatlantischen Dialogs. In der Schrift „Im 21. Jahrhundert gibt es für Krieg keinerlei Rechtfertigung mehr"[74] fand eine wesentlich intensivere theoretische Auseinandersetzung mit dem Kriegsbegriff und der Begründung für die eigene Position statt. Die Deutschen argumentierten hier auf zwei Ebenen: Einerseits lehnten sie den Begriff „Krieg" für den „War on Terror" ab, andererseits äußerten sie Einwände gegen die Theorie des gerechten Krieges. Zum Beispiel war aus Sicht der „Koalition" der Begriff des „Krieges" für gewaltsame Auseinandersetzungen allein zwischen Staaten reserviert. Letzterer unterliege zudem den Regeln des Völkerrechts, nach dem die Verfolgung von Terroristen eine polizeiliche Aufgabe sei. Entgegen der Theorie des gerechten Krieges argumentierten sie, dass mit den heutigen Waffentechnologien ein Krieg zudem schlicht irrational sei, da die potenziell angerichteten Zerstörungen jede moralische Begründung ad absurdum führten. Die Ablehnung des Krieges bedürfe demnach keiner moralischen Begründung, sondern es reiche „schlicht pragmatische und abwägende Vernunft"[75]. Ein zweiter Einwand gegen die Theorie des gerechten Krieges problematisiert das Fehlen einer Instanz, die die moralische Begründung der kriegsführenden Parteien überprüfen kann. So könne jede Seite ihren Krieg als gerechten definieren.

Am Schluss des direkten Dialogs zwischen der amerikanischen und der deutschen Seite stand der persönliche Kontakt zwischen Hans-Peter Dürr und David Blankenhorn. Beide trafen sich mehrfach zu Gesprächen in New York, um die in den Manifesten formulierten Positionen zu diskutieren. Dürr zufolge war Blankenhorn zwar „grundehrlich und fromm", habe sich von seiner friedenspolitischen Position jedoch nicht überzeugen lassen.[76] Im Rahmen dieser Konversation referierte Dürr auch am „Institute for American Values". Hier glaubte er, zumindest bei den jüngeren Mitarbeitern eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit gegenüber seiner Position erkannt zu haben.[77]

74 Der offene Brief „Im 21. Jahrhundert gibt es für Krieg keinerlei Rechtfertigung mehr" ist online einsehbar unter: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/intellektuelle4.html [eingesehen am 21.12.2009].

75 Ebd.

76 So Hans-Peter Dürr im Interview mit den Autoren am 9. September 2009 in München.

77 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zwischenfazit

Der Brief „Eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit sieht anders aus“ lässt sich anhand von zwei Strängen einordnen. Einerseits war er Teil eines Dialogs zweier Gruppen, die sich über ihre gegensätzlichen Positionen verständigten. Andererseits stellte er ein Manifest einer zivilgesellschaftlichen Gruppe dar, in dem – zumindest dem eigenen Anspruch nach – die Meinung eines weiten Teils der deutschen Friedensbewegung und Zivilgesellschaft zu einem aktuellen Ereignis, dem „War on Terror“, artikuliert wurde. Als Dialog gesehen, irritiert der Charakter des Textes allerdings. Er bot keine systematische Analyse der amerikanischen Argumentation, sondern postulierte eine alternative Analyse. Ein dialogischer Charakter war erst in Reaktion auf die harsche Kritik der amerikanischen Seite im zweiten Brief der „Koalition“ deutlich erkennbar, indem die Argumentation des Gegenübers aufgenommen und direkt kritisiert wurde.

Der erste Brief hingegen, der im Zentrum dieses Artikels steht, lässt sich in seiner Form und Absicht besser als Manifest einordnen. So zielte dieser von Beginn an auf eine größere Öffentlichkeit ab und wurde von den Initiatoren als Akt der Zivilgesellschaft verstanden. Er war kein journalistischer Kommentar oder literarisches Werk, sondern ein in der Absicht der Meinungsäußerung geschriebener Text. Er formulierte in pointierter Sprache Kritik an „What we are fighting for“, darüber hinausgehend auch an der amerikanischen Außenpolitik und zeigte alternative Problemlösungsstrategien auf. Die namentliche Signatur des Textes ist ebenfalls vorhanden, ja von den Initiatoren reflektierter Zweck zur Erhöhung der Durchschlagskraft.[78] Als Manifest hatte der Text zwei Aufgaben. Zum einen sollte er mediale Aufmerksamkeit für pazifistische Argumente erzeugen und so die diskursive Position der geschwächten Friedensbewegung verbessern. Zum anderen sollte er bereits in seinem Entstehungsprozess aktive zivilgesellschaftliche Akteure zusammenführen und in seiner öffentlichen Wirkung der Bewegung als integratives Symbol dienen. Als zentrale Voraussetzung, um diese Ziele zu erreichen, erschien vor allem die erfolgreiche Positionierung des Manifests in der Öffentlichkeit. Deswegen war die Orientierung des systematisch geplanten und durchgeführten Manifestationsprozesses an medienlogischen Anforderungen sinnvoll und notwendig.

78 Vgl. zu diesen Definitionskriterien für ein politisches Manifest die Einleitung in diesem Band.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

REAKTIONEN IN MEDIEN, WISSENSCHAFT UND PUBLIZISTIK

Um sich der Frage nach dem Erfolg des Manifests – im Sinne des Erreichens der Ziele der Initiatoren – anzunähern, werden an dieser Stelle Reaktionen analysiert, die das deutsche Manifest hervorgerufen hat. Da mediale Reaktionen wesentlich dazu beitragen, ob und wie ein Manifest von der Öffentlichkeit rezipiert wird, ist deren Analyse für die Beurteilung des Erfolgs besonders wichtig. Da zudem sonstige Reaktionen schwer zu identifizieren und nur selten in schriftlicher oder erinnerter Form zugänglich sind, soll sich die Analyse der Reaktionen auf das deutsche Manifest von 2002 auf die Bereiche Printmedien, politische Publizistik und Wissenschaft konzentrieren.

Im Bereich der öffentlichen Reaktionen ist auffällig, dass sich die mediale Reaktion auf den Bereich der Printmedien konzentrierte[79] und – unterschieden nach Umfang und Intensität – in verschiedenen Schüben verlief. Abgegrenzt von der bereits betrachteten Mediendebatte über das US-Manifest vom Februar 2002 können die Reaktionen auf das deutsche Manifest vom Mai 2002 in drei Phasen eingeteilt werden: erstens die direkte tagesaktuelle Berichterstattung der Printmedien über dessen Veröffentlichung; zweitens die indirekte und referenzielle Berichterstattung in Folge des Antwortbriefs der Amerikaner im August 2002; und drittens die verzögerte Betrachtung des gesamten Briefwechsels in Wissenschaft und Publizistik in den folgenden Jahren. Öffentliche oder private Reaktionen von offiziellen politischen Akteuren oder Institutionen wurden nicht ermittelt.[80]

Die erste Welle der medialen Reaktionen

Direkte Reaktionen auf das am 2. Mai 2002 in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlichte Manifest erfolgten in der Presse bis etwa zur Mitte des Monats. In regionalen und überregionalen Printmedien erschienen ab dem Veröffentlichungstag Meldungen und Berichte, die vor allem Ausschnitte des Inhalts wiedergaben.[81] Zwei Elemente griff die Berichterstattung dabei häufig auf: Zum einen wurde ein einheitlicher Kreis von Unterzeichnern

79 Im Rahmen der Recherche konnten keinerlei Beispiele für Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen gefunden werden. Unter Berücksichtigung des Charakters der Printbeiträge sei die These gewagt, dass das vorliegende Manifest, wie vielleicht die meisten Manifeste, eher eine Sache des im Print konzentrierten politischen Feuilletons ist.

80 Dies deckt sich mit den Aussagen von Hans-Peter Dürr, Mohssen Massarrat und Frank Uhe.

81 In den Tagen nach der Veröffentlichung fanden sich Meldungen in: *taz*, *Berliner Zeitung*, *Neues Deutschland*, *Die Welt* und *Publik Forum*. Längere Berichte fanden sich in: *Neue Osnabrücker Zeitung*, *Neue Rhein Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung*.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

exemplarisch für alle Manifestanten benannt. Von den insgesamt 103 Unterzeichnern waren dies neben den vier Initiatoren vor allem der Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter, der Theologe Friedrich Schorlemmer, der Rhetorik-Professor Walter Jens, es folgten die Autoren Peter Rühmkorf, Christoph Hein, Günther Wallraff und Carl Amery. Weitere Manifestanten scheinen in der medialen Berichterstattung nicht erfasst worden zu sein. Zweitens war ein festes Set von inhaltlichen Bezügen zu beobachten, das aus dem Manifest extrahiert wurde und Eingang in die mediale Berichterstattung fand. Dazu gehörten: die Verneinung des Zutreffens der Anforderungen des gerechten Krieges im Fall Afghanistan, die Instrumentalisierung und Nichteinhaltung der universellen moralischen Maßstäbe durch die USA sowie das Fehlen universeller Werte, die den Krieg in Afghanistan von Seiten der USA hätten rechtfertigen können.[82] Zudem ähnelten sich die Meldungen und Berichte der Presse und die vermutlich zugrundeliegenden Texte verschiedener Nachrichtenagenturen in Bezug auf Inhaltsauswahl und Formulierungen teilweise stark.[83] Einige Zeitungen druckten das Manifest am Tag nach dem ersten Erscheinen noch einmal in gekürzter Fassung ab.[84] Meinungsbeiträge zum deutschen Manifest waren hingegen relativ rar und in ihrem Charakter sehr different. In einem längeren Kommentar im *Kölner Stadtanzeiger* kritisierte der Publizist Ralph Giordano das deutsche Manifest scharf.[85] Er warf den deutschen Manifestanten eine verworrene Argumentation und einen pathologischen Antiamerikanismus vor, durch den die amerikanischen Opfer zu Tätern erklärt, während die echten Täter mit Verweis auf angebliche sozialstrukturelle Ursachen von der Verantwortung freigesprochen würden. Giordano plädierte hingegen dafür, die Attentäter zu „stigmatisieren“, als „das was sie sind: Gewalttäter, Totschläger […] Massenmörder – und sonst gar nichts“[86]. Dabei diskreditierte er mittels eines zum Teil drastischen Vokabulars nicht nur die Manifestanten selbst, sondern die gesamte deutsche Friedensbewegung. Auf diesen publizistischen Exzess reagierte im gleichen Medium der Schriftsteller und Mitunterzeichner des deutschen Manifests, Carl Amery.[87] In seinem wesentlich differenzierteren und sachlicheren Beitrag verteidigte er sich gegen den Vorwurf des Anti-

82 Vgl. beispielhaft Semler, Christian: „Wogegen wir kämpfen“ – eine Antwort, in: die tageszeitung, 03.05.2002.

83 Den Autoren sind die entsprechenden Agenturberichte von *DPA*, *DDP*, *KNA*, und *IPS* vom 2. Mai 2002 bekannt. Zum Agenturtext besonders frappierende Ähnlichkeiten finden sich z.B. in: *Neues Deutschland* (*DDP*) und Neue Rhein Zeitung (*DPA*).

84 Vgl. *Neues Deutschland* und *Kölner Stadtanzeiger* vom 3. Mai 2002.

85 Vgl. Giordano, Ralph: Mörder sind Mörder – und sonst gar nichts, in: Kölner Stadtanzeiger, 06.05.2002.

86 Ebd.

87 Siehe Amery, Carl: Verstehen, nicht rechtfertigen, in: Kölner Stadtanzeiger, 11./12.05.2002.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

amerikanismus. Er betonte, dass sich die Kritik an den USA in erster Linie gegen die Politik des „regierenden Power-Komplex“ richte. Dabei gehe es ausschließlich um die Analyse der Anschläge des 11. September, nicht aber um deren Rechtfertigung. Dieses Vorgehen sei notwendig, um sich einen Überblick zu verschaffen und jede Art von „Macht-Zynismus“[88] zu kritisieren, gleich von welchen Akteuren dieser ausgeübt werde. Eine differenziert analysierende und wertende Auseinandersetzung fand überdies nur in der *taz* statt. Hier gelangte der Journalist Christian Semmler in gleich zwei Texten nach einer umfassenden inhaltlichen Kritik zu einem tendenziell versöhnlichen Urteil, in dem er die mögliche positive Funktion des deutschen Manifests für die Zivilgesellschaft hervorhob.[89] Ein ähnliches Urteil fällte ein Kommentator im *Neuen Deutschland*, der jedoch weniger den Inhalt des Manifests als dessen Veröffentlichung entgegen dem herrschenden Meinungsklima und dessen mögliche Funktion für den Gesamtdiskurs lobte.[90]

Insgesamt kann so festgehalten werden, dass die erste mediale Reaktion zwar auf regionaler wie überregionaler Ebene vernehmbar, jedoch weder quantitativ noch qualitativ besonders durchschlagend war. So gab es trotz der intensiven Pressearbeit der Initiatoren von vielen der auflagen- und meinungsstarken Printmedien keine zeitlich direkte Reaktion. Die vorliegenden Artikel wiesen überwiegend die Form der Meldung und des Berichtes auf und waren inhaltlich entsprechend undifferenziert. Den Manifestanten gelang es somit nicht, einen breiten und differenzierten Diskurs über die Thesen ihres Manifests direkt zu provozieren.

Reaktionen privater Akteure

Direkt im Anschluss an das deutsche Manifest erfolgten auch einige private Reaktionen. Zum einen gab es einigen unterstützenden Zuspruch von Privatpersonen. Zu beobachten war dies etwa in E-Mails, die über die Kontaktfunktion auf der Homepage der IPPNW an die Manifestanten gerichtet wurden.[91] Hier äußerten Personen ihre Zustimmung zum Manifest; wiederkehrendes Motiv dabei war die Dankbarkeit für die stellvertretende Kritik an der amerikanischen Politik durch prominente Personen, die im Gegensatz zu normalen Bürgern im öffentlichen Raum Gehör fänden. Der offene Brief habe von dem Gefühl des Alleinseins mit der Ablehnung der amerikani-

88 Ebd.

89 Vgl. Semmler, Christian: Dialog über den Teich, in: die tageszeitung, 03.05.2002; ders.: „Wogegen wir kämpfen“ – eine Antwort, in: ebd.

90 Vgl. Hübner, Wolfgang: Späte Antwort, in: Neues Deutschland, 03.05.2002.

91 Gesammelt und zusammengestellt wurden diese in einem Reader der „Koalition für Leben und Frieden“ unter dem Titel: „Antwort auf das amerikanische Manifest ‚Gerechter Krieg gegen den Terror‘. ‚Eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit sieht anders aus‘“; verfügbar über die Geschäftsstelle der IPPNW, Berlin.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Politik befreit, so der Tenor verschiedener E-Mails. Die Repräsentationsfunktion des intellektuellen Manifests scheint hier somit prototypisch erfüllt worden zu sein. Welche Breitenwirkung dieses Phänomen aber erreichte, kann nicht mehr abgeschätzt werden. Neben diesen kurzfristigen, einmaligen Reaktionen entwickelten sich aus dem Manifest heraus auch längerfristige private Diskussionen zwischen Manifestanten und anderen Intellektuellen. Hierbei ging es eher um die Äußerung und Bearbeitung von Dissens. Massarrat beispielsweise diskutierte auf privater Ebene mit Giordano über dessen Kritik im *Kölner Stadtanzeiger*.[92]

Die zweite Welle medialer Reaktionen

Ein vor allem qualitativ andersartiges Bild ergibt sich allerdings bei der Betrachtung der zweiten Welle medialer Reaktionen. Diese fand im Rahmen der Berichterstattung der Printmedien über die Veröffentlichung des zweiten amerikanischen Briefs am 8. August 2002 statt. Nachdem *Spiegel Online* bereits am 9. August über diesen berichtet hatte, erschien in der *Süddeutschen Zeitung* am 10. August eine gekürzte Fassung des amerikanischen Briefs.[93] Bis zum Ende des Monats erschienen mindestens zehn längere Berichte oder Kommentare in großen überregionalen Printmedien.[94] Die meisten dieser Berichte stellten das deutsche Manifest vom Mai 2002 in einem chronologischen und inhaltlichen Zusammenhang mit den beiden amerikanischen Briefen aus dem Februar und August 2002 dar. Die zumeist plakative und knappe Gegenüberstellung der Manifestanten und Inhalte der Manifeste trug zu einer wesentlich stärkeren Betonung des dialogischen Charakters der Manifeste bei als noch in der Berichterstattung im Mai desselben Jahres. Gleichsam wurde abermals auf eine kleine Gruppe von Personen verwiesen, die als relevante Repräsentanten für die Gesamtheit der Manifestanten identifiziert wurde. Dieser Personenkreis bestand aus den bereits genannten Personen, neu hinzugefügt wurden der Journalist Franz Alt, der Liedermacher Konstantin Wecker, der Graphiker Klaus Staeck, die Theologin Dorothee Sölle und der Schriftsteller Uwe Timm. Diesen Personenkreis konnotierten die Kommentare zumeist negativ. Während sie den amerikanischen Manifestanten bescheinigten, als „namhafte Universitätsprofessoren“ und „Highbrows“ zu den „wichtigsten Wortführern des politisch intellektuellen Diskurses“ zu gehören und ein „breites Spektrum politischer Positio-

92 So Mohssen Massarrat im Interview mit den Autoren am 21. September 2009 in Osnabrück.

93 Siehe o.V.: US-Brandbrief gegen deutsche Intellektuelle, in: Spiegel Online, 09.08.2002, online einsehbar unter: http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,208801,00.html [eingesehen am 12.12.2009]; o.V.: Der Stachel im Fleisch, in: Süddeutsche Zeitung, 10.05.2002.

94 Diese finden sich u.a. in: *Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung*, *Tagesspiegel* und *Welt*.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nen“ abzubilden,[95] wurden die deutschen Autoren mit negativen Konnotationen und Stereotypen belegt. So habe es sich bei den Deutschen um anachronistisch wirkende „intellektuelle Stars der siebziger und achtziger Jahre“ gehandelt, „selbst ernannte Moralapostel“ und die „übliche Gruppe von Mahnern und Warnern“.[96] Diese negativen Stereotype wurden mit weiteren negativen Attributen unterfüttert. So hätte sich der deutsche Text vor allem durch „intellektuelle Dürftigkeit“, „begriffliche Unschärfe“, einen wohlfeilen und vagen Pazifismus und starken Antiamerikanismus ausgezeichnet.[97] Während die Amerikaner einen kommunikativen wie plakativen Stil in ihrem Schreiben gepflegt hätten, wäre die deutsche Antwort in der Tonlage eines „Schulmeisters“ oder „Bischofsbriefs“ verblieben.[98] Neben wenigen positiven Würdigungen[99] überwog damit in der Berichterstattung der zweiten Welle insgesamt eine sehr kritische Bewertung der deutschen Manifestanten als auch ihrer Positionen. Insofern schlossen sich die deutschen Medien in ihrem Urteil dem zweiten amerikanischen Brief weitgehend an und reproduzierten damit die Vorwürfe der Amerikaner an die Deutschen.[100] Trotzdem nahmen die meisten Kommentatoren dabei gleichzeitig eine kritische Haltung gegenüber der Position des amerikanischen Manifests ein und führten eigene, in Teilen auch sehr differenzierte Einwände gegen die dortige Argumentation für die Theorie des gerechten Krieges und deren Anwendung auf den „Krieg gegen den Terror“ an.[101]

Hier soll somit festgehalten werden, dass die mediale Reaktion der zweiten Welle in Bezug auf die Prominenz der Medien, den inhaltlichen Umfang und die Intensität der Berichterstattung wesentlich ausgeprägter war. Dabei wurde zumeist eine recht differenziert begründete Skepsis gegenüber dem amerikanischen Manifest mit einer starken bis drastischen Kritik an den deutschen Manifestanten als Stellvertreter der deutschen Friedensbewegung kombiniert. Letztere wies zudem verschiedene Bezüge auf die Debatten

95 Siehe folgende Meldungen und Kommentare: o.V.: „Moralisch Blind“, in: die tageszeitung, 10.08.2002; o.V.: Heute in den Feuilletons, in: Spiegel Online 10.08.2002, online einsehbar unter: http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,208989,00.html [eingesehen am 12.12.2009].

96 Fuhr, Eckard: Ungleiche Briefe, in: Die Welt, 13.08.2002; Buch, Christoph: Schlagabtausch, in: Der Tagesspiegel, 14.08.2002; Schneider, Peter: Falsche Gewissheit, in: Der Spiegel, 26.02.2002.

97 Buch, Christoph: Schlagabtausch, in: Der Tagesspiegel, 14.08.2002.

98 Schneider, Peter: Falsche Gewissheit, in: Der Spiegel, 26.02.2002.

99 Vgl. o.V.: Diffuser Fundamentalismus, in: Der Freitag, 23.08.2002.

100 Vgl. beispielhaft o.V.: Heute in den Feuilletons, in: Spiegel Online 10.08.2002, online einsehbar unter: http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,208989,00.html [eingesehen am 12.12.2009]; vgl. auch Cosmo, Claudia: Gummi-Moral, in: Der Tagesspiegel, 10.08.2002.

101 Vgl. beispielhaft Buch, Hans Christoph: Schlagabtausch, in: Der Tagesspiegel, 14.08.2002.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

über humanitäre Interventionen und Diskursformationen des Streits zwischen Bellizisten und Pazifisten in den 1990er Jahren auf. Somit können die Bemühungen der deutschen Initiatoren um politische Pluralität und Repräsentativität als weitgehend gescheitert angesehen werden. Die Kritik richtete sich zudem gegen den Inhalt des deutschen Manifests und lässt sich anhand der jeweiligen Position in der Debatte über den gerechten Krieg klassifizieren. Eine erste Form der Kritik an den Deutschen ging zumeist mit der Verteidigung der Theorie des gerechten Krieges sowie der politischen Positionierung der Amerikaner einher. Eine zweite ließ sich im Gegensatz zum deutschen Manifest zwar auf die Theorie des gerechten Krieges ein, argumentierte aber, dass die vorgegebenen Kriterien im Falle Afghanistans und des Iraks nicht zuträfen. Eine weitere Position, die vor allem eine semantische Kritik der Terminologie der Amerikaner als auch der Theorie des gerechten Krieges übte, bezog sich zumeist auf andere Überlegungen und Einwände als das deutsche Manifest. Insofern scheint auch das Ziel des deutschen Manifests, pazifistische Argumente im öffentlichen Raum zu verankern, weitgehend gescheitert zu sein.

Für die insgesamt limitierte publizistische Wirkungskraft des deutschen Manifests in der öffentlichen Debatte lassen sich folgende mögliche Ursachen nennen: Zunächst wurden verschiedene medienlogisch bedingte Anforderungen nicht erfüllt. Der vom deutschen Manifest erzeugte direkte Nachrichtenwert schien vielen Medien, vor allem im Vergleich mit dem ersten Manifest der Amerikaner, offensichtlich zu gering zu sein. In der Rezeption der Medien erfüllten die deutschen Manifestanten erstens nicht das geforderte Maß an Prominenz. Oftmals wurde die geringere intellektuelle und politische Bedeutsamkeit der deutschen Manifestanten gerade in Relation zu ihren amerikanischen Kollegen betont. Diese relative Abwertung wurde zweitens mit einer Kritik insbesondere an den durchaus bekannten deutschen Manifestanten verbunden. Ihre Prominenz wurde dabei negativ verkehrt, indem das hohe Maß des politischen Engagements vieler Manifestanten als Indiz für die Beliebigkeit ihrer politischen Position interpretiert wurde. Drittens wurden die deutschen Manifestanten als politisch einheitlich orientierte Gruppe wahrgenommen, der amerikanischen Seite dagegen ein hohes Maß an religiöser und politischer Pluralität attestiert. Während die Einigkeit der Amerikaner positiv als Indiz für die intellektuelle Bedeutsamkeit, theoretische Richtigkeit und ideologische Neutralität ihrer Position gewertet wurde, wurden die Deutschen nur als politisch homogene Gruppe wahrgenommen, deren Aussage keine oder eben nur eine partikular repräsentative Funktion erfüllte. Indem die 103 Manifestanten kollektiv der Friedensbewegung zugeordnet wurden, konnte sich viertens sogar in negativer Weise auf sie bezogen werden, indem die spezielle Kritik am Inhalt des Manifests mit einer generellen an der pazifistischen Position verbunden werden konnte. Da letztere als praktisch unanwendbar, politisch anachronistisch und moralisch inkonsistent eingestuft wurde, schien nicht nur die im Manifest formulierte Position, sondern gleichsam die persönliche politische

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Position der deutschen Manifestanten selbst angreifbar. Es kann hier hinzugefügt werden, dass die Position der Deutschen fünftens als alt und verbraucht rezipiert wurde, während die amerikanische Argumentation zwar nicht immer geteilt, aber immerhin als neu und innovativ eingestuft wurde. So entsprach zwar das amerikanische Manifest, nicht aber das deutsche der nicht nur in den Medien dominanten Innovationslogik. Das deutsche Manifest, so lässt sich resümieren, war seinem amerikanischen Pendant in Bezug auf medienlogische, allgemein-politische und diskursive Anforderungen insgesamt systematisch unterlegen.

Die dritte Welle der Reaktionen in Wissenschaft und Publizistik

In den Bereichen der politischen Publizistik und Wissenschaft ist der Dialog zwischen den deutschen und amerikanischen Intellektuellen häufig aufgegriffen worden. Dies geschah zwar seltener in Form von Analysen des Dialogs, dennoch können drei verschiedene Varianten der Interpretation des Dialogs selbst gefunden werden, die zumindest implizit eine Rolle spielten. Erstens lassen sich Kritiken finden, die sich häufig durch polemische Schmähung der deutschen Dialogseite als antiamerikanisch, antisemitisch und latent faschistisch auszeichneten.[102] In den geführten Gesprächen zeigten sich die Autoren der deutschen Briefe von diesen Vorwürfen durchaus emotional betroffen, hätten sie sich doch seit Langem in den Bereichen der Völkerverständigung, des Kampfes gegen Rechtsextremismus und für gleiche Rechte aller Menschen engagiert. Eine etwas differenziertere Betrachtungsweise interpretierte den Dialog als Ausdruck einer neuen Spaltung zwischen europäischer und amerikanischer Weltsicht, die seit Ende des Kalten Krieges auseinander treiben würden.[103] In dieser Interpretation spielten die in den Briefen formulierten unterschiedlichen Werte eine große Rolle. Besonders die Ableitung der Werte aus der amerikanischen Geschichte und die Betonung von Gott und Religion in „What we are fighting for" stünden in scharfem Widerspruch zur Position Europas, das sich in der Tradition des Völkerrechts des Westfälischen Friedens sehe und auf Kriegsvermeidung durch Verständigung setze. Eine dritte Interpretation analysierte psychologische Faktoren der Auseinandersetzung. So sah der Friedensforscher Reiner Steinweg auf den beiden Seiten des Dialogs nicht nur den Willen, sich inhaltlich über das Thema auszutauschen, sondern schrieb ihnen weitere Be-

102 Vgl. Krug, Uli/Volkert, Bernd: Vorkrieg I: Hate Letters to America, in: Uwer, Thomas et al. (Hg.): Amerika. Der ‚War on Terror' und der Aufstand der Alten Welt, Freiburg 2003, S. 153-168.

103 Vgl. Stephan, Alexander: Der wiedererwachte Systemkonflikt. Der „neue" Bruch zwischen den USA und Europa ist eigentlich ein „alter", in: Strasser, Hermann/Nollmann, Gerd (Hg.): Endstation Amerika? Sozialwissenschaftliche Innen- und Außenansichten, Wiesbaden 2005, S. 71-92.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

weggründe zu: Die amerikanische Seite versuche, für Verständnis für die eigenen Reaktionen auf den Terrorangriff zu werben, während die deutsche Seite ihre Frustration über die amerikanische Außenpolitik entlade.[104]

Wesentlich häufiger als solche Interpretationen des Dialogs finden sich Texte, die den Dialog als Aufhänger für eigene inhaltliche Betrachtungen des Themas wählten und so die von der deutschen Seite angestrebte Debatte führten. Auffällig dabei ist, dass diese zumeist aus der Friedensforschung oder Ethik stammenden Texte sich eher mit der amerikanischen Seite des Diskurses beschäftigten. Zumeist wurde eine gewisse theoretische Unzulänglichkeit der deutschen Gegenargumentation analysiert und versucht, innerhalb der Theorie des gerechten Krieges die Positionen von „What we are fighting for“ zu unterminieren.[105]

Zwischenfazit

Insgesamt fungierte das deutsche Manifest also nur in geringem Maße als Auslöser direkter differenzierter öffentlicher Reaktionen und wurde in seiner Funktion als Manifest weitestgehend negativ rezipiert. Dennoch wirkte es in seinem dialogischen Charakter als Katalysator sowohl für den transatlantischen Dialog selbst als auch für die an diesen anknüpfenden Diskurse der zweiten und dritten Welle. So kann insgesamt das Manifest der Deutschen kaum als Misserfolg gewertet werden, nur erreichte es seinen Erfolg eben weniger mit den Mitteln des klassischen Manifests. Interessanterweise gewann der Text der Deutschen seine volle Bedeutung erst, als die amerikanische Seite mit „Is the use of force ever morally justified?“ direkt auf diesen reagierte. Mit diesem Ereignis gewann die Berichterstattung der deutschen Medien an Intensität und Qualität. Was die deutschen Medien hier vor allem interessierte, war weniger das deutsche Manifest als solches, sondern die dialogische Form, in deren Rahmen der transatlantische Briefwechsel nunmehr stark rezipiert wurde. So zwangen erst die Bezüge auf das deutsche Manifest, die im zweiten amerikanischen Brief plakativ formuliert wurden, die deutschen Medien, sich abermals und intensiv mit der Argumentation und Position des deutschen Manifests auseinanderzusetzen. Bis zum Zeitpunkt des zweiten amerikanischen Briefs war die Reaktion der „Koalition“ eine unter vielen gewesen und aus den oben genannten Ursachen kaum differenziert betrachtet worden. Nun aber wurde sie als Teil eines echten Dialoges rezipiert, der mehr war als Rede und Gegenrede. Dieser Aspekt des

104 Siehe Steinweg, Reiner: Zum Streit um den „Gerechten Krieg“. Die rationale und die psychische Ebene im Dialog der amerikanischen und deutschen Intellektuellen, online einsehbar unter: http://www.bpb.de/files/40VZGY.pdf [eingesehen am 12.12.2009].

105 Vgl. Strüning 2003 (s. Anm. 63); Beestermöller, Gerhard et al. (Hg.): „What we are fighting for …“ – Friedensethik in der transatlantischen Debatte, Stuttgart 2006.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dialogs und des Streits von Intellektuellen auf beiden Seiten des Atlantiks stellte insofern einen eigenen Nachrichtenwert dar, der den deutschen Antwortbrief nachträglich interessant machte.[106] Hier allerdings wurde der deutsche Brief von seinem Manifest-Charakter eingeholt: Die klare eigene Positionierung und die plakative Negation der amerikanischen Argumentation wirkten für einen Dialogbeitrag unangemessen. So handelten sich die deutschen Autoren den Vorwurf einer affektiven, emotionalen oder gar schlicht antiamerikanischen Reaktion ein.

FAZIT UND AUSBLICK

Die Initiatoren des deutschen Manifests aus dem Mai 2002 hatten sich zum Ziel gesetzt, die seit den 1990er Jahren im öffentlichen Diskurs sukzessive marginalisierte pazifistische Position als auch die organisatorisch und strategisch geschwächte deutsche Friedensbewegung zu stärken. Das vor dem Hintergrund der konkreten politischen Situation dazu gewählte Mittel war ein klassisches politisches Manifest. Dieses sollte im Kalkül der vier Initiatoren vor allem zwei Funktionen erfüllen: Über die Akquisition von medialer Aufmerksamkeit für das Manifest sollte erstens die darin formulierte pazifistische Position im öffentlichen Diskurs als Alternative zur herrschenden bellizistischen Position etabliert werden. Zweitens sollten im Entstehungsprozess des Manifests selbst sowie durch die erhoffte mediale Berichterstattung zivilgesellschaftliche Bündelungsprozesse forciert werden. So sollten profilierte und pazifistisch orientierte Akteure der Zivilgesellschaft zusammengeführt werden, um eine symbolische Integration weiterer Individuen zu erleichtern. Um dies zu erreichen, spielten die deutschen Autoren recht virtuos auf der Klaviatur des Manifest-Schreibens. Das im Februar 2002 veröffentlichte amerikanische Manifest bot einen passenden Anlass, um den Zeitpunkt ihrer öffentlichen Intervention zu rechtfertigen und Zugang zu den Medien zu finden. Auch die systematische Auswahl der Manifestanten sollte die mediale Aufmerksamkeit sowie zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht erhöhen. Nicht zuletzt stellte der Text selbst mit seiner pointierten Sprache, der eher beiläufigen Auseinandersetzung mit der Argumentation des Bezugstextes und der Darstellung der eigenen Sicht auf den „War on Terror" ein Manifest dar, das genug Ansatzpunkte für eine weitergehende Debatte bot.

Sicherlich lag es am systematischen und professionellen Vorgehen der vier Initiatoren, dass ihr Manifest trotz der widrigen Diskursposition pazifis-

106 *Spiegel Online* etwa titelte zum zweiten Brief des „Institute for American Values": „US-Brandbrief gegen deutsche Intellektuelle"; o.V.: US-Brandbrief gegen deutsche Intellektuelle, in: Spiegel Online, 09.08.2002, online einsehbar unter: http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,208801,00.html [eingesehen am 12.12.2009].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tischer Positionen und Akteure direkte mediale Resonanz erfuhr. Dennoch schaffte es der deutsche Text im Wesentlichen über den Status von Meldungen nicht hinaus, nur wenige Medien ließen sich auf eine direkte inhaltliche Diskussion ein. Die angestrebte Funktion eines diskursiven Brückenkopfes für eine Revitalisierung der pazifistischen Position in der Öffentlichkeit erfüllte das deutsche Manifest zunächst nicht. Erst im Zusammenhang mit der amerikanischen Antwort wurden die Positionen der deutschen Seite in der Debatte erneut aufgenommen. Das Ziel einer Bündelung zivilgesellschaftlicher Kräfte mit dem Mittel des politischen Manifests wurde in diesem Fall kaum erreicht. So konnte die „Koalition für Leben und Frieden“ als politische Organisation nicht langfristig etabliert werden.[107] Ob eine symbolische Identifikation mit der Friedensbewegung durch das Manifest erleichtert wurde, kann aufgrund der negativen Konnotation der Manifestantenschaft durch die Medien bezweifelt werden. Dafür allerdings sprechen die wenigen vorliegenden direkten Rückmeldungen von Privatpersonen, die durchweg positiv waren. Aufgrund der Unzugänglichkeit weiterer Daten muss die Frage nach dem direkten Erfolg des Manifests auf der Ebene individueller Rezipienten in der Bevölkerung jedoch offen bleiben.

Insgesamt lassen sich aus diesen Ergebnissen zumindest einige vage Hinweise auf die Funktionsweise von politischen Manifesten ableiten: Die Widersprüche zwischen individueller und medialer Rezeption des Manifests weisen auf den Aspekt der Verbreitung von Manifesten hin. Die klassische Form des Manifests ist auf ihre öffentliche Vermittlung durch die Massenmedien angewiesen, die in ihrer Funktion als „gatekeeper“ und Kritiker ein erhebliches Risiko für die positive Rezeption eines Manifests darstellen. Insofern stellt sich die Frage, welche positiven und negativen Potenziale eine auf digitale Medien gestützte Verbreitung von Manifesten beinhaltet. Zu einer positiven Einschätzung hierzu scheinen in der Retrospektive einige der deutschen Initiatoren gelangt zu sein.[108] Tendenziell erfolgreich in der öffentlichen Arena können Manifeste unter folgenden Bedingungen sein: Ein neues Thema, von als prominent, ideologisch plural und politisch authentisch wahrgenommenen Personen forciert, scheint auch in Form eines Manifests von den Massenmedien angenommen zu werden. Die Chance bereits bekannter Positionen besteht eher auf der Ebene der argumentativen Auseinandersetzung. Denn eine bekannte Position braucht nicht mehr verkündet zu werden, sie muss immer wieder ihre Aktualität und Gültigkeit beweisen. Die dazu angemessene Form ist nicht die plakative Verkündung des Mani-

107 So wurden im Verlauf der Recherche neben einem offenen Brief an Bundeskanzler Schröder vom Januar 2003 keine weiteren politischen Aktionen bekannt, die explizit von der „Koalition für Leben und Frieden“ ausgeführt worden waren – auch wenn die vier Kernmanifestanten weiterhin politisch aktiv sind.

108 So Frank Uhe am 1. Oktober 2009 in Berlin und Hans-Peter Dürr am 9. September 2009 in München im Interview.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fests, sondern die rationale Kooperation im Dialog. Eben diesem Ansatz einer differenzierten politischen Auseinandersetzung entsprachen die letzten beiden Briefe des transatlantischen Dialogs. Erst diese Kommunikationsform wurde zudem den Anforderungen einer vernünftigen zivilgesellschaftlichen Deliberation gerecht, die für das politische Selbstverständnis der vier Initiatoren eigentlich zentral sind – so orientierte sich deren politisches Engagement seit jeher an dem Gedanken eines egalitären Dialogs und einer kooperativen argumentativen Verständigung. Dies jedenfalls bezeugen die verschiedenen privaten Diskussionen, die im Nachklang der Textveröffentlichungen geführt wurden.

Eben durch diese Bereitschaft zur dialogischen Auseinandersetzung sorgte die Initiative der „Koalition" dafür, dass das amerikanische Manifest intensiver diskutiert wurde und dass sich die amerikanische Seite zu einer weiteren Erklärung ihrer Position gezwungen sah. In der medialen Berichterstattung über die zweite Phase des transatlantischen Dialogs wurde ersichtlich, dass die meisten deutschen Journalisten und Intellektuellen zumindest eine alternative Begründung für den Krieg forderten, im Gegensatz zu der von amerikanischer Seite angebotenen. Insofern provozierte der deutsche Text eine intensivere Auseinandersetzung mit dem sich abzeichnenden Irak-Krieg in der deutschen Öffentlichkeit. In einer langfristigen Perspektive erscheint die Handlungsweise der „Koalition" somit zumindest partiell erfolgreich, da eine Debatte über kritische und antihegemoniale Positionen im öffentlichen Diskurs angestoßen wurde. Folglich erfüllte zwar nicht das deutsche Manifest vom Mai 2002, dafür aber der transatlantische Dialog als Ganzes die Funktion des angestrebten diskursiven Brückenkopfes. Ob und welchen Einfluss dies auf die Entstehung des breiten öffentlichen Protests gegen den Irak-Krieg im Frühjahr 2003 und die davon ausgehende Revitalisierung der deutschen Friedensbewegung gehabt haben mag, darauf kann vom jetzigen Kenntnisstand her freilich nur spekuliert werden.[109]

109 Zu der Protestbewegung gegen den Irak-Krieg vgl. Kraushaar, Wolfgang: Mobilisierung der Zuschauer, in: die tageszeitung, 20.02.2003.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Voraussetzungsreiches, aber schlagkräftiges Instrument der Zivilgesellschaft

Wesensmerkmale politischer Manifeste

JOHANNA KLATT / ROBERT LORENZ

Zumindest dies haben politische Manifeste im Geschichtsverlauf zweifelsohne erreicht: Ihr überwältigender Facettenreichtum lässt sich in einer schnöden Konklusion eigentlich nur ansatzweise abbilden. In diesem Band sollten politische Manifeste schwerpunktmäßig im Hinblick auf ihre Tauglichkeit zur Mobilisierung und Praxis von politischer Partizipation untersucht werden. Welche wiederkehrenden Merkmale und Verhaltensweisen politischer Manifestation lassen sich also feststellen? Inwiefern eignen sich Manifeste als Medium zur politischen Einflussnahme aus der Zivilgesellschaft in die Politik? Wie steht es um ihren „Erfolg", der sich in mehrfacher Hinsicht beurteilen lässt: Die Präsenz in Tages- und Wochenzeitungen, im Fernsehen oder Rundfunk geht mit medialem Erfolg einher; erinnert man sich politischer Manifeste anlässlich von Jubiläen, liest man von ihnen in Lexika oder Fachbüchern, haben sie also geschichtliche Bedeutung erlangt, so sind sie zumindest historisch erfolgreich gewesen; politisch-inhaltlicher Erfolg stellt sich ein, falls die im Manifest postulierten Ziele erreicht, sich beispielsweise politische Entscheidungen eines Parlaments oder einer Regierung auf die Forderungen des Manifests zurückführen lassen. Aufgrund dieser möglichen Wirkung in unterschiedlichen Kategorien von „Erfolg" können politische Manifeste insofern simultan gelingen und versagen. Doch dazu an späterer Stelle mehr.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

DER GESTALTUNGSDRANG IGNORIERTER EXPERTEN: ZUR MOTIVATION VON MANIFESTANTEN

Ein politisches Manifest ist kein leichtes Unterfangen. Man muss sich mit oftmals widerspenstigen Ko-Manifestanten abmühen, um am Ende eine halbwegs zusammenhängende Schrift angefertigt zu haben; man muss sich dem manchmal harschen Urteil der öffentlichen Meinung aussetzen; mitunter schlagen einem heftige Reaktionen aus der Politik entgegen; dabei operiert man womöglich noch in untergründiger Subversion gegen ein unterdrückerisches Regime. All dies kostet zudem Zeit und Geduld, strapaziert Nerven und bietet zu keinem Zeitpunkt eine Erfolgsgarantie. Was also motiviert zum politischen Manifestieren?

Ganz einfach: Manifeste bieten eine Fülle von angenehmen Konsequenzen und verheißen etliche Chancen. Erstens können Manifeste ganz allgemein dazu dienen, Meinungsführerschaft zu erobern und Deutungshoheit zu erlangen. Manifestanten wollen sich neue oder verbesserte Handlungsfelder erschließen, auf denen ihnen eine bedeutsame Funktion zuwächst. Sie können sozialen Protest provozieren und zu dessen Wortführern oder Ratgebern avancieren; eine in den Medien geführte Debatte entfachen, in der sie als Experten gefragt sind; oder einen zivilgesellschaftlichen Aktionsraum eröffnen, in dem dann ebenfalls ihre Erfahrungen und Wissensbestände nachgefragt werden. Häufig finden sich in einer Manifestantenschaft daher Experten zu einer Gemeinschaft zusammen, um mit geeinter Wirkungskraft zu versuchen, sich zur fachlichen Elite aufzuschwingen und ein Thema intellektuell zu beherrschen, sich dabei selbstredend als erstklassige Adresse für einzigartiges Wissen zu präsentieren. Schon die künstlerische Avantgarde erwählte für ihre öffentlichen Stellungnahmen das Attribut des „Manifests", weil es eine atavistische Aura aristokratischer Herrschaft besaß und dem Anschein nach die Befugnis zur Meinungsautorität erteilte.[1] Indem Manifestanten eine ihnen genehme Argumentation in den Zentren von Politik und Gesellschaft platzieren, können sie ihre eigene Nachfrage schaffen, ihre Eignung als formidable Denker demonstrieren. Die Heidelberger und Göttinger Professoren, auch Marx und Engels strebten zum Beispiel nach Meinungsführerschaft. Insofern sind Manifeste ferner ein weiterer Versuch, eine seit Längerem gehegte Absicht endlich zu verwirklichen.

Die ausdrücklichen Forderungen eines Manifests entsprechen erfahrungsgemäß nur zu einem Teil den eigentlichen Zielen der Manifestanten. Mit der Manifest-Aktion verbinden sich zumeist noch weiterreichende Absichten. Die Friedensaktivisten um Hans-Peter Dürr zum Beispiel wollten nicht nur einen Dialog, sondern auch eine Wiederbelebung der deutschen

1 Vgl. Berg, Hubert v.d.: Zwischen Totalitarismus und Subversion. Anmerkungen zur politischen Dimension des avantgardistischen Manifests, in: Asholt, Wolfgang/ders. (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation": Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997, S. 58-80, hier S. 63 f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Friedensbewegung erzielen, die durch den Fortfall des Kalten-Kriegs-Szenarios geschwächt war. Und das Anliegen Willi Münzenbergs, das für ihn viel wichtiger war als das politische Postulat der Manifeste, bestand in dem praktizierten Bündnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, im Zuge der Verschriftlichung ihres Protests gegen das NS-Regime im Rahmen politischer Manifeste. Mitunter gilt es dabei auch, den Aspekt eines verborgenen Egoismus zu berücksichtigen. Carl Friedrich v. Weizsäcker bezweckte mit der Göttinger Erklärung, eine Alternative zu seiner naturwissenschaftlichen Karriere, die aus seiner Sicht unbefriedigend verlaufen war, zu etablieren, indem er in Deutschland ein neues Thema in der Öffentlichkeit erweckte, bei dem er gute Aussichten auf Meinungsführerschaft hatte. Bereits die Analyse einiger Fallbeispiele hat gezeigt, wie politische Manifeste oftmals Vehikel für besondere Interessen ihrer Verfasser oder Initiatoren sein können. Zugespitzt: Manifestanten geht es häufig gar nicht so sehr darum, die Politik zu einer schleunigen Berücksichtigung ihrer Forderungen zu zwingen. Vielmehr käme ihnen manchmal der augenblickliche Erfolg ihrer Aktion eher ungelegen. Denn in diesem Fall verlören sie ja ihre Bedeutung als Impulsgeber. Wenn erlahmte soziale Bewegungen aufgefrischt werden, profitieren davon auch ihre Protagonisten, ihre Anführer und Theoretiker; wenn ein Thema in der öffentlichen Debattenhierarchie an Bedeutung gewinnt und zu einem primär diskutierten aufsteigt, dann bieten sich auch dem Manifestanten neue Möglichkeiten, seine Gedanken einer plötzlich interessierten Öffentlichkeit mitzuteilen, der nunmehr alarmierten Politik Vorschläge zu unterbreiten – insgesamt: (an)gehört zu werden.

Natürlich: Genauso gibt es auch Manifestanten, die sich zivilcouragiert und draufgängerisch mit großem Mut gegen missliche Verhältnisse und autoritäre Regime auflehnen, die unter Einsatz ihres Lebens und im Glauben an eine bessere Gesellschaft in märtyrerischer Opferbereitschaft für hehre Ideale kämpfen. Der Revolutionär Georg Büchner oder einige der Systemoppositionellen des „Neuen Forums“ können hierzu gezählt werden.

Zufluchtsort für Querköpfe: zum zivilgesellschaftlichen Bedürfnis

Zweitens sind Manifeste ein geeignetes Mittel, um seinen gesellschaftlichen Pflichten als Institution oder Experte nachzukommen – oder aber dies wenigstens öffentlich zu dokumentieren. Sie unterstützen Manifeste gesellschaftliche Gruppen bzw. Personenkreise darin, die ihnen normativ zugeschriebenen Funktionen oder Erwartungen zu erfüllen. In manchen Fällen dienen sie auch zur schnellen Imagepflege und zum nachhaltigen Renommeegewinn. Manifestanten können sich als Sachverständige profilieren, Prominenz erlangen und ihre Reputation steigern, indem sie sich als Träger wichtiger Bedenken, gehaltvoller Information oder schwerer Verantwortung ausweisen. Des Weiteren bieten Manifeste die Möglichkeit, sich vor aller Öffentlichkeit als aufrecht, wagemutig, rechtschaffen und kompe-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tent zu profilieren – gerade weil moralische Absicht schwer zu widerlegen ist. Als Medium, mit dem man vom vorherrschenden Konsens abweichen kann, erlaubt das politische Manifest die öffentliche Selbstpräsentation als Inhaber achtenswerter Tugenden: bedrohlichen Entscheidungen nicht mit Gleichgültigkeit zu begegnen, beherzt Partei für eine lobenswerte Sache zu ergreifen, normativ auferlegte Pflichten zu erfüllen, kurzum: lautstark aufzubegehren, statt stillschweigend zu verharren.

Ein drittes Motiv entspringt einer tiefsitzenden Enttäuschung über die politische Elite. Politische Macht, so proklamierte einst der politische Schriftsteller Wilhelm Herzog, „erringt man nur durch Kampf“[2]. Dieser martialischen Sichtweise nach soll sich die Öffentlichkeit derart stark für ein Anliegen interessieren, dass Politik und Staatsadministration gar nicht mehr umhin können, diesem ihre zuvor verweigerte Aufmerksamkeit zu schenken. Darin liegt der Ansporn politischer Manifestanten. Manifeste sind häufig Resultate radikalisierter Politikverdrossenheit oder Instrumente einer blockierten Elite. Bei ihren Urhebern kann es sich um Personen und ganze Gruppen handeln, denen von Seiten politischer Entscheidungsträger taktlose Ignoranz widerfuhr, deren Ratschlag niemand wollte, berücksichtigte oder wertschätzte und die nun ihrerseits im Gegenzug von Berufspolitikern wenig halten, von diesen aber empfindlich deklassiert wurden. Manifeste sind dem zufolge Mittel, mit denen außerhalb der konventionellen[3] Politik stehende Eliten über den Umweg der Öffentlichkeit Druck auf die Politik auszuüben trachten. Mit ihrem Talent zur Expertendemütigung hat sich die Politik bislang als ein fleißiger Produzent von Manifestanten erwiesen. Denn originelle Querdenker stimulieren zwar das politische System intellektuell, werden aber von zuchtmeisterartigen Parteiorganisatoren, denen an der inneren Geschlossenheit ihrer Parteien und Fraktionen gelegen ist, zumeist als störende und wunderliche Querulanten angesehen und bekämpft. Somit finden immer weniger interessante Charaktere den Weg in die Parteien, deren Profil dadurch zunehmend einheitlicher wird. Ein Teufelskreis, denn diese Parteienstrukturen erscheinen umso unattraktiver für innovative Quergeister. Für diese Vordenker bieten sich Manifeste wiederum als ein Refugium an, von dem aus sie ungeachtet des zunehmend homogener werdenden Profils der Parteieliten ihre Impulse aussenden können.

Viele Manifestanten handeln überdies aus einem starken Anti-Parteien-Affekt. Oftmals tummeln sich in Manifestantenschaften Personen, die von

2 Herzog, Wilhelm: Hymnen und Pamphlete. 30 Jahre Arbeit und Kampf, Paris 1939, S. 260.

3 Konventionelle Politik umfasst u.a. Organisationen und Institutionen, deren Arbeit kaum etwas beinhaltet, was nichts mit politischen Entscheidungen zu tun hat: zuvorderst Parteien, Ministerien, und Parlamente; vgl. hierzu auch Rijke, Johann de: Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener: Altes und Neues, in: Kaspar, Hanna et al. (Hg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Wiesbaden 2009, S. 221-237, hier S. 225.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den Organen und Institutionen der Politik nicht viel halten und sich von diesen bereits entfremdet haben. Parteien und Politiker, so ihre verdrießliche Stimmung, würden stets Machtkalkülen und Stimmenmaximierung den Vorzug gegenüber sachlich angemessenen Lösungen und gebotenen Debatten gewähren. Sie unterstellen Politikern einen Unwillen, Fragen zu diskutieren und Lösungen durchzusetzen, die bei den Wählern mutmaßlich unbeliebt, sachlich jedoch geboten sind. Zu dieser Kategorie von Manifestanten gehören auch Charaktere, die sich selbst als „unpolitisch" einstufen und folgerichtig mit Parteien nichts zu tun haben wollen, gleichwohl sie dennoch „politisch" denken. All jene, die sich von Parteien weder repräsentiert noch respektiert fühlen, sind prädestinierte Manifestanten, die auf der Suche nach alternativen Formen politischen Engagements und Kanälen politischer Einflussnahme sind – die sie von Zeit zu Zeit eben in Manifesten finden.

Viertens motiviert der politische Gestaltungsanspruch jenseits konventioneller Bahnen. Manifestanten sind oft selbsternannte Nicht-Politiker, deren energischem Aktionismus ein intensives Bedürfnis zu eigen ist, politisch aktiv zu werden, ohne dabei in eingetretene, überdies als steinern vermutete Pfade von dauerhaftem und mühseligen Parteiengagement wechseln zu müssen. Manifeste sind insofern auch Bestandteil einer bürgergesellschaftlichen Distinktionspraxis, nicht zur professionellen, als profan und unzulänglich kritisierten Politik zu gehören.

POLITISCHES ENGAGEMENT JENSEITS KONVENTIONELLER POLITIK: EIN EXKURS

Die Zahl von kleinen Bürgerinitiativen und Aktionsbündnissen hat sich in den letzten Jahrzehnten förmlich explosionsartig vergrößert. Diese Atomisierung der Zivilgesellschaft zeigt ein gewachsenes Artikulationsbedürfnis der Bürger an. Offenbar wähnen sich immer mehr Bürger – die Subjekte von Demokratie also – im Angesicht eines zunehmend intransparenten und unzugänglichen Parteiensystems[4] und sehen sich infolgedessen bemüßigt, eigene Kontroll- und Einflussmöglichkeiten zu kreieren. Bestärkt werden sie in dieser Haltung derzeit durch Angehörige der politischen Elite, die aus eigener Empfindung eine im Plenarsaal grassierende Diskussionslosigkeit und einen subalternen Gehorsam der Abgeordneten gegenüber ihren Fraktionsspitzen beklagen.[5] Jenen Aktivisten empfehlen sich Manifeste – wenigstens potenziell – als zweckdienliche Medien zur spontanen und öffentlichkeitswirksamen Einflussnahme sowie zur politischen Partizipation fernab des regulären Weges über Parteien. Zwei aktuelle Beispiele politischer Manifes-

4 Vgl. Walk, Heike: Krise der Demokratie und die Rolle der Politikwissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 52/2009, S. 22-28, hier S. 26.

5 Siehe etwa Bülow, Marco: Wir Abnicker. Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter, Berlin 2010.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tation sollen veranschaulichen, wie Manifeste in der Lage sind, politisch interessierte Bürger trotz deren Distanz zu Parteien an das politische System zu binden.

Lokaler Widerstand aus dem Hamburger Gängeviertel

Es war im November 2009 und ging an die lieben „Standortpolitiker": „Hört auf mit dem Scheiß." Ein Hamburger Künstler-Manifest formulierte unter der Parole „Not In Our Name, Marke Hamburg!"[6] unmissverständlich, dass man „keine von Quartiersentwicklern strategisch platzierten ‚Kreativimmobilien' und ‚Kreativhöfe'" wolle. Neben einer eindeutigen Forderung enthielt das „Manifest" auch eine erwünschte Alternative, ein anzustrebendes Ziel: „Es geht darum, Orte zu erobern und zu verteidigen, die das Leben in dieser Stadt auch für jene lebenswert machen, die nicht zur Zielgruppe der ‚Wachsenden Stadt' gehören." Die Manifestanten, eine illustre Kulturgruppe aus „Musik-, DJ-, Kunst-, Theater- und Film-Leute, die Kleinegeile-Läden-Betreiber und Ein-anderes-Lebensgefühl-Bringer", drohte sogleich mit einer persönlichen Konsequenz: Man werde sich nicht an dem „Werbefeldzug für die ‚Marke Hamburg'" beteiligen. Die Unterzeichnerliste wartete mit prominenten und beliebtheitsgetränkten Namen auf: Jan Delay, Tocotronic, Kettcar, Peter Lohmeyer, Deichkind, Rocko Schamoni, Daniel Richter oder Ted Gaier.

Das Hamburger Kulturellenmanifest enthielt also alle gängigen Zutaten eines politischen Manifests. Ganz im Gegensatz zu vielen seiner Artgenossen kam es jedoch in den Genuss politischen Erfolgs: Die Hamburger Regierung geriet unvermittelt in Aufruhr, es kam zu einer bemerkenswert lebhaften Senatsdebatte und die Hamburger Bausenatorin sah sich zu einer politischen Reaktion genötigt. Sie kündigte an, die Stadtentwicklung hinsichtlich des Gängeviertels noch einmal überdenken zu wollen. Mit anderen Worten: Das Manifest belebte die politische Debatte und erreichte eine Revision des ursprünglichen Regierungskonzepts. Überregionalen Tageszeitungen war das Ereignis eine Berichterstattung wert, die Journalisten staunten: „Die freie Kulturszene spricht mit einer Stimme, der Pop verbündet sich mit Design, Literatur und Kunst, der Unmut über die eigene Raumnot wird politisch."[7] Natürlich trugen zum medialen Erfolg die prominenten Charaktere bei, deren Namen für Auflagen sorgen und die in keinem Pressebericht fehlten.

Medialer und politischer Erfolg, die sich hier gegenseitig verstärkten, waren freilich höchst voraussetzungsvoll, verdankten sich einer überaus sel-

6 Das Manifest ist online einsehbar unter: http://www.buback.de/nion/ [eingesehen am 13.04.2010].

7 Fölsing, Ulla: Investor im Schafspelz, in: Der Tagesspiegel, 07.11.2009; siehe auch Dittmann, Olaf/Keil, Frank: Kreative gegen die Stadt, in: Welt am Sonntag, 01.11.2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tenen Konstellation: einer modernen Problematik (Gentrifizierung/ Stadtmarketing), prominenter Manifestanten, einer konfrontativen Duellsituation (Künstler gegen den Senat), schließlich einer lebensweltlichen Konvergenz von Protestgruppe und Regierungspartei (GAL). Dass sich ausgerechnet die Kunstszene gegen die missbräuchliche Instrumentalisierung für ein abgelehntes Konzept von Hamburg als Kreativenstadt wandte, gefährdete das Image der Stadt und das Zustimmungspotenzial der dort regierenden Grünen.

Der zivilgesellschaftliche Nutzen war nicht gering: Herstellung von öffentlicher Aufmerksamkeit für ein ansonsten außerhalb Hamburgs unbemerkt gebliebenes Problem; Zusammenfassung des Standpunkts und der Argumentation einer innerlich heterogenen Konfliktpartei; intensivierte Bearbeitung von Anliegen einer bestimmten Bürgergruppe durch die (regierende) Politik.

Kommunaler Protest der „kreativen Klasse" in Nordrhein-Westfalen

Ortswechsel: „Wir machen den Scheiß nicht mehr mit!", erklang es aus Nordrhein-Westfalen. Dort häuften sich im Jahr 2009 Meldungen über Einsparungen im öffentlichen Haushalt auf Kosten des Kulturbereichs. Neben Straßenprotesten begehrten viele Bürger dagegen auch mit politischen Manifesten auf.[8] Politiker konnten diesen Schriften entnehmen, dass sich die Kulturschaffenden – u.a. Musikproduzenten, Festivalleiter sowie freie Künstler – und deren Unterstützer mit der Steuerpolitik des Bundes höchst unzufrieden zeigten, sie als Ursache für die kommunalen Sparmaßnahmen betrachteten. Auch wehrten sich die Manifestanten darin wie in Hamburg gegen einen aktuellen Trend, als Protagonisten urbaner Kultur – der „kreativen Klasse" – auf eine Komponente städtischer Imagekampagnen und Markenkonzepte reduziert zu werden. Ihre politischen Forderungen – präzise an die „Verantwortlichen von Bund und Land" adressiert – zielten auf vermehrte Teilhabemöglichkeiten, „Kultur und Leben selbst organisieren und eigene Orte gestalten" zu können. Als politischen Alternativvorschlag zu den bekämpften Maßnahmen beschrieben sie die Idee einer „Bad-Bank", die städtische Schuldpapiere als „creative cities invest-papers" veräußern und damit frische Gelder erwirtschaften sollte. Mit anderen Worten: Manifeste dienten dort, in nordrhein-westfälischen Städten, als zivilgesellschaftliche Waffe, um Interessen bestimmter Personengruppen gegen die Absichten der

8 Siehe hierzu Molck, Jochen: Freie Kulturszene in NRW muckt auf…., in: Freiräume Für Bewegung, 30.03.2010, online einsehbar unter: http://www.freiraumbewegung.de/2010/03/30/freie-kulturszene-in-nrw-muckt-auf%E2%80%A6/ [eingesehen am 15.04.2010]; Aufruf: „Wir machen den Scheiß nicht mehr mit!", online einsehbar unter: http://soziokultur-nrw.de/?id=1266247931 [eingesehen am 07.05.2010].

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Politik zu verteidigen und der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Parteien als übliche Organisationen zur Artikulation und Durchsetzung politischer Forderungen spielten für die Manifestanten dabei offenkundig keine Rolle. Sie wandten sich mit ihrer polemischen Schrift direkt an die Öffentlichkeit.

Je mehr sich der politische Gegenstand eines Manifests auf niedrigen Ebenen und in klar umgrenzten Räumen – wie etwa die Kommune im Gegensatz zum Bund – bewegt, desto verzichtbarer scheinen landesweit bekannte oder über weitreichenden Einfluss gebietende Manifestanten zu sein. Die Ressourcen der Manifestanten müssen mit dem beabsichtigten Wirkungsradius ihres Manifests mithalten können. In einer Stadt genügt also ein dort beliebter oder vernetzter Akteur, wenngleich ihn andernorts kaum jemand kennt. Im Falle der nordrhein-westfälischen Manifeste verfügten deren Unterzeichner über reichlich individuelle Ressourcen und soziale Netzwerke, konnten also spritzige Texte verfassen, kannten vermutlich auch etliche Meinungsmultiplikatoren in Zeitungsredaktionen und Rundfunkstudios. Politische Manifeste ermöglichen solchen Personengruppen, die sich außerhalb von Parteien in politischen Fragen zu Wort melden und Kritik äußern wollen, den Kontakt zur Öffentlichkeit und der Politik, binden sie damit an das parteiendemokratische System. Sie sind damit gerade heute – in Zeiten schrumpfender Parteimitgliedschaften – ein wichtiges politisches Ausdrucksmittel für gesellschaftliche Eliten.

STRATEGEN UND IHRE ATELIERS: ASPEKTE VON MANIFESTANTENSCHAFTEN

Manifestantenschaften sind hochkomplexe Gebilde, in denen sich Hierarchien ausbilden, spezifische Rollen vergeben werden und aus denen Gruppen und Netzwerke entstehen können. Innerhalb von Manifestantenschaften bilden sich Typen, denen bestimmte Funktionen zugeordnet sind. Zumeist sind dies der Autor, der den Text entwirft, oder der Integrator, der verschiedenartige Charaktere trotz persönlicher Animosität oder ideologischer Fremdheit miteinander in Kontakt bringt und zusammenhält. Oft kristallisiert sich in Manifestantenschaften jedoch ein multitalentierter Primus heraus, der gleich mehrere Rollen übernimmt, der als eine Art Kombination von Komponist und Dirigent den Text formuliert, die Gruppe koordiniert und die daraus entspringende Publikation zu einem strategischen Werk erhebt. Dieser Manifest-Stratege ist in einem solchen Fall die zentrale Figur. Dennoch gibt es daneben häufig genug mehrere Initiatoren, Integratoren und Beliebtheitsträger, die sich – in Anlehnung an Führungsgremien in Staatsgebilden wie dem antiken Athen – als Strategenkollegium bezeichnen lassen. Ohne derlei Führung weisen Manifestantenschaften mangels Identitätspflege und aufgrund vieler Abtrünniger meist eine große Zerbrechlichkeit und geringe Persistenz auf. Insgesamt weiß eine „gute“ Manifestantenschaft

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sowohl Personen für den inneren Zusammenhalt als auch die äußere Repräsentation in ihren Reihen.

Dabei kommt es mitunter zu einer Hierarchisierung von Manifestantenschaften. In deren Struktur und internen Hierarchie spiegeln sich Verhältnisse der alltäglichen Beziehung wider; in vielen Fällen reproduzieren sie die Konstellationen, die beispielsweise hinsichtlich, Status, Macht und Rollen außerhalb der konkreten Manifest-Aktion herrschen. Eine klare Rangordnung erweist sich als sinnvoll. So gibt es zumeist lediglich ein bis zwei Manifest-Autoren, welche die literarische Hoheit über die Niederschrift der gemeinsamen Anliegen ausüben, während sich die anderen mit dem Recht auf zumeist unbedeutende Korrekturen vertrösten müssen. Diese tendenzielle Alleinautorenschaft trübt zwar das idealistische Bild einer Gruppe, die sich in langwierigen Diskussionen einen Konsens erarbeitet oder in innerer Harmonie lebt, vereinfacht und beschleunigt jedoch das Schreiben eines Manifests. In manchen Fällen profitiert der Text allerdings auch von einem kongenialen Lektorat wie im Falle des „Hessischen Landboten“, der von der literarischen Kraft Büchners und dem propagandistischen Kalkül Weidigs sein revolutionäres Charisma bezog.

Ferner konstituieren Manifeste Gruppen. In manchen Fällen greifen sie auch auf bestehende Formationen zurück und intensivieren dadurch lange vor der Manifest-Aktion entstandene Kontakte. Eine Manifestantenschaft ist so gut wie nie eine spontane, zufällige und voraussetzungslose Zusammenkunft, sondern beruht auf vorheriger Bekanntschaft, bisweilen gar Freundschaft. Viele von ihnen besitzen sogar gemeinsame Herkunftsorte wie Universitäten, Laboratorien, Ateliers, Klubs, Protestorganisationen oder Beratungskommissionen, an denen die späteren Manifestanten bereits zuvor ihre Zusammenarbeit erprobt oder eine Gruppenmentalität entwickelt haben. Damit steigern Manifeste die Qualität zivilgesellschaftlicher Gruppen oder formieren neue. Bei der Rekrutierung von Manifestanten handelt es sich folglich um einen Prozess, der nicht nur von strategischem Denken, sondern auch von sozialen Netzwerken bestimmt ist und der genügend Stoff bietet, um spannende Entstehungsgeschichten erzählen zu können.

Dadurch ist eine Manifestantenschaft gerade auch für Historiker ein hervorragender Indikator für die Existenz von Gruppen und Netzwerken. Schon der zumeist typische Rekrutierungsverlauf lässt interessante Rückschlüsse auf soziale bzw. zivilgesellschaftliche Ensembles und Loyalitätsverhältnisse zu.

ÜBLICHE VERDÄCHTIGE IN MEDIALER GEISELHAFT: ZU DEN WIRKUNGSBEDINGUNGEN VON MANIFESTEN

Manifeste wirken nicht allein aus eigener Kraft. Vielmehr stehen sie in großer Abhängigkeit von diversen Faktoren. Viele Manifestanten taktieren sprachlich und argumentativ. Sie verführen durch seriöse Sprache, täuschen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

durch verschleiernde Semantik, gaukeln ihrem Publikum vermeintliche Wissenschaftlichkeit vor oder berufen sich geschickt auf allgemein gültige Werte und Traditionen. Schnell dienen ein hypotaktischer Satzbau und eine verkomplizierte Ausdrucksweise dazu, Ansatzpunkte für inhaltliche Kritik zu verbergen und dadurch die Äußerung von Widerspruch zu erschweren. Gerne bemühen Manifestanten in ihrer Argumentation auch ein breites Spektrum unterschiedlicher Disziplinen, denen jeweils ein Ruf seriöser Unumstößlichkeit anhaftet. Manche drohen gar mit einer Konsequenz, die sie bei fortwirkender Missachtung ihrer Standpunkte zu ergreifen gedenken. Durch konkrete Alltagsbezüge, die vor unmittelbar bevorstehenden Gefahren warnen oder durch geläufige Stereotype Angst schüren, direkte Betroffenheit zu erzeugen, gehört ebenfalls zum taktischen Repertoire vieler Manifest-Verfasser.

Was die personelle Zusammensetzung hinsichtlich der Erfolgsaussichten eines Manifests anbelangt, lässt sich keine allgemein gültige Aussage treffen. Nur dies kann man hinsichtlich der betrachteten Beispiele vermuten: In der Tat haben Manifestantenschaften gehörigen Einfluss auf die Wirkung ihres Werks. So können Manifestanten beispielsweise Erfolg haben, wenn sie bei einer wichtigen Klientel habituell bzw. sozialtypologisch anklingen, d.h. denselben Duktus verwenden, dieselbe Kleidung tragen, ein mindestens ebenbürtiges Bildungsniveau vorweisen, mit ähnlichen Politikinhalten sympathisieren, soziokulturelle (Vor-)Urteile teilen – und so weiter. Hans-Peter Dürr und seine Ko-Manifestanten waren beispielsweise authentische Pazifisten. Und die Frauen und Männer des Neuen Forums waren politisch glaubwürdige Veteranen der SED-Opposition.

Genauso lässt sich jedoch sagen: Manifestanten dürfen weltanschaulich nicht allzu stark mit dem Inhalt konvergieren; eine übertriebene Übereinstimmung von ideologischer Einstellung der Manifestanten mit den politischen Forderungen und Positionen des Manifests kann auch die Reichweite begrenzen. Es sind dann die „üblichen Verdächtigen", die ein Manifest formulieren und von denen man auch keine gegenläufigen Politikansätze erwartet hat. Außergewöhnliches Interesse erheischen Manifeste jedoch erst, wenn sie von Personen verfasst werden, die für den Inhalt eher untypisch sind. Die „Göttinger Achtzehn" zum Beispiel waren habituell bildungsbürgerlich situierte Professoren, von denen die meisten vermutlich der CDU nahestanden. Ihr Manifest aber bedeutete einen Angriff auf den politischen Kurs der Unionsregierung, ihre Forderungen entsprachen tendenziell denen der Sozialdemokraten. Die 93 Unterzeichner des Aufrufs „An die Kulturwelt" waren demgegenüber in der Mehrzahl patriotische Angehörige der deutschen Elite, die im Ausland das militärische Vorgehen ihres Vaterlandes zu rechtfertigen suchten – ihre Glaubwürdigkeit war gering, ihre Einstellung erwartungsgemäß, ihre Unabhängigkeit kaum vorhanden, ihr Profil geradezu prototypisch für die postulierten Forderungen. Während man von den „93" als logisch parteiergreifender Interessenformation gar nichts anderes erwartet hatte, waren die „Achtzehn" mit einem durchaus überraschenden

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vorstoß an die Öffentlichkeit getreten, handelten sie überraschend diskrepant zu ihrer vermuteten politischen Vorliebe und erreichten gerade deshalb eine „authentische" Wirkung.

Von authentisch bis artifiziell: zur Bedeutung der Manifestanten

Auch die Zusammensetzung einer Manifestantengruppe ist also für die Manifest-Wirkung nicht unerheblich. Wie allerdings eine Manifestantenschaft aussehen sollte, lässt sich nicht pauschal beantworten. Heterogenität ist nur dann sinnvoll, wenn die Manifestanten nicht als glaubwürdige Experten für ein Spezialgebiet in Erscheinung treten, für ihre politischen Statements nicht mit Sachverstand, sondern mit Lebenserfahrung und ihrem Intellekt allgemein einstehen. Dann kann die Mannigfaltigkeit von Zugehörigen verschiedenster Metiers das Vertrauen in das Manifest erhöhen. Ansonsten zwingt Meinungsvielfalt zum Kompromiss, vermindert rhetorische und programmatische Entschlossenheit, verhindert damit zugespitzte Positionen, wo eine klare und einheitliche Meinung gefragt wäre. Manifestantenschaften, denen man die gesteuerte Auswahl ihrer Mitglieder anmerkt, laufen hingegen Gefahr, auf Kosten ihrer Authentizität als künstliche Gebilde zu erscheinen.

Für andere wiederum kann Homogenität ein Signum allzu großer weltanschaulicher Einheitlichkeit sein, kann sie als Ansammlung notorischer Protagonisten bestimmter Haltungen und Wertevorstellungen ausweisen, die lediglich Klischees bestätigen und als politisch befangen gelten. Abgebrühte Politiker können die Manifestanten dann schnell als Agentur einer bestimmten Ideologie diskreditieren oder sie des politischen Dilettantismus überführen. Manifestanten sind folglich ein wichtiger Faktor, der jedoch erst im Zusammenspiel mit weiteren seine Wirkung entfaltet. Mit anderen Worten: Kein Manifest ist allein leistungsfähig genug, um ohne ein günstiges Umfeld Erfolg haben zu können.

Erfolg durch die glaubwürdige Rechtfertigung: Manifeste und ihre Legitimationsnöte

Förderlich wirkt sich zudem die Apologie der politischen Tat aus, als Staatsbürger einen verantwortungsbewussten Eingriff in die Politik vorgenommen zu haben. Sobald Manifestanten in Legitimationsnot geraten, können sie sich als von Verantwortung und Gewissen Getriebene inszenieren, was einer moralisch unanfechtbaren, gegen beinahe jede Kritik immunen Begründung gleichkommt – einem „Sachzwang" ähnelnd, der zu unüblichem Vorgehen berechtigt und keine Widerrede toleriert.

Manifestanten rechtfertigen ihre politische Intervention deshalb nicht zufällig damit, in moralisch begrüßenswerter Weise Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrzunehmen. Der Verweis auf eine allgemein gültige, von niemandem bezweifelbare Norm feit sie vor Kritik – solange er nur

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

glaubhaft genug vorgetragen wird. Im Falle der EKD geschah dies beispielsweise mit der Rückschau auf das Verhalten während des „Dritten Reichs“, in dessen Zeitverlauf man jeweils moralisch versagt habe und nun zu umso stärkerer Verantwortung verpflichtet zu sein. Die öffentlich bekundete Absicht, sich in einem historischen Kontext rehabilitieren zu wollen, war in der jungen Bonner Republik aus normativer Sicht löblich und konnte daher kaum kritisiert werden. Auch die Absicht, eine unwissende Bevölkerung vor den fatalen Entscheidungen ihrer Regierung zu bewahren, gehört zu den populären Beweggründen, die Manifestanten für ihr Verhalten anführen. Der Glaube an einen nonkonformistischen, ja altruistischen Dienst an der Gesellschaft fungierte mitunter als Beweggrund ihres politischen Handelns. Im offiziellen Selbstverständnis agieren die Manifestanten in solchen Fällen als couragierte Intellektuelle, die sich aufgrund ihrer privilegierten Kenntnis zu einer akuten Entwicklung regelrecht zum Eingriff genötigt sehen. Die Betonung lauterer Absichten, einer ihnen ethisch auferlegten Gelehrtenpflicht nachzukommen, ist zum Beispiel eine klassische Legitimationsressource universitärer Manifestanten. Parteien werden oft wahltaktische Motive unterstellt, wohingegen Wissenschaftlern eine rationale und sachdienliche Denkweise zugestanden wird, wie das Beispiel des „Tübinger Memorandums“ bzw. der „Ostdenkschrift“ zeigt.

Einen Legitimationsbonus erhält das Manifest überdies, wenn sein Thema mit der Profession seiner Unterzeichner übereinstimmt. Die an Experten gerichtete Erwartung, im Notfall aufklärerisch tätig zu werden, ist für Manifestanten ein hervorragendes Motiv, schlüssig zu erklären, weshalb sie sich außerhalb ihres unmittelbaren Berufsumfelds einschalten und ihr Wissen kundtun. Solchermaßen situierte Manifestanten haben es leicht: Einerseits gewinnen sie aus ihrem akademisch zertifizierten Sachverstand fachliche Autorität, die sie zum kompetenten Einspruch befähigt und auch anhält; andererseits autorisiert sie ihre Rollenselbstdefinition als verantwortungsbewusste Staatsbürger,[9] die im Einklang mit Moral und Norm gegen ein ihrer Ansicht nach fahrlässiges Verhalten aufbegehren oder unerträgliche Missstände anprangern. Natürlich sind solche Manifestanten mitunter einer Hybris erlegen: Aus dem Bewusstsein, intellektuelle Erkenntnis erlangt zu haben, die man selbst als zweifelsfrei zutreffend und nützlich erachtet, sich somit im exklusiven Besitz von besserem Wissen wähnt, leitet sich hier das Recht ab, ohne demokratische Berechtigung durch Wahlämter Politik über die Maßen beeinflussen und bestimmen zu dürfen. Manifeste sind dann häufig Ergebnisse technokratischen Denkens. Nicht der Erwerb von Macht und Besitz, sondern der Dienst an der „Sache“ stehen vorgeblich im Vordergrund. Darin drückt sich letztlich auch eine zivilgesellschaftliche Grund-

9 Vgl. hierzu Seubert, Sandra: Bürgermut und Bürgertugend. Verantwortung und Verpflichtung in der modernen Demokratie, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10 (2000) H. 3, S. 1015-1032, hier S. 1021.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

skepsis aus, nach der Politiker zu „besten“ Entscheidungen aufgrund politischen Kalküls strukturell unfähig seien.

Die Manifestanten: Last oder Stütze?

Die Bedeutungslosigkeit eines Manifests als politische Aktion kann zudem durch die Bedeutungsschwere seiner Manifestanten aufgewogen werden. Die namentliche Signatur von Manifesten hat sich hierfür in den Untersuchungen als wichtig erwiesen. Denn um in Erinnerung zu bleiben, immer wieder in Darstellungen zur Geschichte erwähnt zu werden, ist die fortbestehende Prominenz der Manifestanten eine wichtige Voraussetzung. Kaum jemand würde sich an den zeitgenössisch wenig beachteten Aufruf zur Fürstenenteignung aus dem Jahr 1926 erinnern, wären nicht seine Unterzeichner Albert Einstein, Käthe Kollwitz und Kurt Tucholsky auch heute noch herausragende Figuren; und der Hessische Landbote wäre wohl ohne die spätere Bedeutung Georg Büchners unwiederbringlich der Vergessenheit anheimgefallen und würde sich allenfalls in einem Kompendium der 1000 Flugschriften des frühen 19. Jahrhunderts aufspüren lassen.

Ganz oft stellt sich der Nimbus politischer Manifeste häufig erst historisch ein. Dann entfalten sie ihre Wirkung zwar erst zeitversetzt, sind aber durch den Gewinn geschichtlicher Bedeutung dennoch erfolgreich. Wenn Manifeste zeitgenössisch bedeutungslos sind, muss dies keineswegs ihr gänzliches Scheitern bedeuten. Dem lange währenden Reifeprozess eines exquisiten Whiskys gleich entfalten sie dann ihre ideelle Kraft erst geschichtlich im Verlauf mehrerer Jahrzehnte – durch politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die es inhaltlich antizipiert hatte, oder durch die verspätete Prominenz ihrer Unterzeichner, die es in anderem Umfeld aktualisiert und wirkungsmächtig werden lässt.

Manifeste stehen – jedenfalls im Hinblick auf ihre historische Bedeutsamkeit – erheblich in der Abhängigkeit vom Interesse der Nachwelt. Manifestanten können sich dabei als Bürde wie Glücksfälle herausstellen. Je nachdem, ob die Nachwelt den jeweiligen Manifestanten zur ideologischen Untermauerung eigener Integrität als Heldenfigur verehrt oder ihn als Angehörigen einer gegnerischen Seite diffamiert. Als Beispiel dienen die „Volksfront“-Aktivisten, die in der Blockkonfrontation des Kalten Kriegs je nach Staatsbürgerschaft entweder als heroische Kämpfer gegen den Faschismus gefeiert oder als sowjetische Kommunisten denunziert wurden. Kurzum: Die Reputation der Beteiligten färbt auf das Manifest ab – im Positiven wie im Negativen.

Ferner können Manifestanten zum Nachteil ihrer öffentlichen Wirkungsmacht die Distanz zum Bürger vergrößern. Diese bevölkerungsferne Elitendistanz kann sich in zweierlei Hinsicht ereignen. Erstens sind manche Manifeste inhaltlich und stilistisch generationell verengt. Dadurch kann ihnen die Ansprache von Menschen misslingen, denen eine abweichende So-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zialisation, eine anderweitige Politisierung zuteilgeworden ist, die einen anderen Blickwinkel einnehmen, kurz: die einer anderen Kohorte angehören.

Zweitens leiden Manifest-Texte aufgrund inhaltlicher und rhetorischer Exklusion häufig an einer unzulänglichen Basisorientierung. Bewusst oder unbeabsichtigt adressieren sie mit ihrem Manifest sprachlich und gedanklich einen intellektuell und bildungsmäßig bevorrechtigten Kreis, sind für Uninformierte und Laien unverständlich – kaum jemand weiß dann mit ihnen etwas anzufangen. Oftmals problematisieren sie Dinge, welche an den Alltagsinteressen des gemeinen Bürgers – in den 1950er Jahren hätte man gesagt: am „deutschen Michel" – teilweise völlig vorbeigehen. Dies nicht zuletzt, weil sie ihrer Zeit häufig voraus sind. Die Urheber der „Erfurter Erklärung" beispielsweise machten sich zu einem noch bevorstehenden Zustand Gedanken, ohne damit seinerzeit einen sozialen Proteststurm entfacht zu haben.

Das Potenzial, in aller Munde zu sein, besitzen vor allem jene Manifeste, die Themen ansprechen und Forderungen aufstellen, die ohnehin schon seit Längerem in den Köpfen der Bürger schwelen und von denen die Medienmacher annehmen, dass sie ein großes Publikum interessieren könnten. Latentes wird häufig nur manifest, wenn die Zeit dafür bereits reif ist. Dies mindert die Fähigkeit politischer Manifeste, auf Probleme aufmerksam zu machen, bevor diese in ein akutes und drastisches Stadium treten.

Gestrenge Türsteher an der Pforte zur Öffentlichkeit: zur Bedeutung der Medien

Wenig überraschend hat sich die Reaktion der Medien für den öffentlichen Erfolg politischer Manifeste als unerlässlich erwiesen. Medien transportieren Manifeste – in den meisten Fällen jedenfalls – in die Öffentlichkeit; sie sind Spediteure politischer Meinung und daher für den – insbesondere politischen – Manifest-Erfolg schwer entbehrlich. Durch sie „lässt sich die Zahl der in der öffentlichen Kommunikation zugelassenen Probleme gut kontrollieren"[10]. Damit die Medien Manifesten den heißbegehrten Öffentlichkeitszutritt gewähren, müssen diese einen hohen Nachrichtenwert aufweisen.

Manifeste sind somit regelrechte Geiseln der Medien: Die Wirkung politischer Manifeste bestimmt sich nicht direkt über den Inhalt, sondern wird indirekt durch die vermittelnden Medien entschieden. Ganz eindeutig stehen Manifeste in der Abhängigkeit der medialen Gunst von „gatekeepern", die sich jedoch durch die Höhe des Nachrichtenwerts „korrumpieren" lassen. Ohne eine ausreichende Medienkompatibilität durch die thematische Brisanz ihres Inhalts oder die Attraktivität ihrer Urheber befinden sich Manifeste somit in einer desolaten Ausgangsposition. Der zivilgesellschaftliche

10 Fangmann, Helmut: Beobachtungen über die Konstruktion von Politik. Warum Politik erfolgsorientiert kommunizieren, aber nicht problemorientiert handeln kann, in: Merkur, Jg. 63 (2009) H. 3, S. 191-201, hier S. 195.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gewinn, der von politischen Manifesten ausgeht, ist damit höchst voraussetzungsvoll.

Hinzu kommen die ganz erhebliche Zeitgeist- und Systemgebundenheit, die gerade anzutreffende Kritikempfänglichkeit und Zäsurbereitschaft der Bevölkerung. Hätte zur Zeit des Heidelberger Manifests in Politik und Gesellschaft ob des Zuwanderungstrends keinerlei Besorgnis bestanden, so wären die Aussagen des Manifests wohl unerheblich gewesen und bloß auf geringes Interesse gestoßen. Und ohne den politischen Erfolg von Lenin und Stalin, die sich zur Indoktrination ihrer Anhänger der marxistischen Philosophie bedienten, wäre das Manifest aus der Feder Karl Marx' und Friedrich Engels wohl niemals eigenmächtig zur Pflichtlektüre an staatlichen Bildungsstätten geworden.

Im Übrigen sollten Manifestanten im Hinblick auf ihre Zielgruppe tunlichst darauf achten, auf dort stigmatisierte Vokabeln zu verzichten. Die Protagonisten des Neuen Forums taten im Wendeklima 1989 beispielsweise gut daran, nicht mehr von den Segnungen des „Sozialismus zu sprechen". Gleichfalls können die Leser eines Manifests mitunter sehr empfindlich sein. Der Tonfall wiegt dann schnell schwerer als der Inhalt. Manchmal ruft er Ablehnung hervor, obwohl er für Zuneigung sorgen sollte. Ein aggressiver Duktus kann für ein defensives Anliegen ebenso unangemessen sein wie ein apodiktischer für den Anspruch, einen Dialog führen zu wollen.

Überdies kann einerseits eine Inflation von Manifesten eine überbordende Meinungsvielfalt im öffentlichen Wettbewerb um die begrenzte Aufmerksamkeit der Bürger bedeuten; andererseits aktualisieren andere Publikationen das Manifest und verleihen ihm damit zusätzliche Bedeutsamkeit. Allgemein leiden Manifeste aber unter der Ereigniskonkurrenz durch Geschehnisse, die das Manifest-Thema Bedeutung kosten. Die Schnelllebigkeit der medialen Berichterstattung und Diskussion ist für Manifeste und ihre Anliegen pures Gift.

Darin spiegelt sich eine pathologische Eigenschaft des Journalismus wider: Medien sollen Staatsbürger mit Informationen versorgen, ihnen demokratische Kompetenz für den Wahlurnengang vermitteln. Manifeste können eine wertvolle Quelle solchen Wissens sein. Doch ist ihre Medienkompatibilität oftmals gering; eher selten überwinden sie die Hürde medialer Türsteher. Manifeste zeigen, dass die Medien ihrem demokratischen Auftrag nicht immer nachkommen. Nur in Ausnahmefällen finden sie auch die Beachtung, die ihnen eigentlich gebührt. Die sensationslogische Funktionsweise von Medien schwächt die Verharrungskraft von Manifesten im öffentlichen Diskurs und somit auch in der politischen Debatte.

Manifestanten delegieren ihre persönlichen Ressourcen – Prominenz, Renommee, persönlicher Kontakt zu Multiplikatoren sowie durch Titel oder Ämter bezeugtes Expertenwissen – an ihr Manifest. In vielen Fällen erhöhen sie dadurch dessen mediale Attraktivität. Mit ihrem biographischen Hintergrund können sie beim Publikum sowohl Abneigung als auch Wohlwollen hervorrufen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

RATGEBER ODER GEFÄNGNISINSASSEN: DIE KONSEQUENZEN FÜR MANIFESTANTEN

Die Kernfrage dieses Bandes kreist um die Wirkung politischer Manifeste. Diese lässt sich freilich auf unterschiedliche Kategorien beziehen: auf die Manifestanten, die Politik, die (Zivil-)Gesellschaft. Manifeste sind Karrierevehikel, sie bescheren ihren Urhebern Ruhm, Anerkennung, Bewunderung, Bedeutung, manchmal stoßen sie sogar die Pforten zu ganz unerwarteten Tätigkeiten auf. Ebenso gehen von ihnen Karriererisiken aus, tilgen sie Renommee, verursachen biographische Stigmata oder sind sogar lebensbedrohlich. Manifeste können für ihre Urheber dem zufolge sowohl zum biographischen Bonus als auch Malus geraten.

Einerseits sind sie ideale Laufbahnbeschleuniger – halten sie doch die Chance auf Statusaufwertung bereit. Sie gewähren Aufstieg zu gefragten Ratgebern, begehrten Gesprächspartnern, lexikalischen Einträgen, bisweilen gar mythischen Ikonen, zu denen man ehrfürchtig aufblickt. Indem sie Heldenmythen schaffen, zeitigen sie einen hagiographischen Effekt. Die Vita zahlreicher Manifestanten wurde durch die Teilnahme an einer Manifest-Aktion moralisch veredelt – den in diesem Band nicht behandelten „Göttinger Sieben“ wurde in Hannover ein Denkmal gesetzt, in Göttingen der zentrale Campus der Georg-August-Universität nach ihnen benannt. Manifestanten können ihre Frequentierung durch Gesellschaft und Politik erhöhen, d.h. sie bieten die Chance, dass auf sie als Inspirations- oder Legitimationsquelle zurückgegriffen wird. Mit der Beteiligung an Manifesten können Personen ihre zeitgenössische und geschichtliche Bedeutung aufladen. Manifestanten können ihren Bezugsgruppen gegenüber Loyalität und Aktionismus nachweisen, sich selbst Erfolgserlebnisse verschaffen und ihrer zivilgesellschaftlichen Kompetenz vergewissern. Ebenso dokumentieren sie konspirative Publikation, die Existenz eines lebendigen Widerstands, liefern den Nachweis für moralisch überlegenes Verhalten. Einer Manifestantenschaft anzugehören, kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Trophäe sein – und sei es mit posthumem Ruhm. Der habilitierte Zoologe Julius Schaxel beispielsweise war zu Zeiten der Weimarer Republik an seiner Arbeitsstelle, der Jenaer Universität, in der Professorenschaft als marxistischer Dissident isoliert. Doch in der DDR würdigte man ihn als einen Vorkämpfer für ein Deutschland, in dem „die Wissenschaft von allen Fesseln befreit und in dem alle Unterrichtsanstalten in freiheitlichem und modernem Geist neu aufgebaut werden sollten“[11].

Manifeste wirken gewissermaßen bewusstseinserweiternd; sie machen unentdeckte Probleme sichtbar und auf bislang verborgene Zusammenhänge

11 Schaxel hatte sich Mitte der 1920er Jahre für die Enteignung der Fürsten eingesetzt; Fricke, Dieter: Julius Schaxel. 1887-1943. Leben und Kampf eines marxistischen Deutschen Naturwissenschaftlers und Hochschullehrers, Jena 1964, S. 52.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und außerhalb des alltäglichen Blickfelds liegende Zustände aufmerksam. Im Marketingjargon gibt es den Begriff der „Insights". Er beschreibt „Erkenntnisse über oft nicht gänzlich bewusste, aber für viele Zeitgenossen zentrale und grundlegende Lebensaspekte; zum Beispiel bedeutsame Wünsche, Sehnsüchte und Bedürfnisse, aber auch Konflikte. Gelingt es, Konsumenten mit solchen Themen anzusprechen und dabei attraktive Produktlösungen anzubieten, gilt ein Markterfolg als wahrscheinlicher."[12] Auch Manifeste können einen solchen „Insights"-Charakter aufweisen und Manifestanten Meinungsmarkterfolg bescheren. Ob Büchner, die „Göttinger Achtzehn" oder die „Krefelder": Sie alle griffen wichtige, aber zum Teil bloß unterschwellig präsente Themen auf, die sie in der Öffentlichkeit manifestierten und damit auf den Meinungsmarkt treten ließen.

Andererseits stellen Manifeste für ihre Unterzeichner auch ein erhebliches Risiko dar. Manifestanten können ideologisch vereinnahmt werden – entweder instrumentalisiert man sie als vorbildliche Märtyrer oder aber diffamiert sie als abschreckende Verräter. Diese ideologische Indienstnahme kann man bei René Robert Kuczynski oder Lion Feuchtwanger beobachten: Mit ihrer Entscheidung zur Teilnahme an politischen Manifest-Aktionen bestimmten sie ihre geschichtliche Rezeption in der Zukunft. Der eine wurde als heroischer Kämpfer für die reaktionär unterdrückte Arbeiterklasse in der DDR gefeiert, der andere als Linksextremist geächtet; beide fielen jedoch ohne ihr unmittelbares Zutun, lediglich durch die Wahl ihres Aufenthaltsraums einer ideologischen Vereinnahmung des jeweiligen Systems anheim.

UNKONVENTIONELLE POLITIKTEILHABE: ZUR ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN WIRKUNG

Politische Manifeste können diverse Funktionen für die Zivilgesellschaft und demokratische Teilhabe erfüllen.[13] Im Folgenden soll auf diese zum Teil demokratischen Beiträge, aber auch auf die möglichen Schwachstellen des politischen Manifestierens als Partizipationsform eingegangen werden.

Elitenrekrutierung

Da wäre zunächst die Rekrutierung von Personal für den politischen Prozess auf höchster Ebene. Häufig leisten Manifeste die Politisierung von Unpolitischen oder politisch „Stillen". Aus Manifestantenschaften lässt sich – zumindest potenziell – politisches Personal für Parteien, Parlamente und Re-

12 Lönneker, Jens: Die Verknappung der Zeit. Vom Konsumieren in neuen Zeitrhythmen, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 20 (2009) H. 1, S. 4-9, hier S. 4.

13 Die hier behandelten Manifestanten wurden normativ neutral, allein in ihrer Rolle als Akteure jenseits hauptberuflicher und konventioneller Politik untersucht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gierungen rekrutieren. Häufig manifestieren nämlich insbesondere jene Eliteangehörigen, die den Parteien und damit der „konventionellen" Politik- und Parteiensphäre bisher bewusst ferngeblieben sind. Manifestanten operieren folglich an der Schwelle zur professionellen Politik, manche von ihnen – man denke an die Aktivisten des Neuen Forums – fassen dabei mithin den Entschluss zu einem dauerhaften Engagement; anderen bieten Parteien politische Positionen an, um die vormaligen Abweichler einzubinden. Des Öfteren haben sich Manifestantengruppen sozusagen als Lieferanten für Parteipersonal herausgestellt – so im Falle des Neuen Forums oder der Erfurter Erklärung.

Schulen der Demokratie und produktive Elitenzusammenkunft

Damit sich Manifestanten, die untereinander nicht selten weltanschaulich, habituell oder altersmäßig heterogen sind, irgendwann einmal auf einen gemeinsamen Text zur Veröffentlichung einigen, ist eine enorme Integrations- und Konsensfindungsleistung notwendig. In manchen Fällen werden dabei auch demokratische Techniken eingeübt, Einigkeit durch Kompromiss zu erzielen, wird Organisationserfahrung gewonnen und Verständnis für die Funktionsweise von Politik und demokratischer Verfahren erlangt. Im Rahmen eines Manifests können Repräsentanten verschiedener politischer Couleur außerdem symbolträchtig Zusammenarbeit exerzieren, die anschließend als Vorbild für Bündnisse in der Politik dienen kann. Und auch die Manifestanten selbst können – sofern sie später in die professionelle Politik wechseln – das Erlernte anwenden.

In Manifestantenschaften vollzieht sich überdies eine produktive Elitenzusammenkunft. Manifeste bringen ungleiche Sozialtypen zusammen und kombinieren interdisziplinären Verstand. Die gemeinsame Arbeit und das kollektive Zusammenwirken in einer Manifestantenschaft können Klüfte, die sich durch Beruf, Generation oder Habitus auftun, überbrücken und unterschiedliche Herkunftsorte und Denkstile verknüpfen. Bei manchen Manifest-Aktionen findet daher bereits innerhalb der Manifestantenschaft eine Art von interkulturellem Austausch statt.

Elixier der Zivilgesellschaft

Von Manifesten kann ein Belebungseffekt für die Zivilgesellschaft ausgehen. Als ein fertiges Produkt zivilgesellschaftlicher Arbeit können sie selbst Skeptikern den Eindruck vermitteln, dass sich politische Partizipation lohnen und in der Tat Ergebnisse hervorbringen kann. Den nationalsozialistisch vertriebenen und geflohenen „Volksfront"-Aktivisten, die unfreiwillig jäh aus ihren ursprünglichen Lebenszusammenhängen gerissen worden waren, stifteten sie darüber hinaus Sinn und nicht zuletzt ein wenig Zuversicht. Denn eine Manifest-Aktion kann ein schlagendes Erfolgsexempel, ein moti-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vierendes Erlebnis sein. In manchen Fällen ermutigen Manifeste „verbrauchte" Zivilgesellschafter, indem sie einen erfrischenden Kontrapunkt zu kontinuierlicher Frustration setzen. Jede noch so trostlose Zivilgesellschaftervita, jedes noch so vergebliche Renegatentum kann durch die Beteiligung an einem Manifest aufgehellt werden. Selbst wenn die Entscheidungen der politischen Elite nicht den Absichten der Manifestanten entsprechen, Ratschläge nicht befolgt und Versuche der öffentlichen Aufklärung für die vorgeblichen Delinquenten aus der Politik oft konsequenzlos bleiben: Zumindest bedeuten Manifeste politische Partizipation. Obendrein beleben sie insgesamt die Zivilgesellschaft, flößen dieser Selbstbewusstsein ein, ermuntern und – sofern sie auf die Resonanz der Öffentlichkeit stoßen – legitimieren neuerliche Aktivitäten. Nicht wenige Manifestanten werden erstmalig politisiert und beteiligen sich fortan an weiteren politischen Protestaktionen. Im Übrigen trainieren Manifeste zivilgesellschaftliche Reflexe: Das Manifest der Heidelberger Professoren etwa rief mit seinen xenophoben Stereotypen zahlreiche Protestnoten aus Universitäts-, Gewerkschafts- und Kirchenkreisen hervor, die den Nachweis zivilgesellschaftlicher Lebendigkeit erbrachten.

Manifeste als unkonventionelle und moderne Beteiligungsform

Apropos politische Partizipation: Manifeste sind ein Medium, mit dem sich vergleichsweise spontan und öffentlichkeitswirksam auf – möglicherweise bedrohliche – Herausforderungen der Gegenwart reagieren lässt. Sie bieten die Möglichkeit, Protest zu erheben, Aufklärung zu betreiben, Alternativen zu formulieren oder Unzufriedenheit zu artikulieren. In der Tat trugen Manifeste 1989 in der DDR zu einer neuen Qualität von Öffentlichkeit in einem bis dahin strikt reglementierten und zensierten System bei, qualifizierten sich damit als Medium von Gegenöffentlichkeit. Insoweit sind sie zumindest potenziell zivilgesellschaftliche Instrumente, die es – vor allem normalerweise politikfernen und -skeptischen – Bürgern erlauben, schnell, bequem und ohne die dauerhafte Bindung an eine politische Organisation an der Politik teilzunehmen. Sie bieten sich für diejenigen an, die sich von Parteien betrogen fühlen, von diesen keine angemessene Reaktion mehr erwarten oder mit ihnen aus Prinzip nichts zu tun haben wollen. Ihnen ist eine bemerkenswerte Ökonomie zu eigen: Sie bieten eine Gelegenheit, binnen kurzer Zeit durch den Druck einer oftmals erregten oder irritierten Öffentlichkeit politische Aufmerksamkeit zu erzwingen. Denn Manifestanten sind manchmal auch bequeme Leute, die ihr angestammtes Betätigungsfeld nicht verlassen, ihren beruflichen Status und ihre öffentliche Reputation ungern riskieren wollen. Manifeste aber empfehlen sich als Medium des politischen Quereinstiegs für den Moment, das für den flüchtigen Ausflug in die Politik den bevorzugten Status des Nichtpolitikers aufrechterhält – geeignet für prominente Leute, die Politik ausüben wollen, aber keine Lust auf die stra-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

paziöse und zeitaufwändige Auseinandersetzung mit Parteien haben. Kurzum: Manifeste sind eine unkonventionelle Beteiligungsform der Politik. Dadurch erweitern sie das Spektrum an Möglichkeiten zu politischer Partizipation. Damit sie nicht ihren Reiz verlieren, weil sie sich in der Praxis als wirkungslos erweisen, sollte die Politik tunlichst darauf bedacht sein, politische Manifeste ernst zu nehmen und ihren Urhebern Respekt zu bezeugen. Allein ihrer mehrfachen Indikatorfunktion wegen, die sowohl Bürgerbelange als auch die Unzufriedenheit von Eliten anzeigen kann, Politikdefizite entlarvt oder vor bislang unerkannten Bedrohungen warnt, können auch Politiker von Manifesten als Informationsquelle profitieren.

Manifeste als Themen- und Debattenlieferanten

Ferner können Manifeste die Qualität öffentlicher Meinung verbessern, vor allem indem sie eine politische Debatte entfachen, strukturieren oder intensivieren. Sie platzieren Themen, unterstreichen deren Bedeutsamkeit und liefern Argumente für die zentralen politischen Debatten eines Landes. Manchmal etablieren sie in Form eines Tabubruchs eine längst überfällige, jedoch vormals verfemte Diskussion. So erleichterte beispielsweise das Tübinger Memorandum, das eine ehedem undenkbare Anerkennung der „Oder-Neiße-Linie“ thematisierte, Willy Brandts und Egon Bahrs Ostpolitik des mantrahaften „Wandels durch Annäherung“. Manifeste können politische Akteure unter Legitimationsdruck setzen, diese zu Stellungnahmen, zur Überprüfung ihrer Positionen oder gar Veränderung ihres politischen Kurses zwingen. Sie motivieren zu politischer Debatte, beschleunigen Entscheidungsprozesse oder lassen diese überhaupt erst beginnen.

Zudem setzen Manifeste gleichermaßen Organisationen wie Institutionen unter Zugzwang, ihre Postionen zu schärfen, sich eine eigene Argumentation anzueignen und ihrerseits öffentlich in Erscheinung zu treten. Des Weiteren vertiefen und verstärken sie Meinungstendenzen beispielsweise durch die wissenschaftliche Autorität oder die lebensweltliche Authentizität ihrer Unterzeichner. Die Öffentlichkeit jedenfalls kann sich über Manifeste alternative, originelle und kritische Meinungen einholen, die Politik auswärtigen Sachverstand importieren. Auch strukturieren Manifeste Debatten, indem sie eine – vergleichsweise – klare Argumentation erzwingen, Informationen verdichten und so einen Überblick verschaffen. Hierdurch bauen sie Komplexität ab, erleichtern und befeuern die Diskussion. Sobald latent vorhandene Gegensätze durch ein Manifest publik werden, können diese im Rahmen eines kathartischen Konflikts in der Öffentlichkeit und schließlich im Parlament ausgetragen werden.

Gerade aktuell scheint ein hoher Bedarf an einem Angebot politischer Konzepte zu bestehen. Prominente Gesellschaftskritiker wie Jürgen Habermas diagnostizieren derzeit in der politischen Elite „eine normativ abgerüstete Generation, die sich von einer immer komplexer werdenden Gesellschaft einen kurzatmigen Umgang mit den von Tag zu Tag auftauchenden

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Problemen aufdrängen lässt“ und „im Bewusstsein der schrumpfenden Handlungsspielräume auf Ziele und politische Gestaltungsabsichten“ verzichte, damit aber „den Versuch schuldig geblieben“ seien, die „öffentliche Meinung durch eine offensive Aufklärung politisch zu gestalten“.[14] Solche Momente sind günstig für Manifeste, da sie nach pointierter Alternativmeinung, einem Ausgleich zu den „schlappen politischen Eliten“ verlangen.

Manifeste als Diskurskulturgüter für eine mündige Öffentlichkeit

Indem Manifestanten die Öffentlichkeit für ihres Erachtens nach kritikwürdige Zustände sensibilisieren, eine frühzeitige Warnung vor schwerwiegenden Zukunftsereignissen aussprechen, bewusstseinswandelnde Informationen verbreiten, betreiben sie nicht zuletzt Aufklärung, womit sie insbesondere den Medien zur Seite springen. „Einst hatte die öffentliche Meinung ihren Herrschaftsanspruch mit der Begründung gerechtfertigt, dass sie allein in der Lage sei, die Macht einer im Geheimen operierenden Staatsmaschine zu brechen.“[15] Gerade aktuell gewinnt dieser Aspekt an Bedeutung. In jüngster Zeit haben sich kritische Stimmen gegen eine „Refeudalisierung der Öffentlichkeit“ erhoben, die eindringlich vor einer „Engführung des öffentlichen Diskurses“ warnen, „dessen Themen und Positionen von einer kleinen Elite aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft dominiert“ und fern von den Alltagsbefindlichkeiten der Bürger liegen würden.[16] Journalisten befänden sich derzeit in einer „Sinnkrise“, weil sie die von Politikern behauptete Alternativlosigkeit vieler Entscheidungen unhinterfragt akzeptierten, Ursachen und Konsequenzen gesellschaftlich wichtiger Ereignisse nicht penetrant und kritisch genug beleuchteten und in der beschleunigten wie digitalisierten Medienwelt viel zu schnell und ohne Rücksicht auf unterschiedliche Bedeutsamkeitsgrade die Themen wechselten.[17] Die Öffentlichkeit laufe akut Gefahr, „zu einer bloß noch repräsentativen Sphäre zu degenerieren, in der durch PR-Strategien und ‚Sprachregelungen‘ lediglich noch Akzeptanz für bereits anderswo gefallene Entscheidungen hergestellt werden soll“, die nicht mehr diskutiert, sondern nur noch akklamiert würden. Politische Manifeste haben im Verlauf der Geschichte ihr Potenzial bewiesen, zumindest ein heilsames Medikament gegen den Niedergang demokratischer Dis-

14 Hier und folgend Habermas, Jürgen: Wir brauchen Europa!, in: Die Zeit, 27.05.2010.

15 Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart u.a. 1973, S. 183.

16 Hier und im Folgenden Embacher, Serge: „Demokratie! Nein danke?“. Demokratieverdruss in Deutschland, Bonn 2009, S. 99.

17 Siehe Bruns, Tissy: Journalismus auf der Couch, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (2010) H. 7-8, S. 33-36.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kurskultur, „documents of controversial times“[18] zu sein. Damit kommen sie der Idee von öffentlicher Deliberation als Kernelement einer Demokratie[19] sehr nahe.

Denn Manifeste bieten den politisch mündigen Bürgern argumentative Entscheidungshilfen für deren politische Meinung an. Mit neuen Gedanken, Alternativen und Themen inspirieren sie intellektuell den öffentlichen Kommunikationsraum, der sich hauptsächlich auf die Kommentarspalten und Feuilletons von Tages- und Wochenzeitungen erstreckt. Mit pointiert formulierten Gegenmeinungen und konträren Sichtweisen ziehen sie einen vermeintlichen Konsens der politischen Elite oder der öffentlichen Meinung in Zweifel, hinterfragen vorgebliche „Sachzwänge“ der Politik oder erregen schlicht öffentliche Aufmerksamkeit für ein zivilgesellschaftlich aufgegriffenes Anliegen. Davon kann demokratische Kultur profitieren – lebt sie doch vom öffentlichen Meinungswettbewerb, der Gegenvorschläge zu einer herrschenden Auffassung voraussetzt.[20] Als Träger polarisierender Meinung und expliziter Forderungen können Manifeste somit Defizite einer diskussionsarmen Politik bereinigen. Bleibt doch „eine vitale politische Kultur auf den Stachel des Konflikts angewiesen […] weil nicht zuletzt Meinungsstreit und konkurrierende, aber konturierbare politische Konzepte anhaltend integrativ wirken“[21]. Ermangelt es den mündigen Bürgern jedoch an alternativen Vorschlägen, so drohen sie, die Leistungen des politischen Systems unhinterfragt, mithin passiv zu akzeptieren – „alternative bürgerschaftliche Initiativen müssen die Chance haben, das etablierte Parteiensystem zu bereichern“[22]. Zusammengefasst, fördern Manifeste eine mündige Öffentlichkeit und vollbringen demokratisierende Leistungen.

Damit unterstützen sie letztlich auch Politiker bei deren normativer Pflichterfüllung. „Denn zweifellos ist es eine wichtige Aufgabe politischer Repräsentanten, Themen und Meinungen in der Öffentlichkeit zu platzieren, die gerade nicht oder noch nicht im allgemeinen Bewusstsein angelangt sind.“[23] Da die erwähnten „politischen Repräsentanten“ aber nicht immer zuverlässig „Themen und Meinungen“ zur Sprache bringen, die noch unbewusst sind, bedürfen sie dringend zivilgesellschaftlicher Unterstützung – und eben auch: politischer Manifeste. Somit können Defizite der professio-

18 Raymond, Joad: Pamphlets and pamphleteering in early modern Britain, Cambridge 2003, S. 6.

19 Vgl. Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 2001.

20 Vgl. Abromeit, Heidrun: Gesellschaften ohne Alternativen. Zur Zukunftsfähigkeit kapitalistischer Demokratien, Working Paper des Instituts für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, Nr. 11/2007, S. 16-23.

21 Hacke, Jens: Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg 2009, S. 118.

22 Ebd., S. 119.

23 Embacher 2009 (s. Anm. 16), S. 108.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nellen Politik – zum Beispiel eine ungenügende Parlamentsopposition – durch Manifestanten in ihrer Rolle als politische Amateure zivilgesellschaftlich ausgeglichen werden.

Kontrollfunktion im Rahmen einer kritischen Öffentlichkeit

Manifeste leisten folglich auch einen Beitrag zur Kontrolle der Politik durch eine kritische Öffentlichkeit. Niemand wird deren Wert bestreiten können, unterliegt die Regierung in demokratisch verfassten Systemen doch idealerweise der ständigen Begutachtung und schonungslosen Kritik eines wachsamen und widerspruchsbereiten Publikums. Damit es in der parlamentarischen Demokratie „zu echten politischen Entscheidungen anlässlich der politischen Wahlen kommen kann, ist es unerlässlich, dass die Lösung und Alternativlösungen akuter ökonomischer, sozialer und politischer Probleme von tunlichst vielen Gruppen konzipiert, diskutiert und propagiert, von den Parteien zu einheitlichen Programmen kombiniert und von den Fraktionen so zugespitzt formuliert worden sind, dass sie bei der Wahl maßgeblich mit berücksichtigt werden können“.[24] Der bedenklichste Strukturfehler der Demokratie sei daher „in der Lethargie und Apathie, die sich in zunehmendem Maße innerhalb der Gruppen und Parteien geltend macht“[25], zu sehen. Manifeste können ein Instrument, auch ein Resultat, ja ein Zeichen dieser kontrollierenden Öffentlichkeit sein, können die Politik in Atem halten und sich rühmen, gegen politische Apathie anzutreten. Sie inspirieren die Politik regelrecht, machen auf dortige akute Unzulänglichkeiten aufmerksam und weisen Politikern den Weg zur Introspektion – animieren diese zu einer kritischen Hinterfragung ihres Handelns, zu einer womöglich überfälligen Selbstreflexion.

Legitimation für Politik in der Öffentlichkeit

Überdies bieten Manifeste für in der Öffentlichkeit ausgetragene Politik die Chance auf Legitimationsgewinn. Durch die politische Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Akteure – die Inklusion von anerkannten Experten und glaubwürdigen Nichtpolitikern mithin –, die unter den Bürgern Akzeptanz und Sympathie genießen, könnte sich Politik zusätzlichen Rückhalt verschaffen. Zumindest kurzfristig jubeln die politischen Kommentatoren ob des vielversprechenden Sachverstands, dem sich Politiker anvertrauen. Der leicht technokratische Verweis auf den Ratschlag von wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, militärischen oder moralischen Autoritäten wirkt wenigstens im ersten Moment plausibel und gerechtfertigt.[26] Überdies können Poli-

24 Fraenkel 1973 (s. Anm. 15), S. 66.

25 Ebd., S. 67.

26 So stellt z.B. Hans-Peter Schwarz eine „‚objektivierte‘ Autorität der Wissenschaft“ fest, die „heute weithin als jene höchste Instanz gilt, die einer Aussage

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tiker, die sich gegenüber pointierter Kritik – wie sie von Manifesten formuliert wird – aufgeschlossen zeigen, ihre politische Handlungsfähigkeit und Urteilskraft unter Beweis stellen. Weil die Politik hiervon allerdings viel zu selten Gebrauch macht, verschenkt sie eine wertvolle Ressource, in der Öffentlichkeit Verständnis und Unterstützung für ihre Entscheidungen zu gewinnen.

Manifeste sind Dokumente zivilgesellschaftlicher Anliegen, die Interessen von Bürgergruppen vermitteln und bezeugen. Dies macht sie so geeignet für die Politik, die ihre Entscheidungen mit derlei Interessenszeugnissen legitimieren kann. Insbesondere gilt dies für die Gegenwart. Gerade aktuell herrscht eine für Politiker ziemlich ungemütliche Zeit. Im Hinblick auf ihr Handeln unterliegen sie durch öffentlichen Druck einem verstärkten Rechtfertigungszwang. Da trägt ihnen beispielsweise ein „schonungsloser Eignungstest" eine schlechte Zensur ein: „Kompetenz Fehlanzeige". Da werden sie als eine Meute von „unfähigen Laien und Dilettanten" ausgewiesen, als „Pseudo-Experten" und „Um-jeden-Preis-Karrieristen" angeprangert, die mit ihren „Lügen und falschen Versprechungen" die Bürger „die Zeche" zahlen ließen. Gerade in solchen Situationen könnte sich die politische Elite mit dem Rückgriff auf zivilgesellschaftliche – des Karrierismus und der Inkompetenz unverdächtiger – Akteure eine Imagepolitur verschaffen.[27] Auf Manifeste politischer „Amateure" einzugehen, birgt somit auch für politische Profis vielfältige Vorteile.

Medium gewaltlosen Protests

Manifeste kanalisieren und pazifizieren Protest. Sie bieten ihren Urhebern ein gewaltloses Ventil, um in einer scheinbar weltanschaulich gleichmacherischen und politisch monotonen Umgebung intellektuelle Dissidenz spektakulär zu formulieren, zugleich aber deren separatistische und revolutionäre Energien in Form einer zunächst harmlosen Schrift zu bändigen. Durch den Transport gegenwartskritischer Postulate in den öffentlichen Diskurs erreichen Manifeste, dass mitunter gesellschaftszersetzende Meinungen ihrer Sprengkraft beraubt und sie systemverträglich integriert werden – üben sie,

---

den Stempel der Legitimität aufzuprägen vermag"; Schwarz, Hans-Peter: Probleme der Kooperation von Politikwissenschaft und Soziologie in Westdeutschland, in: Oberndörfer, Dieter (Hg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg im Breisgau 1962, S. 297-333, hier S. 330 f.

27 Siehe hierzu beispielhaft Henkel, Hans-Olaf: Die Abwracker. Wie Zocker und Politiker unsere Zukunft verspielen, München 2009; Wemhoff, Clemens: Melkvieh Mittelschicht. Wie die Politik die Bürger plündert, München 2009; Wieczorek, Thomas: Die Dilettanten. Wie unfähig unsere Politiker wirklich sind, München 2009; ders.: Die Stümper. Über die Unfähigkeit unserer Politiker, München 2005.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wenn überhaupt, doch bloß verbale Gewalttätigkeit aus. Damit sind sie ein im engeren Wortsinne typisches Element der Zivilgesellschaft.[28]

Öffnung von Fach- und Wissenswelten

Manifeste öffnen Metiers. Das heißt sie verknüpfen unterschiedliche Diskursgemeinschaften und Wissensräume, arrangieren damit den Erkenntnis- und Erfahrungstransfer. Einige Manifeste haben die Eignung dieses Mediums bewiesen, die Hermetik fachelitärer Bereiche aufzubrechen, Politiker, Bürger und Medienmacher an entlegene Interpretationsorte zu entführen, deren ansonsten kaum bemerkte Denkleistungen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, als dies deren gewöhnlich genutzte Medien wie etwa teure und esoterisch anmutende Fachzeitschriften vermögen. Schließlich kommen viele Manifeste nicht im Gewande kryptischer Forschungsanalysen daher. Die Eliten bestimmter Bereiche können mit Manifesten außerhalb von Fachzirkeln geistig verkehren, in eine größere Öffentlichkeit vordringen, die von ihnen häufig wenig Notiz nehmen würde. Darin ähneln politische Manifeste ihren künstlerischen Pendants, welche dazu befähigten, „die Grenzen, innerhalb derer Kunst traditionell stattfindet, in mehreren Hinsichten zu überschreiten“[29].

Manifest-Texte resultieren daher oft aus intensiven Vorarbeiten ihrer Verfasser. Sie entspringen meist keiner spontanen Eingabe, sondern fußen auf langwierig ausgereiften Gedanken und Konzepten. Dabei bündeln und verdichten sie das intellektuelle Schaffenswerk und komplexe Gedankengänge kompakt in einer einzigen Schrift, vereinfachen auf diese Weise durch vieljährige Publikationsleistung für die Öffentlichkeit nahezu unüberschaubar gewordenes Wissen und machen es schnell zugänglich. Dadurch erzwingen Manifeste eine pointierte und präzisierte Artikulation und tragen zur Öffnung gesellschaftlicher Teilbereiche – insbesondere der Wissenschaft – bei.

Manifeste können für die Öffentlichkeit eine ergiebige Informationsquelle sein, um Kenntnisse über Befindlichkeiten sowie Vorstellungen von einer besseren Politik und Gesellschaft zu gewinnen. Insbesondere Angehörige der Wissenschaft, Künstler- oder Intellektuellenszene – und damit auch deren Inspirationskraft – scheinen der bundesdeutschen Parteiendemokratie im Jahr 2010 zu fehlen. Nicht zufällig waren es die Hochzeiten der Parteien in den 1970er Jahren, in denen diese durch mutige und konfliktbereite Vordenker aufmerksam Entwicklungen antizipierten und durch einen gutgepflegten Kontakt nach unten bzw. in die Bevölkerung fleißig Impulse sammelten und Stimmungslagen registrierten. Der Verlust an Vordenkern sowie

28 Vgl. Heins, Volker: Das Andere der Zivilgesellschaft. Zur Archäologie eines Begriffs, Bielefeld 2005.

29 Eisenhuber, Günther: Manifeste des Dadaismus. Analysen zu Programmatik, Form und Inhalt, Berlin 2006, S. 167.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine im Zuge von erodierten Milieus und pluralisierten Lebensweisen fortgeschrittene Entkopplung von Basis bzw. Bevölkerung und den Parteien bedürfen aktuell eines Ausgleichs, zu dem politische Manifeste beitragen können – sofern sie von der professionellen Politik berücksichtigt werden.

Manifeste als Fixsterne öffentlicher Debatte und sensible Seismographen

Zudem besitzen Manifeste eine Referenzfunktion. Sie etablieren Einstellungen und Werte, verleihen bestimmten Ansichten den Anschein von Seriosität – indem sie beispielsweise ermöglichen, sich auf das Urteil belesener Professoren zu berufen. Damit können sie ideologischer Bezugspunkt politischer Systeme oder Gruppen sein – intellektuelle Inspirationsquelle für Gesellschaftsströmungen wie zum Beispiel in den 1960er Jahren die studentische Protestbewegung. Politische Zirkel oder soziale Bewegungen können sich wie bei einem Fixstern an ihnen intellektuell oder programmatisch orientieren.

Auch sind Manifeste äußerst sensible Seismographen für politische Stimmungen in der Gesellschaft. Sie erteilen Auskunft über das Denken und Erleben, die Sozialisation und Politisierung ihrer Verfasser. Insofern können sie die Prägung und Gesinnung einer bestimmten Generation oder Gruppe ausdrücken. Vor allem besitzen sie eine Alarmfunktion, entspringen sie doch üblicherweise einer Parteien- und Politikverdrossenheit ihrer Urheber. Sie zeigen latente Problemlagen an, kündigen von bevorstehendem Gesellschaftswandel oder konservieren für Historiker Momentaufnahmen politischer Debatten und Stimmungen. Als Indikatoren prototypischen Zeitgeists erleichtern sie späteren Interpreten das Verständnis früherer Zeiten.

Erfolg auf Kosten konventioneller Politikakteure

Gewiss: Manifestanten versprühen in der Tagespolitik den Charme des Exotischen und brechen als interessante Charaktere deren Eintönigkeit auf. Sie besitzen das Potenzial, einem gelangweilten Publikum wieder Neugierde für die politischen Geschehnisse einzuträufeln. Manifeste bereichern damit die politische Kultur. Gerade die reizvollen Inhalte und Effekte politischer Manifeste – etwa die skandalträchtige Enthüllung oder die Präsentation einer originellen Abhilfe für eine bislang unzulängliche Politik – steigern allerdings auch Politikverdrossenheit. So positiv der aufklärerische Impuls von Manifesten auch sein mag: Er droht zugleich, den Entscheidungspraktiken einer Regierung einen ominösen und unlauteren Charakter zu verleihen und infolgedessen die Qualität politischer Entscheidungen und Ideen in Zweifel zu ziehen. Dadurch können Manifeste auch destruktiv wirken, einen Vertrauensentzug der Bürger gegenüber politischer Entscheidungsfindung und staatlicher Machtausübung verursachen oder befördern.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eine leicht bedrückende Bewertung des Mediums Manifest, der zufolge es „eine autoritäre Form“ habe, ein „Medium der uneingeschränkten Macht, zugleich ein letztes Wort [sei], bevor die Waffen aufgenommen werden, also eine Textsorte, die eine Widerrede tendenziell ausschließt“[30], scheint somit zuzutreffen. Denn Manifeste weisen ihre Unterzeichner häufig als Inhaber überlegener Meinung, unanfechtbarer Schlussfolgerung, unangreifbarer Expertise aus. Manifeste versuchen, Thesen, Argumente, Einschätzungen, Prognosen etc. als zweifelsfreie Erkenntnis darzustellen und diskreditieren jedwede Missachtung als falsche Entscheidung. Diese Suggestion einer einzig zulässigen Alternative birgt jedoch große Gefahr für das Verständnis der Wähler gegenüber Räson und Rationalität von Politikern. Viele Manifeste berücksichtigen nicht die Eigentümlichkeit demokratischer Politikverfahren, ignorieren den Kompromisscharakter politischer Entscheidung, weisen Politiker im schlimmsten Fall als Verrückte, Machtversessene oder Unwissende aus. Sie schildern unannehmbare Missstände gegenwärtiger Gesellschaft, diagnostizieren damit aber das Versagen der politischen Elite und scheinen das Vorurteil einer bloß lamentierenden, hauptsächlich mit sich selbst beschäftigten Kaste zu bestätigen. Natürlich können Manifestantenschaften, zumal deren Angehörige zumeist der Autorität eines Strategen unterstehen, viel konsequenter, resoluter und insoweit glaubwürdiger eine Meinung vertreten als parteigebundene Politiker; dabei können sie jedoch den Eindruck erwecken, die diplomatisch herbeigeführten, beispielsweise auf die Parteibasis oder die Bundestagsfraktion Rücksicht nehmenden Formulierungen der Politik seien lediglich Schwafelei oder dem alleinigen Zweck eines schnellen Wählerzuspruchs und Machtgewinns verpflichtet. „Gute“ Manifeste leben zumeist regelrecht von der Empörung und Entrüstung über die vermeintlichen Unzulänglichkeiten der Politik; ihnen sympathisch gesonnene Publikumsreaktionen gehen überwiegend auf Kosten der politischen Führungsschicht. Deren Diskreditierung ist häufig das Elixier erfolgreicher Manifestanten.

Manifestanten signalisieren überdies den Unterstützungsverlust von Eliten, den die Politik offensichtlich erleidet. Für das Ansehen einer demokratisch legitimierten Regierung ist es nicht gerade förderlich, wenn die gesellschaftlich geachtete Hautevolee – Universitätsprofessoren oder Kulturschaffende zum Beispiel – die politische Führungsschicht öffentlich kritisiert und ihr die Kompetenz für politische Entscheidungen abspricht oder sie gar eines folgenschweren Fehlurteils bezichtigt.

Frustrationsquelle für Zivilgesellschafter

Noch in anderer Hinsicht wirken Manifeste mittelbar politikverdrießlich. Genauso, wie sie motivieren, können sie zivilgesellschaftliche Akteure, die sich vordem mit ebenso großer Inbrunst wie Erfolglosigkeit dem außerpar-

30 Van d. Berg 1997 (s. Anm. 1), S. 66.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lamentarischen Protest gewidmet haben, auch frustrieren. In drastischen Fällen werden Manifestanten für ihre Courage und ihren politischen Beteiligungswillen sogar mit einem Gefängnisaufenthalt bestraft oder zur überstürzten Flucht ins Ausland genötigt. Und lösen sie erfolgreich eine fulminante Debatte aus, können sie durch die aufkommende Konkurrenz neuer Experten und Wortführer schnell ins intellektuelle Hintertreffen geraten und durch ihren eigenen Erfolg marginalisiert werden. Weil Manifestanten oftmals die hochtrabende, jedoch am Ende enttäuschte Erwartung hegen, mit öffentlich vorgebrachten Argumenten politische Veränderung herbeiführen zu können, diese zumeist auch Produkt vorheriger Enttäuschung ist, die sie erst zum ultimativen und verheißungsvollen Mittel des Manifests greifen ließ, können Manifeste die begrenzte Politiker- sogar zu einer umfassenden Systemverdrossenheit steigern. Das doppelte Scheitern sowohl auf herkömmlichem als auch unkonventionellem Partizipationspfad verfestigt bei den betroffenen Akteuren die Überzeugung, es mit einem autistisch abgeschotteten System zu tun zu haben, das sich jedes noch so klugen Ratschlags von außen erwehrt.

Apodiktische Schriften

Ferner lösen viele Manifeste ihr gegebenes Partizipationsversprechen nicht ein. Die expertokratische Autorität einiger Manifeste ist alles andere als partizipativ, selten offen für Gegenmeinungen. Auch politische Manifeste erweisen sich in der Tat als „Mittel, um den Leser vollkommen von den Theorien und Ansichten zu überzeugen, die der Verfasser für richtig hält“[31]. Apodiktisch vorgetragene Thesen und Vorschläge, die keinen Widerspruch dulden, keine Modifikation wünschen, degradieren die politisch mündigen Bürger zur anstandslosen Übernahme der Ideen und Forderungen der Manifestanten. Manifeste geben einen „Sachzwang“ vor; sie schildern ein Problem oder identifizieren einen Missstand und reden ihrem staunenden Publikum eine alternativlose Reaktion ein. Sie sind eben keine Dialoge. Der dem fertigen Textprodukt innerhalb der Manifestantenschaft vorausgegangene Diskussions- und Deliberationsprozess bleibt dem öffentlichen Auge in der Regel verborgen. Darin unterscheiden sie sich von Parteien, in denen wenigstens theoretisch Diskussionen stattfinden können. Das als Dialogpapier konzipierte Manifest „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ hatte sich beispielsweise im Grunde genommen das falsche Medium ausgesucht – erschwerte die Manifest-Form doch mit ihrer eindeutigen Richtung die dialogische Kommunikation.

31 Schultz, Joachim: Literarische Manifeste der „Belle Epoque“. Frankreich 1886 - 1909. Versuch einer Gattungsbestimmung, Frankfurt am Main/Bern 1981, S. 226.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Verschüchterte Politik

Außerdem können Manifeste aufgrund einer im Angesicht der Öffentlichkeit häufig nervösen Politik zu deren „Arkanisierung" beitragen. Indem sie politische Vorgänge in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken, provozieren sie Politiker zu einer Gegenmaßnahme. Diese besteht zumeist darin, zu beschwichtigen, zu verschleiern und Entscheidungsabläufe noch öfter in die verborgenen Hinterzimmer und abgeschiedenen Konferenzräume zu verlagern. Manifeste motivieren Politiker also dazu, noch mehr Geheimniskrämerei zu betreiben, als ihnen ohnehin unterstellt wird.

Im Schatten demokratischer Kontrolle

Während Parteien und Parlamentarier durch regelmäßige Wahlen unter der demokratischen Aufsicht des Volkes stehen, entziehen sich Manifestantenschaften dieser Kontrolle. Auch sie stellen sich zwar der Öffentlichkeit und versuchen dort mit ihrem Manifest für ihre Anliegen zu werben, doch unterziehen sie sich keinem demokratischen Wahlakt. Ihr Mittel ist der Druck öffentlicher Meinung, den sie über die Medien auf die politischen Entscheidungsträger ausüben. Diese wiederum können lediglich die Übereinstimmung von Manifestanten und Teilen der Bevölkerung vermuten. Damit können Manifeste den Trend zur Expertokratie, zur mandatslosen Entscheidungsmacht von Fachleuten verstärken – wenngleich die letzte Verantwortung immer noch die Amts- und Mandatsinhaber zu schultern haben.

Elitäres Medium mit eingeschränkter Tauglichkeit

Politische Manifeste eignen sich – vor allem in einer Mediendemokratie – in erster Linie für die politische Partizipation von Eliten oder Personen mit starken Sozialressourcen – seien es verbeamtete Professoren, subversive Intellektuelle oder mittellose wie angesehene Künstler. Der Radius von Manifest-Inhalten reicht häufig nicht aus, um die Postulate eines Manifests in den Köpfen einer großen Anzahl von Bürgern zu platzieren oder ein neues Bewusstsein zu schaffen. Dazu fehlt es den politischen Manifesten in aller Regel an Medienpräsenz und Echo in den Regierungszentralen. Entweder ist die politische Wirksamkeit in solchen Fällen zu gering oder sie tritt erst zeitversetzt – manchmal wie beim Hessischen Landboten mit über hundertjähriger Verzögerung – auf. Manifeste neigen dazu, die Introvertiertheit eines Elitendiskurses nur noch zu vertiefen, weil sie die Manifestanten im Glauben lassen, sich ja bereits an die Öffentlichkeit gewandt, den Versuch zur Durchbrechung der Barrieren des jeweiligen Herkunftsbereichs – Wissenschaft oder Kunst zum Beispiel – wagemutig unternommen zu haben. Für die fortwährende Abwesenheit ihrer Anliegen in politischen Diskussionen der Bürger, Redaktionsbüros und Politiker müssen sie sich somit nicht mehr schuldig fühlen. Beschränken sich die öffentlichen Antworten zudem

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf fachsimpelnde Beiträge anderer Intellektueller – fehlen also einfache Erklärungen und Kommentare auf den Meinungsseiten der Tageszeitungen –, so nimmt das Manifest über das notorische Feuilletonpublikum hinaus kaum jemand wahr. Insgesamt können Manifeste folglich ebenso gut interessante Diskurse vor einer größeren Öffentlichkeit abschotten oder bloß jenen Personen politischen und öffentlichen Einfluss verschaffen, die ohnehin über solchen bereits verfügen. Dennoch bieten sie sich mit ihrem Potenzial zur spontanen Intervention und ihrer vornehmen Historie als Ausdrucksmittel, dessen sich ehrwürdige Persönlichkeiten wie Karl Marx, Georg Büchner oder Heinrich Mann bedient haben, als kultiviertes Kommunikationsmedium für außerpolitische Eliten an. Schließlich besteht der „Königsweg des Intellektuellen seit Zola in der Eroberung der nationalen Öffentlichkeit durch den gezielten Gebrauch der allgemein zuständigen Medien“[32].

Manifeste als potenzielle Opfer symbolischer Politik

Die politische Amateurhaftigkeit ihrer Urheber und ihr nachrichtenwertgebundenes Drohpotenzial machen Manifeste zu leichten Opfern berufspolitischer Kniffe. Die Integration der Manifestanten in politische Entscheidungsprozesse beschränkt sich in der Regel auf symbolische Maßnahmen – beispielsweise auf Beschwichtigungsversuche durch das Angebot von Elitepositionen. Unter bestimmten Voraussetzungen – in erster Linie ist dies eine starke Medienfurore – können politische Manifeste zwar die Aufmerksamkeit der politischen Elite für ein bestimmtes Problem intensivieren. Die Wirkung ist jedoch hinsichtlich Zeit und Qualität beschränkt: Selbst bei medial überaus erfolgreichen Manifesten wie der Göttinger Erklärung, reagiert die Politik lediglich mit taktischen Mitteln, allein darauf konzentriert, das von den Manifestanten Problematisierte schleunigst aus dem Medienfokus herauszuzerren. Denn mediendemokratisch erfahrene Politiker wissen um das flüchtige und sensationsheischende Interesse von Journalisten an politischen Themen. Nur manchmal korrigieren Politiker dabei auch ihren Kurs. Hat das Interesse der Medien an dem Thema dann erst einmal nachgelassen, erkennen Kanzler, Minister und Abgeordnete auch keine dringende Notwendigkeit mehr, sich noch länger damit auseinanderzusetzen.

32 Abrosimov, Kirill: Die Genese des Intellektuellen im Prozess der Kommunikation. Friedrich Melchior Grimms „Correspondance littéraire“, Voltaire und die Affäre Calas, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 33 (2007) H. 2, S. 163-197, hier S. 196.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ANACHRONISTISCHE CHARISMATIKER? ZU DEN AMBIVALENZEN POLITISCHER MANIFESTE

Manifeste sind ein zivilgesellschaftliches Medium von großer Bedeutung. Man könnte dies vielleicht folgendermaßen zusammenfassen: Sie erhöhen die Selbstregulierungskraft einer Gesellschaft, bedeuten für die Öffentlichkeit zivilgesellschaftliche – anregende und originelle – Gegenstücke zur staatlich, parteilich oder kommerziell hergestellten Meinung. Sie erteilen Auskunft über die mentale Beschaffenheit ihrer Autoren, gewähren Einblick in ansonsten unzugängliches Wissen, befruchten die politische Debatte, stoßen sozialen Wandel an, ermöglichen und beschleunigen als Instrument von Statuseroberung wie -verteidigung berufliche Karrieren, konstituieren oder verfestigen zivilgesellschaftliche Gruppen. Sie erlauben eine spontane Reaktion auf aktuelle Anlässe und brisante Themen, offerieren ein hohes Potenzial an Medienkompatibilität bzw. Öffentlichkeitszugang, neigen zu historiographisch einprägsamen Ereignissen, stiften ihren Urhebern Sinn und lassen diese in den Genuss von betörenden Erfolgserlebnissen kommen, zwingen heterogene Gruppen zu innerem Konsens und animieren sie zu programmatischer Festlegung, gewähren durch den politischen Seiteneinstieg für den Moment flexibles und zwangloses Engagement ohne Parteibindung, vermitteln ein kompaktes Meinungsbild einer politisierten Gruppe oder decken deren Defizite auf.

Insgesamt bereichern Manifeste damit die politische Kultur. Indem sie die Teilnahme an der politischen Willensbildung ermöglichen, soziale Probleme benennen oder Vorschläge für politische Entscheidungen unterbreiten, erfüllen sie potenziell zentrale Funktionen der Zivilgesellschaft.[33] Besonders in Zeiten eingeschränkter Meinungsfreiheit stellen sie für oppositionelle Minderheiten oftmals eine der wenigen Möglichkeiten dar, subversiv gegen etablierte Autorität zu rebellieren, sind ein geeignetes Medium von Minorität und Gegenöffentlichkeit. Indes: Sie können auch das Image der Politik und ihrer Akteure verschlechtern, zivilgesellschaftliche Kreativität erniedrigen, unentwegten Aktionismus frustrieren, Politikverdrossenheit fördern, statt sie zu tilgen. Manifeste sind so etwas wie die Charismatiker der Zivilgesellschaft, deren abrupte Anwesenheit mobilisiert, fasziniert und herausfordert.

Das Mittel des politischen Manifestierens ist allerdings sehr voraussetzungsreich. Wie die Betrachtung ausgesuchter Beispiele gezeigt hat, bedarf es für den medialen und inhaltlichen Erfolg bestimmter Bedingungen. Darunter fallen in erster Linie die Grundvoraussetzungen einer pluralistischen Demokratie – wie die rechtlich geschützte Meinungs- und Medienfreiheit – sowie ein weit geöffneter Zugang zu den Medien. Für Eliten sind Manifeste

33 Siehe u.a. Pies, Ingo/Hielscher, Stefan: Der systematische Ort der Zivilgesellschaft, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Jg. 9 (2008) H. 3, S. 337-344, hier S. 340.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

daher ein geradezu prädestiniertes Artikulationsinstrument. Aufgrund der strengen Selektionsregularien der Medien und ihres intellektuellen Habitus taugen sie demgegenüber weniger für die politische Initiative und Aktivierung „gewöhnlicher" Bürger. Politisch selten erfolgreich, eignen sie sich in erster Linie zur Statusverbesserung einer ohnehin privilegierten und ressourcenstarken Klientel.

Was den Erfolg politischer Manifeste anbelangt, so lässt sich dieser nur differenziert bewerten. Manifeste können medial erfolgreich sein, sich für die Manifestanten im Hinblick auf Karriere und Reputation äußerst profitabel auswirken, politisch aber trotz alledem scheitern. *Den* „Erfolg" eines politischen Manifests gibt es ebenso wenig wie *das* „Scheitern".

Überdies deutet sich in Zeiten abnehmender Differenz zwischen den Parteien, schwindender Debattierfreude in der Politik sowie weitgehender Abwesenheit von Parteiintellektuellen und politischen Vordenkern ein erhöhter Bedarf an politischen Manifesten an. Zugleich muten Manifeste aber auch aufgrund ihres autoritären Meinungs- und Deutungscharakters zunehmend inkompatibel zum ausladenden Partizipationsversprechen von „Web 2.0"[34] an. Manifeste erscheinen somit gleichermaßen modern wie anachronistisch.

Manifeste nehmen parteien*ähnliche* Funktionen wahr: Sie ermöglichen Bürgern politische Teilhabe, rekrutieren politisches Personal, aggregieren Interessen aus gesellschaftlichen Teilbereichen und ermöglichen deren Transmission in politisches Handeln, tragen zur Regierungskontrolle bei, integrieren oppositionelle Meinung und legitimieren das politische System.[35] Dennoch sind politische Manifeste insgesamt ein weiterer Beleg für die schwere Ersetzbarkeit politischer Parteien. Die Zivilgesellschaft ist nicht in der Lage, ohne Weiteres an die Stelle beruflich ausgeübter Politik zu treten. Jedoch kann sie diese durchaus ergänzen und befruchten. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive betrachtet, haben politische Manifeste folglich einen äußerst zwiespältigen Charakter. Für die Forschung macht sie dies freilich umso attraktiver.

34 Als „Anwendungsumgebung für Kommunikation, Interaktion und Partizipation" verspricht es, „eigentlich die ideale Plattform für die Generierung einer demokratischen Öffentlichkeit" zu sein; Sarcinelli, Ulrich/Unger, Simone: Zukunft der Medien. Schöne neue »Web 2.0-Welt«, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 57 (2010) H. 7-8, S. 29-33; vgl. auch Moorstedt, Tobias: US-Wahlkampf als Laborversuch. Das Internet und die Zukunft demokratischer Prozesse, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 1-2/2009, S. 21-24.

35 Siehe hierzu Alemann, Ulrich v.: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003, S. 209-217.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Autorinnen und Autoren

D'Antonio, Oliver, geboren 1977 in Stuttgart, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung und arbeitet an einer Dissertation zur lokalen Verankerung politischer Parteien in Frankfurt am Main und Leipzig.

Erbentraut, Philipp, geboren 1982 in Stralsund, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Gmeiner, Jens, geboren 1984 in Albstadt-Ebingen, studiert Politikwissenschaft und Skandinavische Philologie an der Georg-August-Universität Göttingen und ist Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Hensel, Alexander, geboren 1983 in Göttingen, studiert Politikwissenschaft, Philosophie und Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen und ist studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Klatt, Johanna, geboren 1982 in Wolfenbüttel, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung und arbeitet in einem Projekt zur Zivilgesellschaft in Deutschland, Österreich und den Niederlanden.

Lorenz, Robert, geboren 1983 in Kassel, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und arbeitet in einem Projekt zu Gewerkschaften in Deutschland, Österreich und den Niederlanden.

Lühmann, Michael, geboren 1980 in Leipzig, ist Politikwissenschaftler und Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung an einer Dissertation über die 68er-Generation in der DDR.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lütjen, Torben, Dr., geboren 1974 in Bremen, ist Schumpeter-Fellow der Volkswagenstiftung und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Messinger, Sören, geboren 1986 in Wuppertal, studiert Politikwissenschaft sowie Soziologie und Sozialpolitik an der Universität Göttingen und ist Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Meyer-Rewerts, Ulf Gerrit, geboren 1984 in Emden, studiert Mittlere und Neuere Geschichte und Deutsche Philologie an der Georg-August-Universität Göttingen und ist Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Micus, Matthias, Dr., geboren 1977 in Hannover, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und arbeitet in einem Projekt zu Parteien in Deutschland, Österreich und den Niederlanden.

Rahlf, Katharina, geboren 1983 in Göttingen, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung und arbeitet in einem Projekt zu Kirchen in Deutschland, Österreich und den Niederlanden.

Rohwedder, Lisa, geboren 1984 in Neumünster, studiert Skandinavistik und Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen und hat dort in der AG Parteien- und Politische Kulturforschung gearbeitet.

Schulz, Markus, geboren 1982 in Gehrden, studiert Politikwissenschaft, Wirtschaftspsychologie und Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen und ist Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Seifert, Benjamin, geboren 1984 in Kiel, ist wissenschaftlicher Referent beim Netzwerk Berlin im Deutschen Bundestag und arbeitet an einer Dissertation über Schulreformen in Deutschland.

Stöckmann, Hagen, geboren 1984 in Rotenburg, studiert Mittlere und Neuere Geschichte, Philosophie und deutsche Philologie an der Georg-August-Universität Göttingen und ist Mitarbeiter an dem dortigen Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte sowie dem Graduiertenkolleg Generationengeschichte.

Wagner, Andreas, geboren 1982 in Regensburg, arbeitet als Doktorand am Göttinger Institut für Demokratieforschung an einer Dissertation über christdemokratische Parteien in Deutschland, Österreich und den Niederlanden.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Walter, Franz, Prof. Dr., geboren 1956 in Steinheim/Westfalen, lehrt an der Georg-August-Universität Göttingen Politikwissenschaft und ist Direktor des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839416792 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -